

HISTORISCH  
POLITISCHE  
MITTEILUNGEN

Archiv für  
Christlich-Demokratische  
Politik

5/1998

**HISTORISCH-POLITISCHE  
MITTEILUNGEN**

**Archiv für  
Christlich-Demokratische Politik**

Im Auftrag der  
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
herausgegeben von  
Günter Buchstab und Hans-Otto Kleinmann

5. Jahrgang  
1998



**BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN**

## HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN

Archiv für Christlich-Demokratische Politik

5. Jahrgang 1998

Im Auftrag der

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

herausgegeben von

Dr. Günter Buchstab und Prof. Dr. Hans-Otto Kleinmann

Redaktion: Dr. Felix Becker

Anschrift:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Wissenschaftliche Dienste

Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Rathausallee 12

53757 Sankt Augustin bei Bonn

Tel. 02241 / 246 210

Fax 02241 / 246 669

e-mail: x.400: c=de; a=dbp; p=kas; o=wd; s=zentrale-wd

internet: zentrale-wd@wd.kas.de

*Verlag:*

Böhlau Verlag GmbH & Cie, Theodor-Heuss-Straße 76, D-51149 Köln

Die Zeitschrift »HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN/Archiv für Christlich-Demokratische Politik« erscheint einmal jährlich mit einem Heftumfang von ca. 260 Seiten. Der Preis beträgt DM 38,-. Ein Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn die Kündigung nicht zum 1. Dezember erfolgt ist. Zuschriften, die Anzeigen und Vertrieb betreffen, werden an den Verlag erbeten.

© 1998 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln

Alle Rechte vorbehalten

Einbandgestaltung: Stephanie Jancke, Köln

Satz: Richarz Publikations-Service, Sankt Augustin

Druck und Verarbeitung: MVR-Druck, Brühl

ISSN 0943-691X

## Inhalt

### AUFSÄTZE

*Birgit Sack*

Die weiblichen Reichs- und Landtagsabgeordneten des Zentrums  
und der Bayerischen Volkspartei (1919-1933). Eine Kollektivbio-  
graphie . . . . . 1

*Nils Goldschmidt*

Christlicher Glaube, Wirtschaftstheorie und Praxisbezug.  
Walter Eucken und die Anlage 4 der Denkschrift des Freiburger  
Bonhoeffer-Kreises . . . . . 33

*Andreas Metz*

Gemeinschaft mit beschränkter Haltbarkeit.  
Adenauer und Erhard 1948/49 . . . . . 49

*Ulrich von Hehl*

Der Politiker als Zeitzeuge.  
Heinrich Krone als Beobachter der Ära Adenauer . . . . . 83

*Torsten Oppelland*

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU, 1952-1969 . . . . 105

*Bernd Schäfer*

Die Kirchenpolitik der Ost-CDU und die katholische Kirche in der  
SBZ/DDR . . . . . 145

*Günter Buchstab*

Hans Katzer. Zur Erinnerung an einen rheinischen Sozialpolitiker 167

### TAGUNGSBEITRÄGE

*Theresia Theurl*

Währungsumstellungen in der deutschen Geschichte seit 1871 . . . 175

<i>Bernd Sprenger</i> 50 Jahre Währungsreform. 1948 und die wirtschaftspolitischen Folgen . . . . .	201
<i>Manfred J. M. Neumann</i> Die deutschen Währungen im internationalen Währungsgefüge seit dem Zweiten Weltkrieg . . . . .	219
LITERATUR UND FORSCHUNG	
<i>Marie-Luise Recker</i> Die Sozialstrukturen der Parteien in Westdeutschland 1945-1990	227
<i>Ernst Friedrich Jung</i> Genschers »Erinnerungen« im Rückblick. Eine kritische Nachlese	237
ABSTRACTS (255) – Résumés (258) – Resúmenes (261) – Zusammenfassungen (264) . . . . .	255
Die Mitarbeiter dieses Bandes . . . . .	268

# Die weiblichen Reichs- und Landtagsabgeordneten des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei (1919-1933) Eine Kollektivbiographie

Von Birgit Sack

»Ich wußte, ein neuer Raum hatte sich meinem Leben aufgetan, der ein neuer Raum überhaupt für die Frauen war – Politik, Parlament«, so erinnerte sich Clara Siebert im Jahr 1950 an die Zeit, als sie sich entschloß, für die Verfassunggebende Badische Landesversammlung zu kandidieren.<sup>1</sup> Die aus Schliengen (Baden) stammende Clara Siebert gehörte zu den insgesamt 38 weiblichen Abgeordneten, die die Deutsche Zentrumspartei und die Bayerische Volkspartei (BVP) in den Jahren von 1919 bis 1933 in den Reichstag und die Länderparlamente entsandten: Ellen Ammann, Emma Bachem, Albertine Badenber, Klara Barth, Maria Beyerle, Hedwig Dransfeld, Helene Drießen, Aloysia Eberle, Sibylla Eickelboom, Maria Feldhuß, Hedwig Fuchs, Maria Freiin von Gebattel, Elisabeth (Else) Giese, Elisabeth (Else) Hattemer, Maria Heßberger, Mathilde Kühnert, Thusnelda Lang-Brumann, Amalie Lauer, Agnes Neuhaus, Mathilde Otto, Else Peerenboom, Klara Philipp, Maria Rigel, Luise Rist, Helene Rothländer, Therese Schmitt, Maria Schmitz, Clara Siebert, Amelie Freifrau von Soden, Elisabeth (Elise) Stoffels; Christine Teusch, Helene Weber, Maria Weinand, Helene Wessel, Gertrud Wronka, Marie Zettler, Angela Zigahl und Elisabeth Zillken.

Mandatsdauer und politische Wirksamkeit der 38 Parlamentarierinnen waren sehr unterschiedlich. Die Nachrückerin Hedwig Fuchs übte ihr Mandat nur wenige Monate aus, ebenso Mathilde Otto und Amelie Freifrau von Soden, Mitglieder der Verfassunggebenden Badischen beziehungsweise Württembergischen Landesversammlung, die es vorzeitig zurückgaben. Die überwiegende Mehrzahl saß für eine oder mehrere Legislaturperioden im Parlament. Insgesamt sechs Abgeordnete vertraten ihre Partei während der gesamten dreizehn Jahre der ersten deutschen Republik: die Reichstagsabgeordnete Christine Teusch, die badischen Landtagsabgeordneten Maria Rigel und Clara Siebert, die Mitglieder des Preußischen Landtags Elise Stoffels und Gertrud Wronka sowie ihre württembergische Kollegin Luise Rist. Drei Abgeordnete, Hedwig Dransfeld, Clara Siebert und Helene Weber, gehörten

---

<sup>1</sup> Clara SIEBERT, *Als Frau und Mutter im Kriegsjahr und im Parlament 1917-1919*, Ms., Karlsruhe 1950, S. 28 (Kopie in der Bibliothek des Deutschen Caritasverbandes, Freiburg/Brsg.).

im Laufe ihrer parlamentarischen Laufbahnen sowohl dem Reichstag als auch dem Preußischen beziehungsweise Badischen Landtag an.

Die Parlamentarierinnen der beiden katholischen Parteien sind in der historischen Forschung bisher ebenso weitgehend unbeachtet geblieben wie die Existenz einer katholischen Frauenbewegung, mit der ihre politisch-parlamentarischen Funktionen in der Regel eng verknüpft waren. Auch die Quellenlage ist dürftig. Eine größere, wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Biographie liegt allein mit der Dissertation von Elisabeth Friese für Helene Wessel vor. Deren Schwerpunkt liegt auf der Zeit nach 1945, als Wessel eine herausragende politische Rolle spielte, unter anderem als Partei- und Fraktionsvorsitzende des neugegründeten Zentrums und als Mitglied des Parlamentarischen Rates.<sup>2</sup>

Nachlässe konnten neben dem von Helene Wessel ermittelt werden von Ammann, Dransfeld, Lang-Brumann, Lauer, Neuhaus, Otto, Siebert, Teusch, Weber und Zillken.<sup>3</sup> Neben biographischen Kurzinformationen in Parliamentshandbüchern und Lexika<sup>4</sup> liegen für einige Frauen Portraits von Zeit-

---

2 Elisabeth FRIESE, *Helene Wessel (1898-1969). Von der Zentrumspartei zur Sozialdemokratie* (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 36), Essen 1993. Die Vfn. verweist darauf, daß die »Quellenlage für Helene Wessels Zeit in der Weimarer Republik [...] insgesamt [...] mangelhaft« bleibe. Der Teil des Nachlasses, der über Wessels politische Arbeit in der Weimarer Republik Auskunft geben könnte, sei, so Friese, vermutlich bei Bombenangriffen auf Dortmund verloren gegangen; EBD., S. 13 (Wessels Nachlaß befindet sich im Archiv der sozialen Demokratie, Bonn).

3 Ammann'sches Familienarchiv, Privatbesitz (Ammann); Ursulinenkloster, Werl/Westfalen, Archiv des Katholischen Deutschen Frauenbundes (AKDFB), Köln, Bestand Hedwig Dransfeld (Dransfeld); BA Koblenz (Lang-Brumann); Privatbesitz Dr. Rosemarie Jansen, Darmstadt (Lauer); Archiv des Deutschen Caritasverbandes (ADCV), Freiburg/Brsg., Sonderbestand SKf (Neuhaus); Archiv der Schwesternschaft St. Elisabeth, Freiburg (Otto); Generallandesarchiv Karlsruhe (Siebert); Historisches Archiv der Stadt Köln (HASTK) 1187, Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (HSiD) (Teusch); AKDFB Bestand Helene Weber, Institut für Zeitgeschichte, München (Weber); ADCV Sonderbestand SKf, HSiD RWN 109 NL Elisabeth Zillken (Zillken).

4 Als wichtigste seien genannt: *Die badischen Landtagsabgeordneten 1905/1929 mit Biographie und Statistiken zur Geschichte des badischen Landtags*, bearb. v. Alfred RAPP, Karlsruhe 1929; *Handbuch für den Preußischen Landtag*, Bd. 1-5, hrsg. v. BÜRO DES PREUSSISCHEN LANDTAGS, Berlin 1921/1925/1928/1932/1933; *Hiltgers Handbuch der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung. 1919/1920*, hrsg. v. Hermann HILTGERS, Berlin-Leipzig 1919; Ina HOCHREUTHER, *Frauen im Parlament. Südwestdeutsche Abgeordnete seit 1919*, hrsg. v. LANDTAG BADEN-WÜRTTEMBERG und der LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG BADEN-WÜRTTEMBERG, Stuttgart 1992; Wilhelm KOSCH, *Das katholische Deutschland. Biographisch-bibliographisches Lexikon*, Bd. 1-2, Augsburg 1933/1938; *M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933-1945. Eine biographische Dokumentation*, hrsg. u. eingeleitet v. Martin SCHUMACHER, Düsseldorf 3. Aufl. 1994; *Das Ende der Parlamente 1933 und die Abgeordneten der Landtage und Bürgerschaften der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933-1945. Ein biographischer Index*, hrsg. u. eingeleitet v. Martin SCHUMACHER, Düsseldorf 1995; *Reichstagshandbuch*, hrsg. v. BUREAU DES REICHSTAGES, Bd. 1-8, Berlin 1920/1924/1928/1930/1932/1933; Josef

und Weggefährten vor.<sup>5</sup> In der Reihe »Zeitgeschichte in Lebensbildern« sind biographische Abrisse erschienen über Dransfeld, Neuhaus, Schmitz, Teusch, Weber und Zillken;<sup>6</sup> Kurzportraits über Badenberg, Dransfeld, Giese, Stoffels und Wronka finden sich in einem 1960 vom »Verein katholischer deutscher Lehrerinnen« (VkdL) herausgegebenen Sammelband.<sup>7</sup> Die Dissertation von Andreas Wollasch über den »Katholischen Fürsorgeverein für Mädchen, Frauen und Kinder« (KFV) liefert biographische Informationen über die Verbandsgründerin Agnes Neuhaus und ihre Generalsekretärin Elisabeth Zillken.<sup>8</sup> Auf einer breiteren Quellengrundlage beruhen Arbeiten über Ellen Ammann, Else Hattemer und Mathilde Otto.<sup>9</sup> Desiderate bleiben

---

WEIK, *MdL und Landtagsabgeordnete von Baden-Württemberg 1945-1984 mit Verzeichnis der Abgeordneten von Baden und Württemberg 1919-1933*, Stuttgart 1984. Die biographischen Abrisse bei Elisabeth PRÜGGARDIER/Anne MOHR, *Politik als Aufgabe. Engagement christlicher Frauen in der Weimarer Republik*, Annweiler-Essen 1990, S. 427-442, sind unzureichend belegt, fehler- und lückenhaft.

5 Insbesondere ist zu verweisen auf: Linus BOFF, *Clara Siebert (1873-1963). Versuch ihrer Lebensbeschreibung und der Würdigung ihrer Lebensleistung*, Freiburg/Brsg. 1971; Amelie VON GODIN, *Ellen Ammann. Ein Lebensbild*, München [1933]; Margarete EHLERT, *Maria Heßberger. Wesen und Wirken einer katholischen Frau*, Berlin o.J.; Heinz NEUHAUS, *Agnes Neuhaus. Leben und Werk, aufgezeichnet von Sr. Maria Victoria Hopmann*, zweite, überarbeitete Auflage, Salzkotten 1977 (erstmalig erschienen Mainz 1949); Joseph OECHSLER, *Ein reich erfülltes Leben im Dienste der Familie. Mathilde Otto und ihr Werk*, Freiburg/Brsg. 1963; Elisabeth ZINKE-RUWE, *Frauen im Umbruch der Zeit: Dr. Else Peerenboom*, in: *Die Mitarbeiterin 26* (1975), S. 52-55. Zu Dransfeld und Weber vgl. die in Anm. 10 genannten Arbeiten von M. PÜNDER, M. RICHARTZ und die Festschrift ERNTE EINES LEBENS.

6 Walter FERBER, *Hedwig Dransfeld (1871-1925)*, in: *Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts*, Bd. 1, hrsg. v. Rudolf MORSEY, Mainz 1973, S. 129-136; Monika PANKOKE-SCHENK, *Agnes Neuhaus (1854-1944)*, in: EBD., Bd. 4, hrsg. v. Jürgen ARETZ, Rudolf MORSEY und Anton RAUSCHER, Mainz 1980, S. 133-142; Marilone EMMERICH, *Maria Schmitz (1875-1962)*, in: EBD., Bd. 3, hrsg. v. Jürgen ARETZ, Rudolf MORSEY und Anton RAUSCHER, Mainz 1979, S. 204-222; Dominica BALLOF Sr.J., *Christine Teusch (1888-1963)*, in: EBD., Bd. 2, hrsg. v. Rudolf MORSEY, Mainz 1975, S. 202-213; Rudolf MORSEY, *Helene Weber (1881-1962)*, in: EBD., Bd. 3, hrsg. v. Jürgen ARETZ, Rudolf MORSEY und Anton RAUSCHER, Mainz 1979, S. 223-234; Hubert MOCKENHAUPT, *Elisabeth Zillken (1888-1980)*, in: EBD., Bd. 6, hrsg. v. Jürgen ARETZ, Rudolf MORSEY und Anton RAUSCHER, Mainz 1984, S. 214-230.

7 Else SCHMÜCKER/Marilone EMMERICH (Hrsg.), *Lebendige Tradition im Wirken führender Frauen des Vereins katholischer deutscher Lehrerinnen*, Bochum [1960], S. 26-31 (Elisabeth Mleinek über Badenberg), S. 81-85 (Else Schmücker über Dransfeld), S. 55-59 (Erna Schulz über Giese), S. 20-25 (Elisabeth Mleinek über Stoffels) und S. 39-44 (Paula Rengier über Wronka).

8 Andreas WOLLASCH, *Der Katholische Fürsorgeverein für Mädchen, Frauen und Kinder (1899-1945). Ein Beitrag zur Geschichte der Jugend- und Gefährdetenfürsorge in Deutschland*, Freiburg/Brsg. 1991.

9 Marianne NEBOISA, *Ellen Ammann 1870-1932. Diakonin der katholischen Aktion*, München [1981]; DIES.: *Ellen Ammann geb. Sundström 1870-1932. Dokumentation und Interpretation eines diakonischen Frauenlebens*, St. Ottilien 1992. Ingrid LANGER, *Das Zentrum: Elisabeth (Else) Hattemer*, in: DIES.: *Zwölf vergessene Frauen. Die weiblichen Abgeordneten im Parlament des Volksstaates Hessen. Ihre politische Arbeit – ihr Alltag – ihr Leben*, Frankfurt a. M. 1989, S. 166-221 u. S. 589-592; Hans-Josef WOLLASCH, *Mathilde Otto (1875-1933)*, »Armenfürsor-

Biographien über Hedwig Dransfeld und Helene Weber, um nur die beiden augenfälligsten zu nennen. Über die Kindheit und Jugend Webers beispielsweise ist so gut wie nichts bekannt.<sup>10</sup> Vergleichsweise besser als bei den Parlamentarierinnen der beiden katholischen Parteien ist der Forschungsstand zu ihren sozialdemokratischen Kolleginnen, deren Reichstagsfraktion bis 1933 die größte Zahl weiblicher Reichstagsabgeordneter und zwischen 1924 und 1930 auch den höchsten Frauenanteil aufwies:<sup>11</sup> Mit der Dissertation von Christl Wickert, die bereits Mitte der 80er Jahre erschien, als die historische Frauenforschung in der Bundesrepublik Deutschland noch in den Kinderschuhen steckte, liegt eine biographisch angelegte Studie über die weiblichen Abgeordneten der SPD im Reichstag und im Preußischen Landtag vor.<sup>12</sup> Über einige wenige sozialdemokratische Parlamentarierinnen sind darüber hinaus wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Biographien

---

*gerin». Eine (fast) vergessene Frau der Caritas, in: Caritas '89. Jahrbuch des DCV (erweiterter Sonderdruck), Freiburg/Brsg. 1988, S. 297-324.*

10 Zu Dransfeld vgl. neben den in Anmerkung 5 und 6 genannten Beiträgen insbesondere Marianne PÜNDER, *Hedwig Dransfeld, in: Westfälische Lebensbilder, Bd. 12, hrsg. v. Robert STUPPERICH, Münster 1979, S. 145-161; Maria RICHARTZ, Hedwig Dransfeld, Meitingen 1949, sowie Hedwig WASSENBERG, Hedwig Dransfeld. Von der Volksschullehrerin zur Volkserzieherin, Aachen 1994, die den Erwartungen an eine Dissertation nicht gerecht wird. Zu Weber vgl. neben dem in Anmerkung 5 genannten Beitrag: *Ernte eines Lebens. Blätter der Erinnerung zum 80. Geburtstag von Dr. h. c. Helene Weber am 17. März 1961, hrsg. v. der Zentrale des KATHOLISCHEN DEUTSCHEN FRAUENBUNDES, Köln [1961]; Charlotte RIEDEN, Helene Weber als Gründerin der katholischen Schule für Sozialarbeit in Köln und als Sozialpolitikerin, in: Rüdiger BARON (Hrsg.), Sozialarbeit und soziale Reform. Zur Geschichte eines Berufs zwischen Frauenbewegung und öffentlicher Verwaltung, Weinheim 1983, S. 110-143, sowie für die Zeit nach 1945 Michael BRAUN, Helene Weber, in: Günther BUCHSTAB und Klaus GOTTO (Hrsg.), Die Gründung der Union, München 1981, S. 145-156; M. LENZ, Helene Weber, in: KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG (Hrsg.), Christliche Demokraten der ersten Stunde, Bonn 1966, S. 403 ff. sowie Roswitha VERHÜLSDONK, Helene Weber, in: Renate HELLWIG, Die Christdemokratinnen, Stuttgart 1984, S. 110 ff.**

11 Karen HAGEMANN/Jan KOLOSSA: *Gleiche Rechte – Gleiche Pflichten? Der Frauenkampf für »staatsbürgerliche« Gleichberechtigung. Ein Bilder-Lese-Buch zu Frauenalltag und Frauenbewegung in Hamburg, hrsg. v. der LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG HAMBURG, Hamburg 1990, S. 65.* – Bei den Wahlen zur Nationalversammlung lag der Frauenanteil der SPD-Fraktion bei 10,9%, der der Zentrumsfraktion bei 6,6%; die durchschnittliche Frauenquote aller Fraktionen belief sich auf 8,9%. Im 5. Reichstag 1930 waren es 11,1% Frauenanteil bei der SPD, 5,8% beim Zentrum und 6,8% im Durchschnitt aller Parteien. Im 1. Preußischen Landtag 1921 belief sich der Frauenanteil der SPD-Fraktion auf 13,2%, der der Zentrumsfraktion auf 9,5%; der Durchschnitt lag bei 9,3%; Zahlenangaben für den Reichstag nach: Karen HAGEMANN, *Frauenalltag und Männerpolitik. Alltagsleben und gesellschaftliches Handeln von Arbeiterfrauen in der Weimarer Republik. Untersucht am Beispiel des sozialdemokratischen Milieus in der Weimarer Republik, Bonn 1990, S. 535; Eberhard KOLB, Die Weimarer Republik, München 2. Aufl. 1988, S. 258 f.; für den Preußischen Landtag nach: Christl WICKERT, *Unsere Erwählten. Sozialdemokratische Frauen im Deutschen Reichstag und im Preußischen Landtag 1919-1933, 2 Bde., Göttingen 1986, Bd. 2, S. 112 f., und eigene Berechnungen.**

12 Vgl. Ch. WICKERT (wie Anm. 11).

vorhanden.<sup>13</sup> Als ein Ertrag der Katholizismusforschung der letzten Jahrzehnte wiederum kann die nicht unbeträchtliche Zahl von Biographien über führende männliche Repräsentanten des politischen und sozialen Katholizismus gelten, die über ein parlamentarisches Mandat verfügten.<sup>14</sup>

Die folgenden Ausführungen<sup>15</sup> zielen, in Anlehnung an neuere historiographische Ansätze, die die Bedeutung des Biographischen betonen,<sup>16</sup> auf eine kollektivbiographische Erfassung der weiblichen Zentrums- beziehungsweise BVP-Abgeordneten. Sie müssen selektiv und lückenhaft ausfallen. Neben Quellenlage und Forschungsstand spielen hierfür auch die jeweils unterschiedliche Persönlichkeit und Wirksamkeit eine Rolle. So standen neben ausgeprägten Führungspersönlichkeiten und engagierten Berufspolitikerinnen wie Hedwig Dransfeld, der langjährigen Vorsitzenden des »Katholischen Deutschen Frauenbunds« (KDF) und des »Reichsfrauenbeirats der Deutschen Zentrumspartei« (RFB), oder der VkdL-Vorsitzenden Maria Schmitz<sup>17</sup> einige vergleichsweise farblose »Zufallsparlamentarierinnen« mit geringem verbandspolitischen Hintergrund.

13 Zum Beispiel über Toni Sender vgl. Annette HILD-BERG, *Toni Sender (1888-1964). Ein Leben im Namen der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit*, Köln 1994. Vgl. ferner: Antje DERTINGER, *Dazwischen liegt nur der Tod. Leben und Sterben der Sozialistin Toni Pfülf*, Berlin-Bonn 1984.

14 Vgl. u.a. Ulrich VON HEHL, *Wilhelm Marx 1863-1946. Eine politische Biographie*, Mainz 1987; Heinrich KÜPPERS, *Joseph Wirth. Parlamentarier, Minister und Kanzler der Weimarer Republik*, Stuttgart 1997; August Hermann LEUGERS-SCHIERZBERG, *Felix Porsch (1853-1930). Politik für katholische Interessen in Kaiserreich und Republik* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte Reihe B. Forschungen, Bd. 54), Mainz 1990; Georg MAY, *Ludwig Kaas. Der Priester, der Politiker und der Gelehrte aus der Schule von Ulrich Stutz*, Bd. 1-3, Amsterdam 1981/1982; Michael SCHÄFER, *Heinrich Imbusch. Christlicher Gewerkschaftsführer und Widerstandskämpfer* (Bergbau und Bergarbeit, hrsg. v. Klaus TENFELDE), München 1990; Helmut J. SCHORR, *Adam Stegerwald. Gewerkschafter und Politiker der ersten deutschen Republik. Ein Beitrag zur Geschichte der christlich-sozialen Bewegung in Deutschland*, Recklinghausen 1966; Oswald WACHTLING, *Josef Joos – Journalist, Arbeiterführer, Zentrumspolitiker. Politische Biographie 1878-1933*, Mainz 1974.

15 Der vorliegende Beitrag ist die überarbeitete Fassung eines Kapitels meiner Dissertation über die katholische Frauenbewegung in der Weimarer Republik; vgl. Birgit SACK, *Zwischen religiöser Bindung und moderner Gesellschaft: Katholische Frauenbewegung und politische Kultur in der Weimarer Republik (1918/19-1933)* (Internationale Hochschulschriften, Bd. 266), Münster-New York 1998. Dort finden sich kurze, systematische Abrisse über die einzelnen Abgeordneten, ein genauer bibliographischer Nachweis aller biographischen Angaben im Text sowie eine Bibliographie.

16 Vgl. dazu: Ute DANIEL, »Kultur« und »Gesellschaft«. Überlegungen zum Gegenwartsbereich der Sozialgeschichte, in: *Geschichte und Gesellschaft* 19 (1993), S. 69-99, insbesondere S. 93.

17 Schmitz leitete den VkdL von 1916-1937 und von 1948-1953; Dransfeld, seit 1905 (bis 1920) Schriftleiterin des KDF-Organs »Die Christliche Frau«, stand dem KDF von 1912 bis 1924 vor; den Vorsitz des RFB hatte sie seit seiner Gründung im Jahr 1922 bis zu ihrem Tod 1925 inne; ferner gehörte sie 1916 zu den Mitbegründerinnen des »Vereins katholischer deutscher Sozialbeamtinnen« (VKS).

Zunächst wird nach der Generationszugehörigkeit (1.) sowie nach sozialer Herkunft, schulischer Ausbildung und prägenden Sozialisationserfahrungen (2.) gefragt. Für die weitere Untersuchung unter kollektivbiographischen Aspekten erwies es sich als sinnvoll, die 38 Frauen nach dem Familienstand in zwei Gruppen, nämlich verheiratete/verwitwete (3.) und ledige, berufstätige Politikerinnen (4.) zu unterteilen und gesondert zu betrachten. Wie gezeigt werden wird, prägte der Familienstand nämlich entscheidend die Handlungsspielräume und Tätigkeitsfelder der Untersuchten: Die Bedeutung von Religion und Kirche wie die Frauenfrage stellten sich jeweils anders dar. Im einzelnen werden die jeweilige berufliche Ausbildung, die Heiratskreise beziehungsweise die soziale Stellung im Beruf sowie die Organisationszugehörigkeit thematisiert. In einem Resümee (5.) werden dann in Erweiterung und Zusammenfassung des Bisherigen unter anderem geschlechts- und konfessionsspezifische Charakteristika der Untersuchungsgruppe herausgearbeitet.

Alle Angehörigen der Untersuchungsgruppe waren in Frauenorganisationen aktiv. Als Politikerinnen stellten sie die herkömmlichen Geschlechterrollen in Frage. Sich politisch zu engagieren, in männlich dominierte Bereiche einzudringen, ist als emanzipatorisch zu bezeichnen. Der Umstand als solcher sagt aber nichts über das Selbstverständnis. So wollten Einzelne ganz bewußt die Handlungsspielräume von Frauen erweitern, andere nicht. Ebenso wie die Zugehörigkeit zu einer Organisation der katholischen Frauenbewegung nicht notwendigerweise ein frauenbewegtes Bewußtsein implizierte, ließ sich im Einzelfall das Engagement etwa in einem konfessionellen Verband mit dem Willen, die Handlungsspielräume von Frauen zu erweitern, vereinbaren. So hatte, um ein Beispiel für diese Unterschiede zu nennen, die schon eingangs zitierte Clara Siebert ihre Kandidatur für die Verfassungsgebende Badische Landesversammlung nicht angestrebt und sich, folgt man ihrem Erinnerungsbericht, in der Beichte die Entscheidung über die Annahme des ihr angetragenen politischen Mandats abnehmen lassen: »Und so sagte ich alles: daß ich einen sehr schwer kriegsbeschädigten Sohn habe, daß ich wieder meinen eigentlichen Beruf aufnehmen möchte, Frau und Mutter zu sein, daß ich durch Lazarett und Kriegsamt nun schon lange von meinem eigentlichen Beruf weg sei, daß ich viel auswärts war in den letzten zwei Jahren, daß ich frei sein möchte für mein Heim und auch für den Schreibtisch [...]. Und ich würde jetzt die Entscheidung dem ewigen Richter anheim geben [...]. Es kam lange, lange keine Antwort. – Dann ernste Worte über die Not der Zeit [...], dann wieder Stille und das Wort: ›Der Wille Gottes ist mir Kraft genug.‹ Gehen Sie mit diesem Wort und erfüllen Ihre Sendung«<sup>18</sup>.

---

18 C. SIEBERT (wie Anm. 1), S. 27 f.

Während Clara Siebert als Ehefrau und Mutter eines Sohnes im inneren Konflikt stand zwischen ihrer Familienrolle und dem Willen, politische Verantwortung zu übernehmen, hatten sich die ledigen Lehrerinnen Albertine Badenberg, Elisabeth Zillken und Helene Weber seit dem späten Kaiserreich in einer Frauenstimmrechtsorganisation engagiert.<sup>19</sup>

Alle vier waren im Katholischen Frauenbund aktiv, der 1903 in Köln gegründeten Organisation der katholischen Frauenbewegung, die offiziell ihre Neutralität in der Stimmrechtsfrage erklärt hatte.<sup>20</sup>

Der individuelle Lebensweg der Untersuchten war, wie die kollektive Geschichte der Frauenbewegung(en), geprägt durch die eklatante Diskriminierung von Frauen in Bildung und Beruf im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Im europäischen Vergleich war der Kampf um Bildung in Deutschland »besonders hart und langwierig«<sup>21</sup>. Die sogenannten höheren Töchterschulen stellten die einzige Möglichkeit der Weiterbildung nach dem Besuch der Volks- oder Elementarschule dar. Noch am Ende des 19. Jahrhunderts waren zwei Drittel von ihnen privat. Ihr Lehrprogramm war nirgends festgelegt. Der Besuch war für bürgerliche Töchter vor allem eine Status-, kaum eine Bildungsfrage. Trotz Veränderungen in Erziehungsinhalten und -methoden im Laufe des 19. Jahrhunderts konzentrierte sich die Ausbildung der sogenannten höheren Töchter vorrangig darauf, diese in ihre zukünftigen gesellschaftlichen Repräsentationspflichten als Ehefrauen einzuweisen und sie auf ihre Mutterrolle vorzubereiten. Eine Berufsqualifizierung fehlte dagegen

<sup>19</sup> Badenberg war seit 1911/12, Zillken ab 1913 Mitglied der Frauenstimmrechtsbewegung. Letztere warb in Kursen und Artikeln für das Stimmrecht; vgl. H. MOCKENHAUPT (wie Anm. 6), S. 222. Weber war Vorstandsmitglied der Kölner Ortsgruppe des »Frauenstimmrechts-Verbandes für Westdeutschland« und arbeitete in der »Propaganda-Kommission des Westdeutschen Verbandes« mit; vgl. Protokoll der 1. Generalversammlung des Frauenstimmrechts-Verbandes für Westdeutschland vom 9. März 1912, AKDFB Bestand Helene Weber. Dieser Verband schloß sich 1911 mit weiteren Regionalverbänden zur »Deutschen Vereinigung für Frauenstimmrecht«, einer der drei Frauenstimmrechtsorganisationen im Kaiserreich, zusammen. Innerhalb der Stimmrechtsbewegung zählte die 1909 gegründete, dem bürgerlich-liberalen Bund Deutscher Frauenvereine (BDF) angeschlossene »Deutsche Vereinigung« zum konservativem Flügel, da sie das weibliche Wahlrecht auf dem Boden der konstitutionellen Monarchie und des herrschenden Dreiklassenwahlrechts forderte; vgl. Ute GERHARD, *Unerhört. Die Geschichte der deutschen Frauenbewegung*, Hamburg 1990, S. 216-225 u. S. 288-292.

<sup>20</sup> Vgl. dazu: Ursula BAUMANN, *Religion und Emanzipation: Konfessionelle Frauenbewegung in Deutschland 1900-1933*, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* 1992, S. 171-206, insbesondere S. 192-194. Zum KDF im Kaiserreich vgl. ferner: Gisela BREUER, *Frauenbewegung im Katholizismus. Der Katholische Frauenbund 1903-1918* (Geschichte und Geschlechter, Bd. 22), Frankfurt-New York 1998; DIES., *Zwischen Emanzipation und Anpassung: Der Katholische Frauenbund im Kaiserreich*, in: *Rottenburger Jahrbuch für Kirchengeschichte* 10 (1991), S. 111-120, sowie Lucia SCHIERZBERG, *Die katholische Frauenbewegung im Kaiserreich*, in: Winfried LOTH (Hrsg.), *Deutscher Katholizismus im Umbruch zur Moderne*, Stuttgart u.a. 1991, S. 143-163.

<sup>21</sup> U. GERHARD (wie Anm. 19), S. 140. Vgl. zum folgenden EBD., S. 138-162.

gänzlich.<sup>22</sup> Ebenso wenig wie es eine geregelte schulische Ausbildung für Mädchen gab, war die Lehrerinnenausbildung – bis zur Jahrhundertwende die einzige Fortbildungsmöglichkeit für Frauen – staatlich reglementiert, organisiert oder gar anerkannt. Diejenigen, die den Lehrberuf ergreifen wollten, mußten »selbst sehen, auf welche Weise sie ihre Qualifikation erwarben, im Privatunterricht, im Selbststudium, oder auf privaten Lehrerinnenseminaren«<sup>23</sup>.

1893 richtete Helene Lange, Vorkämpferin der bürgerlich-liberalen Frauenbewegung, erstmals sogenannte Gymnasialkurse ein, die Absolventinnen höherer Mädchenschulen in vierjährigen Kursen auf das extern an einem Jungengymnasium abzulegende Abitur vorbereiteten. 1908 schließlich führte Preußen eine grundlegende »Neuordnung des höheren Mädchenschulwesens« durch und ließ Frauen zur Universität zu.<sup>24</sup> Die universitäre Ausbildung für Lehrerinnen höherer Mädchenschulen ersetzte die vorherige nichtakademische Ausbildung zur »Oberlehrerin«<sup>25</sup>. Obwohl die Universität Frauen nun offenstand, leitete sich daraus noch kein Anspruch auf Zulassung zur Promotion oder »gar zum Eintritt in das staatliche Berechtigungs- und Berufssystem«<sup>26</sup> ab. Das Spektrum beruflicher Möglichkeiten für bürgerliche Frauen wurde erst durch die Professionalisierung der Sozialarbeit im Gefolge des Ersten Weltkriegs spürbar erweitert, als der Staat begann, neben und in Zusammenarbeit mit den privaten Verbänden, selber Wohlfahrtspflege zu betreiben.

---

22 Zur höheren Mädchenschulbildung im Kaiserreich vgl. Jürgen ZINNECKER, *Sozialgeschichte der Mädchenbildung. Zur Kritik der Schulerziehung von Mädchen im bürgerlichen Patriarchalismus*, Weinheim-Basel 1975; Margret KRAUL, *Höhere Mädchenschulen*, in: *Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte*, Bd. IV: 1870-1918. Von der Reichsgründungsära bis zum Ende des Ersten Weltkriegs, hrsg. v. Christa BERG, München 1991, S. 279-295.

23 U. GERHARD (wie Anm. 19), S. 144. Zur Pionierarbeit katholischer Geistlicher auf dem Gebiet der Volksschullehrerinnenausbildung nach der Einschränkung der Tätigkeit von lehrenden Ordensschwestern durch Säkularisation und Kulturkampf vgl. Maria W. BLOCHMANN, »Laß dich gellisten nach der Männer Weisheit und Bildung«. *Frauenbildung als Emanzipationsgelüste 1800-1918*, Pfaffenweiler 1990, S. 17-21.

24 Eine reichsweite gesetzliche Regelung folgte. Abgesehen von Baden, wo die Zulassung von Frauen zum Studium seit 1900 gesetzlich geregelt war, waren die Studienmöglichkeiten für Frauen in den deutschen Einzelstaaten bis zu diesem Zeitpunkt von »Willkür und Unsicherheit« bestimmt; U. GERHARD (wie Anm. 19), S. 157.

25 1894 hatte der preußische Kultusminister Bosse eine sog. Oberlehrerinnenprüfung für Lehrerinnen eingerichtet, »die sich auf zwei Feldern eine einem zwei- bis dreijährigen Universitätsstudium adäquate Weiterbildung angeeignet hatten«; Claudia HUERKAMP, *Bildungsbürgerinnen. Frauen im Studium und in akademischen Berufen 1900-1945* (Bürgertum. Beiträge zur europäischen Gesellschaftsgeschichte, Bd. 10), Göttingen 1996, S. 207. Die Möglichkeit der Oberlehrerinnenprüfung lief 1913 aus; 1921 wurden die Oberlehrerinnen den »pro facultate docendi« geprüften Lehrerinnen gleichgestellt, erhielten die gleiche Besoldung und die gleiche Bezeichnung »Studienrätin«; EBD., S. 209.

26 U. GERHARD (wie Anm. 19), S. 158.

## 1. Generationszugehörigkeit

Detlev Peukert unterscheidet unter den politisch Verantwortlichen der Weimarer Republik vier »politische Generationen«, denen er verschiedene biographische Prägungen zugrunde legt: Die »Wilhelminische Generation«, die Zeitgenossen Wilhelms II. (1859-1941), erlebten die Reichsgründung als Kinder und wurden zu Bismarcks Zeiten politisch sozialisiert. Die »Gründerzeitgeneration« der im Jahrzehnt der Reichsgründung Geborenen erfuhr ihre politische Prägung nach dem Regierungsantritt Wilhelms II. Die in den 80er und 90er Jahren geborene sogenannte »Frontgeneration« war um die Jahrhundertwende jung, spürte »die Aufschwungseuphorie wie die Zukunftsängste der Vorkriegsjahre«; ihre männlichen Angehörigen gehörten zu den am häufigsten und längsten zur Front eingezogenen Jahrgängen. Insbesondere die in den 90er Jahren Geborenen waren in der Regel stark durch die Jugendbewegung beeinflusst. Zur »überflüssigen Generation« der seit 1900 Geborenen schließlich gehörte keine der Untersuchten.<sup>27</sup>

Die Peukertschen Generationskategorien anzuwenden, ist sicher nicht unproblematisch. So war etwa keine Frau durch ein »Fronterlebnis« im eigentlichen Sinn geprägt. Allerdings bedeutete, um beim Beispiel der Frontgeneration zu bleiben, der Erste Weltkrieg durch die verantwortliche Einbeziehung von Frauenorganisationen in die staatliche Kriegswirtschaft für viele Frauen dieser Generation einen einschneidenden biographischen Bruch. Ferner kamen die im Nationalen Frauendienst Tätigen teilweise unmittelbar mit dem Kriegsgeschehen in Berührung, etwa wenn sie Soldaten an der Front unterrichteten oder Verwundete pflegten. Schließlich konnte der kriegsbedingte Verlust des (potentiellen) Ehepartners bei der Entscheidung zur Berufstätigkeit und zum politischen Engagement eine Rolle spielen.

Die Altersspanne unter den weiblichen Zentrumsabgeordneten reichte von der 1854 geborenen Agnes Neuhaus bis zur 44 Jahre jüngeren Helene Wessel (1898-1969), die 1928 als jüngstes Mitglied ihrer Fraktion in den Preußischen Landtag einzog. Nach der Generationsunterteilung Peukerts gehörten mit Albertine Badenberg (1865 -1958), Hedwig Fuchs (1864-1944), Agnes Neuhaus (1854-1944), Maria Rigel (1869 -1937) und Amelie Freifrau von Soden (1869-1953) fünf Abgeordnete zur Wilhelminischen Generation. Die übrigen verteilten sich mit fünfzehn beziehungsweise achtzehn relativ gleichmäßig auf Gründerzeit- und Frontgeneration. Unter den Angehörigen der Frontgeneration waren sechs um 1890 geboren: Aloysia Eberle (1889 -?), Else Peerenboom (1893-1958), Helene Rothländer (1890-1976), Christine

<sup>27</sup> Detlev J. K. PEUKERT: *Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne*, Frankfurt a. M. 1987, S. 25-31, das Zitat: S. 27.

Teusch (1888-1968), Helene Wessel (1898-1969) und Elisabeth Zillken (1888-1980).

## 2. Soziale Herkunft, schulische Ausbildung und prägende Sozialisationserfahrungen

Die Untersuchungsgruppe stammte nach ihrer sozialen Herkunft, gemessen an der sozialen Stellung ihrer Väter im Beruf, überwiegend aus dem gehobenen, häufig verbeamteten Bildungsbürgertum.<sup>28</sup> Hierzu zählten die Väter von Ellen Ammann (promovierter Gymnasiallehrer, nebenberuflich Redakteur und Privatgelehrter), Albertine Badenberg (Architekt und Landvermesser), Maria Beyerle (Rechtsanwalt), Else Hattemer (Geheimer Schulrat, Direktor einer Taubstummenanstalt), Agnes Neuhaus (Arzt, Sanitätsrat), Klara Philipp (Geheimer Finanzrat), Maria Rigel (Notar), Maria Schmitz (Baumeister, Architekt), Clara Siebert (Bezirksarzt, Medizinalrat) und Elisabeth Zillken (Rentmeister bei der Firma Villeroy). Gehobene Verwaltungstätigkeiten im nichtstaatlichen Bereich übten die Väter von Hedwig Dransfeld (Oberförster) und Else Peerenboom (Gutsverwalter) als Angestellte großer Adelsgüter aus. Dem unteren Bildungsbürgertum zuzurechnen war Helene Weber als Tochter eines Volksschullehrers. Zum wohlhabenden Besitzbürgertum gehörten Maria Heßberger (Wachsfabrikant), Amalie Lauer (Kaufmann), Mathilde Otto (Kaufmann, Fabrikant) und Christine Teusch (Kaufmann). Als Tochter eines Lokomotivführers wich Helene Wessel von dem bürgerlichen Herkunftsmuster ebenso ab wie Aloysia Eberle, die vermutlich aus einer Arbeiterfamilie stammte. Marie Freiin von Gebattel schließlich kam aus dem Militäradel (Kavalleriegeneral).

Helene Wessels Vater, wie auch die Väter von Maria Schmitz, Helene Weber und Gertrud Wronka waren kommunalpolitisch tätige Zentrumsmitglieder: als aktives Mitglied im Dortmunder Zentrum (Wessel), als langjähriger Stadtverordneter in Aachen (Schmitz), als Zentrumsvorsitzender in Eiberfeld (Weber). Gertrud Wronka kam aus einer kommunalpolitisch engagierten Allensteiner Familie.<sup>29</sup>

Mit Ausnahme der gebürtigen Schwedin Ellen Ammann stammten vermutlich alle aus katholischen Elternhäusern. Ammanns Vater war Freimaurer; ihre protestantische Mutter konvertierte zum Katholizismus, als

<sup>28</sup> Die soziale Herkunft konnte für 19 Abgeordnete, neun Reichstags- und zehn Landtagsabgeordnete, ermittelt werden. Die Ergebnisse lassen sich jedoch verallgemeinern, da die vorliegenden Angaben zur schulischen Ausbildung der übrigen Frauen entsprechende Rückschlüsse zulassen.

<sup>29</sup> Zu Wessel vgl. E. FRIESE (wie Anm. 2), S. 16; zu Schmitz vgl. M. EMMERICH (wie Anm. 6), S. 204; zu Weber vgl. R. MORSEY (wie Anm. 6), S. 223; zu Wronka vgl. P. RENGIER (wie Anm. 7), S. 39.

die Tochter elf Jahre alt war. Wegen der konfessionellen Verhältnisse im lutherisch-protestantischen Schweden, wo seit 1617 für katholische Glaubensangehörige die Todesstrafe bestanden hatte und inländischen Katholiken erst 1860 Religionsfreiheit gewährt wurde, verheimlichte sie ihre Konversion zunächst, sorgte aber für eine streng katholische Erziehung ihrer beiden Töchter.<sup>30</sup>

Bis auf drei besuchten alle späteren Parlamentarierinnen eine private höhere Mädchenschule.<sup>31</sup> Darunter erhielten nicht wenige zumindest Teile ihrer schulischen Ausbildung und Erziehung in Nonnenpensionaten, nicht selten im benachbarten katholischen Ausland. Bei den Älteren hing die Verschickung ins Ausland höchstwahrscheinlich mit dem Kulturkampf der 70er Jahre zusammen, in dessen Gefolge die schulischen Ordensgenossenschaften in Preußen aufgelöst wurden. Agnes Neuhaus beispielsweise wurde nach dem Besuch von Volksschule und sogenannter höherer Töcherschule in Dortmund zunächst in einem von Ursulinen geführten Pensionat im niedersächsischen Haselünne, dann in einer entsprechenden Einrichtung im französischen Carignan unterrichtet. Die 39 Jahre jüngere Else Peerenboom besuchte zunächst die örtliche höhere Mädchenschule, dann verbrachte sie zweieinhalb Jahre im Ausland, unter anderem in einem belgischen Pensionat der Schwestern von Sacré Coeur in Blumenthal. Clara Siebert und Maria Rigel lebten als Schülerinnen mehrere Jahre im Klosterinstitut »Unsere liebe Frau« in Offenburg. Emma Bachem wurde zwei Jahre im Pensionat »Vom hl. Herzen Jesu« im holländischen Vaals und Mathilde Otto auf katholischen Internatsschulen in Freiburg (Schweiz) und Genf erzogen.<sup>32</sup>

Die Töchter in katholischen höheren Mädchenschulen und Nonneninternaten unterrichten zu lassen, entsprach der katholisch-konfessionellen Überzeugung wie auch den geschlechts- und schichtspezifischen Rollenerwartungen bürgerlich-katholischer Elternhäuser. Im 19. Jahrhundert schickten »selbst liberale Väter ihre Kinder gerne in Nonnen- oder Jesuiteninternate, besonders die Töchter, weil »bürgerliche Tugend« für diese vor allem Selbstdisziplin und Unterordnung hieß«, so Thomas Mergel in einem Aufsatz

30 Vgl. M. NEBOISA (wie Anm. 9), S. 3 f.

31 Helene Wessel absolvierte die Volksschule und eine kaufmännische Fortbildungsschule, Aloysia Eberle die Volksschule, Mathilde Kühnerts Schulbildung ist unbekannt.

32 Zu Neuhaus vgl. M. PANKOKE-SCHIENK (wie Anm. 6), S. 134; zu Peerenboom vgl. E. ZINKE-RUWE (wie Anm. 5), S. 53; zu Siebert vgl. Clemens SIEBLER, *Siebert, Clara Maria*, in: *Badische Biographien*, Neue Folge, Bd. 3, im Auftrag der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg hrsg. von Bernd OTTNAD, Stuttgart 1990, S. 255 f., hier: S. 255; zu Rigel vgl. C. SIEBERT (wie Anm. 1), S. 36, wo die Verfasserin auf die gemeinsame Internatszeit verweist, sowie Clemens SIEBLER, *Rigel, Maria Anna Susanna*, in: *Badische Biographien*, Neue Folge, Bd. 4, Stuttgart 1996, S. 231 f.; zu Bachem vgl. *Handbuch für den Preussischen Landtag*, Bd. 3 (wie Anm. 4), S. 499; zu Otto vgl. H.-J. WOLLASCH (wie Anm. 9), S. 298.

über »Geschlecht, Erziehung und Frömmigkeit in katholischen rheinischen Bürgerfamilien«: Die Religion sollte nämlich vor allem die Einordnung der Heranwachsenden in das bürgerliche Leben vorbereiten.<sup>33</sup> Die Schilderungen der aus einem großbürgerlich-katholischen Elternhaus stammenden Christa Thomas (1893-1989), einer katholischen Sozialarbeiterin, die nicht zur Untersuchungsgruppe gehört, stehen exemplarisch für diesen Zusammenhang von Autorität und Religion: Ihre Eltern schickten sie wegen Disziplinschwierigkeiten mehrere Jahre ins Internat der »Schwestern vom armen Kinde Jesu« in Köln. Der mehrjährige Klosteraufenthalt, insbesondere die »sehr strengen Exerzitien«, weckten und stärkten ihre kirchlich-religiöse Bindung und damit zusammenhängend die Bereitschaft zur Einfügung und Unterordnung.<sup>34</sup> Von Ellen Ammann ist bekannt, daß sie ihre entscheidende religiöse Prägung durch eine Schulnonne erhielt. Ihre Verehrung für die Ordensfrau ging so weit, daß sie mit dem Gedanken spielte, ihrem Beispiel zu folgen und ins Kloster einzutreten.<sup>35</sup> Die religiöse Erziehung konnte sich demzufolge auch dahin auswirken, daß sie zu einer Ablehnung des von den Eltern vorgesehenen Lebensentwurfs als Ehefrau und Mutter führte.

Hedwig Dransfeld, Else Peerenboom, Christine Teusch und Helene Wessel verloren früh ihre Väter. Hedwig Dransfelds Vater starb, als sie drei Jahre alt war; achtjährig wurde sie Vollwaise. Sie wuchs zunächst bei ihrer mittellosen Großmutter und nach deren Tod in einem katholischen Waisenhaus auf. Während ihrer Ausbildungszeit am Paderbomer Lehrerinnenseminar Ende der 80er Jahre schließlich erkrankte Dransfeld schwer an Knochentuberkulose.<sup>36</sup> Else Peerenboom verlor ihren Vater als Vierjährige; gemeinsam mit

33 Thomas MERGEL, *Die subtile Macht der Liebe. Geschlecht, Erziehung und Frömmigkeit in katholischen rheinischen Bürgerfamilien 1830-1910*, in: Irmaud GÖTZ VON OLENHUSEN (Hrsg.), *Frauen unter dem Patriarchat der Kirchen. Katholikinnen und Protestantinnen im 19. und 20. Jahrhundert* (Konfession und Gesellschaft, Bd. 7), Stuttgart-Berlin-Köln 1995, S. 22-47, hier: S. 36.

34 »Die guten »Schwestern vom armen Kinde Jesu« hatten mit meiner Bekehrung und weiteren Erziehung ein Meisterwerk geschaffen, die Anpassung an die bestehende christliche, besonders auch katholische Gesellschaft war ihnen gelungen«; Christa THOMAS, *Eine goldene Spur. Aufzeichnungen über ein Leben der Stille und inneren Abgeschiedenheit*, unveröff. Ms. [ca. 1978], S. 13. HASiK NL Christina Thomas 1276/16.

35 Zu Konflikten zwischen Eltern und Töchtern im Zusammenhang mit deren Berufswunsch und der Bedeutung der Religion vgl. weiter unten.

36 Vgl. M. PÜNDEr (wie Anm. 10), S. 145-147; Wilfried VON RÜDEN, *Sie prägten das geistige Antlitz mit*, in: *100 Jahre Ursulinen in Werl. Festschrift 1888-1988*, Werl 1988, S. 122-124, hier: S. 122. – Ein ärztliches Attest vom April 1922 belegt die erhebliche körperliche Behinderung Dransfelds. Zu Krankheitsentwicklung und -bild hieß es darin unter anderem, daß die Patientin »Ende der 80er Jahre wegen einer Knochentuberkulose der linken Hand, bald darauf wegen einer Knochentuberkulose am linken Fuß, 1899 am linken Oberarm operiert« worden sei. Sie habe »mehrere Drüsenoperationen am Hals und an den Armen« durchgemacht, sich 1907 »einer Magenoperation und 1920 [...] einer ausgedehnten Bauchoperation« unterzogen. Der »linke Oberarm« sei »in der Mitte amputiert« und zeige »am Stumpf Narben«, der »linke

ihrer Mutter zog sie zu deren Bruder, einem Kaufmann. Christine Teusch und Helene Wessel wurden mit vierzehn beziehungsweise sieben Jahren Halbwaisen.<sup>37</sup> Es liegt nahe, einen Antrieb für das spätere Streben der Genannten nach beruflicher Selbständigkeit darin zu suchen, daß sie früh den Verlust materieller Sicherheit erfuhren und die traditionelle bürgerliche Arbeits- und Rollenverteilung durch den Tod des Familienoberhauptes außer Kraft gesetzt wurde. Die Erfahrung sozialen Abstiegs (Dransfeld), zumindest von Statusunsicherheit und des Angewiesenseins auf sich selbst, begünstigte diesen Weg in die Selbständigkeit. Vergleichbare Erfahrungen von sozialem Abstieg und Statusverlust machte Albertine Badenbergl. Mit 22 Jahren mußte sie ihre Studien- und Reisepläne aufgeben und einen Beruf ergreifen. Ihre Mutter war von ihrem verstorbenen Mann mittellos und ohne Pension zurückgelassen worden, so daß Badenbergl neben ihrem eigenen Lebensunterhalt den ihrer sechs jüngeren Geschwister und ihrer Mutter bestreiten mußte. Mathilde Otto mußte ihre Schulausbildung abbrechen und in ihren badischen Heimatort zurückkehren, um ihren schwer kranken Vater zu pflegen.<sup>38</sup>

Von den insgesamt dreizehn Reichstagsabgeordneten waren sieben ledig und sechs verheiratet oder verwitwet. Demgegenüber überwogen unter den 25 Landtagsabgeordneten die Ledigen mit 18; sechs Parlamentarierinnen waren verheiratet oder verwitwet. Zu den verheirateten Parlamentarierinnen zählten die Reichstagsabgeordneten Drießen, Fuchs, Philipp und Siebert und die Landtagsabgeordneten Ammann, Bachem<sup>39</sup>, Schmitt und von Soden. Witwe waren beziehungsweise wurden im Laufe ihres parlamentarischen Lebens die Reichstagsabgeordneten Lang-Brumann und Neuhaus sowie die Landtagsabgeordneten Heßberger (verwitwet seit 1921) und Rist (verwitwet seit 1932).

Fuß« sei »abgesetzt, in der Magen- und Nabelgegend« befänden sich »große Operationsnarben«; außerdem sei »ein chronischer Magen-Darmkatarrh vorhanden«. Die Untersuchte sei »zur Ausübung des Berufes der Lehrerin körperlich dauernd unfähig«; Original im Nachlaß Dransfeld, Ursulinenkloster, Werl. Seit 1899 mußte in amtlichen Ausweisen »linker Arm fehlt« vermerkt werden; vgl. M. PÜNDER (wie Anm. 10), S. 147.

<sup>37</sup> Zu Peerenboom vgl. E. ZINKE-RUWE (wie Anm. 5), S. 52; zu Teusch vgl. D. BALLOF (wie Anm. 6), S. 202; zu Wessel vgl. E. FRIESE (wie Anm. 2), S. 16.

<sup>38</sup> Vgl. H.-J. WOLLASCH (wie Anm. 9), S. 298; zu Badenbergl vgl. Marilone EMMERICH *Albertine Badenbergl. Pionierarbeit im VkdL und für die katholische Frauenbewegung*, in: *Katholische Bildung* 86 (1985), S. 628-634, hier: S. 629.

<sup>39</sup> Möglicherweise war Bachem auch verwitwet.

### 3. Verheiratete und verwitwete Parlamentarierinnen

Die Gruppe der Verheirateten hatte überwiegend vor der Ehe eine berufliche Ausbildung begonnen, größtenteils ihren Beruf auch ausgeübt. So waren fünf Frauen (Drießen, Fuchs, Hattemer, Lang-Brumann – die früh verwitwet ihre Lehrtätigkeit aufnahm, möglicherweise hatte sie auch vor ihrer Ehe gearbeitet – und Siebert) ausgebildete Lehrerinnen. Mit Ausnahme von Clara Siebert, die in ihrem Beruf nicht gearbeitet hatte, gehörten sie damit zu der kleinen Minderheit unter den Frauen ihrer Schicht- und Generationszugehörigkeit, die vor der Ehe berufstätig gewesen waren. Emma Bachem, Maria Heßberger, Klara Philipp und Luise Rist verfügten dagegen über keine weitere Qualifikation als die höhere Mädchenschulbildung. Agnes Neuhaus brach ein Musik-, Ellen Ammann ein Medizinstudium ab, um zu heiraten.

Im Hinblick auf die Heiratskreise bestand nach ihrer sozialen Stellung im Beruf eine sehr große Homogenität zwischen den Vätern der Abgeordneten und deren Ehemännern. Der Ehemann stammte vorzugsweise aus dem verbeamteten höheren Bildungsbürgertum, so bei Helene Drießen (Sanitätsrat), Else Hattemer (Gymnasialprofessor), Maria Heßberger (höherer Staatsbeamter), Thusnelda Lang-Brumann (Lehrer), Agnes Neuhaus (Amtsrichter), Klara Philipp (Oberförster), Luise Rist (Gymnasialprofessor) und Clara Siebert (Finanzassessor, Oberregierungsrat im badischen Innenministerium). Ellen Ammanns Mann Ottmar war freiberuflich als Arzt tätig. Der Ehemann der württembergischen Zentrumsabgeordneten Amelie Freifrau von Soden war Reichswehrgeneral; er gehörte zu den alten adeligen Eliten. Hedwig Fuchs schließlich war mit einem Hochseekapitän verheiratet. Eine Ausnahme machte die Fuldaer Fabrikantentochter Maria Berta, verheiratete Heßberger: Trotz erheblicher Widerstände des Elternhauses, einschließlich des Entzugs jeder materiellen Unterstützung durch ihren vermögenden Vater, heiratete sie einen Studenten aus einfachen Verhältnissen. Die Eltern lehnten aus Furcht vor sozialer Deklassierung den späteren Ehemann, den die Tochter als Werkstudent im elterlichen Haus kennenlernte, als nicht standesgemäß ab. Der Heirat ging eine fünfjährige Wartezeit, die Studien- und Ausbildungszeit des Mannes, voraus.<sup>40</sup>

Die Betrachtung der Organisationszugehörigkeit ergibt, daß Ellen Ammann, Helene Drießen, Hedwig Fuchs, Else Hattemer, Maria Heßberger, Agnes Neuhaus, Klara Philipp, Luise Rist, Therese Schmitt und Clara Siebert seit Gründung im Jahre 1903 Führungs- und Vorstandsaufgaben im Katholischen Frauenbund wahrnahmen: Ammann, später auch stellvertretende Bundesvorsitzende, gründete und leitete ab 1904 den Münchener

<sup>40</sup> Vgl. M. EHLERT (wie Anm. 5), S. 4 f.

Zweigverein, ab 1911 den Bayerischen Landesverband des KDF. Neuhaus gehörte zu den Gründerinnen und war Mitglied im Zentralvorstand des KDF. An Vereinsgründungen und -leitungen auf regionaler und lokaler Ebene beteiligten sich Helene Drießen (KDF-Zentralausschuß; seit 1913 Vorsitzende des KDF, Zweigverein Bocholt), Hedwig Fuchs (Gründerin und später Ehrenvorsitzende des KDF, Zweigverein Hamburg; stellvertretende Vorsitzende des Nordostdeutschen Ausschusses des KDF); Else Hattemer (Vorsitzende des KDF, Zweigverein Darmstadt, Vorsitzende des Hessischen Landesausschusses; KDF-Zentralvorstandsmitglied), Maria Heßberger (1909 Mitbegründerin und Vorsitzende des KDF, Zweigverein Berlin; stellvertretende Bundesvorsitzende) und Clara Siebert (1909 Mitbegründerin des KDF, Zweigverein Karlsruhe, 1920-1933 Vorsitzende des Badischen Landesausschusses des KDF). Klara Philipp schließlich übte seit 1909 ebenfalls Vorstandsaufgaben im Karlsruher Zweigverein und im Badischen Landesausschuß aus. Luise Rist war seit 1918 Vorsitzende des KDF in der Diözese Rottenburg (Württemberg), nachdem der zuständige Bischof bis 1917 die Gründungserlaubnis verweigert hatte. Therese Schmitt war KDF-Vorsitzende in Ludwigshafen und im pfälzischen Kreisausschuß.

Das hohe Lebensalter der verheirateten oder verwitweten Parlamentarierinnen, die alle zur Wilhelminischen oder zur Gründerzeitgeneration gehörten, wie das Fehlen verheirateter jüngerer Parlamentarierinnen<sup>41</sup> spiegelt Entstehungsbedingungen und Entwicklungsgeschichte der katholischen Frauenbewegung wider: Trotz der aktiven Beteiligung Pauline Herbers (1852-1921), der damaligen Vorsitzenden des VkdL, an der Konstituierung einer Frauenbewegung auf konfessioneller Grundlage, wurde der Katholische Frauenbund zunächst bewußt von einer »Gattin und Mutter«, Emilie Hopmann (1845-1926), an der Spitze repräsentiert, »weil dieser Bewegung nur so die Vorurteile aus dem Weg geräumt und das Odium der Emanzipation« genommen werden konnten, so äußerte Ellen Ammann später gegenüber ihrer Biographin und engen Vertrauten Marie Amelie von Godin.<sup>42</sup>

<sup>41</sup> Lediglich die 1880 geborene Lang-Brumann gehörte zur Frontgeneration; ihr Mann fiel jedoch bereits 1916.

<sup>42</sup> Zit. nach: M. A. v. GODIN (wie Anm. 5), S. 32f. Im Unterschied dazu dominierten in den führenden Kreisen der bürgerlich-liberalen Frauenbewegung von Anfang an Ledige, namentlich Lehrerinnen; vgl. U. GERHARD (wie Anm. 19), S. 163-175. Auch Emilie Hopmann selbst erinnerte sich im April 1926, daß die »Bindung und Abhängigkeit jeder Frauentätigkeit durch Familie und Kirche [...] außerordentlich stark« gewesen sei. Die »ersten Führerinnen« hätten daher »aus der Familie kommen und in Ehrfurcht vor der Kirche stehen« müssen. Zit. nach: Ina NEUNDÖRFER, *Ein Ausschnitt aus den Erinnerungen von Frau Emilie Hopmann (†1926) über die Gründung und die ersten Jahre des Katholischen Frauenbundes*, in: KATHOLISCHER DEUTSCHER FRAUENBUND (Hrsg.), *Fünfundzwanzig Jahre Katholischer Deutscher Frauenbund*, Köln [1928], S. 36-53, hier: S. 39. Zu Hopmann, Ehefrau eines Kölner Arztes und Mutter von acht Kindern, vgl. E. PRÉGARDIER (wie Anm. 4), S. 433. Zu Herbers Aktivitäten bei den vorbe-

Das Engagement der Verheirateten war jedoch nicht nur ein Instrument, um angebliche frauenrechtlerische Interessen der Berufstätigen zu bemängeln, wie aus der Entstehungsgeschichte des Katholischen Frauenbundes geschlossen werden könnte. Beispielsweise hatten einige der Verheirateten bereits vor der Gründung des Katholischen Frauenbundes ein eigenständiges sozial-karitatives Engagement für Frauen entwickelt: Ellen Ammann betätigte sich im katholischen Mädchenschutz; sie gründete und leitete 1895 die erste katholische Bahnhofsmission Münchens. Hedwig Fuchs war seit 1906, lange bevor der KDF in der protestantischen Diaspora Fuß fassen konnte, Vorsitzende der Hamburgischen Ortsgruppe des »Gewerkvereins der Heimarbeiterinnen« und Mitglied im »Ausschuß für Arbeiterinneninteressen« des bürgerlich-liberalen »Allgemeinen Deutschen Frauenvereins« (ADF).<sup>43</sup> Agnes Neuhaus gründete 1899 den Katholischen Fürsorgeverein für Frauen, Mädchen und Kinder. Mit ihrem Engagement für »gefallene« oder straffällig gewordene Frauen wandte sie sich einer Gruppe zu, die von der traditionellen kirchlichen Caritas als »Sünderinnen« abgelehnt wurde.

Die Verheirateten brachten nicht nur ihr sozial-karitatives Engagement in die katholische Frauenbewegung ein, sondern übten eine wichtige Schrittmacherfunktion für die Professionalisierung der Sozialarbeit und die Entwicklung des KDF zu einer von hauptamtlichen Kräften geführten Massenorganisation aus: Ellen Ammann eröffnete 1912 in der bayerischen Metropole die erste katholische Soziale Frauenschule, Maria Heßberger 1917 eine weitere in Berlin.<sup>44</sup> Ihre zeitliche Abkömmlichkeit und ihre finanziellen Möglichkeiten waren in dieser frühen Phase von entscheidender Bedeutung. Die Aktivitäten im sozial-karitativen Bereich und im KDF, die wiederum den Zugang zu ihrem politischen Mandat eröffneten und bedingten, wurzelten wohl nicht zuletzt in dem Unausgefülltsein mit der Ehefrauen- und Mutterrolle. Die voreheliche Berufstätigkeit dürfte nicht nur dazu geführt haben, die Heirat (auch) als Beschränkung zu empfinden, sondern zu der Entschei-

---

reitenden Treffen zur Gründung des KDF vgl. Alfred KALL, *Katholische Frauenbewegung in Deutschland. Eine Untersuchung zur Gründung katholischer Frauenvereine im 19. Jahrhundert*, Paderborn 1983, S. 288 f. Biographische Angaben zu Pauline Herber vgl. EBD., S. 176-178.

43 Zum ADF, dessen Gründung 1865 in Leipzig als Geburtsstunde der organisierten deutschen Frauenbewegung gilt, vgl. U. GERHARD (wie Anm. 19), S. 77-79, sowie Irene STOEHR, *Emanzipation zum Staat? Der Allgemeine Deutsche Frauenverein – Deutscher Staatsbürgerinnenverband (1893-1933)*, Pfaffenweiler 1990.

44 Zu den katholischen Sozialen Frauenschulen vgl. Ursula RIED, *Zur Geschichte der kathol. Sozialen Frauenschulen*, in: *Caritas* 30 (1925), S. 175-179, S. 216-220 u. S. 313-316. Zur Professionalisierung der Sozialarbeit und zur Sozialarbeit als Frauenberuf vgl. Rolf LANDWEHR/Rüdeger BARON (Hrsg.), *Geschichte der Sozialarbeit. Hauptlinien ihrer Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert*, Weinheim-Basel 1983; Christoph SACHSSE, *Mütterlichkeit als Beruf. Sozialarbeit, Sozialreform und Frauenbewegung. 1871-1928*, Frankfurt a. M. 1986 u. Susanne ZELLER, *Volkmütter mit staatlicher Anerkennung. Frauen im Wohlfahrtswesen der zwanziger Jahre*, Düsseldorf 1987.

dung beigetragen haben, sich außerhäuslich zu engagieren. Die erfolgreiche Austragung von Konflikten mit den Eltern mag im Einzelfall auch eine Rolle gespielt haben: Von der 1870 geborenen Else Hattemer ist bekannt, daß sie sich ihren für gutbürgerliche Töchter weder selbstverständlichen, geschweige denn erwünschten Beruf als Lehrerin gegen elterliche Widerstände hatte erkämpfen müssen.<sup>45</sup>

Im Fall von Maria Heßberger, die dem gleichen Geburtsjahrgang wie Hattemer entstammte und eine der wenigen ohne Berufsausbildung war, dürfte die Erfahrung, sich mit ihrer Heirat erfolgreich über gesellschaftliche Standesschranken hinweggesetzt zu haben, die Überwindung geschlechtsspezifischer Rollenzuweisungen begünstigt haben.

Aus dem Muster »Führungsfunktion im Katholischen Frauenbund seit dem Kaiserreich als Zugang zum politischen Mandat« fiel nur Emma Bachem heraus. Eine Verbindung zum Katholischen Frauenbund oder zu einer anderen Organisation der katholischen Frauenbewegung bestand bei ihr nicht. Als langjährige Vorsitzende im katholischen »Elisabethverein« und im protestantisch-national geprägten »Vaterländischen Frauenverein« repräsentierte sie das traditionelle karitative Engagement von Frauen bürgerlicher und adeliger Herkunft. Die eng an Kirche und Nation angelehnten Vaterländischen Frauenvereine gingen den Anfängen der organisierten Frauenbewegung voraus.<sup>46</sup> Bachem gründete als Vorsitzende des Vaterländischen Frauenvereins für Königswinter sowie für die Rheinprovinz in Königswinter eine Volksküche, ein Vereinslazarett, ein Genesungshaus für den Mittelstand und ein Erholungsheim für werktätige Frauen, für den Elisabethverein, ebenfalls in Königswinter, eine Haushaltsschule und einen Kinderhort.

Fünf der zwölf verheirateten Mandatsträgerinnen blieben kinderlos (Bachem, Drießen, Lang-Brumann, Philipp, Rist). Hedwig Fuchs' Sohn fiel im Ersten Weltkrieg. Maria Heßberger und Clara Siebert hatten je ein Kind, Agnes Neuhaus drei Kinder, die zum jeweiligen Zeitpunkt ihres beginnenden sozial-karitativen Engagements schon erwachsen waren. Zwischen dreizehn und achtzehn Jahre alt waren die vier Kinder der verwitweten Else Hattemer, als sie 1919 in den hessischen Landtag gewählt wurde. Eine bemerkenswerte Ausnahme stellte Ellen Ammann als Ehefrau und Mutter von sechs Kindern dar. Das Jüngste war bei Aufnahme ihrer parlamentarischen Tätigkeit zwar

<sup>45</sup> Vgl. dazu weiter unten.

<sup>46</sup> Die protestantisch geprägten Vaterländischen Frauenvereine – der erste war eine Gründung der preußischen Königin Augusta im Jahr 1866 – widmeten sich in Kriegs- und Friedenszeiten der Verwundeten- bzw. Krankenpflege; vgl. Ute DANIEL, *Die Vaterländischen Frauenvereine in Westfalen*, in: *Westfälische Forschungen* 39 (1989), S. 158-179; U. GERHARD (wie Anm. 19), S. 90-98. Die Elisabethvereine widmeten sich seit dem ersten Drittel des 19. Jahrhunderts der häuslichen Pflege der traditionell unter kirchlichem Schutz stehenden Armen und Kranken in den Pfarreien; vgl. A. KALL (wie Anm. 42), S. 23-71.

bereits 16jährig, Ammann war aber schon seit den 90er Jahren sehr stark außerhäuslich eingebunden. Das hohe Lebensalter, der Familienstand sowie die niedrige Kinderzahl bei der Aufnahme außerhäuslicher Aktivitäten verweisen darauf, daß erst eine weitgehende Freisetzung von den Ehefrauen- und Mutterpflichten derartige Aktivitäten ermöglichte, sei es durch einen außerordentlichen Umstand wie Kinderlosigkeit, Tod des Ehemannes oder des Kindes oder weil die Kinder erwachsen waren. Bei einigen kinderlosen Frauen war dies noch zu Lebzeiten des Ehemanns möglich; Else Hattemer wurde erst Witwe. Nur Ellen Ammann setzte sich über diese Schranken hinweg. Sie war geprägt durch die vergleichsweise größeren Rechte und Freiheiten für Frauen in Schweden. Ammann selbst konnte schon in den 80er Jahren studieren – Jahrzehnte vor der offiziellen Zulassung von Frauen zum Universitätsstudium in Deutschland.

Die Freisetzung von Ehefrauen- und Mutterpflichten als Bedingung der Möglichkeit außerhäuslichen Engagements, der für die Zentrumsparlamentarierinnen beobachtet werden konnte, war auch für die sozialdemokratischen Parlamentarierinnen eine zentrale Voraussetzung für diese Form des politischen Engagements. So waren zwar einige der verheirateten Sozialdemokratischen Mütter kleiner Kinder, doch waren auch die verheirateten sozialdemokratischen Parlamentarierinnen in der Regel kinderlos beziehungsweise ihre Kinder schon älter.<sup>47</sup> Allerdings war unter den Sozialdemokratinnen der Anteil der Verheirateten vergleichsweise größer. So stellten unter den insgesamt 73 sozialdemokratischen Reichstags- und preußischen Landtagsabgeordneten die Verheirateten, in der Regel Ehefrauen von Arbeitern beziehungsweise Arbeiterfunktionären, mit 28 Frauen oder fast 40 Prozent die größte Gruppe, gefolgt von 22 Lehrerinnen.<sup>48</sup>

Der Anteil verheirateter Frauen unter den Zentrumsparlamentarierinnen in Reichstag und Preußischem Landtag war mit rund einem Drittel im Reichstag und lediglich einem knappen Viertel im Preußischen Landtag dagegen deutlich niedriger als der Anteil der Ledigen.

#### 4. Ledige, berufstätige Parlamentarierinnen

Der Umstand, daß von den zusammen 25 ledigen Abgeordneten nach ihrer beruflichen Ausbildung rund zwei Drittel, von den Reichstagsabgeordneten sogar zehn von dreizehn, examinierte Lehrerinnen waren, ist angesichts der eingangs geschilderten begrenzten Bildungs- und Berufsmöglichkeiten für

<sup>47</sup> Vgl. dazu die vergleichende Zusammenfassung am Schluß.

<sup>48</sup> Ferner zählten circa 15 Schriftstellerinnen, sieben bis acht Gewerkschafts- und Parteiangehörige und fünf sonstige Akademikerinnen zu den sozialdemokratischen Parlamentarierinnen; vgl. Ch. WICKERT (wie Anm. 11), Bd. 1, S. 98.

Frauen nicht weiter erstaunlich. Sibylla Eickelboom und Helene Wessel absolvierten dagegen zunächst eine kaufmännische Ausbildung. Während Eickelboom im Anschluß an Handelsschule und kaufmännische Tätigkeit ein technisches Lehrerinnenexamen ablegte, war Wessel nach kaufmännischer Lehre und Fortbildungsschule als Parteisekretärin der Zentrums-Partei Dortmund-Hörde tätig; in den 20er Jahren ließ sie sich zur Wohlfahrtspflegerin ausbilden. Aloysia Eberle war gelernte Weberin. Marie Zettler besuchte nach der höheren Mädchenschule eine Soziale Frauenschule. Ob Maria Feldhuß (Leiterin einer Fürsorgevermittlungsstelle) und Mathilde Kühnert (Fabrikpflegerin) eine wohlfahrtspflegerische oder andere Ausbildung hatten, konnte nicht ermittelt werden.

Die berufstätigen weiblichen Abgeordneten von Zentrum und BVP<sup>49</sup> waren ausnahmslos in den Wirtschaftssektoren Staat/Kommunen und Kirche – in katholischen Privatschulen, kirchlichen und freien katholischen Verbänden – tätig. Qualifizierte, akademisch gebildete Frauen waren wegen der ausgeprägten geschlechtsspezifischen Segmentierung des Arbeitsmarktes in hohem Maße auf Staat und Kirche als Arbeitgeber angewiesen. Diese boten begrenzte Aufstiegsmöglichkeiten und Gestaltungsfreiräume. Die Beschränkung auf die Bereiche Schule und Wohlfahrtswesen entsprach aber nicht in jedem Fall den Berufswünschen und -möglichkeiten der hier tätigen Frauen. Ein Blick auf ihre Ausbildungs- und Studienziele zeigt vielmehr, daß sich einige der Jüngerer auch für andere Sektoren qualifiziert hatten. Die gelernte Mädchenschullehrerin Amalie Lauer ließ sich an der »Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften« in Frankfurt am Main zur Handelslehrerin ausbilden. Sie unterrichtete vormittags an der »Frankfurter Kaufmännischen Fortbildungsschule« und weiteren Berufsschulen, um sich ihr Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Gießen zu finanzieren, das sie in Tübingen fortsetzte und 1913 mit einer Dissertation über »Landwirtschaft und Heimarbeit in Deutschland« abschloß.

Nach kurzer Berufstätigkeit nahm die Sprachlehrerin Else Peerenboom während des Ersten Weltkriegs ein Studium der Staatswissenschaften auf, das sie um 1920 mit einer Dissertation über den französischen Sozialisten und Pazifisten Jean Jaurès (1859-1914) abschloß. Von 1921 bis 1925 war sie als Referentin für Statistik beim Deutschen Caritasverband in Freiburg beschäftigt, bevor sie direkt in der Wohlfahrtspflege arbeitete, unter anderem von 1925 bis 1927 als Direktorin der »Sozialen Frauenschule (Caritasschule) des Deutschen Caritasverbandes« und von 1930 bis 1934 als Verbandssekretärin und Referentin für politische Bildung beim Zentralverband katholischer Jungfrauenvereinigungen. Elisabeth Zillken war wie

---

<sup>49</sup> Die folgenden Angaben beziehen sich, soweit nicht eigens erwähnt, auf den jeweiligen Zeitpunkt der Aufnahme der parlamentarischen Tätigkeit.

Lauer diplomierte Handelslehrerin. In dieser Männerdomäne unterrichtete sie unter anderem an den »Kaufmännischen Unterrichtsanstalten« in Köln. Gertrud Wronka schließlich absolvierte nach neunjähriger Lehrtätigkeit ein mathematisch-naturwissenschaftliches Studium.

Als sie ihre Abgeordnetentätigkeit aufnahmen, waren die ledigen Politikerinnen nach ihrer sozialen Stellung im Beruf überwiegend Beamtinnen im Lehrberuf oder in der Ministerialbürokratie. Hierzu zählten vierzehn Frauen: Albertine Badenberg (Volksschulkonrektorin), Klara Barth (Lehrerin), Maria Beyerle (Studienrätin), Marie Freiin von Gebattel (Regierungsrätin im bayerischen Staatsministerium für Kultus und Unterricht), Else Giese (Lyzeal-Oberlehrerin), Thusnelda Lang-Brumann (Studienrätin und Dozentin an einer Sozialen Frauenschule), Dr. Amalie Lauer (Direktorin einer städtischen Wohlfahrtsschule); Maria Rigel (Lehrerin, seit 1926 Volksschulrektorin), Helene Rothländer (Volksschullehrerin), Elise Stoffels (Volksschulrektorin), Helene Weber (Referentin, ab 1920 Ministerialrätin im Preußischen Wohlfahrtsministerium), Dr. Maria Weinand (Volksschulrektorin), Gertrud Wronka (Studienrätin) und Angela Zigahl (Studienrätin).

Als Verbandsfunktionärinnen waren neun weitere Mandatsträgerinnen hauptberuflich angestellt: Hedwig Dransfeld (KDF-Vorsitzende), Aloysia Eberle (Sekretärin beim Verband Süddeutscher Katholischer Arbeiterinnenvereine), Sibylla Eickelboom (Sekretärin beim Zentralverband katholischer Jungfrauenvereinigungen), Mathilde Kühnert (Vertreterin der Christlichen Gewerkschaften), Mathilde Otto (Referentin für Hausarmenpflege beim Deutschen Caritasverband), Dr. Else Peerenboom (Sekretärin beim Zentralverband katholischer Jungfrauenvereinigungen), Maria Schmitz (VkdL-Vorsitzende), Christine Teusch (Leiterin des Arbeiterinnensekretariats beim Gesamtverband Christlicher Gewerkschaften bis 1920), Helene Wessel (ParteiSekretärin und städtische Sozialbeamtin), Marie Zettler (Geschäftsführerin des KDF, Landesverband Bayern) und Elisabeth Zillken (Generalsekretärin des Katholischen Fürsorgevereins für Frauen, Mädchen und Kinder). Maria Feldhuß war als Vorsitzende einer kommunalen Fürsorgevermittlungsstelle städtische Angestellte oder Beamtin; ihre Vorsitzendenfunktionen (u.a. im Verein erwerbstätiger Frauen und Mädchen und im KDF, Zweigverein Gleiwitz) übte sie ehrenamtlich aus.

Helene Weber war als Tochter eines Volksschullehrers die einzige soziale Aufsteigerin. Als Ministerialrätin im Preußischen Wohlfahrtsministerium nahm die gelehrte Lehrerin eine der ranghöchsten Positionen überhaupt ein, die Frauen in den Reichs- und Länderverwaltungen der Weimarer Republik besetzten. Andere machten außergewöhnliche berufliche Karrieren in ihrem gelernten Beruf. Als Lehrerinnen nahmen sie eine der wenigen von Frauen besetzten Leitungspositionen an öffentlichen Volksschulen oder höheren

Mädchenschulen ein.<sup>50</sup> Hierzu zählen Albertine Badenbergl als Konrektorin einer Volksschule (seit 1922); Elisabeth Stoffels als erste Rektorin einer preußischen Mädchen Volksschule; Dr. Maria Weinand, 1930 zur Volksschulrektorin ernannt; Gertrud Wronka, seit 1925 Oberstudiendirektorin in Allenstein, und die badische Landtagsabgeordnete Maria Rigel, seit 1927 Volksschulrektorin in Mannheim.

Zwischen den weiblichen Abgeordneten von SPD und Zentrum bestanden wegen der geschlechtsspezifischen Segregierung des Arbeitsmarktes und des daraus resultierenden geringen Spektrums der für Frauen zugänglichen Berufe keine nennenswerten Unterschiede. Die Zentrumsfrauen dürften jedoch durchschnittlich beruflich höher qualifiziert gewesen sein als ihre sozialdemokratischen Kolleginnen; Arbeiterinnen waren weder unter den weiblichen Abgeordneten der SPD noch des Zentrums zu finden. Die berufliche Palette der männlichen Zentrumsabgeordneten im Preußischen Landtag war dagegen wie auch die soziale Basis des männlichen Teils der Zentrumsfraktion wesentlich breiter. Dieser integrierte, anders als der stark bürgerlich geprägte weibliche Teil, auch Arbeiter und Landwirte.<sup>51</sup> Blickt man auf die Gruppe der Lehrberufe als der einzigen, die einen geschlechtsspezifischen Vergleich zuläßt, zeigt sich, daß der absolute Anteil der weiblichen Zentrumsabgeordneten an dieser Gruppe im Preußischen Landtag kontinuierlich wuchs: In der Verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung waren nur zwei von insgesamt fünfzehn Angehörigen der Lehrberufe weiblich, im ersten Landtag 1920 vier von zwölf und im zweiten Landtag fünf von dreizehn. Ab dem dritten Landtag schließlich waren Lehrerinnen mit sechs von elf (1928) und sieben von vierzehn (1932 und 1933) mindestens ebenso häufig wie Lehrer in der preußischen Zentrumsfraktion vertreten. Der insbesondere seit 1928 zu beobachtende Befund, daß die Zahl der Zentrumsvertreterinnen im Preußischen Landtag, verglichen mit ihren Parteikolleginnen im Reichstag und dem durchschnittlichen Frauenanteil im Preußischen Landtag, überdurchschnittlich hoch war,<sup>52</sup> ging demnach überwiegend auf das

50 Zu den Aufstiegsmöglichkeiten von Lehrerinnen im geschlechts- und konfessionsspezifischen Vergleich vgl. B. SACK (wie Anm. 15), S. 113 ff. Dort auch weitere Literaturhinweise. Zum Anteil von Frauen in den Reichs- und Länderverwaltungen vgl. Claudia HAHN, *Der öffentliche Dienst und die Frauen – Beamtinnen in der Weimarer Republik*, in: FRAUENGRUPPE FASCHISMUSFORSCHUNG (Hrsg.), *Mutterkreuz und Arbeitsbuch. Zur Geschichte der Frauen in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus*, Frankfurt a. M. 1981, S. 49-78, insbesondere S. 63 f.

51 Zur Zentrumsfraktion im Preußischen Landtag gehörten unter anderem Landwirte, Gewerbetreibende, Industrielle, Arbeiter, Ärzte, Justizbeamte und katholische Priester; vgl. Heinz HÖMIG, *Das preußische Zentrum in der Weimarer Republik. Demokratie und politischer Katholizismus in Preußen 1918-1933*, Mainz 1979, S. 312, Tabelle 3 (Alters- und Berufsstatistik der preußischen Zentrumsfraktionen 1919-1933). Dort auch zum Folgenden.

52 So lag der Frauenanteil der Zentrumsfraktion im 3. Preußischen Landtag 1928 bei 12,6%,

Konto katholischer Lehrerinnen, die ihre Mandate nicht nur am längsten halten, sondern darüber hinaus sogenannte Frauenkandidaturen übernehmen konnten. Die Lehrerinnen Helene Rothländer und Angela Zigahl lösten Maria Heßberger und Maria Feldhuß als Abgeordnete ab. Langfristig setzten sich also berufstätige Frauen, in der Regel Lehrerinnen, die dem VkdL angehörten, und/oder professionelle Organisationsvertreterinnen durch.

Bei der Gruppe der Berufstätigen verknüpfte sich in unterschiedlicher Weise tiefe Religiosität mit ausgeprägtem Bildungsdrang, sozialem Verantwortungsbewußtsein und dem Streben nach materieller und persönlicher Unabhängigkeit sowie beruflicher Erfüllung. Dies waren die wesentlichen Motive für das Engagement in den Organisationen der katholischen Frauenbewegung. Generationsübergreifend hatten sich die Berufstätigen den Zugang zu Bildung und Beruf erkämpfen müssen, waren mit elterlichen Widerständen, geschlechtsspezifischen Ausbildungsblockaden und Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt konfrontiert gewesen. Sofern die Väter zu den lokalen Honoratioren zählten, kam zu der Furcht vor einer möglichen sozialen Deklassierung der Tochter infolge ihrer Berufstätigkeit die vor dem eigenen gesellschaftlichen Prestigeverlust. Weibliche Berufstätigkeit trug den Stempel von materieller Not und geringerem Ersatz für Ehe und Mutterschaft. So durfte Else Hemmes (verheiratete Hattemer) ihre Lehrenausbildung nur unter der Auflage der Geheimhaltung absolvieren. Mütter- und väterlicherseits aus einer Lehrerfamilie stammend (ihr Vater war Geheimer Schulrat, der Vater der Mutter Lehrer und Organist), ließ sich Hemmes in einem katholischen Internat in Koblenz-Moselweiß, fern von ihrem Heimatort Bensheim, ausbilden. Maria Schmitz, wie Hemmes Angehörige der Gründerzeitgeneration, hatte ebenfalls elterliche Widerstände zu überwinden. Auch die rund zwanzig Jahre jüngere Else Peerenboom empfand ihre Ausbildung zur höheren Tochter als unbefriedigend, die vorgesehene Ehefrauenrolle als Einengung. Sie entschloß sich gegen den mütterlichen Wunsch zu beruflicher Qualifizierung.<sup>53</sup>

Inwieweit geschlechtsspezifische Diskriminierungen in Ausbildung und Beruf die persönlichen Lebensläufe bestimmten, zeigen beispielhaft die Berufswege von Maria Schmitz, geboren in in der Reichsgründungszeit, und von Amalie Lauer, einer Angehörigen der Frontgeneration. Sie verdeutlichen die generationsübergreifend ausgeprägte berufliche Aufstiegsorientierung und das Streben nach Bildung und Qualifikation vieler lediger Parlamenta-

---

der durchschnittliche Frauenanteil belief sich auf 9,1%, der der SPD-Fraktion auf 14,7%. Im 4. Preußischen Landtag 1932 stellten Frauen 11,9% der Angehörigen der Zentrumsfraktion und 15,1% der SPD-Fraktion; der Durchschnitt lag bei 7,1%. Für den 5. Reichstag und den 1. Preußischen Landtag vgl. Anm. 11. (dort auch der Quellennachweis).

<sup>53</sup> Zu Schmitz vgl. M. EMMERICH (wie Anm. 6), S. 204; zu Hattemer vgl. I. LANGER (wie Anm. 9), S. 168; zu Peerenboom vgl. E. ZINKE-RUWE (wie Anm. 5), S. 53.

rierinnen und spiegeln zugleich die generationsspezifisch unterschiedlichen Zugangsmöglichkeiten zu Bildung und Beruf wider: Nach ihrer Ausbildung zur Oberlehrerin nahm Schmitz bis 1907 an akademischen Studienkursen des VkdL teil, der ersten Form des Frauenstudiums in Deutschland. Die Universität Münster weigerte sich jedoch, ihre Dissertation anzunehmen, weil ihr das Abitur fehlte.<sup>54</sup> Die Konfrontation mit dem Teufelskreis aus unzureichender Qualifizierung und dem akademischen Bildungsmonopol der Männer war der ausschlaggebende Impuls für Schmitz, die seit 1916 den VkdL hauptberuflich leitete, sich in der katholischen Frauenbewegung zu engagieren. Darauf verweisen ihre Bemühungen um den Abbau geschlechtsspezifischer Diskriminierungen in Bildung und Beruf: 1907 gehörte sie zu den Mitbegründerinnen des »Hildegardisvereins«, der studierende Katholikinnen mit einem zinslosen Darlehen unterstützte.<sup>55</sup> Als sie 1912 als erste Frau das Rederecht auf einem Katholikentag erhielt, nutzte sie diese Gelegenheit, um für Frauen die Mitgliedschaft in der »Katholischen Schulorganisation« zu fordern und um dafür zu werben, den von ihr geleiteten Hildegardisverein zu unterstützen.<sup>56</sup> In der Weimarer Republik schließlich wirkte Schmitz maßgeblich mit an der Gründung des »Deutschen Instituts für wissenschaftliche Pädagogik« in Münster, einer Einrichtung zur Fortbildung katholischer Lehrerinnen und Lehrer.<sup>57</sup>

Wie Schmitz zeigte Amalie Lauer viel Eigeninitiative, Durchhaltevermögen und die Bereitschaft, sich mit ihrer ganzen Kraft für ihre Ziele einzusetzen. So meldete sie sich – im Unterschied zu ihren beiden jüngeren Schwestern, die nur die Volksschule besuchten – aus eigenem Antrieb an einer höheren Mädchenschule an. Wie schon erwähnt, ließ sie sich neben ihrer

54 Vgl. M. EMMERICH (wie Anm. 6), S. 205; DIES., *Lehrerin sein mit ganzer Kraft – Gedanken an Maria Schmitz (1875-1962). Zum 100. Geburtstag der 1. Vorsitzenden des VkdL von 1916*, in: *Katholische Bildung* 76 (1975), S. 65-72; Elisabeth FISCHER-HOLZ, Maria Schmitz, in: *Katholische Bildung* 88 (1987), S. 670-678.

55 Zum Hildegardisverein vgl. *80 Jahre Hildegardisverein. Studienförderung für katholische Studentinnen e.V. 1907-1987*, o. J., o. O. (Exemplar bei der Kommission für Zeitgeschichte, Bonn).

56 Die klassenspezifischen Barrieren waren im Fall des Zugangs zu den Katholikentagen niedriger als die geschlechtsspezifischen: Bereits seit 1906 war ein männlicher Arbeiter sogar im Katholikentagspräsidium vertreten; vgl. Dirk H. MÜLLER, *Katholische Aktion versus Vereinskatholizismus. Zur kirchlichen Integration und Emanzipation der katholischen Laien*, in: Kaspar ELM/Hans-Dietrich LOOCK (Hrsg.), *Seelsorge und Diakonie in Berlin. Beiträge zum Verhältnis von Kirche und Großstadt im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert*, Berlin-New York 1990, S. 475-497, hier: S. 487 mit Anm. 37. Zur Katholischen Schulorganisation vgl. Günther GRÜNTHAL, *Reichsschulgesetz und Zentrumspartei in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1968, sowie U. von HEHL, *Wilhelm Marx* (wie Anm. 14), S. 62-66 und passim.

57 Zu dem Institut vgl. Ernst CLOER, *Sozialgeschichte, Schulpolitik und Lehrerfortbildung der katholischen Lehrerverbände im Kaiserreich und in der Weimarer Republik*, Ratingen-Kastellaun 1975, S. 276-292.

Lehrtätigkeit zunächst zur Handelslehrerin ausbilden und studierte, während sie vormittags weiter unterrichtete. Auslösendes Moment und Motor für das lebenslange Engagement Lauers in der katholischen Frauenbewegung waren ebenfalls persönliche Diskriminierungserfahrungen: Ihr Gehalt als Lehrerin lag 50 Prozent unter dem ihrer männlichen Kollegen. Zudem erhielt sie als Berufsanfängerin die schwierigste Klasse.<sup>58</sup>

Die unsichere materielle Existenz von Frauen, die Albertine Badenber, wie erwähnt, als junge Frau am Beispiel ihrer Mutter erfuhr und die sie als Haupternährerin der Familie zur Berufstätigkeit zwang, prägten ihr Engagement in der katholischen Frauenbewegung. Darauf verweisen ihre Tätigkeitsschwerpunkte im KDF und im VkdL: Im KDF war sie lange Jahre Schatzmeisterin, im VkdL gründete sie eine Stellenvermittlung, eine Rechtsberatung, eine Unterstützungs-, Studien- und Wohnungseinrichtungskasse und war Sachverständige für Besoldungsfragen. Maria Schmitz blieb es verwehrt zu promovieren. Eine Generation später, Anfang der 20er Jahre, konnte Else Peerenboom mit ihrer Dissertation über Jean Jaurès über eine Persönlichkeit forschen, die ihrem jugendbewegten Selbstverständnis Identifikationsmöglichkeiten bot.

Das Streben nach Bildung, Beruf und materieller Sicherheit war aber nicht der einzige Impuls für das Engagement berufstätiger Katholikinnen in der Frauenbewegung. Die Lehrerin und Stadtjugendpflegerin Helene Rothländer (1890-1976) – seit 1925 VkdL-Vorsitzende in Koblenz – verzichtete bewußt auf »die Teilnahme an Kursen [des VkdL] für das Mittelschul- und Rektorenexamen«, weil ihr »die sozialen und politischen Aufgaben dringlicher erschienen«<sup>59</sup>. Auch für die ehrenamtliche Armenpflegerin Mathilde Otto (1875-1933) war das eigene berufliche Vorwärtkommen zweitrangig. Rothländer und Otto zeigen aber auch die generationsspezifischen Unterschiede außerberuflichen Wirkens. Rothländer, eine Angehörige der Frontgeneration, orientierte sich am modernen Wohlfahrtsstaat und nutzte die erweiterten Möglichkeiten politischer Partizipation, die die Weimarer Demokratie ihr als Katholikin bot. Sie wollte auf politischem Weg gesellschaftliche Veränderungen herbeiführen.

Im Unterschied zu dem sozialpolitischen Selbstverständnis Rothländers war das Engagement Mathilde Ottos, einer Angehörigen der Gründerzeitgeneration, eher sozial-karitativ motiviert. Es stand in der Tradition des durch den Kulturkampf geprägten Katholizismus des Kaiserreichs, das auf traditionelle Karitas und kirchliche Selbsthilfe baute. Ihr politisches Mandat

---

<sup>58</sup> Mündliche Auskunft ihrer Nichte Dr. Rosemarie Jansen, Darmstadt, an die Vfn. im August 1992.

<sup>59</sup> *Im Dienst für das Gemeinwohl. Aus den Erinnerungen von Helene Rothländer*, in: *Katholische Bildung* 84 (1983), S. 550-555, hier: S. 551.

als Zentrumsabgeordnete in der Verfassungsgebenden Badischen Landesversammlung gab sie nach wenigen Monaten freiwillig zurück; die Entfremdung von der persönlichen Hilfeleistung von Mensch zu Mensch war, wie ihr Biograph vermutet, hierfür ausschlaggebend.<sup>60</sup>

Als gemeinsames Lebensmuster der Ledigen läßt sich das Bedürfnis erkennen, Religiosität, Beruf und persönliche Unabhängigkeit miteinander in Einklang zu bringen. Ihr prekärer gesellschaftlicher Status in einer männlich dominierten Arbeitswelt begünstigte die Suche nach einer rückhaltgebenden Identität. Die feste Verankerung im katholischen Glauben wirkte, soweit ersichtlich, bei den ledigen Parlamentarierinnen als eine Quelle persönlicher Kraft und als Sinnstiftungsinstanz. Der Ordensstand, die traditionelle kirchliche Lebensform für bürgerliche Katholikinnen, die unverheiratet bleiben wollten, kam für die späteren Parlamentarierinnen letztlich nicht in Betracht. Religiosität sollte dem Berufsleben dienen, dort Stütze und Halt sein, nicht umgekehrt. Das Nonnendasein hätte eine Ein- und Unterordnung persönlicher und beruflicher Interessen in eine strenge Klosterordnung bedeutet. Insofern wäre es keine Alternative zur Ehe gewesen. Statt dessen suchten einige Frauen bewußt alternative religiöse Lebensformen:<sup>61</sup> Maria Schmitz beispielsweise trat in jungen Jahren dem Dritten Orden des Hl. Franziskus bei, einer Laienvereinigung, die mit dem Gelübde lebenslanger Jungfräulichkeit außerhalb der Klostermauern verbunden war.<sup>62</sup> Die Zugehörigkeit zu einer Drittordensgemeinschaft bot ihr die Möglichkeit, den elterlichen Lebensentwurf unwiderruflich abzulehnen und den eigenen Lebensweg religiös zu legitimieren, ohne – wie ihre beiden jüngeren Schwestern – in ein Kloster einzutreten. Amalie Lauer schwankte noch um 1913, als sie längst berufstätig und in VkdL und KDF aktiv war, zwischen »Welt- oder Ordensstand«, entschied sich aber schließlich gegen einen Klostereintritt.<sup>63</sup>

60 Vgl. H.-J. WOLLASCH (wie Anm. 9), S. 301.

61 Dieser Befund trifft sich mit den Ergebnissen Thomas Mergels, daß Ledige oder Witwen mehr Handlungsalternativen als Ehefrauen gehabt und diese intensiver hätten verfolgen können. Daher seien sie häufig auch in religiöser Hinsicht selbständiger gewesen, sei es durch eine intensivere Frömmigkeit oder durch die Distanzierung von überkommenen kirchlichen Formen; vgl. Th. MERGEL (wie Anm. 33), S. 43.

62 Die Dritten Orden bildeten sich im 13. Jahrhundert im Anschluß an die Bettelorden. Sie strebten im Geist eines kirchlichen Ordens nach der Vollkommenheit und unterstellten sich ihm durch Aggregation. Man unterscheidet zwischen weltlichen und klösterlichen Dritten Orden, je nachdem, ob die Ordensangehörigen in Welt und Beruf bleiben oder eine Klostergemeinschaft bilden. Unter den weltlichen Orden sind die der Franziskaner und Dominikaner am bedeutsamsten. Von den ledigen Abgeordneten gehörte ferner Else Giese einer Drittordensgemeinschaft an.

63 Zit. aus einem Brief der Nonne Mater Waldstein an Lauer vom 25. Nov. 1913, aus dem neben der Unentschiedenheit Lauers auch Glaubenszweifel hervorgehen: »Es war mir eine große Freude zu sehen, daß der liebe Gott Sie mehr und mehr an sich zieht, und daß manche Schreckbilder verblassen oder gar verschwinden. [...] Sie werden sich mit der jetzigen Oberin

Suchten Schmitz und Lauer in Bildung und Beruf Lebenssinn und Erfüllung, scheint bei Mathilde Otto eine »ausgeprägte Frömmigkeit und Gottsuche«<sup>64</sup> bestimmender Lebensimpuls gewesen zu sein. Schicksalsschläge – der Abbruch ihrer Schulausbildung und die Rückkehr in ihren badischen Heimatort, um ihren schwerkranken Vater zu pflegen – dürften nicht unerheblich dazu beigetragen haben. Erst 21 Jahre alt, legte sie 1896 dem Ortsgeistlichen als ihrem geistlichen Berater das persönliche Gelübde der Jungfräulichkeit und Hingabe an Gott ab. Ihr späteres berufliches Betätigungsfeld, die Armen- und Krankenfürsorge, hatte ihr jener geistliche Berater empfohlen, um ihre Frömmigkeit leben zu können. Nach jahrelanger Unentschlossenheit entschied sie sich gegen einen Klostereintritt. Sie zweifelte »nicht nur, ob es klug, sondern sogar, ob es gut u[nd] erlaubt ist, den eigenen Willen so demjen[igen] eines andern zu unterstellen, einem andern, den ich gar nicht kenne«<sup>65</sup>. Neben dem Streben nach religiöser und persönlicher Unabhängigkeit trugen ihre Kenntnisse klösterlicher Anstalten, in denen sie lange Zeit als Patientin verbracht hatte, zu ihrem Entschluß bei. Otto gründete 1925 die »St. Elisabeth-Schwesterschaft« für die beim Freiburger Elisabethverein beschäftigten Familienpflegerinnen. Als Leiterin dieser ordensähnlichen Gemeinschaft konnte sie vertiefte Religiosität mit persönlicher Entscheidungsfreiheit verbinden.

Hedwig Dransfeld trieb die Konfrontation mit Krankheit und Tod in eine Lebenskrise; auf ihre frühe Verwaisung und die Erkrankung an Knochentuberkulose wurde bereits hingewiesen. Ihr Gedicht »Umsonst« gibt Aufschluß über ihre damalige psychische Verfassung und den Weg, wie die Zwanzigjährige die Krise überwinden wollte: Nach der Klage, daß das »Geschick« ihr »Todesurteil« schon zu ihrer »KnospENZEIT« gesprochen habe und sie »nur weinen [...], nur beten« könne, nimmt »Umsonst« eine Wende: »Ich will für euch mein Höchstes wagen / und von der Weltenlast ein Stück auf meinen Schultern tragen. / Mir brennt die Seele, in den Streit um Menschenglück und Heil zu treten [...] / Ich will in meiner KnospENZEIT / nicht weinen nur und beten«<sup>66</sup>. Der Wille, sich gegen ihr Schicksal aufzulehnen, dieses nicht in religiöser Demut hinzunehmen, sondern vielmehr

gewiß gut verstehen, und nach und nach wird Klarheit betreffs Ihrer Zukunft kommen: Welt- oder Ordensstand«; Nachlaß Lauer und mdl. Auskunft Dr. Rosemarie Janssen, Darmstadt, an die Vfn. im August 1992.

64 H.-J. WOLLASCH (wie Anm. 9), S. 298.

65 Otto an Pfarrer Schulz, 7. Dez. 1910, Archiv Schwesternschaft, zit. nach: H.-J. WOLLASCH (wie Anm. 9), S. 298 f. Im Jahr 1927 bezeichnete sie das Ablegen der Gelübde rückblickend überschwinglich als das »größte, tiefste, wahrhaft selbige Ereignis meines Daseins«; EBD., S. 298 mit Anm. 7.

66 Zit. nach M. PÜNDER (wie Anm. 10), S. 146. Das Gedicht stammt vermutlich aus dem ersten, 1893 veröffentlichten Gedichtband Dransfelds. Ihm folgten 1898 das »Buch der Wünsche« und 1903 »Erwachen«; vgl. M. RICHARTZ (wie Anm. 10).

ihrem Leben einen über die eigene Person hinausweisenden Sinn zu geben, spricht aus diesen Zeilen. Dransfeld konzentrierte sich zunächst auf die mühselige eigene Aus- und Weiterbildung und ihr berufliches Fortkommen als Lehrerin, später wurde der Katholische Frauenbund ihre Lebensaufgabe. Die Durchsetzungskraft und das Selbstvertrauen, das sie als langjährige Führungsgestalt der katholischen Frauenbewegung an den Tag legte, wurzelte im katholischen Glauben und in dem Bewußtsein, daß sie nichts zu verlieren habe. Dransfeld unterhielt, auch nachdem sie ihre dortige Lehrtätigkeit aufgegeben hatte, zu einigen Schwestern des Ursulinenklosters lebenslang enge persönliche Beziehungen.<sup>67</sup> Der Kontakt zu den Ordensschwestern oder die religiösen Laiengemeinschaften waren auch ein Familienersatz. Dransfeld etwa hatte zu ihren Geschwistern keinen Kontakt. – Else Giese und Else Hattemer nahmen Nonnen in ihre Wohnräume auf: Giese ließ in ihrem Haus ein Heim für Franziskusschwestern einrichten, die Witwe Else Hattemer eine von Schwestern geleitete Kinderkrippe.<sup>68</sup>

Hatten im Reichstag und in den ersten Landtagen ältere und verheiratete Parlamentarierinnen aus dem Katholischen Frauenbund ein starkes Gewicht, so waren alle Abgeordneten der Frontgeneration ledig. Eine starke Minderheit der berufstätigen Parlamentarierinnen war in den Weimarer Jahren im KDF aktiv (Badenberg, Beyerle, Dransfeld, Feldhuß, Giese, Lauer, Rigel, Weber, Zettler). Teilweise beschränkte sich die aktive Mitgliedschaft, etwa bei Lauer, auf die Anfangs- und Endphase der Weimarer Republik. Vielfach bestand keine Verbindung zu dieser Organisation, etwa bei der VkdL-Vorsitzenden Maria Schmitz, bei Sibylla Eickelboom, der Verbandssekretärin des Zentralverbandes katholischer Jungfrauenvereine, oder bei Christine Teusch.

Alle katholischen Lehrerinnen waren Mitglied im VkdL und blieben es auch, wenn sie ihren erlernten Beruf nicht mehr ausübten. Die meisten engagierten sich hier über eine einfache Mitgliedschaft hinaus. Als einziger katholischer Frauenverband konnte der Verein katholischer deutscher Lehrerinnen wegen der zahlenmäßigen Stärke, der regionalen Streuung und der vergleichsweise kontinuierlichen Mandatsausübung seiner parlamentarischen Vertreterinnen seine beruflichen Interessen in beständiger und

67 Das dokumentieren Briefe Dransfelds in ihrem Nachlaß. Dransfeld unterrichtete von 1890-1912 in Werl. Neben ihrer Lehrtätigkeit ließ sie sich zur Schulpflegerin (1897 Diplom) ausbilden. Mit der Zulassung von Frauen zum Universitätsstudium nahm sie 1908 ein Studium in Münster und Bonn auf; vgl. M. PÜNDER (wie Anm. 10), S. 147. Lebenslange Kontakte zu einer Nonne, Mater Maria Victoria, die ihr persönliche Vertraute und religiöser Beistand in einem war, unterhielt auch Helene Wessel; vgl. E. FRIESE (wie Anm. 2), S. 257.

68 Vgl. I. LANGER (wie Anm. 9), S. 212; zu Giese vgl. E. SCHULZ (wie Anm. 7), S. 55.

spezialisierte Form wahrnehmen:<sup>69</sup> Die Volksschulrektorin und stellvertretende VkdL-Vorsitzende Elisabeth Stoffels vertrat seit 1919 die Belange katholischer Volksschullehrerinnen. Seit 1925 wurde sie von der Konrektorin Albertine Badenber, deren Spezialgebiet Besoldungsfragen waren, darin unterstützt. 1932 löste Maria Weinand die inzwischen 67jährige Badenber im Wahlkreis Düsseldorf-Ost ab. Die neue Repräsentantin katholischer Volksschullehrerinnen und Verfasserin einer Dissertation über »Das Berufsideal der Volksschullehrerin«<sup>70</sup> war seit 1930 Rektorin einer Essener Volksschule. Else Giese repräsentierte als Oberschullehrerin die Gruppe der nicht-akademisch gebildeten Lehrerinnen an höheren Schulen. Sie war auf kommunalpolitische Fragen spezialisiert und kümmerte sich innerhalb des VkdL insbesondere um Kontakte mit dem Ausland und um Fragen der Völkerverständigung. Die Studienrätin Angela Zigahl vertrat die universitär ausgebildeten Lehrerinnen höherer Mädchenschulen. Wie die Volksschullehrerin Helene Rothländer war sie vor ihrem Landtagsmandat bereits mehrere Jahre Stadtverordnete. Amalie Lauer galt innerhalb des VkdL als Expertin für Berufsschulen, besonders für die Sozialen Frauenschulen. Die Oberstudienrätin Gertrud Wronka war seit 1915 VkdL-Landesvertreterin für Ostpreußen und von 1925 bis 1931 Vorsitzende der Abteilung für höhere Mädchenbildung innerhalb des VkdL.

Im Zuge der Professionalisierung der Sozialarbeit im Gefolge des Ersten Weltkriegs und der Entwicklung katholischer Frauenvereine zu Massenorganisationen folgte eine »zweite Generation« von Funktionärinnen den Pionieren aus den Reihen des Katholischen Frauenbundes nach: Elisabeth Zillken (1888-1980) beispielsweise arbeitete seit 1916 als erste hauptamtliche Generalsekretärin beim Katholischen Fürsorgeverein für Frauen, Mädchen und Kinder, den Agnes Neuhaus anfänglich mit wenigen ehrenamtlichen Kräften geführt hatte. 1930 »erbte« sie das Reichstagsmandat der 76jährigen Neuhaus. Marie Zettler (1885-1950) nahm 1911 und 1912/13 an der von Ellen Ammann eingerichteten »Sozial-caritativen Frauenschulung« der »Sozialen Sektion des Münchener Katholischen Frauenbundes« teil, aus der 1916 die »Soziale und caritative Frauenschule des Katholischen Frauenbundes in Bayern« hervorging. So vorbereitet, erhielt sie 1912 im Zuge des organisatorischen Wachstums des Katholischen Frauenbundes eine Anstellung als Landessekretärin, später als Geschäftsführerin des Bayerischen Landesverbandes des KDF. Ferner waren Else Peerenboom, Helene Weber, Amalie Lauer und Helene Wessel eng mit der beruflichen Sozial-

<sup>69</sup> Vgl. zum folgenden: Elisabeth MLEINEK, *50 Jahre Frauenstimmrecht: Erinnerungen aus dem VkdL*, in: *Katholische Frauenbildung* 69 (1968), S. 598-603.

<sup>70</sup> Maria WEINAND, *Das Berufsideal der Volksschullehrerin unter besonderer Berücksichtigung des Berufsmotives und des Berufsvorbildes*, Diss., Köln 1931 [Teildruck].

arbeit verbunden: Peerenboom als Direktorin der »Sozialen Frauenschule (Caritasschule) des Deutschen Caritasverbandes« in Freiburg, Weber als Mitbegründerin und erste Direktorin der 1916 in Köln eröffneten »Sozialen Frauenschule des Katholischen Frauenbundes«<sup>71</sup> und Vorsitzende des »Vereins katholischer deutscher Sozialbeamtinnen«, dann als Ministerialrätin im Preußischen Wohlfahrtsministerium. Lauer war seit 1917 Direktorin der neugegründeten Wohlfahrtschule der Stadt Köln; Helene Wessel ließ sich an Sozialen Frauenschulen, unter anderem bei Alice Salomon in Berlin, zur Wohlfahrtspflegerin ausbilden.

## 5. Resümee

Die 38 Parlamentarierinnen von Zentrum und Bayerischer Volkspartei waren, so bleibt festzuhalten, nach sozialer Herkunft und schulischer Ausbildung eine sehr homogene Gruppe: Fast ausnahmslos entstammten sie bürgerlich-katholischen Elternhäusern und wurden entsprechend erzogen. Ihr späteres politisches Mandat stand in engem Zusammenhang mit der Zugehörigkeit zu Frauenorganisationen; entsprechendes gilt im übrigen für die Parlamentarierinnen der bürgerlichen Parteien, mit Abstrichen ebenso für die Sozialdemokratinnen, soweit dies bisherige Untersuchungen zeigen. Viele der katholischen Parlamentarierinnen fanden Rückhalt in der katholischen Frauenbewegung, wobei die geschlechtsspezifische Diskriminierungserfahrung einen zentralen Impuls für die Organisierung bildete.

Insbesondere der Familienstand, ferner die Generationszugehörigkeit strukturierten den Zugang zur katholischen Frauenbewegung und die konkreten Aktivitäten. Für die aus gesicherten bürgerlichen Verhältnissen heraus agierenden Verheirateten war die Frauenfrage nicht mit der eigenen materiellen Existenz verknüpft. Anders als die meisten Frauen ihrer Generation und sozialen Herkunft hatten sie vor der Ehe regelmäßig einen Beruf ausgeübt. Ihr Engagement wurde maßgeblich dadurch bestimmt, daß ihre Ehefrauen- und Mutterpflichten sie nicht ausfüllten. Ihr Bemühen, Familie und außerhäusliche Aktivitäten zu verbinden, setzte sie starken persönlichen und familiären Spannungen aus, wobei ihre Handlungsspielräume durch die familiäre Einbindung von vornherein begrenzt waren. Weil sie aufgrund der geschlechtsspezifischen Aufgaben- und Rollenverteilungen in der bürgerlichen Gesellschaft des Kaiserreichs wie auch der Weimarer Republik einer Berufstätigkeit nach der Eheschließung nicht mehr nachgehen konnten,

---

<sup>71</sup> Zu der Schule, die 1918 nach Aachen umzog, vgl. Paul GASPAR/Mirjam ZAPP, *Die Geschichte der sozialen Frauenschule in Aachen*, in: Norbert JERS (Hrsg.), *Soziale Arbeit gestern und morgen. Festschrift zum 75jährigen Bestehen der katholischen Ausbildungsstätte für Sozialarbeit und Sozialpädagogik in Aachen*, Aachen 1991, S. 51-95.

engagierten sie sich ehrenamtlich für andere Frauen. Als Berufstätige waren die Ledigen auf andere Weise als die Verheirateten von der Frauenfrage betroffen. Sie war für sie aufs engste verknüpft mit dem eigenen Kampf um Bildung, Beruf und Erwerb. Generationsübergreifend waren sie Spannungen ausgesetzt, die darin wurzelten, daß sie den ihnen zugedachten Platz in der bürgerlichen Lebenswelt nicht einnahmen. Entweder entschieden sie sich bewußt gegen die ihnen zugedachte Ehefrauenrolle oder sie konnten sie nicht einnehmen, weil die patriarchale Ordnung ihrer Herkunftsfamilie, etwa durch den Tod des Vaters, gestört war. Wegen der mangelnden gesellschaftlichen Akzeptanz ihrer Lebensform kam Religiosität und Frauengemeinschaft häufig eine existentielle Bedeutung zu. Beispielhaft konnte gezeigt werden, welchen elementaren Wert das Jungfräulichkeitsideal der katholischen Kirche, also die bewußte Entscheidung für eine lebenslange Ehelosigkeit und Berufstätigkeit und damit für ökonomische und geistige Unabhängigkeit, als Identifikationsmöglichkeit bot. Auch die Suche nach alternativen religiösen Lebensformen gehört in diesen Zusammenhang.

Die Untersuchung des Verhältnisses zwischen dem Sozialprofil der weiblichen Abgeordneten und ihren Mandatschancen ergab, daß sich langfristig die berufstätigen Frauen, insbesondere die im Verein katholischer deutscher Lehrerinnen organisierten Pädagoginnen, durchsetzen konnten. Im Laufe der Legislaturperioden stieg ihre Zahl, jüngere folgten den älteren Berufsangehörigen nach. Der Typus der verheirateten Katholikin aus dem Katholischen Frauenbund, der das Erscheinungsbild der katholischen Frauenbewegung im Kaiserreich stark bestimmte, verschwand dagegen. Es gab aus der jüngeren Generation keine verheiratete Parlamentarierin.

Unter den leitenden Funktionärinnen der sozialdemokratischen Frauenbewegung in Hamburg und auf Reichsebene lassen sich nach Karen Hagemann ebenfalls zwei Frauengruppen unterscheiden, die sich politisch betätigten, »zum einen ältere, nichterwerbstätige Ehefrauen von bessersituierten, engagierten Sozialdemokraten, die kinderlos waren bzw. herangewachsene Kinder hatten, zum anderen alleinstehende Frauen, die in höher qualifizierten Frauenberufen tätig waren«<sup>72</sup>.

Diese strukturellen Gemeinsamkeiten zwischen sozialdemokratischen und Zentrums- bzw. BVP-Parlamentarierinnen verweisen auf die Verfestigungen der geschlechtsspezifischen Aufgaben- und Rollenzuweisungen über die Milieugrenzen hinweg, aber auch auf die klassenbedingten Unterschiede. Während Ehefrauen und Mütter im proletarischen Milieu »in der Regel nur dann eine Führungsposition übernehmen« konnten, wenn sie aus ökonomischen

---

72 K. HAGEMANN (wie Anm. 11), S. 582.

Gründen »nicht erwerbstätig zu sein brauchten«<sup>73</sup>, brauchten und durften verheiratete Frauen im bürgerlichen Milieu in der Regel nicht berufstätig sein, noch konnten sie eine politische Führungsrolle übernehmen.

Festzuhalten bleiben auch generationsspezifische Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen sozialdemokratischen und katholischen Parlamentarierinnen: Ältere, in den 70er und 80er Jahren geborene Sozialdemokratinnen hatten ganz überwiegend keinen qualifizierten Beruf erlernt und verfügten über keine politische Erfahrung; die in den 90er Jahren geborenen verfügten über eine qualifizierte Berufsausbildung und hatten vor dem Parteieintritt bereits politische Erfahrungen in den sozialdemokratischen Jugendorganisationen gesammelt.<sup>74</sup> Der Aspekt der Qualifizierung spielte für generationsspezifische Unterschiede zwischen den katholischen Abgeordneten ebenfalls eine wesentliche Rolle. Anders als bei den Sozialdemokratinnen waren und blieben aufgrund struktureller Unterschiede zwischen den Milieus die Vereine, namentlich der Verein katholischer deutscher Lehrerinnen, in der Regel die (vor-)politischen Sozialisationsinstanzen. Eine wichtige Rolle für die Übernahme eines politischen Amtes über die Unterschiede in Weltanschauung, Familienstand und Generationszugehörigkeit hinweg spielten Sozialisationserfahrungen, etwa die erfolgreiche Bewältigung von Widerständen im Elternhaus oder im Beruf, die zur Stärkung des eigenen Selbstbewußtseins beitragen.<sup>75</sup>

Vergleicht man abschließend die »Aktiven« unter den Zentrumsparlamentarierinnen, also diejenigen, die sich bis zum Ende der Republik stärker politisch-parlamentarisch exponierten, mit der entsprechenden Gruppe unter den Sozialdemokratinnen<sup>76</sup>, so gehörten beiden Gruppen überdurchschnittlich viele alleinstehende Frauen an, die ledig, verwitwet oder – im Falle der Sozialdemokratinnen – geschieden waren. Katholische wie sozialdemokratische Parlamentarierinnen hatten für sich früh die gesellschaftlich präjudizierte Unvereinbarkeit von Familie, Beruf und Politik erkannt, oder die Frage einer möglichen Vereinbarkeit stellte sich – im Falle der katholischen Parlamentarierinnen – erst gar nicht; sie hatten sich bewußt gegen eine Familie und für ein Leben entschieden, das dem Beruf und der Politik gewidmet war. Das Privatleben spielte eine eher untergeordnete Rolle.<sup>77</sup> In der Gestaltung ihrer

73 EBD., S. 576.

74 Vgl. EBD, S. 579 f.

75 Vgl. dazu für die Sozialdemokratinnen den Hinweis EBD., S. 582.

76 Vgl. zum Folgenden: Christl WICKERT, *Politik vor Privatleben. Zum Selbstverständnis alleinstehender Parlamentarierinnen in der Weimarer Republik*, in: Elisabeth FLITNER/Renate VALTIN (Hrsg.), *Dritte im Bund: die Geliebte*, Reinbek bei Hamburg 1992, S. 196-215.

77 Für Helene Wessel vgl. die Hinweise bei E. FRIESE: »Helene Wessel war Vollblutpolitikerin. Eine Trennung von politischem und privatem Leben gab es daher nicht. Da sie ihr Leben

im Widerspruch zum bürgerlichen Familienmodell stehenden Lebensweise unterschieden sich die beiden Gruppen jedoch deutlich: So lebten die sozialdemokratischen Parlamentarierinnen Käthe Frankenthal, Louise Schröder, Toni Sender und Hedwig Wachenheim »in öffentlich bekannten Beziehungen mit Parlamentskollegen, die ihrerseits verheiratet waren«; diese Liebesbeziehungen waren »getragen von politischen Diskussionen und Gemeinsamkeiten, eingebettet in ein größeres Beziehungsgeflecht, in dem Politik und Leben zusammenfielen«; »Sexualität und Intimität« spielten hingegen offenbar eine vergleichsweise geringe Rolle.<sup>78</sup>

Eine derartige Lebensform wäre aufgrund der Tabuisierung außerehelicher Beziehungen im bürgerlichen und im katholischen Milieu undenkbar gewesen. Von den katholischen Abgeordneten lebten nicht wenige in häuslicher Gemeinschaft mit einer Freundin oder allein. So war Amalie Lauer eng befreundet mit der Rechtsanwältin Dr. Margarethe Esch (1899-1966), mit der sie seit 1933 auch zusammenlebte.<sup>79</sup> Basis dieser Lebensgemeinschaften gleichgesinnter, berufstätiger Frauen dürfte der geistige Austausch, eine enge emotionale Bindung<sup>80</sup> wie auch die Gemeinsamkeit im Glauben gewesen sein. Enge Frauenfreundschaften waren offenbar nicht ungewöhnlich unter den Aktivistinnen der bürgerlich-liberalen wie der katholischen Frauenbewegung.<sup>81</sup> Andere Politikerinnen teilten ihr Leben mit weiblichen Familienangehörigen, so die Reichstagsabgeordnete Christine Teusch mit ihrer Zwillingschwester Käthe, einer Lehrerin, die zugleich ihre politische Vertraute war.<sup>82</sup> Beruflich und politisch besonders aktive Frauen entwickelten demnach offenbar milieuspezifisch unterschiedliche Lebensformen, um Beruf, Politik und Leben miteinander zu verbinden.

---

lang unverheiratet blieb, konnte sie sich ganz der Politik widmen. Dabei trat das Persönliche in den Hintergrund.« E. FRIESE (wie Anm. 2), S. 277.

78 Ch. WICKERT, *Politik vor Privatleben* (wie Anm. 76), S. 196 und 215.

79 Vgl. Birgit SACK, *Dr. Amalie Lauer*, in: KÖLNER FRAUENGESCHICHTSVEREIN (Hrsg.), »10 Uhr pünktlich Gürzenich«. *Hundert Jahre bewegte Frauen in Köln – zur Geschichte der Organisationen und Vereine*, Münster 1995, S. 135-138, hier: S. 138.

80 Daß diese Freundschaften auch lesbische Züge trugen, kann zumindest nicht ausgeschlossen werden; vgl. dazu für die bürgerlich-liberale Frauenbewegung die Hinweise und Vermutungen bei Margit GÖTTERT, »... als würde die geheime Kraft der Erde einem mitgeteilt!« *Frauen, ihre Freundschaften und Beziehungen in der alten Frauenbewegung*, in: *L'Homme* 4 (1993), S. 40-56.

81 Für die katholische Frauenbewegung sei beispielhaft verwiesen auf Antonie Hopmann, KDF-Generalsekretärin seit 1926, die mit der Lehrerin Pauline Rintelen zusammenlebte. Das bekannteste Beispiel für die bürgerlich-liberale Frauenbewegung dürfte die lebenslange Freundschaft zwischen Helene Lange und Gertrud Bäumer gewesen sein. Eine empirische Erforschung dieser Beobachtung steht noch aus; für die bürgerlich-liberale Frauenbewegung und das Paar Lange/Bäumer vgl. M. GÖTTERT (wie Anm. 80).

82 Vgl. *Verdient um Volk und Staat*, in: *Politisch-Soziale Korrespondenz*, Bonn v. 15. Okt. 1968, wiederabgedruckt in: *Die Christliche Frau* 57 (1968), S. 129-131, hier: S. 131.

# Christlicher Glaube, Wirtschaftstheorie und Praxisbezug. Walter Eucken und die Anlage 4 der Denkschrift des Freiburger Bonhoeffer-Kreises

Von Nils Goldschmidt

## 1. Einleitung

»Denkende Gestaltung der Ordnung ist nötig.«<sup>1</sup> Diese programmatische Aussage des Freiburger Nationalökonomens Walter Eucken verweist auf sein Ringen um ein Ordnungskonzept, das »dem Wesen und der Sache entspricht«<sup>2</sup> und der Suche nach einer Wirtschaftspolitik, die »die freie natürliche gottgewollte Ordnung verwirklichen soll«<sup>3</sup>.

Die Entstehungsgeschichte der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland kann nur nachgezeichnet werden, wenn man nach den Spuren fahndet, die die Freiburger Schule und ihr Vordenker Eucken auf dem Weg hin zu ihrer konkreten Ausgestaltung hinterlassen haben.<sup>4</sup> In der Diskussion wird zwar zumeist die wirtschaftstheoretische Bedeutung dieser Richtung erkannt und gewürdigt,<sup>5</sup> der Beitrag des Freiburger Gedankensystems für die normativen Grundlagen von Wirtschaftsordnungen allgemein und der

---

1 Walter EUCKEN, *Die Grundlagen der Nationalökonomie*, 8. Aufl., Berlin-Heidelberg-New York 1965, S. 240.

2 W. EUCKEN, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, hrsg. v. Edith EUCKEN und K. Paul HENSEL, 6. Aufl., Tübingen 1990, S. 372.

3 EBD., S. 176.

4 In seiner – umstrittenen – »Drei-Wege-These« benennt R. Klump mit der wirtschaftstheoretischen Diskussion in der Freiburger Schule und den sog. »Freiburger Kreisen« um W. Eucken den ordnungstheoretischen Repräsentanten für die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft. Darüber hinaus deutet Klump einen ordnungspolitischen (A. Müller-Armack) und einen politischen Vertreter (L. Erhard) an. Vgl. Rainer KLUMP, *Wege zur Sozialen Marktwirtschaft. Die Entwicklung ordnungspolitischer Konzeptionen in Deutschland vor der Währungsreform*, in: *Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie XVI*, hrsg. v. Erich W. STREISSLER (Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd 115/XVI), Berlin 1997, S. 129-160.

5 So formuliert z. B. Otto Schlecht: »Als wichtigste geistige Quelle der marktwirtschaftlichen Ordnung gilt die »Freiburger Schule« um Walter Eucken ... Das bleibende Verdienst von Walter Eucken ist seine Ausformung einer Wettbewerbsordnung mit den konstituierenden und regulierenden Prinzipien«; Otto SCHLECHT, *Das Bundeswirtschaftsministerium für Wirtschaft und die deutsche Ordnungspolitik der Nachkriegszeit*, in: *ORDO* 48 (1997), S. 100.

Sozialen Marktwirtschaft insbesondere wird hingegen nur wenig beachtet.<sup>6</sup> Eine Möglichkeit, das Zusammenspiel von Normativität und wirtschaftlicher Ordnung aus Freiburger Sicht näher zu beleuchten, bietet die Analyse der Anlage 4 »Wirtschafts- und Sozialordnung« der Denkschrift<sup>7</sup> des Freiburger Bonhoeffer-Kreises, die von den Ökonomen Constantin von Dietze, Walter Eucken und Adolf Lampe 1942/43 verfaßt wurde.<sup>8</sup>

Bereits im Vorwort benennen die drei Verfasser der Anlage 4 die Leitlinien für die Entwicklung einer zukünftigen Wirtschaftsordnung: »I. Richtschnuren und Verbote, die sich nach unserem Glauben aus Gottes Wort für die Wirtschaft und ihre Ordnung ergeben, die also die Kirche vertreten kann und muß; II. Grundsätze, die sich aus Sachnotwendigkeiten des Wirtschaftens ergeben und die für seine Ordnung dauernde Geltung besitzen; III. eine sachliche Würdigung der gegenwärtigen und der nach menschlicher Voraussicht bevorstehenden wirtschaftlichen Lage«.<sup>9</sup> Die nach diesen Leitlinien entworfene Ordnung der Wirtschaft soll neben ihrem sachlichen Nutzen »den denkbar stärksten Widerstand gegen die Macht der Sünde« ermöglichen und ein christliches (evangelisches) Leben nicht vergebens ermden lassen.<sup>10</sup> Entsprechend kann man in der Konzeption der Anlage 4 drei Impulse unterscheiden, die für die Ausarbeitung der »Wirtschafts- und

6 Eine systematische Untersuchung der normativen Grundlagen des Freiburger Forschungsprogramms wurde kürzlich von V. Vanberg vorgelegt; vgl. Viktor VANBERG, *Die normativen Grundlagen von Ordnungspolitik*, in: *ORDO* 48 (1997), S. 707-726.

7 *In der Stunde Null. Die Denkschrift des Freiburger »Bonhoeffer-Kreises«: Politische Gemeinschaftsordnung. Ein Versuch des christlichen Gewissens in den politischen Nöten unserer Zeit*, eingeleitet von Helmut THIELICKE, mit einem Nachwort von Philipp von BISMARCK, Tübingen 1979. Im folgenden: *Denkschrift*. Ein kürzlich erschienener Quellenband enthält u. a. die Anlage 4 der Denkschrift: *Die protestantischen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft*, hrsg. v. Günter BRAKELMANN und Traugott JÄNNICHEN, Gütersloh 1994, S. 341-362.

8 Der Freiburger Bonhoeffer-Kreis gehört zu den sogenannten »Freiburger Kreisen«, drei Widerstandszirkeln gegen die nationalsozialistische Diktatur, deren Kern die Freiburger Ökonomen C. von Dietze, W. Eucken und A. Lampe sowie der Freiburger Historiker G. Ritter bildeten. Der Bonhoeffer-Kreis erarbeitete auf Anregung des Berliner Pfarrers D. Bonhoeffer und im Auftrag der »Vorläufigen Leitung der Bekennenden Kirche« eine Programmschrift, die auf einer Weltkirchenkonferenz nach Beendigung des Krieges vorgelegt werden sollte. Als Ergebnis der Beratungen dieses Forums wurde im Januar 1943 die Arbeit an der Denkschrift abgeschlossen, die den Titel »*Politische Gemeinschaftsordnung. Ein Versuch zur Selbstbesinnung des christlichen Gewissens in den politischen Nöten unserer Zeit*« erhielt. Der eigentlichen Denkschrift wurden fünf Anhänge beigefügt (Rechtsordnung, Kirchenpolitik, Erziehung, Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie Vorschläge für eine Lösung der Judenfrage in Deutschland). Die Denkschrift wurde dann tatsächlich bei den Vorbereitungen für die Weltkirchenkonferenz 1948 in Amsterdam miteingebracht. Vgl. hierzu und zu den »Freiburger Kreisen« allgemein: Nils GOLDSCHMIDT, *Die Entstehung der Freiburger Kreise*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 4 (1997), S. 1-18, sowie die dort angegebene Literatur.

9 *Denkschrift* (wie Anm. 7), S. 128.

10 EBD., S. 129. Zu den Aufgaben einer Wirtschaftsordnung vgl. auch: EBD., II. Hauptteil, V. Wirtschaftspolitik, S. 90-94.

Sozialordnung« zentral sind: 1. den Glaubensimpuls, 2. den Theorieimpuls und 3. den Praxisimpuls.

Diesen Impulsen können die einzelnen Abschnitte der »Wirtschafts- und Sozialordnung« zugeordnet werden, wobei sich für das Vorwort und die vier Abschnitte des Textes folgende Aufgliederung anbietet:

Grundmotiv	Abschnitt
<i>Konzeptionelle Vorstellungen</i>	Vorwort
<i>Glaubensimpuls</i>	I. Kirchliche Grundlegung
<i>Theorieimpuls</i>	II. Sachnotwendige Grundsätze des Wirtschaftslebens und seiner Ordnung IV. Grundlinien der neuen Ordnung
<i>Praxisimpuls</i>	III. Sachliche Würdigung der Lage

Entsprechend soll in den folgenden Ausführungen gezeigt werden, daß die Anlage 4 der Denkschrift geradezu »die Essenz des ordoliberalen Denkens«<sup>11</sup> enthält. In einem ersten Schritt wird zu verdeutlichen sein, daß der »Theorieimpuls« der Denkschrift weitgehend der spezifisch ordoliberalen Konzeption entspricht. Der Nachweis wird in einem Vergleich der Denkschrift mit dem 1952 posthum veröffentlichten Werk »Grundsätze der Wirtschaftspolitik« erbracht, neben den »Grundlagen der Nationalökonomie« von 1940 Walter Euckens zweites Hauptwerk. Dabei orientiert sich die Argumentation an den beiden Gesichtspunkten »Grundlinien der Ordnung«, also am Aspekt der konzeptionellen Ausrichtung, und »Soziale Frage« als Aspekt der Ausgestaltung.<sup>12</sup> In einem zweiten Schritt wird aufgezeigt, daß die Autoren der Anlage 4 explizit den normativen Ausgangspunkt einer christlichen Verantwortung wählen, um ihre Wirtschafts- und Sozialordnung zu entfalten. Hierbei wird zunächst die Argumentationslinie »Glaubensimpuls« nachgezeichnet, wobei sich zeigt, daß zumindest in dieser Schrift die ordoliberale Konzeption auf einem christlichen Normverständnis gründet bzw. damit in Verbindung gesetzt wird. In einem letzten Schritt soll erörtert werden,

<sup>11</sup> Dies postuliert Karen Ilse HORN, *Moral und Wirtschaft*, Tübingen 1996, S. 107.

<sup>12</sup> Dabei geht es um einen systematischen Vergleich der beiden Schriften und nicht um eine posthume Überhöhung der geschichtlichen Bedeutung der Anlage 4. Vor dieser Gefahr warnt N. Kloten im Hinblick auf die Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath (einem der Freiburger Kreise) zurecht. Vgl. Norbert KLOTEN, »Was zu bedenken ist«. *Bemerkungen zum Referat von Rainer Klump*, in: *Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie XVI*, hrsg. v. Erich W. STREISSLER (Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd 115/XVI), Berlin 1997, S. 168.

inwieweit bei Eucken ethische Grundüberzeugungen mit der Ausgestaltung seiner Wirtschaftsordnungskonzeption verbunden sind.

Auf eine ausführliche Diskussion des »Praxisimpulses« wird verzichtet, da er in der Denkschrift in einem konkreten zeitgeschichtlichen Moment situiert ist und dieses Element für das Verhältnis von Normativität und Wirtschaftsordnung nur wenig ergiebig ist.<sup>13</sup>

### Grundlinien der Ordnung

In folgenden Schritten läßt sich die Argumentation der Anlage 4 der Denkschrift hinsichtlich der ordnungspolitischen Grundsätze nachvollziehen:

1. Da nach Auffassung der Freiburger Nationalökonomien nach dem Krieg eine »klar durchdachte und durchgeführte Ordnung«<sup>14</sup> nicht bestehen wird und die geltenden Regeln nicht fortgeführt werden können, bedarf es einer neuen Ordnung.

2. Fundamentale Bedingung für die neue Ordnung und die Grundsätze, die »allgemein Anwendung finden«<sup>15</sup> sollen, ist für die drei Verfasser eine durchdachte Konzeption. Die Ordnung soll auf der Grundlage »verschiedener Verfahren« verwirklicht werden und innerer Aufweichung standhalten.<sup>16</sup> Grundlegendes Ziel muß es sein, Leistungswettbewerb zu gewährleisten.

3. Im Rahmen des Leistungswettbewerbs sollen die »Einzelwirtschaften« eigenverantwortlich handeln, und zwar auf der Basis von »Markt- und Preisfreiheit«. So wird erreicht, daß sich die Grundsätze in »allen dafür geeigneten Wirtschaftsbereichen ... »automatisch« auswirken«<sup>17</sup>.

4. Um dies zu gewährleisten, bedarf es aber genauer staatlicher Regelungen, die mit aller Genauigkeit erlassen und durch die staatliche Autorität gesichert werden sollen.<sup>18</sup> Auf diese Weise können »Machtzusammenballungen« verhindert werden, die insbesondere die Mittelschicht gefährden.

13 Es ist jedoch unbestritten, daß Eucken die praktische Politik außerordentlich interessierte. Vgl. Hans Otto LENEL, *Die sogenannten Freiburger Kreise*, in: *ORDO* 39 (1988), S. 291. Beleg dafür sind auch die zahlreichen Artikel Euckens zwischen 1947-1949 in Tageszeitungen. Vgl. z. B. W. EUCKEN, »Die deutsche Währungsreform als internationales Problem«, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 21. Dezember 1947, S. 7. W. EUCKEN, »Wirtschaftspolitik am toten Punkt«, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 20. Juli 1948, S. 3. W. EUCKEN, »Von der alten zur neuen Wirtschaftspolitik«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 31. Dezember 1949, S. 11.

14 Vgl. *Denkschrift* (wie Anm. 7), S. 136.

15 EBD., S. 139.

16 EBD., S. 138.

17 EBD.

18 Vgl. EBD. Bereits an früherer Stelle verweisen die Denkschrift-Autoren auf die Funktion des Staates als Ordnungsmacht einerseits sowie auf die notwendige Begrenzung »bürokratischer Reglementierungen und Kommandierungen von oben« andererseits; vgl. EBD., S. 93. Dabei ist eine »moralische Autorität« wesentlich; vgl. EBD., S. 94 (Hervorhebung im Original).

Außerdem soll der Staat »Familienwirtschaften« und »Selbstversorgung der Einzelwirtschaften« fördern.<sup>19</sup>

5. Nur wenn aufgrund »technischer Notwendigkeiten ... kein echter Wettbewerb«<sup>20</sup> möglich ist, soll der Staat entweder selbst Eigentümer der Unternehmen sein oder eine Aufsichtsfunktion ausüben, wobei er sich so verhalten soll, als ob Wettbewerb bestünde, um so dem Eigennutz des Monopolisten entgegenzuwirken.

6. Währungspolitisches Ziel ist ein stabiler Geldwert, wobei eine genaue Abstimmung von vorhandenen Zahlungsmitteln in bezug auf die Gütermenge zu geltenden Preisen beachtet werden soll. Dabei ist statt »ungebundener Währungsmanipulierung ... eine Anlehnung an das Gold«<sup>21</sup> sinnvoll.

7. Problematisch erscheint den drei Freiburgern die Regelung der hohen Staatsschulden. Hier wird es zwar nicht »ohne Härten abgehen«<sup>22</sup>, doch können eine entsprechende Wettbewerbsordnung und eine solide Finanzpolitik zur Lösung beitragen.

8. Die Grundsätze eines »allseitigen sauberen Wettbewerbs«<sup>23</sup> bieten auf der Grundlage gerechter Preise und Löhne den besten Schutz gegen Arbeitslosigkeit. Dem Staat kommt die Aufgabe zu, »Ausbeutungslöhne« zu verhindern.

Stellt man nun Anlage 4 der Denkschrift die »Grundsätze der Wirtschaftspolitik« gegenüber, so ist auffällig, daß Eucken als Grundlage seiner wirtschaftspolitischen Überlegungen ebenso wie in der Denkschrift die Einrichtung einer Wettbewerbsordnung postuliert. In dieser Ordnung »dominiert ... die Marktform der »vollständigen Konkurrenz«, d. h. »Leistungswettbewerb«. Darüber hinaus soll »Eigenwirtschaft (einfache zentral geleitete Wirtschaft)«<sup>24</sup> an geeigneter Stelle diese Ordnungsform ergänzen. Hierdurch kann eine gewisse Unabhängigkeit vom Markt und eine Sicherung für Notzeiten erreicht werden.<sup>25</sup> Generell ermöglicht aber gerade die vollständige Konkurrenz Leistungssteigerung der Teilnehmer sowie die

19 EBD., S. 138. Explizit wird bereits im II. Hauptteil der Denkschrift die Förderung »der wirtschaftlichen Selbständigkeit des Bauern« genannt. Agrarische Großbetriebe sollten nicht begünstigt werden. Darüber hinaus wird dort allgemein die Förderung bzw. Erhaltung regionaler Unterschiede und eine »weitgehende Dislozierung ... der gewerblichen Betriebe« angestrebt; vgl. EBD., S. 87.

20 EBD., S. 138.

21 EBD., S. 139.

22 EBD.

23 EBD.

24 W. EUCKEN, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik* (wie Anm. 2), S. 246.

25 Diese Aussage Euckens widerspricht der Beurteilung H. O. Lenels, der aufgrund der Euckenschen Betonung der Arbeitsteilung und Konjunkturpolitik die Möglichkeit der Selbstversorgung von Einzelwirtschaften in Euckens Werk sehr kritisch einschätzt. Vgl. H. O. LENEL, *Freiburger Kreise* (wie Anm. 13), S. 288.

Lenkung des Wirtschaftsprozesses durch ein funktionierendes Preissystem – Euckens Grundprinzip der Wettbewerbsordnung. Auf diese Weise wird durch die Wettbewerbsordnung ein Rahmen geschaffen, der Freiheit ermöglicht, gleichwie »der Rechtsstaat ... die freie Betätigung des einzelnen durch die Freiheitssphäre des anderen begrenzt«<sup>26</sup>. Zur Realisierung der Wettbewerbsordnung unterscheidet Eucken bekanntermaßen zwei Gruppen von Prinzipien:<sup>27</sup> 1. die konstituierenden Prinzipien, die zur Herstellung der Ordnung unerlässlich sind, und 2. die regulierenden Prinzipien, die der Erhaltung der Ordnung dienen.<sup>28</sup> Diese verschiedenen Prinzipien legt Eucken in seinen Grundsätzen in zwei Kapiteln (XVI. und XVII. Kapitel) ausführlich dar, wobei er neben dem Grundprinzip eines funktionierenden Preissystems sechs weitere konstituierende sowie vier regulierende Prinzipien unterscheidet. Eine graphische Darstellung der Zusammenhänge kann wie folgt aussehen:<sup>29</sup> (siehe Abbildung auf der nächsten Seite).

Vergleicht man nun neben den bereits aufgezeigten Parallelen zum Grundprinzip des funktionsfähigen Preissystems einzelne Prinzipien, so ist zunächst erkennbar, daß beide Schriften die Notwendigkeit eines stabilen Geldwertes betonen, wobei der Primat der Währungspolitik in den »Grundsätzen« der entscheidende währungspolitische Stabilisator ist. Ebenfalls fordert Eucken eine Währungsverfassung, die »automatisch funktionieren«<sup>30</sup> soll, um so einerseits Inhärenzen zur Wettbewerbsordnung zu vermeiden und andererseits Mißbrauch (z. B. Inflation zur Erreichung von Vollbeschäftigung) auszuschließen. Wirbt die Denkschrift hingegen nur allgemein für eine Anlehnung an das Gold, so sieht Eucken in den »Grundsätzen« eine »Waren-Reserve-Währung« oder den sog. »Graham-Plan« vor, da im Unterschied zur Goldwährung dieses System nicht von der Knappheit eines Produktes abhängig ist.<sup>31</sup>

Darüber hinaus finden sich nur ansatzweise detaillierte Parallelen zu den konstituierenden Prinzipien Euckens. Es kann jedoch angenommen werden,

26 W. EUCKEN, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik* (wie Anm. 2), S. 250.

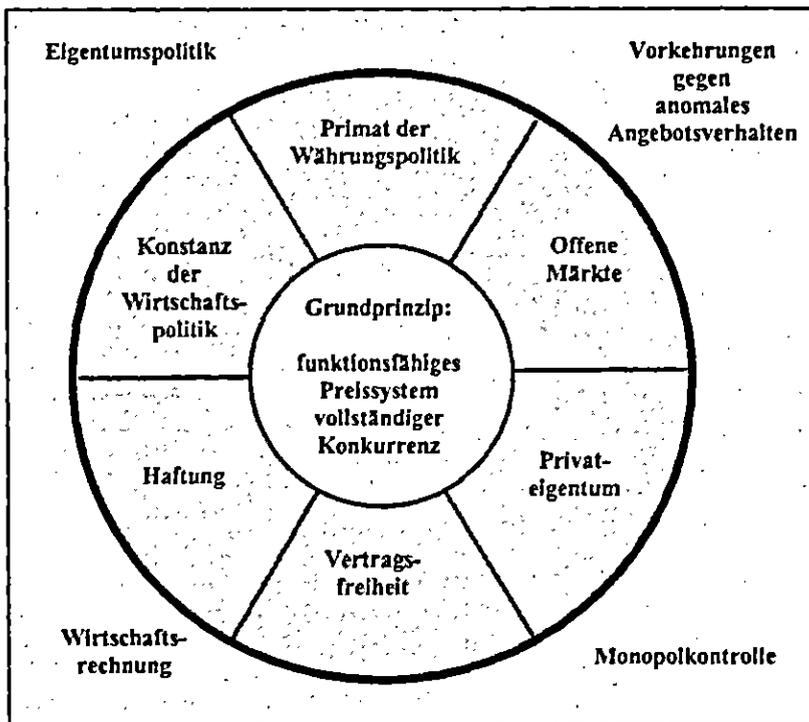
27 H. GROSSEKETTLER unterscheidet hingegen vier Gruppen von Prinzipien, wobei er zusätzlich »potentielle Ergänzungsprinzipien« und »staatspolitische Prinzipien« anführt. Vgl. Heinz GROSSEKETTLER, *Die Wirtschaftsordnung als Gestaltungsaufgabe. Entstehungsgeschichte und Entwicklungsperspektiven des Ordoliberalismus nach 50 Jahren Sozialer Marktwirtschaft* (Ökonomische Theorie der Institutionen, Bd. 1), Münster-Hamburg 1997, S. 46-52. Die letzten beiden Gruppen sind von Eucken nicht in dieser Bestimmtheit formuliert worden und für den Fortgang der vorliegenden Untersuchung nicht von besonderem Interesse.

28 W. EUCKEN, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik* (wie Anm. 2), S. 253.

29 Angelehnt an: Ralf L. WEBER, *Walter Eucken und der Wandel von Wirtschaftssystemen*, in: *Wirtschaftswissenschaftliches Studium* 21 (1992), S. 580.

30 Vgl. W. EUCKEN, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik* (wie Anm. 2), S. 257.

31 Vgl. zum Ganzen: EBD., S. 255-264. Zur Kritik Euckens an der Goldwährung vgl. auch EBD., S. 168 f.



daß die in Anlage 4 der Denkschrift genannte Idee der Marktfreiheit, die Machtzusammenballungen entgegenwirken soll, dem Prinzip der »Offenen Märkte« entspricht. Die in den »Grundsätzen« genannte »Konstanz der Wirtschaftspolitik« läßt sich in der Anlage 4 in der negativen Beurteilung gegenüber einer uneinheitlichen Wirtschaftspolitik früherer Wirtschaftsordnungen herauslesen. Die drei konstituierenden Prinzipien Privateigentum, Vertragsfreiheit und Haftung finden sich nicht. Gleichwohl taucht der Begriff des »privaten Eigentums« bereits im Haupttext auf<sup>32</sup> und wird nochmals in der Anlage 1 »Rechtsordnung«<sup>33</sup> aufgegriffen. Jedoch steht an diesen Stellen insbesondere der sittlich-normative Aspekt des Eigentums im Vordergrund. Ähnliches gilt für die Vertragsfreiheit in zivilrechtlicher Bedeutung.<sup>34</sup> Da es sich bei den genannten drei Prinzipien eher um Rechtsprinzipien handelt, ist

32 Vgl. *Denkschrift* (wie Anm. 7), S. 93 f.

33 Vgl. EBD., S. 107.

34 Vgl. EBD.

es nachvollziehbar, daß ihnen in der »Wirtschafts- und Sozialordnung« kein eigenständiger Ort eingeräumt wird.

In bezug auf die regulierenden Prinzipien lassen sich vor allem Entsprechungen hinsichtlich anomalen Verhaltens auf dem Arbeitsmarkt nachvollziehen. Generell ist Eucken in den »Grundsätzen« im Einklang mit der Denkschrift der Meinung, daß in einer Wettbewerbsordnung »die Gefahr der ... Massenarbeitslosigkeit schwindet«.<sup>35</sup> So gilt nach Eucken für den Arbeitsmarkt: »Um Ausbeutung zu verhindern, ... sollte Gleichgewicht herrschen«.<sup>36</sup> Regulierend eingreifen sollte der Staat in den Markt jedoch dann, wenn es zu einem anomalen Verhalten auf dem Arbeitsmarkt kommt, d. h. wenn trotz sinkender Löhne das Arbeitskräfteangebot steigt.<sup>37</sup>

Auffällig ist die gleichlautende Lösung des Monopolproblems in der Denkschrift und in den »Grundsätzen«. Beide Schriften sprechen sich dafür aus, eine Situation zu simulieren, als ob Wettbewerb bestehe. Entsprechend fordert Eucken in den Grundsätzen von der Monopolaufsicht, »die Träger wirtschaftspolitischer Macht zu einem Verhalten zu veranlassen, als ob vollständige Konkurrenz bestünde. Das Verhalten der Monopolisten hat »wettbewerbs-analog« zu sein«<sup>38</sup>. Die Einrichtung eigener staatlicher Unternehmen wird von Eucken hingegen äußerst skeptisch beurteilt.<sup>39</sup>

Eine weitreichende Übereinstimmung zur Denkschrift findet sich in den »Grundsätzen« ebenfalls in Hinsicht auf die Aufgaben des Staates. Eucken sieht im Staat die »ordnende Potenz«, ohne die »eine zureichende Wirtschaftsordnung nicht aufgebaut werden kann«<sup>40</sup>. Dabei kommen dem Staat vor allem zwei Aufgaben zu: 1. Auflösung bzw. Begrenzung wirtschaftlicher Machtgruppen sowie 2. Gestaltung der Rahmenordnung, nicht aber Lenkung des Wirtschaftsprozesses.<sup>41</sup>

Die Nähe der Anlage 4 zu den Darlegungen Euckens in den »Grundsätzen der Wirtschaftspolitik« ist offensichtlich, wobei zu berücksichtigen ist, daß eine Denkschrift mit programmatischem Charakter nur fragmentarisch sein kann.

---

35 W. EUCKEN, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik* (wie Anm. 2), S. 311.

36 EBD., S. 322.

37 Eucken nennt für diesen Fall zwei Beispiele: Lohndruck aufgrund von Bevölkerungszunahme sowie technischer Verbesserungen, die zu Lohnrückgang und verstärkter Arbeitsnachfrage führen. Vgl. EBD., S. 303 f.

38 EBD., S. 295.

39 Vgl. EBD., S. 293.

40 EBD., S. 332.

41 Vgl. EBD., S. 334-337. Vgl. dazu z. B. auch: Jürgen KROMPHARDT, *Konzeptionen und Analysen des Kapitalismus*, 3. Aufl., Göttingen 1991, S. 182 f.

## Die Soziale Frage

Nach Auffassung der drei Denkschrift-Autoren besteht Sozialpolitik nicht nur aus verschiedenen Einzelmaßnahmen, sie soll vielmehr »die einzelnen Menschen zu echten Gemeinschaften und zu einer allumfassenden Societas zusammenfassen«<sup>42</sup>. Unabdingbar ist hierfür eine »rechte Individualethik«<sup>43</sup>. Dem Staat kommt auf diesem Gebiet die Aufgabe zu, entsprechende (Rahmen-) Bedingungen für soziale Gemeinschaften und Gruppen zu schaffen. Dabei muß er nicht selbst Träger der sozialen Einrichtungen sein. Eine bewußte Lenkung der Menschen, sei es nun im totalitären Staat oder im Sinne des Staatsverständnisses des 19. Jahrhunderts, läuft wahrer Sozialpolitik zuwider. Vielmehr soll der Staat der Bevölkerung Verbindungen »aus eigenem Rechte«<sup>44</sup> zugestehen.

Darüber hinaus sind die Verfasser der Anlage der Überzeugung, daß eine nach dem Leistungswettbewerb geordnete Wirtschaft eine Vielzahl sozialer Probleme aus sich selbst heraus lösen kann. So garantiert diese Ordnung eine maximale Versorgung mit Gütern und bietet die Basis »für den Aufbau einer rechten Societas«<sup>45</sup>. Auch richtet sie sich gegen wirtschaftliche Machtpositionen und schützt dadurch die sozial Schlechtgestellten.

In seinen Vorbemerkungen zum Abschnitt »Sozialpolitik« in den »Grundsätzen der Wirtschaftspolitik« betont Eucken, »daß die Sozialpolitik nicht als Anhängsel der übrigen Wirtschaftspolitik betrachtet werden sollte, sondern in erster Linie Wirtschaftsordnungspolitik zu sein hat. ... *Es gibt nichts, was nicht sozial wichtig wäre*«<sup>46</sup>. Zwar sei eine entsprechende Gesinnung nicht unwichtig,<sup>47</sup> doch sie allein könne die anstehenden Aufgaben nicht lösen. Damit hat also eine punktuelle Behandlung sozialer Probleme zugunsten universaler Lösungen im Rahmen der Gesamtordnung zurückzutreten. Für Eucken ist die soziale Frage primär eine Frage der Freiheit.<sup>48</sup> Sie kann nicht

42 *Denkschrift* (wie Anm. 7), S. 140. Im Kapitel über *Sozialpolitik* im II. Hauptteil der *Denkschrift* (EBD., S. 86-90) formulieren die Autoren entsprechend zwei Hauptziele: »1.) Aufgliederung des Sozialkörpers in engere Gemeinschaften. 2.) Herstellung einer echten, alle Stände und Klassen umfassenden Volksgemeinschaft« (EBD., S. 86).

43 *Denkschrift* (wie Anm. 7), S. 140.

44 EBD., S. 141.

45 EBD.

46 W. EUCKEN, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik* (wie Anm. 2), S. 313 (Hervorhebung im Original).

47 Vgl. EBD., S. 312f. und 323.

48 »Die soziale Frage ist heute in ihrem Kern die Frage nach der Freiheit des Menschen«; EBD., S. 193. Diese Einschätzung bekräftigt Eucken auch in seinem dritten Londoner Vortrag über die »*Soziale Frage, Sozial- und Vollbeschäftigungspolitik*«. Dort heißt es: »Damit ... stoßen wir ... auf den Kernpunkt der sozialen Frage: Die Freiheit. ... Ohne Freiheit der Person ist die

durch die Vermachtungstendenzen des Laissez-faire gelöst werden, aber erst recht nicht durch das System zentraler Lenkung.

In drei Unterpunkten verfolgt Eucken Vorschläge hinsichtlich der »Politik zur Ordnung der Wirtschaft als Sozialpolitik«<sup>49</sup>. Jede Sozialpolitik sei zunächst auf eine ausreichende Versorgung der Mitglieder des Gemeinwesens angewiesen: »Wenn es also richtig ist, daß nur verteilt werden kann, was vorher produziert wurde, dann muß die erste Frage aller Sozialreformer auf die Wirtschaftsordnung mit dem höchsten wirtschaftlichen Wirkungsgrad gerichtet sein.«<sup>50</sup> Daran anschließend beschäftigt Eucken die Frage der »Sozialen Gerechtigkeit«. Auch hier verweist er auf die Notwendigkeit einer funktionsfähigen Gesamtordnung, in der »man die Einkommensbildung den strengen Regeln des Wettbewerbs, des Risikos und der Haftung unterwirft. ... Festzuhalten ist: daß Privateigentum zu Mißständen führen kann, Kollektiveigentum führen muß«.<sup>51</sup> Gefahr drohe dem sozialen Frieden dann, wenn die Einkommensverteilung durch Machtstellungen beeinflusst werde.

Bevor sich Eucken der speziellen Sozialpolitik und damit ihren verbleibenden Aufgaben widmet, behandelt er das Thema »Soziale Sicherheit«. Der in der arbeitsteiligen Welt lebende Mensch unterliege sowohl den Gefahren des wirtschaftlichen Handelns als auch persönlich-existenziellen Gefahren, die durch Ausschluß vom sozialen Zusammenleben und durch Machtausnutzung entstehen. Um diesen Risiken entgegenzutreten, bekräftigt Eucken, daß eine »gut funktionierende Wettbewerbsordnung« nicht bloß vor wirtschaftlicher Not« bewahrt, sondern auch, daß nur sie allein »vor der Gefahr des Totalitarismus«<sup>52</sup> schützt.

Übereinstimmend stellen beide Schriften fest, daß Sozialpolitik unauflöslich mit Wirtschaftsordnungspolitik verbunden ist. Sieht Anlage 4 der Denkschrift Wirtschaftsordnungspolitik als einen »allerdings höchst wichtige[n], ja unentbehrliche[n] ... Teil der Sozialpolitik«<sup>53</sup>, so ist nach Euckens Meinung richtig verstandene Sozialpolitik »identisch mit der Politik zur Ordnung der Wirtschaft«<sup>54</sup>. Betont Eucken im Zusammenhang mit sozialpolitischen

---

soziale Frage nicht zu lösen«; W. EUCKEN, *Unser Zeitalter der Mißerfolge. Fünf Vorträge zur Wirtschaftspolitik*, Tübingen 1951, S. 40.

49 Vgl. W. EUCKEN, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik* (wie Anm. 2), S. 314-318.

50 EBD., S. 315. Entsprechend äußert sich Eucken in einem Aufsatz über die Soziale Frage: »Und so ist die soziale Frage ein Teil der großen Frage nach einer zureichenden freien Wirtschaftsordnung. Gerade soziale Gründe zwingen dazu, diese Linie der Wettbewerbsordnung zu verfolgen«; W. EUCKEN, *Die Soziale Frage*, in: *Synopsis. Festgabe für Alfred Weber*, Heidelberg 1948, S. 131.

51 W. EUCKEN, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik* (wie Anm. 2), S. 317 (Hervorhebung im Original).

52 EBD., S. 318.

53 *Denkschrift* (wie Anm. 7), S. 132.

54 W. EUCKEN, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik* (wie Anm. 2), S. 313.

Maßnahmen die Ermöglichung von Freiheit, strebt die Denkschrift insbesondere den Aufbau einer »allumfassenden Societas«<sup>55</sup> an. Beide Arbeiten verdeutlichen, daß eine nach Wettbewerbsgrundsätzen geordnete Wirtschaft eine Vielzahl sozialer Probleme verhindern kann. Dabei ist nicht so sehr eine punktuelle Hilfe notwendig, sondern die genannte Einordnung in ein Gesamtkonzept. Die Abhandlungen bekräftigen, daß eine Wettbewerbsordnung die reichste Versorgung der Bevölkerung ermöglicht, aber auch den sozialen Schutz der einzelnen Mitglieder erlaubt.

Betrachtet man nun die beiden Schriften in Hinblick auf einzelne Regelungen, so stellt man fest, daß sich hier nur schwer Vergleiche ziehen lassen.<sup>56</sup> Offensichtlich erwägen beide Abhandlungen spezielle Maßnahmen nur dort, wo eine Gesamtwirtschaftsordnung die Aufgaben nicht erfüllen kann. Außerdem soll in allen Bereichen (z. B. bei Versicherungsleistungen) zunächst die Eigeninitiative des einzelnen gefördert werden – ein Gesichtspunkt, der insbesondere in den »Grundsätzen« betont wird. Dennoch sind weitergehende sozialpolitische Maßnahmen in Einzelfällen unerlässlich. Wichtig ist darüber hinaus beiden Schriften die eigenständige Bildung freier Gruppen. Keine Aussagen finden sich in den »Grundsätzen« zu den Problemen der konkreten Gestaltung von Arbeitgeber- bzw. Arbeitnehmerverbänden sowie zu den Fragen des Wohnungsbaus.<sup>57</sup>

#### Ethische Fundierung der Anlage 4: »Wirtschafts- und Sozialordnung«

Hinsichtlich der ethischen Fundierung der »Wirtschafts- und Sozialordnung« ist entsprechend der oben angeführten Einteilung vor allem die »Kirchliche Grundlegung« bedeutsam. Unter dieser Überschrift analysiert Anlage 4 die Funktionen des Glaubens und der Kirche bei der Herausbildung einer Wirtschaftsordnung. In sieben Unterpunkten formulieren die Freiburger Ökonomen die für sie wesentlichen christlichen Leitlinien:<sup>58</sup>

1. Die Kirche soll sich zu Fragen der Wirtschaftsordnung äußern, da die »Gebote des Herrn« nicht nur für Individuen gelten, sondern auch für Gemeinschaften.

<sup>55</sup> *Denkschrift* (wie Anm. 7), S. 141.

<sup>56</sup> Erschwerend kommt hierbei hinzu, daß das gesamte Kapitel zur Sozialpolitik in den *Grundsätzen* eher fragmentarisch ist; vgl. W. EUCKEN, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik* (wie Anm. 2), S. 312, Anm.\*.

<sup>57</sup> Im Abschnitt über die Staatstätigkeit verweist Eucken – auch in Hinblick auf die Wohnungswirtschaft – auf das generelle staatliche Problem, die »richtigen« Investitionen auszuwählen; vgl. EBD., S. 336. Eine mögliche Sonderregelung für die Wohnungswirtschaft nennt Eucken in: W. EUCKEN, *Deutschland vor und nach der Währungsreform*, in: *Vollbeschäftigung, Inflation und Planwirtschaft*, hrsg. v. Albert HUNOLD, Erlenbach-Zürich 1951, S. 158.

<sup>58</sup> Vgl. *Denkschrift* (wie Anm. 7), S. 129 f.

2. Die durch den Glauben und insbesondere durch die Zehn Gebote gesetzten Bedingungen sind die Grundlage kirchlicher Stellungnahmen und der Referenzpunkt für jede Wirtschaftsordnung.

3. Konkret begründet der Dekalog vier Anforderungen an jede Wirtschaftsordnung: a) die Erfüllung der ersten drei Gebote darf nicht gehemmt werden, vor allem darf die Ordnung nicht der Vergötzung dienen, die Vernehrung des göttlichen Namens und Wortes fördern oder der Heiligung von Feiertag und Gottesdienst entgegenstehen; b) im Verweis auf das fünfte Gebot muß jede Wirtschaftsordnung die »Menschen als sittliche Personen«<sup>59</sup> achten; c) ebenfalls folgt aus der »sittlichen Persönlichkeit der Menschen«, daß die einzelnen und ihre Familien »selbstverantwortliche Verfügungsbefugnis über wirtschaftliche Güter«<sup>60</sup> erhalten und die Ordnung so beschaffen sein muß, daß »echte Gemeinschaft möglich ist«<sup>61</sup>; d) Ziel einer Wirtschaftsordnung ist darüber hinaus die Festigung der »inneren Bindungen an die natürlichen und gebotenen Gemeinschaften«<sup>62</sup>, statt die Menschen von der Erfüllung des 4. und 6. Gebotes abzuhalten.

4. Ein umgängliches Miteinander der Volkswirtschaften ist zu fördern, wobei speziell hinsichtlich der Kolonialprobleme »die Lebensrechte aller Völker zu achten sind«<sup>63</sup>.

5. Die Kirche kann jedoch nur »Grenzen abstecken« und »Richtschnuren ... geben«<sup>64</sup>.

6. Sie besitzt keine Kompetenz für eine »Ausgestaltung der Wirtschaftsordnung im einzelnen«<sup>65</sup>.

7. Es ist den christlichen Laien überlassen, sich »in der Verantwortung vor Gott«<sup>66</sup> um die konkrete Ausgestaltung der Wirtschaftsordnung zu bemühen.

Faßt man diese ethischen Leitlinien der Anlage 4 zusammen, so lassen sich drei generelle Aspekte erkennen: Erstens sind der christliche Glaube und insbesondere die Zehn Gebote der entscheidende Pfeiler und die kritische Norm jeder Wirtschaftsordnung. Zweitens steht der Mensch als »sittliche Persönlichkeit« im Mittelpunkt der Ordnungskonzeption. Drittens darf keine Wirtschaftsordnung den Konnex von Individuum und Gemeinschaft negieren.

---

59 EBD., S. 129.

60 EBD.

61 EBD.

62 EBD., S. 129 f.

63 EBD., S. 130.

64 EBD.

65 EBD.

66 EBD.

## Schlußbemerkungen: Euckens Konzeption – normativ begründet?

Die vorangegangenen Überlegungen haben deutlich gemacht, daß man die Anlage 4 zurecht als »Essenz ordoliberalen Denkens«<sup>67</sup> bezeichnen kann. Dies gilt zumindest hinsichtlich ihrer theoretischen Konzeption. An den beiden Beispielen »Grundlinien der Ordnung« und »Soziale Frage« ist deutlich geworden, daß in der Denkschrift die gleichen Schwerpunkte gesetzt werden wie in den viel breiter angelegten »Grundsätzen der Wirtschaftspolitik«. Auffällig ist darüber hinaus, daß sich die Autoren der *Denkschrift* explizit eine christliche Grundlinie für ihre theoretischen Erwägungen setzen. Dies legt zumindest die Schlußfolgerung nahe, daß für Eucken dieses ethische Gerüst eine wesentliche Grundlage seines wissenschaftlichen Arbeitens war.

Euckens persönliche und philosophische Prägung und sein Ordo-Begriff bestätigen diese Annahme. In einem Brief von 1942 versichert Eucken Alexander Rüstow: »Ich aber könnte weder existieren noch arbeiten, wenn ich nicht wüßte, daß Gott existiert.«<sup>68</sup> Ähnlich führt Eucken in einem späteren Brief den Gedanken mit einem deutlicheren Bezug zur Wirtschaftsordnung fort: »Nicht dadurch verfiel m. E. der Liberalismus, daß er religiös-metaphysisch fundiert war. Im Gegenteil. Sobald er seinen religiös-metaphysischen Gehalt verlor, verfiel er – was sich nun ganz genau historisch und systematisch erweisen läßt.«<sup>69</sup>

Ohne eine weitreichende Analyse der intrinsischen Motivation Euckens zu bieten, kann wohl als unbestritten gelten, daß Euckens Prägung insbesondere »aus den in seinem Elternhaus gepflegten Denktraditionen des deutschen Idealismus, aus seinem Streben nach Ordnung und Sittlichkeit kommt«<sup>70</sup>. Besondere Bedeutung wird dabei zumeist dem Einfluß des Vaters, dem idealistischen Philosophen Rudolf Eucken eingeräumt, so daß man in »dieser familiär-wissenschaftlichen Vater-Sohn-Beziehung ... ein[en] Grund für die Originalität des Werkes von Eucken«<sup>71</sup> erkennen kann.<sup>72</sup>

67 K. I. HORN, *Moral und Wirtschaft* (wie Anm. 11), S. 107.

68 Zit. nach: H. O. LENEL, *Walter Euckens Briefe an Alexander Rüstow*, in: *ORDO* 42 (1991), S. 12.

69 EBD., S. 13.

70 Ludwig G. BRESS, *Walter Eucken und die Makromorphologie - der deutsche Weg zwischen Struktur und Evolution*, in: *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in Deutschland (1933-1993)*, hrsg. v. Jürgen SCHNEIDER und Wolfgang HARBRECHT, Stuttgart 1996, S. 276.

71 Thomas FISCHER, *Staat, Rechts und Verfassung im Denken von Walter Eucken. Zu den staats- und rechtstheoretischen Grundlagen einer wirtschaftspolitischen Konzeption*, Frankfurt-Berlin u. a. 1993, S. 178, Anm. 11.

72 Zum Einfluß des Vaters vgl. z. B. Hans Herbert GÖTZ, »Walter Eucken und die Freiburger Schule«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 21. März 1970, S. 15. Siegfried G. KARSTEN, *Eucken's »Social Market Economy« and its Test in Postwar West-Germany: The Economist as Social Philosopher developed Ideas that paralleled Progressive Thought in America*, in: *The*

Ideengeschichtlich ist für die Euckensche Methode »eine phänomenologische Forschungsphilosophie«<sup>73</sup> kennzeichnend, die der Erkenntnis der ökonomischen Wirklichkeit zugrunde liegt. Neben der Bedeutung Max Webers für Euckens Überlegungen<sup>74</sup> übte insbesondere Edmund Husserl einen weitreichenden Einfluß auf Eucken aus.<sup>75</sup> Greifbar wird dieser Bezug zu einer phänomenologisch ausgerichteten Philosophie in den »Grundlagen der Nationalökonomie«, in denen – mit Verweis auf Weber und Husserl – als Ausgangspunkt die Alltagserfahrung dient, die durch »pointiert-hervorhebende Abstraktion« zur Gewinnung »reine[r] Formen« führt.<sup>76</sup> Somit nimmt Eucken also in seinen methodologischen Grundlagen einen offensichtlich normativen Standpunkt ein in der Hoffnung, »zur Identifikation notwendiger Wahrheiten [zu] gelangen«<sup>77</sup>.

Der Begriff »Ordnung« erhält bei Eucken einen doppelten Bedeutungsinhalt. Zum einem ist Ordnung im Sinne von Wirtschaftsordnung »eine individuelle, positiv gegebene Tatsache. Sie ist die Gesamtheit der realisierten Formen, in denen in concreto der alltägliche Wirtschaftsprozeß abläuft.«<sup>78</sup> Andererseits präzisiert Eucken ein Verständnis von Ordnung »als

---

*American Journal of Economics and Sociology* 44 (1985), Number 2, S. 169. DERS., *Walter Eucken: Social Economist*, in: *International Journal of Social Economics* 19 (1992), S. 112, Daniel JOHNSON, *Exiles and Half-exiles: Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow and Walter Eucken*, in: Alan PEACOCK, Hans WILLGERODT (Hrsg.), *German Neo-Liberals and the Social Market Economy*, London 1989, S. 40-42. Die besondere Bedeutung der Philosophie des Vaters läßt sich auch daran erkennen, daß sich W. Eucken selbst »als Schüler Rudolf Euckens« bezeichnet; vgl. W. EUCKEN (unter dem Pseudonym Dr. Kurt Heinrich), *Die geistige Krise und der Kapitalismus*, in: *Die Tatwelt* 2, Heft 1/3, S. 16.

73 Carsten HERRMANN-PILLATH, *Der Vergleich von Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen: Wissenschaftsphilosophische und methodologische Betrachtungen zur Zukunft eines ordnungstheoretischen Forschungsprogramms*, in: *ORDO* 42 (1991), S. 17. K. Brandt spricht entsprechend von einem »phänomenologischen Einschlag« in der Ordnungstheorie Euckens. Vgl. Karl BRANDT, *Geschichte der deutschen Volkswirtschaftslehre, Bd. 2: Vom Historismus bis zur Neoklassik*, Freiburg 1993, S. 408.

74 Vgl. Hans-Günter KRÜSSELBERG, *Zur Interdependenz von Wirtschaftsordnung und Gesellschaftsordnung: Euckens Plädoyer für ein umfassendes Denken in Ordnungen*, in: *ORDO* 40 (1989), S. 236. Kritisch beurteilt D. Haselbach den Umgang Euckens mit der Methode Webers, vgl. Dieter HASELBACH, *Autoritärer Liberalismus und Soziale Marktwirtschaft. Gesellschaft und Politik im Ordoliberalismus*, Baden-Baden 1991, S. 103.

75 C. Herrmann-Pillath verweist auf den persönlichen Kontakt zwischen Husserl und Eucken; vgl. C. HERRMANN-PILLATH, *Der Vergleich von Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen* (wie Anm. 73), S. 18, Anm. 5. Vgl. dazu auch Fritz HOLZWARTH, *Ordnung der Wirtschaft durch Wettbewerb. Entwicklungen der Ideen der Freiburger Schule*, Freiburg 1985, S. 89-103.

76 W. EUCKEN, *Grundlagen der Nationalökonomie* (wie Anm. 1), S. 254, Anm. 28. Vgl. u. a. EBD., S. 72, S. 244 f., Anm. 4, und S. 249, Anm. 13.

77 C. HERRMANN-PILLATH, *Der Vergleich von Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen* (wie Anm. 73), S. 18.

78 W. EUCKEN, *Grundlagen der Nationalökonomie* (wie Anm. 1), S. 238. Fast wortgleich nimmt Eucken diese Formulierung in den Grundsätzen wieder auf; vgl. W. EUCKEN, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik* (wie Anm. 2), S. 372.

Ordnung, die dem Wesen und der Sache entspricht, ... in der Maß und Gleichgewicht bestehen«, d. h. »Ordnung als Ordo«<sup>79</sup>. Der Begriff des »Ordo« verweist dabei auf den normativen Kern Euckenschen Denkens, wie vom Mitbegründer der Freiburger Schule F. Böhm verdeutlicht wurde: »Nicht jede soziale Ordnung ist Ordo. Aber in den Augen Euckens entspricht eine soziale Ordnung in dem Grade der Menschheitswürde, als sie Ordo ist. Deshalb hielt er es für ein Menschheitsanliegen, dafür zu sorgen, daß unter den möglichen sozialen Ordnungen denjenigen der Vorzug gegeben wird, denen die Natur des Ordo innewohnt«. Dabei ist »der Gedanke des Ordo ein friedlicher, humaner, [ein] in der edelsten abendländischen Tradition verwurzelter Gedanke«<sup>80</sup>. Somit ist wohl unbestreitbar, daß man von einem »Wiederaufleben des mittelalterlichen Ordo-Gedankens im Ordoliberalismus«<sup>81</sup> sprechen kann, der letztlich »metaphysisch legitimiert wird«<sup>82</sup>.

Zweifellos ist die Untersuchung der Euckenschen Arbeiten nicht nur aus wirtschaftstheoretischer und wirtschaftspolitischer Sicht faszinierend. Auch hinsichtlich normativer Fragen ist der Freiburger Ökonom ein lohnender Autor, wie die Bearbeitung der Anlage 4 der Denkschrift zeigt: Eucken kann nicht ohne seine Wertebasis umfassend analysiert werden. Ob normative Elemente generell konstitutiv für Wirtschaftsordnungen sind, wird nur schwer – jedenfalls im Rahmen dieser Untersuchung – belegbar sein. Jedoch erscheint der Hinweis, den Friedrich August von Hayek gegeben hat, zumindest bedenkenswert: »Eine von Glauben sterile Welt, die von allen

79 Vgl. W. EUCKEN, *Grundlagen der Nationalökonomie* (wie Anm. 1), S. 239. Diese Unterscheidung der beiden Definitionen von Ordnung ist Eucken letztlich erst in der sechsten Auflage seiner Grundlage gelungen. Vgl. W. EUCKEN, *Grundlagen der Nationalökonomie*, 6. Aufl., Berlin 1950, S. 272. Vgl. auch Hans PETER, *Walter Eucken. Die Grundlagen der Nationalökonomie*, in: *Finanzarchiv* NF 12 (1950/51), S. 753.

80 Franz BÖHM, *Die Idee des Ordo im Denken Walter Euckens*, in: *ORDO* 3 (1950), XVI und LV.

81 Reinhard BLUM, *Soziale Marktwirtschaft. Wirtschaftspolitik zwischen Neoliberalismus und Ordoliberalismus*, Tübingen 1969, S. 118. Zur geistesgeschichtlichen Prägung der ORDO-Idee vgl. Otto VEIT, *ORDO. Versuch einer Synthese*, in: *ORDO* 5 (1953), S. 3-47. Die stark normative Verwurzelung dieser Seite des Ordnungsgedanken kann auch an einem Zitat von E. Eucken-Erdsiek, der Frau Walter Euckens, abgelesen werden, das dem Prolog im neu gegründeten Jahrbuch *ORDO* von 1948 entnommen ist und daher als programmatisch angesehen werden kann: »Aber die Menschen sind durstig und hungrig. Wenn man ihnen keine echten Werte gibt, laufen sie den Pseudowerten nach; denn die Ordnung des Lebens ist eine zielstrebige Ordnung und richtet sich nach Werten aus«; Edith EUCKEN-ERDSIEK, *Chaos und Stagnation*, in: *ORDO* 1 (1948), S. 11.

82 Stefan VOIGT, *Die konstitutionelle Ökonomik als Herausforderung für die Theorie der Wirtschaftspolitik – zugleich eine Skizze zur Weiterentwicklung einer ökonomischen Theorie der Verfassung*, in: *James Buchanans konstitutionelle Ökonomik*, hrsg. v. Ingo PIES und Martin LESCHKE, Tübingen 1996, S. 160

Elementen gesäubert wäre, deren Wert nicht positiv bewiesen werden kann, wäre wahrscheinlich ebenso todbringend wie der entsprechende Zustand im biologischen Bereich.«<sup>83</sup>

---

<sup>83</sup> Friedrich August von HAYEK, *Die Verfassung der Freiheit*, 2. Aufl., Tübingen 1983, S. 81.

## Gemeinschaft mit beschränkter Haltbarkeit Adenauer und Erhard 1948/49

Von Andreas Metz

Die Jahre 1948 und 1949 markieren Meilensteine der bundesdeutschen Geschichte: Die Einführung der D-Mark, die Ablösung der gebundenen Kriegs- durch die Marktwirtschaft, die Verabschiedung des Grundgesetzes, der erste Bundestagswahlkampf und die Gründung der Bundesrepublik – binnen Monaten wurden Koordinaten gesetzt, an denen sich ein halbes Jahrhundert Bonner Politik orientieren sollte. Mitten aus dem großen Reformwerk ragen Konrad Adenauer und Ludwig Erhard als einflußreichste Figuren heraus. Nicht zuletzt, weil sie das gelegte Fundament fast zwei Jahrzehnte lang als Bundeskanzler und Wirtschaftsminister interpretierten und mit Stabilität erfüllten.

Daß Erhard und Adenauer kein harmonisches Duo abgaben, sondern in einer von unzähligen Reibungen und Intrigen gezeichneten Beziehung standen, haben Daniel Koerfer<sup>1</sup> und zuletzt Volker Hentschel<sup>2</sup> penibel nachgezeichnet. Erhard brachte dem 21 Jahre älteren Adenauer eine fast gläubige Bewunderung entgegen und rang mit beharrlicher Erfolglosigkeit um dessen Gunst. Adenauer wiederum litt unter dem schöngeistig-künstlerischen Politikstil seines Wirtschaftsministers, der dem eigenen preußisch-asketischen Ideal so diametral entgegenstand.

Das Zerwürfnis ist bekannt, allein die Entstehung der so schwierigen wie fruchtbaren Beziehung Ende der 40er Jahre ist unscharf geblieben. Daniel Koerfer schrieb bislang unwidersprochen die Legende von einer »zerbrochenen Freundschaft«, der eine »große Romanze« vorausgegangen sei.<sup>3</sup> »Allem Anfang wohnt ein Zauber inne«, bemühte Koerfer für den Auftakt sogar ein Hesse-Zitat<sup>4</sup>, dessen Poesie einem Blick in die Realität aber nicht standhält.

Die Faktenlage zeichnet ein anderes Bild: Die Entfremdung zwischen Adenauer und dem 21 Jahre jüngeren Erhard begann bereits vor der ersten gemeinsamen Begegnung. Oder anders gesagt: Adenauer verdichtete im

---

1 Daniel KOERFER, *Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer 1948-1963*, Stuttgart 1987.

2 Volker HENTSCHEL, *Ludwig Erhard. Ein Politikerleben*, München 1996.

3 D. KOERFER (wie Anm. 1), S. 9.

4 EBD., S. 37 (Kapitelüberschrift) und S. 51.

Frühjahr 1948 Erzählungen und Gerüchte über Erhard zu einem Vorurteil, das er bald bestätigt fand und zum Leitmotiv des Miteinanders machte.

Am 2. Mai 1948 und damit einige Wochen vor dem ersten verbürgten Zusammentreffen mit Erhard, schrieb Adenauer an seine CDU-Kollegin Maria Meyer-Sevenich, »daß Herr Ehrhardt [sic!] von vielen als außergewöhnlich tüchtig bezeichnet werde, aber Mangel an Verwaltungserfahrung habe. Er solle deswegen einen für Verwaltungsfragen geeigneten Staatssekretär bekommen.«<sup>5</sup>

Noch ehe Adenauer Ludwig Erhard so bewußt wahrgenommen hatte, daß er den Namen fehlerfrei buchstabieren konnte, hegte er bereits Zweifel an dessen Fähigkeiten, eine Behörde führen zu können. Immerhin ging es um die Verwaltung für Wirtschaft in Frankfurt/Main, zu deren Direktor Erhard zwei Monate zuvor gewählt worden war – der bis dato wichtigste Posten für einen Deutschen im besetzten Nachkriegsdeutschland.

#### Erhard, der Wissenschaftler

Adenauers Einschätzung im Mai 1948 kam nicht von ungefähr. Dies beweist ein Blick auf Erhards Biographie: Der gebürtige Franke aus Fürth, promovierter Volkswirt, hatte es in der Weimarer Republik und unter den Nazis zu einer respektablen Karriere als Marktforscher am Nürnberger »Institut für Wirtschaftsbeobachtung der deutschen Fertigware« gebracht. Seit der tiefen Inflationskrise von 1921-23 beschäftigte sich Erhard mit Währungsfragen und den Möglichkeiten staatlicher Wirtschaftspolitik. Die Ergebnisse seiner Forschung fanden Aufnahme in einer dicken Denkschrift über »Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung«, die Erhard 1944 im Auftrag der staatstragenden »Reichsgruppe Industrie« verfaßte, aber auch dem führenden Widerstandskämpfer Carl Goerdeler zukommen ließ. Das Memorandum ist noch nicht das tragfähige Fundament der so berühmt gewordenen Sozialen Marktwirtschaft, als das es oft genug hingestellt wird. Immerhin aber ragen einige Schlüsselsätze hervor. So plädierte Erhard schon 1944 dafür, »die künftige Friedenswirtschaft nach einer möglichst kurzen Übergangszeit aus den Fesseln der staatlichen Bevormundung zu lösen«. Das erstrebte Ziel sei »in jedem Falle die freie, auf echtem Leistungswettbewerb beruhende Marktwirtschaft«.<sup>6</sup>

Unpolitisch war der Wissenschaftler Erhard nie. Für die frühen 30er Jahre wird ihm eine Nähe zur liberalen Deutschen Demokratischen Partei nachge-

<sup>5</sup> Konrad ADENAUER, *Briefe 1947-49*, bearb. v. Hans Peter MENSING, Berlin 1984, S. 224.

<sup>6</sup> Ludwig ERHARD, *Kriegswirtschaft und Schuldenkonsolidierung* (Faksimiledruck der Denkschrift von 1943/44), Frankfurt 1977, S. 264.

sagt,<sup>7</sup> die in seiner fränkischen Heimat eine ihrer wenigen Hochburgen hatte. Doch von Parteibüchern, auch von braunen, hielt sich Ludwig Erhard konsequent fern. »Ursprünglich war ich kaum zum Politiker geboren«, begründete Erhard dies Jahrzehnte später. »Meiner Distanz lag ursprünglich eine nur geringe Neigung und vielleicht sogar mangelnde Begabung zugrunde.«<sup>8</sup>

### Beginn der politischen Laufbahn

Daß Erhard als Parteiloser schließlich doch noch in die Politik gelangte und das an höchst exponierter Stelle, ist dem großen Scherbenhaufen des Jahres 1945 zuzuschreiben. Bereits in den letzten Kriegstagen empfahl sich Erhard den Amerikanern in seiner Heimatstadt Fürth als Wirtschaftsberater für den Wiederaufbau, woraufhin diese den politisch weitgehend unbelasteten Ökonomen bis auf den Posten des bayerischen Wirtschaftsministers beförderten. Die »amerikanische Entdeckung«, wie sich Erhard selbst nannte,<sup>9</sup> nahm Kurs auf ein liberales Wirtschaftssystem, als noch für jeden Hosenknopf ein Bezugschein nötig war und sich sozialistische Verstaatlichungsideen in weiten Teilen der Bevölkerung bis hin zur CDU/CSU größter Beliebtheit erfreuten. Die Angst vor dem freien Markt war groß, die katastrophale Weltwirtschaftskrise von 1929/30 hatte traumatisiert. Da paßte ein Wirtschaftsminister, der »das freie Spiel von Angebot und Nachfrage« als Heilmittel pries,<sup>10</sup> (noch) nicht in die Landschaft.

Beharrlich suchte Erhard für seine Visionen Unterstützung im übrigen Deutschland. Seine Reisen zu zahllosen Konferenzen trugen ihm den Vorwurf eines bayerischen Ministerialrats ein, er sei »ein typischer Außenminister gewesen«<sup>11</sup>. Im bayerischen Wirtschaftsministerium herrschten derweil chaotische Zustände. Ein Korruptionsverdacht jagte den nächsten und der Wirtschaftsminister geriet ins Kreuzfeuer der Kritik.

Nach den ersten freien Gemeindewahlen in Bayern am 1. Dezember 1946 war im Regierungskabinett kein Platz mehr für Erhard. Zu allem Überfluß strengten SPD und CSU wegen der Korruptionsfälle einen par-

---

7 Der Leiter des Nürnberger Instituts für Wirtschaftsbeobachtung, Prof. Wilhelm Vershofen, war prominentes DDP-Mitglied. Als DDP-Anhänger bezeichnete sich Erhard selbst in einem Fernsehinterview vom 10. April 1963, in: Günter GAUS, *Zur Person. Portraits in Frage und Antwort*, München 1964, S. 107.

8 Ludwig ERHARD, *Erbe und Auftrag. Aussagen und Zeugnisse*, hrsg. von Karl HOHMANN, 2. Aufl., Düsseldorf-Wien 1978, S. 293.

9 Ludwig ERHARD, *Deutsche Wirtschaftspolitik. Der Weg der Sozialen Marktwirtschaft*, Düsseldorf-Wien 1962, S. 8.

10 Artikel Erhards in »Die Neue Zeitung« vom 14. Oktober 1946, in: L. ERHARD, *Deutsche Wirtschaftspolitik* (wie Anm. 9), S. 20 f.

11 Protokoll der 17. Sitzung des Untersuchungsausschusses vom 29. September 1947, Archiv des Deutschen Liberalismus (ADL) Gummersbach, Nachlaß Dehler, N 53-157-Fs. 45.

lamentarischen Untersuchungsausschuß gegen ihn an – den ersten im Nachkriegsdeutschland. Der Ausschuß tagte rund zehn Monate, befragte 50 Zeugen und häufte 2100 Blatt Papier an. Im Abschlußbericht hieß es dann: »Dem Minister a. D. Dr. Erhardt [sic!] können nach der Überzeugung des Ausschusses keine Vorwürfe in Bezug auf die Lauterkeit seiner Person gemacht werden. ... Wenn Minister Erhardt der Erfolg versagt blieb, so lag dies nach Überzeugung des Ausschusses im besonderen daran, daß er zu viel Theoretiker war, daß ihm die nötige Verwaltungserfahrung zur Führung eines Ministeriums fehlte und er es nicht verstand, sich die Mitarbeiter zu suchen, die das, was ihm fehlte, ersetzten.«<sup>12</sup>

An Erhard blieb der Ruf haften, seine Behörde nicht in den Griff bekommen zu haben, so sehr er sich auch in einer Privatfehde mit Alois Schlögl (CSU), dem Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses, dagegen wehrte. Sogar ein Protestschreiben wollte Erhard »in großer Zahl drucken« und an »alle Persönlichkeiten des öffentlichen, politischen und wirtschaftlichen Lebens« verschicken. Dazu plante er »die Auseinandersetzung möglichst vor den Verfassungsgerichtshof« zu bringen, wie er am 16. November 1947 in einem erregten Brief an den bayerischen FDP-Vorsitzenden Thomas Dehler ankündigte.<sup>13</sup> Auch eine Honorarprofessur für Volkswirtschaft an der Universität München, die Erhard am 7. November 1947 unmittelbar nach Abschluß des Untersuchungsausschusses erhielt, konnte nicht besänftigen, ja sie unterstrich im Grunde den »Makel« des realitätsfernen Theoretikers.

### Erhard und die bayerischen Liberalen

Mit Beginn des Untersuchungsausschusses Anfang 1947 schien für den parteilosen Erhard der Ausflug in die Politik schon beendet, ohne daß er Adenauer je begegnet wäre. Doch die zahlenmäßig unbedeutenden bayerischen Liberalen um Thomas Dehler hatten ein Auge auf den Ökonomen geworfen. Bereits am 10. Februar 1946 sprach Erhard auf Einladung gemeinsam mit Dehler auf einer FDP-Kundgebung in Nürnberg, lehnte aber einen Parteieintritt kategorisch ab: »Als ich bei meinem Amtsantritt nach meiner persönlichen Einstellung befragt wurde, erklärte ich, daß ich mich grundsätzlich zu einer demokratischen Weltanschauung bekenne, aber mich parteipolitisch nicht gebunden erachte und demzufolge auch mein Amt als Fachminister zu verwalten gedenke.«<sup>14</sup> Doch die Liberalen, die in den 40er Jahren in Bayern bei Wahlen nur zwischen 2,3 und 5,6 Prozent erreichten,

<sup>12</sup> ADL, Nachlaß Dehler, N 53-157-Fs. 42 f.

<sup>13</sup> ADL, Nachlaß Dehler, N 53-157-Fs. 72.

<sup>14</sup> Eine Abschrift der Nürnberger Rede Erhards befindet sich im ADL, Nachlaß Dehler, N 53-156-Fs. 69 bis 81.

drängten auf Erhards Beitritt. In einem Brief an Dehler wählte sich das FDP-Vorstandsmitglied Everhard Bungartz am 5. Juni 1946 bereits am Ziel: »Ich hatte heute Mittag, anlässlich einer längeren Besprechung mit dem Wirtschaftsminister Dr. Erhardt [sic!] auch eine Unterhaltung mit ihm über seinen eventuellen Beitritt zu unserer Partei. Herr Erhardt erklärte mir, daß er sich nun wirklich einmal mit der Frage des Beitritts beschäftigen wolle, da ihm meine Argumente eingeleuchtet haben.«<sup>15</sup> Doch Erhard hielt die Liberalen hin, nicht ohne sich geschickt deren weiterer Unterstützung zu versichern. Und der Glaube der bayerischen FDP-Führung ging so weit, daß sie den Franken, ob mit oder ohne Parteibuch, aus dem politischen Abseits zurück an die Schaltstellen der Macht beförderten.

### Frankfurter Wirtschaftsrat

Am 1. Januar 1947 legten Amerikaner und Briten ihre Besatzungszonen zur sogenannten Bizone zusammen. Im darauffolgenden Juli wurde in Frankfurt/Main der Wirtschaftsrat installiert, dem 52 Abgeordnete aus der ganzen Bizone angehörten. Entsprechend dem bizonenweiten Stärkeverhältnis konnte die CDU/CSU 20 Abgeordnete (14/6), die SPD ebenfalls 20 Abgeordnete, die FDP (bzw. deren Schwesterparteien DVU und LDP) vier, die KPD drei, die Deutsche Partei (DP) und die Zentrumspartei je zwei und die bayerische Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung (WAV) einen Abgeordneten entsenden. Die beiden Vertreter der konservativen DP gingen von Beginn an eine Fraktionsgemeinschaft mit der CDU/CSU ein. Wichtigste Aufgabe des Wirtschaftsrates war die Wahl der Direktoren der fünf bizonalen Verwaltungsbereiche für Wirtschaft, Finanzen, Verkehr, Ernährung/Landwirtschaft/Forsten sowie Post- und Fernmeldewesen.

Konrad Adenauer gehörte zu den wenigen Politikern, die die Bedeutung des Wirtschaftsrates als Keimzelle eines zukünftigen deutschen Parlamentes erkannten. Im Vorfeld der Wahl des Wirtschaftsdirektors eilte der CDU-Vorsitzende in der britischen Zone nach Frankfurt, um gemeinsam mit dem CSU-Vorsitzenden Müller einen Konfrontationskurs gegen die SPD durchzusetzen.<sup>16</sup> Die SPD stellte damals bereits alle acht Wirtschaftsminister in den Länderregierungen der Bizone und beanspruchte auch den Frankfurter Posten für sich und ihre planwirtschaftliche Politik. In der entscheidenden Fraktionssitzung vor der Wahl am 22. Juli 1947 warnte Adenauer, »daß mit der Aufgabe des Wirtschaftsdirektors durch die CDU, die CDU in der

---

<sup>15</sup> Brief von Bungartz an Dehler in ADL, Nachlaß Dehler, NI-2942. Kopie in ADL, Nachlaß Bungartz, N 33-9.

<sup>16</sup> Vgl. Tilman PÜNDER, *Das Bizonale Interregnum*, Waiblingen 1966, S. 109. Siehe auch K. ADENAUER, *Briefe 1947-49* (wie Anm. 5), S. 33.

britischen Zone einen Stoß erhalte, von dem sie sich nicht mehr erholen werde.«<sup>17</sup> Die parteiinterne Probeabstimmung über die Übernahme des Postens fiel mit zwölf Ja-Stimmen gegen sieben Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen recht knapp aus. Adenauers Engagement wird den Ausschlag gegeben haben. Die folgende Wahl des CSU-Mitglieds Johannes Semler durch eine Mehrheit aus CDU/CSU, FDP und DP und damit durch eine Koalition, die auf Länderebene nirgendwo existierte, wurde zu einer der wichtigsten Weichenstellungen der deutschen Innenpolitik nach dem Krieg.

In einer seiner ersten Sitzungen hatten die Abgeordneten des Wirtschaftsrates außerdem auf Wunsch der Alliierten die sogenannte Sonderstelle Geld und Kredit einzurichten, die Vorschläge für die geplante Währungsreform erarbeiten sollte. Unter den acht Vollmitgliedern, die sich am 10. Oktober 1947 im Taunuskurort Bad Homburg zur konstituierenden Sitzung der Sonderstelle trafen, befand sich auch Ludwig Erhard, der wenig später sogar den Vorsitz übernahm.

Über die Hintergründe dieser Wahl war bislang wenig bekannt. Ein Dokument aus dem Archiv des Deutschen Liberalismus in Gummersbach legt den Schluß nahe, daß die Fäden bei Everhard Bungartz zusammenliefen, der als FDP-Abgeordneter dem Frankfurter Wirtschaftsrat angehörte und in engem Kontakt mit Erhard stand. In einem Redemanuskript für einen Vortrag an der Hochschule für Politik in München am 27. Februar 1978 machte Bungartz folgende Angabe: »Im Herbst 1947 wurden die Fraktionen des Wirtschaftsrates aufgefordert, Kandidaten für die sogenannte Sonderstelle Geld und Kredit zu benennen. Ich schlug in unserer Fraktionssitzung Dr. Ludwig Erhard vor, ... von dem ich wußte, daß seine liberalen wirtschaftspolitischen Auffassungen sich mit denen der bayerischen Industrie und der FDP Bayerns deckten.«<sup>18</sup>

#### Die Wahl Erhards zum Wirtschaftsdirektor

Auf einer Landesausschußsitzung der CSU am 3./4. Januar 1948 in Erlangen leistete sich Wirtschaftsdirektor Johannes Semler einen verbalen Ausfall gegen die Alliierten, die er für die schlechte Nahrungsmittelversorgung der deutschen Bevölkerung verantwortlich machte. Die als »Hühnerfutterrede«<sup>19</sup> in die Geschichte eingegangene Attacke verstieß eklatant gegen das

<sup>17</sup> *Die CDU/CSU im Frankfurter Wirtschaftsrat. Protokolle der Unionsfraktion 1947-1949*, bearb. v. Rainer SALZMANN, Düsseldorf 1988, S. 46.

<sup>18</sup> ADL, Nachlaß Bungartz, N33-9.

<sup>19</sup> Text der Rede in: *Die CSU. Protokolle und Materialien zur Frühgeschichte der Christlich-Sozialen Union*, hrsg. von Barbara FAJT und Alf MINTZEL unter Mitarbeit von Thomas SCHLEMMER, 3 Bde., München 1993, Dok. Nr. 29, S. 1333-1350.

Kontollratsgesetz Nr. 40, das Deutschen jede Kritik an alliierten Maßnahmen verbot. Am 24. Januar 1948 folgte fast zwangsläufig die Amtsenthebung Semlers.

Die Suche nach einem geeigneten Nachfolger bereitete der CDU/CSU/DP-Fraktion in Frankfurt erhebliche Schwierigkeiten, nicht zuletzt weil den Abgeordneten kein verbindliches Wirtschaftsprogramm vorlag. Die CDU der britischen Zone hatte zwar im Februar 1947 das Ahlener Wirtschafts- und Sozialprogramm verabschiedet – ein schwammiger und bisweilen widersprüchlicher Kompromiß, der einerseits ein Schlußstrich unter »kapitalistische(s) Gewinn- und Machtstreben« zog und andererseits einem »Staatssozialismus« eine Absage erteilte.<sup>20</sup> Das Programm galt aber nicht für die CDU in der amerikanischen Zone, geschweige denn für die CSU in Bayern, die ja ebenfalls Abgeordnete nach Frankfurt entsandt hatten. In der dortigen gemeinsamen Fraktion glitt die Debatte über Semlers Nachfolge fast zwangsläufig in Grundsatzdiskussionen über die Wirtschaftspolitik ab. Die Anlage zum Protokoll der Fraktionssitzung vom 23. Februar 1948 verzeichnet unter dem Punkt »Freie oder gebundene Wirtschaft« die bezeichnende Feststellung: »Die CDU muß ein klares und eindeutiges Gesicht in dieser Frage zeigen. Was gegenwärtig herrscht, ist kein Kompromiß, sondern Systemlosigkeit.«<sup>21</sup> In dieser Sitzung wurden acht mögliche Kandidaten für das Amt des Wirtschaftsdirektors gehandelt, wobei bemerkenswerterweise auch der Name »Erhard« bereits auftauchte. Um mehr Zeit für die Kandidatenkür zu gewinnen, wurde zudem die Möglichkeit erwogen, den bisherigen Stellvertreter Semlers, Dr. Walter Strauß, interimistisch mit den Amtsgeschäften zu betrauen. In der Fraktionssitzung vom 24. Februar war dann bereits von der Verschiebung der Neuwahl die Rede, die am 2. März stattfinden sollte. Allmählich begann der Fraktion die Zeit davonzurinnen: Am 29. Februar endete die Debatte über die Semler-Nachfolge im Fraktionsvorstand mit den ernüchternden Worten: »In dieser Frage kommt es zu keiner Klärung.« In der morgendlichen Fraktionssitzung (9.00-11.30 Uhr) des 1. März, einen Tag vor der Wahl, waren mit den Herren Seidel, Strauß, Seeling, Seebohm und Schniewind immer noch fünf Kandidaten im Rennen. Um die Konfusion zu beenden, schlug der CDU-Abgeordnete und Adenauer-Vertraute Robert Pferdenges die Bildung einer Prüfungskommission zur Kandidatenkür vor, in die außer ihm selbst noch fünf weitere Fraktionsmitglieder gewählt wurden.

<sup>20</sup> Das Programm ist enthalten in: *Konrad Adenauer und die CDU in der britischen Besatzungszone 1946-1949. Dokumente zur Gründungsgeschichte der CDU Deutschlands*, bearb. v. Helmuth PÜTZ, Bonn 1975, S. 280-286, hier S. 280 f.

<sup>21</sup> Zu den Fraktionssitzungen zwischen dem 23. Februar und dem 1. März siehe *Die CDU/CSU im Frankfurter Wirtschaftsrat* (wie Anm.17), S. 143-157.

In der Nachtsitzung (20.45-1.00 Uhr) des gleichen Tages schlug die Kommission dann den niedersächsischen Arbeitsminister Hans-Christoph Seebohm (DP) als Kandidaten vor. Doch ausgerechnet an dieser entscheidenden Sitzung nahmen erstmals zwei Vertreter der verbündeten FDP-Fraktion teil (Oellers und Faßbender). Es kam zu einer heftigen Debatte, in der die FDP-Abgeordneten auf ihrem Kandidaten Ludwig Erhard bestanden. Am Ende verzeichnete das Protokoll: »Zugunsten einer gedeihlichen zukünftigen Zusammenarbeit mit der FDP verzichtet (daher) die Fraktion auf die Nomination Dr. Seebohms. Obwohl dieser die einhellige Anerkennung der kleinen Kommission gefunden hat, beschließt die Fraktion mit zwölf gegen zwei Stimmen, der Kandidatur Dr. Erhards zuzustimmen.« Die nunmehr letzte Fraktionssitzung vor der Direktorenwahl am Morgen des 2. März (9.00-9.30 Uhr) bestätigte die in der Nacht getroffene Entscheidung: »Die verschiedentlich gehegten Bedenken werden zugunsten der Fraktionsdisziplin zurückgestellt.« Damit hatte die FDP, der Junior-Partner in der Koalition, die Besetzung einer Schlüsselposition in der Bizone erkämpft – für einen Mann, dem nur wenige Monate zuvor in einem Untersuchungsausschuß die CSU die Fähigkeit abgesprochen hatte, eine Verwaltung führen zu können.

Der durch eine mangelhafte Fraktionsführung aufkommende Zeitdruck und die Angst, vor der Öffentlichkeit das Gesicht zu verlieren, hatten auf Seiten der CDU/CSU dazu geführt, daß am 2. März ein Kandidat gewählt wurde, über den eine angemessene Diskussion völlig unterblieben war. Am 19. März, also über zwei Wochen nach der Direktorenwahl, beschwerte sich der DP-Abgeordnete Mühlenfeld brieflich bei Fraktionschef Holzapfel über Erhards Vorleben: »Dieser Ausschuß [gemeint ist der bayerische Untersuchungsausschuß von 1947 – A.M.] soll nach fast einjähriger Arbeit festgestellt haben, daß Dr. Erhardt [sic!] ein unglaubliches Durcheinander im Ministerium hinterlassen habe und daß es ihm während seiner ganzen Amtszeit nicht gelungen sei, eine einigermaßen taugliche ministerielle Organisation zu schaffen.« Ungehalten merkte Mühlenfeld an, »daß in den Fraktionsbesprechungen, in denen Dr. Erhardt [sic!] als Kandidat für den Direktor für Wirtschaft genannt wurde, diese Vorgänge nicht erwähnt wurden, die doch zweifellos den Fraktionsmitgliedern aus Bayern, insbesondere auch Herrn Dr. Müller bekannt waren.«<sup>22</sup>

Warum hatte CSU-Chef Josef Müller vornehm geschwiegen? Die Antwort muß offenbleiben. Immerhin galt Müller als Vertreter des liberalen Flügels

---

<sup>22</sup> Der Brief befindet sich im Bundesarchiv Koblenz (BA), Nachlaß Holzapfel, N 1278-36. Die Anfrage des DP-Abgeordneten wurde in der Fraktionssitzung vom 30. März 1948 kurz behandelt, ohne daß Näheres über die Debatte bekannt ist. Siehe dazu: *Die CDU/CSU im Frankfurter Wirtschaftsrat* (wie Anm. 17), S. 168.

seiner Partei und wird von Erhard-Biograph Jess M. Lukomski zu den frühen politischen Freunden Erhards gerechnet.<sup>23</sup>

Das Schweigen Konrad Adenauers hatte andere Gründe, und es liegt nahe, das unübersehbare Chaos in der Frankfurter CDU/CSU-Fraktion mit der Abwesenheit des wichtigsten CDU-Politikers in Verbindung zu bringen. Hatte Adenauer noch im Sommer 1947 die Wahl Semlers eingefädelt, zwang ihn jetzt eine tiefe persönliche Krise zu politischer Abstinenz. Seit Herbst 1947 wurde der Zustand seiner schwerkranken Frau Gussie, die vermutlich unter Leukämie litt, immer bedrohlicher. Ab dem 22. Februar 1948 mußte Adenauer alle auswärtigen Termine absagen. Dies betraf auch die Teilnahme an Fraktionssitzungen in Frankfurt, die er noch am 21. Februar geplant hatte.<sup>24</sup> Gussie Adenauer starb mit 52 Jahren am 3. März 1948 in einem Bonner Krankenhaus, also genau einen Tag nach der Frankfurter Direktorenwahl. Zwischen dem 27. Februar und dem 9. März sind keine Briefe Adenauers überliefert. Nicht unterschlagen werden soll der Hinweis eines Referenten im Frankfurter Länderrat, Adenauer habe sich für Hans-Christoph Seebohm ausgesprochen.<sup>25</sup> Dies mußte dann telefonisch, vielleicht in einem Gespräch mit seinem Vertrauten Robert Pferdenges erfolgt sein.

Hätte Erhard auch bei einem einsatzbereiten Adenauer den Posten bekommen? Vieles spricht dagegen. Anders als der überforderte Holzapfel hätte Adenauer mit seiner gewohnt straffen Sitzungsführung für eine geordnete Entscheidungsfindung gesorgt. Außerdem war Adenauer nicht der Mann, der sich von einem kleineren Koalitionspartner Personalentscheidungen für Schlüsselpositionen diktieren und damit aus der Hand nehmen ließ. Wie wichtig ihm das Amt des Wirtschaftsdirektors für die CDU/CSU war, hat die Debatte im Juli 1947 gezeigt. Immerhin, und dies beweist noch einmal seine überragende Bedeutung für die CDU/CSU, konnte Adenauer trotz der persönlichen Belastung den Posten des ebenfalls zu wählenden Oberdirektors noch in seinem Sinne besetzen. Am 29. Februar nominierte die CDU/CSU-Fraktion Hermann Pünder, den damaligen Kölner Oberbürgermeister. Dessen Zusage hatte wenige Stunden zuvor niemand anderes als Konrad Adenauer in einem persönlichen Gespräch in Köln erreicht.<sup>26</sup>

Wie amateurhaft die CDU/CSU/DP-Fraktion mit der FDP verhandelt

---

<sup>23</sup> Jess M. LUKOMSKI, *Ludwig Erhard. Der Mensch und der Politiker*, Düsseldorf-Wien 1965, S. 61.

<sup>24</sup> K. ADENAUER, *Briefe 1947-49* (wie Anm. 5), S. 177 ff.

<sup>25</sup> Mündlicher Hinweis von Dr. Theo Sautter, damaliger Referent im Generalsekretariat des Länderrats in Frankfurt, vom 12. Dezember 1980, dokumentiert von Rolf WENZEL, *Konrad Adenauer und die Gestaltung der Wirtschafts- und Sozialordnung im Nachkriegsdeutschland*, Flensburg 1983, S. 193, Anm. 255.

<sup>26</sup> Siehe Hermann PÜNDER, *Von Preussen nach Europa. Lebenserinnerungen*, Stuttgart 1968, S. 320 ff.

hatte, offenbarte sich am Wahltag. Während Erhard verabredungsgemäß alle Stimmen der Koalition bekam, bestand die FDP auf einem eigenen Kandidaten für den Posten des Oberdirektors und stimmte geschlossen gegen Hermann Pünder. Dieser beklagt sich noch in seinen Memoiren bitterlich, daß »eine zuvorige Abstimmung mit der FDP-Fraktion unverständlicherweise unterblieben war«.<sup>27</sup>

#### Nominierung Erhards durch die FDP

Sitzungsprotokolle der FDP-Fraktion im Frankfurter Wirtschaftsrat sind leider unauffindbar, dennoch läßt sich die Nominierung des parteilosen Erhard durch die Liberalen weitgehend rekonstruieren. Erhard selbst war es, der sich mit verschiedenen Briefen an Thomas Dehler und den Frankfurter FDP-Fraktionsvorsitzenden Franz Blücher als Wirtschaftsexperte in Erinnerung hielt. In einem Brief an Dehler vom 16. November 1947 deutete der damalige Vorsitzende der Sonderstelle Geld und Kredit sogar an, sich in einem kommenden Wahlkampf stark für die FDP engagieren zu wollen.<sup>28</sup> Auf ein derartiges Bekenntnis hatte Dehler ja schon seit längerem vergeblich gehofft. An Franz Blücher, Vorsitzender des Ausschusses für Finanz- und Steuerwesen in Frankfurt und damit besonders an der Arbeit der Sonderstelle interessiert, ließ Erhard mehrfach wirtschaftspolitische Vorschläge herantragen. Zuletzt schrieb Erhard in diesem Zusammenhang am 20. Februar 1948 an Blücher folgenden Brief:

»Sehr verehrter Herr Kollege! Da ich erst am Mittwoch morgen in Frankfurt eintreffe, möchte ich doch nicht verfehlen, Ihnen einen letzten grundsätzlichen Aufsatz in der ›Neuen Zeitung‹ über unsere bisherige Wirtschaftspolitik zu übermitteln ... Ich würde mich freuen, wenn wir uns im Laufe der nächsten Woche vielleicht einmal etwas ausführlicher über dieses Thema unterhalten könnten«.<sup>29</sup> Handschriftlich fügte Erhard am Ende an: »Komme nun doch bereits Montag Abend nach Frankfurt.«

Warum schickte Erhard so eilig eine Arbeitsprobe seiner Fähigkeiten nach Frankfurt? Was trieb ihn dann früher als geplant in den Dunstkreis des Wirtschaftsrates? Der Schluß liegt nahe, daß Erhard mit diesem Brief in das Rennen um die Nachfolge Semlers eintreten wollte. Adressiert ist das Schreiben an das Frankfurter Hotel »Monopol-Metropol«. Victor Emanuel Preusker, damaliger Mitarbeiter der FDP-Fraktion im Wirtschaftsrat,

<sup>27</sup> EBD., S. 328.

<sup>28</sup> ADL, Nachlaß Dehler, N 53-157-Fs. 72.

<sup>29</sup> BA Koblenz, Nachlaß Blücher, N 1080-93-Fs. 265, Kopie bei Andreas METZ, *Die ungleichen Gründerväter. Adenauers und Erhards langer Weg an die Spitze der Bundesrepublik*, Konstanz 1998, S. 118.

erwähnt ohne genaue Datierung ein Gespräch zwischen ihm selbst, Blücher und Erhard. Eine Zeitungsnotiz in einem amerikanisch lizenzierten Blatt (höchstwahrscheinlich der erwähnte Artikel aus der Neuen Zeitung) habe sie veranlaßt, Erhard zu einem Gespräch einzuladen: »Ich weiß noch, dieses Gespräch fand im Hotel ›Metropol‹ statt ... Wir wurden uns sehr schnell einig.«<sup>30</sup> In diesem Frankfurter Hotel fand also in aller Stille irgendwann nach dem 20. Februar 1948 die Kandidatenkür der FDP statt. Ob sich Erhard noch der gesamten FDP-Fraktion präsentierte, muß wegen fehlender Quellen offenbleiben. Blücher dürfte jedoch keine Schwierigkeiten gehabt haben, Erhard durchzusetzen, da ihm sicherlich auch das Fraktionsmitglied Everhard Bungartz zur Seite stand.

Nach der so erfolgreichen Direktorenwahl schien die Verbindung zwischen Ludwig Erhard und der FDP perfekt zu sein. Doch der Eindruck täuscht. Erhard blieb auf Distanz bedacht. Ja er nahm immer häufiger an Sitzungen der Frankfurter CDU/CSU-Fraktion teil.<sup>31</sup> Ohne den Rückhalt der größten Ratsfraktion, das mußte ihm klar sein, konnte er seine ehrgeizigen Ziele nicht verwirklichen. Bei der FDP setzten prompt erhebliche Irritationen ein, was besonders drastisch ein Schreiben von Thomas Dehler ausdrückt. Auf eine besorgte Anfrage des bayerischen Landesverbandes, der die Stellung Erhards zur FDP geklärt wissen wollte, schrieb Dehler am 12. März 1948, also gerade zehn Tage nach der Direktorenwahl: »Dr. Erhard ist nicht Mitglied der Freien Demokratischen Partei. Er ist einer der Leute, die uns ›nahestehen‹. Es gibt Tausende solcher Männer. Wir lieben sie nicht. Aus ihnen rekrutiert sich das Heer der ›Mitläufer‹, die schon immer eine verhängnisvolle Rolle gespielt haben.«<sup>32</sup>

#### Auf dem Weg zur Wirtschaftsreform

Am 6. April 1948 übernahm Erhard offiziell die Amtsgeschäfte von Walter Strauß, der für den entlassenen Semler eingesprungen war. Am 21. April unterbreitete der neue Wirtschaftsdirektor dann mit einer Grundsatzrede<sup>33</sup> vor dem Wirtschaftsrat sein Konzept. Die zarten Ansätze unter Semler in Richtung einer Liberalisierung der Zwangswirtschaft sollten stark beschleunigt und der Belegung der Konsumgüterindustrie Vorrang vor der bisherigen För-

<sup>30</sup> Zitat aus: *Ludwig Erhard und seine Politik. Symposium XIII der Ludwig Erhard-Stiftung Bonn, Stuttgart-New York 1985*, S. 116.

<sup>31</sup> Siehe zum Beispiel Anwesenheitsliste der Fraktionsprotokolle vom 15. März und 30. März 1948 in: *CDU/CSU im Frankfurter Wirtschaftsrat* (wie Anm. 17), S. 162 und 167.

<sup>32</sup> ADL, Nachlaß Dehler, N 1-22.

<sup>33</sup> Die Rede ist enthalten in Ludwig ERHARD, *Deutsche Wirtschaftspolitik. Der Weg der Sozialen Marktwirtschaft*, Düsseldorf-Wien 1962, S. 38-61.

derung der Grundstoffindustrie eingeräumt werden. Erhard kündigte indirekt die baldige Freigabe der Preise nach einem harten Währungsschnitt an und schloß mit dem ihm eigenen Optimismus: »Aus rauher Gegenwart eröffnet sich ein versöhnlicher Ausblick in eine für unser Volk wieder glücklichere Zukunft.« Es war dieser Optimismus, inmitten des Nachkriegstrümmerlandes mit weicher und gleichzeitig tiefer Stimme vorgetragen, der zu Erhards stärkster Waffe werden sollte.

Worauf sich die Selbstsicherheit des Franken gründete, zeigt der folgende Satz aus gleicher Rede: »Wenn ich dieses Amt übernahm, so geschah es in dem Bewußtsein, daß in unserer Lage weder die gemeine Erfahrung noch Verwaltungsroutine zur Meisterung anstehender Probleme ausreichen, sondern daß nur die aus praktischer Erfahrung und wissenschaftlicher Erkenntnis fließende tiefere Einsicht in die sehr komplexen gesellschaftlichen Zusammenhänge dazu befähigen kann, ... das vielleicht sogar chaotisch anmutende Geschehen zu entwirren und sinnvoll zu ordnen.« Es lohnt sich, diesen für Erhard so ungemein typischen Schachtelsatz auseinanderzunehmen, spiegelt er doch quasi im Destillat das Selbstverständnis dieses ungelerten Politikers wieder. Kein Verwalter wollte er sein, ein deutlicher Seitenhieb auf die Vorwürfe aus bayerischer Zeit, sondern ein Visionär, der seine Ideen allerdings aus einer abgesicherten tieferen »wissenschaftlichen Erkenntnis« herleitete. Das klingt missionarisch, pathetisch, ja naiv – und das war es ein Stück weit wohl auch. Aber Erhard hatte seiner zögerlichen Umwelt eines voraus, er hatte ein Ziel, auf das er mit der ihm eigenen Unbekümmertheit zusteuerte.

### Adenauer, der Pragmatiker

Während Erhard erste politische Akzente setzte, rang Adenauer mit dem Verlust seiner Frau. Wenig ist von ihm aus diesen Tagen überliefert, Parteifreunde spekulierten schon über einen Ausstieg des 72jährigen aus der Politik, und Adenauer selbst wird insgeheim darüber nachgedacht haben. Für die nicht gerade unwichtigen Vorgänge im Wirtschaftsrat scheint Adenauer sich erst Ende April wieder stärker interessiert zu haben. Der eingangs erwähnte Brief vom 2. Mai 1948 wurde dann zum Auftakt einer Beziehung der denkwürdigen Art, die auf wundersame Weise vier Bundestagswahlen überdauern sollte.

Außergewöhnliche Tüchtigkeit und mangelhafte Verwaltungserfahrung – so wurde Erhard von Dritten gegenüber Adenauer beschrieben, wie sich aus besagtem Brief ergibt; ein Urteil, das unverkennbar vom bayerischen Untersuchungsausschuß geprägt ist und im Grunde ja auch gar nicht so falsch war. Über Erhards Politikstil erfahren wir beispielsweise von seinem

damaligen Pressesprecher Kuno Ockhardt folgendes: »Das Einmalige an dieser Zusammenarbeit war, daß Ludwig Erhard kein Mann von Befehlen oder Aufträgen war; er äußerte Wünsche, gab Anregungen und ließ jeden für sich und auch gemeinsam seine Tätigkeit ausüben.«<sup>34</sup> Und Erhard selbst gestand Jahre später: »Verwaltungsmäßige Arbeit gehört nicht gerade zu meinen ausgesprochenen Leidenschaften, aber dazu hat ein Minister ja seine Beamten.«<sup>35</sup> Erhard war eben gelernter Wissenschaftler, der nicht an Parteibücher, sondern an die Überzeugungskraft seiner Theorien und auf naive Weise an das Gute im Menschen glaubte. In der Welt der Fraktionszwänge, Geschäftsordnungen und politischen Intrigen wirkte er seltsam deplaziert, oder auch wohltuend anders, je nach Blickwinkel.

Aus welchem Holz war dagegen Adenauer geschnitzt. Schon der optische Vergleich offenbart Gegensätze, wie sie größer kaum sein können. Hier der rundlich-gedrungene Genußmensch Erhard, mit seiner Vorliebe für dicke Zigarren, dort der Nichtraucher Adenauer, groß und asketisch-dürr von Gestalt, Optimist der eine, Skeptiker der andere. Ausgerechnet die von Erhard ungeliebte Verwaltungsarbeit war die Klaviatur, auf der der gebürtige Kölner virtuos zu spielen verstand, wie ein Blick auf seine Biographie unterstreicht: 1906 als gelernter Jurist mit 30 Jahren zum jüngsten Beigeordneten seiner Vaterstadt gewählt, stieg Adenauer bereits 1909 zum ersten Beigeordneten und Zuständigen für die Finanz- und Personalverwaltung auf, um 1917 zum jüngsten Oberbürgermeister einer preußischen Millionenstadt bestellt zu werden. Wenig haßte das erfolgreiche wie exzentrische Kölner Stadtoberhaupt mehr, als eine ineffiziente Verwaltung: »Sachen, die mir ohne zwingenden Grund erst in den letzten Tagen vor einem Urlaubsantritt vorgelegt werden, werde ich nicht mehr annehmen; die betreffenden Beamten, welche die verspätete Vorlage verschuldet haben, werde ich zur Rechenschaft ziehen lassen«<sup>36</sup>, polterte Adenauer 1930. Hans-Peter Schwarz erblickt in ihm den »Schrecken aller die Bequemlichkeit liebenden Untergebenen« und einen »zur Pingeligkeit neigenden Verwaltungsjurist(en)«.<sup>37</sup>

Auch der Neubeginn nach dem Zweiten Weltkrieg offenbart Adenauers Vorliebe für klare Hierarchien und ein diszipliniert-distanziertes Miteinander. Obwohl ihn die Idee einer christlichen, für Protestanten und Katholiken gleichermaßen offenen Partei von frühester Stunde an faszinierte, zögerte er lange mit einem Engagement, auch weil er Leo Schwering, den Be-

34 Kuno OCKHARDT, *Der Vater des Wohlstandes*, in: *Ludwig Erhard. Beiträge zu seiner politischen Biographie. Festschrift zum 75. Geburtstag*, hrsg. v. Gerhard SCHRÖDER/Alfred MÜLLER-ARMACK u.a., 2. Aufl., Frankfurt/Main 1972, S. 577.

35 G. GAUS, *Zur Person. Portraits in Frage und Antwort*, München 1964, S. 109.

36 Historisches Archiv der Stadt Köln 902/228/4, S. 403, zitiert nach Henning KÖHLER, *Adenauer. Eine politische Biographie*, Frankfurt/Main-Berlin 1994, S. 201.

37 Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer. Der Aufstieg: 1876-1952*, Stuttgart 1986, S. 108.

gründer der rheinischen CDP, offensichtlich für ungeeignet hielt, einen Parteiapparat zu führen.<sup>38</sup> Erst als einflußreiche Christdemokraten Adenauer an seinem 70. Geburtstag zum wiederholten Male drängten, die rheinische Parteiführung zu übernehmen,<sup>39</sup> begann sein unglaublicher Parforceritt an die Parteispitze. Von der »Geburtstagsverschwörung« des 5. Januar 1947 bis zur Übernahme des rheinischen Parteivorsitzes und des Parteivorsitzes in der gesamten britischen Zone – dem bis 1950 einflußreichsten CDU-Amt – vergingen nicht einmal vier Wochen. Auf der Strecke blieben neben Schwering auch der ehemalige Vorsitzende der CDU in der sowjetischen Zone, Andreas Hermes, den Adenauer mit einem Verfahrenstrick sogar von einer entscheidenden Sitzung ausschloß.<sup>40</sup>

Wo Erhard vertraute, begegnete Adenauer den Menschen grundsätzlich mit Mißtrauen. »Es dauerte lange, bis er jemanden »akzeptierte«. Man war eigentlich immer auf Probe«, charakterisierte Horst Osterheld den Mann aus Rhöndorf.<sup>41</sup> Bei Erhard war nun aus Adenauers Sicht höchste Vorsicht angebracht. Er galt als schlechter Verwalter, war parteilos und auf dem Ticket der FDP in Amt und Würden gelangt.

### Erste Annäherungsversuche

In einem Artikel aus dem Jahre 1975 datiert Erhard das erste Treffen mit Adenauer auf »Sommer 1948«, die Begegnung soll Adenauer bereits im April telefonisch eingefädelt haben.<sup>42</sup> Koerfer reicht die vage Angabe, um in Begeisterungstürme auszubrechen: »Der mächtigste Parteipolitiker in der CDU legte seine Netze aus und bewies einmal mehr seine Fähigkeit, potentielle Bündnispartner sehr frühzeitig zu erkennen und sich dienstbar zu machen.« Alles habe Adenauer getan, um den »ansehnliche(n) Fisch ... im

38 Adenauer wurde am 2. September 1945 auf Betreiben Schwerings in den Vorstand der CDP-Rheinland gewählt, glänzte jedoch sowohl bei der Wahl als auch bei den folgenden Vorstandssitzungen durch Abwesenheit. Vgl. u. a. Brief Adenauers vom 1. September 1945 an Leo Schwering, in: K. ADENAUER, *Briefe 1945-47*, bearb. v. Hans Peter MENSING, Berlin 1983, S. 88. Antwort Schwerings vom 4. September 1945 in: Stiftung-Bundeskanzler-Adenauer-Haus (StBKAH) Rhöndorf, Nachlaß Adenauer, 08.05.027, und H.P. SCHWARZ (wie Anm. 37), S. 494. Zur Vorstandswahl siehe auch Klaus DREHER, *Der Weg zum Kanzler. Adenauers Griff nach der Macht*, Düsseldorf 1972, S. 127.

39 Siehe Brief Adenauers vom 6. Januar 1946 an seine Geburtstagsgäste, in: K. ADENAUER, *Briefe 1945-47* (wie Anm. 38), S. 141 f.

40 K. DREHER (wie Anm. 38), S. 146.

41 Horst OSTERHELD, *Konrad Adenauer. Ein Charakterbild*, Stuttgart 1987, S. 45.

42 Ludwig ERHARD, »Was uns trennte, was uns einete«, in: *Deutsche Zeitung. Christ und Welt*, Nr. 53 vom 26. Dezember 1975, S. 3.

bürgerlichen Parteienteich« einzufangen.<sup>43</sup> Rechtfertigt ein einfacher Telefonanruf beim neuen Wirtschaftsdirektor der Bizone diesen Jubelsturm?

De facto blieb Adenauer auffällig auf Distanz: Zum ersten eindeutig datierbaren Aufeinandertreffen zwischen ihm und Erhard kam es am 4. Juni 1948 während einer Frankfurter CDU/CSU-Fraktionssitzung,<sup>44</sup> was zu Erhards Angabe »Sommer 1948« ja auch passen würde. Eben diese Fraktionssitzung war für Erhard von einiger Bedeutung, schließlich stellte er in ihr den Anwesenden erstmals den Entwurf eines Leitsätzegesetzes vor, mit dem zeitgleich zur Währungsreform die Bewirtschaftung der meisten Güter aufgehoben werden sollte. Ohne während der Sitzung besonders in Erscheinung getreten zu sein, schrieb Adenauer drei Tage später an Dr. Edmund Kaufmann, den Stellvertreter Erhards, »keinen besonders günstigen Eindruck von der Fraktionssitzung am 4. d. Mts.« gehabt zu haben.<sup>45</sup> Warum schrieb Adenauer diese Zeilen an Erhards Stellvertreter und nicht an den Fraktionsvorsitzenden Holzapfel? Bereiteten ihm die Pläne Erhards Kopfzerbrechen?

Den einzigen Akzent, den Adenauer bezüglich der Währungs- und Wirtschaftsreform des 20. Juni 1948 nachweislich setzte, ist sein Einsatz für einen bestmöglichen Lastenausgleich für Flüchtlinge und Bombengeschädigte.<sup>46</sup> Auch dies deutet darauf hin, daß Adenauer die ganze Erhardsche Wirtschaftsreform eher sorgenvoll auf sich zukommen ließ.

### Das Leitsätzegesetz

Schon in seiner Grundsatzrede am 21. April 1948 hatte Erhard gemahnt, daß der Erfolg einer Währungsreform von gleichzeitig einsetzenden Wirtschaftsreformen in Richtung einer freien Marktwirtschaft abhängen würde. Das dafür benötigte »Gesetz über Leitsätze für die Bewirtschaftung und Preispolitik nach der Geldreform«, das der Freigabe der Preise Vorrang vor staatlicher Festsetzung einräumte, verabschiedete der Wirtschaftsrat in der Nacht vom 17. auf den 18. Juni 1948 mit einer Mehrheit aus CDU/CSU/DP, FDP, WAV und Zentrum gegen die Stimmen von SPD und KPD. Die Freigabe der Preise mit Ausnahme von Hauptnahrungsmitteln, Kohle, Strom

43 D. KOERFER (wie Anm. 1), S. 40.

44 Vgl. Anwesenheitsliste des Sitzungsprotokolls in: *Die CDU/CSU im Frankfurter Wirtschaftsrat* (wie Anm. 17), S. 211.

45 Brief vom 7. Juni 1948 in: K. ADENAUER, *Briefe 1947-1949* (wie Anm. 5), S. 255.

46 Vgl. Angabe von Gerd Bucerius in: Rudolf MORSEY (Hrsg.), *Konrad Adenauer und die Gründung der Bundesrepublik Deutschland*, 2. Aufl., Bonn 1986, S. 48 f.; siehe auch: *Konrad Adenauer und die CDU in der britischen Besatzungszone 1946-1949. Dokumente zur Gründungsgeschichte der CDU*, hrsg. v. der Konrad-Adenauer-Stiftung, bearb. v. Helmuth PÜTZ, Bonn 1975, S. 532.

und Gas wurde in das Ermessen des Wirtschaftsdirektors und des Direktors für Landwirtschaft gestellt. Dieser Blankoscheck war eine juristisch heikle Konstruktion; Erhard, der vehement freie Hand für eine schnelle Reaktion auf mögliche Turbulenzen forderte, sprach selbst unumwunden von einem »Ermächtigungsgesetz«<sup>47</sup>.

Betrachtet man das Ahlener Programm der CDU in der britischen Zone, so war die Zustimmung der Union zu Erhards Plänen bei weitem keine Selbstverständlichkeit. Vor und in Ahlen hatten die liberaleren Wirtschaftspolitiker um Adenauer und Pferdenges heftig mit den Gewerkschaftern um Johannes Albers und Jakob Kaiser gerungen, die Anhänger eines »christlichen Sozialismus« waren. Heraus kam ein schwammiger Kompromiß, das sogenannte »machtverteilende Prinzip«. Es sah vor, Arbeitnehmer, Gemeinden und den Staat an Unternehmen zu beteiligen, Machtzusammenballungen zu verhindern, aber gleichzeitig Spielraum für Unternehmerinitiative zu erhalten. Außerdem wurden im Ahlener Programm die Vergesellschaftung von Bergbau und Eisenindustrie gefordert und Ertragsbeteiligungen sowie Mitbestimmungsrechte in Aufsichtsräten für Arbeitnehmer angestrebt.<sup>48</sup> Mit Erhard waren derartige Ziele nicht zu verwirklichen. Der Wirtschaftsdirektor verwahrte sich in der Debatte zum Leitsätze-gesetz im Wirtschaftsrat ausdrücklich gegen neue »Hemmnisse« in Form von paritätischen Wirtschaftskammern unter Beteiligung von Arbeitnehmern.<sup>49</sup>

Erhard wußte, was er den Gewerkschaftern innerhalb der CDU/CSU abverlangte, zu denen in Frankfurt eine Gruppe von sechs Abgeordneten um Theodor Blank gezählt wurde. Im Vorfeld der Abstimmung zum Leitsätze-gesetz initiierte Erhard zwei Sonderbesprechungen mit dieser Gruppe, wie der CSU-Abgeordnete und christliche Gewerkschafter Hugo Karpf vermerkte. Karpf schilderte die Begegnungen Jahrzehnte später als vollen Erfolg Erhards: »Er wirkte in seiner Haltung und mit seinen Vorstellungen ehrlich und vertrauenerweckend.«<sup>50</sup> Mit der Verabschiedung des Leitsätze-gesetzes gelang es dem parteilosen Erhard erstmals, die immer noch diffuse Wirtschaftspolitik der CDU/CSU auf eine, nämlich seine marktwirtschaftliche Linie festzulegen. Ein Erfolg mit Signalwirkung.

47 Diesen Ausdruck gebrauchte Erhard laut Protokoll in der CDU/CSU-Fraktionssitzung vom 4. Juni 1948, siehe: *Die CDU/CSU im Frankfurter Wirtschaftsrat* (wie Anm. 17), S. 211-215.

48 Das Ahlener Programm ist abgedruckt in: *Adenauer und die CDU in der britischen Besatzungszone* (wie Anm. 46), S. 280-286.

49 Erhard antwortete dem SPD-Abgeordneten Heinz Meyer, der sich Forderungen aus dem Ahlener Programm zu eigen gemacht hatte. Vgl. Willi SCHICKLING, *Entscheidung in Frankfurt*, Stuttgart 1978, S. 66 f.

50 *Die CDU/CSU im Frankfurter Wirtschaftsrat* (wie Anm. 17), S. 25.

## Die Wirtschafts- und Währungsreform des 20. Juni 1948

Kurz nach der Verabschiedung des Leitsatzgesetzes im Wirtschaftsrat, aber noch vor der Zustimmung von Länderkammer und Militärbehörde, kündigten die drei Westalliierten die Einführung der D-Mark in ihren Zonen für den 20. Juni 1948 an. Um dennoch den Eindruck von gleichzeitig stattfindender Währungs- und Wirtschaftsreform zu erwecken, ließ Erhard eigenmächtig seinen Pressesprecher Kuno Ockhardt am 20. Juni über Radio für die Bizone das Ende der Bewirtschaftung der meisten Waren ankündigen,<sup>51</sup> während die Deutschen bereits Schlange standen, um ihre 40 D-Mark Kopfgeld abzuholen. Nach dem Willen Erhards sollte anstelle der alten Zwangswirtschaft mit ihren Bezugsscheinen und Lebensmittelkarten »allein das verdiente Geld ... der Berechtigungsnachweis für den Kauf der Güter sein.«<sup>52</sup>

Wütend über das Vorpreschen des Wirtschaftsdirektors zitierten die Militärgouverneure Erhard am 21. Juni zu sich. Auf den Vorwurf von US-Gouverneur Lucius D. Clay, er habe alliiertes Recht verändert, soll Erhard geantwortet haben: »Ich habe die Vorschriften nicht abgeändert, ich habe sie abgeschafft.«<sup>53</sup> Der Dolmetscher wird diese Taktlosigkeit sicher abgeschwächt haben, ohnehin war an die Entlassung des Wirtschaftsdirektors in dieser heiklen Situation nicht zu denken, zumal mit den Amerikanern die wichtigste Siegermacht hinter dem Konzept stand – wenn auch nicht hinter dem angeschlagenen Tempo.

Bereits am 25. Juni gab Erhard auf Grundlage des Leitsatzgesetzes für 90 Prozent aller Waren die Preise frei und erließ für Kohle, Strom, Gas, Wasser, Eisen, Mieten und diverse Grundnahrungsmittel Höchstpreise.<sup>54</sup> Die prall gefüllten Auslagen der Geschäfte gaben Erhard recht. Über Nacht hatte das neue Geld gehortete Waren ans Tageslicht geholt und der Glaube an marktgerechte Preise ließ sie auch nicht mehr auf den Schwarzmärkten versickern. Diese trockneten binnen kürzester Zeit aus, und die Schwarzhändler drängten zurück auf den offiziellen Arbeitsmarkt, wo es jetzt kaufkräftige D-Mark zu verdienen gab.

Erhard hatte hoch gepokert und sein Meisterstück abgeliefert. Über Rundfunk verband er am 21. Juni 1948 die Liberalisierung der Wirtschaft geschickt mit einem Durchbruch zu mehr Demokratie: »Der deutsche Staatsbürger wird erst dann wieder zu seiner Würde zurückfinden und sich aus

---

51 Vgl. K. OCKHARDT (wie Anm. 34), S. 575 ff. Erhard schilderte diese Episode gegenüber G. GAUS (wie Anm. 35), S. 112.

52 »Der Spiegel« vom 19. Juni 1948, S. 19.

53 Erhard machte diese Angabe gegenüber G. GAUS (wie Anm. 35), S. 112.

54 Volkard LAITENBERGER, *Ludwig Erhard. Der Nationalökonom als Politiker*, Göttingen 1986, S. 72.

innerem Erleben zur Demokratie bekennen können, wenn er in keiner Amtsstube mehr den Rücken zu krümmen braucht. Ihm dazu zu verhelfen, werde ich als meine vornehmste Aufgabe ansehen.« Als »Fachmann« wolle er sprechen, der zur »vertrauensvolle(n) Zusammenarbeit mit Vertretern aller Parteien« bereit sei: »Ich habe keinen politischen Ehrgeiz, und am wenigsten einen solchen parteipolitischen Art.«<sup>55</sup>

Als eine Art Bundeswirtschaftspräsident, so hätte sich Erhard gern gesehen. Allein die Zeit, in der er als reiner Fachmann Staat machen konnte, ging unweigerlich zu Ende.

### Der CDU-Parteitag von Recklinghausen

Als die Preise infolge des immer noch viel zu kleinen Konsumgüterangebotes immer rasanter anstiegen und die Arbeitslosenzahlen nicht mehr durch Schwarzmarktaktivitäten niedrig gehalten wurden, stand Erhards Zukunft urplötzlich zur Diskussion. Am 16. August, also knapp zwei Monate nach der Wirtschaftsreform, brachte die SPD einen Mißtrauensantrag gegen Erhard in den Wirtschaftsrat ein. Zur Begründung hieß es, »anstatt den Abbau der Bewirtschaftung und der Preiskontrolle schrittweise vorzunehmen, wie es der wirtschaftlichen Vernunft entsprochen hätte, seien die Lockerungen auch für Güter des lebenswichtigen Bedarfs in einem Umfang erfolgt, daß ein sozialer Notstand eingetreten ist.«<sup>56</sup>

Der Mißtrauensantrag, der mit 47 zu 36 Stimmen abgelehnt wurde, führte Erhard deutlich vor Augen, daß sein politisches Überleben von der FDP, vor allem aber von der ungleich größeren CDU/CSU-Fraktion abhing. Umgekehrt hatte die Union mit der Zustimmung zum Leitsatzgesetz ihr Schicksal eng mit der Person Ludwig Erhard verknüpft. Einen profilierten Wirtschaftspolitiker hatten die Christdemokraten, die ja über keinen einzigen Wirtschaftsminister auf Länderebene verfügten, bis dato nicht hervorgebracht. Das Ahlener Programm hinkte der politischen Realität und der innerparteilichen Diskussion inzwischen weit hinterher. Zwar betrieb seit Frühjahr 1948 eine Gruppe um den Duisburger Rechtsanwalt Franz Etzel in der CDU der britischen Zone eine marktwirtschaftliche Ausrichtung mit den Zentralbegriffen »Leistung« und »Wettbewerb«<sup>57</sup>, die parteiinterne Debatte versandete aber, woran die zögerliche Haltung des Parteivorsitzenden Adenauer nicht ganz unschuldig war. Der war offensichtlich mit

55 L. ERHARD, *Deutsche Wirtschaftspolitik* (wie Anm. 9), Düsseldorf-Wien 1962, S. 62-68.

56 »Die Welt« vom 17. August 1948, S. 1.

57 Den Programmwurf und seine Geschichte schildert ausführlich Horstwalter HEITZER, *Die CDU in der britischen Zone 1945-49. Gründung, Organisation, Programm und Politik* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 12), Düsseldorf 1989, S. 508 f.

dem Ahlener Kompromiß fürs erste zufrieden und fürchtete einen neuen Konflikt mit den linken CDU-Sozialausschüssen um Johannes Albers. Die Unions-Vertreter im Frankfurter Wirtschaftsrat lösten das programmatische Vakuum auf ihre Weise, indem sie sich hinter Ludwig Erhard sammelten und ihn zum personifizierten Programm erhoben. Ein Scheitern Erhards konnte die ganze Partei aus den Angeln heben, dessen wurde auch Adenauer im August gewahr. In einem Brief vom 18. August 1948 äußerte er, daß ein erfolgreiches Mißtrauensvotum gegen Ludwig Erhard, den alten FDP-Mann, ein »vernichtender Schlag« gegen die CDU/CSU gewesen wäre.<sup>58</sup>

An Ludwig Erhard gab es für Konrad Adenauer nun kein Vorbeikommen mehr, ganz egal, was er persönlich von ihm hielt. Folgerichtig lud er den Franken für den 28. und 29. August 1948 auf den Parteitag der CDU in der britischen Zone nach Recklinghausen ein. In einem ersten vertraulichen Brief an Erhard vom 9. August 1948 – die Einladung war wohl wenige Tage zuvor in einem Gespräch übermittelt worden – freute sich Adenauer über dessen Kommen und versuchte, Erhard gleichzeitig gegen die SPD in Stellung zu bringen. »Der Feldzug der Sozialdemokratie gegen Frankfurt setzt auf breitester Front ein. Als wirksamstes Gegenargument gegen Frankfurt werden die Preissteigerungen ins Feld geführt«, analysierte Adenauer und bat Erhard inständig: »Denken Sie bitte an diese Gefahr und tun Sie Ihr Möglichstes, um sie auszuräumen.«<sup>59</sup>

Erhard nutzte seinen Auftritt vor den Delegierten in Recklinghausen, um seine Politik zu verteidigen und für sein Konzept als einziger Alternative zur »seelenlosen« Planwirtschaft zu werben: »Entweder wir verlieren die Nerven und geben dieser gehässigen demagogischen Kritik nach, dann sinken wir zurück in den Zustand der Sklaverei ... Dann kommen wir wieder zurück in die Planwirtschaft, die stufenweise aber sicher zur Zwangswirtschaft, zur Behördenwirtschaft bis hin zum Totalitarismus führt.«<sup>60</sup> Diese Gleichung entsprach exakt der Plattform, auf der auch Adenauer seine wirtschaftspolitischen Vorstellungen aufbaute. Sie wurde zum gemeinsamen Nenner, der die bald folgende Gemeinschaft abseits aller charakterlichen Abstößungsreaktionen überhaupt möglich machte.

Für die skeptischen Anhänger des linken CDU-Flügels, die den sozialen Frieden durch grenzenlosen Markt egoismus gefährdet sahen, hatte Erhard in Recklinghausen noch ein besonderes Bonbon parat: »Nicht die freie Marktwirtschaft des liberalistischen Freibeutertums ..., sondern die sozial verpflichtete Marktwirtschaft, die das einzelne Individuum wieder zur Gel-

58 K. ADENAUER, *Briefe 1947-49* (wie Anm. 5), S. 295 f.

59 K. ADENAUER, *Briefe 1947-49* (wie Anm. 5), S. 287.

60 Erhards Recklinghausener Rede ist enthalten in L. ERHARD, *Deutsche Wirtschaftspolitik* (wie Anm. 9), S. 70-83.

tung kommen läßt, die den Wert der Persönlichkeit obenanstellt und der Leistung dann aber auch den verdienten Erfolg zugute kommen läßt, das ist die Marktwirtschaft moderner Prägung.«

»Sozial verpflichtete Marktwirtschaft« – damit gelang Erhard ein Kunstgriff, der Wogen glättete und der von den CDU-Sozialausschüssen dankbar aufgegriffen wurde. Diese verstanden den Begriff »soziale Marktwirtschaft« allerdings mehr im Sinne des Erfinders Alfred Müller-Armack, der in seinem grundlegenden Buch aus dem Jahre 1946 *Keynesianische Politik*, das heißt die Möglichkeit staatlicher Konjunktur- und Sozialprogramme zur Korrektur sozialer Schief lagen, damit verband.<sup>61</sup> Erhard ging es aber nur um die Abgrenzung vom »Freibeutertum« durch Anti-Kartell-Gesetze, sonst wollte er den Staat aus dem Markt unbedingt heraushalten. Dieses Definitionschaos, das sich damals um den Begriff »soziale Marktwirtschaft« rankte, hat sich im übrigen bis in die heutige Zeit erhalten.

An Erhards Rede – sie war die längste des ganzen Parteitags – schloß sich langanhaltender Beifall an. Das Protokoll verzeichnet an verschiedenen Stellen Bravo-Rufe. Sogar Johannes Albers, Chef der CDU-Sozialausschüsse schien mitgerissen. Empört erinnerte er daran, daß die Frankfurter Wirtschaftspolitik auch von acht Gewerkschaftern innerhalb der CDU/CSU-Fraktion mitgetragen wurde: »Wir lassen uns von diesen Männern auch durch die diffamierende Art der SPD-Presse und der Gewerkschaften nicht trennen.«<sup>62</sup>

Adenauer, der auf dem Parteitag nichts Inhaltliches über die Wirtschaftspolitik sagte, blieb es als Moderator überlassen, die ohne sein Zutun entstandene Einigkeit zu würdigen.<sup>63</sup> In einer Resolution am Ende des Parteitages forderten die Anwesenden »die konsequente Fortsetzung des von der CDU im Wirtschaftsrat eingeschlagenen Weges.« Ein Etappensieg für Erhard und gleichzeitig der Anfang vom Ende des Ahlener Programms.

### Mißmut bei der FDP

Unmittelbar nach dem CDU-Parteitag wurde der Wirtschaftsdirektor ansatzweise in die Parteiarbeit integriert, und Erhard ließ sich darauf ein, riskierte er doch sonst, den gerade gewonnene Kredit wieder zu verspielen. So erhielt der Wirtschaftsdirektor am 8. September 1948 von Holzapfel einen

61 Begriff und Definition entstammen Alfred Müller-Armacks Buch »Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft«, das erstmals 1946 erschien.

62 Albers Rede in: *Adenauer und die CDU in der britischen Besatzungszone* (wie Anm. 46), S. 700-703.

63 EBD., S. 711.

Entwurf für Rednermaterial der CDU/CSU.<sup>64</sup> Gleichzeitig bat Adenauer den Wirtschaftsdirektor, mehrere Auftritte im anstehenden nordrhein-westfälischen Kommunalwahlkampf zu absolvieren.<sup>65</sup> Erhard trat schließlich zwischen dem 10. und 17. Oktober 1948 in nicht weniger als elf Städten bei CDU-Veranstaltungen auf.<sup>66</sup> Ein ähnliches Engagement für die FDP läßt sich nicht nachweisen.

Bei den Freidemokraten wuchs unterdessen die Unruhe. Am 14. September 1948 sah sich der Frankfurter FDP-Fraktionsvorsitzende Blücher zu einer parteiinternen Klarstellung veranlaßt. Unter dem Titel »Wohin gehört Prof. Dr. Erhard?« resümierte Blücher, daß dieser »keiner Partei« angehöre. Daß er zuletzt häufiger bei CDU-Veranstaltungen gesprochen habe, läge allein daran, daß die CDU ihn eingeladen habe. »Diese Partei empfindet offenbar das Bedürfnis, die Wandlung der deutschen Wirtschaftspolitik für sich als ihr Verdienst in Anspruch zu nehmen.«<sup>67</sup> Am 19. September berichtete schließlich der Frankfurter FDP-Abgeordnete Wellhausen dem bayerischen FDP-Vorstand über ein Gespräch mit Erhard folgendes: »Prof. Erhard sei nach wie vor parteilos, und wenn man sich darüber beklage, dass er jetzt häufig bei der CSU [in Bayern wohl synonym mit CDU gebraucht – A.M.] spreche, so erkläre er dies mit der Notwendigkeit, diese bei der Stange zu halten. Richtig sei, dass Erhard zu oft rede und in manchen Dingen zu rasch vorgegangen sei. Im Ganzen leiste er aber gute Arbeit, sei mutig und habe ... auch schon Erfolge gehabt.«<sup>68</sup>

Die Passage deutet das ganze Dilemma der FDP an. Sie war mit Erhards Politik grundsätzlich einverstanden, aber die kleinere Partei. Damit fehlte das Druckmittel, das ein Engagement Erhards in der FDP hätte forcieren können.

### Die Schlange-Erhard-Krise

Auf welch tönernen Füßen der marktwirtschaftliche Kurs innerhalb der CDU/CSU stand, offenbarte sich im Herbst 1948. Der rasche Anstieg der Preise durch die gesteigerte Nachfrage nach der Währungsreform erhöhte den Druck auf die Frankfurter Wirtschaftspolitik, zumal Erhard die Löhne, deren Freigabe ebenfalls im Leitsatzgesetz vorgesehen war, konstant

64 BA Koblenz, Nachlaß Pünder, N 1005-483.

65 Die Initiative Adenauers erwähnt Erhard in einem Brief an den CDU-Kreisverband Siegen vom 13. September 1948, Ludwig Erhard-Stiftung Bonn (LES), II-027-061/2.

66 Dies belegt eine Liste aus dem Nachlaß Holzapfels, BA Koblenz, N 1278-264.

67 BA Koblenz, Nachlaß Blücher 1080-244-009, Kopie in A. METZ (wie Anm. 29), S. 142.

68 Protokoll der Landesvorstands- und der Fraktionssitzung der FDP Bayerns vom 19. September 1948 in Nürnberg, in: ADL, Nachlaß Dehler, N 1-21.

hielt. Der Wirtschaftsdirektor hoffte damit, eine rasche Entwertung des neuen Geldes zu vermeiden und gleichzeitig das Lohnniveau international konkurrenzfähig zu halten.<sup>69</sup> Nach einer Umfrage des Allensbach-Institutes glaubten im Oktober 1948 gerade noch 13 Prozent der Bevölkerung und nur 6 Prozent der Arbeiter, daß Erhard seine Arbeit gut verrichte.<sup>70</sup>

Bereits im August 1948 hatte der stellvertretende Vorsitzende der nordwürttembergischen CDU, Paul Bausch, einen Kurswechsel gefordert und Erhards Ideen »blutleere Theorien« genannt.<sup>71</sup> Mitte Oktober eskalierte dann eine Krise, die auf den Frankfurter Direktor für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Hans Schlange-Schöningen (CDU), zurückgeht. Schlange war der einzige der sechs Frankfurter Direktoren, der nicht eindeutig hinter der Liberalisierung der Wirtschaft und dem Leitsatzgesetz stand. Er und Ludwig Erhard wurden deshalb in der Öffentlichkeit gelegentlich zu »feindlichen Brüdern«<sup>72</sup> hochstilisiert. Schlange-Schöningen hatte als Verantwortlicher für Ernährung und Landwirtschaft allerdings auch eine gefährliche Gratwanderung zu absolvieren. Einerseits sollte ein starker Anstieg der Lebensmittelpreise verhindert werden, andererseits hatten die Bauern, die die Nahrungsmittel ja produzieren sollten, nach der Wirtschaftsreform unter einem drastischen Anstieg der Preise für Produktionsmittel zu leiden. Schlange sah den einzigen Ausweg darin, alle Güter wieder einer stärkeren Preiskontrolle zu unterwerfen.

In einer Rede im Frankfurter Wirtschaftsrat am 30. September 1948 vertrat Schlange-Schöningen provokativ die Meinung der sozialistischen Opposition und forderte eine neutrale »Oberste Preisbehörde« zur Kontrolle der Preisentwicklung,<sup>73</sup> was Ludwig Erhards Spielraum fundamental beschnitten hätte. Die Schlange-Erhard-Krise spaltete die Union in zwei Lager. Während Erhard die Mehrheit der CDU/CSU-Fraktion im Wirtschaftsrat und die übrigen Direktoren auf seiner Seite wußte, hagelte es herbe Kritik aus den Ländern. Es wurde jetzt überdeutlich, wie sehr die Macher in Frankfurt der Parteibasis enteilt waren. Immer noch fehlte ein einheitliches CDU/CSU-Wirtschaftsprogramm, und das Chaos nahm seinen Lauf.

69 L. ERHARD, *Deutsche Wirtschaftspolitik* (wie Anm.9), S. 94.

70 Elisabeth NOELLE-NEUMANN, *Der vergessene Auftrag*, in: *Festschrift zum 75. Geburtstag* (wie Anm. 34), S. 166-172; hier S. 168.

71 Paul BAUSCH, »Preissteigerungen ohne Ende«, abgedruckt in: *Hannoversche Presse* vom 31. August 1948, S. 2, zitiert nach Gerold AMBROSIUS, *Die Durchsetzung der sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland 1945-1949*, Stuttgart 1977, S. 184.

72 Diesen Eindruck hatte zumindest der Wirtschaftsdirektor, siehe L. ERHARD, *Deutsche Wirtschaftspolitik* (wie Anm. 9), S. 86.

73 Siehe *Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-49*, hrsg. von Bundesarchiv und Institut für Zeitgeschichte, Bd. 4: Januar-Dezember 1948, bearb. v. Christoph WEISZ/Hans-Dieter KREIKAMP/Bernd STEGER, München 1983, S. 991.

Anfang Oktober forderte der wirtschaftspolitische Ausschuß der CSU einstimmig den Rücktritt Ludwig Erhards.<sup>74</sup> In Frankfurt hingegen wurde am Stuhl Schlange-Schöningens gesägt. Am 18. Oktober kam es dort in der CDU/CSU-Fraktionssitzung zu einer Abstimmung über Schlanges Zukunft, deren Ergebnis aber geheimgehalten wurde.<sup>75</sup> Der nach Frankfurt geeilte Adenauer versuchte zu vermitteln und resümierte die Stimmung am Ende dieser Fraktionssitzung mit folgenden Worten: »Wenn die Fraktion sich für die Wirtschaftspolitik Prof. Erhards entschlossen habe, dann müßte der Direktor, der mit ihm nicht zusammenarbeite, eben fallen.«

Leichter gesagt, als getan. Die Abwahl Schlange-Schöningens wäre gegen die SPD schwer durchsetzbar gewesen, Erhards Unbeliebtheit in der Bevölkerung strebte einem Höhepunkt entgegen, und die ohnehin gebeutelten Christdemokraten hätten einen schweren Prestigeverlust in Kauf genommen. Zu allem Überfluß stützten auch die alliierten Militärbehörden den Landwirtschaftsdirektor, weil sie um die gerechte Verteilung ihrer Nahrungsmittellieferungen fürchteten.<sup>76</sup> So schwelte und loderte bisweilen die unionsinterne Krise bis zum Jahreswechsel weiter.

Wie dünn Erhards Nervenkostüm im Herbst 1948 war, verdeutlicht ein verbaler Ausfall, den sich der Wirtschaftsdirektor am 16. Oktober über Radio München leistete: »Die Verhetzung der Bevölkerung nimmt gerade in jüngster Zeit Formen an ..., daß verantwortliche Männer nicht länger schweigen dürfen, wenn nicht Dummheit und Gemeinheit siegen sollen.« Die Attacken der Gewerkschaften bezeichnete Erhard als »hysterisches Gekeife der Kollektivistinnen aller Sorten«<sup>77</sup>. Nur mit knapper Not überstand Erhard am 12. November 1948 einen 24stündigen Generalstreik gegen seine Wirtschaftspolitik, an dem sich fast 10 Millionen Arbeiter in der Bizone beteiligten. Zwei Tage zuvor war im Wirtschaftsrat ein erneutes Mißtrauensvotum gegen ihn mit 51 zu 43 Stimmen abgeschmettert worden.

Einen weiteren Tiefschlag aus den Reihen der Christdemokraten mußte Erhard am 18. November 1948 einstecken. Ausgerechnet das CDU-geführte Nordrhein-Westfalen griff in Person des Ministerpräsidenten Karl Arnold die Forderung Schlange-Schöningens auf und beantragte im Länderrat die Schaffung eines Preisamtes. Mit den Unionsstimmen wurde dort folgende Resolution verabschiedet: »Der Länderrat ist einstimmig der Auffassung,

<sup>74</sup> Diese Aussage machte der CSU-Vorsitzende Müller am 28. Oktober 1948 in Frankfurt, siehe: *Konrad Adenauer und die CDU in der britischen Besatzungszone* (wie Anm. 46), S. 738 f.

<sup>75</sup> *Die CDU/CSU im Frankfurter Wirtschaftsrat* (wie Anm. 17), S. 280-284.

<sup>76</sup> Georg MÜLLER, *Die Grundlegung der westdeutschen Wirtschaftsordnung im Frankfurter Wirtschaftsrat 1947-1949*, Frankfurt/Main 1982, S. 167.

<sup>77</sup> DENA-Meldung über die Rede, zitiert nach Gerhard BEIER, *Der Demonstrations- und Generalstreik vom 12. November 1948*, Frankfurt/Main 1975, S. 37. Siehe auch Tagesnachrichten der Verwaltung für Wirtschaft Nr. 253, vom 16. Oktober 1948, S. 1 f.

daß die gegenwärtige Lage eine grundlegende Änderung der Preispolitik notwendig macht. Er ist ferner der Auffassung, daß der Versuch, eine funktionierende Marktwirtschaft herzustellen, auf den kritischen Mangelgebieten vorläufig als gescheitert betrachtet werden muß ...<sup>78</sup>.

Die beiden kleineren Koalitionspartner in Frankfurt, FDP und DP, waren der fortgesetzten Querschüsse aus Reihen der Union überdrüssig. Am 17. Dezember 1948 schlossen sie sich gemeinsam mit zwei ehemaligen Abgeordneten der bayerischen Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung (WAV) zu einer rechtsliberalen Fraktionsgemeinschaft zusammen und begründeten dies mit folgenden Worten: »Die Erfahrungen der letzten Wochen haben leider gezeigt, dass die Arbeitsweise der CDU/CSU-Fraktion nicht die nötige Gewähr und Sicherheit für eine konsequente und stetig durchgeführte Wirtschafts- und Sozialpolitik bietet. Die Unentschlossenheit und Uneinigkeit in den Reihen der grössten Regierungspartei hat vielmehr zu einer weitgehenden Unsicherheit ... geführt.«<sup>79</sup>

#### Mit Erhard und Adenauer aus der Krise

Anfang 1949 und damit wenige Monate vor der ersten Bundestagswahl, die zu diesem Zeitpunkt noch für April oder Mai erwartet wurde, steckte die Union in einer schweren Krise. Die Schuld dafür ist auch bei Konrad Adenauer zu suchen, der die Fortschreibung des Wirtschaftsprogramms, wie von Etzel und Schamberg immer wieder gefordert,<sup>80</sup> nicht gerade forciert und die Bildung einer einheitlichen Parteiorganisation nicht energisch betrieben hatte. In Frankfurt machte sich Adenauer im gesamten Jahr 1948 erstaunlich rar, tauchte eigentlich immer nur in Krisensituationen auf. Gerd Bucorius, seit dem 21. April 1948 Mitglied der Frankfurter CDU-Fraktion, behielt folgenden Eindruck zurück: »Adenauer ist zweimal in Frankfurt gewesen, hat sich uns präsentiert und das eine oder andere gesagt. Nichts davon schien mir so bedeutsam, daß es mir in nachhaltiger Erinnerung blieb.«<sup>81</sup>

Nun könnte man den Tod von Gussie Adenauer und seine Verpflichtungen als Präsident des Parlamentarischen Rates ab September 1948 als Erklärungen anführen. Daß es anders ging, bewies der nunmehr 73jährige

<sup>78</sup> Vgl. *Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. 4 (wie Anm. 73), S. 57 f.

<sup>79</sup> Brief an Holzapfel vom 17. Dezember 1949, in: BA Koblenz, Nachlaß Pünder, N 1005-481-87.

<sup>80</sup> Bereits am 3. Mai 1948 schickte Etzel einen Zwölf-Punkte-Programmtext mit dem Titel »Stellungnahme der CDU zur Wirtschaftspolitik« an Adenauer, der dann aber versandete. Zur Geschichte dieses Entwurfs siehe Horstwalter HEITZER (wie Anm. 57), S. 508 f.

<sup>81</sup> Zitiert nach Rudolf MORSEY (Hrsg.), *Konrad Adenauer und die Gründung der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 1986, S. 47 f.

Adenauer Anfang 1949. Auf dem Höhepunkt der Parteikrise leitete er mit einer Tagung in Königswinter bei Bonn am 8. und 9. Januar die Wende ein. Seit der sogenannten Reichstagung in Bad Godesberg vom Dezember 1945 war Königswinter das wichtigste Zusammentreffen von christlichen Politikern aller Besatzungszonen. Gekommen war alles, was in CDU und CSU Rang und Namen hatte. Unverständlicherweise hat die Forschung das Treffen bislang nicht angemessen gewürdigt, wurde doch in Königswinter der Grundstein für den späteren Wahlerfolg der CDU/CSU gelegt. Hier erlebte die Soziale Marktwirtschaft einen wichtigen politischen Etappensieg, hier kristallisierte sich die Allianz von Adenauer und Erhard heraus, und hier trat erstmals der zukünftige, alleinige Parteichef und kommende Bundeskanzler Adenauer ans Licht.

Adenauer brachte als Sitzungsleiter zunächst alle parteiinternen Konflikte der letzten Zeit aufs Tapet, sprach von »Exzessen« und einer »Gesellschaft, bei der man nicht weiß, wer Koch oder wer Kellner ist, bei der der eine gegen den anderen wütet.«<sup>82</sup> Adenauers Einigkeitsappelle trafen so sehr den Nerv der Anwesenden, daß der rheinland-pfälzische Christdemokrat Zimmer spontan einen »Antrag auf Bildung der CDU für Deutschland«<sup>83</sup> stellte, worüber zu entscheiden sich das Gremium aber nicht ausreichend legitimiert fühlte. Immerhin wurde auf Adenauers Drängen hin ein gemeinsamer Wahlausschuß für die Bundestagswahl gebildet, in den jeder Landesverband einen bis zwei Vertreter entsenden sollte.

Die Sündenkartei, die Adenauer in Königswinter ausbreitete, war groß. Er kritisierte Auseinandersetzungen im Parlamentarischen Rat, Konflikte innerhalb der CSU, die durch das Auftreten der Bayernpartei in einer Existenzkrise steckte, »und nicht zuletzt diese betrüblichen und außerordentlich bedauernswerten Vorgänge in Frankfurt ... Ein Kampf zweier Direktoren, die beide von einer Fraktion gewählt worden sind, gegeneinander in aller Öffentlichkeit.«<sup>84</sup> Der eine Direktor, Schlange-Schöninghen, mußte aufgrund eines Autounfalls der Sitzung fernbleiben, der andere, Erhard, nahm als Parteiloser an der hochbrisanten Parteisitzung teil und drückte ihr unerwartet seinen Stempel auf.

Am 9. Januar, kurz vor Ende des Treffens, griff Erhard in die Debatte ein, prophezeite einen »großen Sieg« bei der Bundestagswahl bei »Fortführung unserer bisherigen Politik«. Dann schlug er, unterstützt von Hermann

---

82 SIBKAH Rhöndorf, 11.08.04 bis 265. Hier Blatt 112-115. (Eine Abschrift des Sitzungsprotokolls ist enthalten in: *Die Unionsparteien 1946-1950. Protokolle der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands und der Konferenzen der Landesvorsitzenden*, bearb. v. Brigitte KAFF, Düsseldorf 1991, S. 252-366.)

83 EBD., Blatt 121.

84 EBD., Blatt 112 f.

Pünder, der Versammlung eine Resolution vor, mit der seiner Politik das Vertrauen ausgesprochen und der Planwirtschaft eine Absage erteilt werden sollte. Der Kernsatz lautete: »Die Versammlung billigt die vom Verwaltungsrat und den einzelnen Verwaltungen des vereinigten Wirtschaftsgebietes eingeschlagene Politik der sozialen Marktwirtschaft.«<sup>85</sup>

Adenauer war über den Vorstoß, der nicht auf der Tagesordnung gestanden hatte, sichtlich überrascht, unterstützte aber spontan das Anliegen. Sogleich regte sich massiver Widerspruch. Vor allem Johannes Albers, prominenter Vertreter der Sozialausschüsse, legte sein Veto ein: »Ich spreche im Namen vieler Arbeitnehmer und kann von meinem Standpunkt aus dieser Version nicht zustimmen.« Ausgerechnet sein Gewerkschaftskollege Theodor Blank fegte die Kritik beiseite: »Es ist im innersten Führungskörper der Partei offenbar keine einheitliche Meinung, wohl ist eine einheitliche Meinung in der Fraktion des Wirtschaftsrates. Und da kann ich im Namen meiner Kollegen, die vielleicht mehr in der Arbeiterbewegung stehen, hier erklären, daß wir vollinhaltlich die Politik, die die Fraktion geführt hat, bejahen und daß wir sie weitestgehend beeinflußt haben.« Adenauer stimmte zu: »Wir haben den Kurs eingeschlagen, und der Kurs war richtig.« Den Wunsch auf Vertagung der Debatte wischte er vom Tisch: »Nicht in 14 Tagen, heute muß es gemacht werden.« Am Ende bekam Erhard seine Resolution. Die »soziale Marktwirtschaft«, wie seine Wirtschaftspolitik nun offiziell hieß, wurde damit zum Leitbild der gesamten CDU/CSU erhoben und erlebte ihre eigentliche politische Geburtsstunde. Albers, Arnold und die anderen Kritiker gaben sich mit einem Schlußsatz zufrieden, der die »Herbeiführung eines optimalen Lohn-Preisverhältnisses« als Ziel noch einmal betonte.

Natürlich profitierte Erhard von Adenauers Integrationskraft. In Königswinter muß der Franke erstmals gespürt haben, daß Adenauer der Mann war, der seinen Ideen auch an der Basis zum Durchbruch verhelfen konnte. Die Vorstellung aber, Adenauer habe alles getan, um den »Fisch« Erhard an Land zu ziehen, wie Koerfer noch folgerte,<sup>86</sup> muß zurechtgerückt werden. Erhard selbst war derjenige, der sich jetzt verstärkt in der Union engagierte, weil er ernsthaft um die Zukunft seiner Politik fürchten mußte. Adenauer hatte den Tatendrang nur in die richtigen Bahnen zu lenken. Und dies tat er umso bereitwilliger, je mehr sich die Entspannung der Wirtschaftslage und der Erfolg der Erhardschen Politik abzeichnete.

<sup>85</sup> Zur Debatte über die Resolution siehe EBD., Blatt 257-260.

<sup>86</sup> D. KOERFER, (wie Anm. 1), S. 40.

## Ein ungleiches Gespann entsteht

Am 5. Februar 1949 prangte aus Anlaß des 52. Geburtstags des Wirtschaftsdirektors ein großes Erhard-Porträt auf der Titelseite des »Spiegel«. Mit der Zeile »Ludwig Erhard Triumphator« wurde eine Hintergrundgeschichte im Hefteinernen angekündigt, in der dann folgendes zu lesen war: »Der Januar war der Monat des Triumphes für den massig stämmigen Mann mit dem kreisrunden Gesicht, das im Verein mit einer dicken Importe [der berühmten Zigarre, A.M.] die besten Aussichten auf eine künftige Prosperität zu erwecken geeignet ist.« Daneben befand sich ein Schaubild, das darstellte, daß die Preise für Kleidung und Haushaltswaren im Dezember ihren Zenit erreicht hatten und im Januar stark abgefallen waren. Im Februar gaben laut einer EMNID-Umfrage 70 Prozent der Befragten an, besser als vor der Währungsreform zu leben. Nur noch 5 Prozent sahen eine Verschlechterung.<sup>87</sup>

Auch wenn er in der erwähnten Spiegel-Titelgeschichte noch als »parteilos« beschrieben wurde, so häufen sich doch nach der Januar-Konferenz in Königswinter die internen Bekenntnisse Erhards zur CDU. So schrieb der Wirtschaftsdirektor am 19. Januar 1948 an den hessischen CDU-Chef Werner Hilpert: »Ich habe mich bisher in allen Wahlkämpfen, sei es in Nordrhein/Westfalen, in Schleswig-Holstein oder in Niedersachsen ausschließlich für die CDU eingesetzt und, wie ich glaube, wesentlich zur Stärkung dieser Front beigetragen ... und habe jetzt schon meine Absicht und Bereitschaft kundgetan, bei den kommenden parteipolitischen Auseinandersetzungen mit besonderer Kraft für die CDU einzutreten.«<sup>88</sup>

Seit der großen Krisensitzung in Königswinter war klar, daß Ludwig Erhard im Bundestagswahlkampf der Union ein herausragende Rolle spielen würde. Folgerichtig wurde er auf Drängen Adenauers in die Ausarbeitung eines neuen, längst überfälligen CDU-Wirtschaftsprogramms integriert. Adenauers Sekretär im Parlamentarischen Rat, Herbert Blankenhorn, leitete dazu einen von Franz Etzel erstellten Programmentwurf an Erhard weiter. Etzel gegenüber begründete Blankenhorn dies am 3. Februar 1949 folgendermaßen: »Prof. Erhard hat seinerseits zugesagt, gewisse Vorschläge für die Gestaltung des Programms zu machen ... Da im kommenden Wahlkampf Prof. Erhard die Wirtschaftspolitik der CDU an hervorragender Stelle vertreten

---

<sup>87</sup> »Die Welt« vom 18. Juni 1949. Unter der Schlagzeile »Ein Jahr nach dem Tag X« wurden EMNID-Umfragen vom August und September 1948 und vom Februar 1949 vorgestellt.

<sup>88</sup> BA Koblenz, Nachlaß Pünder, N 1005-483-139. Abdruck in A. METZ (wie Anm. 29), S. 180.

wird, ist es von besonderer Wichtigkeit, daß er bei der Verabschiedung des wirtschaftlichen Programms mitwirkt.«<sup>89</sup>

Adenauer trieb in der CDU-Wahlkommission die Ausrichtung des Wahlkampfes auf die Frankfurter Wirtschaftspolitik voran. Seine Skepsis gegenüber Erhard hatte er bei weitem nicht verloren, für den Augenblick schien er ihm Mittel zum Zweck zu sein. Darauf deuten zwei Briefe vom 12. Februar 1949 hin. Im ersten Brief instruierte Adenauer den Frankfurter CDU-Fraktionsvorsitzenden Holzapfel, Erhards Augenmerk auf die Verbesserung der Lohn-Preis-Relation zu richten: »Ich darf ganz offen sein und Ihnen sagen, daß Herr Erhard sicher vorzügliche Eigenschaften hat, daß er aber gern dazu neigt, gepackt von der Fülle der Ideen, die er in sich trägt, sich etwas schnell neuen Aufgaben zuzuwenden ... Sie müssen ihn mit eisernen Ketten an diese Aufgabe während der nächsten Monate festbinden.«<sup>90</sup> In die gleiche Kerbe schlägt ein Brief Adenauers an Pünder, in dem er sich massiv darüber beschwert, daß der parteilose Erhard von einem ebenfalls parteilosen Ministerialdirektor unterstützt werde. »Ich gestatte mir, mit allem Ernst darauf hinzuweisen, daß solche Dinge ganz unmöglich so bleiben können.«<sup>91</sup>

Erhard – ein intelligenter Luftikus, der mit »eisernen Ketten« am Boden gehalten werden mußte und dessen Umgebung unbedingt mit CDU-Getreuen ausstaffiert werden sollte. Seit dem ersten Kontakt hatte sich Adenauers Erhard-Bild nicht im geringsten gewandelt. Einer Sorge zumindest entledigte ihn Erhard. Auf der Zonenausschußsitzung der CDU in der britischen Zone, die am 24. und 25. Februar 1949 wiederum in Königswinter stattfand, distanzierte sich der Wirtschaftsdirektor in für linke Christdemokraten wohlthuender Deutlichkeit von den Freidemokraten: »Und wenn sie mich fragen, wie ich zum Liberalismus stehe, den Sie mir vielleicht unterschieben, ich lehne ihn ab! ... Ich bin so unkapitalistisch wie nur möglich. Es ist kein Zufall daß ich mich zu Ihnen bekenne, sondern es ist eine bewußte Wahl.«<sup>92</sup> Was hätten Thomas Dehler und die anderen Liberalen, die Erhards Karriere angeschoben hatten, zu diesen Worten gesagt?

### Düsseldorfer Leitsätze

Das Referat zur Sozialen Marktwirtschaft, das Erhard darüber hinaus auf der Februar-Tagung in Königswinter hielt, erntete prompt Lobeshymnen

<sup>89</sup> Brief Blankenhorns an Eitzel in StBKAH Rhöndorf, 11.08.056.

<sup>90</sup> K. ADENAUER, *Briefe 1947-49* (wie Anm. 5), S. 406.

<sup>91</sup> EBD., S. 408.

<sup>92</sup> Sitzungsprotokoll in: *Adenauer und die CDU in der britischen Besatzungszone* (wie Anm. 46), S. 863.

Adenauers. »Dieser Vortrag war so klar und lichtvoll und hat namentlich die grundlegenden Wahrheiten so deutlich und überzeugend in Erscheinung treten lassen ... Ich mache Ihnen, Herr Erhard, ein aufrichtiges Kompliment. Bisher habe ich Sie noch nicht so klar und gut Ihre Grundsätze entwickeln gehört.«<sup>93</sup> Zu dieser Zeit, gestand Erhard später, sei eine »gewisse Verehrung« für Adenauer in ihm entstanden. Von einer »zart entwickelte(n) Gläubigkeit, daß man vielleicht doch eine neue Welt bauen könnte«, ist die Rede.<sup>94</sup> Während Erhard begann, Adenauer als einen väterlichen, kongenialen Partner romantisch zu verklären, folgte dieser aber nüchternem Pragmatismus. Mit Erhard verband er zwei große Chancen: einerseits die Möglichkeit, das verschleppte Wirtschaftsprogramm der Union nachzuliefern, ohne schädlichen Wirbel zu verursachen, und andererseits, dadurch einen Wahlkampfschlager in die Hand zu bekommen, mit dem sich die Christdemokraten klar von der Sozialdemokratie abheben konnten, die ja noch in vielen Länderparlamenten Koalitionspartner war. Nicht anders ist Adenauers kühner Vorschlag zu deuten, Erhards Königswinterer Rede zur Wirtschaftspolitik einfach für den Wahlkampf drucken zu lassen.<sup>95</sup> Ein weiteres Mal bäumte sich Johannes Albers auf: »Man ist sich klar, daß der Vortrag des Professors Erhard das Ahlener-Programm in seinem Grundgefüge aufhebt.«<sup>96</sup> Adenauer konterte geschickt: »Alle solchen Programme und programmatischen Sätze haben keinen Ewigkeitswert, sondern sollen sich mit den Dingen beschäftigen, die jetzt akut sind. Akut ist beim kommenden Wahlkampf die Frage: Planwirtschaft oder Marktwirtschaft ... Das hat, Herr Albers, mit dem Ahlener Programm, zu dem ich restlos stehe, nichts zu tun (Zuruf Albers: Dann sind wir einverstanden).«<sup>97</sup> Adenauers Vernebelungsstrategie ging also auf, denn natürlich überwand die Düsseldorfer Leitsätze vom 15. Juli 1949, die aufgrund von Erhards Thesen und mit dessen Mitarbeit in den kommenden Monaten erarbeitet wurden, die Ahlener Sozialisierungs- und Mitbestimmungsideen des linken Parteiflügels.<sup>98</sup> Die große Zerreißprobe fand, dank Adenauers geschickter Regie und Erhards unabweisbarer Erfolge, nicht statt.

»Programme haben keinen Ewigkeitswert« – ein banaler Satz, der Einblick in die Karten des Pragmatikers Adenauer gewährt. Auch Erhard hätte

93 EBD., S. 858 f.

94 Zitiert nach K. DREHER (wie Anm. 38), S. 360.

95 Sitzungsprotokoll in: *Die Unionsparteien 1946-50* (wie Anm. 82), S. 858.

96 EBD., S. 857.

97 EBD., S. 858.

98 *Düsseldorfer Leitsätze vom 15. Juli 1949*, in: *Adenauer und die CDU in der britischen Besatzungszone* (wie Anm. 46), S. 866 f.

hier aufmerken müssen. Was er als Vision hartnäckig verfolgte, konnte in Adenauers Augen jederzeit seinen Wert verlieren.

### Bundestagswahlkampf 1949

Die letzten Monate bis zur Wahl am 14. August 1949 schienen nach einem geheimen Drehbuch Adenauers abzulaufen: Als Vorsitzender des CDU-Wahlausschusses sorgte er für eine Ausrichtung des Wahlkampfes auf die Soziale Marktwirtschaft und damit auf Ludwig Erhard, der bei den Sozialdemokraten geradezu als Unperson galt. Eine große Koalition, die ja auch in Reihen der Union ihre Anhänger hatte, wurde damit äußerst unwahrscheinlich. Erhard ließ sich zudem Mitte Juni von Adenauer zur Spitzenkandidatur auf der CDU-Landesliste von Nord-Württemberg/Nord-Baden bewegen, und ging damit ausgerechnet in den liberalen Stammländern als direkter Konkurrent von Theodor Heuss ins Rennen. Dieses Opfer ist ganz allein aus einem besonderen Vertrauensverhältnis zu Adenauer heraus zu verstehen. Nicht allein, daß Erhard aufrichtig an seiner politischen Unabhängigkeit hing (der CDU trat er formal erst 1963 bei!), seine Gönner von der FDP hofften zu diesem Zeitpunkt selbst immer noch auf Erhards Kandidatur.

Dieser trat nun endlich die Flucht nach vorn an. Bei einem Treffen mit Heuss in Stuttgart kam es zu einem gentleman's agreement. Beide Kandidaten vereinbarten, sich »gegenseitig in Wahlreden mit einem Ausdruck der Achtung zu bedenken«.<sup>99</sup> Erhard begründete seine Entscheidung für die CDU in gleichlautenden Briefen an Dehler und Blücher: »Ich habe in diesen Jahren die Erfahrung gemacht, daß es wohl nur meinem Einsatz zu verdanken war, wenn die CDU auf der liberalen Linie der sozialen Marktwirtschaft verharrete, und ich bin auch für die Zukunft überzeugt, daß nur der starke Einfluss einer starken Persönlichkeit dieser Partei das notwendige Rückgrat verleihen kann.«<sup>100</sup> Den Wahlkampf wollte Erhard als Botschafter der Sozialen Marktwirtschaft gegen die sozialistischen Parteien bestreiten. »Ich bringe meine Kandidatur für die CDU nicht mehr zur Erwähnung und spreche grundsätzlich nur gegen die Front der SPD«, schrieb Erhard am 28. Juli 1949 an Blücher.<sup>101</sup>

Man stelle sich das vor: Der wichtigste Wahlkämpfer der CDU, der im Wahlkampf so viele Termine absolvierte wie kein zweiter, geht in seinen

<sup>99</sup> Brief Erhards an Theodor Heuss vom 14. Juli 1949, LES, I. Fasz. 3/30.

<sup>100</sup> Brief vom 14. Juli an Franz Blücher in BA Koblenz, Nachlaß Blücher, N 1080-93-258. Die Verhandlungen mit der FDP werden ausführlich geschildert in A. METZ (wie Anm. 29), S. 206-210.

<sup>101</sup> Siehe LES, I. Fasz. 27/6.

Wahlreden nicht auf die ihn unterstützende Partei ein, sondern versucht als überparteilicher Botschafter der Sozialen Marktwirtschaft aufzutreten. Mit dieser Taktik gelang es dem Wirtschaftsdirektor aber, sich das Vertrauen der FDP zu bewahren und zum Bindeglied zwischen Freidemokraten und der CDU/CSU zu werden. Dagegen konnte sich Erhard des Mißtrauens Adenauers weiterhin sicher sein. Am 13. Juni 1949 äußerte der in einem Brief an seinen Vertrauten Paul Silverberg einmal mehr leise Zweifel an Erhards Eignung: »Professor Erhard ist sehr tüchtig, aber vielleicht auch etwas sehr optimistisch. Herr Abs sieht die Dinge etwas weniger zuversichtlich als Erhard.«<sup>102</sup> Hermann Josef Abs, damaliges Mitglied des Verwaltungsrates der Kreditanstalt für Wiederaufbau, sollte, gefördert von Adenauer, in den 50er und 60er Jahren noch als Erhard-Kritiker für Aufsehen sorgen.

### Koalitionsverhandlungen

Das Wahlergebnis bescherte Adenauer und Erhard schließlich die historische Chance, auf die sie gemeinsam hingearbeitet hatten: Die Bildung einer nicht-sozialistischen Regierung. Inwieweit sich die Wähler bewußt für die Soziale Marktwirtschaft aussprachen, oder aus ganz anderen Motiven heraus ihre Wahlentscheidung trafen (worauf vieles hindeutet), kann hier nicht erörtert werden.<sup>103</sup> Unterm Strich wurde die Koalition im Frankfurter Wirtschaftsrat aus CDU/CSU, FDP und DP bestätigt. Wie in Frankfurt hatte sich die Union knapp als stärkste Fraktion vor der SPD behauptet. Der erste Versuch einer Regierungsbildung lag damit bei ihr.

In dieser Phase präsentierten sich Adenauer und Erhard als eingespieltes Team. Nie mehr hat man beide so harmonisch Seite an Seite gesehen. »Ja, der Adenauer ist schon ein Mann!«, soll Erhard in diesen Tagen geschwärmt haben.<sup>104</sup> »Seinerzeit waren ja auch Adenauer und ich noch ein Herz und eine Seele; ich wußte, was er politisch bedeutete, aber er wußte wohl auch, was er an mir hatte«, berichtete Erhard später selbst über diese Zeit, in der er sich noch von Adenauer akzeptiert fühlte.<sup>105</sup> Im Duett bremste man die parteiinternen Vertreter einer Großen Koalition aus, die angesichts der historischen Aufgabe eine breite Regierungsbildung anstrebten. Adenauer zog die Strippen, und Erhard sprang hilfreich zur Seite.

»Für die SPD bedeutet die Wirtschaftspolitik Erhards den Ruin Deutschlands, den die SPD nicht mitmachen will«, hatte SPD-Pressesprecher Fritz

<sup>102</sup> K. ADENAUER, *Briefe 1949-51*, bearb. v. Hans Peter MENSING, Berlin 1985, S. 35.

<sup>103</sup> Siehe dazu A. METZ (wie Anm. 29), S. 220-225.

<sup>104</sup> Zitiert nach Roland RISSE, *Alltag mit Erhard*, in: *Festschrift zum 75. Geburtstag* (wie Anm. 34), S. 597.

<sup>105</sup> Zitiert nach K. DREHER (wie Anm. 38), S. 359.

Heine unmittelbar nach der Wahl erklärt.<sup>106</sup> Wollte die CDU eine Große Koalition eingehen, mußte sie Erhard also fallenlassen. Die Wahl aber, so Adenauers These, wurde durch Erhards Wirtschaftspolitik gewonnen, an ihm könne es deshalb kein Vorbeikommen geben. Eben dieser Formel mußten sich auf der wohl entscheidenden Sitzung in Adenauers Rhöndorfer Haus am 21. August 1949 die christdemokratischen Anhänger einer großen Koalition um den Hessen Werner Hilpert geschlagen geben.<sup>107</sup> Um Erhard als Wirtschaftsminister und Scharnier einer künftigen CDU/CSU/FDP/DP-Koalition wurde das gesamte Personalpaket zurechtgezurr. Und an Konrad Adenauer als zukünftigem Bundeskanzler konnte unter diesen Bedingungen niemand vorbeikommen. Wer Erhard sagte, mußte auch Adenauer meinen. Beide waren in diesen Tagen unzertrennlich.

### Der Anfang vom Ende

Am 15. September 1949 wurde Konrad Adenauer in Bonn als erster Kanzler der Bundesrepublik Deutschland vereidigt. Am 20. September erhielt Erhard seine Ernennungsurkunde zum Wirtschaftsminister. Doch der Augenblick des gemeinsamen Triumphes war für Erhard auch ein bitterer Moment. Das Zweckbündnis der letzten Monate hatte seine Schuldigkeit getan. Und daß Adenauer tatsächlich nur an ein Zweckbündnis auf Zeit und an keine special relationship gedacht hatte, wurde Erhard jetzt auf das schmerzlichste bewußtgemacht. Bereits die Koalitionsverhandlungen brachten Erhard auf die Verliererstraße. Nach der überraschenden Wahl Arnolds zum Bundesratspräsidenten anstelle des CSU-Chefs Erhard, eine späte Rache der Anhänger einer Großen Koalition, mußte die CSU abgefunden werden. Nach langem Hin und Her erhielt Fritz Schäffer das Finanzministerium. Franz Blücher von der FDP, der ebenfalls auf die Übernahme der Finanzen spekuliert hatte, wurde von Adenauer mit einem Ministerium für den Marshallplan abgefunden, dem Bestandteile des Wirtschaftsministeriums zugeschlagen wurden.<sup>108</sup>

Am 24. November 1949 schickte Erhard einen mit »Persönlich! Geheim!« überschriebenen Alarmbrief an Adenauer, in dem er sich bitter darüber beklagte, daß Blücher versuche, ihn auf den Posten des Bundesbankpräsidenten abzuschieben. Um »die soziale Marktwirtschaft ... zu einem guten, segensreichen Ende« führen zu können, beschwor er Adenauer eindringlich, ihm

<sup>106</sup> Siehe »*Neue Zeitung*« vom 18. August 1949.

<sup>107</sup> Zur Rhöndorfer Konferenz siehe K. DREHER, (wie Anm. 38), S. 340-356, und Rudolf MORSEY, *Die Rhöndorfer Weichenstellung am 21. August 1949*, in: *Vierteljahrshfte für Zeitgeschichte* 28 (1980), S. 508-542.

<sup>108</sup> Vgl. V. LAITENBERGER (wie Anm. 54), S. 85, und V. HENTSCHEL (wie Anm. 2), S. 89 f.

die »ressortmäßig zustehende Aufgabe der Führung der Wirtschaftspolitik« zuzuerkennen. Die aufrichtige Verehrung für den Kanzler gipfelte in der Zeile: »Ich habe das sichere Gefühl, dass wir beide, Sie sehr verehrter Herr Bundeskanzler, auf politischem, und ich auf wirtschaftlichem Felde, die glückliche Zukunft Deutschlands in Händen halten ...«<sup>109</sup>.

Anstelle einer Antwort wurde Erhard von Adenauer heftig attackiert: Am 30. November 1949, also knapp eine Woche nach Erhards Alarmbrief, stellte Adenauer Erhards organisatorischen Fähigkeiten ein vernichtendes Urteil aus: »Wie Sie wissen, habe ich nicht den Eindruck, daß Ihr Ministerium organisatorisch so gestaltet und personaliter so besetzt ist, daß eine ruhige und Ihren und den Intentionen der Bundesregierung entsprechende Fortführung der Geschäfte gewährleistet ist.«<sup>110</sup> Während der eine in visionären Sphären schwebte, praktizierte der andere kühlen Pragmatismus. Ob angemessen oder stillos, sei dahingestellt. Wie gering der Kredit war, den sich der als Wirtschaftsminister nicht eben unerfolgreiche Erhard bei Adenauer erworben hatte, erstaunt aber denn doch und ist rational eigentlich nicht zu erklären. Da reagierte jemand allergisch auf ein Naturell, das meilenweit vom eigenen entfernt lag.

Im Frühjahr 1950, nicht mal vier Monate nach Amtsantritt, war Erhards Wert auf Adenauers persönlicher Skala bereits auf Null gesunken. In einer Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 31. Januar 1950 äußerte der Bundeskanzler: »Es ist zu überprüfen, ob es nicht an der Zeit ist, den Kurs unserer Wirtschaftspolitik zu überprüfen und an deren Stelle eine konkrete Behandlung der Wirtschaft vorzunehmen.«<sup>111</sup> Auf einen Brief von Theodor Blank hin, der sich offensichtlich besorgt über die Äußerung zeigte, präziserte Adenauer am 2. Februar: »Ich habe nicht über unsere Wirtschaftspolitik gesprochen, sondern über Wirtschaftsministerien und Herrn Minister Erhard. Daß ich unsere Wirtschaftspolitik nach wie vor für die einzig richtige halte, ist klar.«<sup>112</sup> Für den Wirtschaftsminister galt dies demnach nicht.

Erhard gelang es zwar, durch eine Reihe von »wundersamen« Erfolgen über Jahre hinweg immer wieder seinen Kopf zu retten. An der Mauer aus Mißtrauen, die Adenauer schon vor dem ersten Treffen vor ihm aufgebaut hatte, sollte er jedoch zeitlebens abprallen.

<sup>109</sup> LES, Nachlaß Erhard I 1)1.

<sup>110</sup> K. ADENAUER, *Briefe 1949-51* (wie Anm. 102), S. 140. Der Brief mit dem Vermerk »Persönlich!« trägt weder Anrede noch Grußformel.

<sup>111</sup> Zitiert nach Rolf WENZEL, *Konrad Adenauer und die Gestaltung der Wirtschafts- und Sozialordnung im Nachkriegsdeutschland*, Flensburg 1983, S. 132.

<sup>112</sup> K. ADENAUER, *Briefe 1949-51* (wie Anm. 102), S. 170.

## Der Politiker als Zeitzeuge Heinrich Krone als Beobachter der Ära Adenauer

Von Ulrich von Hehl

In eigener Sache mit der gebotenen Distanz zu urteilen und dabei durchaus »Partei« zu sein, ist nicht jedermanns Sache. Oft behindern Scheuklappen den freien Blick oder Abneigungen bestimmen die Argumentation, so daß selbst bei gutem Willen die Perspektivität der eigenen Sichtweise unübersehbar ist. Dies gilt selbstredend auch für Politiker. Gerade bei ihnen kann nicht überraschen, daß (alte) Gegnerschaften, der eigene Parteistandpunkt oder die Hitze längst geschlagener Schlachten auch noch im Rückblick das Urteil bestimmen. Wir kennen zahlreiche Beispiele aus der Memoirenliteratur: Bismarcks – auch literarisch glänzende – »Gedanken und Erinnerungen« etwa, deren dritter Band bekanntlich erst 1919, nach der Abdankung Wilhelms II., erschien,<sup>1</sup> oder Fürst Bülow's »Denkwürdigkeiten« (1930/31)<sup>2</sup> oder Franz von Papens allzu durchsichtiger Entlastungsversuch »Der Wahrheit eine Gasse«<sup>3</sup> von 1952. Sie alle verbinden die Rechtfertigung des eigenen Handelns mit Attacken auf mißliebige Zeitgenossen und zeigen den tiefsitzenden Groll ihrer Verfasser. Auch Heinrich Brüning's lange mit Spannung erwartete »Memoiren«, in seinem Todesjahr 1970 erschienen, lassen die Animositäten des Exkanzlers deutlich erkennen und sind auch aus diesem Grund gewichtigen quellenkritischen Einwänden begegnet.<sup>4</sup> Als Konrad Adenauer sich im hohen Alter der »Memoiren-Fron« unterwarf, ließ er sich von dem Bestreben leiten, eine möglichst authentische, aber eben *seine* Sicht der Dinge zu bieten. So entschied er sich für die Beschreibung seines politischen Weges in der »Form eines kommentierenden Aktenrefe-

---

1 Otto Fürst von BISMARCK, *Gedanken und Erinnerungen*, 2 Bde., hrsg. von Horst KOHL, Stuttgart 1898; Bd. 3: *Erinnerung und Gedanke*, Stuttgart-Berlin 1919 – jetzt am bequemsten zu benutzen in der kritischen Ausgabe der *Werke in Auswahl*, Bd. 8/A, *Erinnerung und Gedanke*, hrsg. von Rudolf BUCHNER, Darmstadt 1975.

2 Bernhard Fürst von BÜLOW, *Denkwürdigkeiten*, 4 Bde., Berlin 1930/31.

3 Franz von PAPEN, *Der Wahrheit eine Gasse*, München 1952.

4 Heinrich BRÜNING, *Memoiren 1918-1934*, Stuttgart 1970; zur Kritik vgl. vor allem Rudolf MORSEY, *Zur Entstehung, Authentizität und Kritik von Brüning's »Memoiren 1918-1934«* (Rheinisch-Westfälische Akademie der Wissenschaften, Geisteswissenschaften, Vorträge, G 202), Opladen 1975.

rats«<sup>5</sup>, was zwar der Lesbarkeit Abbruch tut, aber dem Quellenwert seiner »Erinnerungen«<sup>6</sup> entschieden zugute kommt.

Heinrich Krone<sup>7</sup> hingegen – langjähriger Geschäftsführer (1951-55) und Vorsitzender (1955-61) der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Sonderminister in den Kabinetten Adenauer und Erhard (1961-66) und neben Staatssekretär Hans Globke Adenauers engster politischer Vertrauter und Ratgeber – hat es ausdrücklich abgelehnt, Memoiren zu schreiben. Er beließ es bei seinen bescheiden »Notizen« genannten Tagebucheintragungen (9. April 1969)<sup>8</sup>. Mit ihnen hatte der vormalige Mitarbeiter (seit 1922) und Reichstagsabgeordnete der Zentrumsparterie (seit 1925) 1934 begonnen, nachdem er sich durch die Nationalsozialisten aus seiner politischen wie beruflichen Laufbahn geworfen sah und seine vielköpfige Familie in Berlin zwölf Jahre lang mit schlecht bezahlten Tätigkeiten über Wasser halten mußte. Was damals »Hilfsmittel der Lebensorientierung«<sup>9</sup> in dunkler Zeit gewesen sein dürfte, behielt Krone zeitlebens bei: die Niederschrift wichtiger Eindrücke, wobei es ihm nie um die erschöpfende Schilderung des gesamten Tagesablaufs zu tun war. Immer wieder berührten seine Gedanken Persönliches oder kreisten um »letzte Dinge« wie Gott und den Glauben und den Glaubenszweifel und den Tod, welch letzterer einen ganz selbstverständlichen Platz in seinem Leben hatte. Krone hielt diese Zwiesprache am liebsten mit sich selber, wie es seiner wortkarg-verschlossenen Art entsprach. Dieser Gewohnheit blieb er auch treu, als der Zusammenbruch des Dritten Reiches ihm die Chance eines politischen Neuanfangs bot, zunächst bei der Gründung der CDU in Berlin, seit 1949 mit zunehmend bundespolitischen Aufgaben in Bonn.

<sup>5</sup> Vgl. Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer. Der Staatsmann: 1952-1967*, Stuttgart 1991, S. 937-961, Zitat 949.

<sup>6</sup> Konrad ADENAUER, *Erinnerungen 1945-1963*, 4 Bde., Stuttgart 1965-1968.

<sup>7</sup> Eine politische Biographie Krones fehlt, vgl. jedoch die knappe, aber treffende Charakterisierung bei Walter HENKELS, *99 Bonner Köpfe*, Frankfurt am Main 1965, S. 146 f., ferner die biographischen Skizzen von Klaus GOTTO in: Walter L. BERNECKER/Volker DOTTERWEICH (Hrsg.), *Persönlichkeit und Politik in der Bundesrepublik Deutschland. Politische Portraits*, Bd. 2, Göttingen 1982, S. 37-48; ders. in: Jürgen ARETZ u. a. (Hrsg.), *Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts*, Bd. 7, Mainz 1994, S. 265-276, 306 f.; ferner die biographischen Partien der Einleitung in: Heinrich KRONE, *Tagebücher*, 1. Bd.: 1945-1961, bearb. von Hans-Otto KLEINMANN (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 28), Düsseldorf 1995, S. VII-XXVII (künftig zitiert: H. KRONE I) sowie Hans-Peter SCHWARZ, *Heinrich Krone 1895-1995. Ansprache zum 100. Geburtstag*, in: HPM 3 (1996), S. 207-214.

<sup>8</sup> Belegstellen aus Krones Tagebüchern werden im folgenden jeweils mit Datumsangabe nachgewiesen, sofern es sich um noch nicht veröffentlichte Jahrgänge handelt (ACDP, Best. I-028-068/4 [1961-1963]; I-028-076/1 [1964-1966]; I-028-076/2 [1967-1969]), mit »H. KRONE I« und Seitenzahl, wenn die Fundstelle dem bereits im Druck vorliegenden Teil der Tagebücher entnommen ist (vgl. Anm. 7).

<sup>9</sup> H.-O. KLEINMANN in: H. KRONE I, S. XVIII.

Seither traten politische Themen in den Vordergrund, die eng mit seiner Tätigkeit in Parlament, Fraktion, Partei und Kabinett zusammenhingen. Erst in seinen letzten Lebensjahren wurden sie von philosophisch-theologischen Reflexionen verdrängt, nachdem Krone sich aufs politische Altenteil gesetzt sah und der Informationsfluß versiegte.

### I. Krone als Tagebuchschreiber

Tagebücher, die mehr festhalten als dürre Einträge eines Terminkalenders, sind bei Politikern selten.<sup>10</sup> Sowohl der allzu oft »mörderische« Parlamentsbetrieb, über den auch der ruhige Krone gelegentlich klagt,<sup>11</sup> als auch die (vermeintlichen) Zwänge zur Omnipräsenz im medialen Zeitalter lassen kaum Zeit, zur Besinnung zu kommen. Wer sich dennoch der Mühe (fast) täglicher Reflexion unterwarf, mußte gewichtige Gründe haben. Bei Joseph Goebbels, um ein besonders bekanntes Beispiel aus dem Dritten Reich anzuführen, waren es nicht zuletzt solche materieller Art: Er wußte seine dem Nachruhm gewidmeten Tagebücher schon zu Lebzeiten zu versilbern.<sup>12</sup> Bei Theodor Heuss dagegen verband sich das Bedürfnis, mit der vertrauten langjährigen Freundin Toni Stolper »ein Gespräch in Briefen« zu führen, mit literarischen Ambitionen und einer »herzliche[n] Freude an der eigenen Persönlichkeit«. So entstanden die »Tagebuchbriefe« der Jahre 1955-1963.<sup>13</sup>

Dergleichen Motive lagen Heinrich Krone fern. Der 1895 in Hessisch-Oldendorf an der Weser geborene Niedersachse war seiner Persönlichkeit nach das genaue Gegenteil des ehrgeizig-umtriebigen Politikers, den es täglich in die Schlagzeilen gedrängt hätte. Überdies kein Redner<sup>14</sup> und im öffentlichen Auftreten eher hölzern und steif<sup>15</sup>, blieb er auch gegenüber jeglicher Form

<sup>10</sup> EBD., S. VII.

<sup>11</sup> Vgl. etwa Eintragungen vom 6. Juni 1956 und 10. März 1959. II. KRONE I, S. 217 u. 339.

<sup>12</sup> *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*. Teil I: *Sämtliche Fragmente. Aufzeichnungen 1924-1941*, 4 Bde., Teil II: *Diktate 1941-1945*, 15 Bde., hrsg. von Elke FRÖHLICH, München 1987-1996; *Joseph GOEBBELS, Tagebücher 1924-1945*, 5 Bde., hrsg. von Ralf Georg REUTH, München-Zürich 1992.

<sup>13</sup> Theodor HEUSS, *Tagebuchbriefe 1955/1963*, hrsg. von Eberhard PIKART, Tübingen-Stuttgart 1970, Zitate S. 14 und 16.

<sup>14</sup> Bezeichnend Krones Kommentar vom 24. September 1955: »Meine erste Rede als Fraktionsvorsitzender im Plenum war ein Versager. Die Presse urteilte vernichtend.« II. KRONE I, S. 190.

<sup>15</sup> So auch das sehr dezidierte Urteil von Theodor Heuss, allerdings mit der Krones Persönlichkeit gründlich verzeichnenden Hinzufügung, er sei, »so redlich er ist, Funktionärstyp und Fraktionsvorsitzender nur aus Verlegenheit in den internen Konkurrenzen«. Th. HEUSS, *Tagebuchbriefe*, S. 347. Ein Beispiel bemerkenswerter Fehleinschätzung auch bei Albert Stohr, dem Bischof von Mainz, der in einem Glückwunschs Schreiben an Adenauer vom 16. September

von Autoreneitelkeit unempfindlich. »Ich liebe die Rampe nicht. Ich liebe die Stille und die Bücher und das Gespräch. So bin ich wenig tauglich für das, was die Öffentlichkeit erfordert«, hält er fest.<sup>16</sup> Dies erklärt auch, warum er über Jahrzehnte nie einen Gedanken an eine (spätere) Veröffentlichung seiner Notizen verschwendet hatte. Sie waren aus bedrängten persönlichen Umständen erwachsen, in denen der Tagebuchschreiber nach Selbstvergewisserung strebte, bis er schließlich in diesen Niederschriften die ihm gemäße Form fand, das Geschehene oder Erlebte zu verarbeiten und auch zum heftigsten politischen Tagesstreit auf innere Distanz zu gehen.<sup>17</sup> »Warum schreibe ich überhaupt? Wozu das alles?« fragt er sich wohl, denkt als Adressaten zunächst an seine Kinder und freundet sich erst zu Beginn der siebziger Jahre, inzwischen aller politischen Ämter ledig, mit dem Gedanken an, daß »einiges« auch für den Historiker »brauchbar« sein könnte.<sup>18</sup>

Nachdem der hohe zeitgeschichtliche Wert seiner Aufzeichnungen erstmals 1974 deutlich geworden war, als Klaus Gotto längere Auszüge zur »Deutschland- und Ostpolitik« der Jahre 1954-1963 veröffentlichen konnte, wurden in den achtziger Jahren auch andere Historiker auf die Krone-Tagebücher aufmerksam.<sup>19</sup> So willigte Krone schließlich – im Zusammenhang mit der Übergabe seines Nachlasses an das Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung – in die posthume Veröffentlichung des »politischen« Teils seiner Tagebücher ein, deren erster Band für die Jahre 1945-1961 inzwischen vorliegt, während ein zweiter, der den Zeitraum bis 1972 umfassen soll, derzeit in Bearbeitung ist.<sup>20</sup>

---

1957 über Krone geurteilt hatte, er sei »als ein gutwilliger und freundlicher Herr aller Ehre wert«, besitze »aber weder nach der intellektuellen, noch nach der charakterlichen Seite die vollen Qualitäten eines so wichtigen Amtes« [als Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion]. Zitiert nach *Adenauer, Briefe 1955-1957*, bearb. von Hans Peter MENSING, Berlin 1998, S. 575, Anm. 3.

16 Eintragung vom 5. Februar 1958, H. KRONE I, S. 289.

17 Vgl. hierzu auch die einschlägigen Abschnitte der Einleitung von H.-O. KLEINMANN in: H. KRONE I, S. VII und XVIII f.

18 Tagebucheintragungen vom 26. November 1964 (Zitat) und 1. August 1968, ferner 15. Januar 1971, zitiert in: H. KRONE I, S. XVII.

19 Heinrich KRONE, *Aufzeichnungen zur Deutschland- und Ostpolitik 1954-1969* (mit einleitenden Bemerkungen von Klaus GOTTO) in: *Adenauer-Studien III*, hrsg. von Rudolf MORSEY und Konrad REPGEN, Mainz 1974, S. 129-201; Klaus GOTTO, *Adenauers Deutschland- und Ostpolitik 1954-1963*, EBD. S. 3-91; Hans-Peter SCHWARZ, *Die Ära Adenauer 1957-1963*; Klaus HILDEBRAND, *Von Erhard zur Großen Koalition 1963-1969* (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bde. 3 und 4), Stuttgart-Wiesbaden 1983/84; Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer* (wie Anm. 5); Daniel KOSTHORST, *Brentano und die deutsche Einheit. Die Deutschland- und Ostpolitik des Außenministers im Kabinett Adenauer 1955-1961* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 26), Düsseldorf 1993; Volker HENTSCHEL, *Ludwig Erhard. Ein Politikerleben*. München 1996. Vgl. ferner Anm. 55.

20 Vgl. hierzu H. KRONE I, S. XXI f.

Im Unterschied zum Tagebuch von Otto Lenz<sup>21</sup>, das sehr genau dessen politische Ambitionen als Staatssekretär im Bundeskanzleramt während der Jahre 1951-1953 nachzeichnet, vermerkte Krone lediglich, »was ihn besonders beschäftigte oder bewegte«<sup>22</sup>, und zwar gleichermaßen im politischen und kirchlichen wie im privaten Bereich. Eine erschöpfende Nachzeichnung des Geschehens war nie beabsichtigt, Anekdotisches fehlt völlig, desgleichen alle Gerüchte und Klatschgeschichten, an denen das politische Bonn auch damals schon reich war. Wie er als Fraktionsführer stets auf straffe Verhandlungsführung bedacht blieb und »Ungeduld [zeigte], wenn einer ins Schwafeln geriet«<sup>23</sup>, so vermied er auch im Tagebuch überflüssige Worte. Oft benötigt er nur einen Satz, um einen Eindruck, der meist auch ein Urteil ist, in Worte zu fassen, so wenn er von einer Geburtstagscur beim Bundespräsidenten festhält: »In Theodor Heuss entwickelt der neue Staat eine Repräsentanz, die die Würde weniger im Amt als im Träger des Amtes darstellt«<sup>24</sup>. Nüchtern, knapp, treffend, das ist der Tenor der Tagebücher, die für die Zeit von 1945 bis zu Krones Wahl zum Fraktionsvorsitzenden am 15. Juni 1955 nur 180 Druckseiten umfassen, während Lenz für die knapp drei Jahre seiner Amtszeit im Kanzleramt immerhin 716 Seiten benötigt.

Wenn Krones Kommentare auch bewußt auf Vollständigkeit verzichten und daher nur begrenzt für die Rekonstruktion ereignisgeschichtlicher Zusammenhänge herangezogen werden können, brachten die langen Jahre seiner Tätigkeit in herausgehobenen politischen Funktionen es doch mit sich, daß zumindest punktuell auf eine Vielzahl von Gegenständen Licht fällt. Indes verdichten sich die Aufzeichnungen bei einer Reihe von Themen, die in besonderer Weise seine Aufmerksamkeit beanspruchten. Dies betrifft – von seiner politischen »Routinearbeit« hier einmal abgesehen<sup>25</sup> – zunächst das enge Vertrauensverhältnis zu Konrad Adenauer (vgl. Abschnitt II), das

21 *Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951-1953*, bearb. von Klaus GOTTO, Hans-Otto KLEINMANN und Reinhard SCHREINER (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 11), Düsseldorf 1989.

22 H.-O. KLEINMANN in: H. KRONE I, S. XVIII.

23 Eugen GERSTENMAIER, *Der Fraktionschef. Dirigent eines schwierigen Orchesters*, in: *Heinrich Krone zum 80. Geburtstag*. Unitas 11 (1975), S. 116 f., Zitat 117.

24 Eintragung vom 31. Januar 1950. H. KRONE I, S. 84. – Unter dem 17. Juni 1964 heißt es nicht weniger treffend: »Den Toten des 17. Juni vor elf Jahren gilt dieser Tag. Mein Nachbar, ein höherer Ministerialbeamter, schneidet den Rasen.«

25 Zur Arbeit Krones im CDU-Bundesvorstand vgl. auch die – bislang 3 Bände umfassende – Edition der Vorstandsprotokolle von Günter BUCHSTAB: *Adenauer: »Es mußte alles neu gemacht werden«*. *Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950-1953* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 8), Stuttgart 1986; *Adenauer: »Wir haben wirklich etwas geschaffen«*. *Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1953-1957* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 16), Düsseldorf 1990; *Adenauer: »...um den Frieden zu gewinnen«*. *Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1957-1961* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 24), Düsseldorf 1994, passim.

freilich durch dessen spannungsreiche Zusammenarbeit mit der Fraktion, durch Adenauers unglückliches Taktieren bei der Bundespräsidentenwahl 1959 (Abschnitt III) und die quälenden Begleitumstände seines »langen Rücktritts« vom Kanzleramt (Abschnitt V) erheblichen Belastungen ausgesetzt war. Auch der Wahl und Amtsführung Heinrich Lübkes hat Krone breiteren Raum gegeben (Abschnitt IV), zumal Lübkes politische Eigenwilligkeiten und die namentlich in der zweiten Amtszeit unüberschbaren cerebralen Ausfallerscheinungen Krone wiederholt zu diskreter Intervention nötigten. Unter der Kanzlerschaft Erhards wuchsen die politischen Sorgen, da Krone Grundpositionen Adenauerscher Sicherheits- und Deutschlandpolitik unter dem Einfluß weltpolitischer wie innerdeutscher Veränderungen schrittweise aufgegeben sah (Abschnitt VI). Seit den 60er Jahren und vor allem seit Krones abruptem Ausscheiden aus der politischen Verantwortung bei Bildung der Großen Koalition fesselten (katholisch-)kirchliche Vorgänge seine Aufmerksamkeit, ein Bereich, der zwar stets seines besonderen Interesses sicher sein durfte, im Zeichen der neuen vatikanischen Ostpolitik unter Paul VI. aber Krone zunehmend beunruhigte. Dieser Bereich bleibt hier außer Betracht, da sich die folgenden Ausführungen im wesentlichen auf die Ära Adenauer beschränken.

Unabhängig von solchen thematischen Verdichtungen beziehen Krones Aufzeichnungen ihren Wert nicht zuletzt aus der Frische, Unmittelbarkeit und Treffsicherheit seiner Urteile über politische Zeitgenossen, vor allem aus dem Führungskreis der Unionsparteien, aber auch über führende Politiker des Koalitionspartners FDP und der sozialdemokratischen Opposition sowie Vertreter der Kirchen. Während Krone in seinem politischen Wirken die Bedachtsamkeit in Person war, als Mann »ohne Feinde«<sup>26</sup> galt und dank seiner Uneigennützigkeit wie mangels eigenen politischen Ehrgeizes zum Vermittler geradezu prädestiniert schien, nahm er bei seinen stets situationsbedingten Charakterisierungen kein Blatt vor den Mund. Das bekamen namentlich jene zu spüren, denen er Wichtiguerei, Eitelkeit oder Karriere-denken vorwarf.<sup>27</sup> Gelegentlich schien ihm, er urteile zu hart. Bezeichnenderweise fügte er jedoch hinzu: »Und doch – was ich schreibe, schreibe ich so, wie ich es sehe, wie ich den Menschen sehe. Ich sage das auch, weil es mich oft ärgert, daß derjenige so ist, von dem ich spreche. Und dann will ich auch, der Partner wäre eben nicht so, sondern von anderer Art, damit es um die Dinge besser stehe«<sup>28</sup>. Krone ging es stets um die Sache,

26 H. KRONE I, S. XIII.

27 Vgl. etwa Bemerkungen über Carlo Schmid (26. März 1959) und Erich Mende (15. Oktober 1961) in: H. KRONE I, S. 344 f. u. 545 sowie über Rainer Barzel (8. Mai 1964). – Zu Schmid vgl. jetzt Petra WEBER, *Carlo Schmid 1896-1979. Eine Biographie*, München 1996.

28 Eintragung vom 26. November 1964.

nicht um die Person, in der Politik wie im Tagebuch. Daher hat er selbst heftige Gegnerschaften nicht ins Persönliche gewendet, auch zu Politikern der Opposition wie Erich Ollenhauer und namentlich Herbert Wehner ein persönliches Vertrauensverhältnis besessen<sup>29</sup> und sich selbst gegenüber Adenauer dagegen verwahrt, »den Wahlkampf ... im Bundestag fort[zusetzen]«, als starke Kräfte in der Union Ende November 1957 die Wahl Wehners zum Vorsitzenden des Gesamtdeutschen Ausschusses verhindern wollten.<sup>30</sup>

## II. Das Verhältnis zu Adenauer

Über das Verhältnis Krones zu Adenauer hat Eugen Gerstenmaier berichtet, der Bundeskanzler habe ihn einmal gefragt, ob er wisse, »was das Fegefeuer ist«. Auf seine Entgegnung, »daß das kein Lehrstück evangelischer Theologie sei«, habe Adenauer erwidert: »Für mich ist das Fegefeuer, wenn ich in die Fraktion muß.« Die Antwort schien Gerstenmaier schon deshalb bemerkenswert, weil sie, »auch wenn man ihr schalkhaftes Element in Rechnung stellt, immerhin die meist verschwiegenen Hemmungen« charakterisierte, »die Adenauer jenen Sitzungen seiner an die 250 Mann starken Gefolgschaft im Bundestag entgegenbrachte«. Gerstenmaier fährt fort: »Der Mann, wahrscheinlich der einzige, der Adenauers Fegefeuer-Beschwerden in der eigenen Fraktion spürbar und oft durchgreifend zu lindern vermochte, war Heinrich Krone. Schon deshalb liebte ihn der Alte.«<sup>31</sup>

Es überrascht, daß Gerstenmaier, der ansonsten ein Meister des Wortes war, die Beziehung Adenauers zu Krone mit einem unpassenden Ausdruck

29 Vgl. etwa Eintragungen vom 16. Januar 1960 (Ollenhauer), 15. Dezember 1958 und 25. Januar 1959 (Wehner). H. KRONE I, S. 321, 328 u. 397. Zu Wehner finden sich auch in den noch ungedruckten Jahrgängen zahlreiche Eintragungen. Krone schätzte an ihm »den Blick für die Wirklichkeit«, glaubte mit ihm »auch in der Frage der Wiedervereinigung« einig zu gehen (5./6. Februar 1963) und notierte im Spätherbst 1965 nach brieflichem Gedankenaustausch: »Dieser Mann leidet und kämpft. Ich habe in ihm nie einen Feind gesehen. Er ist der Größte im Lager der Linken« (21. November 1965). Nach Bildung der Großen Koalition hält Krone den Eindruck fest: »Der stärkste Mann im Kabinett ist Wehner ... Der Alte wußte, warum er einst Wehner bekämpfte und weiß, was er heute für Deutschland wert ist, dieser härteste Kämpfer gegen den Adenauerschen Kurs« (13. Januar 1967). Am 9. Juli 1967 indes äußert Krone Besorgnisse »wegen unserer aus den Fugen geratenen Sicherheitspolitik und wegen Herbert Wehner, der unsere bisherige Wiedervereinigungspolitik Schritt um Schritt preisgibt«. In der Folgezeit wuchsen Krones Zweifel, zumal Wehner auf Kontaktversuche nicht mehr reagierte (Eintragungen vom 2. Januar, 21. Februar, 22. März, 6. April, 22. Juli und 31. Oktober 1968). Auch seinen Rat an Wehner, sich stets eng mit Bundeskanzler Kiesinger abzustimmen, sieht Krone nicht befolgt. Am 30. April 1969 hält er gleichsam als Fazit fest: »Heute glaube ich, daß er ... nicht will. Wichtiger als ein Programm der Großen Koalition ist ihm sein sozialistisches Programm, von dem er aber kaum ein Wort sagt.«

30 Eintragungen vom 27.-29. November 1957. H. KRONE I, S. 274 f.

31 Wie Anm. 23, hier S. 116. Vgl. auch Eugen GERSTENMAIER, *Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht*, Frankfurt/Main-Berlin-Wien 1981, S. 405 f.

charakterisiert. Dergleichen Gefühlsregungen lagen beiden Männern fern. Allenfalls wäre – und auch das nur näherungsweise – von einer »Männerfreundschaft« zu sprechen, die von hohem Respekt, wechselseitiger Achtung und tiefer Übereinstimmung in den politischen und religiösen Grundanschauungen getragen war. Krone selbst hat in einem Beitrag zu Adenauers 100. Geburtstag dessen »Blick für das Reale ... und für das Mögliche«, die Verwurzelung »auf dem Boden der Tatsachen« und das illusionslos-nüchterne Bild vom Menschen, freilich auch Adenauers »Wissen um Grenze und Tragik, die allem Menschlichen beigegeben ist«, hervorgehoben und damit zugleich das Fundament ihrer Übereinstimmung bezeichnet.<sup>32</sup> Daß er von häufigen Differenzen und teilweise harten Zusammenstößen schwieg, mochte der Pietät des Anlasses geschuldet sein. Sie ergaben sich schon aus dem natürlichen Spannungsgefüge zwischen dem selbstbewußten Chef der Exekutive und den häufig divergierenden Interessen in der Fraktion, die namentlich gegen Ende der Amtszeit des Kanzlers oft unüberbrückbar schienen. Hier ausgleichend zu wirken bedurfte es jedenfalls eines hohen Maßes an »unpräzise[r] Hingabe« und »selbstlose[r] Loyalität«<sup>33</sup>, die Krone nicht selten an die Grenze seiner Möglichkeiten brachten.

Das Tagebuch hält zahlreiche dieser kritischen Situationen fest. Am 2. März 1959 etwa verlief eine Aussprache, die Krone mit dem Kanzler über die von diesem betriebene Kandidatur Ludwig Erhards für das Amt des Bundespräsidenten hatte, »so hart, daß ich ihm meinen Rücktritt vom Fraktionsvorsitz anbot. In der Forderung des größten Teiles der Fraktion, Erhard solle in der aktiven Politik bleiben, sieht der Kanzler eine Desavouierung seiner eigenen Politik.« Drei Monate später, am 19. Juni 1959, notiert Krone: »Der Kanzler gibt keine Ruhe. Vor aller Welt fängt er wieder den Streit mit Erhard an ... Die Fraktion stellt sich gegen den Kanzler ... Sein Name verliert. Ist er alt, zu alt geworden? Er ist hart und unnachgiebig. Ich kann es in der Fraktion nicht zu einer Kontroverse zwischen Adenauer und Erhard kommen lassen. Das Maß ist zum Überlaufen voll. Das Pendel schlägt gegen den Kanzler aus.« Ein Jahr später steigert sich diese Spannung gar zu einem der bei Krone seltenen Temperamentsausbrüche: »Wenn der Alte die Wahl verlieren will«, hält er am Abend des 15. Juli 1960 fest, »muß er fortfahren, mit allen Leuten Krach anzufangen. Ich habe es langsam auch satt, den Topf immer wieder zu leimen, den er zerschlägt«<sup>34</sup>.

---

32 Heinrich KRONE, *Konrad Adenauer – Im Gespräch mit einem großen Politiker und tiefen Menschen*, in: *Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers. Beiträge von Weg- und Zeitgenossen*, hrsg. von D. BLUMENWITZ u. a., Stuttgart 1976, S. 117-121, Zitate 117.

33 So Eugen GERSTENMAIER (wie Anm. 23), S. 117.

34 H. KRONE I, S. 336, 364 f. u. 434. – Zum Hintergrund der Auseinandersetzungen um

Dabei stand Krone in der Sache keineswegs immer auf seiten der Fraktion, die gleichwohl auf seine Loyalität zählen konnte. Aber die Skepsis des »Alten« bezüglich einer Kanzlerschaft Erhards teilte er voll und ganz. »Ich weiß es, Erhard ist kein Politiker. Er ist nicht der Bundeskanzler, den wir brauchen«, vertraute er frühzeitig dem Tagebuch an, wußte aber um die Stimmung in Wählerschaft und Fraktion und gab sich schon zu Beginn des Jahres 1959 davon überzeugt, daß Erhard trotz aller zu vermutenden Querschüsse das Rennen machen werde.<sup>35</sup> In dieser Haltung ließ er sich auch nicht beirren, als Adenauer ihn 1962 selbst als Kandidaten ins Spiel zu bringen suchte. »Mit Globke einig«, heißt es am 21. Januar 1962 lapidar, »daß wir an Erhard nicht vorbeikommen, auch wenn wir besorgt sein müssen.«

Überhaupt fand Krones enge Zusammenarbeit mit dem Kanzler ihre Entsprechung in seinem Vertrauensverhältnis zu Staatssekretär Hans Globke.<sup>36</sup> Ihre morgendlichen »Montagsrunden« zu dritt, »eines der wichtigsten Entscheidungszentren in der Adenauerschen Kanzlerdemokratie«<sup>37</sup>, dienten dem Gedankenaustausch über alle drängenden politischen Fragen: »Es gibt niemanden, der wie Globke um die Dinge weiß und den Kanzler berät«, hält Krone fest, freut sich, auch selbst mit ihm »bestens zusammen[zuarbeiten]«, und tauscht sich mit ihm laufend aus.<sup>38</sup> Vor allem weiß er sich an Globkes Seite, als er den Eindruck gewinnt, daß »die ewigen Angriffe« wegen seiner Tätigkeit im Dritten Reich ihn »langsam zermürbten« oder auch Globke zuweilen den Zorn des alten Herrn zu spüren bekam.<sup>39</sup> Als im März 1963 feststand, daß Globke mit Erreichen der Altersgrenze aus dem Dienst scheidet würde, äußert Krone Verständnis: »Er und seine Familie wollen auch einmal Ruhe haben.« Und unvermittelt fährt er fort: »Auch ich bin ihm zu großem Dank verpflichtet. Auch mir war und ist er ein kenntnisreicher Berater. Wir wurden Freunde.« Was nun folgt, liest sich wie Krones alter

Ludwig Erhard vgl. Daniel KOERFER, *Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer*, Stuttgart 1988; ferner V. HENTSCHEL (wie Anm. 19), S. 326-434.

35 Eintragungen vom 3. Januar und 7. März 1959 (Zitat). H. KRONE I, S. 323 u. 338.

36 Eine Biographie Globkes fehlt. Vgl. aber die biographische Skizze von Ulrich von HEHL, *Hans Globke (1898-1973)*, in: Jürgen ARETZ u. a. (Hrsg.), *Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts*, Bd. 3, Mainz 1979, S. 247-259, 294 f.; Klaus GOTTO (Hrsg.), *Der Staatssekretär Adenauers. Persönlichkeit und politisches Wirken Hans Globkes*, Stuttgart 1980.

37 So D. KOERFER (wie Anm. 34), S. 162.

38 Eintragungen vom 27. August 1959 und 13. September 1960. H. KRONE I, S. 374 u. 445.

39 Eintragungen vom 5. Januar und 29. Februar 1960 (Zitat). H. KRONE I, S. 394 u. 407. Zu den Hintergründen der Kampagnen vgl. Ulrich von HEHL, *Der Beamte im Reichsinnenministerium: Die Beurteilung Globkes in der Diskussion der Nachkriegszeit. Eine Dokumentation*, in: K. GOTTO (Hrsg.), *Der Staatssekretär* (wie Anm. 36), S. 230-282; Norbert JACOBS, *Der Streit um Dr. Hans Globke in der öffentlichen Meinung der Bundesrepublik Deutschland 1949-1973. Ein Beitrag zur politischen Kultur in Deutschland*, 2 Bde., phil. Diss. Bonn 1992.

ego: »Globke liebt das Schweigen. Nur wenigen öffnet er sich. Wer meint, dieser Staatssekretär bestehe nicht auf dem, was er für richtig und geboten hält, irrt. Das weiß und erfuhr auch der Kanzler, der in Globke seinen besten Berater hat.«<sup>40</sup>

Neben dem besorgten Staatsmann und machtbewußten Politiker beleuchten Krones Aufzeichnungen freilich auch den Menschen und Christen Adenauer, seine Einsamkeit, auch seine Fürsorglichkeit und die seltenen Gelegenheiten, »wo alles Politische abfällt und Konrad Adenauer von dem spricht, was ihn im letzten bewegt«.<sup>41</sup> Allerdings erschreckt Krone auch wieder der schonungslose Pessimismus des »Alten«, wenn er aus einem Vieraugengespräch den Satz festhält: »Der ist kein Politiker, der nicht die Menschheit in ihrer Abgründigkeit sieht, und daß alles Handeln nur Versuch sei, mit dieser Welt fertig zu werden.« Dies ließ für Krones Empfinden wenig von christlicher Zuversicht erkennen, er fragte aber nicht nach, wußte sich mit dem alten Herrn jedoch darin einig, daß die »Führung der Unionsparteien« auch künftig »in der Hand von Christen liegen« müsse<sup>42</sup>. Aber würde es »gelingen, das Christliche weiterhin zum Träger, zum Motor des Politischen zu machen, wo alles Grundsätzliche in der Welt an Kraft verliert?«<sup>43</sup>

Krone mochte sich dieser Frage entsinnen, die er zu Jahresbeginn 1962 niedergeschrieben hatte, als er ein halbes Jahr später, im Rückblick auf den Dortmunder Bundesparteitag der CDU, gegenüber Adenauer das Empfinden äußerte, »daß »unsere Zeit vorbei sei«, die des Kanzlers und meine. Im Denken vieler in unserem Volke und auch im Denken maßgeblicher Kreise der westlichen Welt. Man wolle einen anderen ... Was dieser Wechsel bedeute, sähen die Wenigsten.« Adenauers ruhige Entgegnung »Auf keinen Fall aber Erhard« blieb ohne Antwort.<sup>44</sup>

### III. Das Verwirrspiel um die Präsidentschaftswahl 1959

Adenauers Rückzug auf Raten begann im Grunde schon mit dem gravierenden Vertrauensverlust, den er im Frühjahr 1959 durch das Verwirrspiel

40 Eintragung vom 11. März 1963.

41 Eintragungen vom 9. Oktober 1954, 3. September 1957 (Zitat) u. 11. April 1958. H. KRONE I, S. 146, 265 u. 300. Vgl. ferner die Notiz zu Adenauers Todestag, dem 19. April 1967.

42 Eintragungen vom 24./27. April 1961. H. KRONE I, S. 486 f.

43 Eintragung vom 14. Januar 1962.

44 Eintragung vom 6. Juni 1962. – Zum Parteitagsgeschehen vgl. auch Hans-Otto KLEINMANN, *Geschichte der CDU 1945-1982*, Stuttgart 1993, S. 185-196.

um seine Präsidentschaftskandidatur erlitt.<sup>45</sup> Seither häufen sich auch in den Krone-Tagebüchern die Hinweise, daß große Teile der Fraktion, die sich durch Adenauers Vorgehen düpiert fühlten, ihm nicht länger zu folgen bereit waren. »Harte Worte, die der Kanzler zu hören bekommt«, notiert er von der erregt verlaufenen Fraktionssitzung am 5. Juni 1959. Nur mit Mühe gelang es ihm, eine Abstimmung zu verhindern. Allein die Erfordernis, einen nicht unwahrscheinlichen Mißtrauensantrag im Bundestag abwehren zu müssen, schloß noch einmal die Reihen.<sup>46</sup>

Ein Jahr zuvor war auch Krone als ein möglicher Kandidat für die Präsidentschaft von namhaften Unionsabgeordneten ins Spiel gebracht worden, doch ließ ihn damals der Kanzler wissen, daß aus Gründen des konfessionellen Proporz ein evangelischer Kandidat vorzuziehen sei. Überdies wurde bald klar, daß norddeutsche Befürworter einer Kandidatur Krones dies mit der »Zusicherung für einen evangelischen Bundeskanzler« verbinden wollten. Krones Reaktion »Kein Kommentar« läßt bereits erkennen, daß er sich an dergleichen Spekulationen nicht zu beteiligen gedachte.<sup>47</sup> Anfang Januar 1959 überraschte ihn Adenauer überdies mit dem Vorschlag, »unter allen Umständen sein Nachfolger im Kanzleramt« zu werden, weil er um die Fortführung seiner Außenpolitik unter Erhard ernstlich besorgt war. Krones Hinweis, daß die Fraktion sich auf Erhard festgelegt habe, ließ den Kanzler ungerührt. Immerhin erreichte Adenauer nach einem erneuten Vorstoß, daß Krone am 23. Februar 1959 den inzwischen ernsthaft erwogenen Gedanken an eine Präsidentschaftskandidatur fallenließ. Krone konnte indes nicht verhindern, daß einen Tag später auf einer Konferenz führender Unionspolitiker statt des von ihm vorgeschlagenen schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten von Hassel Ludwig Erhard zum Präsidentschaftskandidaten nominiert wurde, und zwar auf Vorschlag von Innenminister Schröder, der, wie Krone wohl sah, um eigener Kanzler-Ambitionen willen einen »Vordermann aus dem Weg« räumen wollte und hierfür aus gleichfalls durchsichtigen Gründen die lebhafteste Unterstützung Adenauers fand.<sup>48</sup>

Wie unschwer vorauszusehen war, mußte dieser Schachzug »hellste

45 Neben der Darstellung, die ADENAUER selbst im 3. Band seiner *Erinnerungen* (wie Anm. 6, hier S. 483-551) gibt, vgl. insbesondere Wolfgang WAGNER, *Die Bundespräsidentenwahl 1959* (Adenauer-Studien II, hrsg. von Rudolf MORSEY und Konrad REGEN), Mainz 1972; Klaus GOTTO, *Adenauer, die CDU und die Wahl des Bundespräsidenten 1959*, in: *Konrad Adenauer. Ziele und Wege. Drei Beispiele*, Mainz 1972, S. 97-144; D. KOERFER (wie Anm. 34), S. 227-277; H.-P. SCHWARZ, *Adenauer* (wie Anm. 5), S. 502-526, und V. HENTSCHEL (wie Anm. 19), S. 326-346.

46 H. KRONE I, S. 360 f.

47 Eintragungen vom 24. Juli, 27. Oktober und 21. November 1958 (Zitat). H. KRONE I, S. 311, 316 u. 319.

48 Eintragungen vom 6. Januar (1. Zitat), 3., 20., 21., 23., 24. u. 26. Februar 1959 (2. Zitat). H. KRONE I, S. 323 f., 328 f. u. 333 ff.

Empörung« unter den Unionsabgeordneten auslösen; Krone hält dies nicht ohne Befriedigung fest. Trotz eines weiteren, unerhört harten Zusammenstoßes mit dem Kanzler blieb er aber darauf bedacht, ihn »vor einer Niederlage in der Fraktion zu bewahren«. Nicht verhindern ließ sich jedoch, daß Erhards Verzichtserklärung in der Presse als Demütigung des Kanzlers interpretiert wurde.<sup>49</sup> Um so überraschter reagierte Krone, als er am 4. April über Globke von der Überlegung Adenauers erfuhr, sich selbst um die Präsidentschaft zu bemühen, um auf diesem Wege seine Nachfolge besser steuern zu können. Die Verwirrung stieg vollends, als der Kanzler Ende April von diesem Vorhaben wieder abrückte, falls doch Erhard und nicht der von ihm inzwischen favorisierte Finanzminister Etzel sein Nachfolger werden sollte.<sup>50</sup>

Die folgenden Wochen stellten an die vielfach erprobte Vermittlungsgabe Krones kaum erfüllbare Anforderungen. »Kontinuität der Politik« war dabei sein leitender Gedanke. Etzel hielt er nur für durchsetzbar, wenn Erhard verzichtete, der aber hatte offen seine Kanzlerambitionen zu erkennen gegeben. »Ich kenne Erhards Schwächen; sie müssen durch eine gute Ministerwahl ausgeglichen werden«, notierte Krone am gleichen Tag, an dem er von Adenauers Kehrtwendung erfahren hatte. Auch stundenlange Gespräche mit dem Kanzler vermochten diesen nicht umzustimmen; hierbei kam auch erneut eine Kanzlerschaft Krones zur Sprache, wurde von diesem aber abgelehnt. Adenauer erschien ihm »hart bis zum Letzten«, doch auch zu Erhard hielt er Kontakt, mit dem freilich »ein ruhiges Wort überhaupt nicht mehr zu sprechen ist«.<sup>51</sup>

Der Tagebucheintrag vom 23. Mai »Der Kanzler gibt nach. Erhard wird sein Nachfolger« erwies sich indes als voreilig. Am 2. Juni – inzwischen schien die seit dem 11. Mai in Genf tagende Vier-Mächte-Konferenz über Deutschland eine für den Bonner Alleinvertretungsanspruch bedrohliche Wendung zu nehmen – eröffnete Adenauer dem widersprechenden Krone im Palais Schaumburg seine Absicht, Kanzler zu bleiben: »Auch wenn ich die Brocken hinwürfe, sein Entschluß stünde fest ... In 14 Tagen ... sei alles wieder beruhigt; die Wut und Erregung der ersten Tage müsse man durchhalten.« Einmal mehr vertraute Krone dem Tagebuch seine Verwunderung an, wie der Kanzler mit Menschen umging und welche Interpretation er selbst den Geschehnissen gab; er kam nicht umhin, »der Wahrheit wegen ... dem Kanzler einige Male in die Parade [zu] fahren«. Aber er war auch wieder zu nüchtern, als daß er die dem unerquicklichen Hin und Her zugrunde

49 Eintragungen vom 25. Februar, 2., 3. u. 4. März 1959. H. KRONE I, S. 335 ff.

50 Eintragungen vom 4., 5. u. 27. April, 1. u. 2. Mai 1959. H. KRONE I, S. 347 f., 352 f.

51 Eintragungen vom 10. (1. Zitat), 14., 17. u. 27. April (2. Zitat), 1., 2., 11., 12., 15., 16., 19. u. 20. Mai 1959 (3. Zitat). H. KRONE I, S. 349-356.

liegenden außenpolitischen Sorgen Adenauers nicht gesehen hätte: Mit dem »Willen zur Macht« schien ihm jedenfalls »die Frage nicht hinreichend beantwortet«. <sup>52</sup>

Während der folgenden Wochen war Krone damit beschäftigt, die Unruhe in der Fraktion zu dämpfen und zwischen dem tief gekränkten Erhard und dem nach wie vor streitsüchtigen Kanzler zu vermitteln. Er kreidet ihm an, seinen Fehler nicht einsehen zu wollen, will aber auch nicht an »Altersstarrsinn« glauben, »da ich ihn sehe und erfahre, wie er in Form ist«. Jedenfalls gelang es nur schwer, die Gemüter zu beruhigen und die beiden Streithähne notdürftig miteinander zu versöhnen. <sup>53</sup> Den Friedensschluß beider in Gestalt eines Briefwechsels konnte er nur mit starker innerer Erregung vor der Fraktion bekanntgeben. <sup>54</sup>

#### IV. Beobachtungen zur Präsidentschaft Heinrich Lübkes

Unter diesen Umständen trug die am 15. Juni 1959 bekanntgegebene Präsidentschaftskandidatur von Ernährungsminister Heinrich Lübke alle Anzeichen der Verlegenheitslösung. <sup>55</sup> Mit Lübkes Wahl am 1. Juli hielt Krone die Krise für überwunden, gewann aber schon bald den Eindruck, daß Lübke »gute Berater nötig haben« werde, auf die er jedoch auch hören müsse. Am 7. Oktober steckt Krone ihm »unter vier Augen ... einiges ...«, das gesagt werden mußte. Auch, daß seine Frau sich zurückhalten solle«, aber nach einjähriger Amtszeit weiß er bereits, daß es »wenig Sinn« macht, »dem Bundespräsidenten zu raten«. Mit Unbehagen registriert er darüber hinaus, daß Lübke sich immer mehr in die Politik einmischte. »Er will mitregieren. Auch da, wo es nicht seines Amtes ist.« <sup>56</sup>

Gegen Ende der ersten Amtsperiode mehren sich die kritischen Kommentare, und Krone muß sich eingestehen, Lübke überschätzt zu haben. <sup>57</sup> Nach einer gründlich mißglückten Rede Lübkes vor dem Hamburger Übersee-Club sieht er sich vor die peinliche Aufgabe gestellt, »ihm sagen zu müssen,

<sup>52</sup> Eintragungen vom 23. Mai (1. Zitat), 2. u. 7. Juni 1959 (2. u. 3. Zitat). H. KRONE I, S. 357 u. 359 ff.

<sup>53</sup> Eintragungen vom 10., 12., 14., 19., 20., 21. (Zitat), 22., 23. u. 24. Juni 1959. H. KRONE I, S. 362-366.

<sup>54</sup> Druck der Briefe vom 23. Juni 1959 bei W. WAGNER (wie Anm. 45), S. 85 ff. Vgl. auch D. KOERFER (wie Anm. 34), S. 354-366.

<sup>55</sup> Vgl. zum Folgenden jetzt Rudolf MORSEY, *Heinrich Lübke. Eine politische Biographie*, Paderborn u. a. 1996, S. 254-586.

<sup>56</sup> Eintragungen vom 15. Juni, 1. u. 11. Juli (1. Zitat), 2. u. 7. Oktober 1959 (2. Zitat), 16. Juli (3. Zitat) u. 25. November 1960 (4. Zitat). H. KRONE I, S. 363 f., 368 f., 380 f., 435 u. 459.

<sup>57</sup> Unter dem 12. Juni 1963 findet sich das Urteil: »Ich hatte einmal geglaubt, Heinrich Lübke würde sich in seinem Amt bewähren, wie sich einmal Friedrich Ebert bewährt hat. Das Amt erfordert mehr, als er zu geben vermag. Schade!«

er solle seine Reden künftig ablesen«. Auch mit Adenauer und Globke weiß er sich einig, daß der Bundespräsident »kritischen Situationen nicht mehr gewachsen« sei, äußerte aber Bedenken, selbst für die Nachfolge zu kandidieren.<sup>58</sup> Nach ruhiger Überlegung änderte er in den folgenden Tagen seine Meinung, zog jedoch nur wenige ins Vertrauen. Daher bleibt einstweilen rätselhaft, warum Adenauer Krones Kandidatur nicht mit Nachdruck betrieb, sondern statt dessen Parteivorstand, Fraktion und Parteiausschuß trotz unübersehbarer Vorbehalte mit großer Mehrheit für Lübke votierten, dessen Bereitschaft mit Wohnungsbauminister Lücke zuvor ein erklärter Befürworter der Wiederwahl erkundet hatte. Bekannt ist lediglich, daß der erkrankte Fraktionsvorsitzende von Brentano auf Krones Verbleib im Kabinett gedrängt hatte und »bei einigen führenden Unionspolitikern Bedenken« gegen seine Kandidatur bestanden. Egon Bahr, der im Auftrage des SPD-Vorsitzenden Brandt bei ihm sondierte, ließ überdies erkennen, daß auch die SPD seine Wahl nicht mittragen würde, waren doch Krones deutschland- und ostpolitische Vorstellungen mit denjenigen des Kreises um Willy Brandt schwerlich in Einklang zu bringen. In der Tat sprachen sich die führenden sozialdemokratischen Parteigremien am 4. Juni für die Wiederwahl Lübkes aus, dessen zweite Amtszeit dadurch gesichert schien.<sup>59</sup>

Als Krone zwei Tage später Bilanz zog, hielten Enttäuschung und Erleichterung sich die Waage. Einerseits hätte er die Präsidentschaft als »gute[n] Abschluß [s]einer Lebensarbeit« empfunden, andererseits tröstete ihn, höchst unliebsamen Repräsentationspflichten auch künftig entgehen zu können. Auch wuchs bei dem 69jährigen die Neigung, sich »aus aller Politik zurückzuziehen«. Der Politiker in ihm konnte die Entscheidung der Sozialdemokraten nur für konsequent halten: »Von Lübke wissen sie, daß er die Koalition mit der Sozialdemokratie schon seit langem will. Außerdem haben sie mit dieser Entscheidung in die Regierungskoalition einen Keil getrieben«, da die FDP sich inzwischen für einen eigenen Kandidaten entschieden hatte. Anders sah Krone die Dinge bei der eigenen Parteiführung; sie hätte »diese Entwicklung vermeiden können, wenn sie nicht von Anfang an sich so eindeutig und stark trotz Bedenken für die Wiederwahl Lübkes eingesetzt« hätte.<sup>60</sup>

Gleichwohl kommentiert er Lübkes pannenreiche zweite Amtszeit nicht etwa mit Schadenfreude, im Gegenteil, er kommt nur noch selten auf ihn zu sprechen. So verübelt er ihm, daß er dem toten Adenauer nicht seine Rever-

58 Eintragungen vom 14. April u. 13. Mai 1964.

59 Eintragungen vom 22., 23. u. 25. Mai, 1., 4. u. 6. Juni 1964 (Zitat). Vgl. auch H.-P. SCHWARZ, *Adenauer* (wie Anm. 5), S. 886, u. R. MORSEY (Anm. 55), S. 400. Zur Intervention Brentanos Arnulf BARING, *Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel*, Stuttgart 1982, S. 35 f.

60 Eintragung vom 6. Juni 1964.

enz erwiesen habe, hingegen »beim feierlichen Staatsakt« sprechen wolle, »was er besser unterließe«<sup>61</sup>. Die in den Medien über Lübke verbreitete Häme bekümmert ihn, den von der SED initiierten Verleumdungsfeldzug gegen den angeblichen »KZ-Baumeister« findet er »infam« und rät dem Bundespräsidenten, nicht wegen dieser Kampagne zurückzutreten, beklagt aber auch, »daß wir diese Spitze unseres Staates haben. Wie armselig und kleinkariert!«<sup>62</sup> Als im Frühjahr 1968 zu allem Überfluß ein Manipulationsversuch der Präsidentengattin mit ihrem Geburtsdatum bekannt wird, ist Krone wenig beglückt. Von Globke und Staatssekretär Berger erfährt er, daß die Verhältnisse im Bundespräsidialamt immer unhaltbarer würden und Lübke auf wohlgemeinte Ratschläge nur mit Starsinn reagierte. »Der gute Heinrich Lübke«, hält Krone resignierend fest, »ist unbelehrbar und seine Frau nicht minder.«<sup>63</sup>

Freilich machte ihm die Kür eines Nachfolgers kaum geringere Sorgen. In der Wahl Gustav Heinemanns, den er für einen Mann mit »politische[n] und weltanschauliche[n] Scheuklappen« hält und ihm aus den 50er Jahren konfessionalistische Enge und seine deutschlandpolitischen Attacken nachhaltig verübelt, sieht er den Anfang vom Ende der Großen Koalition.<sup>64</sup> Er kreidet Bundeskanzler Kiesinger und der Fraktionsführung an, nicht mit der SPD gemeinsam einen Kandidaten aufgestellt zu haben, und vermißt »Führung« und »Weitsicht«. Sarkastisch äußert er sich über den »neue[n] Stil des Bundespräsidenten« und sieht Heinemann nach dem Wahlsieg der sozialliberalen Koalition »immer mehr« zum »Parteipräsident[en]« werden.<sup>65</sup>

#### V. Von Adenauer zu Erhard

Während Krone die Präsidentschaften Lübkes und Heinemanns aus gewisser Distanz beobachtete, war er in den Streit um die Nachfolge Adenauers ganz unmittelbar verwickelt. Diese Frage trat nach dem Bau der Berliner Mauer und der Bundestagswahl vom 17. September 1961 in ein neues Stadium, da CDU und CSU ihre absolute Mehrheit verloren hatten und zu schwierigen

<sup>61</sup> Eintragung vom 23. April 1967.

<sup>62</sup> Eintragungen vom 18. April u. 4. August 1967, 8. Februar u. 14. März 1968 (Zitat). Zu den Vorgängen selbst R. MORSEY (wie Anm. 55), S. 479-563.

<sup>63</sup> Eintragungen vom 29. März, 6. April, 16. Juli u. 14. Oktober 1968, 12. Februar 1969 (Zitat). – Krone hielt übrigens schon am 29. Januar 1962 fest: »Der Spiegel hat eine Information, nach der in ihrem Diplomatenpaß Frau Lübke ein Geburtsdatum habe, das nicht stimmt.«

<sup>64</sup> Eintragungen vom 25. Januar 1958 u. 18. November 1959. H. KRONE I, S. 286 u. 387; ferner Notiz vom 16. Oktober 1969 (Zitat). Zu deutschlandpolitischen Attacken Heinemanns (und Dehlers) vom 23. Januar 1958 vgl. auch D. KOERFER (wie Anm. 34), S. 182 ff.; H.-P. SCHWARZ, *Adenauer* (wie Anm. 5), S. 405-409, sowie Udo WENGST, *Thomas Dehler 1897-1967. Eine politische Biographie*, München 1997, S. 309 ff.

<sup>65</sup> Eintragungen vom 3. u. 5. März, 4. Juli u. 16. Oktober 1969.

Koalitionsverhandlungen mit den Freien Demokraten gezwungen waren. Immerhin konnten sich die Unionsfraktionen trotz widerstrebender Interessen Ende September auf eine erneute Kandidatur Adenauers verständigen. Krone begrüßte das lebhaft, befürwortete er doch angesichts der augenblicklichen Ost-West-Spannungen einen kontinuierlichen Fortgang der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Dies traute er dem »ahnungslosen, prächtigen Erhard« nicht zu, der nicht einmal merke, »wie ihm bei aller Sympathie ... die Felle immer mehr wegschwimmen. Strauß sitzt ihm im Genick, und Mende spricht von Gerstenmaier als Kanzler.«<sup>66</sup>

Unter dem 8. Oktober notiert Krone belustigt, daß er der FDP für Adenauers fristgerechten Rücktritt zum Januar 1963 bürgen solle.<sup>67</sup> Doch die Verhandlungen zogen sich hin. Sie waren überschattet von der Sorge um den unberechenbaren Kurs der USA in der Berlin- und Deutschlandpolitik,<sup>68</sup> von Aufweichungstendenzen in den eigenen Reihen, die Krone bei Strauß und Schröder beobachtete, sowie Ärger über die Freien Demokraten, die ausgerechnet in einer Zeit außenpolitischer Hochspannung den Rücktritt Brentanos forderten. »Eine armselige Partei, diese Freien Demokraten. Echt liberal; soviel Köpfe, soviel Sinne. Einig im Anti, sonst in nichts«, wie es in einer der seltenen polemischen Eintragungen heißt.<sup>69</sup> Daß Krone am Ende eines langen Tauziehens als Sonderminister in das 4. Kabinett Adenauer eintrat, um sich in besonderer Weise »der Berlin-Fragen an[zun]ehmen«<sup>70</sup>, ging somit nicht zuletzt auf den Wunsch des Kanzlers zurück, mit ihm ein »Gegengewicht zu Strauß und Schröder« zu haben,<sup>71</sup> die die Schlüsselres-

66 Eintragungen vom 25., 27., 29. u. 30. September, 1., 2. u. 3. Oktober 1961 (Zitat). H. KRONE I, S. 532-537.

67 H. KRONE I, S. 540. Zu der von Adenauer schriftlich verlangten Zusicherung, nicht die volle Amtszeit hindurch regieren zu wollen, vgl. auch D. KOERFER (wie Anm. 34), S. 608.

68 Vgl. hierzu auch Horst OSTERHIED, »Ich gehe nicht leichten Herzens...«. Adenauers letzte Kanzlerjahre. Ein dokumentarischer Bericht (Adenauer-Studien V, hrsg. von Rudolf MORSEY und Konrad REPGEN), Mainz 1986, passim; ferner Karl CARSTENS, *Erinnerungen und Erfahrungen*, Boppard am Rhein 1993, S. 288-291 u. 239 f.

69 Eintragungen vom 9. u. 21. Oktober 1961 (Zitat). H. KRONE I, S. 541 u. 546. – Zu Brentano vgl. die biographische Skizze von Klaus GOTTO, *Heinrich von Brentano (1904-1964)*, in: Jürgen ARETZ u. a. (Hrsg.), *Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts*, Bd. 4, Mainz 1980, S. 225-239, 278 f.; ferner Arnulf BARING, *Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Heinrich von Brentano im Briefwechsel mit Konrad Adenauer 1949-1964*, Hamburg 1974, S. 339-391, und D. KOSTHORST (wie Anm. 19), S. 390-399.

70 Eintragung vom 13. November 1961.

71 So H.-P. SCHWARZ, *Adenauer* (wie Anm. 5), S. 697. – Bezeichnend ist, daß Krone am 30. April 1962 über ein gemeinsames Gespräch mit Schröder beim Kanzler in dessen Urlaubsort Cadenabbia festhält: »Schröder geht einen neuen Weg, den der neuen weichen Linie. Es ist der neue Wind, wie er aus Amerika weht. Schröder sieht in seiner rationalen Art alles glasklar vor sich liegen ..., und Berlin sei nun einmal der Punkt, der eine Bereinigung erfordere, und das wollten die Amerikaner«. Die Konsequenz »für unseren neuen Außenminister« laute daher: »Frontbegradigung«.

sorts für Verteidigung und Äußeres verwalteten. Mit gemischten Gefühlen übergab Krone den Fraktionsvorsitz wieder an Heinrich von Brentano, dessen Nachfolger er selbst vor sechs Jahren geworden war.<sup>72</sup> Bezüglich der künftigen Regierungsarbeit blieb er pessimistisch: »Diese Koalition hat den Wurm in sich; zu größeren und geschlossenen Vorlagen und Beschlüssen wird es nicht kommen.«<sup>73</sup>

Daß sich die Koalitionsfrage schon binnen Jahresfrist stellen würde, war nicht vorauszusehen. Allerdings häuften sich 1962 die Schwierigkeiten in auffälliger Weise. In der Deutschland-Politik trieb Krone vor allem die Sorge um den Status Berlins um; mehrfach kam es mit dem neuen Außenminister Schröder, der Krone auch menschlich nicht lag und dem er vorhielt, Berlin abgeschrieben zu haben, zu heftigen Zusammenstößen.<sup>74</sup> In der Europa-Politik mahnte er den Kanzler, sich »nicht einseitig auf Frankreich fest[zulegen]« und jedenfalls Großbritannien nicht den Weg nach Europa zu versperrern,<sup>75</sup> und was die außenpolitische Lage generell anbelangte, so drohte im Herbst 1962 die Kuba-Krise zur direkten militärischen Konfrontation zwischen den Weltmächten zu führen, wenngleich Krone auch wieder zuversichtlich war, daß es die Sowjetunion nicht zum äußersten kommen lassen würde.<sup>76</sup>

In der Union wuchs gleichzeitig die Mißstimmung über Adenauer, der die Bekanntgabe eines Rücktrittsdatums fintenreich hinauszuzögern suchte und bei jeder sich bietenden Gelegenheit an Erhard herummäkelte. Wiederholt drang er auch in Krone, sich zur Nachfolge bereitzufinden. Selbst Krone wurde allmählich unsicher, ob der alte Herr seine Möglichkeiten noch realistisch einschätze und noch die Kraft habe, »das, was kommt, rechtzeitig und in guter Zusammenarbeit zu ordnen«<sup>77</sup>. Jedenfalls notiert er gleich mehrfach, daß es im Kabinett, in der Fraktion, aber auch in der Koalition an energischer Führung fehle.<sup>78</sup>

Parallel zu Adenauers Autoritätsverlust mehrten sich Eskapaden von Franz Josef Strauß, der Krones Eindruck zufolge, kaum daß er die »FIBAG-Affä-

72 Eintragung vom 24. November 1961 mit dem bezeichnenden Hinzufügen: »Ob es gut geht?«

73 Eintragung vom 12. November 1961. *IL KRONE I*, S. 550.

74 Eintragungen vom 2. Februar, 8. u. 9. März, 6. u. 7. Oktober 1962. – Gerhard SCHRÖDER selbst läßt in seinem Beitrag *Außenpolitik im Übergang Adenauer – Erhard* (in: *Konrad Adenauer und seine Zeit* [wie Anm. 32] S. 719-745) von diesen Spannungen nichts erkennen. Er erwähnt Krone nicht einmal und behauptet eine durchgängige außenpolitische Kontinuität zwischen den Regierungen Adenauer und Erhard.

75 Eintragungen vom 29. Mai, 17. (Zitat) u. 27. Juni 1962.

76 Eintragungen vom 22.-24. Oktober 1962.

77 Eintragungen vom 21. Januar, 1. Februar, 7. April (Zitat), 8. Juli, 13. u. 21. September 1962.

78 Eintragungen vom 10. Februar und 16. Mai 1962.

re« überstanden hatte, Brentano faktisch die Fraktionsführung aus der Hand nahm.<sup>79</sup> Neben seiner Unbeherrschtheit wirft Krone ihm vor allem vor, sich mit Schmeichlern zu umgeben und nicht zuhören zu können. »Politiker, die nicht zuhören können, sind, wenn sie klug sind, gefährlich«, hält er am Tag nach Strauß' Wahl zum CSU-Vorsitzenden fest.<sup>80</sup> Mitte Juli 1962 macht er seinem Unmut Luft: »Es ist unglaublich, dieser Weihrauch, den sich Strauß streuen läßt«. Aber es waren auch Tendenzen in der Bundeswehr, die Krone besorgt machten: »Was fällt den Generalen ein? Ihr Generalinspekteur erklärt, daß Strauß ihr Vertrauen habe und daß er bleiben solle. Was geht die Soldaten an, wer ihr Minister ist. Ich verstehe nicht, daß der Kanzler das alles so hinnimmt.«<sup>81</sup>

War Krones Stimmung somit gedrückt, so brachte Strauß' Verhalten in der »Spiegel-Affäre« das Faß zum Überlaufen. Während er den Verteidigungsminister »blind und unbeherrscht wie immer« agieren sieht, sucht er mit aller Kraft einen Bruch der Koalition zu verhindern. »Am Ende«, so fürchtet er, »stünde die Koalition mit den Sozialdemokraten. Diese kommt auch demnächst; doch nicht heute und nicht über einen Kanzlersturz sollte sie kommen.«<sup>82</sup> Nach dem Rücktritt der FDP-Minister steht für Krone fest, daß auch Strauß seinen Hut nehmen muß. »Das neue Kabinett« soll nach seinen Vorstellungen »so aufgebaut sein, daß der nächste Kanzler es weithin übernehmen kann«. In dieser Situation wirkte Adenauers Ankündigung, »im Laufe des nächsten Jahres« zurückzutreten, sichtlich beruhigend. Krone, der mit Globke als erster davon erfährt, bleibt indes skeptisch: »Ein großer Mann unserer Geschichte geht. Vielleicht noch früher, als er es will. Ich stehe ihm nahe. Sie werfen Steine auf ihn, diese kleinen Geister, auch in unseren Reihen. Sie rufen nach Erhard, und der kann die Zeit nicht abwarten. Wie bald werden sie erkennen, wie armselig wir dastehen. – Ich weiß nicht, was ich tue, wenn Konrad Adenauer geht. Ich soll bleiben; doch mit Erhard und mit Strauß, der wieder kommen will?«<sup>83</sup>

Hierdurch in eine Art »Endzeitstimmung« versetzt, formulierte Krone zum Jahreswechsel 1962/63 das Hauptziel der deutschen Politik nur noch defensiv: »Das Erreichte sichern und ausbauen«. Aber ihn drückte die Sorge,

<sup>79</sup> Eintragung vom 20. Juli 1962. Zur FIBAG-Affäre vgl. H.-P. SCHWARZ, *Ära Adenauer* (wie Anm. 19), S. 263 ff.

<sup>80</sup> Eintragung vom 19. März 1961. H. KRONE I, S. 474 f.

<sup>81</sup> Eintragung vom 18. Juli 1962. – Unter dem 30. März 1963 notiert Krone: »Ich habe den Eindruck, daß im Verteidigungsministerium die Soldaten Entscheidungen treffen, ohne viel die politischen Stellen zu fragen. Hassel ist noch zu neu im Amt und von Hause her geneigt, auf die Soldaten zu hören. Die Gefahr der Restauration bis zur Reaktion taucht auf.«

<sup>82</sup> Eintragung vom 4. November 1962. – Zur »Spiegel-Affäre« H.-P. SCHWARZ, *Ära Adenauer* (wie Anm. 19), S. 261-273 u. passim, ferner V. HENTSCHEL (wie Anm. 19), S. 397-408.

<sup>83</sup> Eintragungen vom 25. November und 6. Dezember 1962.

daß die USA und Großbritannien zu Lasten der Bundesrepublik »den Ausgleich mit Sowjetrußland« suchten. Das bedeutete aber auch, ein künftiges »Kabinett Erhard institutionell wie personell gegen seine politische Labilität [zu] sichern«<sup>84</sup>. Krone selbst knüpfte sein Verbleiben in der Regierung an die Bedingung, die Zuständigkeit für Sicherheitsfragen zu behalten, wie sie ihm mit Erlaß Adenauers am 19. März 1963 übertragen worden war, um diesen sensibelsten Bereich der deutschen Verteidigungspolitik auch künftig in zuverlässigen Händen zu wissen.<sup>85</sup>

## VI. Herbst des Mißvergnügens

Bei aller Fairneß, die er dem neuen Kanzler stets entgegengebracht hatte, fand Krone zu Ludwig Erhard nicht das Vertrauensverhältnis, das ihn mit Konrad Adenauer auch über dessen Rücktritt hinaus verband. Die Vier- oder Sechs-Augen-Gespräche gehörten jetzt der Vergangenheit an, schon bald gewann er den Eindruck, nur noch ministerielles »Gnadenbrot« zu essen.<sup>86</sup> Allenthalben wuchsen »die Schwierigkeiten gegen das Amt des »Vorsitzenden des Bundesverteidigungsrates«, schon weil es »nicht in das übliche Schema der Ministerien« paßte und Krone in seiner »Aufpasserrolle« beargwöhnt wurde.<sup>87</sup> Wiederholt hatte er zu monieren, daß er vom Auswärtigen Amt nicht im erforderlichen Maß unterrichtet wurde; auch mit dem Verteidigungsministerium kam es zu Kompetenzkonflikten. Sorgenvoll vermerkte er, daß sich auch im Verhältnis zu Frankreich Irritationen einstellten. Ungeschicklichkeiten Erhards und die offen bekundete Abneigung Schröders gegen den deutsch-französischen Vertrag nährten Spekulationen über den Gegensatz von »Gaullisten« und »Atlantikern« im Kabinett.<sup>88</sup> Als Krone sich deswegen mit führenden Unionspolitikern beriet, trug ihm das den Vorwurf eines Frondeurs ein, gegen den er sich bei Erhard mit aller Entschiedenheit verwahrte.<sup>89</sup>

84 Eintragungen vom 31. Dezember 1962, 1. und 31. Januar 1963.

85 Vgl. hierzu D. KOERFER (wie Anm. 34), S. 736.

86 Eintragungen vom 10. November 1963 und 22. Juni 1964 (Zitat). – Zum Folgenden vgl. auch V. HENTSCHEL (wie Anm. 19), S. 435-649, sowie Horst OSTERHELD, *Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard 1963-1966. Ein dokumentarischer Bericht aus dem Kanzleramt*, Düsseldorf 1992.

87 Eintragung vom 24. Juni 1964.

88 Eintragungen vom 26. Juni u. 3./4. Juli 1964. – Auch dies verschleiert der in Anm. 74 angeführte Beitrag von G. SCHRÖDER. Vgl. dagegen K. CARSTENS (wie Anm. 68), S. 234 u. 258 f.

89 Eintragungen vom 8.-10., 16. u. 30. Juli 1964.

Was das Verhältnis zu den Amerikanern anging, die Krones Eindruck zufolge die Bundesregierung zur Option gegen de Gaulle zwingen wollten, hatte er mit Erhard, Schröder und von Hassel die entscheidenden Minister gegen sich. Vergeblich suchte er ihnen klar zu machen, daß es nicht um die Abwehr eines antiquierten französischen Hegemonialanspruchs ging, sondern um »die Frage nach unserer Sicherheit«<sup>90</sup>. Ohnehin wurde er den Eindruck nicht los, daß Präsident Johnson eine Verständigung mit Moskau zu Lasten der deutschen Frage anstrebte und die Bundesrepublik nurmehr Objekt am Verhandlungstisch der Großmächte sei. Daher beurteilte er auch das am 5. August 1963 in Moskau unterzeichnete Atomteststopp-Abkommen wegen seiner deutschlandpolitischen Auswirkungen skeptisch, zumal es bald neben der Unterschrift der Bundesrepublik auch diejenige der DDR trug. Die Erklärung der Westmächte, daß damit keine Anerkennung der DDR verbunden sei, befriedigte ihn nicht. Mit deutlicher Spitze gegen den Außenminister notiert er: »Was nützt alle Klarstellung gegen die Tatsache, daß die Zone mit am Tisch sitzt? Darüber geht Schröder leicht hinweg.«<sup>91</sup>

Auch über den neuen Fraktionsführer der Union ist Krone nicht glücklich. »Wenn Barzel doch nur nicht so selbstbewußt und anmaßend wäre; er hat keine Freunde«, hält er bedauernd fest, gewinnt bald den Eindruck, daß der Fraktionsvorsitzende sich schon als den künftigen Kanzler sehe, glaubt aber auch prophezeien zu können, daß er leicht »über seinen Ehrgeiz stolpern und stürzen« könne.<sup>92</sup>

Mittlerweile 70 geworden und vom ehrgeizigen Nachwuchs bedrängt, der aus dem Schatten Adenauers hinauswollte, mußte Krone sich mehr und mehr als Exponent einer vergangenen Politik epoche empfinden. So zögerte er nach den Bundestagswahlen vom 19. September 1965, auch in das 2. Kabinett Erhard einzutreten. Mit der Forderung, »daß alle Fragen von Gewicht und Entscheidung im Bereich unserer Sicherheit am Tische des Bundesverteidigungsrates beraten würden«,<sup>93</sup> blieb ihm freilich auch der Dauerkonflikt mit dem Auswärtigen Amt und der Hardthöhe erhalten. Die Zusammenstöße mit Schröder nahmen an Schärfe zu,<sup>94</sup> doch auch in Ludger Westrick, dem Chef des Bundeskanzleramtes, erwuchs ihm ein Gegner bei der Arrondierung seines Ministeriums. Zeitweilig dachte er an Rücktritt. Von Erhard war keine Unterstützung zu erwarten, zumal dessen Führungsschwäche inzwischen

90 Eintragung vom 16. November 1964.

91 Eintragungen vom 5., 8. (Zitat), 13., 14. u. 18. August sowie 6. September 1963.

92 Eintragungen vom 22. Oktober 1963 (1. Zitat), 8. März u. 9. Juli 1965, 6. Februar 1966 (2. Zitat).

93 Eintragung vom 7. (Zitat) und 28. Oktober 1965.

94 Eintragungen vom 28. Januar, 3. u. 7. Februar, 18. u. 30. März, 1., 6., 13., 28. u. 29. April, 2., 3., 10., 12., 18. u. 19. Mai, 9., 20. u. 25. Juli, 16., 29. u. 30. Oktober 1966.

notorisch geworden und sein Nimbus als Wirtschaftsfachmann durch eine sich ausbreitende Rezession in Mitleidenschaft geraten war. Im Spätsommer 1966 war seine Ablösung für Krone nur noch eine Frage der Zeit.<sup>95</sup> Als im November Erhards Rücktrittsabsicht bekannt wurde,<sup>96</sup> die Unionsfraktion Kiesinger zu seinem Nachfolger nominierte und alles auf eine Große Koalition mit den Sozialdemokraten deutete, hatte es zunächst den Anschein, als werde auch Krone auf die Verhandlungen Einfluß nehmen können. Dreimal kam es zu einem Treffen mit Herbert Wehner, von dem er den Eindruck gewann, daß man mit ihm »ein neues Fundament unter unseren Staat ziehen [könnte]«. Doch in Wirklichkeit liefen die Dinge an Krone vorbei. Schröder konnte durchsetzen, daß ein Ministerium für Angelegenheiten des Bundesverteidigungsrates im neuen Kabinett nicht mehr vorgesehen war.<sup>97</sup>

Krone zog sich ohne Groll aufs »Altenteil« zurück, fragte nicht einmal nach den Gründen seines Ausscheidens und gestand ohne Bitterkeit das Scheitern seines Plans ein, »die Aufgaben unserer Sicherheit in ihrer wachsenden Vielfältigkeit zusammenzufassen und im Rahmen einer Gesamtplanung zu koordinieren«. Aber er war zu lange Politiker gewesen, als daß er das rasche Versiegen seiner exzellenten Informationsquellen leicht verschmerzt hätte. Auch sein Rat wurde nicht mehr verlangt.<sup>98</sup> Der Eindruck verstärkte sich, daß nunmehr ein neuer Politikertyp gefragt sei, der »intelligente Manager« und »Techniker« der Macht,<sup>99</sup> dem Krones christlich geprägtes Politikverständnis, die Wertbezogenheit seines Handelns und sein die eigene Person hinter die Sache stellendes Pflichtethos nicht mehr zeitgemäß scheinen mochte.<sup>100</sup> So geriet er rasch in Vergessenheit. Er starb hochbetagt 1989 in Bonn, wenige Monate vor dem Fall der Mauer, über den er sich wie kein zweiter gefreut hätte.

Heute sind es die Historiker, die ihn in seinen Tagebuchaufzeichnungen gleichsam neu entdecken: als hervorragend informierten, klarblickenden und urteilssicheren Repräsentanten der Ära Adenauer, der politisches Raten und

95 Eintragungen vom 2., 12. u. 18. Mai, 25. August, 6., 18., 24. u. 27. September, 29. Oktober 1966.

96 Bezeichnend Krones Eintragung vom 7. November 1966: »Ich war gestern bei Erhard. Er tritt zurück. Mir lag auch daran, ihm ein menschliches Wort zu sagen«.

97 Eintragungen vom 7., 13. (Zitat), 17. u. 28. November, 1. Dezember 1966. – Vgl. hierzu auch Rudolf MORSEY, *Die Vorbereitung der Großen Koalition von 1966. Unionspolitiker im Zusammenspiel mit Herbert Wehner seit 1962*, Wiederabdruck in: ders., *Von Windthorst bis Adenauer. Ausgewählte Aufsätze*, Paderborn u. a. 1997, S. 553-570.

98 Eintragungen vom 1. (Zitat) u. 20. Dezember 1966, 5. Februar, 12. April u. 9. Juli 1967.

99 So schon, gemünzt auf Rainer Barzel, am 1. Dezember 1964.

100 Krone notierte am 15. März 1964 gelegentlich eines Krankenhausaufenthaltes über sich: »Immer habe ich in der Politik zu denen gehört, die die Welt ordnen, an ihr bessern wollten, denen das Bild der in Gott geordneten Welt vorschwebte. Es gibt schon christliche Politik und den christlichen Politiker.«

Handeln in seltener Weise mit abwägender Reflexion verband. Und es sind gerade diejenigen Eigenschaften, die ihm in seiner aktiven Laufbahn zu öffentlichkeitswirksamer Ausstrahlung fehlten, welche ihn im nachhinein zum glaubwürdigen Zeitzeugen machen.

## Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU, 1952-1969

Von Torsten Oppeland

Die Gründung von CDU/CSU stellt eine der wichtigsten und zukunfts-trächtigsten Neuerungen im deutschen Parteiensystem nach 1945 dar, was heute weitgehend unbestritten ist.<sup>1</sup> In den frühen Jahren war der Name – CDU und nicht CDP – Programm; im »Unionsgedanken« kam der Wille zum Ausdruck, die politischen Auswirkungen der konfessionellen Spaltung Deutschlands zu beenden und auf christlicher Grundlage etwas Neues zu schaffen. Die gemeinsame Erfahrung von Verfolgung und Unterdrückung in der Zeit des Nationalsozialismus ließ die politische Bedeutung des Konfessionsgegensatzes zurücktreten und den Willen zu interkonfessioneller Zusammenarbeit, die es ansatzweise bereits in der Weimarer Republik gegeben hatte, in den Vordergrund treten.<sup>2</sup> Erst die konfessionelle Zusammenarbeit ermöglichte der CDU/CSU den Durchbruch zur wirklichen Volkspartei und zur Mehrheitsfähigkeit. Zwar trug das Zentrum auch bereits die Züge einer Volkspartei, was die Sozialstruktur von Mitglied- und Wählerschaft betraf, es blieb aber als Partei des politischen Katholizismus aufgrund seiner Begrenzung auf den katholischen Bevölkerungsteil in einer strukturellen Minderheitsposition. Insofern bildete der Grundsatz der interkonfessionellen politischen Zusammenarbeit sowohl aus ideellen wie auch aus pragmatischen Gründen eine weder von katholischer noch evangelischer Seite bestrittene Grundlage der Partei.

In der praktischen Tagespolitik jedoch ist die Kooperation der Konfessionen in der CDU nicht immer ganz reibungslos verlaufen, was nicht zuletzt in der Gründung des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) im Jahr 1952 zum Ausdruck kam.<sup>3</sup> Diese konfessionelle Sondergliederung, die bis heute fortbesteht, hat kein Äquivalent auf katholischer Seite, was allerdings kein

---

1 Vgl. Karlheinz NICLAUSS, *Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung*, Paderborn u.a. 1995, S. 67.

2 Vgl. Hans-Otto KLEINMANN, *Geschichte der CDU 1945-1982*, Stuttgart 1993, S. 15 ff.

3 Im folgenden werden die Sonderentwicklungen Bayerns und der CSU nur am Rande behandelt, so daß in der Regel nur noch von der CDU gesprochen wird. Zu den konfessionellen Problemen s. Anselm DOERING-MANTEUFEL, *Die »Frommen« und die »Linken« vor der Wiederherstellung des bürgerlichen Staates. Integrationsprobleme und Interkonfessionalismus in der frühen CDU*, in: DERS./Jochen-Christoph KAISER (Hrsg.), *Christentum und politische Verantwortung. Kirchen im Nachkriegsdeutschland*, Stuttgart-Berlin-Köln 1990, S. 88-108, hier S. 99 ff.

Wunder ist, da die CDU stets durch einen weit höheren Anteil der Katholiken an der Mitgliedschaft geprägt war und ist. Die Minderheitsposition der Evangelischen war einer der Gründe für die Entstehung des EAK. Während die Gründungsphase und frühe Geschichte des EAK als gut erforscht gelten kann,<sup>4</sup> ist seine weitere Entwicklung bisher kaum untersucht worden.<sup>5</sup> Nach einer kurzen Rekapitulation der frühen Jahre soll deshalb im folgenden die weitere innere Entwicklung und organisatorische Konsolidierung des EAK dargestellt werden. Darüber hinaus sollen die politischen Arbeitsfelder des EAK behandelt werden, sowohl was das parteiinterne Wirken als auch was die Bemühungen, in den evangelisch-kirchlichen Bereich und die evangelische Wählerschaft hineinzuwirken, betrifft, um letztlich eine Bilanz des Erfolges dieser Tätigkeit zu versuchen. Mit dem Jahr 1969, das für die Geschichte der CDU aufgrund der erstmaligen Übernahme der Oppositionsrolle im Bund eine tiefe Zäsur bedeutete, auch wenn die daraus resultierenden Impulse für eine Parteireform erst nach der verlorenen Bundestagswahl von 1972 wirksam wurden, soll der Untersuchungszeitraum enden. Außerdem unterliegen die Akten des EAK, die im Archiv für christlich-demokratische Politik, Sankt Augustin, aufbewahrt werden, der Sperrfrist von 30 Jahren, so daß die Vorstands- und Arbeitskreisprotokolle für die späteren Jahre noch nicht einsehbar sind.

#### Die ersten Jahre des EAK (1952-1955)

Praktisch von Beginn an bestand bei den evangelischen CDU-Mitgliedern das Bedürfnis, sich zu sammeln und ihrer selbst zu vergewissern.<sup>6</sup> Dies lag nicht allein an der bereits angesprochenen Minderheitsposition. Hinzu kam, daß die Protestanten in der CDU sehr heterogene politische Wurzeln hatten. So kamen manche (z.B. Robert Lehr, Hans Schlange-Schöninghen) von der Deutsch-Nationalen Volkspartei, die – anders als die konservativen Vorläuferparteien des Kaiserreichs – während der Weimarer Republik ihrem

---

4 Peter EGEN, *Die Entstehung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU*, Diss. phil. Bochum 1971, Gerhard BESIER, »Christliche Parteipolitik« und Konfession. *Zur Entstehung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU*, in: DERS., *Die evangelische Kirche in den Umbrüchen des 20. Jahrhunderts. Gesammelte Aufsätze*, Bd.2 (Historisch-Theologische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, Bd.5/2), Neukirchen/Vluyn 1994, S.108-130, sowie Andreas MEIER, Hermann Ehlers, *Leben in Kirche und Politik*, Bonn 1991, S.326-338.

5 Eine Ausnahme stellt die Jubiläumsschrift zur 40. Wiederkehr der Gründung des EAK dar: Gottfried MEHNERT, *Von Siegen nach Wittenberg. Werden, Wirken und Wollen des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU 1952 – 1992*, o.O. 1992.

6 EGEN (wie Anm.4), S.18 ff., hat dies anhand des Landesverbandes Rheinland und der Evangelischen Tagung Rheinland exemplarisch beschrieben, die sich bereits im Dezember 1945 das erste Mal traf.

Namen durchaus gerecht wurde und sozialstrukturell Volkspartei charakter hatte, allerdings – spiegelverkehrt zum Zentrum – fast ausschließlich auf den evangelischen Bevölkerungsteil beschränkt.<sup>7</sup> Ein Teil der evangelischen CDU-Politiker kam vom in der Spätphase der Weimarer Republik parteipolitisch fast völlig aufgeriebenen Liberalismus, so etwa Ernst Lemmer, der im Dezember 1947 zusammen mit Jakob Kaiser abgesetzte Vorsitzende der CDU der sowjetischen Zone. Der kleinste Teil schließlich kam von der kleinen, pietistisch geprägten, evangelisch-konfessionellen Partei der Weimarer Republik, dem Christlich-Sozialen Volksdienst (CSVD), so z.B. Wilhelm Simpfendorfer und Paul Bausch.<sup>8</sup> Die jüngeren evangelischen Politiker, die sehr bald Führungsaufgaben wahrnehmen sollten, wie Hermann Ehlers oder Eugen Gerstenmaier, waren eher durch die Bekennende Kirche und den Widerstand gegen den Nationalsozialismus geprägt und hatten keine parteipolitischen Wurzeln in der Weimarer Republik.<sup>9</sup> Fast wichtiger noch als die Heterogenität der politischen Herkunft war, daß für die Evangelischen in der CDU noch immer galt, was bereits für den CSVD festgestellt worden war,<sup>10</sup> daß nämlich nur sehr wenig Klarheit darüber bestand, was christliche Grundsätze in der Politik überhaupt seien. Die evangelischen CDU-Politiker hatten nicht die Möglichkeit, auf ein bewährtes politisch-ideologisches Fundament zurückzugreifen, wie ihre katholischen Parteifreunde es mit dem christlichen Naturrecht und der katholischen Soziallehre konnten.<sup>11</sup> Neben der numerischen Unterlegenheit lag hier eine weitere Wurzel des evangelischen Minderwertigkeitsgefühls in der CDU. Doch all dies erklärt zwar, warum es für die Protestanten das Bedürfnis gab, sich innerhalb der CDU zu organisieren, nicht aber den Zeitpunkt der EAK-Gründung.

Zur Erhellung dieses Punktes gilt es einen kurzen Blick auf die Situation des Protestantismus in der Nachkriegszeit zu werfen. Theologisch und politisch, nicht aber organisatorisch war der deutsche Protestantismus nach

7 Vgl. Hans FENSKE, *Deutsche Parteiengeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, Paderborn u.a. 1994, S. 163 f.

8 Vgl. Günter OPITZ, *Der Christlich-Soziale Volksdienst. Versuch einer protestantischen Partei in der Weimarer Republik* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 37), Düsseldorf 1969.

9 Für Ehlers s. A. MEIER (wie Anm. 4), S. 26 ff.; zu Gerstenmaier s. Günter BUCHSTAB/Brigitte KAFF/Hans-Otto KLEINMANN, *Verfolgung und Widerstand 1933-1945. Christliche Demokraten gegen Hitler*, 2. Aufl., Düsseldorf 1990, S. 244-247.

10 G. OPITZ (wie Anm. 8), S. 317 f.

11 Allerdings stand der katholischen Kirche die Orientierung am Naturrecht auch im Wege, als es darum ging, sich zur Demokratie zu öffnen; vgl. Michael J. INACKER, *Zwischen Transzendenz, Totalitarismus und Demokratie. Die Entwicklung des kirchlichen Demokratieverständnisses von der Weimarer Republik bis zu den Anfängen der Bundesrepublik 1918-1959* (Historisch-Theologische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, Bd. 8), Neukirchen/Vluyn 1994, S. 225 ff.

1945 in zwei allerdings keineswegs gleich große Lager zerfallen.<sup>12</sup> Die Spaltung reichte zurück in die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft und der Bekennenden Kirche. Auf der einen Seite standen die eher konservativen, lutherisch geprägten Kräfte der »intakten« Landeskirchen<sup>13</sup> Württembergs, Bayerns und Hannovers sowie einige lutherischen Bruderräte, die aufgrund ihres Festhaltens am Konzept der Volkskirche bereit waren, partiell mit staatlich eingesetzten Kirchenleitungen und der Minderheit der »Deutschen Christen« zu kooperieren; auf der anderen Seite standen die radikaleren, von der Theologie Karl Barths beeinflussten, in den Bruderräten organisierten Kräfte, die an früheren Beschlüssen, die Bekennende Kirche als allein legitimierte Kirche zu betrachten, kompromißlos festhielten und jede Zusammenarbeit verwarfen. Dieser Riß im deutschen Protestantismus setzte sich in der Nachkriegszeit fort, obwohl es unter der Führung des württembergischen Landesbischofs Theophil Wurm auf der »Kirchenführer«-Konferenz von Treysa (27.-30. August 1945) gelungen war, die organisatorische Einheit der evangelischen Kirche wiederherzustellen, indem dort die vorläufige Ordnung der Evangelischen Kirchen in Deutschland (EKiD, später EKD) beschlossen wurde. Zur EKD gehörten, das kann nicht genug betont werden, auch die Landeskirchen der sowjetischen Zone und der späteren DDR.<sup>14</sup> Martin Niemöller und die radikalen Barthianer blieben in Treysa deutlich in der Minderheit und konnten sich nicht einmal bei den Bruderräten vollständig mit ihrer Forderung nach einem Neuaufbau der Kirche »von unten«, von den Gemeinden her, durchsetzen. Dennoch blieb die Einheit der evangelischen Kirche gefährdet und alle Äußerungen der EKD mußten auf die Minderheitsposition Rücksicht nehmen. Entsprechend zurückhaltend fielen die Befürwortung der interkonfessionellen, christlichen Parteigründung und die Wahlaufrufe der EKD zugunsten der CDU aus. Es konnte jedoch kein Zweifel bestehen, daß dieser Partei die Sympathien der konservativ-lutherischen Mehrheit – wenn auch nicht ohne alle Vorbehalte – galten. Dagegen entwickelten sich die Bruderräte nach links und öffneten

---

<sup>12</sup> Hierzu vgl. die exzellente Zusammenfassung des Forschungsstandes in der im Rahmen des von Anselm DÖRING-MANTEUFFEL geleiteten Forschungsprojektes »Westernization« entstandenen (vgl. ders. u.a., *Wie westlich sind die Deutschen?* in: HPM 3/1996, S. 1-38) Studie von Thomas SAUER, *Westorientierung im deutschen Protestantismus? Vorstellungen und Tätigkeiten des Kronberger Kreises (Ordnungssysteme. Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit, Bd. 2)*, München 1998, Kap. I, passim.

<sup>13</sup> Als »intakt« bezeichnet man jene Landeskirchen, in denen es den nationalsozialistisch inspirierten »Deutschen Christen« nicht gelungen war, eine Mehrheit in den Synoden zu erringen.

<sup>14</sup> Th. SAUER (wie Anm. 12), S. 48, bes. FN 106, legt allerdings Wert auf die Feststellung, daß die EKD nicht die einzige bestehende gesamtdeutsche Klammer darstellte, sondern daß bis 1961 die katholischen Bischöfe der DDR Mitglieder der Fuldaer Bischofskonferenz bleiben konnten.

sich der SPD.<sup>15</sup> Solange die Mehrheitsverhältnisse so blieben, konnten die Protestanten in der CDU mit dieser Situation ganz gut leben, und mit der zuweilen das Maß verlierenden Rhetorik Niemöllers konnte man sich publizitätsträchtig auseinandersetzen.<sup>16</sup>

Die Lage änderte sich erst Anfang der fünfziger Jahre mit dem Konflikt zwischen Gustav Heinemann und Konrad Adenauer über die Frage der Wiederbewaffnung und damit eng verbunden der Frage der Wiedervereinigung. Der Konflikt und die Positionen sind häufig beschrieben worden und brauchen hier nicht im einzelnen nachgezeichnet werden.<sup>17</sup> Entscheidend ist, daß mit Heinemann ein prominenter evangelischer CDU-Politiker, Bundesinnenminister und Präses der Synode der EKD nicht nur mit Adenauer und wenig später mit der CDU brach, sondern sich aus theologischen Gründen gegen die Wiederbewaffnung aussprach, sich mit Niemöller verband und dessen Kritik eine zusätzliche Legitimation verlieh. Heinemann griff auch – trotz seiner bisherigen Mitgliedschaft in der CDU<sup>18</sup> – die barthianische Argumentation auf, daß es Parteipolitik unter dem Etikett »christlich« eigentlich gar nicht geben könne und zudem die Inanspruchnahme dieses Etiketts tendenziell dazu führe, alle anderen Parteien als unchristlich abzustempeln. Zusätzlich wurde die CDU unter Rückgriff auf alte protestantische Ressentiments als überwiegend katholische, ja klerikale Partei dargestellt. Diese Situation war insofern potentiell bedrohlich, als sich die Mehrheitsverhältnisse im deutschen Protestantismus endgültig in einem für die Union negativen Sinne entwickeln konnten. Um dieser Gefahr zu begegnen, ergriff Hermann Ehlers, zu dieser Zeit bereits Bundestagspräsident und eine der führenden Persönlichkeiten unter den evangelischen CDU-Politikern, die Initiative und mobilisierte die evangelischen Teile der CDU.<sup>19</sup>

15 Martin MÖLLER, *Evangelische Kirche und Sozialdemokratische Partei in den Jahren 1945-1950. Grundlagen der Verständigung und Beginn des Dialoges*, Göttingen 1984, S. 189 f.

16 Vgl. z.B. zu Gerstenmaier A. MEIER (wie Anm. 4), S. 280 f.; Hermann Ehlers war in seiner Auseinandersetzung mit Niemöller sehr viel abgewogener.

17 Josef MÜLLER, *Die Gesamtdutsche Volkspartei. Entstehung und Politik unter dem Primat nationaler Wiedervereinigung 1950-1957* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 92), S. 53 ff. (aus der Sicht Heinemanns), sowie Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer*. Bd. I, *Der Aufstieg 1876-1952*, (Tb-Ausgabe) München 1994, S. 766-774, und Henning KÖHLER, *Adenauer. Eine politische Biographie*, Berlin-Frankfurt/M. 1994, S. 630-636 (eher aus der Perspektive Adenauers).

18 Immerhin war Heinemann, der noch 1949 gesagt hatte, »daß Sozialdemokraten und Liberale keine politische Heimat für den evangelischen Wähler zu sein vermögen« (zit. nach A. MEIER [wie Anm. 4] S. 276), so konsequent, nach dem Austritt aus der CDU eine neue Partei, die GVP, zu gründen und erst nach deren Scheitern 1957 in die SPD einzutreten; J. MÜLLER (wie Anm. 17), S. 392.

19 Kurz zuvor hatte sich bereits um den hannoverschen Landesbischof Hanns Lilje ein informeller, bewußt elitärer Kreis formiert, dessen Ziel es war, einen innerkirchlichen politischen Gegenpol zur Richtung Niemöller-Heinemann zu bilden; nach dem Tagungsort nannte sich

Vom 14. bis zum 16. März 1952, etwa eineinhalb Jahre nach der Entlassung Heinemanns aus dem Kabinett und ebenfalls eineinhalb Jahre vor den nächsten Bundestagswahlen, fand in der alten CSVD-Hochburg Siegen die erste Bundestagung der evangelischen CDU-Mitglieder statt.<sup>20</sup> Die Beteiligung der Kirchenleitungen war eher gering, was indes auch daran lag, daß zeitgleich eine Ratssitzung der EKD in Spandau stattfand. Die meisten waren trotz gewisser Bedenken gegenüber der Beteiligung an parteipolitischen Veranstaltungen mit Beobachtern vertreten.<sup>21</sup> Bezeichnend für die damaligen Prioritäten ist die in Siegen verabschiedete Resolution. Der sich mit dem Problemkreis Wiederbewaffnung und Wiedervereinigung beschäftigende Teil der Resolution, hervorgegangen aus der von Hermann Ehlers selbst geleiteten Arbeitsgruppe »Unsere politische Verantwortung in einem geteilten Deutschland«, umfaßte knapp sechs Seiten, während der Teil »Unsere kulturpolitische Aufgabe« nur knapp eine Seite erhielt und die dritte Arbeitsgruppe »Die gesellschaftliche Ordnung« in der Resolution gar nicht vertreten war.<sup>22</sup> In dem ersten, stark von Hermann Ehlers geprägten Teil der Resolution bekannten sich die evangelischen CDU-Politiker ohne Einschränkungen zum Kurs der Regierung Adenauer. Den internationalen Kontext beurteilte Ehlers nicht anders als der Bundeskanzler; ein neutrales Gesamtdeutschland sei unter den Bedingungen des Ost-West-Konfliktes nicht möglich, eine Option für den kommunistischen Osten nicht denkbar. Insofern sei auch nach ernster Gewissensprüfung eine andere Politik als die der Regierung nicht möglich. War aber eine Zusammenarbeit mit dem Westen unabdingbar, so gehörte dazu trotz der tiefgreifenden Zurückhaltung des deutschen Volkes zur Wiederbewaffnung und trotz des Abscheus bei dem Gedanken an einen Krieg auch der Beitrag zur militärischen Sicherung Europas. Die Resolution sprach sich für die allgemeine Wehrpflicht als der »nach unserem evangelischen Verständnis der Pflichten des Bürgers zur Verteidigung des Staates ... am besten geeignete Form des Wehrdienstes« aus und wies die Ansicht, der politische Pazifismus sei die »vor dem Wort Gottes bessere Haltung« deutlich zurück.<sup>23</sup> Der Verteidigungsbeitrag werde eines

---

diese Gruppe, die zuerst mit einer die Wiederbewaffnung befürwortenden Denkschrift an die Öffentlichkeit trat, später »Kronberger Kreis«; Th. SAUER (wie Anm. 12), Kap. II. 2 u. 3, passim.

<sup>20</sup> Diese Bezeichnung war etwas irreführend, da keineswegs alle evangelischen CDU-Mitglieder eingeladen waren; aufgrund der organisatorischen Beschränkungen sollte der Teilnehmerkreis nicht über 200 Personen hinausgehen. Deshalb wurde nach einem Delegiertenschlüssel aus den CDU-Landesverbänden nur eine begrenzte Zahl von Teilnehmern eingeladen; P. EGEN (wie Anm. 4), S. 97, bzw. für den Delegiertenschlüssel, dessen Aufstellungskriterien nicht mehr rekonstruierbar sind, S. XXXIII f.

<sup>21</sup> EBD., S. 99.

<sup>22</sup> Die Resolution ist abgedruckt bei P. EGEN (wie Anm. 4), S. XXXVII-XLIII.

<sup>23</sup> EBD., S. XXXIX u. XL.

Tages auch dem Osten Deutschlands zugute kommen; die Kritiker, die eine Beteiligung der Bundesrepublik am westlichen Bündnis aufgrund der Gefährdung der deutschen Einheit ablehnten, hätten keinen Weg gewiesen, wie »die deutsche Einheit in Freiheit« – die klassische Formel war bereits damals geläufig – anders, schneller und wirksamer wiederhergestellt werden könne. Die Zurückweisung der Argumente der Niemöller-Heinemann-Gruppe ist eindeutig; deren Vermengung von politischen und Glaubensentscheidungen wurde deutlich abgelehnt.<sup>24</sup>

Mit der Tagung in Siegen nahmen die evangelischen CDU-Politiker nicht nur inhaltlich im Sinne der Politik Adenauers Stellung, was dieser sehr wohl zu schätzen wußte, wie er bei der Abschlußkundgebung der Tagung sehr offen zum Ausdruck brachte,<sup>25</sup> sie zeigten vor allem auch, daß es sie gab,<sup>26</sup> daß die CDU keine rein katholische Partei war und daß sie für evangelische Wähler wählbar war. Zugleich war die Tagung eine deutliche Absage an jegliche protestantische Parteigründung; Heinemanns Gesamtdeutsche Volkspartei, im Oktober 1952 gegründet, wurde insofern von vornherein als politischer Gegner und Konkurrent betrachtet.<sup>27</sup> Mit der Konstituierung eines Geschäftsführenden Ausschusses noch in Siegen, in den evangelische Vertreter der CDU-Landesverbände gewählt und weitere evangelische Persönlichkeiten kooptiert wurden, kam die Gründungsphase des EAK zu einem gewissen Abschluß. In der ersten Sitzung im Mai 1952 wurde Hermann Ehlers zum Sprecher gewählt. Ernst Bach, Oberbürgermeister von Siegen und Schatzmeister der CDU, wurde die Organisation übertragen. Zum Januar 1953 kam Hans Strümpfel als Geschäftsführer des EAK und Redakteur des seit März 1953 erscheinenden Informationsblattes »Evangelische Verantwortung« hinzu.<sup>28</sup>

In der Arbeit des EAK standen in der folgenden Zeit indes weniger inhaltliche Fragen im Vordergrund als die konfessionelle Personalpolitik auf allen Ebenen.<sup>29</sup> Dies war einerseits die Reaktion auf die – durchaus nicht von Ressentiments freie – Perzeption einer Katholisierung des öffentlichen Dienstes,<sup>30</sup> andererseits die unausweichliche Kehrseite der Medaille des Ringens

24 EBD., S. XXXVII. Vgl. auch G. MEINERT (wie Anm. 5), S. 13.

25 G. MEINERT (wie Anm. 5), S. 15.

26 Zur Darstellung der umfangreichen Presseberichterstattung über die Tagung P. EGEN (wie Anm. 4), S. 109-114.

27 Vgl. G. MEINERT (wie Anm. 5), S. 16, sowie G. BESIEN (wie Anm. 4), S. 115 u. 118.

28 P. EGEN (wie Anm. 4), S. 116, sowie G. MEINERT (wie Anm. 5), S. 17.

29 Vgl. P. EGEN (wie Anm. 4), S. 118 ff., sowie G. BESIEN (wie Anm. 4), S. 115 ff., und G. MEINERT (wie Anm. 5), S. 17. Ähnliches gilt auch für den Kronberger Kreis; Th. SAUER (wie Anm. 12), Kap. II.4.

30 Umgekehrt hat es von Anfang an auf katholischer Seite den Verdacht gegeben, daß diese personalpolitische Lobby-Arbeit der eigentliche Zweck der EAK-Gründung gewesen sei; vgl.

um die evangelische Wählerschaft. Sollte für diese die CDU wählbar sein, so mußte stets der Vorwurf, daß die Partei eigentlich katholisch dominiert sei, entkräftet und die Gleichberechtigung der Protestanten demonstriert werden. Dabei war auch den EAK-Mitgliedern klar, daß die Minderheitsposition der Evangelischen nicht nur auf das katholische Image der CDU zurückzuführen war, sondern auch eigene, evangelische Wurzeln hatte. Bereits 1951 hatte Ehlers geschrieben: »Wir leiden darunter, daß auf evangelischer Seite viele Menschen nicht bereit sind, in eine politische Verantwortung zu gehen. Sie ziehen es vor, am Rande des Geschehens zu stehen, zu kritisieren, oft genug ohne hinreichende sachliche Kenntnis, und den anderen die politische Verantwortung zu überlassen. Man wird ohne Einschränkung sagen dürfen, daß, wenn irgendwo der politische Einfluß des Katholizismus stärker ist, als er nach dem Verhältnis der Konfessionen ... sein müßte, er nur dadurch so stark ist, daß evangelische Menschen ihre politische Verantwortung nicht wahrnehmen.«<sup>31</sup>

Die Bundestagswahl vom Herbst 1953 wurde zu einem großen Erfolg für die CDU und auch für den EAK,<sup>32</sup> der sich auf seiner Bundestagung in Hannover intensiv mit dem Neutralismus der GVP Heinemanns und den Klerikalismus-Vorwürfen auseinandergesetzt hatte.<sup>33</sup> Die CDU hatte auch im protestantischen Bereich erheblich hinzugewonnen; die GVP war in nur wenigen Wahlkreisen über 3% gekommen und hatte insgesamt nur

---

Norbert TRIPPEN, *Interkonfessionelle Irritationen in den ersten Jahren der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Staat und Parteien. Festschrift für Rudolf Morsey zum 65. Geburtstag*, hrsg. von K.D. BRACHER u.a., Berlin 1992, S. 345-377, hier S. 360 (insbesondere FN 29).

31 Zit. nach A. MEIER (wie Anm. 4), S. 327. Wie drastisch unterschiedlich die Bereitschaft der Konfessionen war, sich in der CDU zu engagieren, geht aus einer Tabelle hervor, die der Geschäftsführer Strümpfel 1959 erstellte (Anlage zu einem Brief an G. Schröder v. 10. März 1959, Archiv für Christlich-Demokratische Politik [im folgenden zit. als ACDP] I-483, 052/3); er vergleicht die Bevölkerungsanteile der Konfessionen und die CDU-Mitgliedschaft. Zwei Beispiele mögen die Verhältnisse verdeutlichen: Die Bevölkerung Westfalens setzte sich nach der Volkszählung von 1950 aus ca. 3,05 Mio. Katholiken und 3,1 Mio. Evangelischen zusammen, die CDU-Mitgliedschaft (Stand Dez. 1957) aus 35.191 Katholiken und 10.400 Evangelischen; noch deutlicher ist das Beispiel des weitaus geringer gemischt-konfessionellen Bundeslandes Hamburg: Bevölkerung ca. 100.000 Katholiken und 1,26 Mio. Evangelische, CDU 1.019 Katholiken und 2.662 Evangelische, d.h. etwa 1% der Katholiken und nicht einmal 0,2% der Evangelischen waren CDU-Mitglieder.

32 Dies gilt nicht nur für die CDU, sondern auch für die CSU; Werner Dollinger, einer der führenden evangelischen CSU-Politiker, schrieb die Erfolge der CSU im protestantischen Teil Frankens der Arbeit des EAK, in dem sich auch die eher konservativ eingestellte Geistlichkeit ungewöhnlich stark engagiert habe, aber auch dem persönlichen Einsatz von Hermann Ehlers (insbesondere nach dem »Ochsenfurter Zwischenfall«; s. N. TRIPPEN [wie Anm. 30], S. 350) zugute; Interview mit dem Verf. vom 18. April 1997.

33 P. EGEN (wie Anm. 4), S. 140 ff. Vgl. auch die im Anhang abgedruckten Flugblätter der GVP, S. II u. L, sowie das ausführliche Zitat aus Ehlers' Ansprache auf der Tagung bei G. BESIER (wie Anm. 4), S. 121 f.

1,16% der Stimmen erreicht.<sup>34</sup> Dies war sicher nicht in erster Linie das Verdienst des EAK; eher hat der 17. Juni eine ausschlaggebende Rolle gespielt, denn die Ereignisse diskreditierten vor allem den Neutralismus der GVP. Dennoch, hinsichtlich der Zahl der evangelischen Abgeordneten und Kabinettsmitglieder konnte der EAK zufrieden sein.<sup>35</sup>

Nur ein Jahr nach dem großen Erfolg der Bundestagswahl 1953, am 29. Oktober 1954, verstarb die dominierende Persönlichkeit dieser frühen Phase des EAK, Hermann Ehlers. Ihm folgte als Vorsitzender Robert Tillmanns, der nach der Bundestagswahl von Adenauer zum Minister ohne Portefeuille mit den besonderen Aufträgen, sich um Berlin und um den evangelischen Bereich zu kümmern, ernannt worden war.<sup>36</sup> Tillmanns konnte dem EAK nicht in ähnlicher Weise seinen Stempel aufdrücken wie sein Vorgänger, da auch er bereits nach einjähriger Amtszeit am 12. November 1955 verstarb.<sup>37</sup>

#### Die weitere innere Entwicklung des EAK

Auf der Sitzung des Evangelischen Arbeitskreises vom 1. Dezember 1955 war der wichtigste Tagesordnungspunkt die Wahl eines neuen Vorsitzenden. Die Leitung der Sitzung lag beim Stellvertretenden Vorsitzenden, dem Staatssekretär im Justizministerium, Walter Strauß.<sup>38</sup> Gewählt wurde ein-

<sup>34</sup> Zum Wahlergebnis s. P. EGEN (wie Anm. 4), S. 170 ff. Zum Ergebnis der GVP s. insbesondere J. MÜLLER (wie Anm. 17), S. 320 ff.

<sup>35</sup> Die Regierungsbildung verlief allerdings nicht ohne konfessionelle Mißbelligkeiten; die sog. »Paritätsrede« von Ehlers wurde in der Presse durchweg kritisiert; G. BESIEN (wie Anm. 4), S. 125 f.

<sup>36</sup> Vgl. Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer*, Bd. 2: *Der Staatsmann 1952-1967*, (Tb-Ausgabe) München 1994, S. 110 f. Der Auftrag an Tillmanns im Hinblick auf den evangelischen Bereich wurde von seinem damaligen Persönlichen Referenten, Dr. Klaus Simon (Interview mit dem Verf. vom 19. Sept. 1995), besonders betont. Nach dem Tode Tillmanns wechselte Simon ins Innenministerium zu Gerhard Schröder, bei dem er nach einiger Zeit wiederum die Position eines Persönlichen Referenten übernahm.

<sup>37</sup> Zur inhaltlichen Arbeit des EAK, die noch immer stark von den Auseinandersetzungen mit Niemöller und den Bruderschaften geprägt war, s. G. MEHNERT (wie Anm. 5), S. 23-28. Vgl. auch das Protokoll des Geschäftsführenden Ausschusses vom 8. Febr. 1955, TOP 1, ACDDP IV-001, 002/1. Als Anlage wurde ein Brief »An die evangelischen Pfarrer und Gemeindeglieder, die sich in öffentlichen Erklärungen gegen die Pariser Verträge gewandt haben« entworfen; ebd.

<sup>38</sup> Strauß war mit der Wahl Tillmanns zum Vorsitzenden zu einem der beiden Stellvertreter gewählt worden. Beide kannten sich seit langem; bereits 1946 gehörten sie einem Berliner Laiengesprächskreis an, der wichtige Anstöße für die Haltung der Evangelischen Kirche zum demokratischen Neuaufbau gab (s. M. INACKER, wie Anm. 11, S. 185f.). Strauß, der als einer »der brilliantesten Juristen« des Bonner öffentlichen Lebens galt (»Wem paßt der Mantel von Ehlers?«, in: *Deutsche Zeitung* Nr. 94, 26. Nov. 1955), wurde schnell zu einer der führenden Persönlichkeiten und einem der »wichtigsten geistigen Anreger« des EAK (G. MEHNERT, wie Anm. 5, S. 28). Im Laufe der »Spiegel-Krise« 1962 verlor Strauß sein Amt als Staatssekretär

stimmig der damalige Bundesinnenminister Gerhard Schröder.<sup>39</sup> Diese Wahl war im großen und ganzen nicht weiter überraschend, denn Schröder galt als einer der profiliertesten jüngeren Politiker evangelischer Konfession. Er war seit 1949 Bundestagsabgeordneter, war 1952, auch weil er sich gelegentlich erlaubt hatte, Adenauer gegenüber wider den Stachel zu löcken, zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt und nach der Bundestagswahl 1953 als Nachfolger von Robert Lehr zum Innenminister ernannt worden.<sup>40</sup> Seit dem Beginn seiner politischen Karriere hat er sich als dezidiert evangelischer CDU-Politiker verstanden;<sup>41</sup> allerdings ist er erst Ende der sechziger Jahre in den bereits angesprochenen »Kronberger Kreis« um Bischof Lilje kooptiert worden, weil er dort als nicht hinreichend »kirchlich« galt.<sup>42</sup> Schröder war zusammen mit dem schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Kai-Uwe von Hassel in der Öffentlichkeit häufig als Anwärter auf den EAK-Vorsitz genannt worden; nachdem von Hassel jedoch hatte ausrichten lassen, daß er definitiv nicht zur Verfügung stehe, fiel die Wahl einstimmig auf Gerhard Schröder.<sup>43</sup> Daß Schröder Vorsitzender des EAK bleiben sollte, bis ihm im Jahre 1978 Roman Herzog in diesem Amt folgte, hat bei jener Sitzung sicher niemand gehäht.

Dennoch war die Wahl Schröders keineswegs so unumstritten, wie angesichts des Ergebnisses vermutet werden könnte. Vielmehr ging dem Wahlakt eine »umfassende Aussprache über Charakter und Zielsetzung des Arbeits-

---

und wechselte als Richter an den Europäischen Gerichtshof in Luxemburg (s. H.-P. SCHWARZ, *Adenauer*, Bd.2, wie Anm. 36, S. 786).

39 Schröder hatte zwar vorher geschrieben, daß er nicht kandidieren wolle, aber Strauß deutete dies – wohl nicht zu Unrecht, denn Schröder nahm die Wahl dann doch an – in der Sitzung so, als habe Schröder nur deutlich machen wollen, »daß er das Amt des Vorsitzenden keineswegs anstrebe und nicht beabsichtige, gegen eine andere Persönlichkeit zu kandidieren«. ACDP IV-001, 002/1, Protokoll v. 1. Dez. 1955, S. 3.

40 Vgl. Hans-Peter SCHWARZ, *Dr. Gerhard Schröder – Jurist und Politiker*, in: *Jurist und Politiker. Ansprachen anlässlich des Goldenen Doktorjubiläums von Dr. Gerhard Schröder, gehalten am 12. Nov. 1984 in der Rhein. Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn*, Bonn 1985, S. 15-30, hier S. 19; 1953 war übrigens Robert Tillmanns sein direkter Konkurrent hinsichtlich des Innenministeriums, s. KÖHLER (wie Anm. 17), S. 792.

41 Im Wahlkreis hat er sich vor den Bundestagswahlen stets mit Flugblättern an die evangelische Bevölkerung gewandt (ACDP I-483, 006/1 bzw. 007/1) und an der Auseinandersetzung mit Niemöller und Heinemann, dessen Ernennung zum Innenminister er 1949 noch sehr befürwortet hatte (s. *Auftakt zur Ära Adenauer. Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung 1949*, bearb. von Udo WENGST, [Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, IV. Reihe, Bd. 3] Düsseldorf 1985, S. 393), hat er sich mit einer Reihe von öffentlichen Äußerungen beteiligt (s. exemplarisch die Reden vom 28. Mai 1954 u. 4. Sept. 1955 in: ACDP I-483, 134/1 bzw. 136/2 ). Schröder war auch Gründungsmitglied des EAK (vgl. die Liste der Versammlungsredner bei P. EGEN (wie Anm. 4), S. XXXV), und auf der Bundestagung 1955 war er einer der Redner bei der Abschlußkundgebung (G. MEHNERT [wie Anm. 5], S. 29).

42 Vgl. Th. SAUER (wie Anm. 12), S. 119.

43 Protokoll v. 1. Dez. 1955, S. 3, ACDP IV-001, 002/1.

kreises« voraus, in der zwei unterschiedliche Positionen deutlich wurden. Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier, der sich bisher im EAK nicht sehr engagiert hatte, und der hannoversche Oberkirchenrat und stellvertretende Vorsitzende der CDU-Bundestagsfraktion Adolf Cillien forderten, daß der EAK die »geistig-politische Orientierung des evangelischen Christen im politischen Raum und die Erarbeitung entsprechender Grundsätze in den Vordergrund« stellen solle; eine weitaus größere Zahl von Mitgliedern unter der Führung von Walter Strauß betonte jedoch, daß der EAK neben der »rein geistigen Arbeit eine echte politische Profilierung und Wirksamkeit« erreichen müsse und »eine konkrete Verpflichtung gegenüber der evangelischen Wählerschaft [habe] und somit auch personalpolitische Anliegen nicht außer acht lassen« dürfe.<sup>44</sup> Diese Diskussion zeigt, daß offenbar niemand den beiden Kandidaten das Format eines Hermann Ehlers zutraute, der beides, geistige Orientierung und politische Profilierung, geboten hatte. Während aber die Mehrheit darauf vertraute, daß man ersteres gemeinsam würde leisten können, und von dem zukünftigen Vorsitzenden vor allem Durchsetzungsvermögen im Hinblick auf die – auch personellen – evangelischen Interessen in Bonn erwartete, hielten Gerstenmaier und Cillien letzteres wohl im Hinblick auf den Konfessionsfrieden in der Union für nicht angebracht.<sup>45</sup> Die Einstimmigkeit der Wahl kam dann zustande, weil

44 EBD, S. 2. Trotz den Umständen seiner Wahl hat auch Schröder betont, daß das Bedürfnis der Evangelischen in der CDU, deren Gründung den Protestantismus vor eine historisch neue Situation gestellt habe, nach »einer geistesgeschichtlichen, theologischen und politischen Ortsbestimmung, die als Akt der Selbstbesinnung gar nicht gründlich genug sein« könne, die Existenzgrundlage des EAK sei; Interview mit dem Evangelischen Pressedienst vom 7. Febr. 1956, ACDP I-483, 136/1.

45 Daneben spielten auch persönliche Rivalitäten eine Rolle, stand doch insbesondere für Gerstenmaier zu befürchten, daß der neue EAK-Vorsitzende auch Anspruch auf den Stellvertretenden Parteivorsitz, den Ehlers und Tillmanns innegehabt hatten, erheben und somit in Ehlers »Kronprinzen«-Rolle hineinwachsen würde; daß sich Gerstenmaier und Cillien gegen ein derartiges Junktim und gegen »Ämterhäufung« aussprachen, unterstützt eine derartige Vermutung (Protokoll v. 1. Dez. 1955, ACDP IV-001, 002/1, S. 2f.); vgl. auch »Schröder rückt vor«, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 255, 5. Dezember 1955, wo genau jene Vermutung angestellt wurde. Wenig überraschend ist, daß Strauß die andere Sicht vertrat, hatte er sich doch bereits früher gegen Katholisierungstendenzen gewandt und für eine aktive evangelische Personalpolitik ausgesprochen; s. G. BESIER (wie Anm. 4), S. 117 (bes. FN 34). Die Interpretation Besiers (ebd., S. 127 ff.), daß dies eine Verlagerung der politischen Prioritäten sowohl von Ehlers als auch des EAK insgesamt weg von der Deutschlandpolitik, d.h. der Wiedervereinigungspolitik, die angesichts der Stellungnahme zur Wiederbewaffnung unreal geworden sei, hin zur CDU-Parteipolitik bedeute, wirkt etwas konstruiert; vgl. zu Ehlers auch G. MEHNERT (wie Anm. 5, S. 25). Gerade Walter Strauß war einer der engagiertesten Personal- und Deutschlandpolitiker (s. z.B. Protokoll der Sitzung des Bundesarbeitskreises v. 3. Juni 1955, ACDP IV-001, 002/1; in der Diskussion über die kurz zuvor beendete Bundestagung in Worms wurde besonders die von Strauß geleitete Arbeitsgruppe zur Deutschlandpolitik und der von ihm geprägte Begriff der »EntSEDifizierung« im Bezug auf den Tag X der Wiedervereinigung hervorgehoben). Auch nach der Wahl Schröders änderte sich vorerst nichts an den deutschlandpolitischen Prioritäten, vgl. Gerhard SCHRÖDER,

Cillien, Gerstenmaier und Paul Bausch die Sitzung verlassen hatten. Beim Amtsantritt Schröders war ganz offensichtlich nicht nur die organisatorische Konsolidierung noch unvollendet, sondern es herrschte offener Dissens über Aufgaben und Selbstverständnis des EAK.

Tatsächlich sollten den neuen Vorsitzenden zuerst Personal- und Organisationsfragen beschäftigen. Noch während der Amtszeit Tillmanns' hatte der EAK erste Schritte zu einer Institutionalisierung unternommen. Der in Siegen gegründete »geschäftsführende Ausschuß«, dessen Sprecher Ehlers war, hatte sich als (Bundes-)EAK konstituiert; dieser Arbeitskreis bestand nicht etwa aus allen evangelischen Mitgliedern der CDU/CSU oder aus Delegierten der Landes-EAK<sup>46</sup>, sondern aus den von Ehlers nach Siegen eingeladenen evangelischen Persönlichkeiten sowie denen, die seitdem kooptiert worden waren. Es wurde nun ein neuer Geschäftsführender Ausschuß gewählt, der de facto ein Vorstand war und aus dem Vorsitzenden – nicht mehr dem Sprecher – Tillmanns und vier Stellvertretern, Walter Strauß, Ernst Bach, Adolf Cillien und dem Konstanzer Bürgermeister Hermann Schneider als Vertreter der süddeutschen Protestanten in der Union, bestand.<sup>47</sup> Während der Sitzung vom 1. Dezember 1955, auf der Schröder zum neuen Vorsitzenden gewählt wurde, schlug Strauß eine Veränderung der Organisationsform vor, um die Arbeit des ständig wachsenden EAK effizienter zu gestalten. So sollte es nunmehr neben dem Vorsitzenden nur einen Stellvertreter geben, der sinnvollerweise seinen beruflichen Schwerpunkt in Bonn haben sollte. Daneben schlug er vor, einen – nun auch so genannten – Vorstand zu wählen, dem die Mitglieder des bisherigen Geschäftsführenden Ausschusses sowie einige weitere führende Evangelische aus den Bundesländern angehören sollten. Dieser Vorschlag wurde ohne Widerspruch angenommen und Strauß selbst zum einzigen Stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Zugleich wurde betont, daß die Bildung des Vorstandes nicht unter regionalen Gesichtspunkten

---

*Unsere Aufgabe*, in: *Evangelische Verantwortung* [EV] 4 (1956), Heft 1, S. 2/3, hier S. 2: »Damit zeichnet sich ganz klar die Aufgabe ab, die uns gestellt ist: das ganze Deutschland wiederherzustellen und seinen Bestand nach innen und außen zu kräftigen und zu sichern.«

46 Die EAK der Landesverbände sind – soweit dies aus den Akten des EAK erkennbar ist – auf ähnliche Weise wie der Bundes-EAK entstanden, indem eine evangelische Persönlichkeit die Initiative übernahm. Ende 1955 gab es bereits in den meisten, wenn auch noch keineswegs in allen CDU-Landesverbänden auch Landes-EAK; Schröder erhielt während seiner Amtszeit zuweilen wieder Nachricht, daß sich neue Verbände gegründet hatten (vgl. Vorstandsprotokoll vom 14. Febr. 1958, in dem unter Tagesordnungspunkt 5 die Gründung eines EAK Saar behandelt wurde, ACDP I-483, 055/2, sowie Dichtel an Schröder v. 10. März 1961, ACDP IV-001, 002/2, über die Gründung eines EAK Südbaden). Hinsichtlich der regionalen Entwicklungen gibt es jedoch sicher noch erheblichen Forschungsbedarf.

47 ACDP IV-001, 002/1, Prot. v. 8. Febr. 1955.

erfolgt sei. Freilich wurde der Vorbehalt gemacht, daß der Vorstand durch eine geeignete norddeutsche Persönlichkeit zu ergänzen sei.<sup>48</sup>

Dies klingt auf den ersten Blick mehr als widersprüchlich. Der Widerspruch resultierte aus dem Wunsch, einerseits möglichst alle wichtigen evangelischen Landesteile im Vorstand vertreten zu sehen, andererseits dies aber nicht irgendwie fixieren zu wollen. Aus dem Bestreben, die katholische Seite nicht zu provozieren und den EAK nicht als einen allzu fest konstituierten Verband erscheinen zu lassen, wurde darauf verzichtet, sich eine Satzung zu geben. In den (Bundes-)EAK wurden deshalb nicht Vertreter der Landesverbände delegiert, sondern dieser sollte trotz allmählicher Institutionalisierung ein möglichst informeller Kreis bleiben.<sup>49</sup>

Die durch Strauß' Organisationsänderung hervorgerufenen personellen Irritationen – der bei der Sitzung nicht anwesende Ernst Bach hatte sich schon wenig später bei Schröder heftig über die Abschaffung von drei der vier Stellvertreter-Posten beschwert – konnten schon im Februar des folgenden Jahres beigelegt werden, indem wieder mehrere gleichberechtigte Stellvertretende Vorsitzende gewählt wurden.<sup>50</sup> Die Fragen hinsichtlich einer endgültigen Organisationsform des EAK, insbesondere hinsichtlich der Zusammensetzung und der Repräsentation der Landes-EAK blieben jedoch offen. Während einige Vorstandsmitglieder der Ansicht waren, daß sich die Dinge gut eingespielt hätten, so vor allem Strauß und Edo Osterloh, der eine zunehmend wichtige Rolle im EAK spielte,<sup>51</sup> sprachen sich andere für ein Delegierten- und Schlüsselsystem aus. Der Vorstand beschloß, einen Vorschlag für letzteres auszuarbeiten.<sup>52</sup> Bei diesem Beschluß blieb es jedoch vorerst.

Zwar gab es gelegentlich Kritik an der eher zufälligen Zusammensetzung der jährlichen Bundestagungen des EAK<sup>53</sup>, die seit der Gründungsver-

48 ACDP IV-001, 002/1, Prot. v. 1. Dez. 1955

49 Diese Sorge, die Katholiken in der Union zu provozieren und mit einer Konstituierung der Evangelischen als eigenem Verband innerhalb der Union den Keim der Spaltung in die Partei zu tragen, kam noch 1962, als man endlich daranging, sich eine Satzung zu geben, in einer Rede des EAK-Vorsitzenden Gerhard Schröder auf der Landestagung des EAK Rheinland (3. Juni 1962, ACDP I-483, 053/2) zum Ausdruck.

50 Bach an Schröder, 14. Dez. 1955, ACDP I-483, 054/1, sowie Protokoll der Vorstandssitzung v. 6. Febr. 1956, ACDP I-483, 055/2.

51 Osterloh war damals als protestantischer Theologe Ministerialdirektor und »der erste Vertreter« des katholischen Bundesfamilienministers Würmeling, worauf der Kölner Erzbischof Josef Kardinal Frings in seinem Referat vor der Fuldaer Bischofskonferenz besonders hinwies, zit. nach N. TRIPPEN (wie Anm. 30), S. 369.

52 Protokoll der Vorstandssitzung v. 6. Febr. 1956, ACDP I-483, 055/2.

53 Hier ist vor allem die kritische Zuschrift des Bonner EAK-Kreisvorsitzenden Karl Gronwald nach der Bundestagung von 1957 in Kassel zu nennen (Gronwald an Schröder, 15. Aug. 1957, ACDP I-483, 054/1); darin kritisierte er unter anderem das zu teure Hotel, die vornehme Zurückhaltung der politischen Prominenz, die zu geringen Impulse für die politische

anstellung 1952 in Siegen die in der Öffentlichkeit sichtbarste Aktivität des EAK darstellten, aber es dauerte bis Anfang der sechziger Jahre, ehe man sich entschließen konnte, daran etwas zu ändern. Der entscheidende Anstoß kam schließlich aus dem westfälisch-lippischen Landes-EAK, der 1960 den Antrag einbrachte, eine Delegiertenkonferenz einzuberufen, die dem EAK eine Bundesordnung geben sollte.<sup>54</sup> Erst ein weiteres Jahr später wurde auf der Hamburger Bundestagung beschlossen, eine Kommission einzusetzen, die eine »innere Ordnung« ausarbeiten sollte.<sup>55</sup> Doch offenbar hat diese Kommission bis 1962 nicht getagt bzw. zumindest keine greifbaren Ergebnisse produziert, denn auf der Sitzung des Vorstandes am 1. Februar 1962 kam es darüber zu einer Diskussion, die in der Tagesordnung nicht vorgesehen war.<sup>56</sup> Im Anschluß an den üblichen Bericht zur politischen Lage durch den Vorsitzenden kritisierte Otto Schmidt, der einflußreiche CDU- und EAK-Mitbegründer aus Wuppertal, die Arbeit des EAK als zu unverbindlich; er sei bisher gegen alles Institutionelle gewesen, jetzt sei aber die lose Form nicht mehr durchzuhalten.

Anscheinend entsprach diese Wortmeldung nicht nur der Stimmung in den rheinischen und westfälischen Landes-EAK, denn auch vom badischen Vertreter wurde Zustimmung signalisiert. Interessant ist die Begründung von Schmidt, der andeutete, daß eine stärkere Organisierung der Evangelischen notwendig sei, um den zunehmenden katholischen Einfluß zu konterkarieren, der sich vor allem bei der Aufstellung der Landeslisten manifestiere.<sup>57</sup>

Freilich blieb diese Argumentation nicht ohne Widerspruch. Edo Osterloh, der inzwischen Kultusminister in Schleswig-Holstein geworden war, warnte vor einer nicht ungefährlichen Entwicklung und stellte die rhetorische Frage,

---

Arbeit und den akademischen Charakter der Vorträge und Diskussionen, aber eben auch die zufällige Zusammensetzung des Teilnehmerkreises, die auf veralteten Listen beruhe, und schlug vor, eine demokratische Delegation aus den Kreis- und Landes-EAK vorzunehmen. Diese Kritik wurde durchaus ernst genommen und intern diskutiert, wie aus einem Brief des Geschäftsführers Strümpfel an Alfons Kreußel, den bayerischen EAK-Vorsitzenden, hervorgeht (22. Okt. 1957, ACDP IV-001, 002/1). Strümpfel legte einige Zeit später einen Entwurf für einen an der Stärke der evangelischen Bevölkerung und CDU-Mitgliedschaft orientierten Delegierten-Schlüssel vor, der allerdings nicht umgesetzt wurde (Strümpfel an Schröder, 10. März 1959, ACDP I-483, 052/3).

54 Protokoll vom 31. März 1960, S. 12 (ACDP IV-001, 002/2). Über diesen Antrag wurde allerdings nicht abgestimmt.

55 Protokoll der Bundesarbeitskreissitzung v. 1. Juni 1961, ACDP IV-001, 002/2.

56 ACDP IV-001, 001/1 (aus dem handschriftlichen Protokoll ist die Diskussion einigermaßen rekonstruierbar).

57 Bereits seit einiger Zeit war in der Presse das Schlagwort vom »evangelischen Unbehagen« im Umlauf, mit dem auf angebliche Majorisierungsängste der Evangelischen in der CDU ebenso wie auf eine allgemeine evangelische Unzufriedenheit mit dem parteipolitischen Betrieb angespielt wurde; vgl. Kai-Uwe von HASSEL, *Das »Evangelische Unbehagen« in der Politik*, in: EV 9 (1961), Nr. 11, S. 1-6.

ob die Katholiken in Schleswig-Holstein etwa Katholische Arbeitskreise gründen sollten. Auch der Vorsitzende Schröder warnte vor der Gefahr dieser Tendenz, schloß sich am Ende aber der Mehrheitsmeinung an, die den Auftrag an die Hamburger Kommission erneuerte. Auf der kommenden Wiesbadener Bundestagung sollte die Kommission einen Satzungsentwurf vorlegen. Die Diskussion zeigt, daß sich auch im zehnten Jahr des Bestehens des EAK wenig an dessen schwieriger innerparteilicher Situation geändert hatte.

Die weitere Entwicklung ging dann, verglichen mit dem bisherigen Gang der Dinge, außerordentlich rasch. Bereits am 18. Mai legte die Hamburger Kommission unter Führung von Walter Strauß einen Entwurf vor, dem der Bundesvorstand am 24. Mai seinen Segen gab.<sup>58</sup> Danach sollte der Bundesarbeitskreis aus je zwei Mitgliedern der Vorstände der Landesarbeitskreise, den evangelischen Mitgliedern des Präsidiums der Bundespartei und dem evangelischen Vorsitzenden oder stellvertretenden Vorsitzenden der CSU, dem Präsidenten oder Vizepräsidenten des Bundestages, den Bundesministern, dem Geschäftsführer der Bundespartei oder dessen Stellvertreter, soweit diese evangelisch seien, sowie aus bis zu zwölf kooptierten Mitgliedern bestehen. Aus der Mitte des Bundesarbeitskreises solle ein Vorstand mit sieben Mitgliedern, darunter ein Vorsitzender und ein oder mehrere Stellvertreter gewählt werden. Der Bundesarbeitskreis sollte sich innerhalb von drei Monaten nach einer Bundestagswahl neu konstituieren. Mit diesen Regelungen wurde einerseits sichergestellt, daß sowohl die »geborenen Mitglieder« als auch die Landes-EAK im Bundes-EAK angemessen vertreten sein würden. Andererseits wurde der besondere Charakter des EAK gewahrt, der eben keine »Partei in der Partei« mit einem demokratischen Aufbau von unten nach oben sein sollte. Deshalb hatte man sich für das »Senatsprinzip« entschieden, das allen Landes-EAK eine gleich starke Vertretung im Bundes-EAK ermöglichte.

Doch genau an dieser Entscheidung entzündete sich ein Konflikt. Der westfälisch-lippische Landes-EAK, der die Einführung einer inneren Ordnung entscheidend angestoßen hatte, war mit dieser Lösung nicht zufrieden. Im Sommer 1962 erklärten alle Landes-EAK bis auf diesen ihre Zustimmung zum Entwurf. Der Einwand der Westfalen bestand eben darin, daß sie sich als unterrepräsentiert empfanden. Eine Entschließung teilte dem Bundes-EAK mit, daß man für die bevorstehende Bundestagung drei Delegierte nominieren werde; dies solle aber nicht als Zustimmung ausgelegt werden, vielmehr erwarte man, daß entsprechend der Stärke des Landes-EAK zwei

<sup>58</sup> Ein Exemplar des Entwurfes s. ACDP I-483, 054/2. Vorstandssitzung v. 24. Mai 1962 s. ACDP I-483, 053/2.

weitere westfälische Vertreter in den Bundes-EAK gewählt würden.<sup>59</sup> Auf der Bundestagung am 4. Oktober 1962 erläuterte der westfälische Delegierte Manfred Luda die Vorschläge der Westfalen. So forderten sie einen »stärker der Gesamtpartei entsprechenden organischen Aufbau des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU von unten nach oben, d.h. eine zahlenmässig unterschiedliche Vertretung der Landesarbeitskreise je nach Grösse im Bundesarbeitskreis.«<sup>60</sup> Dazu schlug man eine Staffelung von drei Delegierten für die großen (z.B. Westfalen), zwei für die mittleren und einen für die kleinen Landes-EAK (z.B. Bremen) vor. Darüber hinaus wollte man zur Verbesserung des Kontaktes zwischen Bundes- und Landes-EAK die Arbeitsperiode des Bundes-EAK auf zwei Jahre verkürzen und als drittes Organ neben Bundes-EAK und Vorstand die Bundesversammlung einführen. Diese Vorschläge wurden diskutiert und von der großen Mehrheit abgelehnt.

Als Tenor der Gegenargumente hält das Protokoll fest: »Es wird nachdrücklich betont, dass es sich bei dem Arbeitskreis um keine Institution handle und jeder organisatorische Perfektionismus den Sinn des Arbeitskreises gefährde, der von Hermann Ehlers her immer von der für die Mitarbeit notwendigen Persönlichkeit und nicht von einer zahlenmässigen Vertretung der regionalen Kreise angegeben sei. Dieses Persönlichkeitsprinzip müsse im Interesse der Aufgabenstellung des Arbeitskreises und insbesondere im Blick auf den Unionsgedanken unbedingt beibehalten werden.«<sup>61</sup>

Unter Rückgriff auf die »kanonische« Autorität von Hermann Ehlers wurde der Ansatz der Westfalen zurückgewiesen und der Charakter des EAK gesichert, der sich als Arbeitskreis von evangelischen Persönlichkeiten in der CDU/CSU verstand. Zugleich sollte jede Provokation der Katholiken vermieden werden. Dennoch kam man den Westfalen entgegen. Auf der Bundestagung vom 10. Dezember 1962 wurde beschlossen, das Verhältnis zwischen Delegierten und »geborenen« EAK-Mitgliedern zugunsten der ersteren zu verschieben und in einer endgültigen Fassung der »inneren Ordnung« festzulegen, daß die Landes-EAK drei stimmberechtigte Mitglieder in den Bundes-EAK entsenden sollten. Auch sollte zukünftig zu einer zweijährigen Wahl des Vorstandes übergegangen werden.<sup>62</sup> Damit war der Konsens wiederhergestellt und der EAK hatte eine innere Ordnung erhalten, die über eine längere Periode Bestand hatte und die zugleich

59 ACDP IV-001, 002/2.

60 Protokoll v. 4. Okt. 1962, S. 5, ACDP IV-001, 002/2.

61 Ebd., S. 5 f. Wenn G. MEHNERT (wie Anm. 5, S. 31) in der organisatorischen Zurückhaltung vor allem »ein Stück bewußter evangelischer Freiheit, die sich nicht einfach in das Ordo-Gefüge einer Satzung einzwängen läßt«, sieht, so ignoriert er den Hauptaspekt, die Sorge um den Unionsgedanken, völlig.

62 Protokoll v. 10. Dez. 1962, ACDP IV-001, 002/2.

den Selbstbehauptungswillen des EAK dokumentierte.<sup>63</sup> Allerdings blieb der EAK mit dieser Ordnung auch einem Honoratiorencharakter verhaftet, was der Verwirklichung eines mit der Verabschiedung ursprünglich verbundenen Anliegens, der Aktivierung der evangelischen Mitgliedschaft und insbesondere der jüngeren Generation, nicht gerade förderlich war.

### Politische Arbeit und Aktivitäten des EAK

Das primäre Ziel des EAK war es, für die Unionsparteien Wählerstimmen im evangelischen Lager zu gewinnen.<sup>64</sup> Zu diesem Zweck wurden seit der Gründung durch Hermann Ehlers zwei Strategien benutzt. Zum einen galt es, innerhalb der CDU/CSU Präsenz zu zeigen und sichtbaren Einfluß zu demonstrieren – d.h. auch, wie bereits oben gezeigt, ganz konkrete Personalpolitik zu betreiben –, um zu beweisen, daß die Union keine Fortsetzung der Zentrumspartei mit anderen Mitteln sei, und derartige Propaganda, woher sie im Einzelfall auch kam, zu widerlegen.<sup>65</sup> Daß dies zugleich den Machtambitionen der evangelischen CDU-Politiker diene, war bereits zu Ehlers' Zeiten ein durchaus erwünschter Nebeneffekt, auch wenn immer wieder betont wurde, daß der EAK keineswegs als Hausmacht einzelner Politiker dienen sollte.<sup>66</sup> Zum anderen aber sollte direkt die evangelische Öffentlichkeit angesprochen werden und auch auf die Amtskirche Einfluß genommen werden. Diese drei Tätigkeitsebenen des EAK, die Öffentlichkeit, die Kirche und die innerparteiliche Stellung, sollen im folgenden näher beleuchtet werden.

63 Dies kam bereits auf der Oktobertagung in Wiesbaden zum Ausdruck, als der geschäftsführende Parteivorsitzende Dufhues, von dem in der Presse gemunkelt wurde, daß er den EAK mittlerweile für überflüssig halte, diesen zu »kräftiger, aufgeschlossener und moderner Aktivität« ermunterte; zit. nach EV 10 (1962), Nr. 11, S. 18.

64 In der konkreten Situation vor Wahlen wurden immer wieder Möglichkeiten der Beeinflussung der Wahlentscheidung diskutiert; vgl. z.B. das Protokoll der Sitzung des Bundesarbeitskreises v. 5. April 1957, ACDP IV-001, 002/1). Zuweilen mündete dies in direkte Wahlaufrufe, so z.B. »Die Union lebt. Kasseler Erklärung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU«, veröffentlicht in: EV 5 (1957), Heft 8, S. 1 ff., und »Evangelischer Wähler« 9. Bundestagung des EAK, 1.-3. Juni 1961, Hamburg, in: EV 9 (1961), Heft 6, ohne Seitenangabe. Ähnliches gilt auch für die Tagungsorte, die gerne dorthin gelegt wurden, wo Wahlen anstanden; vgl. z.B. das Protokoll des Vorstandes v. 14. April 1961, ACDP IV-001, 001/1).

65 Solche Vorwürfe wurden nicht nur von seiten der SPD und der GVP erhoben, sondern zuweilen auch von der FDP (vgl. die Presseerklärung v. 2. Juni 1961, ACDP I-483, 60/2, in der der EAK zu einer Kontroverse zwischen der nordrhein-westfälischen FDP, insbesondere Liselotte Funcke, und der Landesregierung um angeblich katholisch-konfessionelle Personalpolitik Stellung nahm; Schröder und Osterloh versuchten die Gemüter zu beruhigen, indem sie jeglichen Konfessionalismus zurückwiesen) und bereits früher vom BHE (vgl. Protokoll der Sitzung des Bundesarbeitskreises vom 6. Okt. 1954, ACDP IV-001, 002/1).

66 Vgl. G. MEHNERT (wie Anm. 5), S. 40 f.

Das wichtigste Instrument zur Darstellung des EAK in der Öffentlichkeit waren seit der Gründung in Siegen die fast jährlich durchgeführten Bundestagungen.<sup>67</sup> In den Sitzungen des Vorstandes und des Bundesarbeitskreises wurde viel Zeit und Energie auf die Konzeption der Tagungen, auf die Fragen, welche Themen behandelt, welche Referenten gewonnen werden sollten, verwendet. Die Tagungen sollten neben dem eher vordergründigen, gleichwohl aber wichtigen Zweck der Wahlwerbung auch der geistigen Orientierung dienen und dazu beitragen, politische Grundfragen aus evangelischer Sicht zu beleuchten. Deshalb wurden auch mehrfach prominente Theologen und evangelische Intellektuelle als Referenten eingeladen, so z.B. Walter Künneth (1954) und Helmut Thielicke (1962) sowie Arnold Gehlen (1964) und Karl Dietrich Erdmann (1965); darüber hinaus waren einige der maßgeblichen EAK-Mitglieder wie Edo Osterloh, Wilhelm Hahn und Martin Redeker selbst Theologen.<sup>68</sup>

Es kann, nach allem, was über die Gründungsgeschichte des EAK geschrieben wurde, kein Zweifel daran bestehen, daß dieser sich eher im konservativen Spektrum des deutschen Protestantismus verortete. Dabei knüpfte man einerseits an bestehende Traditionen an. Dies wird mehr als deutlich in den Ausführungen von Walter Strauß, die er als Berichterstatter der Arbeitsgruppe »Die geschichtlichen Kräfte des Protestantismus und unser politischer Auftrag« auf der Bundestagung von 1957, machte: »Daher [in Reaktion auf die Schocks von 1918 und 1945] haben wir, Hermann Ehlers in erster Linie, unsere besondere Aufgabe darin gesehen, uns um die Wiedergewinnung dieses Staatsverständnisses und eines gesunden Geschichtsbewußtseins zu bemühen und den richtigen evangelischen Beitrag zum Vaterlandsbegriff zu leisten.«<sup>69</sup>

Daran, was mit *diesem* Staatsverständnis gemeint war, ließ Strauß keinen Zweifel: »Der preußische Staatsgedanke, in dem sich in einer eigenartigen Weise Luthertum und Reformierte gefunden haben (die Hohenzollern waren über 200 Jahre Reformierte), lehrt uns ..., daß es jenseits der Teile ein Ganzes gibt, jenseits der Parteien, Fraktionen und Faktionen einen gemeinsamen Staat. In vielen Diskussionen klang an, daß diese Erkenntnis es zur Aufgabe gerade des evangelischen Teiles der CDU mache, den Staat als Ganzes jenseits der Teile, auch jenseits der eigenen Partei zu sehen.«

Man blieb aber bei solchen Belehrungen, deren Wirkungen auf die Ka-

---

<sup>67</sup> Die Bundestagungen brauchen hier nicht im einzelnen behandelt werden, da dies den Schwerpunkt der Darstellung bei G. MEHNERT (wie Anm. 5) ausmacht.

<sup>68</sup> Dies führte jedoch auch zu der bereits angesprochenen Kritik der Tagungen als allzu akademisch (s. o. Anm. 53).

<sup>69</sup> »Evangelische Verantwortung heute«, Berichte der Arbeitsgruppen der 6. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises, EV 5, Nr. 7, S. 9-12, hier S. 9.

tholiken in der Partei wohl nicht bedacht wurden, nicht stehen, sondern zeigte den Willen, die Tradition zu modernisieren, autoritäre und nationalistische Elemente des deutschen Protestantismus zu überwinden. Es gelte das Spannungsverhältnis von »Protestantismus und Demokratie« zu lösen und »einem falschen Nationalismus endgültig abzusagen und nach neuen Formen des Denkens und des Verhaltens im Sinne einer Partnerschaft in der Verantwortung zu suchen.«<sup>70</sup> Dies betreffe sowohl die Nachbarn im Westen und Osten als auch die nichtchristlichen, überseeischen Völker, die in der Entwicklung begriffen seien. Diese beispielhaften Äußerungen zeigen, daß der EAK in den fünfziger Jahren einen wichtigen Beitrag zur Modernisierung der konservativen protestantischen Traditionen, die mit der eindeutigen Unterstützung der Westbindung bzw. einer generellen Öffnung zum Westen begonnen hatte, und damit zur Entstehung eines demokratischen Konservatismus leistete, der in der deutschen Geschichte stets unterentwickelt war.<sup>71</sup>

Betrachtet man die thematische Entwicklung der EAK-Bundestagungen im Zusammenhang, so fällt auf, daß das zentrale Motiv der frühen Jahre, die Spannung zwischen Wiedervereinigung und Wiederbewaffnung, sukzessive an Bedeutung verlor. Die Berliner Tagung von 1956, die unter dem wenig aussagekräftigen Motto »Herausforderungen unserer Zeit« stand, wurde – nicht zuletzt unter dem Eindruck des *genius loci* – von der Auseinandersetzung mit der in der DDR herrschenden Ideologie und der Thematik der Wiedervereinigung dominiert. So begann die Entschließung der kultur- und schulpolitischen Arbeitsgruppe mit einem Punkt zur Wiedervereinigung. Der Inhalt war allerdings bezeichnend; es sollte die westdeutsche Bildungspolitik ihren Beitrag zur Wiedervereinigung durch »die geistige Überwindung des kommunistischen atheistischen Materialismus« leisten.<sup>72</sup> Zwei Jahre später war die Tagung von Essen mit dem Titel »Wiedervereinigung – Verteidigung – Europa« überschrieben, doch zeichnete sich hier die veränderte Einstellung zur Wiedervereinigung noch deutlicher ab. Hatte Gerhard Schröder in seiner ersten Äußerung als neuer Vorsitzender des EAK in der »Evangelischen Verantwortung« noch von der Wiedervereinigung als unmittelbar aktueller Aufgabe gesprochen und dabei selbst die deutschen Ostgebiete eingeschlossen,<sup>73</sup> so entwarf er in seinem Vortrag über die »innenpolitischen Voraussetzungen der Wiedervereinigung« ein anderes Bild. Einleitend bezeichnete

70 Zitate ebd. S. 10.

71 Dies ist auch die zentrale Erkenntnis der Studie von Th. SAUER (wie Anm. 12) über den Kronberger Kreis, der enge Verbindungen zum EAK hatte und diesem in vielem vergleichbar ist.

72 Zit. nach: EV 4 (1956), Nr. 10, S. 5.

73 Wie Anm. 45.

er die Ostgebiete, ohne auf die Vertriebenen weiter Rücksicht zu nehmen, als eine durch die fast restlose Vertreibung »nationalpolitisch tote Zone«; unter Wiedervereinigung könne man deshalb nur die staatliche Vereinigung von Bundesrepublik, DDR und Berlin verstehen.<sup>74</sup> Der entscheidende Punkt im Hinblick auf die Wiedervereinigung wurde – wie er selber sagte – »nicht leichten Herzens« wenig später ausgesprochen: »Aber ein freier demokratischer gesamtdeutscher Staat kann nur dann Wirklichkeit werden, wenn die Bundesrepublik als derzeit einziger freier Teil Deutschlands am Tage der Wiedervereinigung intakt und für ihre Verpflichtungen gegenüber Gesamtdeutschland politisch, geistig und moralisch gerüstet ist.«<sup>75</sup>

Daraus wurde eine Argumentationsfigur deutlich, die schon aus der Verfassungsdiskussion vertraut war, daß die Bundesrepublik gewissermaßen eine Treuhänderfunktion für die Bevölkerung der »Zone« ausübe: »Für sie lebt und wirkt das wahre Deutschland in der Bundesrepublik. Für sie sind wir die Träger der geschichtlichen Aufgabe Deutschlands, die Hüter der Tradition, die Bahnbrecher einer neuen Entwicklung, die Repräsentanten der Nation. Solange wir diese Aufgabe sichtbar und glaubwürdig erfüllen, solange wird dem Regime drüben das Zeichen der Dauer und Beständigkeit fehlen.«<sup>76</sup>

Kaum mehr implizit war in diesen, für einen so sachlichen, nüchternen Politiker wie Gerhard Schröder erstaunlich pathetischen Worten das Eingeständnis enthalten, daß mit einer baldigen Wiedervereinigung nicht zu rechnen sei. Statt einer operativen Wiedervereinigungspolitik, die in der realpolitischen Situation nicht mehr möglich war, wurde der bundesdeutschen Politik eine Treuhänderfunktion aufgegeben, ja aufgebürdet. Die Gefahr, daß damit eine Überforderung verbunden war, daß die Treuhänderpolitik allmählich einer mehr oder weniger selbstgefälligen Genügsamkeit weichen würde, war von Anfang an evident; dennoch war mehr in der weltpolitischen Gesamtlage auch vor dem Mauerbau kaum möglich. Daß der EAK jener Gefahr nicht ganz ausweichen konnte, wird schon in der thematischen Entwicklung erkennbar.

Traten zu Anfang der sechziger Jahren eher allgemein bzw. sehr konkret im Blick auf Wahlen formulierte Themen in den Vordergrund (»Der Einzelne und die Gesellschaft heute«, 1960; »Die Entscheidung des evangelischen Wählers«, 1961; »Evangelische Verantwortung für Morgen«, 1962; »Geist, Ordnung, Macht«, 1964; »Verantwortung für Deutschland«, 1965), so wurde in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts der Selbstbezug immer deutlicher

<sup>74</sup> Zit. nach dem Manuskript (ACDP I-483, 041/2), S. 6; die Rede ist abgedruckt in: EV 6 (1958), Nr. 6, S. 2-7.

<sup>75</sup> Manuskript, S. 11.

<sup>76</sup> EBD., S. 13.

»Macht und Bildung in unserem Staat«, 1966; »Unsere Demokratie zwischen gestern und morgen«, 1968; »Freiheit und Autorität in unserem Staat«, 1969).<sup>77</sup>

Eine weitere Form des Selbstbezuges war der Verlust des direkten politischen Gegners. Zwar gab es für die Gründung des EAK eine Reihe struktureller Gründe, der konkrete Anlaß aber war die Konkurrenz im evangelischen Lager durch das Bündnis von Gustav Heinemann mit dem barthianisch geprägten Flügel der evangelischen Kirche gewesen. Die Auseinandersetzung mit dieser – in sich sehr heterogenen – Gruppe prägte die politische Arbeit des EAK auch noch in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, als nicht mehr die Wiederbewaffnung, sondern die Anti-Atomtod-Bewegung und die verschiedenen mehr oder weniger neutralistischen Pläne zur Wiedervereinigung im Vordergrund der Diskussion standen. Ein Beispiel für diese Auseinandersetzung war die heftige Reaktion auf die berühmte Nachtsitzung des Bundestages vom 23./24. Januar 1958, in der der FDP-Politiker Thomas Dehler und Heinemann Adenauer vorwarfen, die Wiedervereinigung nie gewollt zu haben, und in der Heinemann das Wort sprach, daß Jesus Christus nicht gegen Karl Marx, sondern für uns alle gestorben sei.<sup>78</sup> Der EAK widmete der Auseinandersetzung eine ganze Ausgabe der »Evangelischen Verantwortung« mit Artikeln von Schröder, Gerstenmaier, Osterloh und mehreren anderen Autoren – insgesamt der ersten Garde.<sup>79</sup>

Auch die Bundestagung des Jahres und die bereits zitierte Rede von Gerhard Schröder über die innenpolitischen Voraussetzungen der Wiedervereinigung, in der er sich um einen parteiübergreifenden Konsens bemühte, allerdings einen Konsens zu den Bedingungen der Union, stand noch unter dem Eindruck von Heinemanns Rede, die im evangelischen Raum durchaus auf positives Echo gestoßen war.<sup>80</sup> Das geradezu Paradoxe war jedoch, daß Heinemann, der sich in erster Linie aufgrund der deutschlandpolitischen Differenzen von der Union getrennt hatte und sich nach dem Scheitern der GVP der SPD anschloß, die deutschland- und bündnispolitische Wende der SPD der Jahre 1959/60, die den programmatischen Anpassungsprozeß der SPD an die vollendeten Tatsachen bundesdeutscher Politik abschloß, nicht verhindern konnte, ihr auch keinen nennenswerten Widerstand entgegen-

<sup>77</sup> Zu einem gewissen Grad war diese verstärkte Identifizierung mit dem eigenen Staat eine defensive Reaktion auf die Angriffe auf diesen durch die APO, vgl. G. MEHNERT (wie Anm. 5), S. 47.

<sup>78</sup> Zur Debatte s. H.-P. SCHWARZ, *Adenauer*, Bd. 2 (wie Anm. 36), S. 405 ff.

<sup>79</sup> EV 6 (1958), Nr. 2/3.

<sup>80</sup> Selbst der Hannoversche Landesbischof Hanns Lilje schrieb zu dem Wort Heinemanns, daß es »von einem Christen nur vorbehaltlos bejaht werden« könne, auch wenn es nicht als Basis konkreter politischer Entscheidungen dienen könne (zit. nach ebd., S. 9).

setzte und sich von der Deutschlandpolitik weitgehend zurückzog.<sup>81</sup> Damit hatte der EAK im Grunde seinen inner-evangelischen Widerpart verloren, denn für sich genommen waren die Barthianer zu sehr Außenseiter, um eine Bedrohung darzustellen. Auch deshalb wandte sich der Arbeitskreis stärker allgemeinen bzw. tagespolitisch geprägten Themen zu.

Mit der Übernahme des Außenministeriums durch den EAK-Vorsitzenden Gerhard Schröder nahm im übrigen die Außen- und Sicherheitspolitik insgesamt etwas von der Rolle ein, die die Deutschland- und Wiederbewaffnungspolitik in den fünfziger Jahren gespielt hatte. Schröders Außenpolitik der engen Anlehnung an die USA kombiniert mit einer vorsichtigen Annäherung an den Osten fand beim EAK und im Protestantismus insgesamt einen Rückhalt, aber auch bei der Bonner Opposition viel Beifall. Die Gegner dieser Politik kamen zumeist aus den Reihen der Union und waren häufig Katholiken.<sup>82</sup> Auf die Bedeutung dieser Tatsache für den EAK wird noch einzugehen sein.

Daß der direkte inner-evangelische Widersacher an Bedeutung verloren hatte, bedeutete nun keineswegs, daß es keine innenpolitischen Gegner mehr gab. Im Gegenteil, mit der Mitgliedschaft Heinemanns, dem seine Anhänger und allein in Württemberg 160 Pfarrer gefolgt waren, und, ebenso wichtig, der Godesberger Wende, wurde die Aufgeschlossenheit des deutschen Protestantismus der SPD gegenüber spürbar größer.<sup>83</sup> Der

81 Vgl. Karl-Ludwig SOMMER, *Gustav Heinemann und die SPD in den sechziger Jahren. Die Entwicklung politischer Zielsetzungen in der SPD in den Jahren 1960 bis 1969, dargestellt am Beispiel der politischen Vorstellungen Gustav Heinemanns*, München 1980, S. 71 ff. bes. S. 75 ff.

82 Zu den Grundzügen von Schröders Außenpolitik s. die noch immer lesenswerte Darstellung von Waldemar BESSON, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik. Erfahrungen und Maßstäbe*, München 1970, S. 329 ff., sowie Werner LINK, *Die Deutschlandpolitik der Bundesregierungen Erhard und der Großen Koalition*, in: *Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«*, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd. V/2: Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen, Baden-Baden 1995, S. 1676-1743, hier S. 1683 ff. Zu den innerparteilichen Auseinandersetzungen s. Klaus HILDEBRAND, *Zur Problematik der deutsch-französischen Beziehungen in den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts*, in: Henning KÖHLER (Hrsg.), *Deutschland und der Westen. Vorträge und Diskussionsbeiträge des Symposiums zu Ehren von Gordon A. Craig*, Berlin 1984 (Studien zur europäischen Geschichte, Bd. 15), S. 169-184, hier bes. S. 171 f. Das evangelische Interesse an der Ostpolitik kulminierte in der sogenannten Ostdenkschrift von 1965 (*Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn*, gedruckt in: *Die Denkschriften der Evangelischen Kirche in Deutschland*, hrsg. von der Kirchenkanzlei der EKD, Bd. 1: *Frieden, Versöhnung und Menschenrechte*, Gütersloh 1978, S. 77-126). Die Denkschrift war zwar sehr umstritten (vgl. *Stimmen zur Denkschrift der EKD*, hrsg. von Peter NASARSKI, Köln 1966), fand aber auch im konservativeren evangelischen Spektrum durchaus Unterstützung; vgl. Th. SAUER (wie Anm. 12), S. 176-185, bes. S. 184 f.

83 Die Anfänge der Annäherung zwischen SPD und evangelischer Kirche waren freilich sehr viel älter, vgl. M. MÖLLER (wie Anm. 15) sowie Peter LÖSCHE/Franz WALTER, *Die SPD: Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung*, Darmstadt 1992, S. 332 ff.

EAK reagierte auf diese Entwicklung, indem er die direkte parteipolitische Auseinandersetzung stärker in den Mittelpunkt der politischen Arbeit stellte. Beispielhaft kam dies auf der Bundestagung 1961 in Hamburg in der Rede des Vorsitzenden Gerhard Schröder zum Ausdruck. Unter dem Titel »Kompromiß mit der SPD?« setzte sich Schröder mit der öffentlichen Stimmung auseinander, daß es Zeit für einen Wechsel sei, daß die SPD zumindest an der Regierung beteiligt werden müsse. In der Vorphase des Wahlkampfes wenig überraschend wies er derartige Ansinnen zurück und bezeichnete die programmatische Wende der SPD als eine Mischung aus Gesinnungswandel und Opportunismus und lehnte insbesondere eine Große Koalition aus grundsätzlichen demokratietheoretischen Gründen wie aus Mißtrauen gegenüber der Ernsthaftigkeit der sozialdemokratischen Läuterung ab. Vor allem Herbert Wehner wird in dieser Rede eine Rolle als Chefarchitekt marxistischer Camouflage zugewiesen.<sup>84</sup>

Diese stärker parteipolitische Orientierung der politischen Arbeit des EAK beeinflusste und belastete das Verhältnis zur evangelischen Kirche, das zu Anfang der sechziger Jahre alles andere als harmonisch war. Wo die Probleme lagen, verdeutlicht ein Brief, den der hannoversche Oberkirchenrat Erwin Wilkens im Anschluß an die Hamburger Bundestagung an Gerhard Schröder in dessen Eigenschaft als EAK-Vorsitzender richtete.<sup>85</sup> Wilkens hatte bereits mehrfach in der »Evangelischen Verantwortung« geschrieben und fühlte sich nach eigenem Bekunden der Arbeit und dem Anliegen des EAK verbunden. Gerade deshalb wollte er Schröder seine kritischen Gedanken zum »Verhältnis der CDU bzw. ihrer evangelischen Abgeordneten zur evangelischen Kirche« mitteilen. Durchaus selbstkritisch erwähnte Wilkens auch die Schwächen in der Argumentation der evangelischen Theologen<sup>86</sup>, die nur wenig in der Lage seien, »politisch zu denken und auch einer politischen Gesinnungsgemeinschaft wie der CDU zugute zu halten, daß sie eben

<sup>84</sup> Die Rede ist als Broschüre (Bonn 1961) und in der Evangelischen Verantwortung (EV 6/1961, Nr. 6) veröffentlicht.

<sup>85</sup> Wilkens an Schröder, 14. Juni 1961, ACDP I-483, 053/2. Aus diesem Brief stammen die folgenden Zitate. Vgl. auch zur Verstimmung zwischen den evangelischen Unionspolitikern und der Kirche den Bericht über die Hamburger Bundestagung von Eberhard BITZER, »Schröders Paukenschlag in Hamburg. Das Unbehagen der Protestanten in der Union«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 7. Juni 1961. Noch ein Jahr zuvor war diese Verstimmung von evangelischen Spitzenpolitikern wie Edo Osterloh und Gerstenmaier geleugnet worden; vgl. Adenauer: »... um den Frieden zu gewinnen.« Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957-1961, bearb. v. Günter BUCHSTAB (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 24), Düsseldorf 1994, S. 610 f., 707 u. 710. Vgl. auch H.-P. SCHWARZ, Adenauer, Bd. 2 (wie Anm. 36), S. 603 f.

<sup>86</sup> Auf der Hamburger Tagung wurde die neue Tradition inaugurieren, die Tagung mit einem Theologengespräch in einem Kreis mit eingeladenen Gästen zu beginnen; die Gespräche wurden in den ersten Jahren zumeist von dem Heidelberger Theologen und CDU-Politiker Wilhelm Hahn geleitet; in Hamburg stand das Gespräch unter dem Oberthema »Das Christliche in der deutschen Politik seit 1945«; vgl. G. MEHNERT (wie Anm. 5), S. 39.

ganz bestimmte konkrete politische Aufgaben zu bewältigen hat und ihnen nur mit den dem Feld der Politik eigentümlichen Mitteln gerecht werden kann«; statt dessen würden auch viele Theologen und Pfarrer, »die sicherlich nicht von den Prämissen des politischen Gottesdienstes Karl Barth'scher Prägung her denken und keineswegs den kirchlichen Bruderschaften zuzurechnen sind, dazu neigen, spezifische kirchliche Aufträge, Funktionen und Erkenntnisse unmittelbar in Maximen politischen Handelns umzuwandeln.« Diese Selbstkritik vorausgeschickt, kam Wilkens zu seinem eigentlichen Anliegen, seiner Enttäuschung über das Verhalten und die Argumentation der meisten EAK-Politiker auf der Tagung Ausdruck zu geben: »Anstatt ... über die spezifisch christlichen und evangelischen Voraussetzungen für die Gestalt der Politik nachzudenken und anstatt die kritische Frage aufzuwerfen, ob man seitens der CDU diesen Voraussetzungen immer ausreichend gefolgt ist, wurde das Versagen der Evangelischen Kirche in Deutschland gegenüber ihrer politischen Aufgabe sowie gegenüber der CDU in einer Weise unter Anklage genommen, daß ich darüber nur aufs äußerste bestürzt sein kann.«<sup>87</sup>

Im einzelnen kritisierte Wilkens des weiteren das Unverständnis für die Tiefe des Prinzipienstreits innerhalb der Kirche, der nicht mit dem Maßstab der politischen Erfordernisse einer Partei gemessen werden könne, die Überforderung der Kirche mit politischen Erwartungen und, vielleicht am wichtigsten, das mangelnde Verständnis, für »die wesentliche geschichtliche Aufgabe der EKD in unseren Tagen, nämlich ihren Zusammenhalt in Ost und West zu wahren«. In der heftigen Anklage gegen die Kirche sah Wilkens auch ein Ausweichen vor der Tatsache, daß der EAK die Klärung bestimmter Fragen, vor allem worin der spezifisch evangelische Beitrag zur Formung einer politischen Grundhaltung liegen könne, noch immer nicht wirklich angefaßt habe: »Soll sich der evangelische Wähler wirklich aus christlicher Verantwortung heraus für die CDU entscheiden, wozu ja Ihre Tagung in Hamburg aufrufen wollte, dann muß er wohl aus einer kraftvolleren Substanz heraus angerebet werden, als es bisher geschah.«

Dies alles war für einen eher konservativen Lutheraner, der der CDU im Prinzip nahestand, starker Tobak. Ob der Brief, der allen Vorstandsmitgliedern in Abschrift von Schröder zur Verfügung gestellt wurde, eine direkte Reaktion auslöste, ist anhand der Aktenlage nicht zu rekonstruieren. Aber es ist offenkundig, daß die wachsenden Verständigungsschwierigkeiten mit

---

<sup>87</sup> Bereits im Vorfeld der Tagung war die Lage der CDU im mehrheitlich evangelischen Hamburg als wenig erfreulich und die Haltung der evangelischen Pfarrerschaft als völlig gleichgültig gegenüber der CDU charakterisiert worden (Protokoll der Bundesvorstandssitzung v. 14. April 1961, ACDP IV-001, 001/1). Auf der Tagung scheint dieser Befund auf die gesamte evangelische Kirche ausgedehnt worden zu sein.

einem beträchtlichen Teil der Kirche, die gegensätzlichen Erwartungen – hier die Orientierung an theologisch-moralischen Kategorien, dort die enttäuschte Erwartung konkreter politischer Unterstützung der CDU, wie sie von seiten der katholischen Kirche kam –, daß also die Probleme im Verhältnis zur Kirche vom EAK durchaus gesehen wurden. Man reagierte darauf für den EAK verhältnismäßig schnell mit einer Aktivierung der kirchlichen Arbeit. Dieses zweite Standbein der politischen Arbeit des EAK war bis dahin offenbar vernachlässigt worden.

Bereits die oben behandelten organisatorischen Reformen sollten der Aktivierung der EAK-Arbeit dienen. Der nach der neuen Ordnung gewählte Bundesvorstand nahm eine Arbeitsteilung vor; nach der beispielsweise Wilhelm Hahn für die Kontaktpflege zu den evangelischen Theologen und Akademien, Edo Osterloh für regelmäßige Kontakte zu den kirchlichen Institutionen, den Vorsitzenden des Rates der EKD und den Landeskirchenleitungen zuständig waren. Andere Schwerpunkte der Vorstandsarbeit sollten die evangelischen Frauen- und Jugendorganisationen, die evangelische Arbeitnehmerschaft, die Presse, aber auch die Junge Union, der RCDS und die CSU sein.<sup>88</sup>

Die wichtigsten Impulse für theologisch-kirchliche Arbeit gingen in der folgenden Zeit von Wilhelm Hahn aus. Bereits wenige Tage nach der Sitzung des Bundesarbeitskreises, auf der diese Arbeitsaufteilung beschlossen wurde, legte der Geschäftsführer Strümpfel dem Vorsitzenden Gerhard Schröder das »Aktionsprogramm« Hahns vor.<sup>89</sup> Hahn schlug vor, möglichst bald Arbeitsgespräche mit mehreren im Rahmen der evangelischen Kirche wichtigen Persönlichkeiten zu führen: erstens, den Bischöfen, Präsidien und Kirchenpräsidenten der westdeutschen Landeskirchen, zweitens, den Direktoren der Evangelischen Akademien, drittens, den Leitern der evangelischen Predigerseminare und Kirchlichen Hochschulen und schließlich viertens, den Studentenpfarrern. Dieses Arbeitsprogramm wurde tatsächlich zügig in Angriff genommen und umgesetzt. Zur Vorbereitung dieser Gespräche wurde ein von Hahn geleiteter theologischer Arbeitskreis gebildet, der sich schnell unter der Bezeichnung »Studiengruppe« etablierte und sich bemühte, die von Wilkens kritisierten grundlegenden geistigen Defizite zu beheben.<sup>90</sup>

88 Protokoll der Sitzung des Bundesarbeitskreises vom 10. Dez. 1962. Ein weiteres Element der Aktivierung der politischen Arbeit, auf das hier nicht weiter eingegangen werden kann, war die Bestellung eines neuen Redakteurs, Eberhard Amelung, für die *Evangelische Verantwortung*, die zugleich ein neues Layout erhielt und insgesamt professionalisiert und modernisiert wurde. Zugleich wurde sie auch teurer in der Herstellung, was dazu führte, daß sie in der Finanzkrise der Partei 1967 ihr Erscheinen vorübergehend einstellen mußte. Erst 1969 konnte sie wieder erscheinen, anfänglich nur in Form hektographierter Blätter.

89 Vermerk v. 14. Dez. 1962 über ein Gespräch mit W. Hahn, ACDP IV-001, 002/2.

90 Vgl. Wilhelm HAHN, *Ich stehe dazu. Erinnerungen eines Kultusministers*, Stuttgart 1981,

Schon 1963 wurde je ein Gespräch mit den Akademiedirektoren, den sog. »Kirchenführern« und den Studentenpfarrern geführt. Der Charakter dieser Gespräche war, soweit sich dies anhand der handschriftlichen Aufzeichnungen des Bundesgeschäftsführers Strümpfel rekonstruieren läßt, durchaus unterschiedlich. Die Akademiedirektoren, die am 6. Mai mit dem EAK-Vorstand zusammenkamen, artikulierten das ihnen in den Seminaren begegnende Unbehagen der Intellektuellen und vieler Angehöriger der jungen Generation an der Bonner Demokratie, den Parteien und besonders der CDU/CSU. So wurde unter anderem der Stil der politischen Auseinandersetzung, die Gefährdungen der Demokratie bzw. des demokratischen Bewußtseins durch Verletzungen der demokratischen Spielregeln – dabei wurde insbesondere die Spiegel-Affäre genannt –, die Unglaubwürdigkeit der Parteien sowie, im Hinblick auf die CDU/CSU, das allgemeine Absinken in Routine, das mangelnde Profil und das durch die Diskussion um die Kanzlernachfolge und den innerparteilichen Umgang ramponierte Erscheinungsbild der Unionsparteien beklagt. Daneben wurde das anhaltende evangelische Unterlegenheitsgefühl gegenüber den Katholiken in der Union, aber auch das nach wie vor unzureichende staatsbürgerliche Engagement der Protestanten angesprochen. Die Mitglieder des EAK-Vorstandes wiederum kamen mehrfach auf das bereits in dem Wilkens-Brief aufgeworfene Problem zurück, daß von seiten der Kirche theologisch-moralische Begriffe und Vorstellungen allzu direkt auf die Politik übertragen würden. Am Ende kam man zu einer Art Konsens, daß viele Probleme darin ihren Ursprung hätten, daß das deutsche Volk erstmals seit 1914 in einer Situation des »politischen Alltags« lebe, in dem eine gewisse Erstarrung in Routine eingetreten und die Ausübung der Politik durch Berufspolitiker normal geworden sei, was bei Außenstehenden verständlicherweise Unbehagen erzeuge.<sup>91</sup> Trotz der recht offenen Kritik wurde das Gespräch als ein Erfolg empfunden.<sup>92</sup>

Das Treffen des EAK-Vorstandes mit den Kirchenführern, das am 18. Juni im Hause Schröders stattfand, verlief völlig anders, da hier der EAK-Vorsitzende und Außenminister die Gelegenheit nutzte, um für seine Außenpolitik zu werben. Dies wurde indes keineswegs als unangemessen bewertet; in der Diskussion wurde das große Interesse der Kirchenleitungen an Fortschritten

S. 92 f. Vgl. auch Strümpfel an Schröder v. 14. Mai 1963, ACDP IV-001, 001/3; einer der Mitglieder der Studiengruppe war übrigens auch Erwin Wilkens.

<sup>91</sup> Vgl. die stichwortartige Zusammenfassung des Gesprächs durch EAK-Geschäftsführer Strümpfel v. 6. Mai 1963, ACDP IV-001, 001/3.

<sup>92</sup> Dies geht aus einem Brief Strümpfels an Schröder hervor, in dem Strümpfel vorschlägt, aus den Aufzeichnungen eine Vorlage zu erstellen, die bei einem nächsten Gespräch als Grundlage dienen könne (v. 14. Mai 1963, ebd.); vgl. auch Th. SAUER (wie Anm. 12), S. 277. Nach Aktenlage scheint ein solches zweites Gespräch jedoch nicht zustandegekommen zu sein.

in den deutsch-deutschen Beziehungen und der Ostpolitik deutlich.<sup>93</sup> Obwohl auch dieses Gespräch erfolgreich verlief, fand es erst fast vier Jahre später, im April 1967, unter den völlig neuen Bedingungen der Großen Koalition eine Fortsetzung.

Das Treffen mit den Studentenfarrern schließlich, das am 24. Oktober 1963 stattfand, ähnelte, was die Themen der Diskussion anging, dem Gespräch mit den Akademiedirektoren, die Stimmung war jedoch deutlich gereizter.<sup>94</sup> Insbesondere beim Thema »Politik und Moral« gerieten die Diskutanten hart aneinander. Die Pfarrer kritisieren den politischen Stil der Parteien und warfen auch den CDU/CSU-Politikern ein gestörtes Verhältnis zur Wahrheit vor, die nur in Form der »Salami-Taktik« preisgegeben werde. Dies waren offenkundig noch immer die Nachwirkungen der Spiegel-Krise. Auch von innerer Unwahrhaftigkeit der Außenpolitik war die Rede. Die Hallstein-Doktrin wurde in diesem Zusammenhang explizit erwähnt. Von seiten des EAK wurde den Studenten, deren Meinung von den Pfarrern wiedergegeben wurde, eine gewisse politikferne Arroganz und ein Snobismus der Nicht-Engagierten vorgeworfen. Bei konkreteren Themen, etwa dem Blasphemiegesetz, das als Zeichen des vordringenden Klerikalismus interpretiert wurde, dem die evangelischen Abgeordneten zu wenig Widerstand entgegengesetzten, herrschte gespannter Dissenz. Dennoch hatte Wilhelm Hahn nicht ganz unrecht, wenn er das Gespräch als eine »gegenseitige Wiederentdeckung« bezeichnete. Denn trotz der divergierenden Ansichten und Grundstimmungen, trotz der recht großen anfänglichen Distanz wurde gerade dieser Kontakt am regelmäßigsten fortgesetzt. Es kam im Jahr 1964 zu einem Treffen mit Landesjugendpfarrern, 1965 und 1966 noch einmal zu Gesprächen mit den Studentenfarrern.<sup>95</sup> Allerdings riß der Gesprächsfaden gerade in dem Moment, in dem er besonders nötig gewesen wäre, als es während der Großen Koalition an den bundesdeutschen Hochschulen wirklich zu brodeln begann.

Insgesamt gesehen, insbesondere wenn man die Nachhaltigkeit der Gesprächskontakte als Maßstab nimmt, bleiben große Zweifel am Erfolg der Aktivierung der politischen Arbeit des EAK im Hinblick auf die Kirchen. Zwar wurde die anfängliche Distanz etwas überwunden, aber eine wirkliche Annäherung wurde schon dadurch verhindert, daß die CDU/CSU in den sechziger Jahren weiterhin ein Bild abgab, das wesentlich von innerparteilichen Auseinandersetzungen und Intrigen geprägt war, was dem

93 Handschriftliches Protokoll von Strümpfel v. 18. Juni 1963, ACDP IV-001, 001/3.

94 Handschriftliches Protokoll von Strümpfel v. 24. Okt. 1963, ebd.

95 Das Treffen vom 13. Juni 1966 war stark von der Auseinandersetzung über eine ablehnende Äußerung von Hassels über den »Linksprotestantismus« geprägt; vgl. das handschriftliche Protokoll von Strümpfel v. 14. Juni 1966, ebd.

eher konsensualen evangelischen Politikverständnis, wie es sich in den Gesprächen artikuliert hatte, in keiner Weise entsprach. Lediglich in einer Hinsicht waren die Gespräche ein voller Erfolg, wurde doch von allen evangelischen Kirchenleuten deutlich gemacht, daß im Protestantismus ein großes Interesse an einer aktiven Deutschland- und Ostpolitik bestand und daß die innerparteilich stark umstrittene »Politik der Bewegung« Gerhard Schröders einen soliden Rückhalt im evangelischen Raum besaß.

Bereits mehrfach ist inzwischen die innerparteiliche Situation der Union angesprochen worden. Rekapitulierend sei noch einmal auf die besondere Lage des EAK innerhalb der CDU/CSU hingewiesen. Die CDU war bewußt als überkonfessionelle Partei, eben als Union der Katholiken und Protestanten gegründet worden, und dennoch war der Evangelische Arbeitskreis von Hermann Ehlers als protestantischer Sonderverband ins Leben gerufen worden, dem kein katholisches Äquivalent gegenüberstand. Er sollte einerseits die ideologisch-programmatischen Defizite der evangelischen CDU-Politiker aufarbeiten und andererseits innerhalb der Union die Präsenz und den Einfluß der Evangelischen demonstrieren, um alle Vorwürfe, die CDU sei eine klerikal dominierte Fortsetzung des Zentrums, zu widerlegen. Dies war ein im Interesse der Gesamtunion notwendiges Unterfangen, nur als Volkspartei konnte die CDU zur Mehrheitspartei werden und dem berühmten »Zentrumsturm« entkommen. Deshalb wurde die Arbeit des EAK von den katholischen CDU-Politikern gebilligt und unterstützt. Bei den Bundestagungen wurde stets darauf geachtet, daß bei der Abschlußkundgebung auch ein katholischer CDU-Politiker zu Wort kam. Trotz dieser rationalen Erkenntnis der Notwendigkeit blieb auf katholischer Seite stets ein gewisser Vorbehalt, ein Verdacht, daß der EAK als evangelische personalpolitische Lobby dienen sollte. Wie oben gezeigt, war dieser Verdacht keineswegs unbegründet, auch wenn es aus evangelischer Sicht nur logisch war, daß Präsenz zu zeigen, personell angemessen vertreten zu sein hieß.

Während der ersten Jahre war Hermann Ehlers das unbestrittene Haupt der Evangelischen in der CDU. Das Gewicht seiner Ämter, Bundestagspräsident, stellvertretender Parteivorsitzender (neben Jakob Kaiser) und Vorsitzender des EAK, machte ihn, falls es das in der Ära Adenauer überhaupt einmal gegeben hat, zu einem »Kronprinzen« Adenauers.<sup>96</sup> Nach Ehlers' Tod gelang es nicht, eine solch einflußreiche Position für die Evangelischen zu bewahren. Gerstenmaier wurde Ehlers' Nachfolger als Bundestagspräsident<sup>97</sup> und Robert Tillmanns als stellvertretender Parteivorsitzender und EAK-Vorsitzender. Nach Tillmanns' überraschendem Tod wurde Ehlers'

<sup>96</sup> Vgl. H.-P. SCHWARZ, *Adenauer*, Bd.2 (wie Anm. 36), S. 32 f.

<sup>97</sup> Zur keineswegs einmütigen Wahl von Gerstenmaier, s. ebd., S. 171.

Erbe noch weiter aufgeteilt, denn neben Gerstenmaier als Bundestagspräsident traten Gerhard Schröder als EAK-Vorsitzender und Kai-Uwe von Hassel als stellvertretender Parteivorsitzender. In den Diskussionen des CDU-Bundesvorstands wurde mehr als deutlich, daß der EAK gegenüber den Landesverbänden eine untergeordnete Rolle spielte, denn Schröder war von Ernst Bach ebenfalls als Kandidat für den stellvertretenden Parteivorsitz – die Zahl der Stellvertreter sollte zugleich um zwei auf vier erweitert werden – vorgeschlagen worden. Bach legte jedoch Wert darauf, Schröder in seiner Eigenschaft als EAK-Vorsitzenden genannt zu haben, da die beiden nordrhein-westfälischen Landesverbände mit Jakob Kaiser und Karl Arnold, der für seinen Sturz als Ministerpräsident »entschädigt« werden sollte, bereits über zwei Kandidaten für diese Positionen verfügten. Ein derartiger Vorschlag konnte von Adenauer vom Tisch gewischt werden, ohne daß die Protestanten protestierten.<sup>98</sup> Tatsächlich setzten sich schließlich landsmannschaftliche Erwägungen durch; Kaiser und Arnold wurden für Nordrhein-Westfalen, von Hassel und Gerstenmaier als Vertreter der nord- und süddeutschen Partei gewählt. Dieser Vorgang zeigte, daß man in der Union zwar durchaus gewillt war, den Konfessionsproporz zu wahren, daß aber das innerparteiliche Gewicht des EAK nicht allzu hoch zu veranschlagen war.

Ein ähnliches Bild ergab sich 1959, als bei der Nominierung des Unionskandidaten für die Nachfolge von Theodor Heuss als Bundespräsidenten eine Entscheidung zu fällen war, die auch für die Kanzler-Nachfolge weichenstellenden Charakter haben konnte. Es war allgemein akzeptiertes Verständnis, daß, solange der Kanzler katholisch war, ein evangelischer Politiker Bundespräsident werden sollte. Als jedoch Adenauer sich selbst ins Spiel brachte, dann seine Kandidatur zurückzog und kurzfristig ein Ersatzmann bestellt werden mußte, sprachen die führenden Protestanten, obwohl die Frage im EAK-Vorstand ausführlich diskutiert worden war,<sup>99</sup> nicht mit einer Stimme. Während Schröder für eine Kandidatur Erhards eintrat, gab das Votum von Adolf Cillien, einem der stellvertretenden Vorsitzenden der Bundestagsfraktion und niedersächsischen CDU-Vorsitzenden, für Adenauers Favoriten, den Katholiken Heinrich Lübke, den Ausschlag. Cillien wollte damit offenbar

<sup>98</sup> Vgl. Adenauer: *«Wir haben wirklich etwas geschaffen.» Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1953-1957*, bearb. v. Günter BUCHSTAB (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 16), Düsseldorf 1990, Protokoll v. 26. April 1956, S. 908 ff. Vgl. zum Junktim von EAK-Vorsitz und stellvertretendem Parteivorsitz auch oben Anm. 45 sowie das Protokoll der Vorstandssitzung v. 10. April 1956, ACDP IV-001, 002/1, aus dem hervorgeht, daß der EAK für fünf Stellvertreterposten eintrat.

<sup>99</sup> Kurzprotokoll der Sitzung vom 20. Februar 1959, ACDP I-483, 055/2; dem Kurzprotokoll ist der Verlauf und das Ergebnis der Diskussion allerdings leider nicht zu entnehmen.

einer Kanzlerschaft Erhards den Weg bahnen.<sup>100</sup> Im Hinblick auf den EAK ist der Befund wiederum derselbe; er war weder der Zentralverein der evangelischen CDU-Politiker noch hatte er hinreichend Gewicht, um eine derartig wichtige Personalentscheidung nachhaltig zu beeinflussen.

In Personalentscheidungen auf der Ebene der Landesverbände griff der Bundes-EAK nur höchst selten und sehr vorsichtig ein. Als 1960 die Klagen des ehemaligen stellvertretenden EAK-Vorsitzenden Hermann Schneider über die konfessionellen Konflikte in der südbadischen CDU nicht länger zu übergehen waren, befaßte sich der Bundesarbeitskreis auf der Sitzung vom 30. März 1960 am Rande der Bundestagung in Mannheim mit der dortigen Situation. Schneiders Kritik am Vorgehen der katholischen CDU-Mehrheit, die alle vierzehn südbadischen Landtagswahlkreise mit katholischen Direktkandidaten besetzt hatte, fand keineswegs ungeteilte Unterstützung. Gerade die übrigen baden-württembergischen Protestanten verwiesen auf das Verhältnis von evangelischen und katholischen Mitgliederzahlen und die Schwierigkeiten, überhaupt geeignete evangelische Bewerber für die südbadischen Mandate zu finden. Hermann Schneiders Antrag, daß der EAK mit einem öffentlichen Wort zu den Vorgängen in Südbaden Stellung nehmen solle, wurde schließlich nach eingehender Diskussion von der überwiegenden Mehrheit der Teilnehmer abgelehnt. Auch der Vorsitzende betonte, daß er von den drei katholischen der vier baden-württembergischen Landesvorsitzenden (die CDU war damals noch in die vier Landesverbände Nord- und Südbaden sowie Nord- und Südwürttemberg gegliedert) wisse, daß sie allen evangelischen Anliegen gegenüber positiv eingestellt seien und sich aufrichtig um gute konfessionelle Zusammenarbeit bemühten. Es wurde schließlich auf Vorschlag Schröders zur Beruhigung der Lage beschlossen, daß der Bundesgeschäftsführer der Partei, Konrad Kraske, in Zusammenarbeit mit den dortigen Landesverbänden und den Landes-EAK-Vorsitzenden umfassendes Material über die Kandidatenaufstellung in ganz Baden-Württemberg zusammenstellen solle. Auf dieser Grundlage werde man dann am Rande des Bundesparteitages in Karlsruhe ein Gespräch mit den Vorsitzenden der Landesverbände führen. Außerdem sollte Ministerpräsident Kiesinger gebeten werden, auf der Schlußkundgebung der Bundestagung ein Wort zur konfessionellen Zusammenarbeit von katholischer Seite zu spre-

---

<sup>100</sup> Vgl. Rudolf MORSEY, *Heinrich Lübke. Eine politische Biographie*, Paderborn 1996, S. 256 ff., insbesondere 263. Schröders Votum für Erhard wurde weithin als Versuch interpretiert, den wichtigsten Konkurrenten um die Adenauer-Nachfolge loszuwerden; angesichts der Bilanz von Erhards Kanzlerschaft scheint jedoch eindeutig, daß Schröders Vorschlag dem Wirtschaftsminister eher gerecht wurde als der letztlich erfolgreiche Versuch, ihn zum Kanzler zu machen. Vgl. Volker HENTSCHIEL, *Ludwig Erhard. Ein Politikerleben*, (Tb-Ausgabe) Berlin 1998, S. 443 ff., sowie Daniel KOERFER, *Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer*, (Tb-Ausgabe) Berlin 1998, S. 241 ff.

chen.<sup>101</sup> In der in Mannheim verabschiedeten EntschlieÙung »Bekennnis zur Union« war von diesen MiÙhelligkeiten nicht die Rede, vielmehr wurde die erfolgreiche konfessionelle Zusammenarbeit gewürdigt.<sup>102</sup> Dieser Fall blieb die absolute Ausnahme; sehr viel häufiger kam es vor, daß Schröder als EAK-Vorsitzender aus den Landesverbänden gebeten wurde, sich diskret für die evangelischen Belange einzusetzen, was in der Regel auch geschah.<sup>103</sup>

Wenn aus der bisher beschriebenen innerparteilichen politischen Arbeit des EAK der Eindruck entsteht, daß sich diese gänzlich auf Personalpolitik beschränkte, so ist das nicht ganz falsch, wobei einschränkend noch einmal darauf hingewiesen werden muß, daß dieser Teil neben dem Wirken in der Öffentlichkeit und im kirchlichen Raum eben nur ein Aspekt der Tätigkeit des EAK war. Darüber hinaus ist zu bedenken, daß es in Sachfragen kaum einen Dissens zwischen evangelischen und katholischen CDU-Politikern gab; immerhin war der EAK auch deshalb gegründet worden, um Adenauers Politik der Westbindung im evangelischen Raum durch evangelische Politiker offensiver zu vertreten.<sup>104</sup> Eine Ausnahme, die aber nicht zu größeren innerparteilichen Konflikten führte, weil die Konfliktlinien innerhalb der Koalition die innerparteilichen Gegensätze überlagerten, war die Wahlrechtsfrage. Die CDU hatte sich stets für ein mehrheitsbildendes Wahlrecht eingesetzt und dies auch 1953 auf dem Hamburger Parteitag offiziell in ihr Programm aufgenommen.<sup>105</sup> Als das Thema in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode 1953-57 nach Verabschiedung der Pariser Verträge akut wurde, löste das bei den Evangelischen erhebliche Sorgen aus. Man befürchtete, daß in vorwiegend evangelischen Gebieten die Stimmzahlen nur selten ausreichen würden, um das Mandat zu gewinnen, so daß evangelische Stimmen verpuffen und die evangelischen Wähler sich schon bei der nächsten Wahl gänzlich von der CDU abwenden würden. Damit würde einer Rekatholisierung der CDU Vorschub geleistet werden.<sup>106</sup> Auf katholischer Seite wurden diese Sorgen durchaus ernst genommen; so plädierte der CDU/CSU-Bundestagsfraktionsvorsitzende Heinrich Krone dafür, den vierzig-prozentigen Anteil der Mandate, der im Rahmen des sog. Grabensystems nicht nach Mehrheitswahl

101 Protokoll d. Sitzung vom 30. März 1960, ACDP IV-001, 002/2.

102 Abgedr. in: EV 8 (1960), Nr. 4, S. 3 f.

103 Vgl. z.B. den Brief von Schröder an den hessischen Landesvorsitzenden Wilhelm Fay v. 16. Nov. 1964 (ACDP I-483, 046/1), in dem er sich für eine Absicherung des EV-Redakteurs Eberhard Amelung auf der hessischen Landesliste einsetzt.

104 Erwin Wilkens hat in seinem oben zitierten Brief an Schröder (wie Anm. 85) dessen dahingehender Äußerung durchaus zugestimmt, hat dies aber auch auf Defizite des EAK zurückgeführt, der eben noch immer nicht hinreichend erarbeitet habe, was eine evangelische Begründung des »C« überhaupt sei.

105 Vgl. H.-O. KLEINMANN (wie Anm. 2), S. 153-161, insbesondere S.159.

106 Elisabeth Schwarzhaupt an Robert Tillmanns, 6. Aug. 1955, ACDP IV-001, 002/1. Tillmanns stimmte in einem Brief vom 10. Aug. (ebd.) uneingeschränkt zu.

in den Wahlkreisen, sondern über Verhältniswahl vergeben werden sollte, nicht nur über Landeslisten, sondern zum Teil über eine Bundesliste zu verteilen, weil es dann leichter sei, für eine konfessionelle Ausgewogenheit zu sorgen.<sup>107</sup> Letztlich scheiterte die Wahlrechtsreform am Widerstand der kleineren Parteien, insbesondere der FDP, so daß die Gegensätze innerhalb der CDU sich hier eher an der Frage, wie man mit der FDP umgehen solle, als am konfessionellen Aspekt entzündeten.

Wie problematisch es für den Zusammenhalt der Union wurde, wenn sich sachliche Gegensätze mit machtpolitischer Konkurrenz und dem konfessionellen Aspekt verbanden, zeigte sich in der ersten Hälfte der sechziger Jahre, die in der Union von den »Diadochen-Kämpfen« um die Nachfolge Adenauers und Erhards – dessen Kanzlerschaft vielen von Beginn an nur als Übergangsstadium galt<sup>108</sup> – einerseits und dem Gegensatz zwischen »Atlantikern« und »Gaullisten« andererseits geprägt waren. Von den innerparteilichen Konkurrenten Schröders wurde die Aufbruchstimmung im EAK zu Anfang der sechziger Jahre, die sowohl in der organisatorischen Reform als auch in der allgemeinen Aktivierung insbesondere der kirchlichen Arbeit zum Ausdruck kam, argwöhnisch betrachtet.

Mit der Übernahme des Außenministeramtes war der EAK-Vorsitzende in die erste Reihe der potentiellen Adenauer-Nachfolger gerückt und die Aktivierung des EAK wurde nicht nur in den Medien häufig als Hausmachtspolitik interpretiert. In einem Kommentar des Bayerischen Rundfunks anlässlich der Bundestagung von 1962, auf der die neue Ordnung verabschiedet wurde, hieß es beispielsweise: »Man muß an Hermann Ehlers erinnern, wenn der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU zu seiner 10.

107 G. BUCHSTAB, *Protokolle 1953-1957* (wie Anm. 98), S. 765; zur Diskussion über die Bundesliste vgl. Erhard H.M. LANGE, *Wahlrecht und Innenpolitik. Entstehungsgeschichte und Analysen der Wahlgesetzgebung und Wahlrechtsdiskussion im westlichen Nachkriegsdeutschland* (Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Bd. 26), Meisenheim a. Gl. 1975, S. 685. Eckhard JESSE, *Wahlrecht zwischen Kontinuität und Reform. Eine Analyse der Wahlsystemdiskussion und der Wahlrechtsänderungen in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1983* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 78), Düsseldorf 1985, S. 103-110, insbesondere S. 109, geht zwar auf die unterschiedlichen Positionen innerhalb der Union ein, erwähnt aber nicht die konfessionelle Dimension dieser Gegensätze. Dasselbe gilt auch für LANGE (s.o.), S. 589-701, der sich ganz auf die Diskussionen innerhalb der Koalition konzentriert. Auch bei den ersten Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD spielten innerhalb der CDU konfessionelle Erwägungen eine Rolle; vgl. Klaus GOTTO, *Der Versuch einer Großen Koalition 1962*, in: *Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers*, Bd. II: *Beiträge der Wissenschaft*, hrsg. von Dieter BLUMENWITZ u.a., Stuttgart 1976, S. 316-338, hier bes. S. 324. In der erneuten Wahlrechtsdiskussion während der Großen Koalition war das dann kaum mehr so; vgl. Protokoll der Tagung des Bundesarbeitskreises v. 28. April 1967, ACDP I-483, 051/1.

108 Vgl. die Tagebuchaufzeichnung von Heinrich Krone v. 30. Okt. 1963, ACDP I-028, 068/4 (S. 123).

Bundestagung in Wiesbaden zusammengekommen ist. Unter seiner Leitung gewann der Arbeitskreis Gewicht ... So wie Ehlers durch sein taktisch-politisches Geschick das Amt des Bundestagspräsidenten mit dem Vorsitz im Evangelischen Arbeitskreis verbinden konnte und auch dadurch seinen Rang demonstriert hat, so ist Schröder eine womöglich noch zwingendere Kombination gelungen. Der Bundesaußenminister und zugleich Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises wuchert mit seinen Pfunden. Was hat er in der Union an Konkurrenz?<sup>109</sup>

Diese stark personalisierte Sicht der Dinge war im Grunde vollkommen unangebracht, denn Schröder war zu diesem Zeitpunkt bereits seit mehr als fünf Jahren EAK-Vorsitzender, ohne daß er erkennen ließ, den EAK als Hausmacht einsetzen zu wollen. Im Gegenteil hat er stets betont, daß der EAK gerade dies nicht sein dürfe.<sup>110</sup> Die wichtigsten Impulse zur Aktivierung des EAK sind, wie oben gezeigt, auch nicht von Schröder selbst ausgegangen, anfänglich hatte er sogar vor einer organisatorischen Verfestigung gewarnt. Dennoch zeigt eine Kontroverse zwischen Schröder und Rainer Barzel, damals noch ein ehrgeiziger Politiker der jüngeren Generation, der bald darauf im Gefolge der Spiegel-Krise im letzten Adenauer-Kabinett einen Ministerposten übernehmen sollte, wie solche Kommentare und Berichte wirkten.<sup>111</sup> Auf der Tagung vom Oktober 1962 in Wiesbaden hielt der Theologe Helmut Thielicke ein Referat, das in der Presseberichterstattung als ein Plädoyer für eine liberalere Haltung zum Strafrechtsparagrafen 218 zur Abtreibung aufgefaßt wurde.<sup>112</sup> Aufgrund der dpa-Meldung über dieses Referat schrieb Barzel einen empörten Brief an Schröder. Er wies auf die katholische Haltung zur Abtreibungsfrage hin und verwahrte sich dagegen, daß die Auffassung der Mehrheit in der Union von einem bestellten Referenten der EAK-Tagung derart polemisch, unvornehm

109 Kommentar von Max Schulze Vorberg im Bayerischen Rundfunk v. 4. Okt. 1962, ACDP I-483, 053/2. Vgl. ebd. weitere Pressestimmen zur Bundestagung, deren Schlagzeilen allesamt durch den Tenor, daß der EAK seinen Einfluß ausbaue und Gerhard Schröder sich eine wichtige Hausmacht verschaffe, bestimmt waren.

110 In seiner Rede vor der EAK-Landestagung in Duisburg (wie Anm. 49) versuchte er, allen derartigen Interpretationen deutlich entgegenzutreten, ohne damit überzeugen zu können, denn derartige Vorgänge lassen sich schlechthin nicht dementieren.

111 Vgl. auch die Tagebuchaufzeichnung von Heinrich Krone vom 7. Oktober 1962: »Schröder will sich eine Hausmacht schaffen. Das zeigte die Tagung des Evangelischen Arbeitskreises, die in diesen Tagen in Wiesbaden stattfand und die für Schröder ein Erfolg war ... Mit dem Evangelischen Arbeitskreis wird er es aber nicht zu einer parteiinternen Hausmacht bringen, obwohl er sich in letzter Zeit mehr um ihn kümmert und ihn zum Podium evangelischer politischer Gespräche macht.« (ACDP I-028, 068/4). Der Widerspruch, der in den Charakterisierungen des EAK als Hausmacht und Podium lag, war Krone offenbar nicht bewußt; letztere war durchaus zutreffend.

112 In einem Brief an Schröder v. 12. Okt. 1962 bedauerte Thielicke dieses Mißverständnis (ACDP I-483, 053/2).

und böse abgekanzelt werden könne. Dies sei zum Schaden der Union und des EAK: »Die Forderungen nach einem Katholischen Arbeitskreis werden wieder lauter und nachhaltiger werden.«<sup>113</sup> Zweifellos war Barzel tatsächlich »innerlich verwundet«, wie er schrieb; dennoch hat er mit der Drohung eines katholischen Arbeitskreises mit Kanonen auf Spatzen geschossen, denn Thieliicke hatte keineswegs für den EAK gesprochen und war darüber hinaus anscheinend mißinterpretiert worden. Die Heftigkeit von Barzels Reaktion scheint insofern darauf hinzudeuten, daß es unter den katholischen CDU-Politikern einiges Unbehagen über die steigende Aktivität des EAK gab.

Dieses nahm noch zu, als 1963 mit Ludwig Erhard erstmals ein evangelischer Politiker Kanzler und 1966 – im Grunde viel zu spät – auch CDU-Bundvorsitzender wurde.<sup>114</sup> Mit Gerhard Schröder, dem umstrittenen Außenminister, und Kai-Uwe von Hassel als Verteidigungsminister nahmen weitere Protestanten, die »atlantische« Positionen vertraten, Schlüsselpositionen im Kabinett ein. Die führenden innerparteilichen »gaullistischen« Kritiker der Außenpolitik der Regierung Erhard, an der Spitze der Alt-Bundeskanzler Adenauer, aber auch Franz Josef Strauß, Karl Theodor Freiherr zu Guttenberg und Heinrich Krone, waren Katholiken. Nun wäre es zweifellos unsinnig, die fundamentalen Unterschiede in der Beurteilung der außenpolitischen Optionen der Bundesrepublik,<sup>115</sup> die dem Konflikt zugrundelagen, allein auf konfessionelle Rivalitäten zurückzuführen. Gerade Strauß war im Kontext der CSU ein Exponent des konservativ-liberalen, nicht-klerikalen Flügels;<sup>116</sup> aber es wäre auch falsch, diese Dimension gänzlich zu leugnen. So war es keineswegs ein Zufall, daß der innerparteiliche Streit gerade im Anschluß an die Münchner EAK-Bundestagung von 1964 einen öffentlichen Höhepunkt hatte. Schröder hatte ein im großen und ganzen unspektakuläres außenpolitisches Referat gehalten,<sup>117</sup> das in einem Gastkommentar des von

113 Barzel an Schröder 5. Okt. 1962, ACDP I-483, 053/2.

114 Krone (vgl. Tagebuch v. 14./15. Nov. 1963, ACDP I-028, 068/4, S. 129), riet Adenauer davon ab, auch den Parteivorsitz abzugeben, da dies »vom Standpunkte der Existenz der Union« bedenklich sei, weil Erhard nur einen Teil der Union repräsentiere – nämlich nicht den Teil, der die Politik in deutlicher Abgrenzung vom Liberalismus von christlicher Weltanschauung her begründe.

115 Zu den inhaltlichen Unterschieden vgl. Reiner MARCOWITZ, *Option für Paris? Unionsparteien, SPD und Charles de Gaulle 1958 bis 1969* (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 49), München 1996, S. 159 ff. u. 181 ff., sowie Horst OSTERHELD, *Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard 1963-1966. Ein dokumentarischer Bericht aus dem Kanzleramt* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 23), Düsseldorf 1992, passim.

116 Vgl. Wolfgang KRIEGER, *Franz Josef Strauß. Der barocke Demokrat aus Bayern* (Persönlichkeit und Geschichte, Bd. 150), Göttingen-Zürich 1995, S. 20 f., sowie Wolfram BICKERICH, *Franz Josef Strauß. Die Biographie*, Düsseldorf 1996, S. 38-40.

117 Als Broschüre veröffentlicht: Gerhard SCHRÖDER, *Deutsche Verantwortung – Deutsche Interessen*, Bonn 1964.

Franz Josef Strauß herausgegebenen »Bayern-Kuriers« heftig angegriffen wurde.<sup>118</sup> Diese Attacke löste nicht nur erheblichen Pressewirbel aus,<sup>119</sup> sie führte auch zu einer beispiellosen Solidarisierung mit dem angegriffenen Außenminister, die in einer offiziellen Erklärung des Vorsitzenden des EAK der CSU in Bayern und seiner beiden Stellvertreter gipfelte, in der sie sich von »diesem ungerechtfertigten und unqualifizierten Angriff gegen den Bundesaußenminister« distanzieren und sich für »solidarisch mit dem Evangelischen Arbeitskreis der gesamten CDU/CSU und seinem Vorsitzenden Dr. Gerhard Schröder« erklärten.<sup>120</sup>

Die einzelnen Etappen des innerparteilichen Streites können hier nicht nachgezeichnet werden. Wie sehr der EAK als angebliche Hausmacht Schröders in diesen Zwist hineingezogen wurde, wird daraus deutlich, daß im Sommer 1966 Barzels Drohung von 1962 wahrgemacht und ein katholisches Gegenstück zum EAK ins Leben gerufen wurde. Unter der Patronage des Barons Guttenberg, einem der überzeugtesten »Gaullisten«, entstand die »Politische Arbeitsgemeinschaft Kirche und Welt – Freundeskreis christlich demokratischer und christlich-sozialer Politiker e.V.«, zu deren Mitbegründern mit dem Publizisten Paul Wilhelm Wenger, dem ehemaligen Persönlichen Referenten Adenauers, Franz Mai und dem Bundestagsabgeordneten Werner Marx mehrere prominente »gaullistische« Schröder-Gegner zählten.<sup>121</sup> Letztlich blieb diese Gründung ohne Bedeutung, weil bereits im November 1966, als Gerhard Schröder in der Fraktionsabstimmung um die Nachfolge Erhards gegen Kurt Georg Kiesinger unterlag, die »protestantische Periode« der Union zu Ende ging.<sup>122</sup> Guttenberg, der bereits 1962 im Auftrag Adenauers mit den Sozialdemokraten über eine Große Koalition verhandelt hatte, wurde Parlamentarischer Staatssekretär in Kiesingers Bundeskanzleramt und benötigte die Arbeitsgemeinschaft Kirche und Staat nicht mehr.

118 Hans NEUWIRTH, »Gewagte Taktik oder Irrtum«, in: Bayern-Kurier v. 10. April 1964.

119 Die Bild-Zeitung beispielsweise erschien am 12. April 1964 mit der Schlagzeile »Stürzt Schröder?«.

120 Erklärung des bayerischen EAK-Vorsitzenden Dr. Rudolf Eberhard v. 14. April 1964, ACDP I-483, 052/2.

121 Vgl. Ulrich FRANK-PLANTZ, »Die Karolinger proben den Aufstand. Querschuß gegen Schröder und Strauß«, in: Christ und Welt, Nr. 31, 5. Aug. 1966 und Rolf ZUNDEL, »Sehnsucht nach dem hohen »C.«, in: Die Zeit, Nr. 32, 12. Aug. 1966.

122 Zu den Umständen der Wahl Kiesingers vgl. Dirk KROEGEL, *Einen Anfang finden! Kurt Georg Kiesinger in der Außen- und Deutschlandpolitik der Großen Koalition* (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 52), München 1997, S. 20-33, bes. S. 21. Der Ausdruck »protestantische Periode« wurde aus einem Arbeitspapier des EAK-Geschäftsführers zitiert: Hans Strümpfel, »Versuch einer Zusammenfassung der bisherigen Diskussion in Studiengruppe und Bundesarbeitskreis über Situation und Zukunft der CDU und über Selbstverständnis und Aufgabenstellung des Evangelischen Arbeitskreises« vom Mai 1967, ACDP IV-001, 038/3.

Die innerparteilichen Auseinandersetzungen haben die Stellung des EAK nicht gerade gestärkt. Allerdings war seinen Mitgliedern die Einbeziehung des EAK in die personellen Rivalitäten auch nicht ganz geheuer; so wurde auf der Sitzung des Bundesarbeitskreises am 28. April 1967 als ein Ergebnis der Beratungen der Studiengruppe vorgetragen, daß der EAK »die Plattform für die sachliche Auseinandersetzung sein muß, daß er nicht nur für Zwecke der Hausmacht oder Personalpolitik verwendet werden dürfe.«<sup>123</sup> Andererseits war der EAK auch nicht bereit, ganz auf konfessionelle Personalpolitik zu verzichten. Auf dem Bundesparteitag der CDU 1966, auf dem Erhard zum Vorsitzenden gewählt worden war, war die Position eines 1. Stellvertretenden Vorsitzenden eingeführt worden, um Erhards Konkurrenten Rainer Barzel zu entschädigen; im Vorfeld des Bundesparteitages 1967 wurde nun die »Führungsfrage« innerhalb der CDU heftig diskutiert.<sup>124</sup> Die Kernfragen waren, ob man an dieser Struktur festhalten oder ob man zu der früher üblichen Konstruktion mit mehreren gleichberechtigten Stellvertretern zurückkehren solle und ob das Amt eines Generalsekretärs zur organisatorischen Stärkung der Partei geschaffen werden solle. Der EAK nahm in einem Brief an den noch amtierenden Parteivorsitzenden Ludwig Erhard, der auf dem Parteitag durch Kiesinger ersetzt werden sollte, eindeutig Stellung. Auf der Sitzung vom 28. April habe der Bundesarbeitskreis einstimmig beschlossen, daß an der in Bonn eingeführten Führungsstruktur festgehalten werden solle. »Danach soll neben der Position eines Bundesvorsitzenden die eines 1. Stell[vertretenden] Vorsitzenden beibehalten werden, damit eine sichtbare Repräsentation der beiden Konfessionen in der obersten Führungsspitze der Partei fortgesetzt wird. Dieser Gesichtspunkt sollte insbesondere dann aufrechterhalten werden, wenn die Einrichtung eines Generalsekretärs der Partei geschaffen wird.«<sup>125</sup>

Dieser Beschluß zeigt, daß man die Wahl Barzels zum 1. Stellvertretenden Vorsitzenden weniger unter personalen als unter konfessionellen Aspekten sah und deshalb an dieser Konstruktion festhalten wollte. In Braunschweig auf dem Parteitag zeigte sich, daß der Einfluß des EAK nicht besonders groß war. Zum Parteivorsitzenden wurde, wie erwartet, der katholische Bundeskanzler Kiesinger und zum Generalsekretär der katholisch-konservative

<sup>123</sup> Protokoll der Tagung des Bundesarbeitskreises v. 28. April 1967, ACDP I-483, 051/1.

<sup>124</sup> Vgl. zu den Änderungen der Führungsstruktur und den damit verbunden Problemen der Parteiorganisation H.-O. KLEINMANN (wie Anm. 2), S. 260 ff.

<sup>125</sup> In Namen des Vorstandes wurde der Brief v. 28. April 1967 (ACDP I-483, 051/1) von Walter Strauß und Wilhelm Hahn unterzeichnet; der Vorsitzende, der der offensichtliche Kandidat für die Position des 1. Stellv. Vorsitzenden war, hielt sich zurück. Auch von der evangelischen Kirche wurde diese Position unterstützt; vgl. den Vermerk von Schröders Persönlichem Referenten, Hans-Georg Wieck, über ein Gespräch mit Bischof Kunst (undat., April 1967), ACDP I-483, 051/1.

Bundesminister Bruno Heck gewählt. Lediglich bei den fünf Stellvertretenden Vorsitzenden wurde wieder auf konfessionellen Proporz geachtet.<sup>126</sup>

Damit war der EAK 1967 wieder dort, wo er bereits 1956 gewesen war. Der Einfluß hatte damals nicht ausgereicht, um den Vorsitzenden zum Stellvertretenden Vorsitzenden zu machen und er reichte jetzt nicht, um Gerhard Schröders Wahl zum 1. Stellvertretenden Vorsitzenden durchzusetzen. Doch es bleibt zu fragen, ob der Versuch, durch die stärkere Institutionalisierung an Einfluß zu gewinnen, gänzlich gescheitert ist. Sicher konnte der EAK der katholischen Parteimehrheit keine Personalentscheidungen oktroyieren; dies wäre in einer demokratischen Partei auch kaum wünschenswert gewesen. Dennoch, trotz eines gegenläufigen Trends, der im Zuge der allgemeinen gesellschaftlichen Säkularisierung abnehmenden Bedeutung der Konfession, und trotz der für das Erscheinungsbild der Union desaströsen und die Stellung des EAK potentiell gefährlichen Verbindung von personellen Rivalitäten, sachlich-politischen Gegensätzen und der konfessionellen Frage, konnte sich die evangelische Seite auch über das Ende der »protestantischen Periode« in der Union hinaus letztlich behaupten und erreichen, daß eine gewisse, wenn auch beschränkte Rücksicht auf den Konfessionsproporz erhalten blieb.<sup>127</sup>

### Bilanz

Will man den Erfolg oder Mißerfolg des EAK auf allen angesprochenen Gebieten beurteilen, so hilft es, den Blick auf die zeitgenössische Sicht innerhalb des EAK selbst zu richten. Anfang 1967, nachdem die »protestantische Periode« mit der Kanzlerschaft Erhards wenig glorreich zu Ende gegangen war, versuchte die Studiengruppe des EAK eine selbstkritische, schonungslose Bilanz zu ziehen. So nahm man die Tatsache des Rückganges der »konfessionellen Konjunktur«, die auch den katholischen Teil der Mitglieder betraf, durchaus zur Kenntnis. Das Unbehagen der Katholiken wurde auch darauf zurückgeführt, daß sich inzwischen die Prämissen, die zur Gründungszeit des EAK galten, verändert hätten, daß sich das »Protectorat« der katholischen Kirche über die CDU ... weitgehend abgebaut« habe. Deshalb werde der EAK als ein »personalpolitisches Instrument« betrachtet.

<sup>126</sup> Gewählt wurden: Schröder (405 von 562 gültigen Stimmen), Anne Brauksiepe und von Hassel (je 398 Stimmen), Paul Lücke (350 Stimmen) und Dufhues (338 Stimmen); d.h. auch unter den stellvertretenden Parteivorsitzenden herrschte eine katholische Mehrheit (CDU Deutschlands, 15. CDU-Bundesparteitag, Braunschweig, 22./23. Mai 1967, Niederschrift, o.O., S. 184).

<sup>127</sup> Im Frühjahr 1966 hatte der – evangelische – Bundesgeschäftsführer der CDU, Konrad Krasko, in einem Interview gesagt, daß es den EAK aufgrund bestimmter historischer Umstände gäbe und er auch weiter bestehen solle, aber daß man ihn heute nicht noch einmal würde gründen müssen (ACDP I-483, 051/1).

Es wurde im Hinblick auf den EAK von einem »spürbaren Substanzverlust« gesprochen und von dem Mangel an »schnellen, klaren, durchdachten Aussagen«. <sup>128</sup> Diese Äußerungen veranschaulichten, daß am Ende der sechziger Jahre fast dieselben Dinge kritisiert wurden wie zu Beginn. Auch die Rezepte zur Erneuerung des Arbeitskreises waren dieselben. So sollte in der Sacharbeit versucht werden, stärker die evangelische Ausprägung des »C« herauszuarbeiten und sich mit der Frage, was typisch evangelisch in der Politik sei, zu befassen. <sup>129</sup> Dies war offensichtlich ein Dauerbrenner in der Arbeit des EAK, der zeigt, daß es dem EAK ebensowenig wie der konservativeren protestantischen Theologie gelang, eine religiös-ethische Begründung der (Unions-)Politik zu liefern. Neben den inhaltlichen gab es organisatorische Vorschläge hinsichtlich stärkerer Planung der Aktivitäten, der Aufteilung der Arbeit zwischen Vorstand und Studiengruppe, der Intensivierung des Dialogs mit den Kirchen und kirchlichen Gruppen – alles Dinge, die bereits zu Beginn der sechziger Jahre in Angriff genommen worden waren. Neu war höchstens der Wille, auch stärker auf die Programmatik der Gesamtpartei einzuwirken, die unter den Bedingungen der Großen Koalition ebenfalls gravierende Defizite im organisatorischen und programmatischen Bereich offenbare und vielfach nicht mehr als die modernere Partei bei der Bevölkerung gelte. Darüber hinaus wollte man stärker als bisher das Gespräch mit den Katholiken zu suchen, die durch die neuen Entwicklungen in ihrer Kirche seit dem Vatikanum II ebenfalls verunsichert seien. Anders als zu Beginn der sechziger Jahre wurde von diesen Vorschlägen kaum etwas direkt umgesetzt.

Der EAK blieb während der Regierungszeit der Union im wesentlichen ein Ort der Diskussion, die hauptsächlich auf den Bundestagungen stattfand. Hier lagen auch die Erfolge in den sechziger Jahren, denn nicht zuletzt aufgrund der Prominenz des Vorsitzenden wurden die Bundestagungen in den Medien sehr viel stärker als früher beachtet und erhielten breite Resonanz. Die wichtigste Funktion des EAK war eben doch die eines Forums der geistigen Auseinandersetzung mit grundlegenden, über die Tagespolitik hinausweisenden Fragestellungen. Als personalpolitisches Instrument oder gar als Hausmacht einzelner Politiker, als die er immer wieder verdächtigt wurde, war er weit weniger erfolgreich, obwohl er natürlich den evangelischen Spitzenpolitikern als Plattform diente. <sup>130</sup> Auch die Arbeit im kirchlichen

---

128 Arbeitspapier Strümpfel (wie Anm. 122).

129 Der Gedanke, daß der EAK überholt sei, wurde schnell verdrängt, denn da die Konfessionen weiterhin eine Realität blieben, sei weiterhin nötig, das evangelische Profil innerhalb der Union zu schärfen und evangelische Interessen zu vertreten (ebd.).

130 So nutzte Gerhard Schröder die Bundestagung 1969 in Düsseldorf als Plattform, um sich in der Wahlrechtsfrage von der CDU-Position zu distanzieren und der FDP anzunähern und so

Raum kam über einzelne, durchaus erfolgreiche Ansätze nicht hinaus. Zwar konnte ein Gesprächsdraht selbst zu Gruppen wie den Studentenpfarrern geknüpft werden, zu denen die Distanz beträchtlich war. Letztlich blieben diese Kontakte, zumindest in einer institutionalisierten Form, sporadisch und konnten den Linkstrend innerhalb der evangelischen Kirche kaum beeinflussen. Die Studiengruppe des EAK, die sich hier besonders engagiert hatte, verlor an Bedeutung, als ihr Gründer Wilhelm Hahn, überlastet durch andere Aufgaben, sich Anfang der siebziger Jahre zurückzog.<sup>131</sup>

In gewisser Weise spiegelte sich im EAK der Weg der CDU als Ganzes wider. Die großen Erfolge des EAK – wie die der CDU – lagen in den fünfziger Jahren. Noch unter der Führung von Hermann Ehlers gelang es, mit dem konservativeren Teil des evangelische Kirchenvolks eine stabile Stammwählerschaft für die Union zu erschließen und damit den Anspruch der CDU, eine moderne Volkspartei zu sein, zu verwirklichen.<sup>132</sup> Zugleich gelang es, durch die Bejahung der Westbindung den traditionellen Nationalismus im konservativen Protestantismus zu überwinden und eine »tory democracy« zu schaffen, die im protestantisch geprägten deutschen Konservatismus immer gefehlt hatte. Wie die CDU als Ganzes versuchte auch der EAK sich zu Anfang der sechziger Jahre organisatorisch zu modernisieren und die politische Arbeit zu aktivieren. Hoffnungsvolle Ansätze wurden jedoch durch die Zerissenheit der Union, die Rivalitäten um die Nachfolge erst Adenauers, dann Erhards und die Streitigkeiten zwischen »Atlantikern« und »Gaullisten« überlagert. So stellten sich beide, die CDU insgesamt und der EAK, am Ende der sechziger Jahre als reformbedürftig dar.

---

die Möglichkeit einer anderen Konstellation für die Zeit nach den Wahlen von 1969 anzudeuten (Schlußansprache vom 22. März 1969, ACDP I-483, 051/1).

131 W. HAHN (Anm. 90), S. 93. Wenn Hahn hier den »politischen Einfluß und [die] weite Publizität« des EAK in den sechziger Jahren auf das Wirken der Studiengruppe zurückführt, so scheint er dessen Bedeutung doch etwas zu überschätzen; für Medien sind personalpolitische Fragen nun einmal besonders interessant und insofern rührte die größere Beachtung des EAK weitgehend von dem Interesse an der Person Gerhard Schröders und dessen weiteren Karriereaussichten her.

132 Vgl. Karl SCHMITT, *Konfession und Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1989, S. 130 ff.

## Die Kirchenpolitik der Ost-CDU und die katholische Kirche in der SBZ/DDR

Von Bernd Schäfer

»Von allen Kirchen in der DDR hatte die römisch-katholische Kirche bislang die schlechtesten Beziehungen zur Christlich-Demokratischen Union Deutschlands – um nicht zu sagen gar keine.«<sup>1</sup> So formulierte es jedenfalls am 10. November 1989 rückblickend Wulf Trende, seit Ende der sechziger Jahre Mitarbeiter der Abteilung Kirchenfragen beim Hauptvorstand der CDU in Berlin und seit 1975 deren Leiter. Dieser Satz aus einem internen Papier suggeriert einen Vorwurf an diese Kirche. Aus Sicht des hauptamtlichen CDU-Funktionärs spiegelt er die Enttäuschung über mangelnde kirchenpolitische Erfolge der Partei im Bereich der katholischen Kirche wider, wobei sich doch diese Kirche mit Beziehungen zum SED-geführten Staatsapparat vergleichsweise weniger zurückgehalten hätte.

Solche »Mißerfolge« waren jedoch nicht das Ergebnis mutwilligen kirchlichen Verschmähens der CDU, sondern eindeutiges Resultat ihrer Eingebundenheit in die bereits ab 1945 immer rigider werdenden diktatorischen Herrschaftsstrukturen in SBZ und DDR. Eine eigenständige und damit »erfolgreiche« Kirchenpolitik der CDU war in der DDR grundsätzlich unmöglich, weil entsprechende Versuche der CDU bald auf offiziellen wie inoffiziellen Wegen der SED bekannt und in der Folge in das jeweilige politische Konzept der herrschenden Partei eingeordnet wurden.<sup>2</sup> Die kirchenpolitischen Aktivitäten der CDU waren fast immer kontrollierbar und wurden entweder implizit von der SED gebilligt oder eben unterbunden. Im Idealfall wurden sie von der SED vorgegeben, die sie dann über Transmissionsriemen umzusetzen versuchte. Jede CDU-Kirchenpolitik, auch in scheinbarer »Eigenständigkeit«, war somit letztlich Bestandteil oder Variante der SED-Kirchenpolitik. Als dieses im Verlaufe der Geschichte der DDR offensichtlich wurde, beschleunigten die Kirchen den Bedeutungsverlust der CDU, indem sie sich in unterschiedlicher Intensität unmittelbar an die Träger der politischen Macht wandten, nämlich an das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) und die für Kirchenfragen zuständigen Staatsorgane in Berlin und

1 Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) VII-013-3149.

2 Vgl. zu den folgenden Ausführungen auch meine Dissertation *Staat und katholische Kirche in der DDR* (Schriften des Hannah-Arendt-Institutes für Totalitarismusforschung, Bd. 8), Böhlau Verlag Weimar-Köln-Wien 1998.

in den Bezirken. Schließlich kommunizierten sie auch stellenweise direkt mit dem SED-Parteiparat.

Künftige Forschung sollte jedoch über die Feststellung des systemlogischen Mißerfolgs einer eigenständigen CDU-Kirchenpolitik hinausgehen.<sup>3</sup> Es sollten auch ihre Inhalte und Methoden dargestellt werden, um eine historische Bewertung dieser Kirchenpolitik zu ermöglichen und um festzuhalten, was einzelne eifrige Funktionäre aus dem Streben nach »kirchenpolitischen Erfolgen« zu verantworten haben. Daß diese Verantwortung trotz allem marginal war im Vergleich zu den kirchenpolitischen Aktivitäten von SED und MfS, ist wiederum Resultat des allmählichen Bedeutungsverlustes der CDU in der SBZ/DDR.

### 1. Traditionelle Anfänge in der SBZ und ihre Unterdrückung

Die katholische Kirche auf dem Gebiet der SBZ konnte nach 1945 durch die Zuwanderung von Flüchtlingen und Vertriebenen aus den deutschen Ostgebieten und dem Sudetenland eine Verdopplung ihres Anteils verzeichnen, so daß sie nach Kriegsende etwa 12 Prozent der Bevölkerung umfaßte. Durch Migrationsschübe vor dem August 1961, wobei vorwiegend die ehemaligen Flüchtlinge aus dem Osten nach Westen weiterwanderten, lag die Katholikenzahl bald wieder nur geringfügig über dem Vorkriegsstand.<sup>4</sup>

Katholische Geistliche und Laien beteiligten sich 1945 in vielen Städten und Orten der SBZ,<sup>5</sup> in der Tradition der Schaffung einer politischen Repräsentanz des Katholizismus, an der Gründung einer nunmehr überkonfessionellen christlichen Volkspartei, insbesondere in Sachsen<sup>6</sup> und Thüringen<sup>7</sup>. Katholiken, darunter auch viele Geistliche, gehörten der CDU und ihren Landesvorständen in den mehrheitlich protestantischen Ländern in überproportionaler Zahl an.<sup>8</sup> Auffälligster katholischer Geistlicher in der

3 Vgl. als Übersicht zur Rolle der CDU im Staat-Kirche-Verhältnis in der DDR: Manfred AGETHEN, *Die CDU in der SBZ/DDR 1945-1990. Neuere Literatur (1990-1996)*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 3 (1996), S. 246-249.

4 Vgl. Josef PILVOUSEK, *Flüchtlinge, Flucht und die Frage des Bleibens. Überlegungen zu einem traditionellen Problem der Katholiken im Osten Deutschlands*, in: Claus-Peter MARZ (Hg.), *Die ganz alltägliche Freiheit. Christsein zwischen Traum und Wirklichkeit*, Leipzig 1992, S. 9-23. Bis Ende 1989 sollte der Katholikenanteil auf etwa 4 bis 5 Prozent der DDR-Bevölkerung sinken.

5 Vgl. Martin HÖLLEN, *Loyale Distanz? Katholizismus und Kirchenpolitik in SBZ und DDR* (Band I), Berlin 1994, S. 56-60.

6 Ralf BAUS, *Die Gründung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands in Sachsen 1945*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 2 (1995), S. 83-118.

7 Vgl. Markus KIEFER, *Gründung und Anfänge der CDU in Thüringen (1945-1952)*, hrsg. von der CDU Thüringen, Erfurt o.J. (1995).

8 Siegfried SUCKUT, *Christlich-Demokratische Union Deutschlands. CDU(D)*, in: Martin

Partei war der Chemnitzer Pfarrer Ludwig Kirsch, der vor 1933 Vorsitzender der sächsischen Zentrumspartei gewesen war. Neben dem protestantischen Landesvorsitzenden Hugo Hickmann war er bis zu seinem Tode im Januar 1950 einer der unerschrockensten CDU-Politiker in Sachsen.<sup>9</sup>

Auch die katholische Kirche sah die CDU als ihre Interessensvertreterin in den Verfassungsberatungen der Landtage in den Jahren 1946 und 1947 an. Entsprechend agierte die Partei unter Jakob Kaiser und Ernst Lemmer auch als Fürsprecherin christlicher Interessen. Die Absetzung der beiden Vorsitzenden durch die SMAD und der Prozeß der Repression, Zersetzung und Transformation der CDU in eine Blockpartei, führte jedoch ab 1948 allmählich zum Rückzug vieler Katholiken. Einzelne Geistliche, insbesondere der in Berlin als Leiter des Commissariats der Fuldaer Bischofskonferenz agierende Bischof Heinrich Wienken, hielten jedoch unverändert daran fest, Katholiken die Übernahme von Funktionen in der CDU (wie auch in SED und Massenorganisationen) zu empfehlen, um über sie kirchliche Interessen in der staatlichen Verwaltung und im politischen System durchzusetzen. Dieses auch in der NS-Diktatur praktizierte und nicht unumstrittene Prinzip sowie die versuchte Instrumentalisierung vermeintlicher »katholischer Partisanen« (wie z.B. Georg Dertinger) hatte tatsächliche Relevanz nur noch auf lokaler und bezirklicher Ebene. Auf zentraler Ebene machten die reale Machtstruktur und Politik scheinbare kirchliche »Erfolge«, wie die Einflußnahme auf die Formulierungen der DDR-Verfassung von 1949, bald obsolet.

## 2. Otto Nuschke und die »Hauptabteilung Verbindung zu den Kirchen«

Mit Gründung der DDR im Oktober 1949 waren die Kirchen zur Durchsetzung ihrer Interessen nunmehr auf den neuen Staatsapparat angewiesen, der mehr oder weniger unsichtbar vom SED-Parteiparat angeleitet und zunächst noch wenig von dem im Februar 1950 gegründeten MfS kontrolliert werden konnte. Im Bereich »Kirchenfragen« gab es verschiedene, oft verwirrende Instanzen und Kompetenzen, die erst mit einer administrativen Zentralisierung und der Einrichtung der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen im April 1957 übersichtlicher wurden. Bis dahin konn-

BROSZAT/Hermann WEBER (Hrsg.), *SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltung, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949*, München 1990, S. 521.

<sup>9</sup> Seine schwere Krankheit und der Tod am 22. Januar 1950 bewahrte ihn wohl vor dem repressiven Ende seiner politischen Karriere, nachdem er von Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl in der Sitzung des Einheitsfrontausschusses vom Juli 1949 scharf attackiert worden war. Vgl. Siegfried SUCKUT, *Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945-1949. Die Sitzungsprotokolle des zentralen Einheitsfront-Ausschusses*, Köln 1986, S. 434 f., 442 f., 452 f., 460-463.

ten kirchliche Vertreter durch geschicktes Verhandeln bisweilen Interessen durchsetzen, die den Staats- und Parteiapparat hinterher erregt zur »Fehlersuche« schreiten ließen, wie z.B. bei der Einrichtung des katholischen Theologiestudiums in Erfurt 1952 oder der Genehmigung von Ausreisen zum Deutschen Katholikentag in Köln 1956. Häufigste »Fehlerquelle« war dabei die »Hauptabteilung Verbindung zu den Kirchen«, die im Januar 1950 unter der Leitung des CDU-Vorsitzenden und stellvertretenden Ministerpräsidenten Otto Nuschke eingerichtet worden war.

Nuschke ließ sich schon bei der Stellenbesetzung von kirchlicher Seite beraten und bot sich den Kirchen als Interessenvermittler im Staatsapparat an. So trafen sich beispielsweise die katholischen Ordinarien aus der DDR nach ihrer Sitzung vom 14. März 1950 mit zwei Mitarbeitern der neuen Hauptabteilung »zu einer zwanglosen privaten Begegnung [...], um sich persönlich kennenzulernen«, wie der Magdeburger Weihbischof Wilhelm Weskamm hinterher in einem Aktenbericht notierte: »Die Aussprache war recht aufklärend über manche Fragen, doch zeigte sich auch die bei allem guten Willen eigentlich geringe Reichweite dieser Stelle.«<sup>10</sup> Die SED durchschaute die taktische Kirchenfreundlichkeit »dieser Stelle« und beschränkte deren Möglichkeiten durch die Bürokratie im ZK der SED, im Büro von Ministerpräsident Otto Grotewohl und im Ministerium des Innern erheblich. Aufgrund ihrer deshalb geringen Entscheidungsbefugnis und fehlenden politischen Letztverantwortung fungierte die Hauptabteilung zunehmend als befürwortende Weiterleiterin kirchlicher Anträge. Für Otto Nuschke war die Kirchenpolitik der gesamtdeutschen Politik untergeordnet, wie er es paradigmatisch in einem Brief vom 18. August 1951 an Ministerpräsident Grotewohl nach einigen kirchenpolitischen Vorschlägen zum Ausdruck brachte: »Nichts darf von unserer Seite unterlassen werden, um die Position des westdeutschen Separatstaates zu schwächen. Wir müssen m.E. aber auch alles unterlassen, was die Volksstimmung im Westen gegen die DDR einnehmen könnte. Dazu gehört aber auch ein taktisch kluges Verhalten gegenüber den kirchlichen Interessen.«<sup>11</sup> Trotzdem konnte sich Nuschkes Kirchenpolitik nie aus dem unauflösbaren Dilemma befreien, daß sie gegenüber der SED kirchenpolitische Erfolge vorweisen wollte, aber dazu zum Mißfallen der SED den Kirchen entgegenkommen mußte. Die Kirchen nutzten dagegen nach Kräften jede Möglichkeit ohne Rücksicht auf dieses Dilemma der CDU: Auf katholischer Seite verhandelten bzw. sprachen in dieser Absicht Bischof Heinrich Wienken und ab 1952 Prälat Johannes Zinke bis 1957 sehr häufig mit Otto Nuschke und seinen Mitarbeitern.

<sup>10</sup> Archiv des Bischöflichen Amtes Magdeburg (ABAM), Bericht über die Konferenz am 14. März 1950.

<sup>11</sup> ACDP VII-013-857.

Als mit dem proklamierten »Aufbau des Sozialismus« und der stalinistischen Phase in der DDR zwischen Juli 1952 und Juni 1953 gesamtdeutsche Rücksichten der sowjetischen Politik weggefallen zu sein schienen, wurde Nuschke in seiner eigenen Partei und damit auch kirchenpolitisch weitgehend entmachtet. Die SED startete mit ihrer Kampagne gegen die kirchliche Jugend- und Studentenarbeit sowie mit gezielten Nadelstichen und Ambitionen auf staatskirchenrechtliche »Rechtssetzung« nach osteuropäischem Muster eine regelrechte »Liquidierungsphase« in ihrer Kirchenpolitik.

Neben Gerald Götting beteiligten sich auch Nuschkes »junge Leute in der Jägerstraße«<sup>12</sup>, wie Günter Wirth und Herbert Trebs, an der Demontage ihres Vorsitzenden sowie an der Absetzung und Verhaftung von Nuschkes Hauptabteilungsleiter Kurt Grünbaum. Das »Hauptreferat für Kirchenfragen« in der CDU-Zentrale verlor zudem zwischen August 1952 und Januar 1953 zweimal seinen Leiter, bevor Günter Wirth vorübergehend in diese Funktion rückte. Die Hauptabteilung Verbindung wäre, ohne den aus Moskau oktroyierten »Neuen Kurs« auch in der Kirchenpolitik, aufgelöst und in das Staatssekretariat des Innern integriert worden, wie es das Politbüro der SED bereits am 17. März 1953 beschlossen hatte.<sup>13</sup> Zuvor hatte das MfS einen solchen Druck auf Mitarbeiter der Hauptabteilung ausgeübt, daß sich drei Referenten Nuschkes aus Angst vor einer Verhaftung im Februar 1953 nach Westberlin absetzten.<sup>14</sup>

»Nuschke ist ein alter Trottel, in Wirklichkeit führe ich ja die Partei.« So zitierte der sächsische CDU-Landesvorsitzende Magnus Dedek alias Geheimer Informator (GI) »David« im November 1951 gegenüber dem MfS seinen Berliner Generalsekretär Gerald Götting.<sup>15</sup> Die Kirchen wußten dagegen, was sie an Nuschke hatten, so lange er noch in CDU und Staatsapparat mitreden konnte. Als er am 17. Juni 1953 in den Wirren des Aufstandes vorübergehend nach Westberlin »entführt« wurde, setzte sich auch der zentrale katholische Unterhändler mit den staatlichen Stellen in Berlin, Johannes Zinke, für seine Freilassung durch die Westberliner Polizei

---

12 So zitierte Günter Wirth in seinem Vermerk vom 13. Dez. 1952 seinen Vorsitzenden in einem Gespräch mit ZK-Abteilungsleiter Bruno Wolff (ACDP VII-013-1801). In der Jägerstraße in Berlin-Mitte war die Parteizentrale der Ost-CDU. Vgl. zu diesen Auseinandersetzungen Hermann WENTKER, *Ost-CDU und Protestantismus 1949-1958. Die Partei der »fortschrittlichen Christen« zwischen Repräsentationsanspruch und Transmissionsaufgabe*, in: *Kirchliche Zeitgeschichte* 6 (1993), S. 349-378.

13 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), DY 30, J IV 2/2/270.

14 Vgl. den Brief des ehemaligen Oberreferenten Katholische Kirche, Dieter Bernhard, vom 12. Febr. 1953 an den Berliner Bischof Wilhelm Weskamm, in: Diözesanarchiv Berlin (DAB), Asig 30/40.

15 Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU), Außenstelle (Ast) Dresden, AIM 619/55, Teil II, Band 1, Bl. 160.

ein. Am 19. Juni 1953 erhielt Zinke dafür ausgerechnet von Gerald Götting den Dank »unserer Partei«. <sup>16</sup>

Die »Hauptabteilung Verbindung« existierte zwar danach noch bis 1957, und Nuschke war bis zu seinem Tod im Dezember jenes Jahres im Ministerrat formal für Kirchenfragen zuständig, aber sein Einfluß war gebrochen. Die Bürokratie von SED und Staatsapparat konnte für künftige »Fehler« gegenüber den Kirchen jedenfalls nicht mehr Nuschkes einflußloses Amt verantwortlich machen. Nuschke selbst wurde überwacht. Der Kontrast zwischen seinen öffentlichen und internen Äußerungen wurde vom MfS und damit in der SED-Führung registriert, wobei sich in der CDU-Zentrale als Informant sein Mitarbeiter Gerhard Quast hervortat, der im November 1955 vom MfS als GI »Otto« geworben wurde. <sup>17</sup>

### 3. Instrumentarien und Methoden der CDU-Kirchenpolitik und die katholische Kirche in der DDR

#### 3.1. Die kirchenpolitischen Abteilungen der CDU in Berlin

Die Arbeit mit der katholischen Kirche stand in den zwischen 1950 und 1965 häufig wechselnden bürokratischen Strukturen und personellen Konstellationen der CDU-Zentrale in Berlin <sup>18</sup> immer im Hintergrund. Für die CDU waren die evangelischen Kirchen das bevorzugte Objekt ihrer Kirchenpolitik, zumal es bessere Aussicht auf Profilierungschancen gegenüber der SED versprach. <sup>19</sup> Katholiken oder Experten für die katholische Kirche waren in dieser Zeit bis auf eine Ausnahme nicht in relevanten Funktionen in der CDU-Parteileitung.

Sowohl die Abteilung für Kirchenfragen im Sekretariat der CDU in Berlin als auch die Nationale Front und ihre im April 1957 eingerichtete

<sup>16</sup> ACDP VII-013-1763.

<sup>17</sup> BStU, ZA, AIM 3010/68 (Tätigkeit für das MfS zwischen 1955 und 1968). Vgl. z.B. auch den Bericht von Hans Wilke als GI »Horste« zu einem Vortrag Nuschkes vor der Evangelischen Studentengemeinde der Humboldt-Universität am 10. Dez. 1956 mit dem sprechenden Titel »Die CDU zwischen Kirche und Staat«; BStU, ZA, AIM 2968/70. Wilke war später von 1958 bis 1989 in der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen tätig, zuletzt als Abteilungsleiter Evangelische Kirche.

<sup>18</sup> Vgl. dazu grundlegend Hermann WENTKER, *Die kirchenpolitische Abteilung der Ost-CDU: Organisation, Wirkungsweise und personelle Besetzung*, in: Clemens Vollnhals (Hrsg.), *Die Kirchenpolitik von SED und Staatsicherheit. Eine Zwischenbilanz* (Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten, Bd. 7), Berlin 1997<sup>2</sup>, S. 159-189.

<sup>19</sup> Vgl. Gerhard BESIER, *Auf der kirchenpolitischen Nebenbühne des SED-Staates: Evangelische Kirche und Ost-CDU*, in: DERS., *Die evangelische Kirche in den Umbrüchen des 20. Jahrhunderts. Gesammelte Aufsätze* (Historisch-theologische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, Bd. 5/2), Neukirchen-Vluyn 1994, S. 190-270.

»Arbeitsgruppe Christliche Kreise« konnten zwischen 1950 und 1965 in der DDR nur einen »progressiven Katholiken« in der Öffentlichkeit präsentieren. Karl Fischer, katholischer Pastor in Neustrelitz, war als angeblicher Antifaschist<sup>20</sup> ab 1950 für den VVN und dann von 1952 bis 1961 für die CDU Mitglied der Volkskammer, zeitweise war er auch Mitglied im Hauptvorstand der CDU. Wegen seiner unablässigen propagandistischen Tätigkeit für den Sozialismus in Zeitungsartikeln und Broschüren sowie auf organisierten Konferenzen wurde er 1955 als Priester bei gekürzter Pension frühzeitig zwangspensioniert. Er verzog nach Röntgental im Kreis Bernau, wo ihn seitdem der Rat des Bezirkes Frankfurt/Oder mit monatlichen Zuwendungen unterstützte. Als er am 9. Februar 1961 unautorisiert als katholischer Vertreter an der inszenierten Begegnung und Übergabe von (manipulierten) Unterschriften einer »Delegation fortschrittlicher Christen« mit Walter Ulbricht teilnahm, wurde er in der Folge von dem zuständigen Schweriner Weihbischof Bernhard Schröder vom Priesteramt suspendiert. Fischer war ob seiner wenig überzeugenden Agitation sowohl im katholischen Klerus wie auch unter katholischen Laien in der DDR isoliert und deshalb für die Kirchenpolitik der CDU kein Gewinn. Seit 1950 arbeitete er auch für das MfS in Mecklenburg bzw. danach für dessen Bezirksverwaltungen in Neubrandenburg und Frankfurt/Oder als verpflichteter GI »Marduk«. Fischer hatte sich nicht nur den Namen des babylonischen Rachegottes als Decknamen gewählt, er denunzierte auch entsprechend.<sup>21</sup> Als er vom MfS in einer längeren Abhandlung 1965 die Abschaffung des Paragraphen 175 im Strafgesetzbuch forderte, setzte die Staatssicherheit bei SED und CDU »wegen seines moralisch schlechten Verhaltens« seine konsequente Isolierung durch<sup>22</sup> und degradierte ihn bis zu seinem Tod im Jahre 1973 zur öffentlichen Unperson.

Weitere katholische Geistliche, die sich durchaus der CDU bedienten und sich auch von ihr ansprechen ließen, verprellte die Partei durch übereifrige propagandistische Vereinnahmungen in ihrer Presse. So distanzierten sich von entsprechenden Veröffentlichungen und damit auch von den Methoden der CDU in den Jahren 1957/1958 der Heiligenstädter Propst Josef Streb, der Eichsfelder Pfarrer Franz Westermann (1956 noch auf dem CDU-Parteitag in Weimar in den Hauptvorstand gewählt) und der Naumburger Pfarrer Ste-

---

20 Seine Angaben, die ihn in der SBZ als Opfer des Faschismus einstufen und ihm viele öffentliche Auftritte als führender katholischer »Antifaschist« in der DDR verschafften, beruhen weitgehend auf phantasievollen bis falschen Behauptungen über seine angebliche Tätigkeit in »Widerstandsgruppen« während der NS-Zeit. Vgl. dazu unter anderem Karl Fischers Nachlaß im ACDP.

21 BStU, Ast Frankfurt/Oder, AIM 205/66.

22 EBD., Bd. II, Bl. 188.

phan Huppertz.<sup>23</sup> Der Magdeburger Weihbischof Friedrich Maria Rintelen beschwerte sich sowohl im Januar 1961 als auch im darauffolgenden Jahr öffentlich über unerwünschte propagandistische Geburtstagsglückwünsche in der örtlichen CDU-Presse, die dann in der Folgezeit unterblieben.<sup>24</sup>

Ähnlich ungeschickt arbeitete die CDU mit dem einzigen katholischen Geistlichen in der DDR, der sich in einer mit Karl Fischer ansatzweise vergleichbaren Weise mit dem Sozialismus identifizierte und unter Pseudonym seit 1960 in der CDU-Presse publizierte: Kaplan Frank Ritter wurde deshalb vom Meißener Bischof Otto Spülbeck nach Wurzbach im südlichen Ostthüringen versetzt, wo er mit kirchlichen Aufgaben eingedeckt wurde und geographisch immobil war. In einem Brief an Günter Wirth vom 12. April 1962 bezeichnete Ritter Fischer und sich als die einzigen »progressiven katholischen Geistlichen« in der DDR und beklagte seine Behandlung durch die Kirchenleitung.<sup>25</sup> Ritter stellte jedoch bald aus noch ungeklärten Gründen seine Aktivitäten in der CDU ein und trat Anfang der Achtziger Jahre auch aus der Partei aus. Damit entsprach er unter anderem einem häufig angewandten Konzept des MfS, mit dem er spätestens seit 1971 in Wiederitzsch bei Leipzig als IM »Frank«<sup>26</sup> kooperierte: Je weniger sich kirchliche Amtsträger öffentlich in CDU oder Nationale Front engagierten, desto besser waren sie bei ihren Amtsbrüdern gelitten und desto eher konnte wiederum das MfS interne Informationen über innerkirchliche Vorgänge von ihnen »abschöpfen«. Im Bereich der katholischen Kirche mußte die CDU-Zentrale deshalb, nach der nicht mehr existierenden Verwertbarkeit von Karl Fischer und Frank Ritter, von Mitte der sechziger Jahre bis 1989 mit den Möglichkeiten und Grenzen organisierter »Gesprächspolitik« sowie der 1964 geschaffenen »Berliner Konferenz« vorliebnehmen.<sup>27</sup>

Weil die CDU-Führung in den fünfziger Jahren in der Kirchenpolitik von einer eifersüchtigen SED zur oft nachträglichen Akklamation gezwungen worden war, verlor sie in ihrer Mitgliedschaft und der christlichen Bevölkerung erheblich an Ansehen. Auf dem Gebiet der evangelischen Kirchen gewann sie jedoch ab Mitte der sechziger bis Anfang der siebziger Jahre vorübergehend kirchenpolitisches Gewicht.<sup>28</sup> In dieser Zeit profilierte sich die Abteilung Kirchenfragen unter ihrem seit 1965 amtierenden neuen Leiter Gerhard Quast. Die Arbeit professionalisierte sich und erreichte trotz geringer personeller Potenzen durchaus den »Standard« der Dienststelle des

23 Vgl. die Vorgänge in ACDP VII-013-1748.

24 Vgl. ACDP VII-013-452.

25 EBD.

26 BStU, Ast Leipzig, AIM 1653/85.

27 Vgl. unten die Abschnitte 3.2. bis 3.4.

28 G. BESIER (wie Anm. 19).

Staatssekretärs für Kirchenfragen. Gleichwohl behielten ZK und Politbüro der SED über das MfS immer die Übersicht über Aktionen und Absichten in der CDU-Führung, über die oft grotesken Selbstüberschätzungen Göttings und über Kompromittierendes aus dem Leben führender CDU-Politiker. Gerhard Quast, der nach seinem Ausscheiden aus der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen zwischen 1960 und 1965 persönlicher Referent von Götting gewesen war, berichtete wie erwähnt dem MfS als GI »Otto«, Hubertus Guske von der Zeitschrift »begegnung« als GI »Hubert«<sup>29</sup>, Adolf Niggemeier informierte als GI »Benno Roth«<sup>30</sup>. An Direktheit übertroffen wurden diese ergiebigen Informanten noch von Günter Grewe, als GI »Graf« Mitarbeiter des MfS in den gesamten 39 Jahren seiner Existenz und seit 1960 hauptamtlich im Sekretariat des Nationalrats der Nationalen Front.<sup>31</sup> Hinzu kamen auf zentraler und bezirklicher Ebene weitere vom MfS geworbene Mitarbeiter, unter anderem Sekretärinnen. Alle Bezirksvorsitzenden der CDU mußten auf Weisung von Gerald Götting Pflichtkontakte zum MfS unterhalten, doch in jedem Bezirksvorstand versuchte die Staatssicherheit hinter dem Rücken des Vorsitzenden noch mindestens einen weiteren CDU-Politiker anzuwerben.<sup>32</sup>

Die persönlichen Rivalitäten und Intrigen allein in der CDU-Zentrale waren exorbitant. Das MfS wurde nicht nur zu deren Mitwisser, sondern gleichermaßen zur Appellationsinstanz mit schiedsrichterlicher Funktion. Angesichts dieser »Transparenz« erhebt sich die Frage, ob, wie bisher argumentiert, von einem äußerlich ja durchaus wahrnehmbaren kirchenpolitischen Eigenprofil der CDU in der Phase zwischen Mitte der sechziger und Anfang der siebziger Jahre überhaupt gesprochen werden kann. Die SED beaufsichtigte über ihre ausgedehnte Mitwisserschaft ohnehin die CDU und gewährte ihr damit ein Profil quasi »bis auf Widerruf«.

Als die CDU aus Sicht der SED ihre Aufgaben auf dem Gebiet der evangelischen Kirchen erfüllt hatte und die kirchenpolitische Konkurrenz zu lästig geworden war, intervenierte Hans Seigewasser als Staatssekretär für Kirchenfragen am 29. Juli 1974 brieflich bei Gerald Götting. Er sprach Gerhard Quast sein Mißtrauen aus, kündigte jegliche Kooperation auf und legte Konsequenzen nahe.<sup>33</sup> Der CDU-Abteilungsleiter wurde in der Folge in die Abteilung Dokumentation beim Hauptvorstand degradiert und verschwand

29 BStU, ZA, A 836/85 (Tätigkeit für das MfS zwischen 1959 und 1989).

30 BStU, ZA, AIM 11943/89 (Tätigkeit für das MfS zwischen 1954 und 1989).

31 BStU, ZA, AIM 11944/89 (Tätigkeit für das MfS zwischen 1950 und 1989).

32 Vgl. z.B. die MfS-Akten zu Theodor Weinrich, zwischen 1954 und 1989 als GI bzw. IM »Franz« für das MfS tätig und von 1961 bis 1969 stellvertretender Bezirksvorsitzender der CDU in Erfurt: BStU, Ast Erfurt, IX 1191/61.

33 Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam (BAP), DO-4, 473.

in der politischen Versenkung, bis er Ende 1989 von Hermann Kalb noch einmal in die auslaufende Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen geholt werden sollte. 1975 wurde der evangelische Theologe Wulf Trende, Quasts bisheriger Stellvertreter, in der CDU-Zentrale sein Nachfolger. In der Folgezeit wurde dieser von der SED konsequent aus der kirchenpolitischen Informationslinie und von organisierter Kooperation ausgeschlossen.

### 3.2. »Gesprächspolitik« mit der katholischen Kirche im Dreieck CDU, ZK und MfS

Angesichts der inoffiziellen Durchdringung konnte die CDU nicht nur kein wirklich eigenständiges kirchenpolitisches Profil gewinnen. Sie hatte auch nicht den Spielraum, als ehrlicher Makler zwischen Staat und Kirche aufzutreten, obwohl diese Motivation bei einzelnen CDU-Funktionären, zumal solchen mit kirchlicher Bindung, durchaus vorhanden gewesen sein mag und auch Vertreter aus der katholischen Kirche in den sechziger Jahre mit gutem Willen daran anknüpften.

Die katholische Kirche unterhielt durch beauftragte höherrangige Geistliche auf Berliner Zentralebene und in den Bezirken regelmäßige Verhandlungskontakte mit den Behörden des Staatsapparates, die für Kirchenfragen zuständig waren. Darüber hinaus gab es von 1958 bis 1989 im Auftrag der Ordinarienkonferenz bzw. Bischofskonferenz Dauerkontakte zum MfS in Berlin, die später durch Aufträge zu weiteren Gesprächen mit der Staatssicherheit in Magdeburg (ab 1972), Dresden (ab 1981), Halle (ab 1982) und Leipzig (ab 1984) ausgebaut wurden. Bis auf die Gespräche der Dresdner Bistumsleitung mit der SED-Bezirksleitung unter Hans Modrow zwischen 1984 und 1987 und Sonderfälle im Eichsfeld unterhielt die katholische Kirche keine Direktkontakte mit Parteistellen der SED.<sup>34</sup>

Katholische Bischöfe und Amtsträger unterschieden in der CDU nach zentralen und regionalen Funktionären sowie nach individuellen Personen. So kamen in Berlin zu keiner Zeit vor Ende 1989 politische Gesprächs- oder Verhandlungskontakte der katholischen Kirche zum CDU-Hauptvorstand oder zu seiner Abteilung Kirchenfragen zustande. Abgesehen vom Sonderfall des Eichsfeldes,<sup>35</sup> kam es dagegen auf Bezirksebene in den 60er Jahren zu einigen echten Gesprächsverbindungen, die zumindest von kirchlicher Seite aufrichtig waren. Für die CDU-Zentrale handelte es sich dagegen um »Gesprächspolitik«, die zu »differenzierungspolitischen Erfolgen« führen konnte, welche man wiederum gegenüber der SED geltend machen wollte.

<sup>34</sup> Zu Anbahnung, Inhalt und Problematik dieser Gesprächsebenen im Kontext der staatlichen Kirchenpolitik sowie der kirchlichen Strategien siehe Anm. 2.

<sup>35</sup> Siehe Kapitel 4.

So kam es zwischen 1961 und 1969 zu zahlreichen politischen Gesprächen des Magdeburger Weihbischofs Friedrich Maria Rintelen sowie 1970 und 1971 auch zu solchen seines Nachfolgers Johannes Braun mit dem CDU-Bezirksvorsitzenden Ulrich Fahl. Am 5. Februar 1966 konnte Fahl einmalig sogar an einem offiziellen Gespräch des Rates des Bezirkes Magdeburg mit Rintelen teilnehmen, woraufhin sich jedoch der Magdeburger Weihbischof sofort gegen die Teilnahme des CDU-Vertreters aussprach und sich diese dann auch nicht wiederholte. Fahl lieferte über alle seine Gespräche mit den Magdeburger Bischöfen erfolgsorientierte »Abschöpf«-Berichte an den Hauptvorstand der CDU<sup>36</sup> und an die SED-Bezirksleitung in Magdeburg. Der katholische Dresdner CDU-Bezirksvorsitzende Friedrich Mayer übergab nach einem sehr langen persönlichen Gespräch mit dem Meißener Bischof Otto Spülbeck im Juni 1963 einen ausführlichen Bericht an das MfS.<sup>37</sup> Nicht wenige katholische Funktionäre in der CDU aus allen Teilen der DDR wollten durch weitergereichte Berichte ihre Fähigkeiten demonstrieren, von katholischen Geistlichen Interessantes in Erfahrung zu bringen. In Erfurt hatte Weihbischof Hugo Aufderbeck einer kalkulierten »Anregung« von führenden CDU-Katholiken zugestimmt, im privaten Kreis vertraulich die Situation der Kirche im sozialistischen Staat nach dem II. Vatikanischen Konzil zu erörtern. So fanden daraufhin zwischen 1966 und 1969 einige Gespräche des von Aufderbeck beauftragten Dozenten Wilhelm Ernst vom theologischen Studium des Erfurter Priesterseminars mit bis zu vier katholischen Thüringer CDU-Funktionären statt. Bis auf einen berichteten sie alle dem MfS bzw. dem ZK der SED und dem CDU-Hauptvorstand, wobei sie besonders auf die Äußerungen Ernsts verwiesen, die persönliche und inhaltliche Spannungen in der katholischen Kirche zur Sprache brachten.<sup>38</sup>

Von solchen Gesprächen auf höheren Ebenen abgesehen, verliefen allerdings die meisten Kontakte zum katholischen Klerus eher unpolitisch. Sie wurden deshalb auch nicht umgehend nach oben gemeldet, sondern eher dann aufgeführt, wenn aus Berlin statistische Erfolge angefordert wurden. So wurden in einer Aufstellung der Abteilung Kirchenfragen beim Hauptvorstand vom 20. Oktober 1969 »zur Entwicklung des staatsbürgerlichen Bewußtseins bei kirchlichen Amtsträgern im Zusammenhang mit

36 Vgl. z.B. Berichte vom 20. Dez. 1961 und 22. Jan. 1962 (ACDP VII-013-3003).

37 Siehe Mayers Niederschrift vom 6. Juni 1963, in: BStU, ZA, AP 20202/92, Bl. 17-22.

38 Vgl. die IM-Akten »Martinus« zum Chefredakteur des Thüringer Tageblattes, Franz Gerth (BStU, Ast Erfurt, IX 640/65), und die Akte »Franz« zum stellvertretenden Bezirksvorsitzenden (wie Anm. 32). Siehe außerdem Notizen zu den Gesprächen in diversen Archivbeständen: 21.7.1966 (ACDP VII-013-3061), 21.10.1966 (ACDP VII-013-2135), 4.2.1969 (ACDP VII-013-2164), 8.9.1969 (BAP, O-4, 842), 28.11.1969 (SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/14/11). Die beiden anderen Gesprächspartner aus der CDU waren der Erfurter Bezirksvorsitzende Franz Kirchner sowie Willy Rutsch, der als einziger keine Informationen weitergab.

dem 20. Jahrestag der DDR« insgesamt 245 Kontakte zu katholischen Geistlichen, darunter 21 zu solchen »der mittleren Ebene« aufgelistet. Es wurde resümiert: »Beurteilt man den Inhalt der entwickelten Kontakte zu katholischen Geistlichen, so ist davon auszugehen, daß die Mehrzahl auf einer persönlichen Verbindung katholischer Unionsfreunde, die eng mit dem Leben ihrer Kirchengemeinde verbunden sind, beruht. Nicht immer sind diese Kontakte regelmäßig und gezielt auf die Klärung politischer Grundfragen gerichtet.«<sup>39</sup> Mit dem kirchenpolitischen Bedeutungsverlust der CDU in den siebziger Jahren und der Ablösung von Gerhard Quast, dessen bürokratisch angeleitete Kirchenpolitik diejenige des Staatsapparates kopiert hatte, erlahmte die Initiative zu gezielten Kontakten mit dem katholischen Klerus. Begegnungen und auch Gespräche fanden zwar in deutlich reduzierter Zahl weiterhin statt, aber Inhalte wurden zumeist nur noch dann weitergegeben, wenn der CDU-Funktionär gleichzeitig IM des MfS war. Die »Gesprächspolitik« der CDU schwand mit deren kirchenpolitischen Degradierung. Deshalb war wiederum auch kirchlicherseits die Motivation zu Gesprächen mit der CDU geringer ausgeprägt.

### 3.3. Der Stellvertreter des Staatssekretärs für Kirchenfragen

Die Tatsache, daß die CDU zwischen 1957 und 1989 immer den Stellvertreter des Staatssekretärs für Kirchenfragen stellte, ist bisher selten mit der Kirchenpolitik der CDU in Verbindung gebracht worden, schon gar nicht im Kontext der katholischen Kirche. Dabei war der Stellvertreter des Staatssekretärs tatsächlich nur »Stellvertreter« auf dem Gebiet der katholischen Kirche. In allen anderen Aufgabengebieten übte der SED-Hauptabteilungsleiter der Dienststelle, zugleich Kontaktmann zu ZK und MfS, die Stellvertretung aus. Diesen Sachverhalt bestätigte beispielsweise Staatssekretär Klaus Gysi, als er am 5. Oktober 1987 beim Leiter des Sekretariates des Ministerrates einen Dienstwagen für den Hauptabteilungsleiter beantragte.<sup>40</sup>

Der CDU-Stellvertreter hatte in der SED-dominierten Dienststelle des Staatssekretärs einen schweren Stand. In der SED-Parteiorganisation der Dienststelle, in der wichtige Personalien und Konflikte besprochen wurden, war er nicht präsent. Er wurde nicht aller Informationen für wert befunden, und man beobachtete mißtrauisch, ob er nicht etwa Kirchenpolitik für die CDU auf Kosten der herrschenden Partei betrieb. Wenn er ein Gewicht in der Dienststelle haben wollte, mußte er besonders loyal sein und beinahe in Überkompensation die Standpunkte der SED vertreten. Sollte er dann sogar

---

39 ACDP VII-013-2153.

40 Siehe den Brief Gysis an Staatssekretär Kurt Kleinert (BAP, O-4, 712).

kirchenpolitische Erfolge in seinem Aufgabengebiet »Katholische Kirche« vorweisen, konnte er über die Stellvertreter-Rolle hinauswachsen. Wüßte man nicht, daß die Stellvertreter des Staatssekretärs für Kirchenfragen der CDU angehörten, wäre es schwierig, aus ihren Aktionen und Argumentationen auf eine Nicht-SED-Mitgliedschaft zu schließen.

Max Hartwig, ein früherer Referent Otto Nuschkes, repräsentierte die CDU in der Dienststelle nur zwischen April 1957 und März 1960, bis er wegen seiner NS-Vergangenheit, die er verschwiegen hatte, entlassen wurde. Sie wurde ausgerechnet dann in der Westpresse publik, als die SED ihre propagandistischen Kampagnen gegen ehemalige NS-Funktionsträger im politischen System der Bundesrepublik Deutschland betrieb. Es gibt bisher keine Anhaltspunkte dafür, daß dem MfS möglicherweise die Vergangenheit von Max Hartwig bekannt war und es ihn damit nur erpreßte. Statt dessen erscheint seine Ernennung zum Stellvertreter des Staatssekretärs tatsächlich in Unkenntnis seiner Vergangenheit erfolgt zu sein. In der Dienststelle konnte Hartwig zwischen 1957 und 1960 keine Akzente setzen, weil man ihn von vielem mißtrauisch fernhielt. Die oft sehr personenbezogenen Berichte der in dieser Zeit als IM für das MfS tätigen Mitarbeiter in der Dienststelle (z.B. Horst Dressler/«Harry«, Hans Wilke/«Horst«, Hans Joachim Seidowsky/«Gerhard«, Gerhard Quast/«Otto») spiegeln auch den schweren Stand von Max Hartwig in diesem SED-gelenkten Staatsorgan wider.

Sein Nachfolger Fritz Flint, der zwischen 1960 und 1977 dieses Amt wahrnahm, konnte sich dagegen offensichtlich besser behaupten. Schon früh gewann er an Profil, indem er in den sechziger Jahren mit katholischen Weihbischöfen außerhalb Berlins ins Gespräch kam. Er bereitete zusammen mit dem Abteilungsleiter für den Bereich Katholische Kirche in der Dienststelle die Gespräche des Staatssekretärs mit Kardinal Alfred Bengsch vor und führte im Vorfeld Gespräche mit dessen beauftragten Prälaten. Sein Auftreten und Argumentieren entsprach dabei exakt den Vorgaben der SED. Daß er nicht dieser Partei, sondern der CDU angehörte, wird weder aus den Berichten der kirchlichen Unterhändler noch aus seinen eigenen Vermerken in irgendeiner Weise spürbar.

Nach 1965 konnte Flint zeitweise seinem Parteifreund Gerhard Quast beim Hauptvorstand der CDU sogar Durchschläge von Vermerken zu Gesprächen mit Kirchenvertretern übergeben. Später informierte er Quast regelmäßig mündlich, worüber letzterer schriftliche Vermerke anfertigte. Bei gemeinsamen kirchenpolitischen Besprechungen zwischen Mitarbeitern des ZK der SED, der Dienststelle des Staatssekretärs und Quast spielte Flint oft eine wichtige Rolle als Verbindungsglied zwischen SED und CDU. Als die CDU jedoch ab Anfang der siebziger Jahre kirchenpolitisch unbedeutend geworden war und Quast schließlich abgesetzt wurde, versiegte auch der bis dahin tolerierte Informationsfluß von seiten Flints in die CDU-Parteizentrale.

Quasts Nachfolger Trende wurde jedenfalls weder von Flint noch ab 1977 von Hermann Kalb in nennenswerter Weise über Vorgänge und Konzepte der Dienststelle des Staatssekretärs informiert, geschweige denn in diese einbezogen.

Fritz Flint wurde 1977 von seinem Amt offensichtlich nicht gezielt abgelöst. Ob er es freiwillig abgab, läßt sich bisher nicht feststellen. Mit Hermann Kalb wurde jedenfalls 1977 ein langjähriger hauptamtlicher Thüringer CDU-Funktionär, Chefredakteur des CDU-Zentralorgans »Neue Zeit« und schließlich Mitglied des Präsidiums der Volkskammer, neuer Stellvertreter des Staatssekretärs für Kirchenfragen. Zuvor war er in der CDU-Partei-führung zunehmend in persönliche Konflikte geraten. Das politische und private Leben von Hermann Kalb zwischen 1950 und 1977 war für das MfS – und damit bei Bedarf für die SED – ein offenes Buch.<sup>41</sup> Von 1950 bis 1967 arbeitete er für das MfS als GI »Hugo« bzw. »Schütz« bzw. »Hermann«, danach wurde er von IM in der CDU überwacht. Als er 1977 Stellvertreter des Staatssekretärs wurde, hatte das MfS nicht nur jederzeit die Möglichkeit, ihn in diesem Amt offiziell als »Quelle« bzw. IM »Hermann« »abzuschöpfen«. Es hätte ihn auch jederzeit kompromittieren und nach Belieben stürzen können. Dazu kam es nicht, weil Kalb sich in seiner neuen Funktion, vor allem auf dem Gebiet der katholischen Kirche, aus Sicht der SED außerordentlich bewährte.<sup>42</sup>

In Gesprächen mit katholischen Bischöfen, ebenso in solchen mit den kirchlichen Gesprächsbeauftragten der »Berliner Bischofskonferenz«, Prälat Paul Dissemond und vor allem Prälat Gerhard Lange, agierte Kalb prinzipiell und flexibel zugleich. Außerordentlich erfolgreich war er, was die Schaffung von Vertraulichkeiten anging. Lange Zeit mißtraute das ZK der SED Vier-Augen-Gesprächen eines CDU-Politikers mit katholischen Unterhändlern. Schließlich erkannte es aber den Wert von Hermann Kalb in dieser Hinsicht und ließ ihn, neben einigen wenigen Offizieren des MfS, zum wichtigsten Staatsfunktionär auf dem Gebiet der Kirchenpolitik gegenüber der katholischen Kirche avancieren. Das für Kirchenfragen zuständige Politbüromitglied Werner Jarowinsky sprach in einem Brief an Erich Honecker vom 27. Mai 1987 bezüglich einer aussichtsreichen Einflußnahme auf die katholische Kirchenführung wie selbstverständlich vom »Kanal Kalb-Lange«.<sup>43</sup>

---

41 Vgl. hierzu BStU, ZA, AP 14416/92.

42 Vgl. hierzu ausführlich mit vielen Beispielen Anm. 2.

43 SAPMO-BArch, DY 30, vorl. SED 41909.

### 3.4. Die Zeitschrift »begegnung« und die »Berliner Konferenz«

Bestandteil der SED-angeleiteten »Differenzierungspolitik« gegenüber den Kirchen, also ihrer versuchten Spaltung, waren auch spezielle Hilfsdienste und Profilierungsversuche katholischer Funktionäre und Mitglieder der CDU, sowohl im abgestimmten Auftrag als auch in begrenzter Konkurrenz zur SED. Hierzu zählten auf dem Gebiet der katholischen Kirche die seit Oktober 1961 erscheinende Zeitschrift »begegnung« und vor allem die im November 1964 begründete sogenannte »Berliner Konferenz«.<sup>44</sup>

Die »begegnung« wurde zunächst in einer Auflage von 3.000 Exemplaren gedruckt, 80 Prozent ihrer Gesamtkosten wurden aus staatlichen Zuschüssen über die Nationale Front abgewickelt. Fast alle Chefredakteure, besonders Hubertus Guske<sup>45</sup>, und einige weitere Mitarbeiter arbeiteten während der gesamten Zeit der Existenz der Zeitschrift mit dem MfS zusammen, das so detailliert über Haushalt, Redaktionsinterna und Planungen informiert war.<sup>46</sup> Die Tarnung der Zeitschrift nach außen als »katholische Monatschrift« zur Demonstration angeblicher Unabhängigkeit von Staatsorganen und CDU blieb unglaubwürdig, ihre journalistischen Methoden oft unseriös. Die Tatsache, daß sie bei dem Minimalangebot kirchlicher Publikationen in der DDR aus Neugier von vielen katholischen Klerikern und Laien gelesen wurde, mündete jedenfalls nicht in die beabsichtigten »differenzierungspolitischen« Erfolge.

Die international ausgerichtete »Berliner Konferenz« (BK), ins Leben getreten nach einer Tagung von 140 Teilnehmern am 17. und 18. November 1964 in Berlin, war das katholische Pendant zu der 1958 mit Unterstützung aller kommunistischen Parteien des Warschauer Vertrages gegründeten »Christlichen Friedenskonferenz« (CFK). Orientiert an dem Muster propagandistischer öffentlicher »Beratungen progressiver Katholiken« in der DDR seit 1959 und dem Modell eines im April 1963 in Köln gegründeten Arbeitskreises deutscher Katholiken mit Namen »Pax Vobis«, konnte die BK versuchen, die Enzykliken von Papst Johannes XXIII., insbesondere »Pacem in Terris« vom 11. Mai 1963, und dessen neue vatikanische Ostpolitik selektiv auszunutzen. Parallel zur evangelischen CFK wurde die BK als

<sup>44</sup> Hierzu bereits an anderer Stelle ausführlicher: Bernd SCHÄFER, »Um anzukommen muß man sich »ankömmlich« artikulieren«: Zur »Berliner Konferenz« (BK) zwischen 1964 und 1993, in: Michael RICHTER/Martin RISSMANN (Hrsg.), *Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung* (Schriften des Hannah-Arendt-Institutes für Totalitarismusforschung, Bd. 2), Weimar-Köln-Wien 1995, S. 111-125.

Die folgenden Ausführungen zu dieser Thematik sollen deshalb hier eher kursorisch bleiben.

<sup>45</sup> Siehe Anm. 29.

<sup>46</sup> Vgl. für die Zeit zwischen 1961 und 1965: BStU, ZA, A 835/85.

Transmissionsriemen in den regelmäßigen kirchenpolitischen Tagungen der Staatsämter für Kirchenfragen aller sozialistischen Länder thematisiert.

Die Aktivisten der BK verfolgten die Taktik der intern zynisch so genannten »katholischen Linie« mit selektiv zitierten päpstlichen Äußerungen zur Eigenverantwortung katholischer Laien, um vorgegebene Kirchentreue mit differenzierungspolitischen Absichten zu verbinden. In der DDR konnten sie jedoch nur eine sehr geringe und quantitativ bald stagnierende Zahl von katholischen Laien gewinnen. Katholische Geistliche aus der DDR konnten von der BK zu keiner Zeit als öffentliche Sympathisanten präsentiert werden. In den hierarchiekritischen Strömungen innerhalb der katholischen Kirche in der DDR, wie beispielsweise dem »Aktionskreis Halle« (AKH), gelangen ihr erst recht keine Erfolge. Immer wieder bis Mitte der siebziger Jahre ließ sich die BK, die im eigenen und im anleitenden hauptamtlichen Apparat<sup>47</sup> sowie auch unter ihren Mitgliedern mit IM des MfS geradezu durchsetzt war, von der SED und dem Eifer einiger Funktionäre in durchsichtiger Form instrumentalisieren.<sup>48</sup> Ihre Erfolglosigkeit unter dem katholischen Klerus und der katholischen Bevölkerung in der DDR war so geradezu vorprogrammiert.

In Westeuropa konnte die BK dagegen durchaus einige Sympathisanten gewinnen, vor allem in den Niederlanden, Belgien, in Frankreich und Italien, aber auch stellenweise in der Bundesrepublik. Das Betätigungsfeld der BK entfernte sich deshalb zunehmend vom Adressaten Kirche und konzentrierte sich zunächst auf die Bemühungen um die internationale Anerkennung der DDR, schließlich auf Unterstützung und Propagierung ihrer Außenpolitik als »Friedenspolitik«. In diesen Bereichen konnte die BK durchaus einige Beiträge leisten, auch wenn das gesamte Unternehmen zunehmend zum Polittourismus entartete und für die devisenschwache DDR schließlich mehr Kosten als Nutzen verursachte.<sup>49</sup>

---

47 Siehe Anm. 29 bis 31. Neben Günter Grewe als IM »Graf« gelang es auch Georg Wipler, der zwischen 1966 und 1980 im Sekretariat der BK in Berlin beschäftigt war, als IM »Bruno« in der gesamten Zeit der Existenz des MfS (in diesem Falle zwischen dem 5. Sept. 1950 und dem 31. Jan. 1990) für dieses Organ tätig zu sein bzw. von ihm finanziert zu werden: Vgl. BStU, ZA, A 116/85.

48 Vgl. hierzu das Fallbeispiel »Offenes Wort von Katholiken in der Deutschen Demokratischen Republik«, das am 3. Mai 1972 vor der Eröffnung der Pastoralssynode aller katholischen Jurisdiktionsbezirke in der DDR inszeniert wurde (Anm. 2). Vgl. zu einem autonomen CDU-Versuch der Einflußnahme auf das Katholikentreffen der katholischen Kirche in der DDR im Juli 1987 in Dresden: Dieter GRANDE/Bernd SCHÄFER, *Zur Kirchenpolitik der SED. Auseinandersetzungen um das Katholikentreffen 1983-1987*, Leipzig 1994, S. 118 ff. und 126 ff.

49 Bernd SCHÄFER (wie Anm. 44), S. 121-125.

#### 4. Eine andere Perspektive zu »CDU und katholische Kirche in der DDR« – Sonderfall Eichsfeld

Im Eichsfeld war die Herrschaft der SED, verglichen mit allen anderen Regionen der DDR, kaum stärker als ein dünner Schleier. Er genügte zwar, um in einem traditionell dörflichen bzw. kleinstädtischen familien- und arbeitszentrierten lokalpatriotischen Milieu politische Stabilität in Form einer vordergründigen Ruhe zu erzeugen, doch mußte die SED dazu die Eigenheiten des katholischen Milieus und die starke Rolle einer CDU tolerieren, die sich bis auf Einzelfälle mitnichten als Transmissionsriemen benutzen ließ. Auch die Durchdringung des katholischen Milieus im Eichsfeld seitens des MfS war gering. Trotz aller auch die katholische Kirche und die CDU-Mitgliedschaft provozierenden Maßnahmen, etwa zwischen 1958<sup>50</sup> und dem Ende der 60er Jahre, mußte die SED in dieser katholischen Enklave vieles geschehen lassen, was andernorts in der DDR unvorstellbar gewesen wäre. Die oberflächliche Herrschaft der SED war wie ein Firmis, der im Herbst 1989 ersatzlos verschwand. Die CDU wurde zur bis heute unumstritten dominierenden Kraft im Eichsfeld, in zum Teil hoher personeller Kontinuität.<sup>51</sup>

Die katholische Kirche im Eichsfeld hatte unter Propst Josef Streb, der 1945 die CDU in Heiligenstadt mitgründete und bis zu seinem Tode im Jahre 1976 Mitglied blieb, von Anfang an auf eine Zusammenarbeit mit der CDU gesetzt und Katholiken empfohlen, in der Partei zu bleiben und Positionen zu besetzen. Auch wenn Propst Streb mitunter eine autonome Kirchenpolitik mit Elementen der Selbstüberschätzung betrieb,<sup>52</sup> die seinen vorgesetzten Bischöfen und dem Ordinariat in Erfurt immer wieder zu weit ging, so legte er doch mit den Grundstock für die eichsfeldische Variante zur Relativierung des SED-Herrschaftsanspruchs.

Der Erfurter Weihbischof Joseph Freusberg, 1945 ein Mitgründer der CDU, aus der er 1953 wieder austrat, predigte beispielsweise im Septem-

50 1958 floh z.B. der Heiligenstädter CDU-Kreisvorsitzende Joachim Thierse aufgrund des politischen Druckes von SED und MfS ebenso in den Westen wie 1952 sein Vorgänger Arnold Bahlmann. Vgl. zu diesen Vorgängen die IM-Akte von Thiereses damaligem Stellvertreter (wie Anm. 32): BStU, Ast Erfurt, 285/54 (in: LX 1191/61).

51 Vgl. Ute SCHMIDT, *Von der Blockpartei zur Volkspartei? Die Ost-CDU im Umbruch 1989 bis 1994*, Opladen 1997.

52 Vgl. z.B. seine eigenmächtigen Gespräche mit dem MfS zwischen 1958 und 1967 (BStU, ZA, AIM 2758/68: »Stern«), das ihn vergeblich von der CDU loslösen wollte. Streb sprach sehr offen mit allen verfügbaren Staats- und Parteistellen und erzählte, wiederum sehr zum Ärger des MfS, allen von allen, um sie gegeneinander auszuspielen. Es ist eine recht zweifelhafte Ehre, daß er in der Zeit der DDR der einzige katholische Geistliche war, zu dem eine lobende Schrift (im CDU-eigenen Union-Verlag) veröffentlicht wurde: Franz GERTH, *Josef Streb* (Christ in der Welt, Heft 44), Berlin/DDR 1978. Zum Autor dieser Schrift siehe auch Anm. 38.

ber 1954 und im September 1956 bei den Eröffnungsgottesdiensten der DDR-weiten CDU-Parteitage in Weimar. Obwohl er kritische Worte wählte und die katholischen Delegierten zur Unterstützung kirchlicher Anliegen aufforderte, wurde er in beiden Fällen von der CDU-Presse selektiv zitiert und seine »Teilnahme« propagandistisch als kirchliche Unterstützung der Partei vereinnahmt. Auf kritische Rückfragen aus der Kirche rechtfertigte er am 19. September 1956 in einem Schreiben an den vatikanischen Nuntius Aloysius Muench in Bonn sein Auftreten mit dem Hinweis auf die volkskatholischen Gebiete des Erfurter Generalvikariates im Eichsfeld und in der Rhön: »Die meisten dieser Katholiken dieser Distrikte sind politisch in der CDU organisiert. Die Mitgliedschaft in dieser Partei ist die einzige Möglichkeit für die Katholiken, um in ihren Gebieten überhaupt Einfluß zu haben und nicht alles der SED zu überlassen. Tatsächlich sind auf diese Weise dort in den Gemeinde- und Kreisräten gute und zuverlässige Katholiken tätig, deren Einfluß es zu danken ist, daß lokal manches im katholischen Sinne abgelenkt wird.«<sup>53</sup> Freusberg selbst ging jedoch nach der propagandistischen Auswertung seiner Predigten in Weimar wieder auf Distanz zur CDU.<sup>54</sup>

Die SED hatte in der autochthonen Eichsfelder Bevölkerung kein ausreichendes Reservoir, um ihre Nomenklaturkader zu besetzen. Die wenigen einheimischen SED-Mitglieder waren oftmals gleichzeitig auch praktizierende Katholiken und damit »unsichere Kantonisten«, weil sie verdächtigt wurden, eher auf den Klerus zu hören als auf den Parteisekretär. Deshalb wurden nicht wenige Stellen mit Nicht-Eichsfeldern besetzt, die es wiederum als offenbar delegierte Auswärtige schwer hatten, in der Bevölkerung Ansehen und Autorität zu gewinnen. Die CDU-Mitglieder und Funktionsträger in den Kreisstädten und Gemeinden waren dagegen fast alle katholisch und zumeist kirchlich gebunden. Im Eichsfeld galten die üblichen Regeln für die SED-Nomenklatura nicht. Die Partei konnte keinesfalls Staatsapparat und MfS einfach damit beauftragen, die Kirche zu überwachen oder Kontakte zu ihr in die Wege zu leiten. Das läßt sich an einem Vorgang zeigen, der in jedem anderen Kreis der DDR so unvorstellbar gewesen wäre: Der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung in Heiligenstadt, Jürgen Kofend, war 1986 daran interessiert, zur Aufwertung der eigenen Position, mit dem Bischöflichen Kommissarius des Eichsfeldes, Propst Paul Julius Kockelmann, zusammenzutreffen, ohne daß von dem Treffen irgendeine öffentliche Auswertung vorgenommen werden sollte. Das Treffen konnte

<sup>53</sup> Josef PILVOUSEK (Hrsg.), *Kirchliches Leben im totalitären Staat. Seelsorge in der SBZ/DDR 1945-1976*, Hildesheim 1994, S. 232.

<sup>54</sup> Vgl. ein »Gedächtnisprotokoll« des katholischen Erfurter CDU-Funktionärs Viktor Thiel zu einem Gespräch mit dem Erfurter Weihbischof am 4. Jan. 1957 (ACDP, VII-013, 1763).

aber nur der CDU-Kreisvorsitzende von Heiligenstadt vermitteln, der dann auch wie selbstverständlich im Mai 1986 an dem Sechs-Augen-Gespräch teilnahm.<sup>55</sup>

In den vier Jahrzehnten der DDR-Geschichte lassen sich durchgehend Beispiele der Ratlosigkeit übergeordneter SED-Organen wie auch des MfS angesichts der faktischen Situation im Eichsfeld finden. So sandte der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Worbis, Adolf Swatek, am 6. April 1979 einen Bericht an den 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Erfurt, Alois Bräutigam, über eine katholische Volksmission in den Eichsfeldgemeinden Bütstedt und Wachstedt. Darin beklagte Swatek, daß die predigenden Ordensleute drastische Äußerungen gewählt und »gehetzt« hätten. Es hätten sogar die Bürgermeister der beiden Orte (ein SED- und ein CDU-Politiker) an den Gottesdiensten teilgenommen und dazu weder vorher noch nachher informiert. Auf Vorhalten seitens der SED-Kreisleitung, so Adolf Swatek, »äußerten sie, wenn es bekannt würde, daß sie an den Staatsapparat informiert haben, könnten sie ihre Häuser zunageln und würden nicht mehr als Bürgermeister gewählt werden.«<sup>56</sup>

Ein Sachstandsbericht der MfS-Kreisdienststelle Worbis vom 23. April 1981 über den Stand der »operativen Personenkontrolle« zum katholischen Pfarrer der 5000-Einwohner-Stadt Dingelstädt liest sich wie ein Report aus Feindesland. Bis auf drei als IM registrierte Personen ohne besonderen Kontakt zur Kirche und wenig »Einsatzmöglichkeiten« bieten sich für das MfS keine Ansatzpunkte: Der katholische CDU-Bürgermeister sei Kirchgänger und dem Pfarrer »hörig« und der wichtigste SED-Funktionär im Rathaus sei ebenfalls aktiver Katholik, dem Pfarrer würden deshalb alle Anträge genehmigt.<sup>57</sup> Ein derart ratloser Text des MfS nach über 30 Jahren Herrschaft, der den Ausfall der ansonsten überall in der DDR leicht aktivierbaren »Partner des Politisch-Operativen Zusammenwirkens« in Staatsapparat und Blockparteien konstatiert, ist bezeichnend.

Dieser Zustand ließ sich durch die SED auch nicht überwinden, obwohl es noch in den achtziger Jahren ernsthafte Versuche gab. Seit 1980 amtierte in Erfurt als neuer 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Gerhard Müller, der in seinem Bezirk wieder »kommunistische Prinzipien« durchsetzen wollte und für seinen Eifer 1983 vom Politbüro der SED ein auffälliges Lob erhielt. Für die Kreise Heiligenstadt und Worbis erfolgte 1983 ein Beschluß der Bezirksleitung, SED-Mitglieder und ihre Ehepartner im Eichsfeld zum Austritt aus

---

55 Vgl. das Fernschreiben des Erfurter CDU-Bezirksvorsitzenden an Wulf Trende vom 16. Mai 1986 (ACDP, VII-013, 3155).

56 Vormals LV Thüringen der PDS, LPA-Erfurt, IV D 2/14/569 (inzwischen im Thüringischen Hauptstaatsarchiv Weimar).

57 BStU, ZA, HA XX/4, 3200.

der katholischen Kirche zu bewegen und gleichzeitig wichtige Positionen bis hin zu Lehrern und Ärzten gezielt mit »auswärtigen Kadern« zu besetzen.<sup>58</sup> Als daraufhin ein Heiligenstädter Geistlicher am Rande einer Geburtstagsveranstaltung für den Erfurter CDU-Politiker Willy Rutsch im April 1984 deswegen erregt den ebenfalls anwesenden Hermann Kalb ansprach und damit drohte, daß der katholische Klerus im Eichsfeld einen Kanzelaufwurf zur Nichtteilnahme an der DDR-Kommunalwahl im Mai 1984 erwäge<sup>59</sup>, setzte sich binnen Tagen über Kalb an das SED-Politbüro und wiederum über Kalb zurück an Gerhard Müller ein politisches Rückzugsgefecht in Gang. Müller wurde vom Politbüro angewiesen, den Beschluß der Erfurter Bezirksleitung zum Eichsfeld zurückzunehmen. Dazu mußte er demütigenderweise dem CDU-Politiker Hermann Kalb persönlich eine entsprechende Zusage geben, woraufhin Kalb noch am selben Tag dem Erfurter Bischof Joachim Wanke von diesem Nachgeben Mitteilung machte.<sup>60</sup>

### Schlußbemerkungen

Diese abschließenden Bemerkungen gelten einem Sachverhalt, der allgemein zu beobachten war, im Eichsfeld allerdings in besonders signifikanter Weise zum Ausdruck kam.

So als hätten die Bischöfe, Kleriker und Laien der katholischen Kirche in der DDR die Funktion der CDU als politische Interessensvertreterin des Katholizismus jahrzehntelang sozusagen nur als ruhend betrachtet, erfolgten ab 1990 zahlreiche Eintritte von Katholiken in eine nunmehr »andere CDU«. Im ersten Halbjahr 1990 waren in den nunmehr neuen Bundesländern unter den 15.252 Neuaufnahmen DDR-weit 14,8 Prozent katholisch (2.256 Personen), also etwa dreimal so viele wie der Anteil der Katholiken an der Gesamtbevölkerung. Während die Eintritte in Brandenburg (9,8), Sachsen (11,5) und Mecklenburg-Vorpommern (13,1 Prozent) unter diesem Durchschnitt lagen, waren sie in Berlin mit 15 Prozent sowie in Sachsen-Anhalt mit 15,4 Prozent überdurchschnittlich hoch. Den Höchstwert an katholischen Neumitgliedern konnte der CDU-Landesverband Thüringen mit insgesamt 20,4 Prozent aller Parteieintritte verzeichnen. Insgesamt mußte die CDU aber im ersten

<sup>58</sup> Vgl. zum folgenden Bernd SCHÄFER, »Müllers Eifer und Scheitern im Eichsfeld«, in: *Mitteldeutsche Allgemeine*, Nr. 144, 25. Juni 1994.

<sup>59</sup> »Information« von Hermann Kalb vom 12. April 1984 (BAP, DO-4, 991).

<sup>60</sup> Siehe die Anweisung der Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim ZK an die SED-Bezirksleitung Erfurt aufgrund eines Gespräches zwischen Politbüro-Mitglied Werner Jarowinsky und Müller vom 17. April 1984 sowie die Unterlagen des Rates des Bezirkes Erfurt zu Kalbs Gesprächen in Erfurt am 18. April 1984 (vormals LV Thüringen der PDS, LPA-Erfurt, AR-BL 1498; inzwischen im Thüringischen Hauptstaatsarchiv Weimar).

Halbjahr des letzten Jahres der DDR auch 16.245 Abgänge verzeichnen, worunter sich 15,9 Prozent Katholiken befanden (2.576 Personen).<sup>61</sup>

In dieser Zeit wurde die CDU also in ihrer Mitgliedschaft statistisch nicht »katholischer«, als sie es Ende 1989 schon war. In der katholischen Wählerschaft jedenfalls avancierte eine von den meisten SED-beflissenen Führungskadern befreite sowie nunmehr gesamtdeutsch und damit demokratisch abgesicherte CDU in den verschiedenen Wahlen der Jahre 1990 zu einer Partei, die von etwa drei Vierteln der Katholiken in der DDR fast wie selbstverständlich gewählt wurde.<sup>62</sup>

---

61 Zu allen Zahlenangaben siehe: ACDP VII-011-3543.

62 Nach einer repräsentativen Meinungsumfrage aus dem Herbst 1990 erklärten 74 Prozent der Katholiken in der (Noch-)DDR, daß sie die CDU wählen: *Der Spiegel*, Nr. 46/1990, S. 126.

## Hans Katzer Zur Erinnerung an einen rheinischen Sozialpolitiker

Von Günter Buchstab

Am 31. Januar 1999 wäre Hans Katzer 80 Jahre alt geworden. Er ist am 18. Juli 1996 in Köln gestorben. Unter den zahlreichen Ehrungen, die der lebhaft und lebensfrohe Kölner im Laufe seines Lebens entgegennehmen konnte, verdienen zwei, die ihm nach seinem Ausscheiden aus der aktiven Politik (1982) zuteil wurden, besonders hervorgehoben zu werden. Denn sie signalisieren das breite Spektrum der Anerkennung, das der »Sozialromantiker«, der »Unternehmerschreck«, der radikale »Linksaußen der CDU« und »schwarze Kommunist« – so seine Gegner – bzw. der kühl kalkulierende »soziale Neuerer« – so seine Freunde – erfahren hat: 1987 wurde Katzer der »Hans-Böckler-Preis« verliehen, den vor ihm schon Herbert Wehner und der Jesuitenpater Oswald von Nell-Breuning erhalten hatten. Der DGB würdigte ihn in seiner Laudatio als einen Mann, »der ein Stück deutscher Sozialgeschichte geschrieben« habe und dessen Lebenswerk »im besten Sinne für die Tradition der christlich-sozialen Bewegung und für die Zusammenarbeit der Demokraten in der Einheitsgewerkschaft« stehe. 1988 erhielt er für seine besonderen Verdienste um den inneren und sozialen Frieden und um die Partnerschaft in den Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft den »Ludger-Westrick-Preis«, den der langjährige Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium und Bundesminister unter Ludwig Erhard in Verbindung mit der Firma Honeywell gestiftet hat.

Preise und Würdigungen von seiten beider Sozialpartner stellen nicht nur die Krönung eines imposanten Lebenswerks dar, sie charakterisieren auch knapp und präzise die Position, die Katzer in seinem gesamten politischen Wirken mit Nachdruck, Leidenschaft und Energie eingenommen hat: die Position des Ausgleichs und der Balance, die von jeher die Position der christlichen Soziallehre war. Seine christlich-soziale Anschauung ist ihm gewissermaßen in die Wiege gelegt worden; er repräsentiert damit beispielhaft jenes geistige Milieu, das noch vor wenigen Jahren zu den konstanten Größen der Wahlsoziologie zählte, heute aber mehr und mehr der Auflösung verfällt.

Hans Katzer ist am 31. Januar 1919 in Köln unweit des Doms als sechstes Kind der Familie geboren worden. Sein Vater, Karl Katzer, war als böhmischer Schreinergeressele auf der Wanderschaft in Köln geblieben

und dort zum Verbandsgeschäftsführer der katholischen Gesellenvereine, der Kolpingfamilie Deutschlands, und Redakteur des »Kolpingblattes« aufgestiegen. Nach der »Machtergreifung« der Nationalsozialisten mußte er nicht nur sein Stadtverordnetenmandat im Kölner Rat aufgeben, in den er für die Zentrumsparterie eingezogen war, er verlor auch seine Stellung im Kolpingverein. Die Arbeitslosigkeit des Vaters und die Not der Familie – ein Erlebnis, das sich dem späteren Sozialpolitiker unauslöschlich eingegraben hat – zwangen Hans Katzer zum Verlassen des Realgymnasiums, das er mit der mittleren Reife abschloß; er setzte seine Ausbildung mit einer kaufmännischen Lehre und dem Besuch der höheren Fachschule für Textilindustrie in Mönchengladbach fort. Nach seiner Lehre wurde er zum Arbeitsdienst und anschließend zur Wehrmacht eingezogen. Wegen eines lebensgefährlichen Lungensteckschusses, den er im Winter 1941/42 in Rußland erhielt, lag er ein Jahr lang im Lazarett und kam danach als Leutnant und Ausbilder von Fahnenjunkern nach Metz. Nach kurzer Kriegsgefangenschaft konnte er 1945 nach Köln zurückkehren.

Als Schüler war Katzer 1929 zum Bund Neudeutschland gestoßen, dem Verband der katholischen Schüler an höheren Lehranstalten, dessen letzter Leiter in Köln er im Dritten Reich bis zur erzwungenen Auflösung (1939) war. Der Politische Katholizismus, der sich in Köln – bei aller Grundsatztreue – weniger durch Dogmatismus als durch ein hinreichendes Maß an Flexibilität charakterisieren läßt, so wie die katholische Soziallehre, auch ihre praktische Anschauung im Elternhaus, haben den geistigen und politischen Standort Hans Katzers nachhaltig geprägt. Im katholischen Milieu seiner Heimatstadt sind ihm Kenntnisse und Erfahrungen zugeflossen, auf die er sein Leben lang zurückgreifen konnte. Adolf Kolping, Carl Sonnenschein, Franz Hitze, Heinrich Brauns – dies sind die Namen, die ihm das sozialpolitische Rüstzeug für seine zukünftige Karriere vermittelt haben. In der verpflichtenden Tradition der christlichen Gewerkschafter Bernhard Letterhaus, Nikolaus Groß, Theodor Körner, die im Widerstand gegen Hitler ihr Leben ließen, und nicht zuletzt im Sinne von Jakob Kaiser, auch er untrennbar mit dem Widerstand gegen die totalitäre Anmaßung des NS-Gewaltregimes verbunden, setzte er sich beim demokratischen Neubeginn für die überkonfessionelle Volkspartei, die Christlich-Demokratische Union, und eine parteipolitisch und weltanschaulich neutrale Einheitsgewerkschaft ein. Dieses Ziel – die Überwindung der Zersplitterung im konfessionellen, politischen und gewerkschaftlichen Raum – verband ihn nach 1945 mit der Mehrheit der christlichen Arbeiter, und er blieb diesem Ziel bis zu seinem Lebensende treu: Ausgleich der sozialen Gegensätze, Gestaltung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft nach christlichen Grundsätzen.

Völlig unbelastet konnte er durch Vermittlung von Johannes Albers 1945 in die Dienste des Kölner Arbeitsamtes eintreten und von Anfang an aktiv

am sozialen Aufbau Nachkriegsdeutschlands mitwirken. Sein berufliches Engagement wurde früh belohnt: Bereits 1948 – gerade 29 Jahre alt – war er in seinem Amt zum Abteilungsleiter avanciert – zuständig für die berufliche Fortbildung oder Umschulung all jener, die durch den Krieg aus der Bahn geworfen waren, wie Schwerkriegsbeschädigte und arbeitslose ältere Angestellte – ein sozialpolitisches Feld, das ihm zeitlebens besonders am Herzen lag. Bei seiner Tätigkeit lernte er die Praktikantin Elisabeth Kaiser kennen, eine Tochter Jakob Kaisers, die er 1949 heiratete.

Auch für seine politische Karriere gab Johannes Albers, wie Katzers Vater vor 1933 Zentrumsabgeordneter, den entscheidenden Anstoß. Katzer gehört zum Gründerkreis der Kölner CDU, wurde bald Mitglied des Parteivorstandes (bis 1978), beteiligte sich am Aufbau der Sozialausschüsse, deren Vorsitz im Kölner Verband er 1948 übernahm, und engagierte sich als Mitglied der ÖTV für die Bildung und Erhaltung der Einheitsgewerkschaft.

Katzer zeigt sich in seiner glühenden Verteidigung der Einheitsgewerkschaft bestimmt von den Erfahrungen, die angesichts der nationalsozialistischen Machtübernahme zu engeren Kontakten der bis dahin zersplitterten und gegnerischen Arbeiterlager und Ende April 1933 zu Überlegungen für eine einheitliche Gewerkschaftsorganisation geführt hatten. Hierin ist er ein treuer Sachwalter Kaisers, der stets – auch nach dem massiven Einsatz des DGB für die SPD bei der Bundestagswahl 1953 – an der Idee der Einheitsgewerkschaft festgehalten hatte. Wie Kaiser forderte auch Katzer immer wieder die politische und weltanschauliche Neutralität des DGB ein. Anfeindungen scheute er nicht: Seine sozialdemokratischen Gewerkschaftskollegen leiteten wegen seiner wiederholten Warnungen vor einer »sozialdemokratischen Einseitigkeitsgewerkschaft« 1972 sogar einen Ausschlußverfahren gegen ihn ein, als ob die Verteidigung der Überparteilichkeit der Gewerkschaftsbewegung eine unanständige Sache sei. Trotz dieser Probleme blieb sich Katzer sehr wohl bewußt, daß der Einfluß der christlichen Gewerkschafter in der Geschichte der allgemeinen Arbeiterbewegung und im DGB bei weitem höher ist, als die zahlenmäßige Überrepräsentanz von SPD-Mitgliedern zunächst vermuten läßt.

Das mäßigende Element der Christlich-Sozialen in der Arbeiterbewegung hatte sich schon in den Revolutionsjahren 1918/19 in der entscheidenden Frage Diktatur des Proletariats oder demokratischer Volksstaat gezeigt; sie waren es, die energisch die Position der Demokratie vertreten hatten. Und im Widerstand gegen den Nationalsozialismus waren sie es, die maßgebend eine Veränderung der zunächst sehr konservativ-autoritären Vorstellungen Goerdelers für das Deutschland nach Hitler in demokratischer und sozialer Hinsicht herbeiführten. Nach 1945 hat das Gewicht der christlichen Gewerkschafter und der von ihnen vertretenen christlich-sozialen Programmatik zweifellos auch die klassenkämpferischen Konfliktstrategien

der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung im DGB zurückgedrängt. Es ist dieser mäßige Einfluß der christlich-sozialen Minderheit im DGB, in dem der CDU-Politiker Katzer die Rechtfertigung seines von manchem mit Kopfschütteln begleiteten Engagements erblicken durfte – ein Einfluß, der vor allem seit den 60er Jahren etwa im Bereich der Vermögensbildung und der Lohnfortzahlung besonders spürbar wurde.

Als die Sozialausschüsse der CDA unter ihrem Vorsitzenden Kaiser 1950 einen Hauptgeschäftsführer suchten, nutzte Hans Katzer die Chance und wechselte in die Politik. Seither hat er am Adam-Stegerwald-Haus in Königswinter als seinem Wurzelgrund und Zentrum festgehalten. Dort konnte er seine gesellschaftspolitischen Vorstellungen entwickeln und vieles davon in die Tat umsetzen. In diesem Sinn konnte er als Vorsitzender der Jakob-Kaiser-Stiftung bis 1994 wirken. Als der bislang am längsten amtierende Vorsitzende der Sozialausschüsse, von 1963 bis 1977, beeinflusste er nicht nur maßgeblich deren Profil, er prägte in diesen Jahren auch die Sozialpolitik aller Bundesregierungen entscheidend mit. Wegen seiner großen Verdienste, die er sich in seinen Funktionen als Hauptgeschäftsführer und Vorsitzender um die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft erworben hatte, wurde er 1977 nach dem Verzicht auf eine erneute Kandidatur zum Ehrenvorsitzenden auf Lebenszeit mit Sitz und Stimme im Vorstand gewählt.

Seine politische Basis waren stets die CDU-Sozialausschüsse. Der Deutsche Bundestag wurde jedoch das Forum, wo der agile Kölner, dessen mitreißenden Reden das Pathos nicht fremd war, seine Sozialpolitik propagierte. Erste parlamentarische Erfahrungen hatte er zwischen 1950 und 1957 im Kölner Stadtrat gesammelt, bevor er 1957 in den Deutschen Bundestag gewählt wurde. Lange Jahre war er stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Nach der Wahlniederlage von 1972 wurde er 1973 zum »obersten Planungschef« bestellt und zum Koordinator der mittelfristig orientierten Arbeit in den wissenschaftlichen Planungsstäben von Fraktion und Partei. Als Exponent des linken Flügels kam er 1960 auch in den Bundesvorstand der CDU. Gerne wäre er nach seiner Wahl in das Europaparlament 1979 noch MdB geblieben; ein solches Doppelmandat war aber vom CDU-Präsidium, dem er selbst angehörte, ausgeschlossen worden. Er war nicht nur der Prominenteste, sondern auch der Kompetenteste, den die CDU für die erste europäische Direktwahl aufgestellt hatte. Als erster Präsident der von ihm 1977 mit ins Leben gerufenen Europäischen Union Christlich-Demokratischer Arbeitnehmer – einer Art Sozialausschüsse in Europa – hatte er schon vorher europäische Erfahrungen gesammelt, stets ein Wortführer im Rahmen der europäischen Volksparteien für sozialen Fortschritt und gegen sozialistische Gleichmacherei. Auch nach seinem Ausscheiden 1984 blickt Katzer voller Engagement auf das Zusammenwachsen der europäischen Staaten: unermüdlich fordert er zu verstärkter europäischer

Sozialpolitik auf, um den Ausbau Europas auch in sozialer Hinsicht, zur »Sozialunion«, voranzutreiben.

Diese keineswegs umfassende Skizze des an Ämtern und Funktionen so reichen Politikerlebens wäre absolut unvollständig, bliebe Hans Katzers Zeit als Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung in den Jahren 1965-1969 ausgespart. Er selbst hat diese Zeit im Rückblick stets als seine schönste bezeichnet. In der Tat erlebte er hier seine erfolgreichste Phase, nachdem er seit 1957 in der Kärnerarbeit der Ausschüsse des Bundestages auf die Verwirklichung seiner Vorstellungen hingestrebt hatte. Schon in seiner ersten Wahlperiode war es ihm gelungen, die Mehrheit der CDU/CSU-Fraktion für die Eigentums- und Vermögenspolitik zu gewinnen. Das 312-Mark-Gesetz von 1961 und die Novellierung auf 624 DM von 1965 ist ohne Katzers konsequente Arbeit nicht denkbar.

Seine Anfänge im Erhardschen Kabinett waren allerdings alles andere als einfach. Kaum im Amt, saß er bereits im sogenannten »Streichquintett«, das bei enger werdendem Haushaltsrahmen konkrete Sparmaßnahmen einleiten sollte. Das Vorhaben mußte scheitern, ebenso wie der Versuch Erhards, selbst die »Streichung sozialpolitischer Übertreibungen« durchzusetzen; dabei kam es im Oktober 1966 zu einer heftigen Konfrontation mit dem neuen Arbeitsminister. Günstiger wurde die Konstellation für den »Präzeptor der schwarzen Linken« in der Großen Koalition, weil er sich nun einer breiten Zustimmung von SPD, DGB und seiner Gefolgschaft in der Unionsfraktion sicher sein konnte. Dennoch: Lorbeeren seien kaum zu ernten, wurde ihm Anfang 1967 bedeutet, nachdem die Zeit der großen Sozialreformen mit Leistungsverbesserungen auf allen Gebieten ebenso vorbei war wie die Zeit, in der die Sozialpolitik aus dem vollen schöpfen konnte. Er selbst schrieb damals: »Vielen von unseren Freunden wird es nicht leicht sein, Gesellschaftspolitik, Sozialpolitik nicht mehr allein unter ethischen, sondern immer mehr auch unter wirtschaftspolitischen, fiskalischen, finanz- und konjunkturpolitischen Gesichtspunkten zu betrachten.« In seiner nüchternen Aufzählung ließ er die von ihm ebenfalls angestrebte enge Verbindung mit der Bildungspolitik sogar unerwähnt.

Seiner Strategie, das sozialpolitisch Wünschenswerte mit dem wirtschaftlich und finanziell Möglichen zu verbinden, war auch in schwierigen Jahren insofern Erfolg beschieden, als sich die Sozialpolitik von ihrer bis dahin eher defensiven Anlage löste. Seine Sozialpolitik ist so richtungsweisend geworden für eine moderne Gesellschaftspolitik. Zum erstenmal wurde in seiner Ministerzeit ein Sozialbudget erarbeitet, das aufgrund der vorgelegten Zahlen längerfristige Planungen in die Zukunft erlaubte. Einige der mehr als 30 zwischen 1965 und 1969 bearbeiteten und verabschiedeten Gesetze reichen über die Ära der Großen Koalition hinaus, nicht wenige sind sogar von historischer Tragweite.

So knüpfte z.B. das Gesetz über die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für Arbeiter an das Recht an, das schon in den frühen dreißiger Jahren für Angestellte geschaffen worden war. Die Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten, die mit diesem Gesetz wie auch mit der Angleichung des Kündigungsschutzes der Arbeiter an den der Angestellten erreicht wurde, hat Trennmauern in der Arbeitswelt niedergerissen, die nach den Worten Katzers nicht mehr zeitgemäß waren.

Auch das Arbeitsförderungsgesetz vom Mai 1969 mit seinen Regelungen für die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik hat zukunftsweisende Bedeutung. Es ist vielen nicht mehr bewußt, daß die Nürnberger Bundesanstalt damals ihren Namen gewechselt hat – von »Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung« in »Bundesanstalt für Arbeit«, hinter der sich heute ein Dienstleistungsbetrieb gewaltigen Ausmaßes verbirgt. Ziel dieses Gesetzes und der Umbenennung, die nicht als organisatorische Maßnahme mißdeutet werden darf, war nicht nur, einen Schritt zu tun in Richtung einer »ganzheitlichen Bildungspolitik«. Was Katzer vorschwebte, war die vorbeugende Politik, durch rechtzeitige Anpassung, d.h. Unterstützung bei Schulung, Weiterbildung und Umschulung praktischer Begabungen, die Möglichkeit zu schaffen, Arbeitslosigkeit von vornherein zu verhindern oder aber zu beseitigen. Mit dem Umbau von Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung schuf Katzer ein wirksames Instrument zeitgemäßer Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik.

Als er nach 49 Monaten seinen Ministerstuhl räumen mußte, konnte er auf eine reiche Bilanz seiner Amtszeit verweisen. Er stand auf dem Höhepunkt seiner Karriere, auch wenn er eines seiner wichtigsten Ziele nicht verwirklicht hatte: die überbetriebliche Mitbestimmung. Wie sein gesamtes gesellschaftspolitisches Engagement wurzeln seine Mitbestimmungsideen im sozialpartnerschaftlichen Gedankengut der christlichen Arbeiterbewegung. Sie waren am Leitbild einer Arbeits- und Ertragsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern orientiert, aus dem sich auch die Forderung nach Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit mit dem Ziel des möglichst einvernehmlichen Ausgleichs ableiten ließ. In seiner Partei glaubte er sich manchmal schon am Ziel seiner Wünsche, doch scheiterte er dann bei den entscheidenden Abstimmungen auf Bundesparteitagen.

Auch ohne direkte Verwirklichung dieses Zieles sieht er heute den von ihm angestrebten Ausgleich zwischen Arbeit und Kapital weitgehend verwirklicht: Die jüngst abgeschlossenen Tarifverträge mit längerer Laufzeit, die den Sozialpartnern in einer Phase schwieriger struktureller Umgestaltung langfristige Planungen ermöglichen, begrüßte und verteidigt er mit großer Emphase: »Das ist Partnerschaft!«.

1972 stand Hans Katzer noch einmal im Rampenlicht der Öffentlichkeit. Er, der im gleichen Jahr an die Gewerkschaften appelliert hatte,

die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft mit einer sturen Lohn-Preis-Eskalation nicht zu gefährden, wich plötzlich von seiner zurückhaltenden, mit der Rücksicht auf finanzielle Solidität begründeten Position in der Rentenfrage ab. In den Jahren 1966-1969 wollte er Renterrücklagen bilden, um mit ihnen seine Vorstellungen von einer »Reform« in der folgenden Legislaturperiode durchzusetzen. Aufgrund dieser Planungen und der optimistischen Einschätzung, daß die Reserven der Rentenversicherung bis 1985 auf über 190 Milliarden DM anwachsen würden, trat er als sozialpolitischer Oppositionsführer in Wettstreit mit der Regierung. Er nutzte die vermeintliche Gunst der Stunde für die Opposition, die sich kurz vor dem Ziel erneuter Regierungsübernahme wähnte. Denn SPD/FDP hatten im Parlament ihre Mehrheit verloren; trotz eines attraktiven Rentenprogramms war an eine Durchsetzung ihrer Politik nicht zu denken. Katzer sah in dieser Konstellation die Chance, einen sozialpolitischen Erfolg für die CDU/CSU zu erzielen, der wegen der schwachen innenpolitischen Bilanz der SPD/FDP-Koalition möglicherweise sogar wahlentscheidend sein konnte. Trotz erheblicher Bedenken von seiten der Finanzexperten seiner Fraktion entwickelte er ein Gegenprogramm, das über den Gesetzentwurf der Regierungsparteien weit hinausging: Anhebung der Renten auf ein Mindestniveau von 45 Prozent des entsprechenden Bruttoarbeitsentgelts. Damit wurde die sozialliberale Leistungsliste ausgerechnet in ihrem vermeintlichen Stammbereich in Frage gestellt. Der parlamentarische Erfolg war Katzer bei dieser günstigen Konstellation zwar sicher – allerdings kam das weder ihm noch seiner Partei zugute. Die Regierungsparteien gewannen trotzdem die Wahl, während die auf verschiedene Ursachen zurückgehende Fehlprognose von 1972 die *heutige* Ebbe in den Rentenkassen mitverursacht hat – ein seither die Sozialpolitik schwer belastendes Thema.

Auch wenn Hans Katzer noch wichtige Funktionen in Fraktion und Partei nach 1972 bekleidete, sein Stern begann merklich zu sinken, zumal er mit seinem manchmal »hitzig aufbrausenden Temperament« (Carstens) zu keiner Zeit ein bequemer Parteifreund war. 1972 trat er für die Annahme der Ostverträge ein, enthielt sich aber aus Parteiräson bei der entscheidenden Abstimmung der Stimme; er lehnte das konstruktive Mißtrauensvotum gegen den ohne Mehrheit dastehenden Kanzler Brandt ab; er zählte 1975 zu den 15 Befürwortern des Polenabkommens usw.

Mit Vorschlägen, die ihm nicht immer Freunde eingetragen haben, ist er oft seiner Zeit voraus gewesen: So forderte er bereits 1970, lange bevor die Parteifinanzierung und der »gläserne Abgeordnete« in die Schlagzeilen gerieten, die Offenlegung der Beraterverträge von Parlamentariern. 1977 eckte er nicht nur bei Parteifreunden an, sondern zog sich auch den Unmut der Öffentlichkeit zu, als er um der Sicherung der Renten willen den Rentnern einen Zuschuß zur Krankenversicherung und den Aktiven höhere

Beiträge zur Rentenversicherung abverlangen wollte. 1978 schließlich regte er die Berufung eines Seniorenbeauftragten der Bundesregierung an, der angesichts des ständig wachsenden Anteils der älteren Mitbürger an der Gesamtbevölkerung die »Altenpolitik« koordinieren sollte.

Architekt, nicht Politiker, habe er werden wollen, ließ er einmal wissen. In seiner konsequenten ungekünstelten Art ist er aber in der Politik zu einem Architekten unseres Sozialstaats geworden – mit aufbauenden Ideen und Aktivitäten im Interesse des sozialen Ausgleichs, der Partnerschaft und des Gemeinwohls.

## Währungsumstellungen in der deutschen Geschichte seit 1871\*

Von Theresia Theurl

### Die Währung als konstituierendes Element der Wirtschaftsordnung

Vom österreichischen Ökonomen Joseph Schumpeter stammen die Worte, »daß sich im Geldwesen eines Volkes alles spiegelt, was dieses Volk will, tut, erleidet, ist und daß zugleich vom Geldwesen eines Volkes ein wesentlicher Einfluß auf sein Wirtschaften und sein Schicksal überhaupt ausgeht. Der Zustand des Geldwesens eines Volkes ist ein Symptom aller seiner Zustände.«<sup>1</sup> Die Entscheidung für die Einführung einer neuen Währung, eine Währungsumstellung, ist ein Ereignis, für das dieser Zusammenhang besonders deutlich sichtbar wird. Im weiteren werden fünf Währungsumstellungen in der deutschen Geschichte analysiert: die erstmalige Schaffung einer gemeinsamen deutschen Währung, mit der gleichzeitig die Mark-Währung zum gesetzlichen Zahlungsmittel wurde (Konstituierung des gemeinsamen Währungsgebietes), der zweimalige Ersatz einer durch staatliche Kriegsfinanzierung und Inflation zerstörten Währung (Währungsumstellungen als Element sanierender Währungsreformen), die zweimalige Ausweitung des Mark-Währungsgebietes (monetäre Eingliederung des Saarlandes und der neuen Bundesländer), die für einen Teil der deutschen Bevölkerung mit einer Währungsumstellung verbunden war.

Nicht die technisch-logistischen Aspekte eines Währungsaustausches werden im Mittelpunkt stehen, den Schwerpunkt bilden vielmehr die ökonomischen und ordnungspolitischen Facetten dieser weitreichenden und folgenreichen monetären Ereignisse. Sie kreisen um drei Überlegungen, die gleichzeitig als Erfolgsbedingungen festgemacht werden können. Eine Währungsumstellung ist dann als Verbesserung einzuschätzen, wenn mit ihr die gesamtgesellschaftliche Wohlfahrt erhöht werden kann. Dies gilt auch dann, wenn in erster Linie politische Motive zugrunde liegen. Die

---

\* Erweiterte Fassung eines Vortrages im Rahmen des Symposiums »Währungspolitische Weichenstellungen im 20. Jahrhundert« der Konrad Adenauer Stiftung am 27. April 1998. Für wertvolle Unterstützung danke ich Mag. Maria Mülleder.

<sup>1</sup> Joseph SCHUMPETER, *Das Wesen des Geldes*, Göttingen 1970, S. 1.

Wohlfahrtseffekte stammen aus der Verbesserung der Qualität der Währung und/oder aus der Vergrößerung des Währungsgebietes.

Zwar muß die symbolische Macht einer neuen Währung hoch eingeschätzt werden. Dennoch ist eine neue Währung nur Oberfläche. Sie bedeutet wenig, wenn sie isoliert und ohne Berücksichtigung von ökonomischen Zusammenhängen eingeführt wird. Zu einer großen Chance wird sie hingegen, wenn sie in einer adäquaten Wirtschaftsordnung zum wohlfahrtsfördernden Anreiz wird. Einerseits ist ihre ordnungspolitische Grundlage ausschlaggebend für die Perspektive einer neuen Währung, da sie Erwartungen und Entscheidungen der Wirtschaftssubjekte bestimmt. Andererseits ist die Ausgestaltung der monetären Ordnung selbst ein konstituierendes Prinzip für jede Wirtschaftsordnung.<sup>2</sup>

Die einzelnen Gruppen von Wirtschaftssubjekten unterscheiden sich in ihren Vorstellungen von einem adäquaten Geldwesen und von einer »guten Währung«. Eine Währungsumstellung hat mehr als jede andere Veränderung der Geldordnung immer auch verteilungs- und sozialpolitische Auswirkungen. Daher ist ein gesellschaftlicher Konsens über die Inhalte und Modalitäten der Währungsumstellung gleichzeitig eine ihrer Erfolgsbedingungen.

Die deutsche Währungsgeschichte führt eindrucksvoll vor Augen, daß es darauf ankommt, welche grundsätzlichen Änderungen gemeinsam mit der neuen Währung in der Geldordnung implementiert werden, welche Weichenstellungen in den nicht-monetären Elementen der Wirtschaftsordnung institutionalisiert werden, also in welcher Wirtschaftsordnung das neue Geld verankert wird, und in welcher Form der Bezug zur internationalen Währungsordnung hergestellt wird.<sup>3</sup>

Im weiteren wird zwar berücksichtigt, daß die Gemeinsamkeit der folgenden fünf Ereignisse in der Einführung einer neuen Währung besteht. Auf dieser Basis wird jedoch in den Vordergrund gestellt, daß jede der fünf Währungsumstellungen ein Unikat war. Vergleiche sind daher trivial und meist wenig aussagekräftig. Ursachen und auslösende Ereignisse der Reformen sowie politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen unterschieden sich grundlegend. Geld und Währung dürfen zudem nicht isoliert betrachtet werden.

---

<sup>2</sup> Besonders deutlich wurde dies von Walter Eucken herausgearbeitet und begründet. Vgl. Walter EUCKEN, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, 6. Aufl., Tübingen 1990, S. 254-291.

<sup>3</sup> Dieser dritte Aspekt wird im weiteren vernachlässigt, da er den Inhalt eines weiteren Beitrages bildet.

## Währungsumstellung I:

## Die deutsche Währungsvereinigung als Geburtsstunde der Mark-Währung (1871-1875)

Das Münzgesetz vom 9. Juli 1873<sup>4</sup> enthielt die gesetzlichen Grundlagen für den Ersatz der in Deutschland geltenden Landeswährungen durch die Reichsgoldwährung. Ihre Rechnungseinheit war die Mark, welche in hundert Pfennige unterteilt wurde. Die neue Währung war ein Element einer grundsätzlichen Umgestaltung der Geldordnung im Anschluß an die Gründung des Deutschen Reichs 1871.<sup>5</sup> Der Name Mark als Währungsbezeichnung war zwar nicht neu, jedoch nicht verbreitet. So war die Kölnische Mark eine Gewichtseinheit, die 233,855 g Silber entsprach. Seit dem 16. Jahrhundert war sie auch Münzbezeichnung in Hamburg und Lübeck. Es dominierten der Taler im Norden und der Gulden in den süddeutschen Ländern.

Die Markwährung des Deutschen Reiches war gleichzeitig die erste einheitliche Währung Deutschlands, die das Ende von 800 Jahren Währungspartikularismus darstellte. Zum Zeitpunkt der Reichsgründung zeichnete sich die deutsche Geldordnung durch eine ausgeprägte Vielfalt von verwendeten Zahlungsmitteln aus. Geldstücke aus sieben verschiedenen Münzsystemen wurden durch die Verwendung ausländischer und alter Münzen ergänzt. In 20 Ländern hatte Staatspapiergeld, das aus fiskalischen Gründen ausgegeben wurde, gesetzlichen Zahlungsmittelcharakter. 33 Privatnotenbanken hatten das Recht, in Silber einlösbare Banknoten zu emittieren.<sup>6</sup> Die Ausgestaltung der Banknotenprivilegien war äußerst uneinheitlich. Obwohl mehrere Münzverträge, wie die Münchner Münzkonvention von 1837, die Dresdner Münzkonvention von 1838 und der Wiener Münzvertrag von 1857, die Währungsvielfalt bereits reduziert hatten,<sup>7</sup> verursachte dieser Zustand Friktionen im Zahlungsverkehr. Entsprechend hohe Informations- und Transaktionskosten

4 Münzgesetz vom 9. Juli 1873, RGBl., S. 233.

5 Vgl. für einen Überblick über die Details der Währungsvereinigung im Deutschen Reich sowie für die Gesetzestexte Theresia THEURL, *Eine gemeinsame Währung für Europa*, Innsbruck 1992, S. 108-174, sowie Knut BORCHARDT, *Währung und Wirtschaft*, in: DEUTSCHE BUNDESBANK (Hrsg.), *Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876-1975*, Frankfurt 1976, S. 3-55, und Karl HELFFERICH, *Geschichte der deutschen Geldreform*, 1. Band, Leipzig 1898, sowie *Beiträge zur Geschichte der deutschen Geldreform*, 2. Band, Leipzig 1898. Vgl. weiterhin Ludwig BAMBERGER, *Die Verschleppung der deutschen Münzreform. Ein Appell an die Reichsregierung*, Köln 1882, und Walther LOTZ, *Geschichte und Kritik des deutschen Bankgesetzes vom 14. März 1875*, Leipzig 1888.

6 So waren 1870 68% der Bargeldmenge Münzen und 32% Papiergeld. Von diesem waren 60% von der Preußischen Bank und 25% von den anderen Notenbanken emittiert worden. Die restlichen 15% waren Staatspapiergeld. Vgl. Richard TILLY, *Zeitreihen zum Geldumlauf in Deutschland, 1870-1913*, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 187 (1973), S. 330-363.

7 Vgl. zu den vorangegangenen Münzverträgen T. THEURL (wie Anm. 5), S. 108-115.

waren für die Abwicklung ökonomischer Transaktionen zu veranschlagen. Diese wurden um so belastender, je größer und integrierter die Märkte wurden. Im späteren Deutschen Reich trugen die integrativen Wirkungen des deutschen Zollvereins wesentlich dazu bei.

Dies war der wirtschaftliche Hintergrund des Wunsches nach einer gemeinsamen Währung. Ermöglicht und erleichtert wurde ihre Verwirklichung durch die politische Vereinigung, mit der die monetäre Souveränität von den Gliedstaaten an das Reich verlagert wurde. Der politischen Union folgte die Währungsunion. Bereits mit der Gründung des Norddeutschen Bundes erfolgte die formelle Verlagerung der Souveränität über das Münzwesen, die Papiergeldausgabe und das Bankwesen an den Bund. Im Zuge der Vorbereitung der monetären Reform wurde auch eine Annäherung an ausländische Währungssysteme, etwa an die von Frankreich dominierte Lateinische Münzunion diskutiert. Doch die Furcht vor der Einschränkung der neu gewonnenen Souveränität ließ die Reichsregierung davon Abstand nehmen.

Die Einführung der Markwährung in Deutschland erfolgte in mehreren Etappen im Zeitraum zwischen 1871 und 1875. Im Gesetz betreffend die Ausprägung von Reichsgoldmünzen vom 4. Dezember 1871<sup>8</sup> wurde das Verbot der Prägung von Silberkurantmünzen sowie die Ausprägung von zwei Reichsgoldmünzen verfügt. Bereits in diesem Gesetz erfolgte die Definition der Mark als neuer Recheneinheit, die mit dem Münzgesetz 1873 schließlich eingeführt wurde. In letzterem wurde auch die Gültigkeit und die Einziehung der Münzen alter Systeme geregelt. Daneben fanden sich die Bestimmungen, daß nicht auf Mark lautendes Papiergeld ab 1876 seine Gültigkeit verlor und das Nominale der kleinsten Note 100 Mark zu betragen hatte. Diese Bestimmungen wurde deswegen in die gesetzliche Grundlage der Münzreform aufgenommen, weil sich zu diesem Zeitpunkt ein Konsens über die Reform des Papiergeldes und des Notenbankwesens nicht abzeichnete. Schließlich gelang sie in Form des Gesetzes über die Ausgabe von Reichskassenscheinen (30. April 1874)<sup>9</sup> und des Bankgesetzes vom 14. März 1875.<sup>10</sup> Ersteres beinhaltete die Emission von Reichskassenscheinen zwecks Einlösung des Papiergeldes der früheren Teilstaaten und letzteres bestimmte die Schaffung einer Zentralnotenbank und die Vereinheitlichung der Regulierung aller Notenenmissionsinstitute.

---

<sup>8</sup> Gesetz betreffend die Ausprägung von Reichsgoldmünzen vom 4. Dezember 1871, RGBL., 404.

<sup>9</sup> Gesetz betreffend die Ausgabe von Reichskassenscheinen vom 30. April 1874, RGBL., S. 40.

<sup>10</sup> Bankgesetz vom 14. März 1875, RGBL., S. 177. Auf dieser Basis wurde das Statut der Reichsbank am 21. Mai 1875 erlassen.

Endgültig abgeschlossen war die Einführung der neuen Reichswährung allerdings erst 1909. Zu diesem Zeitpunkt war aus der hinkenden eine echte Goldwährung entstanden. Sie war äußeres Zeichen einer kompletten Neugestaltung der Geldordnung, die durch die Münz- und Bankgesetze erfolgt war. Es ging nicht nur darum, den rekurrenten Anschluß zu vollziehen und im Norden einen Taler in 3 Mark und im Süden einen Gulden in 1,71 Mark umzurechnen. Viel weitreichender waren die folgenden Veränderungen: Die Silberwährung wurde durch eine Goldwährung abgelöst. Dies entsprach dem Wandel in der internationalen Währungsordnung, der sich zum Zeitpunkt der monetären Vereinheitlichung bereits deutlich manifestiert hatte. Nicht dem Silber, das in der vorangegangenen Epoche das dominante Währungsmetall bildete, sondern dem Gold wurde es zugetraut, in Zukunft die Geldwertstabilität sicherzustellen. Die sich als dauerhaft herausstellende Verschiebung der relativen Preise zwischen den Währungsmetallen sowie die wirtschaftlichen Fortschritte führten zur Absetzung des bisher als »Weltherrscher« bezeichneten Silbers. Im Zuge der Währungsumstellung wurde das Duodezimalsystem durch das Dezimalsystem ersetzt. Ein Taler entsprach dreißig Groschen und ein Gulden entsprach sechzig Kreuzer, während nun eine Mark in hundert Pfennige unterteilt wurde. Mit dem Bankgesetz von 1875 wurde nach langwierigen und konfliktreichen Verhandlungen erstmals eine Zentralnotenbank geschaffen,<sup>11</sup> die am 1. Januar 1876 ihre Tätigkeit aufnahm und aus der Preußischen Bank hervorging. Sie hatte allerdings noch kein Banknotenemissionsmonopol, da die Notenprivilegien der 32 existierenden Privatnotenbanken unangetastet blieben. Letztere verloren jedoch schnell an Bedeutung, da ihre Geschäftsmöglichkeiten räumlich oder inhaltlich eingeschränkt wurden. Alle Banknotenemissionsinstitute wurden einer einheitlichen Regulierung unterworfen. Formell stand die Reichsbank unter der Leitung des Reichskanzlers, war also Behörde der Regierung. Sie war eine juristische Person öffentlichen Rechts mit privater Kapitalaufbringung. »Faktisch galt die Balance zwischen staatlicher Verantwortlichkeit und privater Mitwirkung als glücklich, so wenig sie sich auch später bewährt hat.«<sup>12</sup> Die Banknoten waren vor 1909 noch keine gesetzlichen Zahlungsmittel. Auch deswegen kam es kaum zu Konflikten zwischen den Geldversorgungsaufgaben einer Notenbank und staatlicher Einflußnahme. Die Spielregeln der Goldwährung ließen diesbezüglich wenig Spielraum. Sehr wohl aber tat sich ein Spannungsfeld zwischen der neuen volkswirtschaftlichen Aufgabenstellung und der traditionellen Praxis des privaten Bankgeschäfts auf, das noch lange das Selbstverständnis der Reichsbank prägte. Als gesamtwirtschaft-

<sup>11</sup> Vgl. zu den grundsätzlichen Positionen und zu den einzelnen Verhandlungsetappen vor allem W. LOTZ (wie Anm. 5).

<sup>12</sup> K. BORCHARDT (wie Anm. 5), S. 16.

liche Aufgaben waren die Regelung des Geldumlaufs für das Reichsgebiet, die Erleichterung wirtschaftlicher Transaktionen und die Nutzbarmachung des verfügbaren Kapitals vorgegeben. Das Instrumentarium der Reichsbank erschöpfte sich in der Diskontpolitik. Die Geldschöpfung war durch eine indirekte Kontingentierung und Metalldeckungsregeln begrenzt, die durch Bestimmungen über eine Notensteuer ergänzt wurden. Die nunmehrigen Gliedstaaten hatten ihr Staatspapiergeld zurückzurufen, das durch Kassenscheine ersetzt wurde, die vom Reich ausgegeben wurden. Diese hatten im Privatverkehr keinen Annahmezwang und verloren zunehmend ihre Bedeutung. Neues Staatspapiergeld durfte nicht mehr emittiert werden.

Die monetäre Einigung gelang, obwohl zahlreiche Probleme zu lösen waren. Widersprüchliche Grundpositionen zur Ausgestaltung der neuen Geldordnung prallten in Bundesrat und Reichstag aufeinander. Sie waren nicht nur geldtheoretisch motiviert, sondern zeugten auch vom Bemühen an bisher innegehabten und lukrativen Kompetenzen festzuhalten. Die »Kompromisse« bestanden in jedem einzelnen Konfliktfall in der Durchsetzung der zentralistischen bzw. unitaristischen Lösung. »Man hatte den Einzelstaaten das Recht gelassen, den Akt der Münzprägung auszuüben und die Reichsmünzen mit dem Bildnis des Landesherren zu versehen. Aber die Anordnung, die Kontrolle und die Kosten der Prägung hatte man dem Reich übertragen und ebenso die Aufrechterhaltung der Vollwichtigkeit des Münzumlaufs.«<sup>13</sup> So fehlte im Vorschlag des Bundesrates für die Bankenreform die Institutionalisierung einer Zentralbank. Sie wurde später im Reichstag beschlossen. Auch das Fortbestehen der Privatnotenbanken widersprach der Zentralisierungsstrategie nicht. »A radical elimination of these institutions would have met with too much oppositions from the governments of the respective states and from those political circles that had favoured their expansion as an expression of the free-banking principle earlier on. But the rules were set in such a way that the Reichsbank's central role was assured for the future.«<sup>14</sup> Der Effekt der Einbringung partikularistischer Interessen bestand in der Verzögerung der Formulierung und Verabschiedung der legislatischen Grundlagen für die einzelnen Reformschritte. Die Vorgangsweise zeugt von beeindruckendem Pragmatismus. Erwiesen sich einzelne Elemente anfangs als nicht kompromißmöglich, wurden sie aus den Verhandlungen ausgeklammert, während ihre weitere Behandlung zwingend verankert wurde. Eine zeitliche Verschleppung war in der Folge nicht mehr

<sup>13</sup> K. HELFFERICH (wie Anm. 5), 1. Band, S. 191.

<sup>14</sup> Carl-Ludwig HOLTFRERICH, *The Monetary Unification Process in Nineteenth-Century Germany: Relevance and Lessons for Europe Today*, in: Marcello DE CECCO u. a. (Hrsg.), *A European Central Bank*, Cambridge 1989, S. 234.

möglich, während der Erfolg einer Reformetappe die Lösung der nächsten erleichterte.

Dies galt auch beim Ersatz des alten Geldes durch das neue. Dieser Prozeß ging nicht schlagartig, sondern graduell vonstatten und zog sich über drei Jahrzehnte hin. Zuerst wurden einige Goldmünzen zusätzlich ausgeprägt und in den Verkehr gebracht. Dann wurde die Silberprägung eingestellt, während die Silbermünzen gesetzliche Zahlungsmittel blieben. Sukzessive verloren die einzelnen Nennwerte ihre Gültigkeit. Den Abschluß bildete das 1-Taler-Stück erst 1907. Auf der Basis des Münzgesetzes vom 1. Juni 1909 waren ab 1909 ausschließlich Markgoldmünzen gesetzliche Zahlungsmittel. Sie hatten sich allmählich im Zahlungsverkehr Vertrauen erwerben können und wurden daher von den Wirtschaftssubjekten problemlos angenommen.

Das Management der neuen deutschen Goldwährung folgte weitgehend den internationalen Spielregeln und spiegelte damit die Automatik einer Metallwährung. Die Markwährung entsprach der grundsätzlich liberal ausgerichteten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung dieses Zeitraumes. Es existierte ein staatenübergreifender Konsens über die Bedeutung stabilen Geldes, stabiler Wechselkurse, konvertibler Währungen, einer disziplinierten Finanzpolitik sowie über die Beschränkung der Wirtschaftspolitik auf die Setzung eines Ordnungsrahmens. Die Berücksichtigung realwirtschaftlicher, verteilungspolitischer und sozialpolitischer Zielsetzungen, die Praxis einer interventionistischen Wirtschaftspolitik, war systemfremd. Große Bevölkerungsgruppen, die währungsbedingt in Bedrängnis kommen konnten, hatten wenig Möglichkeiten, sich in die politische Entscheidungsfindung einzubringen.

Realwirtschaftliches Wachstum mit einer zyklischen Komponente und einem ausgeprägten Strukturwandel waren bis zum Jahrhundertwechsel mit einer deflationären Entwicklung verbunden. Sie zeigte sich in sinkenden Großhandelspreisen und Zinssätzen.<sup>15</sup> Weltweit – so auch in Deutschland – wurde diese Tendenz nicht zuletzt der Goldwährung zugeschrieben. Es kam daher zu massiver Kritik am Goldstandard und zu Reformvorschlägen, die auf die Rückkehr zur Silberwährung oder zum Bimetallismus aufbauten. Mit dem Umschlagen des Preistrends um 1895 erlosch auch diese Diskussion. Bereits vor dem Beginn des Ersten Weltkrieges wurde die Automatik der Goldwährung nicht mehr uneingeschränkt akzeptiert. Die Spielregeln wurden zunehmend weniger strikt eingehalten. Für eine aktivere Geldpolitik fehlten allerdings noch die notwendigen Instrumente und ein allgemeiner Konsens.<sup>16</sup>

<sup>15</sup> Vgl. dazu K. BORCHARDT (wie Anm. 5), S. 28-34.

<sup>16</sup> Vgl. dazu T. THIEURL (wie Anm. 5), S. 126-133.

Vorerst setzten aber die Kriegsgesetze vom August 1914<sup>17</sup> die Goldwährung faktisch außer Kraft und die Mark wurde zur Papierwährung.<sup>18</sup> Sie blieb die offizielle Währung Deutschlands. Die Geldschöpfung wurde in den Dienst der Kriegsfinanzierung gestellt. Dies geschah durch die Vorfinanzierung von Kriegsausgaben, die Diskontierung von Reichsschatzscheinen und Reichsschatzwechseln durch die Reichsbank und über die Geldschöpfung durch die sogenannten Darlehenskassen.<sup>19</sup> Ihre Aufgabe bestand in der Versorgung der Wirtschaft mit Lombardkrediten. Deren Handhabung verlieh ihnen Geldcharakter. Die Gewährung dieser Kredite war nicht begrenzt. Der Zahlungsmittelumlauf stieg während der Kriegsjahre auf das Dreifache.<sup>20</sup> Dirigistische Eingriffe in die Preisbildung bewirkten, daß sich während des Krieges die offene Inflation in Grenzen hielt. Auch für diesen Ausnahmезeitraum galt, daß die Geldordnung der Wirtschaftsordnung entsprach. Es folgten fünf Inflationsjahre, die in der deutschen Hyperinflation mündeten und die schließlich eine neue Währung für Deutschland nach sich zogen.

#### Währungsumstellung II:

#### Von der Papiermark über die Rentenmark zur Reichsmark (1923-1924)

Mit dem Bankengesetz vom 30. August 1924<sup>21</sup> wurde die Reichsmark als neue deutsche Währung eingeführt. Der internationalen Währungsordnung dieser Zeit entsprechend handelte es sich um eine Goldkernwahrung. Doch vor diesem letzten Akt der deutschen Währungsreform nach dem Ersten Weltkrieg lag die große Inflation, die zuerst trabend, dann galoppierend Anfang 1923 in eine Hyperinflation überging, korrespondierend mit einem

17 Gesetz betreffend die Reichskassenscheine und die Banknoten, RGBl., S. 347; Gesetz betreffend Änderung des Munzgesetzes, RGBl., S. 326; Gesetz betreffend Änderung des Bankgesetzes, RGBl., S. 327; Gesetz betreffend Änderung der Reichsschuldenordnung, RGBl., S. 325.

18 Vgl. zu den Modalitäten der Geldschöpfung während des 1. Weltkrieges sowie zu seiner Finanzierung Heinz HALLER, *Die Rolle der Staatsfinanzen für den Inflationsproe*, in: DEUTSCHE BUNDESBANK (Hrsg.), *Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876-1975*, Frankfurt 1976, S. 115-155 sowie Walther LOTZ, *Die deutsche Staatsfinanzwirtschaft im Kriege*, Stuttgart 1927, und Rudolf STUCKEN, *Deutsche Geld- und Kreditpolitik 1914-1963*, 3. Aufl., Tübingen 1964.

19 Darlehenskassengesetz, RGBl., S. 340.

20 Vgl. zur Entwicklung des Geldumlaufes, des Preisniveaus und des Wechselkurses der deutschen Währung während des Ersten Weltkrieges Otto PFLEIDERER, *Die Reichsbank in der Zeit der großen Inflation, die Stabilisierung der Mark und die Aufwertung von Kapitalforderungen*, in: DEUTSCHE BUNDESBANK (Hrsg.), *Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876-1975*, Frankfurt 1976, S. 157-201, sowie Gerd HARDACI, *Der Erste Weltkrieg*, München 1973, und Carl-Ludwig HOLTFRERICHI, *Die deutsche Inflation 1914-1923. Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive*, Berlin 1980, sowie Bernd SPRENGER, *„4,2 Billionen waren nur einen Dollar wert“*, in: *Welt am Sonntag*, 14. November 1993.

21 Bankengesetz vom 30. August 1924, RGBl. II, S. 235.

noch größeren Verfall des Außenwertes. Anfang 1923 waren etwa die Großhandelspreise 20 mal höher als 6 Monate zuvor. Dies entsprach einer Inflationsrate von 4000 Prozent. Der Preis eines Kilogramm Brot erhöhte sich von 680 Millionen Mark im Oktober 1923 im Laufe des folgenden Monats auf 580 Milliarden Mark.<sup>22</sup>

Die starke Zunahme der Geldversorgung war mit einem Rückgang der Kassenhaltung der Wirtschaftssubjekte – einer Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit – verbunden.<sup>23</sup> Die offizielle Währung war immer weniger in der Lage, die Geldfunktionen wahrzunehmen. Sie wurde zurückgewiesen (Repudiation). Offiziell galt während der gesamten Dauer der Inflation das Nominalprinzip Mark ist gleich Mark. Zunehmend wurde jedoch in Goldmark, Devisen oder Gütern gerechnet. Die Recheneinheits- und die Transaktionsfunktion des Geldes wurden von unterschiedlichen Medien erfüllt. Die Suche nach einem »wertbeständigen Zahlungsmittel« als Ersatzwährung hielt während der Inflationsjahre an. Die Wertaufbewahrungsfunktion wurde durch Wertpapiere erfüllt, die durch Güter wie Kohle, Kilowattstunden Stromverbrauch oder Roggen wertgesichert waren. Sie waren mit diesen Gütern zwar indexiert, nicht aber in sie einlösbar. Dieser Tatbestand entsprach einer Denominierung von Schuldverhältnissen. Bald wurden solche Wertpapiere auch in kleinen Stückelungen ausgegeben, um die Mark auch ihrer Tauschmittelfunktion zu berauben. Sie zirkulierten im Zahlungsverkehr. Daneben wurde von über 5000 Stellen Notgeld ausgegeben. So brachte die Stadt Meißen Porzellanscheiben als Münzen in Umlauf. Der Naturaltausch breitete sich aus. »Bauern ließen sich Kartoffeln mit Wäschegarnituren bezahlen, Zahnärzte Prothesen und Brücken mit Teppichen, Kohlenhändler Briketts mit Autoreifen.«<sup>24</sup> Trotz Dauereinsatz aller verfügbaren Notenpressen und Druckereien sowie mehrmaliger Vergrößerung der Nominalwerte der Banknoten<sup>25</sup> kam es zu Bargeldengpässen.

22 Vgl. zum Verlauf und zu den Besonderheiten der einzelnen Etappen der Nachkriegsinflation O. PFLEIDERER (wie Anm. 20) und C. HOLTFRERICH (wie Anm. 20). Gerald Feldman bezeichnet die Inflationsjahre von 1914 bis 1924 als Jahre der Unordnung in Deutschland. Vgl. Gerald FELDMAN, *The Great Disorder*, New York 1993.

23 Vgl. zu den Reaktionen der Wirtschaftssubjekte, die Schutz vor der Inflation bieten sollten, O. PFLEIDERER (wie Anm. 20), S. 177-182, sowie Heinz SAUERMAN, *Währungsreformen*, in: Erwin VON BECKERATH u. a. (Hrsg.), *Handwörterbuch der Sozialwissenschaften*, Band 11, Stuttgart 1961, S. 454-455, und G. FELDMAN (wie Anm. 22), S. 513-697, sowie Constantino BRESCIANI-TURRONI, *The Economics of Inflation: A Study of Currency Depreciation in Post-War Germany, 1914-1923*, New York 1937, und Joan ROBINSON, *Review of the Economics of Inflation by C. Bresciani-Turroni*, in: *Economic Journal* 48 (1938), S. 512-515, sowie Gustavo FRANCO, *The Rentenmark »Miracle«*, in: *Rivista di storia economica*, Second Series 4 (1987), S. 96-117.

24 Volkmar MUTHESIUS, »Das Wunder der Rentenmark«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 263, 10. November 1973.

25 100 Billionen Mark war das höchste jemals ausgegebene Nominale einer Banknote.

In diesem Prozeß verringerte sich die Laufzeit von Nominalkontrakten zunehmend, bis sie schließlich unterblieben. Sogenannte kontinuierliche Lohnverhandlungen endeten bei eintägiger Vereinbarung und Auszahlung. Die inflationäre offizielle Währung war schließlich weitgehend ersetzt und verlor an Bedeutung. Sie betrug am 15. November 1923 noch 23 Prozent des Gesamtumlaufes und am 15. Dezember 1923 nur noch 12 Prozent.<sup>26</sup> Im System der Goldmarkrechnung, das sich herausgebildet hatte, wurde aus dem täglichen Dollarkurs der Multiplikator für die in Goldmark festgesetzten Verkaufspreise errechnet. Unter der Wertbeständigkeit von Zahlungsmitteln wurde die Aufrechterhaltung einer festen Austauschrelation dieses Zahlungsmittel zum Dollar verstanden.

Als zentrale Ursache für diese Entwicklungen kann die passive monetäre Alimentierung der staatlichen und privaten Tätigkeit durch die Reichsbank nach Kriegsende festgemacht werden. Sie diskontierte kurzfristige Schatzanweisungen des Reiches und private Handelswechsel auch noch als sie im Mai 1922 unabhängig geworden war.<sup>27</sup> Dabei wurde ein Diskontsatz auf niedrigem Niveau beibehalten. Über ein Drittel der staatlichen Ausgaben wurde während der Inflationsjahre durch kurzfristige Kredite bei der Reichsbank finanziert.<sup>28</sup> Die Geldmenge war 1921 gegenüber 1914 auf das Vierzehnfache gestiegen. Bis zum November 1923 erhöhte sich der Banknotenumlauf bei rapide zunehmender Umlaufgeschwindigkeit auf 400 Trillionen Mark.

Es besteht heute weitgehende Übereinstimmung darüber, daß zwei Beweggründe für die akkommodierende Geldversorgung vorhanden waren. Die Reichsbankleitung ging davon aus, daß sie aufgrund der speziellen politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen andernfalls einen Reichsbankrott verursachen würde. Diese Rahmenbedingungen bestanden in der Ablösung des Kaiserreichs, der Verkleinerung des Staatsgebietes, der ungeklärten Frage der Reparationszahlungen, der Finanzierung des passiven Widerstandes an der Ruhr, der Umstellung auf eine Friedenswirtschaft sowie einem großen Nachholbedarf bei den Reinvestitionen, die während des Krieges unterlassen worden waren. Dazu kam ein theoretisches Verständnis, das die Zusammenhänge zwischen Staatsfinanzierung und Inflation sowie den Geldcharakter des Giralgeldes zu wenig beachtete. Zu sehr dachte die Reichsbankleitung in den »Gesetzen einer Metallwährung«, die nicht mehr existierte. Die Inflation wurde als zwangsläufiges Ergebnis von Fakten interpretiert, die exogen verursacht waren. Nicht die Ausdehnung des Geldumlau-

<sup>26</sup> Vgl. G. FRANCO (wie Anm. 23), S. 104.

<sup>27</sup> Gesetz über die Autonomie der Reichsbank vom 26. Mai 1922, RGBl. II, S. 135.

<sup>28</sup> Vgl. dazu neben den angegebenen Quellen in Anm. 18 und Anm. 20 Steven WEBB, *Inflation and Stabilization in Weimar Germany*, New York 1989.

fes wurde problematisiert, sondern die inflationsverursachende Entwicklung der Zahlungsbilanz. Es wurde davon ausgegangen, daß die Kapitalabflüsse, die durch die Reparationen bedingt waren, über die folgende Abwertung der Heimatwährung zu steigenden Preisen und Löhnen in Deutschland führten, wodurch ein steigender Geldbedarf der Wirtschaft verursacht würde. In der Erlangung von Auslandskrediten und/oder in der Verminderung bzw. Aussetzung der Reparationsverpflichtungen wurde folglich ein Rezept gegen die Inflation gesehen.<sup>29</sup>

Ein unaufschiebbarer Reformzwang ergab sich schließlich, als die Papiermark ihre Bedeutung so weit verloren hatte, daß damit gerechnet werden mußte, daß die Landwirtschaft nicht mehr bereit sei, ihre Ernte gegen die offizielle Währung zu verkaufen. Zentrales Element des Reformprogrammes<sup>30</sup> war die Einführung der sogenannten »Rentenmark«, die zur Basis für das »Wunder der Rentenmark« wurde, dem Etikett für die Stabilisierung der deutschen Währung nach dem Ersten Weltkrieg. Ein Betrag von 2,4 Milliarden Rentenmark wurde von der Deutschen Rentenbank, einer Körperschaft privaten Rechts, ausgegeben. Sie war im November 1923 gegründet worden.<sup>31</sup> Vermittelt durch die Erinnerung an die wertbeständige deutsche Goldwährung und verstärkt durch die Erfahrungen der Inflationsjahre wurde von der Bevölkerung die Wertbeständigkeit einer Währung auf deren Deckung zurückgeführt. Eine solche zu schaffen bzw. zu signalisieren, mußte daher Basis der Stabilisierungsbemühungen sein. Nur sie konnte die Inflationserwartungen der Bevölkerung brechen und damit eine neue Vertrauensgrundlage schaffen.

Rentenbankscheine (Rentenmarkbanknoten) waren indirekt mit Sachwerten verknüpft, also gedeckt. Sie waren keine gesetzlichen Zahlungsmittel, mußten aber von allen öffentlichen Kassen eingelöst werden. Sie waren in Renten(pfand)briefe einlösbar. Diese waren eine Verbriefung von Grundschulden im Wert von 3,2 Milliarden Goldmark auf das gesamte Grundver-

<sup>29</sup> Vgl. für Kritik an dieser Sichtweise und am Verhalten der Reichsbankleitung Walter EUCKEN, *Kritische Betrachtungen zum deutschen Geldproblem*, Jena 1923.

<sup>30</sup> Vgl. zu den Details des Reformprogrammes und zu seiner Umsetzung O. PFLEIDERER (wie Anm. 20), S. 182-194, und G. FELDMAN (wie Anm. 22), S. 754-835, sowie Rudiger DORN-BUSCHI/Stanley FISCHER, *Stopping Hyperinflation. Past and Present*, in: *Weltwirtschaftliches Archiv* 72 (1986), S. 1-47, und Hjalmar SCHACHT, *Die Stabilisierung der Mark*, Stuttgart 1927, und H. SAUERMANN (wie Anm. 23), S. 455-456, sowie R. STUCKEN (wie Anm. 18) und Otto VEIT, *Grundriß der Währungspolitik*, 3. Aufl., Frankfurt 1969, sowie REICHSBANK (Hrsg.), *Die Reichsbank 1901-1925*, Berlin 1925, und Gustavo FRANCO, *Fiscal Reforms and Stabilisation: Four Hyperinflation Cases Examined*, in: *Economic Journal* 100 (1990), S. 176-187, sowie Otto PFLEIDERER, *Two Types of Inflation, Two Types of Currency Reform: The German Currency Miracles of 1923 and 1948*, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 135 (1979), S. 352-364.

<sup>31</sup> *Rentenbankverordnung vom 15. Oktober 1923*, RGBl., S. 963.

mögen von Landwirtschaft, Handel und Gewerbe. Die Rentenmark war also fiktiv durch eine hypothekarische Belastung des deutschen Grundbesitzes und industriellen Vermögens gedeckt. Über die Bewertung des Grundbesitzes in Goldmark, die sich über den Dollarkurs definierte, war – in heutiger Diktion – die Stabilisierung der deutschen Währung eine wechselkursvermittelte.

Offizielle Währung blieb bis zur Einführung der neuen Goldkernwährung die Papiermark. Die Rentenwährung war eine fakultative Währung neben der offiziellen. Sie ist deswegen als Doppelwährung und nicht als Parallelwährung zu interpretieren, weil der Dollarkurs anschließend stabil gehalten werden konnte. Zwischen 15. und 19. November galt eine Austauschrelation von 1 Goldmark zu 600 Milliarden Papiermark. Dies entsprach dem geltenden Kurs von 2,52 Billionen Mark für einen Dollar. Am 20. November wurde der Dollarkurs auf 4,2 Billionen Mark pro Dollar erhöht. Die Reichsbank intervenierte auf dem Devisenmarkt und konnte diesen Kurs halten. Mit ihm aber ergab sich eine einfache Relation von 1 Goldmark zu 1 Billion Papiermark. Darin spiegelte sich die eingetretene innere und äußere Entwertung der deutschen Währung. Die Reichsbank erklärte sich ab 20. November bereit, Rentenbankscheine gegen Reichsbanknoten zu diesem festen Austauschverhältnis umzutauschen.

Mit den Währungsgesetzen vom 30. August 1924<sup>32</sup> wurde die Reichsmark – eine Golddevisenwährung, deren Goldeinlösungspflicht suspendiert blieb – als neue Währung des Reiches eingeführt. Die Verhältnisse der Reichsbank wurden neu geordnet, ihre seit 1922 bestehende Autonomie gegenüber dem Reich wurde bestätigt. Der rekurrente Anschluß bestand also in der Gleichsetzung einer Billion Papiermark mit einer Rentenmark. Diese entsprach einer Reichsmark. Ein Dollar hatte den Wert von 4,2 Reichsmark.

Dies war wiederum die Oberfläche: Der temporären Einführung der Rentenwährung folgte eine neue offizielle Währung. Dahinter verbarg sich eine entscheidende zweite Ebene. Da sich die Inflationserwartungen der Wirtschaftssubjekte über die Wertbeständigkeit der Zahlungsmittel und diese über eine güter- oder goldmäßige Deckung definierten, war die Vermittlung eines solchen Mechanismus unabdingbar und in Konsequenz erfolgreich. »1923 bestand das Wunder in dem Vertrauen, das die Bevölkerung dem neuen Geld entgegenbrachte. Dieses Vertrauen war identisch mit dem schlagartigen Rückgang der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes und mit langsamer

---

<sup>32</sup> Neben dem Bankengesetz vom 30. August 1924 handelte es sich um das Privatnotenbankgesetz, das Gesetz über die Liquidierung des Umlaufs an Rentenbankscheinen und um das Münzgesetz, RGBL., II S. 246, S. 252, S. 254.

Rückkehr der Sparneigung und der Sparfähigkeit.«<sup>33</sup> Ausschlaggebend für die Sicherstellung der Stabilisierung aber war die sofortige Einstellung der Staatsfinanzierung durch die Reichsbank, also eine grundlegende Reform der Geldordnung. Es war Teil des Reformprogrammes, daß die Rentenbank dem Reich einen Überbrückungskredit in Höhe von 1,2 Milliarden Rentenmark gewährte. Damit konnte die Diskontierung von Reichsschatzanweisungen schlagartig eingestellt werden, ohne daß der Staat zahlungsunfähig wurde. Anfragen für eine Aufstockung des Kredites beschied die Leitung der Rentenbank negativ. Ab August 1924 waren Kredite der Reichsbank an den Staat untersagt. Drastische Staatsausgabenkürzungen und eine restriktive Geldpolitik waren weitere Elemente des Reformprogrammes.

Die Stabilisierung der deutschen Währung war also ohne die Erfüllung jener Bedingungen möglich, die vorher als unerläßlich erachtet wurden. Weder war es zu einer endgültigen Regelung der Reparationsfrage gekommen, noch ermöglichte der Erlös einer ausländischen Anleihe den Zahlungsbilanzausgleich.

Es war nicht zuletzt die Währungsumstellung, die von der Bevölkerung als Ursache für die Verarmung breiter mittelständischer Schichten ohne Realwertbesitz verantwortlich gemacht wurde, obwohl es die vorangegangene Inflation war, die das Geldvermögen der Privaten vernichtet und den Kapitalmarkt lahmgelegt hatte. Auf Mark lautende Forderungen waren wertlos geworden. Vermögen in festverzinslichen Werten war nicht mehr vorhanden. Die Bedienung der Reichsschulden war eingestellt worden. 1923 entsprachen die gesamten Schulden des Reiches zur Kriegsfinanzierung (154 Milliarden Mark) noch 15,4 Pfennigen, ausgedrückt in Rentenmark. Grundstückseigentümer zahlten ihre Hypotheken mit entwertetem Geld zurück. Die Inflation war mit einer weitreichenden Umverteilung von Einkommen und Vermögen und einer Erschütterung des sozialen Gefüges verbunden.

Es bestand solange keine Absicht, für die Vernichtung der Geldvermögen zu kompensieren, bis Gerichte in Einzelfällen dies verlangten.<sup>34</sup> Im Aufwertungsgesetz vom 16. Juli 1925 wurde festgeschrieben, daß Gläubiger einen Aufwertungsanspruch auf 15 Prozent des Goldmarkbetrages für Vermögensanlagen und einen geringeren Ablösungsanspruch für öffentliche Anleihen hatten. Gehortetes Bargeld sowie Sichteinlagen wurden nicht aufgewertet. Die Geldentwertungsgewinne der Schuldner wurden einer Steuer unterworfen. Obwohl damit die Verarmung großer Bevölkerungsgruppen etwas gemildert wurde, war das Staatsvertrauen gesunken und die Neigung zur langfristigen Anlage von Ersparnissen blieb gering.

<sup>33</sup> V. MUTHESIUS (wie Anm. 24).

<sup>34</sup> Vgl. zur Aufwertungsfrage O. PFLEIDERER (wie Anm. 20), S. 194-199.

Die aufgebaute Inflationsaversion war mitverantwortlich, daß eine realwirtschaftlich orientierte Wirtschaftspolitik in Form einer aktiven Konjunkturpolitik zur Überwindung der Arbeitslosigkeit in der Zwischenkriegszeit unterblieb. Auch für diesen Zeitraum kann dokumentiert werden, daß die Ausgestaltung der monetären Ordnung mit den Prinzipien der gesamten Wirtschaftsordnung korrespondierte. Dies galt in den »goldenen Zwanzigern«. Es galt aber auch nach 1933, als die sukzessive Politisierung der Geldpolitik einer Neuorientierung der Wirtschaftspolitik und einer Umgestaltung der Wirtschaftsordnung entsprach, die anderen als den bisher verfolgten wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Zielsetzungen dienen sollten.

### Währungsumstellung III: Die Einführung der DM (1948)

Mit Wirkung vom 21. Juni 1948 wurde die Reichsmark durch die Deutsche Mark-Währung ersetzt.<sup>35</sup> Die gesetzlichen Grundlagen finden sich im Währungsgesetz (Erstes Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens) vom 20. Juni 1948, im Emissionsgesetz (Zweites Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens) vom 20. Juni 1948, im Umstellungsgesetz (Drittes Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens) vom 27. Juni 1948 und im Festkontogesetz vom Oktober 1948.<sup>36</sup>

Wenn auch in anderer Ausprägung als vor der Einführung der Reichsmark, stand auch bei der Umstellung auf die Deutsche Mark-Währung am Beginn einer Kette von Entwicklungen die Finanzierung eines Krieges durch Einschaltung der Notenpresse. Die geräuschlose Kriegsfinanzierung wurde dergestalt praktiziert, daß 30 Prozent der Staatsschulden direkt bei der Reichsbank und der Rest unter Einschaltung des Bankwesens finanziert wurden. Die Geldvermögen in Form von Zwangsparsnissen der privaten Nichtbanken spiegeln sich in Barhorten und Bankeinlagen. Diesen standen in den Bankbilanzen auf der Aktivseite (nach dem Krieg wertlose) Reichstitel gegenüber.<sup>37</sup> Gleichzeitig wurde der Preismechanismus auf den Güter- und Faktormärkten außer Kraft gesetzt. Als Erbe des Krieges resul-

35 Ein eigener Beitrag wird sich im Detail mit der Einführung der Deutschen Mark 1948 befassen. Hier geht es darum, diese Währungsumstellung im Kontext der anderen monetären Umstellungen in der deutschen Geschichte zu analysieren.

36 Vgl. für einen Abdruck der gesetzlichen Grundlagen Hans SCHÄFFER, *Geld- und Währungsordnung. Währungsgesetz, Emissionsgesetz, Umstellungsgesetz, nebst Durchführungsverordnungen mit kurzem Kommentar*, Frankfurt 1948.

37 Vgl. zu den Modalitäten der Kriegsfinanzierung und zu den unmittelbar nach Kriegende daraus folgenden Entwicklungen Karl-Heinrich HANSMEYER/Rolf CAESAR, *Kriegswirtschaft und Inflation (1936-1948)*, in: DEUTSCHE BUNDESBANK (Hrsg.), *Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876-1975*, Frankfurt 1976, S. 367-429, sowie H. SAUERMAN (wie Anm. 23),

tierte daher eine rückgestaute Inflation. Das System von Bewirtschaftung und Preisstop wurde nach dem Ende des Krieges beibehalten, wies aber zunehmend Lücken auf. Der Geldüberhang im Ausmaß von 250 Milliarden Reichsmark, der nach dem Krieg durch die Ausgabe von Besatzungsgeld durch die Militärregierung weiter aufgebläht wurde, traf auf Güterknappheit. Auch in dieser Konstellation war die offizielle Währung – die Reichsmarkwährung – nicht in der Lage, die Geldfunktionen zu erfüllen. Isoliert wurde sie nicht als allgemeines Zahlungsmittel akzeptiert.

Der desolate Zustand der offiziellen Währung in Kombination mit den ordnungspolitischen Rahmenbedingungen und den materiellen und immateriellen Folgen des Krieges waren ein schädliches Gemisch von Anreizen, das die Verhaltensweisen der Wirtschaftssubjekte steuerte. Die deutsche Volkswirtschaft wies vor 1948 Anzeichen einer ineffizienten »Engpaßökonomie« mit typischen Anreiz- und Koordinationsproblemen und den entsprechenden Auswirkungen auf. Es gab kaum Anreize für offizielles Geld zu produzieren, zu verkaufen und zu arbeiten. Die Akzeptanz von Geldlöhnen stellte die Arbeitnehmer schlechter als diejenigen, die die potentielle Arbeitszeit zur Anbahnung und Abwicklung von Tauschbeziehungen auf den schwarzen und grauen Märkten nutzten. Die Bezieher von laufenden Einkommen waren den Besitzern von Waren auf den Gütermärkten unterlegen. Arbeitskräfte konnten nur durch das Angebot einer (zumindest partiellen) Naturalentschädigung in den Betrieben gehalten werden. Auch zwischen den Unternehmen breitete sich der Kompensationshandel aus. Hohe Bestände an Vormaterialien wurden gehalten und fanden mangels komplementärer Inputs keine Verwendung. Schwerwiegende Mängel in der Allokation der vorhandenen Ressourcen verhinderten – trotz Unterauslastung des Kapitalstocks und der verfügbaren Arbeitskräfte – einen Nachkriegsaufschwung vor der Währungsreform.<sup>38</sup> Es fehlte ein effektiver Mechanismus zur Koordinierung der einzelwirtschaftlichen Aktivitäten.

Neuerlich wurde eine Sanierung des Geldwesens zum Gebot der Stunde. Die Geldmenge mußte dem verfügbaren Güterangebot angepaßt werden.

S. 456–459, und John GURLEY, *Excess Liquidity and European Monetary Reforms, 1944–1952*, in: *American Economic Review* 43 (1953), S. 76–100.

<sup>38</sup> Vgl. zu den Anreizen für wirtschaftliches Handeln in der deutschen Nachkriegsökonomie Hans MÖLLER, *Die westdeutsche Währungsreform von 1948*, in: DEUTSCHE BUNDESBANK (Hrsg.), *Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876–1975*, Frankfurt 1976, S. 433–445, und Christoph BUCHHEIM, *Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 36 (1988), S. 189–197 und Christoph BUCHHEIM, *Der Ausgangspunkt des westdeutschen Wirtschaftswunders*, in: *IFO-Studien* 34 (1988), S. 69–77, und Rainer KLUMP, *Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zur Kritik neuerer wirtschaftshistorischer Interpretationen aus ordnungspolitischer Sicht*, Stuttgart 1985.

Über 250 Reformpläne wurden dokumentiert.<sup>39</sup> Die entscheidende Rolle in der Konzeption, Vorbereitung und Implementierung der monetären Reform spielten – neben deutschen Experten – die Besatzungsmächte. Die Umsetzung der Maßnahmen wurde dadurch erleichtert. Die Vereinbarung einer Reform entsprechender Tragweite im demokratisch-parlamentarischen Prozeß ist nicht einfach. Andererseits verzögerten unterschiedliche Vorstellungen der einzelnen Militärregierungen die Inangriffnahme einer vierzonalen Maßnahme bzw. machten sie diese unmöglich.<sup>40</sup> Schließlich erfolgte die Währungsumstellung am 21. Juni 1948 für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland (Währungsreform West) und zwei Tage später für das Gebiet der späteren DDR (Währungsreform Ost). Die neuen Währungen waren die Deutsche Mark (DM) und die Deutsche Mark der Deutschen Notenbank (später als Mark bezeichnet).<sup>41</sup>

Die Einführung der neuen Währung war nur ein Element der Währungsreform West, die eine neue Geldordnung schuf. Sie enthielt zwei Typen von Maßnahmen. Einerseits ging es um die Korrektur von Fehlentwicklungen, die durch die Geldordnung der Kriegs- und Nachkriegszeit in Kombination mit den nichtmonetären Teilen der Wirtschaftsordnung zustandekamen. Andererseits mußte eine zukunftsfähige Geldordnung geschaffen werden. Bereits im März 1948 war die Bank deutscher Länder, die Vorgängerin der Deutschen Bundesbank institutionalisiert worden. Später erhielt sie das alleinige Notenemissionsrecht. Sie wurde mit dem Instrumentarium der Offenermarkt- und der Mindestreservenpolitik ausgestattet und politisch unabhängig gestellt. Auch die Bestimmung des Umstellungsgesetzes, daß Ausgaben der öffentlichen Haushalte aus laufenden Einnahmen zu decken seien, sollten die Stabilität der neu zu schaffenden Währung schützen.

Der offizielle rekurrente Anschluß bestand in der Umrechnung der Recheneinheit 1 Reichsmark zur Recheneinheit 1 DM. Von diesem Verhältnis wurde jedoch für viele Forderungen und Verbindlichkeiten in unterschiedlichem Ausmaß abgewichen, da der Geldumlauf reduziert und die vorhandenen Vermögen abgewertet werden sollten. Jeder Einwohner

---

39 Vgl. Hans MÖLLER, *Zur Vorgeschichte der Deutschen Mark. Die Währungsreformpläne 1945-1948*, Basel 1961.

40 Vgl. H. MÖLLER (wie Anm. 38), S. 438-452, sowie Erwin HIELSCHER, *Der Leidensweg der deutschen Währungsreform*, München 1948.

41 Vgl. zu Inhalten und Ablauf der Währungsreform von 1948 H. MÖLLER (wie Anm. 38), S. 459-468, und H. SAUERMAN (wie Anm. 23), S. 459-464, und Otto VEIT, *Geldreform und Geldverfassung*, Frankfurt 1948, und Fritz GROTIUS, *Die europäischen Geldreformen nach dem zweiten Weltkrieg*, in: *Weltwirtschaftliches Archiv* 63 (1949), S. 276-325, sowie Werner ABELSHAUSER, *Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980*, Frankfurt 1983, und Heinz SAUERMAN, *On the Economic and Financial Rehabilitation of Western Germany (1945-1949)*, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 135 (1979), S. 301-319.

erhielt für 60 Reichsmark 60 Deutsche Mark als Erstausstattung.<sup>42</sup> Laufende Leistungen wie Löhne, Gehälter und Mieten wurden im Verhältnis 1 zu 1 umgestellt. Für Schuldverhältnisse (private Geldvermögenswerte) wurde ein Umstellungssatz von 10 RM zu 1 DM festgesetzt. Für Bankeinlagen und für das abgelieferte RM-Bargeld ergab sich nach der Streichung vorerst blockierter Konten endgültig ein Umstellungssatz von 100 Reichsmark zu 6,5 Deutsche Mark. Dies war eine Verschärfung der ursprünglichen Absichten (100 zu 10), die als Reaktion auf Inflationstendenzen im Herbst 1948 beschlossen wurde. Reichsanleihen und andere Schulden des Reiches wurden nicht umgestellt (Umstellungssatz von 100 zu 0). Im Zuge der Bankenrekonstruktion von 1958 wurden den Instituten Ausgleichsforderungen gegenüber Bund und Ländern zum Ausgleich ihrer Bilanzen zugeteilt.

Die meisten deutschen Reformvorschläge hatten die Forderung nach einem Lastenausgleich zwischen Sach- und Geldwertbesitzern als Begleitmaßnahme der Währungsreform enthalten. Ein solcher wurde schließlich in Ansätzen durch das Lastenausgleichsgesetz von 1952 in Angriff genommen. Die Sachwertbesitzer wurden über 30 Jahre hindurch mit einer Vermögensabgabe von insgesamt 50 Prozent belastet. Diese Mittel kamen Heimatvertriebenen, Flüchtlingen und Kriegsgeschädigten zugute. Durch die »Altsparentscheidung« kam es jedoch zu keiner nennenswerten Kompensation der Geldvermögensbesitzer. Sie hatten erhebliche Realwertverluste hinzunehmen.<sup>43</sup>

Es besteht heute weitgehend Konsens, daß das deutsche Wirtschaftswunder, das nach der kurzen Phase einer Anpassungsinflation im zweiten Halbjahr 1948<sup>44</sup> und einer kurzen Stabilisierungskrise 1949, begann, nicht der Währungsreform isoliert zugeschrieben werden kann. Es beruhte vielmehr auf der Kombination mit ordnungspolitischen Maßnahmen. In der britischen und amerikanischen Zone wurden unmittelbar nach der Währungsreform auf Initiative von Ludwig Erhard, dem Direktor der bizonalen Wirtschaftsverwaltung, zahlreiche – jedoch nicht alle – Preiskontrollen und Bewirtschaftungsmaßnahmen außer Kraft gesetzt.<sup>45</sup> Eine Steuerreform, die für mehrere Steuern die Steuersätze senkte, ergänzte den Übergang zur Marktwirtschaft. »Das Koordinationsproblem wurde schlagartig durch die Währungs- und Bewirtschaftungsreform gelöst, die wieder funktionierende Märkte schuf. In dieser Sicht stellt sich die (Währungs-)Reform daher als

42 40 DM wurden im Juni und 20 DM wurden im August 1948 ausbezahlt.

43 Vgl. zu den konkreten Vorschlägen für die Ausgestaltung eines Lastenausgleichs H. MÖLLER (wie Anm. 39) und zu den schließlich verabschiedeten Bestimmungen H. MÖLLER (wie Anm. 38), S. 478-480.

44 In den ersten vier Monaten nach der Währungsreform erhöhten sich die Verbraucherpreise mit einer Jahresrate von 33 Prozent.

45 Dies war der Inhalt des Leitsatzgesetzes vom 24. Juni 1948.

das auslösende Moment dar, das den latenten Rekonstruktionskräften zum Durchbruch verhalf.«<sup>46</sup> Eindrücklich zeigte sich, daß eine funktionierende Währung ihre wohlfahrtssteigernden Wirkungen nur vor adäquaten ordnungspolitischen Rahmenbedingungen optimal entfalten kann. Solche waren durch Deregulierungs- und Liberalisierungsmaßnahmen in die Wege geleitet worden. Von deren Vorteilhaftigkeit war schließlich auch die deutsche Bevölkerung überzeugt, die noch im zweiten Halbjahr 1948 unter dem Eindruck neuerlich steigender Preise (Textilien) durch soziale Unruhen und einen Generalstreik im November politischen Druck zur neuerlichen Einführung von Preiskontrollen entfaltete. Diese Einstellung hatte sich im ersten Bundestagswahlkampf, der 1949 stattfand und unter dem Motto Markt- oder Planwirtschaft stand, bereits gedreht.<sup>47</sup> Die Geldvermögensbildung, die aufgrund der vorangegangenen Erfahrungen zuerst überwiegend kurzfristige Formen annahm, spiegelte steigende Investitions- und Sparquoten und beinhaltete zunehmend auch längerfristige Bindungen. Deutschland klinkte sich wieder in die internationale Arbeitsteilung ein.

Zwei weitere Währungsumstellungen unterscheiden sich von der konstituierenden und von den sanierenden Umstellungen, die bisher im Mittelpunkt standen. Gemeinsam ist ihnen, daß der DM-Währungsraum eine räumliche Ausdehnung erfuhr und daß für einen Teil der deutschen Bevölkerung eine bereits existierende Währung zum neuen gesetzlichen Zahlungsmittel wurde.

#### Währungsumstellung IV: Die monetäre Reintegration des Saarlandes (1959)

Ab 6. Juli 1959 war die DM offizielle Währung des Saarlandes und löste den Französischen Franc in dieser Eigenschaft ab.<sup>48</sup> Damit wurde ein Schlußpunkt hinter die wechselvolle monetäre Vergangenheit dieser Region gesetzt, die ein Spiegelbild der politischen und staatsrechtlichen Dimension der Saarfrage darstellt.<sup>49</sup> Sowohl nach dem ersten als auch nach

<sup>46</sup> Christoph BUCHHEIM, *Der Ausgangspunkt des westdeutschen Wirtschaftswunders*, in: *IFO-Studien* 34 (1988), S. 77.

<sup>47</sup> Vgl. dazu C. BUCHHEIM (wie Anm. 46), S. 76-77.

<sup>48</sup> Basis dieser Währungsumstellung ist der Saarvertrag, Bundestags-Drucksache 2901 vom 23. November 1956.

<sup>49</sup> Vgl. zur monetären Geschichte des Saarlandes sowie zu den monetären Inhalten des Saarvertrages und zu den kontroversen Diskussionen im Vorfeld der Währungsumstellung und ihrer Vereinbarung Dr. KNAPP, *Der Saarvertrag und die Währungsumstellung im Saarland*, in: *Wertpapiermitteilungen*, Nr. 1, 5. Januar 1957, sowie Walter SCHÜTZ, *Die Entwicklung des Währungs- und Kreditwesens im Saarland seit dem ersten Weltkrieg*, in: Klaus ALTMAYER u.a. (Hrsg.), *Das Saarland*, Saarbrücken 1958, S. 668-701.

dem zweiten Weltkrieg erfolgte die politische Abtrennung des Saarlandes von Deutschland. Das Saarland wurde in den französischen Wirtschaftsraum eingegliedert. Die französisch-saarländische Währungs- und Zollunion beinhaltete die Verwendung des Französischen Franc als offizielle Währung. Nach dem ersten Weltkrieg bewirkte die Bestimmung des Friedensvertrages, daß der Umlauf des französischen Geldes im Saarland nicht behindert werden dürfe, in Kombination mit der Inflation in Deutschland und mit der Verwendung des Franc im saarländischen Bergbau die sukzessive Ausbreitung der französischen Währung im Saarland. 1935 wurde nach der Volksabstimmung, die zur Rückgliederung der Saarregion nach Deutschland führte, dort die Reichsmark eingeführt. Dem Umtausch wurde der offizielle Wechselkurs zwischen Reichsmark und Franc zugrundegelegt. Er erfolgte in den dafür eingerichteten Wechselstuben an der Saar. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde das Saarland neuerlich vom deutschen Staatsgebiet abgetrennt. Die Reichsmark wurde 1 zu 1 in eine Saarmark umgewechselt und diese wurde am 15. November 1947 durch den Französischen Franc abgelöst. Der Umrechnung wurde die Kaufkraftparität zugrundegelegt. Indirekt ergab sich dadurch, daß sich im Saarland ein vorteilhafterer Konversionskurs zwischen Reichsmark und Deutscher Mark ergab als in Deutschland. Aus 100 Reichsmark wurden in dieser Region 25 Deutsche Mark, während dieses Verhältnis im deutschen Währungsraum schließlich 100 zu 6,5 betrug.<sup>50</sup>

Mit dem Saarvertrag wurde das Saarland ab 1. Januar 1957 ein Land der Bundesrepublik Deutschland.<sup>51</sup> In diesem Vertrag wurde vereinbart, daß die wirtschaftliche Eingliederung nach der politischen Eingliederung einer zweijährigen Übergangsfrist bedürfe. Bis zum 31. Dezember 1959 hatte die Währungs- und Zollunion des Saarlandes mit Deutschland vollendet zu sein. Der Tag X, an dem die Währungsgesetze in Kraft traten und die komplette deutsche Geldordnung und Wirtschaftsordnung, insbesondere auch die Steuergesetzgebung und das Sozialsystem, für das Saarland Gültigkeit erlangten, fand schließlich am 6. Juli 1959 statt. Alle im übrigen Bundesgebiet geltenden Bundesgesetze erlangten auch im Saarland Gültigkeit.

Vielfältige Vorbereitungen und kontroverse Diskussionen gingen dem Abschluß der Verhandlungen voraus und begleiteten die Vorarbeiten.<sup>52</sup> Dabei stand der Konversionskurs sowie die Verwendung der durch den Um-

<sup>50</sup> Vgl. dazu auch Wolfgang STÜTZEL, *Währungsumstellungen. Eine Nachkalkulation*, Frankfurt 1971.

<sup>51</sup> Vgl. zu den politischen Hintergründen der Saarfrage und zu den einzelnen Standpunkten im Vorfeld des Saarvertrages sowie zu seinen Inhalten Bruno THOSS, *Die Lösung der Saarfrage 1954/55*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 38 (1990), S. 225-288.

<sup>52</sup> Vgl. für eine Dokumentation die Literaturangaben in Anm. 49 sowie Gerhard ABEL, *„Saar-Übergangszeit hat an Wert verloren“*, in: *Der Volkswirt. Wirtschafts- und Finanzzeitung*, 11, Nr. 36, 7. September 1957, S. 2003-2004, und Iwas SCIRÖDER-BRZOSNIOWSKY, Vor

tausch anfallenden Franc-Beträge im Mittelpunkt. Ausgangspunkt waren die Tatsachen, daß die saarländische Wirtschaft fest in das französische Wirtschaftsgebiet integriert war, mit dem deutschen Wirtschaftsraum hingegen vergleichsweise wenig Berührungspunkte aufwies, daß die französische Währung gemessen an der Kaufkraftparität zum Zeitpunkt der Verhandlungen und bis 1958 überbewertet war, womit Exportsubventionen und Importrestriktionen verbunden waren und daß vielfältige ökonomische und ordnungspolitische Divergenzen zwischen Deutschland und Frankreich zu Buche schlugen. So war die wirtschaftliche Nachkriegsentwicklung in Deutschland fortgeschrittener und das Preisniveau niedriger. Frankreich gewährte in manchen Bereichen großzügigere Sozialleistungen und zeichnete sich durch weitergehende staatliche Interventionen in die Wirtschaft sowie vielfältige protektionistische Maßnahmen im Außenhandel aus. Die lohn- und arbeitsrechtlichen Bestimmungen unterschieden sich weitgehend.

Im Saarland wurde befürchtet, daß die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im ungeschützten neuen Wirtschaftsraum nicht gegeben sei. Frankreich verlangte eine Konversion zum offiziellen Kurs als Umstellungssatz. Deutschland beharrte vorerst auf einer Umrechnung zu Kaufkraftparitäten und der Möglichkeit einer nachträglichen Korrektur von Umverteilungseffekten. Es sollte vermieden werden, daß durch die Umstellung Währungsgewinner (die Gläubiger) und Währungsverlierer (die Schuldner) entstehen würden.

Der vertragliche Kompromiß bestand in der Umstellung von Bargeld und Bankguthaben zum offiziellen Kurs. Alle weiteren Forderungen und Verbindlichkeiten, die in Französischen Franc nominiert waren, sollten (mit Ausnahme von Schuldverhältnissen mit französischen Gläubigern) von der Umstellungsvereinbarung ausgenommen werden. Auf der Basis von innerdeutschen Rechtsvorschriften konnte Deutschland den Umstellungssatz bestimmen. Die Lücke zwischen offiziellem Kurs und Kaufkraftparität schloß sich bis zum Juli 1959 weitgehend, da der Franc im August 1957 und im Dezember 1958 abgewertet wurde. Für beide Währungen war zudem 1958 die Konvertibilität erklärt worden. Damit erwiesen sich die heftigen Kontroversen über den Umstellungskurs weitgehend als gegenstandslos. Die Umstellung stellte wider Erwarten und ursprünglich geäußerten Befürchtungen einen eher technischen Vorgang dar. Zwischen dem 6. und 10. Juli erfolgte ein reibungsloser Umtausch der Währung im Saarland. Der Umstellungssatz für Bargeld entsprach dem offiziellen Wechselkurs und betrug schließlich 100 FF für 0,8507 DM. Bei Spareinlagen fand ein Kurs von 100 FF zu 1 DM Anwendung. Die Neuordnung der Löhne und Gehälter wurde

den Tarifpartnern zugewiesen. Ein verbindlicher Umstellungssatz wurde ihnen nicht vorgeschrieben. Die Landeszentralbank Saar wurde errichtet. In der Folge wurden im Saarland allerdings gesunkene Reallöhne sowie das Wegfallen mancher Sozialleistungen beklagt. 120 Betriebe mußten schließen. Weitreichende strukturelle Veränderungen waren mit der wirtschaftlichen Rückgliederung, die sich faktisch länger als erwartet hinzog, verbunden.<sup>53</sup> Deutschland hatte bereits in der Übergangszeit Transferzahlungen an das Saarland geleistet und setzte dies nun fort.<sup>54</sup> Es wurden einmalige Ersatzzahlungen für den Wegfall französischer Sozialleistungen gewährt und der Absatz saarländischer Produkte in Deutschland wurde subventioniert. Der Bezug deutscher Investitionsgüter für die saarländische Wirtschaft wurde erleichtert und Investitionen im Saarland wurden steuerlich begünstigt. Ein ERP-Programm Saar wurde implementiert und Bundeszuschüsse zur Verringerung des saarländischen Budgetdefizits wurden gewährt. Bis zu einer Obergrenze wurde Zollfreiheit für den Export saarländischer Waren nach Frankreich und für den Import französischer Waren in das Saarland gewährt. Schließlich wurden Steuervergünstigungen für saarländische Arbeitnehmer und Unternehmen sichergestellt. Zahlreiche weitere Übergangs- und Sonderregelungen sollten die wirtschaftliche Eingliederung erleichtern. Die finanziellen Leistungen des Bundes zur Eingliederung des Saarlandes beliefen sich für den Zeitraum zwischen 1956 und 1961 auf 2,9 Milliarden DM.

Die Einführung der deutschen Währung im Saarland war mit der Übernahme der kompletten DM-Ordnung und der deutschen Wirtschaftsordnung verbunden. Reichlich vorhandene Divergenzen in der Ausgestaltung der Wirtschaftssysteme und in der gesamtwirtschaftlichen Performance führten im Anschluß zu Friktionen. Sie wurden durch Transferleistungen Deutschlands und allmähliche Verhaltensänderungen der Wirtschaftssubjekte abgedefert. Das generelle Wachstumsklima sowie die positive konjunkturelle Situation im zeitlichen Umfeld der Eingliederung erleichterten dies.

<sup>53</sup> Vgl. zu den unmittelbaren und mittelfristigen wirtschaftlichen Entwicklungen im Saarland nach der wirtschaftlichen Rückgliederung Christoph LOEW, *Der saarländische Arbeitnehmer nach der Rückgliederung*, in: *Sozialer Fortschritt* 9, Heft 6 (1960), S. 126-129, und Kurt SCHLUPPKOTTEN, *Die Saarländische Wirtschaft nach der Rückgliederung*, in: *Der Volkswirt. Wirtschafts- und Finanzzeitung*, Beilage, Nr. 11, 12. März 1960, S. 17-39, und Eduard DIETRICH, *Eingliederungs- und Konjunkturprobleme der Saarindustrie*, in: *Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer des Saarlandes*, 19, Nr. 8, 20. April 1963, S. 270-275.

<sup>54</sup> Vgl. Albert CUNTZE, *Die finanzwirtschaftliche Eingliederung des Saarlandes*, in: *Schriftenreihe des Bundesministeriums für Finanzen: Die finanzielle Liquidation des Krieges beim Aufbau der BRD*, Heft 3, 1962, S. 102-114, sowie N.N., *Währungsunion stand am Ende der Eingliederung*, in: *Handelsblatt*, Nr. 58, 21. März 1990.

### Währungsumstellung V:

#### Die Einführung der DM in den neuen Bundesländern (1990)

»Die Vertragsparteien bilden beginnend mit dem 1. Juli 1990 eine Währungsunion mit einem einheitlichen Währungsgebiet und der Deutschen Mark als gemeinsamer Währung. Die Deutsche Bundesbank ist die Währungs- und Notenbank dieses Währungsgebiets. Die auf Mark der Deutschen Demokratischen Republik lautenden Verbindlichkeiten und Forderungen werden nach Maßgabe dieses Vertrags auf Deutsche Mark umgestellt.«<sup>55</sup> Auf die politischen Hintergründe dieser Vereinbarungen soll im Rahmen dieses Beitrages nicht eingegangen werden.

Wie bei der Integration des Saarlandes in das deutsche Wirtschaftsgebiet war auch diese Währungsumstellung nicht ökonomisch begründet, sondern Konsequenz einer Entscheidung, die die politische Integration zum Inhalt hatte. Ein Unterschied besteht darin, daß im nun analysierten Fall die monetäre Integration der politischen vorausging. Letztere war noch nicht vollzogen, wohl aber absehbar. Die wirtschaftliche und monetäre Integration waren ein Vorgriff auf die politische. Es ging nicht nur um die Einführung einer schon existierenden Währung in den neuen Bundesländern, sondern um die Übernahme der gesamten Geldordnung und der gesamten Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland. Im Artikel 1 des Staatsvertrages vom 18. Juni 1990 werden von der ehemaligen DDR explizit Privateigentum, Leistungswettbewerb, freie Preisbildung und Freizügigkeit von Arbeit, Kapital, Gütern und Dienstleistungen als die konstituierenden Prinzipien der zukünftigen Wirtschaftsordnung anerkannt.

Die Unterschiede zwischen der Integration des Saarlandes und der neuen Bundesländer ergeben sich neben der Größe des politisch und monetär eingegliederten Gebietes aus den Besonderheiten des überkommenen Zentralverwaltungswirtschaftssystems der neuen Bundesländer. Sie können wie folgt zusammengefaßt werden: Die wirtschaftlichen und ordnungspolitischen Divergenzen der beiden Integrationselemente wiesen wesentlich größere Ausmaße auf und hatten sich in einem langen Zeitraum verfestigt. Das abgelöste System der Zentralverwaltungswirtschaft der DDR hatte nicht nur desolate wirtschaftliche Ergebnisse hervorgerufen,<sup>56</sup> sondern auch typische Verhaltensmuster gefördert und geprägt. Diese verhinderten die mit der

---

<sup>55</sup> So lautet Art. 1/(2) des Vertrags über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion vom 18. Mai 1990. Bulletin Nr. 63 des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 18. Mai 1990.

<sup>56</sup> Dies kam in der Existenz eines nicht adäquaten Kapitalstocks, im Fehlen einer leistungsfähigen Infrastruktur sowie in vielfältigen Verzerrungen der Produktions- und Lohnstruktur zum Ausdruck.

Übernahme des marktwirtschaftlichen Systems erwarteten positiven Wirkungen, die etwa im Anschluß an die Währungsreform 1948 erfolgten. Auf die Signale des Marktes wurde verzögert oder nicht reagiert. Mit der Übertragung der formellen Institutionen änderten sich die informellen Institutionen nicht schlagartig. Die institutionalisierte gesellschaftliche Einbettung individuellen Agierens und die daraus resultierenden Verhaltensweisen zogen schwerwiegende Folgen nach sich. Dazu kamen ungeklärte Eigentumsrechte. Verborgene schlummernde marktwirtschaftliche Relikte konnten kaum aktiviert werden.<sup>57</sup>

Unter Berücksichtigung der politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen wurde eine Übergangszeit nicht vereinbart. Nicht graduell, sondern schockartig war der Übergang. Die Übernahme der DM wurde in den neuen Bundesländern zum Symbol für den wirtschaftlichen und politischen Neubeginn, für die deutsche Einheit sowie für die Überlegenheit der marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung. Das von den neuen Bundesländern übernommene Realsystem der Sozialen Marktwirtschaft wies bereits bei der Übertragung in vielen Bereichen eine Aushöhlung marktwirtschaftlicher Prinzipien auf.

Nachdem die Entscheidung für die deutsch-deutsche Währungsunion in einem frühen Stadium der Vorbereitung der Vereinigung gefallen war<sup>58</sup>, dominierte im Vorfeld der Währungsumstellung die Diskussion über den richtigen und über den politisch möglichen Umstellungskurs<sup>59</sup> zwischen den beiden Währungen. Zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der neuen Bundesländer versus unmittelbare relative Einkommensposition

57 Vgl. dazu auch Manfred STREIT/Uwe MUMMERT, *Grundprobleme der Systemtransformation aus institutionenökonomischer Perspektive*, Diskussionsbeitrag 09-96 des Max-Planck-Institut zur Erforschung von Wirtschaftssystemen, Jena 1996.

58 Vgl. zu den kontroversen Diskussionen über Zeitpunkt, Voraussetzungen und Modalitäten der Währungsumstellung in den neuen Bundesländern SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG, *Sondergutachten vom 20. Januar 1990: Zur Unterstützung der Wirtschaftsreform in der DDR: Voraussetzungen und Möglichkeiten*, abgedruckt im Jahresgutachten 1990/91, Stuttgart 1990, S. 276-305, sowie SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG, Brief des Sachverständigenrates vom 9. Februar 1990 an den Bundeskanzler, abgedruckt im Jahresgutachten 1990/91, Stuttgart 1990, S. 306-308, und Ingrid MATTHÄUS-MAIER/Tyll NECKER/Christian WATRIN/Rüdiger POHL/Hans-Eckart SCHARREK, *Zeitgespräch: Eine Wirtschafts- und Währungsunion mit der DDR?*, in *Wirtschaftsdienst* 70 (1990), S. 63-77, sowie die Zusammenstellung von diversen Umstellungsplänen in Erik GAWEL, *Die deutsch-deutsche Währungsunion*, Baden-Baden 1994, S. 147-162.

59 Vgl. zur Diskussion um den Umstellungskurs Nikolaus LÄUFER, *Vier Papiere zur Deutschen Währungsunion*, Diskussionsbeitrag des Sonderforschungsbereich 178 »Internationalisierung der Wirtschaft« der Universität Konstanz, Nr. 105-Serie II, Konstanz 1990.

der Bevölkerung<sup>60</sup> waren letztlich die konkurrierenden Kriterien. Die relativen wirtschaftlichen Verhältnisse zum Umstellungszeitpunkt spiegelten sich nicht im Umstellungskurs. Die vereinbarten Modalitäten der Umstellung folgten weniger der ökonomischen als der politischen Rationalität. Die Berücksichtigung verteilungspolitischer Effekte sowie der Akzeptanz der Umstellung durch die Bevölkerung der ehemaligen DDR gewannen einen hohen Stellenwert. Daher mußte die Wirtschaftspolitik nach der institutionellen Integration zu jenem Faktor werden, der über ihren Erfolg oder Mißerfolg entscheiden würde. Besonders deutlich sichtbar wurde dies in der Lohnpolitik nach 1990.<sup>61</sup>

Die Währung der DDR war ab dem 1. Juli 1990 nicht mehr gesetzliches Zahlungsmittel.<sup>62</sup> Laufende Zahlungen (Stromgrößen) wurden zum Kurs von 1 Mark der DDR zu 1 DM umgerechnet. Alle in Mark der DDR nominierten Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (Bestandsgrößen) wurden mit dem Kurs von 2 zu 1 um die Hälfte abgewertet. Für einen Betrag von 4000 Mark pro Kopf (2000 Mark für Kinder unter 16 Jahren und 6000 Mark für Personen ab 60 Jahren) wurde der Vorzugskurs von 1 zu 1 angewendet. Durchschnittlich wurden daher die Geldvermögen der DDR mit einem Kurs von 1,8 zu 1 umgestellt. Im November 1992 erhielt die Deutsche Bundesbank eine neue regionale Struktur. Eine expansive Geldmengenentwicklung unmittelbar nach der Währungsumstellung, die die Deutsche Bundesbank zu restriktivem Vorgehen veranlaßte, sowie eine expansive Finanzpolitik und eine »aktive Lohnpolitik« in den neuen Bundesländern machten den wirtschaftspolitischen policy-mix zu einem Schlagwort in Deutschland. Der vereinigungsbedingt restriktive Kurs der monetären Politik in Deutschland blieb nicht ohne Auswirkungen auf das Europäische Währungssystem.

Der technisch-logistische Vorgang der Währungsumstellung gelang uneingeschränkt. Ihre ökonomischen Folgen sind jedoch bis heute nicht zufriedenstellend.<sup>63</sup> Acht Jahre nach der formellen Integration sind in den neuen Bundesländern Umstrukturierungsprozeß und Anpassungskrise noch nicht abgeschlossen. Standortprobleme größeren Ausmaßes sind zu konstatieren. Die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen der neuen Bundesländer ist

---

60 Dies ist im Zusammenhang mit der Abwanderung in die alten Bundesländer zu sehen.

61 Vgl. dazu etwa Gerlinde SINN/Hans-Werner SINN, *Kaltstart*, Tübingen 1993.

62 Vgl. zur konkreten Ausgestaltung der Inhalte der Währungsumstellung den Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion vom 18. Mai 1990 (wie Anm. 55).

63 Vgl. Ingrid MATTHÄUS-MAIER/Hans-Olaf HENKEL/Christian WATRIN/Rüdiger POHL/Hans-Eckart SCHARRER, *Zeitgespräch: Fünf Jahre deutsche Wirtschafts- und Währungsunion*, in: *Wirtschaftsdienst* 75 (1995), S. 291-303, sowie Alfred SCHÜLLER/Ralf WEBER, *Deutsche Einheit: Wirtschaftspolitische Weichenstellungen zwischen politischer und marktwirtschaftlicher Rationalität*, in: Dieter CASSEL (Hrsg.), *50 Jahre Soziale Marktwirtschaft*, Stuttgart 1998, S. 367-400.

nicht zuletzt wegen der hohen Lohnstückkosten mangelhaft. Eine verfehlte Tarifpolitik, die auf eine schnelle Angleichung der Entgelte ohne hinreichende Berücksichtigung ihrer realwirtschaftlichen Grundlagen zielte, hat in ein Lohndilemma geführt. Als Folge entstand eine Beschäftigungs- und Wertschöpfungslücke, die seit Jahren durch Transfers geschlossen wird. Um den Anpassungsprozeß zu finanzieren und die Verteilungswirkungen der Systemtransformation abzufedern, sind solche auch in Zukunft zu erwarten.

Besonders beeindruckend zeigt sich im Kontext der Währungsumstellung von 1990, daß die Einführung einer »guten Währung« zwar eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für die Entfaltung der positiven Wirkungen einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung bedeutet. Zwar wurde auch eine solche formell eingeführt. Doch Altlasten materieller und immaterieller Art sowie wirtschaftspolitische Fehler verlängern und erschweren den Transformationsprozeß.

#### Währungsumstellung VI: Die Einführung des EURO in Deutschland (1999)

50 Jahre DM sowie die Erfahrungen mit vergangenen Währungsumstellungen und der unmittelbar bevorstehende Start der letzten Stufe der Europäischen Währungsunion legen es nahe, abschließend in die Zukunft zu blicken. Die bevorstehende Währungsumstellung konstituiert ein neues – ein gemeinsames und ein größeres – Währungsgebiet. Auch diese Umstellung wird ein Unikat sein. Dennoch gilt auch 1999: Der EURO als neue Währung ist nur die Oberfläche. Keinesfalls aber ist seine Einführung primär ein technisch-logistischer Akt und ein »ökonomisches Nicht-Ereignis«.

Unter der Oberfläche der neuen Währung für Europa, entsteht eine völlig neue Geldordnung. Auch wenn diese alle Gestaltungsprinzipien des aktuellen deutschen Geldwesens aufweisen wird, ist sie in einem anderen Umfeld angesiedelt. Andere Kräfte werden daher auf sie einwirken. Daraus folgt, daß nicht die bloße Existenz des EURO ausschlaggebend sein wird. Es ist vielmehr notwendig, daß die Anreize in den Wirtschaftsordnungen der Teilnehmerländer ein geldwertorientiertes Verhalten der privaten Wirtschaftssubjekte, ihrer Interessenvertretungen und der Wirtschaftspolitik rational machen. Der ordnungspolitische Hintergrund muß adäquat ausgestaltet sein. Nie darf die Währung isoliert betrachtet werden. Konkret heißt dies, daß die gemeinsame Währung der Europäischen Union mehr Marktwirtschaft benötigt als ihr heute in den meisten Mitgliedsländern geboten werden kann. Ordnungspolitische Reformen sind dringend anzumahnen. Dies gilt für die Arbeitsmärkte ebenso wie für die Staatshaushalte und für die Systeme der kollektiven Sicherung. Die Reformen werden nicht automatisch um

sich greifen, sondern sie sind im politischen Prozeß der EU-Staaten zu vereinbaren und umzusetzen. Damit kann der Bogen zu Joseph Schumpeter zurückgespannt werden: »Der Zustand des Geldwesens eines Volkes ist ein Symptom aller seiner Zustände.«<sup>64</sup>

---

64 J. SCHUMPETER (wie Anm. 1).

## 50 Jahre Währungsreform 1948 und die wirtschaftspolitischen Folgen\*

Von Bernd Sprenger

Die D-Mark gilt als Symbol für den schnellen wirtschaftlichen Wiederaufstieg Westdeutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg. Mit ihrer Währung verbinden die Deutschen Werte wie Stabilität, wirtschaftlichen Erfolg, Wohlstand. Das war nicht von Anfang an so. Als die D-Mark 1948 unter erbärmlichen wirtschaftlichen Verhältnissen eingeführt wurde, freute sich die Mehrheit der Bevölkerung zwar über das neue Geld, aber es gab anfangs auch erhebliche Skepsis, nicht zuletzt in Fachkreisen. Wer damals die Prognose gewagt hätte, die neue Währung würde in nur 25 Jahren zur zweitwichtigsten Währung der Welt aufsteigen, wäre verlacht worden.

Bei Kriegsende 1945 lag Deutschland in Trümmern. Die Sieger teilten das Land in vier Besatzungszonen auf. Außerdem wurde ein Viertel der Fläche des Deutschen Reichs abgetrennt und ging verloren. Millionen Deutsche waren auf der Flucht und ohne feste Bleibe. Eine ausreichende Grundversorgung mit Lebensmitteln, Kleidung und Wohnraum war nicht mehr gesichert. Viele Menschen hungerten. Wirtschaft und Infrastruktur in Deutschland waren zu großen Teilen zerstört. In den drei westlichen Besatzungszonen sank die industrielle Produktion bis 1946 auf nur noch etwa 30 Prozent des Standes des letzten Vorkriegsjahres (1938).<sup>1</sup>

### Die zerrüttete Reichsmark-Währung

Die Nationalsozialisten hatten das Geldwesen in den Dienst der Staatsfinanzierung gestellt.<sup>2</sup> Hitler schaffte die gesetzliche Unabhängigkeit der Reichsbank ab. Die deutsche Zentralnotenbank mußte dem Staat praktisch

---

\* Erweiterte Fassung eines Vortrages im Rahmen des Symposiums »Währungspolitische Weichenstellungen im 20. Jahrhundert« der Konrad Adenauer Stiftung am 27. April 1998.

<sup>1</sup> Friedrich-Wilhelm HENNING, *Das industrialisierte Deutschland 1914 bis 1992*, 8., durchges. u. wesentl. erweit. Aufl., Paderborn 1993, S. 192.

<sup>2</sup> Ausführlich dazu Willi A. BOELCKE, *Die Kosten von Hitlers Krieg. Kriegsfinanzierung und finanzielles Kriegserbe in Deutschland 1933-1948*, Paderborn 1985, S. 18 ff. u. passim; sowie Karl-Heinrich HANSMEYER/Rolf CAESAR, *Kriegswirtschaft und Inflation (1936-1948)*, in: DEUTSCHE BUNDESBANK (Hrsg.), *Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876-1975*, Frankfurt/Main 1976, S. 367-429.

unbegrenzten Kredit gewähren. Der Kriegsfinanzierung über die Notenpresse bzw. durch ständige Neuverschuldungen stand nichts mehr im Wege.

Geldmenge und Staatsverschuldung schnellten demzufolge innerhalb weniger Jahre in die Höhe. Der Bargeldumlauf (Münzen und Papiergeld) stieg von 5,7 Mrd. RM 1933 auf 14,5 Mrd. RM am Ende des ersten Kriegsjahres 1939 und weiter auf etwa 73 Mrd. RM bei Kriegsende 1945.<sup>3</sup> Noch schneller nahmen die Staatsschulden zu. Die Reichsverschuldung betrug 1933 erst bescheidene 11,7 Mrd. RM. Im Frühjahr 1939 erreichte sie rund 30 Mrd. RM und am 1. April 1945 etwa 380 Mrd. RM.<sup>4</sup>

Mit Hilfe eines allgemeinen Preis- und Lohnstopps sorgten die Nationalsozialisten dafür, daß die übermäßige Geldvermehrung nicht zum offenen Ausbrechen einer Inflation führte. Hitler wußte, daß nachhaltige Preissteigerungen die Bevölkerung beunruhigt hätten. Zu frisch war die geradezu traumatische Erinnerung an die rasante Geldentwertung durch die Hyperinflation 1923. Nur in Ausnahmefällen durften deshalb Preise erhöht werden.

Die Schere zwischen Geldmenge und Gütermenge öffnete sich seit Kriegsbeginn von Jahr zu Jahr stärker. Der Geldüberhang wuchs beständig, denn das Ventil – freie Preise – war verstopft. Es kam zur zurückgestauten Inflation. Bevor die 1924 eingeführte Reichsmark richtig erwachsen werden konnte, stand sie bereits vor ihrem Ende.

Bei Kriegsende im Mai 1945 summierten sich die Geldbestände im weiteren Sinne auf rund 300 Mrd. RM.<sup>5</sup> Hierin enthalten sind neben der Bargeldmenge Sicht-, Termin- und Spareinlagen. Die Staatsverschuldung erreichte rund 400 Mrd. RM. Wichtiger als die absolute Höhe ist das Verhältnis von Geldmenge und Staatsverschuldung zum Bruttosozialprodukt, d.h. zum Wert aller hergestellten Güter und Dienstleistungen eines Jahres. Beispielsweise betrug im letzten Friedensjahr vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges (1938) das Bruttosozialprodukt im Deutschen Reich 100 Mrd. RM.<sup>6</sup>

Da offizielle Statistiken für das Sozialprodukt nach 1939 nicht vorliegen, seien zunächst einmal die Geldmenge und die Staatsverschuldung Stand Kriegsende 1945 in Verhältnis gesetzt zum Bruttosozialprodukt des letzten Friedensjahres 1938. Danach betragen:

– der Bargeldumlauf 73 Prozent des Bruttosozialprodukts,

3 DEUTSCHE BUNDESBANK (Hrsg.), *Deutsches Geld- und Bankwesen in Zahlen 1876-1975*, Frankfurt/Main 1976, S. 14.

4 EBD., S. 313.

5 Bernd SPRENGER, *Das Geld der Deutschen. Geldgeschichte Deutschlands von den Anfängen bis zur Gegenwart*, 2., durchges. u. erg. Aufl., Paderborn 1995, S. 238.

6 DEUTSCHE BUNDESBANK, *Deutsches Geld- und Bankwesen* (wie Anm. 3), S. 7.

- die Geldmenge in der weiten Fassung 300 Prozent,
- die Staatsverschuldung 400 Prozent.

Tatsächlich lag das Bruttosozialprodukt in der unmittelbaren Nachkriegszeit aufgrund der Kriegszerstörungen und ihrer Folgen wesentlich niedriger als 1938. Es dürfte in den Jahren 1945 bis 1947 schätzungsweise kaum mehr als etwa die Hälfte der Vorkriegszeit erreicht haben. Der Geldüberhang war also noch größer und die Last der Staatsverschuldung noch drückender, als die genannten Relationen widergeben.

Das Ausmaß der damaligen Zerrüttung von Währung und öffentlichen Finanzen wird deutlich, wenn wir die damaligen Relationen mit den heutigen (1997) in der Bundesrepublik Deutschland vergleichen. Im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt in Höhe von 3.612 Mrd. DM betragen im Jahre 1997:<sup>7</sup>

- der Bargeldumlauf (247 Mrd. DM) 7 Prozent,
- die Geldmenge in der weiten Fassung (2.260 Mrd. DM) 63 Prozent,
- die Staatsverschuldung (2.221 Mrd. DM) gut 61 Prozent.

Durch den staatlich verordneten, von den Besatzungsmächten fortgeführten Preisstopp fehlte der Anreiz zur Warenproduktion für den offiziellen Markt. In vielen Geschäften lösten sich selbst größere Mengen rationierter Lebensmittel buchstäblich in Luft auf.<sup>8</sup> Auf dem Lande verschwanden ganze Schweineherden. Auf dem Schwarzmarkt tauchten die Güter wieder auf, allerdings zum zwanzigfachen bis hundertfachen des offiziellen Preises, denn auf die Schwarzmärkte floß die überschüssige Geldmenge, der Geldüberhang. Zum Beispiel kosteten 20 amerikanische Zigaretten auf dem Schwarzmarkt in Süddeutschland 85 RM, in Berlin fast das Doppelte. Ein Kilo Kaffee war für 800 bis 1500 RM zu haben, eine 50-Watt-Glühlampe für 50 RM, ein Radio für 3000 RM.<sup>9</sup>

Immer häufiger wurde die Reichsmark als Zahlungsmittel nicht mehr akzeptiert. Statt dessen kam der Tauschhandel zu neuen Ehren: Ware gegen Ware, beispielsweise ein Fahrrad gegen ein Klavier, ein Radio gegen einen Heizofen. Zu einem weithin anerkannten Tauschmittel entwickelten sich dagegen Zigaretten (»Zigarettenwährung«).

<sup>7</sup> DEUTSCHE BUNDESBANK (Hrsg.), *Monatsbericht Mai 1998*, 50. Jg., Nr. 5, Frankfurt/Main 1998, Statistischer Teil, S. 10, 56, 61 u. eigene Berechnungen.

<sup>8</sup> Vgl. Frank GRUBE/Gerhard RICHTER, *Die Schwarzmarkzeit. Deutschland zwischen 1945 und 1948*, Hamburg 1979, S. 32 u. passim.

<sup>9</sup> EBD., S. 75 f.; außerdem Hans ROEPER/Wolfram WEIMER, *Die D-Mark. Eine deutsche Wirtschaftsgeschichte*, Frankfurt/Main 1996, S. 17.

### Gründung der Bank deutscher Länder

Die Sowjets schlossen 1945 die Reichsbankzentrale in Berlin. Seitdem gab es keine Zentralnotenbank mehr für Deutschland. Auch die Hauptverwaltungen der Großbanken wurden geschlossen. Kreditwirtschaft und große Unternehmen in der Sowjetischen Besatzungszone wurden schrittweise verstaatlicht.

Leitlinie der Amerikaner war es, das Geld- und Bankwesen in Deutschland zu dezentralisieren, um jede neue mögliche Machtanballung von vornherein im Keim zu ersticken. Das galt auch für das Zentralbanksystem. Demzufolge erhielt jedes Land der amerikanischen Besatzungszone eine eigene Landeszentralbank. So wurden zum 1. Januar 1947 Landeszentralbanken errichtet in München (für Bayern), in Stuttgart (für Württemberg-Baden), in Wiesbaden (für Hessen) und am 1. April 1947 in Bremen.<sup>10</sup> Die Franzosen und die Engländer schlossen sich in ihren Besatzungszonen dem amerikanischen Vorgehen an. Insgesamt entstanden damals in den drei westlichen Besatzungszonen elf Landeszentralbanken.

Zur Koordinierung der selbständig nebeneinander stehenden Landeszentralbanken gründeten die amerikanische und die britische Militärregierung mit Wirkung vom 1. März 1948 die Bank deutscher Länder, der die Landeszentralbanken der französischen Besatzungszone rückwirkend Ende März beitraten.<sup>11</sup> Die unterschiedlichen Vorstellungen von Amerikanern und Briten über das künftige deutsche Zentralnotenbanksystem – die Amerikaner bevorzugten, wie bereits angeführt, ein dezentrales System, die Briten dagegen eine echte Zentralbank wie in ihrem Land die Bank of England – endeten in einem Kompromiß, den die Bundesbank kürzlich wie folgt umschrieb: »Die amerikanische Seite steuerte dazu die dezentrale Zusammensetzung des Zentralbankrats sowie maßgeblich auch dessen Unabhängigkeit von Weisungen deutscher Stellen bei, die britische Seite brachte die Bank deutscher Länder als notenbankgeschäftliches Zentralinstitut ein.«<sup>12</sup>

Ein Notenausgaberecht besaß die Bank deutscher Länder anfangs nicht. Aber schon damals wurde die Unabhängigkeit des Zentralbankrats und damit der Zentralbank gegenüber deutschen Regierungsstellen festgelegt.<sup>13</sup> Die zunächst bestehende Weisungsabhängigkeit von der Allied Bank Commission wurde 1951 auf Wunsch der Alliierten aufgehoben.

10 Eckhard WANDEL, *Die Entstehung der Bank deutscher Länder und die deutsche Währungsreform 1948* (Schriftenreihe des Instituts für bankhistorische Forschung e.V., Bd. 3), Frankfurt/Main 1980, S. 61 ff.

11 EBD., S. 65 ff., insbes. S. 68.

12 DEUTSCHE BUNDESBANK (Hrsg.), *Monatsbericht März 1998*, 50. Jg., Nr. 3, Frankfurt/Main 1998, S. 17.

13 EBD., S. 24 ff.

### Vorbereitung der Währungsreform

Die große Stunde der neuen Bank deutscher Länder schlug bei der Einführung der D-Mark im Juni 1948. Pläne für eine Währungsreform gab es seit Kriegsende zuhauf. Allein über 300 deutsche Vorschläge entstanden in den Jahren 1946/47.<sup>14</sup>

Die amerikanische Regierung schickte Anfang Januar 1946 eine Expertengruppe nach Deutschland, geleitet von den deutschstämmigen Wirtschaftswissenschaftlern Ray Goldsmith und Gerhard Colm. Sie sollte sich an Ort und Stelle informieren, deutsche Sachverständige konsultieren und einen konkreten Währungsreformplan ausarbeiten.<sup>15</sup> Die Fachleute, die eng mit dem Finanzberater von General Clay, Joseph Dodge, zusammenarbeiteten, legten noch im Frühjahr 1946 ein Konzept vor. Dieser sogenannte Colm-Dodge-Goldsmith-Plan sah bereits wesentliche Elemente der dann erst 1948 durchgeführten Währungsreform vor, darunter die Abwertung der Geldbestände auf ein Zehntel unter Beibehaltung von Preisen, Löhnen, Mieten und dergleichen auf unverändertem Niveau.

Ab September 1946 beriet der Alliierte Kontrollrat auf der Basis des Colm-Dodge-Goldsmith-Planes über eine gemeinsame Währungsreform für alle vier Besatzungszonen. Unterschiedliche Auffassungen der Besatzungsmächte zögerten jedoch den Termin immer weiter hinaus.<sup>16</sup> Nach einem Jahr entschlossen sich die westlichen Alliierten, die Währungsreform zu forcieren, auch wenn diese dann nicht für ganz Deutschland möglich sein würde, sondern nur für ihre drei Zonen.

Der Sowjetunion schien an einer zügigen gemeinsamen Währungsreform nicht gelegen. Sie begann, die Wirtschaft in ihrer Besatzungszone zu verstaatlichen und ein sozialistisches Wirtschafts- und Gesellschaftssystem aufzubauen. Die Gründung von Landeszentralbanken lehnte sie ab. Die Amerikaner befürchteten, daß bei unverändert schlechter Wirtschaftslage in Deutschland soziale Unruhen entstehen könnten, die die Stellung der Kommunisten bzw. der Sowjets stärken würden. Ein wirtschaftlicher Aufschwung war aber erst auf der Grundlage einer gelungenen Reform der Währung zu erwarten.

Auf Beschluß der amerikanischen Regierung vom 25. September 1947 erfolgte vorsorglich ab Oktober 1947 in den USA der Druck von neuem Papiergeld, obwohl die Beratungen über eine Währungsreform keineswegs abgeschlossen waren.<sup>17</sup> Auf den Geldscheinen stand lediglich »Banknote«

14 E. WANDEL (wie Anm. 10), S. 162.

15 EBD., S. 97 ff.

16 Ausführlich dazu EBD., S. 99 ff.

17 EBD., S. 129 u. 163. Zum Erscheinungsbild der D-Mark-Noten vgl. Albert PICK/Jens-Uwe

und »Serie 1948« sowie die Währungsbezeichnung »Deutsche Mark«, aber es gab keinen Hinweis auf die ausgebende Notenbank und keine Unterschriften. Das Erscheinungsbild ähnelte dem der amerikanischen Banknoten.

Unter strengster Geheimhaltung kamen die neuen Geldscheine, verpackt in 23.000 Kisten, in den Monaten Februar bis April 1948 in Bremerhaven (amerikanische Zone) an, von wo aus sie in die Keller des alten Reichsbankgebäudes in Frankfurt/Main (Taunusanlage) gelangten.<sup>18</sup> Nur sechs Beschäftigte im Reichsbankgebäude sollen von dem großen Geheimnis im Keller gewußt haben. Mit Lastwagen und Spezialzügen wurde das neue Geld kurz vor seiner Ausgabe in Westdeutschland an die Lebensmittelkartenstellen, die für den Geldumtausch vorgesehen waren, verteilt.

Auf Forderung der amerikanischen Militärregierung benannte der Währungsausschuß des Wirtschaftsrats der Bizone im April 1948 eine Gruppe deutscher Experten, die in Zusammenarbeit mit den westlichen Alliierten die bevorstehende Währungsreform durchführungsreif vorbereiten sollte.<sup>19</sup> In einer Kaserne in Rothwesten bei Kassel nahm die um zwei deutsche Sachverständige aus der französischen Besatzungszone erweiterte, insgesamt zehnköpfige Expertengruppe nach ihrer geheimgehaltenen Ankunft am 20. April 1948 völlig abgeschirmt von der Öffentlichkeit ihre Arbeit auf.

Auf Seiten der Alliierten war der junge amerikanische Offizier Edward A. Tenenbaum Wortführer und zugleich Koordinator zwischen dem Konklave und den westlichen Militärregierungen. Er wird auch als der eigentliche »Vater der D-Mark« bezeichnet. Die streng vertraulichen Beratungen, Verhandlungen und Vorbereitungen des Konklaves endeten nach sieben Wochen am 8. Juni 1948. Drei Gesetze und zahlreiche Durchführungsverordnungen und Anweisungen zur Geldumstellung lagen am Ende durchführungsreif vor. Im Ergebnis bestimmte die amerikanische Militärregierung die Grundzüge der Währungsreform. An der reibungslosen Organisation der Geldumstellung hatten aber die deutschen Experten maßgeblichen Anteil.<sup>20</sup>

### Durchführung der Währungsreform

Die drei westlichen Alliierten erklärten am 16. Juni 1948, daß sie eine gemeinsame Währungsreform in ihren Besatzungszonen durchführen würden. Am 19. Juni verkündeten sie die beiden ersten Gesetze zur Neuordnung

RIXEN, *Papiergeld-Spezialkatalog Deutschland 1874 bis heute*, 2. Aufl., Augsburg 1991, S. 161 ff.

18 E. WANDEL (wie Anm. 10), S. 129 f.

19 EBD., S. 107 ff.; sowie Hans MÖLLER, *Die westdeutsche Währungsreform von 1948*, in: DEUTSCHE BUNDESBANK, *Währung und Wirtschaft* (wie Anm. 2), S. 433-483, hier S. 445 ff.

20 E. WANDEL (wie Anm. 10), S. 118.

des Geldwesens, das sogenannte Währungsgesetz und das Emissionsgesetz.<sup>21</sup> Beide traten am 20. Juni 1948 – einem Sonntag – in Kraft.

§ 1 Abs. 1 des Währungsgesetzes lautete kurz und bündig: »Mit Wirkung vom 21. Juni 1948 gilt die Deutsche-Mark-Währung. Ihre Rechnungseinheit bildet die Deutsche Mark, die in hundert Deutsche Pfennig eingeteilt ist.« Das Währungsgesetz legte die neuen gesetzlichen Zahlungsmittel fest, regelte die Umstellung, die Auszahlung des sogenannten Kopfgeldes an die Bevölkerung, die Ablieferung und Anmeldung des Altgeldes sowie die Erstausrüstung der Wirtschaft und der öffentlichen Hand.

Das Emissionsgesetz verlieh der Bank deutscher Länder das alleinige Recht zur Ausgabe von Banknoten und Münzen in neuer Währung. Es enthielt darüber hinaus Regelungen zum Geldumlauf, zur Festsetzung von Mindestreserven für Geldinstitute sowie zu den Befugnissen der Alliierten Bankkommission.

Reichsmark, Rentenmark und Alliierte Militärmark verloren am 21. Juni 1948 ihre Gültigkeit.<sup>22</sup> Einen Tag zuvor erhielt jeder Einwohner des Währungsgebietes gegen Einzahlung von 60 Mark Altgeld 40 Deutsche Mark (DM) bar auf die Hand. Die Umtauschaktion erfolgte an den zahlreichen, über ganz Deutschland verteilten Lebensmittelkartenstellen. Zwei Monate später gab es weitere 20 DM pro Person.

Bei der Auszahlung des Kopfgeldes am 20. Juni 1948 wurden zugleich Anmeldevordrucke ausgegeben, in denen die Bevölkerung ihre Sparguthaben, Bankeinlagen und Altgeld-Barbestände einzutragen hatte. Bis zum 26. Juni 1948 mußten die ausgefüllten Vordrucke und das Altgeld bei einem Geldinstitut abgegeben werden. Wie und zu welchem Kurs die Umstellung des angemeldeten Altgeldes in D-Mark erfolgen würde, blieb zunächst unbekannt.

Ein Moratorium schob alle Zahlungsverpflichtungen bis zum 26. Juni 1948 auf. Zwar hieß es in § 2 des Währungsgesetzes, daß in Gesetzen, Verordnungen usw. an die Stelle der »Rechnungseinheiten Reichsmark, Goldmark oder Rentenmark ... vorbehaltlich besonderer Vorschriften für bestimmte Fälle ... die Rechnungseinheit Deutsche Mark« tritt. Klar war aber, daß die Umstellung eins zu eins nicht für Geldbestände gelten konnte.

Einen gewissen Anhaltspunkt auf den drastischen Währungsschnitt, der noch bevorstand, mag § 1 Abs. 2 des Währungsgesetzes gegeben haben. Dort war festgelegt, daß Altgeldmünzen und Altgeldscheine vom Pfennigstück

<sup>21</sup> Abgedruckt z.B. in: Karl-Dieter SEIDEL, *Die deutsche Geldgesetzgebung seit 1871*, München 1973, S. 278 ff.

<sup>22</sup> Einzelheiten zur Währungsreform bei E. WANDEL (wie Anm. 10), S. 120 ff.; H. MÖLLER (wie Anm. 19), S. 459 ff.; H. ROEPER/W. WEIMER (wie Anm. 9), S. 24 ff.; Herbert RITTMANN, *Deutsche Geldgeschichte seit 1914*, München 1986, S. 343 ff.

aufwärts bis zu einer Mark zu einem Zehntel ihres bisherigen Nennwertes vorläufig weiter als gesetzliche Zahlungsmittel galten.

Einen Tag nach Auszahlung des Kopfgeldes – d.h. am Montag, den 21. Juni 1948 – erhielten Firmen, Freiberufler usw. für jeden beschäftigten Lohnempfänger 60 DM, die bei der folgenden Umstellung von Altgeldbeständen verrechnet wurden. Länder und Gemeinden bekamen eine Erstausrüstung mit neuem Geld in Höhe von einem Sechstel ihrer Ist-Einnahmen aus der Zeit vom 1. Oktober 1947 bis 31. März 1948. Bahn und Post erhielten als Erstausrüstung einen Betrag in Höhe von einem Zwölftel ihrer Ist-Einnahmen desselben Zeitraumes.

Das »Dritte Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens« – das sogenannte Umstellungsgesetz – wurde am 26. Juni 1948 verkündet und trat einen Tag später in Kraft. Es bestimmte in § 16 Abs. 1: »Reichsmarkforderungen werden grundsätzlich mit der Wirkung auf Deutsche Mark umgestellt, daß der Schuldner an den Gläubiger für je zehn Reichsmark eine Deutsche Mark zu zahlen hat.« Dieser Umstellungssatz galt auch für Pfandbriefe, Rentenbriefe, Kommunalschuldverschreibungen und andere Schuldverschreibungen (§ 22). Er galt aber nicht für die angemeldeten Altgeldguthaben und auch nicht für regelmäßig wiederkehrende Zahlungen.

In Abweichung von § 16 bestimmte § 18 Umstellungsgesetz für Löhne, Gehälter, Mieten, Pachten, Renten, Pensionen einen Umstellungssatz von eins zu eins. Auch Preise blieben im Grundsatz zunächst unverändert.

Gänzlich gestrichen wurden Reichsmarkverbindlichkeiten zwischen Geldinstituten (§ 18 Abs. 3 Umstellungsgesetz) und Altgeldguthaben der Geldinstitute (§ 2 Umstellungsgesetz). Ebenso erloschen Altgeldguthaben von Reich, Ländern, Gemeinden, der NSDAP und ihr angeschlossener Verbände etc. (§§ 1 und 9 des Umstellungsgesetzes).

Die von der Bevölkerung anzumeldenden Sparguthaben, Bankeinlagen und Bargeldbestände wurden zunächst wie Schulden und Forderungen zehn zu eins umgewandelt, d.h. für 10 RM wurden 1 DM gutgeschrieben (§ 2 Umstellungsgesetz). Allerdings war hiervon nur die Hälfte frei verfügbar, während die andere Hälfte einem »gesperrten Konto (Festkonto) gutgeschrieben« wurde. Über den gesperrten Teil sollte innerhalb von 90 Tagen in Abhängigkeit von der Entwicklung der Wirtschaft entschieden werden, d.h. je nachdem, wie sich die Güterproduktion entwickelte.

Vor der Umstellung des Altgeldes bzw. der Altgeldkonten wurde, soweit vorhanden, das Neunfache der Kopfquote (also 540 RM) abgezogen (§ 4 Umstellungsgesetz). Damit ergab sich auch für die Erstausrüstung mit neuem Geld im Grundsatz ein Umtausch von 10 (RM) zu 1 (DM). Nur wer weniger als 600 RM besaß, erhielt einen günstigeren Umtauschkurs. Im Extremfall, wenn jemand nicht mehr als 60 RM vorweisen konnte, galt demnach in der Praxis ein Umstellungssatz von eins zu eins.

Überstieg der verbliebene Kontostand an Altgeld 5000 RM, erfolgte eine Auszahlung des umgestellten Betrages nur gegen eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes.<sup>23</sup> Schwarzhändler und Steueründer mußten deshalb mit Nachversteuerungen und Steuerstrafen rechnen.

Das Vierte Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens, das sogenannte Festkontengesetz vom 30. September 1948, setzte den vorläufigen Schlußstrich unter die Währungsreform. Es trat am 4. Oktober 1948 in Kraft. Kern des Gesetzes war die Streichung von 70 Prozent des Guthabens auf den Festkonten (§ 1a). Im Endeffekt ergab sich damit für Altgeldbestände, Bankeinlagen und Sparguthaben eine Umstellung von 100 zu 6,5. Aus 1000 RM wurden 65 DM.

Die im Zuge der Währungsreform in Westdeutschland (ohne Berlin) neu geschöpfte Geldmenge betrug 13,2 Mrd. DM.<sup>24</sup> Sie ersetzte Altgeld in Höhe von 145 Mrd. RM. Der Geldüberhang wurde demzufolge drastisch reduziert. Von den 13,2 Mrd. DM entfielen 2.818 Mio. DM auf die Kopfbeträge der Bevölkerung, 472 Mio. DM auf Geschäftsbeträge für Unternehmen, 3.559 Mio. DM auf die Erstausrüstung der öffentlichen Hände und 6,4 Mrd. DM auf die Umstellung von Altgeldguthaben (Sicht-, Termin- und Spareinlagen).

Am 20. Juni 1948, dem ersten Tag der Währungsreform, sollen neue Banknoten im Wert von 5,7 Mrd. DM und im Gewicht von 500 Tonnen in den Verkehr gekommen sein.<sup>25</sup> Darunter befanden sich auch Kleingeldscheine, denn Münzen in neuer Währung gab es anfangs nicht. Am Jahresende 1948 betrug der Bargeldumlauf einschließlich der Kassenbestände der Kreditinstitute 6,6 Mrd. DM.<sup>26</sup> Ab November 1948 wurden die ersten neuen Münzen geprägt und Anfang 1949 ausgegeben: Einpfennigstücke mit der Jahreszahl 1948 und der Umschrift »Bank deutscher Länder«. Sie sind als einzige Geldzeichen aus dem Gründungsjahr der D-Mark bis heute in Umlauf geblieben. 1950 ging das Münzrecht auf die Bundesrepublik Deutschland über.

Bei der Umstellung der westdeutschen Bankbilanzen von Reichsmark auf D-Mark verloren die Kreditinstitute den überwiegenden Teil ihrer Aktiva, denn ihre Forderungen und Guthaben wurden – siehe oben – größtenteils gestrichen. Um ausgeglichene Bilanzen vorlegen zu können, erhielten sie sogenannte Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand. Die Schlußbilanz des westdeutschen Bankensystems (ohne Zentralbanken) wies per 20. Juni 1948 eine Summe von 218,5 Mrd. RM aus.<sup>27</sup> In der DM-Umstellungs-

23 H. RITTMANN (wie Anm. 22), S. 353.

24 DEUTSCHE BUNDESBANK, *Deutsches Geld- und Bankwesen* (wie Anm. 3), S. 25.

25 E. WANDEL (wie Anm. 10), S. 122.

26 DEUTSCHE BUNDESBANK, *Deutsches Geld- und Bankwesen* (wie Anm. 3), S. 32.

27 EBD., S. 24.

rechnung schrumpfte die Gesamtbilanz auf 11,2 Mrd. DM; davon machten die Ausgleichsforderungen bereits 6,7 Mrd. DM aus.

Die D-Mark war von vornherein eine reine Papierwährung. Erstmals in der deutschen Geschichte verzichtete man bei der Einführung einer neuen Währung auf eine offizielle Deckung. Die Mark von 1871/76 stellte noch eine klassische Goldwährung mit umlaufenden Goldmünzen und einer Einlosepflicht für Banknoten dar.<sup>28</sup> Die 1923 als Zwischenlösung gedachte Rentenmark konnte in verzinsliche Rentenbriefe, die auf Goldmark lauteten, eingelöst werden. Die Reichsmark von 1924 besaß – bis zu ihrem Mißbrauch durch Hitler – eine Deckung durch Gold und Devisen. Der Wert der D-Mark dagegen beruhte allein auf dem ihr entgegengebrachten Vertrauen.

### Lastenausgleich

Die Währungsreform begünstigte die Besitzer von Sachwerten. Wer beispielsweise in Immobilien oder Gold angelegt hatte, erlitt bei der Währungsreform keine Verluste, im Gegensatz zu den vielen Sparern, deren Spar- und Bankguthaben, Pfandbriefe usw. abgewertet wurden. Bevorteilt waren auch Kreditnehmer durch die Abwertung ihrer Schulden auf ein Zehntel des ursprünglichen Betrags. Ein Lastenausgleichsverfahren sollte deshalb Ungerechtigkeiten mildern. Die Ausgestaltung überließen die Alliierten den Deutschen.

Geregelt wurde der Lastenausgleich durch das Soforthilfegesetz vom 8. August 1949 und durch das Lastenausgleichsgesetz vom 14. August 1952.<sup>29</sup> Der Lastenausgleich umfaßte drei Abgaben (Steuern): die Vermögensabgabe, die Hypothekengewinnabgabe und die Kreditgewinnabgabe.

Die Vermögensabgabe stellte im Grunde eine einmalige Sondervermogensteuer dar, und zwar in Höhle der Hälfte des vermogensteuerpflichtigen Vermögens am Tag der Währungsreform. Natürlich konnte eine Steuer in dieser Höhle nicht sofort in einer Summe erhoben werden. Die Steuerpflichtigen zahlten sie in vierteljährlichen Raten über rund drei Jahrzehnte verteilt.

Mit der Hypothekengewinnabgabe wurde Immobilienbesitzern der Vorteil entzogen, der ihnen durch die Abwertung ihrer Hypothekendarlehn auf ein Zehntel zugefallen war. In der Praxis bedeutete das: Der Schuldner zahlte nach der Währungsreform für sein Hypothekendarlehn den ursprünglich in Reichsmark festgesetzten Betrag für Zinsen und Tilgung in unveränderter Höhle in D-Mark weiter, wobei der Gläubiger aber nur das ihm zustehende

<sup>28</sup> Vgl. B. SPRENGER, *Das Geld der Deutschen* (wie Anm. 5), S. 183 ff.

<sup>29</sup> Vgl. H. RITTMANN (wie Anm. 22), S. 356 ff.

Zehntel erhielt, während die übrigen neun Zehntel in den Lastenausgleich flossen.

Die Kreditgewinnabgabe war ähnlich konstruiert. Sie schöpfte bei Unternehmen die Gewinne ab, die durch die Abwertung ihrer Kreditschulden entstanden: Dabei wurden entsprechende Verluste infolge der Abwertung von Unternehmensforderungen berücksichtigt.

Durch die drei Abgaben kamen bis 1967 rund 39 Mrd. DM zusammen, die zur Unterstützung von Kriegsgeschädigten dienten. Einschließlich der Zuschüsse von Bund und Ländern konnten bis 1978 über 100 Mrd. DM an Lastenausgleichszahlungen verteilt werden.<sup>30</sup>

Im weiteren Sinne läßt sich zu den Maßnahmen des Lastenausgleichs auch das Altspargesetz vom 14. Juli 1953 rechnen.<sup>31</sup> Es brachte eine Besserstellung für Spareinlagen, die bereits am 1. Januar 1940 bestanden. Nachträglich wurden diese Sparbeträge so behandelt, daß sich aus 100 RM im Endeffekt 20 DM ergaben.

#### Bedeutung der Währungsreform

In mehrfacher Hinsicht bedeutete die Währungsreform vom 20. Juni 1948 einen Wendepunkt. Da die Bevölkerung dem neuen Geld Vertrauen entgegenbrachte, füllten sich über Nacht Geschäftsregale und -auslagen mit Waren aus Hortungsbeständen.<sup>32</sup> Viele Haushalts- und Gebrauchsartikel wie Töpfe, Bestecke, Textilien, Schuhe usw. wurden nach Jahren des Mangels wieder zu moderaten, aus der Vorkriegszeit gewohnten festen Preisen angeboten. Auch das Angebot an Lebens- und Genußmitteln zu regulären Preisen stieg nach der Einführung der D-Mark. Staunend standen die Menschen vor den ungewohnt gefüllten Ladenregalen und Schaufenstern. Die Zeit der größten Not war vorbei.

Die Währungsreform setzte neue Kräfte bei den Menschen frei. Es lohnte sich wieder zu arbeiten, für gutes, allgemein anerkanntes Geld – im Gegensatz zu den letzten Jahren der Reichsmark. Immerhin konnte sich beispielsweise ein Straßenbahnschaffner Mitte 1948 für sein Monatsgehalt von 220 RM nicht einmal ein Pfund Butter kaufen, denn das war auf dem regulären Markt praktisch nicht zu haben und kostete auf dem Schwarzmarkt 250 RM.<sup>33</sup>

Aber nicht nur wirtschaftlich stellte die Währungsreform einen Neuanfang dar. Die Abschaffung der Reichsmark bedeutete für die Bevölkerung auch

30 EBD., S. 358.

31 EBD., S. 354.

32 Vgl. H. ROEPER/W. WEIMER (wie Anm. 9), S. 27 u. 42.

33 Wilhelm VOCKE, *Memoiren*, Stuttgart 1973, S. 183.

psychologisch das Ende einer durch Diktatur, Krieg und Zusammenbruch gekennzeichneten Ära. Mit der D-Mark begann eine neue Zeit.

Westberlin nahm am 20. Juni 1948 noch nicht an der Währungsreform teil. Die westlichen Alliierten wollten in Berlin den Weg für eine Gesamtlösung mit der sowjetischen Besatzungsmacht offen halten.<sup>34</sup> Als aber die Sowjets am 23. Juni 1948 bekannt gaben, sie würden in ihrer Besatzungszone unter Einbeziehung Gesamtberlins eine eigene Währungsreform durchführen, reagierten die westlichen Alliierten schnell. Noch am selben Tag erklärten sie die sowjetischen Befehle in ihren Sektoren Berlins für unwirksam und führten statt dessen dort die D-Mark ein. Einen Tag später sperrten die Sowjets die Verkehrsverbindungen vom Westen nach Berlin. Die Berliner Blockade begann. Die Teilung Deutschlands in eine westliche und eine östliche Hälfte wurde offensichtlich.

Kernpunkte der Währungsanierung waren der drastische Abbau sowohl des Geldüberhangs als auch der übermäßigen Staatsverschuldung. Nur so konnte ein wirtschaftlicher Neuanfang gelingen. Beide Ziele wurden erreicht. Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte betrug 1950 gerade einmal 20,6 Mrd. DM und damit nur gut ein Fünftel des damaligen Bruttosozialprodukts in Höhe von 98,1 Mrd. DM.<sup>35</sup> Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß mit 18,3 Mrd. DM der weitaus überwiegende Teil der öffentlichen Verschuldung auf die bei der Währungsreform entstandenen, notwendigen Ausgleichsforderungen des Bankensystems entfielen.<sup>36</sup>

Die Währungsreform von 1948 war eine unabdingbare Voraussetzung für den raschen wirtschaftlichen Wiederaufbau in den folgenden fünfziger Jahren. Sie bildete das Fundament, auf dem Ludwig Erhard den zügigen Übergang von der Zwangswirtschaft zur Marktwirtschaft vollziehen konnte. Bereits am 25. Juni 1948 gab eine Anordnung des Verwaltungsrats des Vereinigten Wirtschaftsgebietes die meisten Preise im Bereich der gewerblichen Wirtschaft frei; am 30. Juni 1948 folgte die Außerkraftsetzung von zahlreichen Bewirtschaftungsordnungen.<sup>37</sup>

Erhard mußte seinen mutigen Schritt, mit der Währungsreform zugleich den überwiegenden Teil der Preis- und Bewirtschaftungsvorschriften aufzuheben, gegen den Widerstand von vielen Seiten durchsetzen: Große Teile der Bevölkerung und der veröffentlichten Meinung waren dagegen, ebenso die SPD, die Gewerkschaften und Teile der CDU.<sup>38</sup> Auch in den Jahren nach 1948 stieß seine konsequent marktwirtschaftliche Politik auf Mißtrauen. Er

34 E. WANDEL (wie Anm. 10), S. 124 f.

35 DEUTSCHE BUNDESBANK, *Deutsches Geld- und Bankwesen* (wie Anm. 3), S. 7 u. 314.

36 EBD., S. 314.

37 E. WANDEL (wie Anm. 10), S. 140.

38 Vgl. H. ROEPER/W. WELMER (wie Anm. 9), S. 41 ff.

selbst galt 1951 in der Bundesrepublik Deutschland als einer der unpopulärsten Politiker. Immerhin die Hälfte der Bevölkerung hatte damals eine negative Meinung von ihm, nur 14 Prozent eine gute.<sup>39</sup>

Die wirtschaftliche Entwicklung aber bestätigte eindrucksvoll Erhards Politik. Von 1950 bis 1960 stieg das Bruttosozialprodukt in Westdeutschland auf mehr als das Doppelte, gleichzeitig nahmen die durchschnittlichen jährlichen Bruttolöhne bzw. -gehälter je Beschäftigten von 3.000 DM auf 6.278 DM zu und die Arbeitslosenquote sank von 11 Prozent auf 1,3 Prozent.<sup>40</sup> Mit Staunen verfolgte man im Ausland das »deutsche Wirtschaftswunder«.

### Aufstieg der D-Mark

Erhebliche Skepsis herrschte zunächst ebenfalls bezüglich der Erfolgsaussichten der D-Mark. Zwar zeigten sich in einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Juni 1948 immerhin 71 Prozent der Bevölkerung froh darüber, daß die Währungsreform gekommen war.<sup>41</sup> Aber nur 12 Prozent äußerten sich überzeugt davon, daß die neue Währung ihren Wert behalten würde.<sup>42</sup>

Auch unter Fachleuten war Skepsis weit verbreitet. Der erste Präsident des Direktoriums der Bank deutscher Länder, Wilhelm Vocke, berichtet in seinen Memoiren davon. Beispielsweise meinte der Leiter des Internationalen Währungsfonds zu ihm bei einer Einladung in Amerika Ende 1949: »Nun, Herr Vocke, kein Gold, keine Devisenreserven, ich will Ihnen ehrlich sagen, Sie haben überhaupt keine Chance, es kann nichts daraus werden.«<sup>43</sup> Noch krasser äußerte sich im selben Jahr unter vier Augen ein Freund des Präsidenten, der Direktor bei einer ausländischen Notenbank war: »Diese Deutsche Mark, das ist keine Währung, das wird auch keine Währung und kann keine Währung werden. Das ist keine Währung, das ist ein schlechter Witz.«<sup>44</sup>

Die Fachleute irrten sich. Es kam völlig anders. Die D-Mark entwickelte sich dank einer strikt stabilitätsorientierten und unabhängigen Geldpolitik der Bank deutscher Länder und später der Deutschen Bundesbank in relativ

39 Renate KÖCHER, »Eine neue Währung bekommt keine Vorschußlorbeeren. D-Mark und Euro im Licht der Demoskopie«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 125, 2. Juni 1998, S. B5.

40 DEUTSCHE BUNDESBANK (Hrsg.), *40 Jahre Deutsche Mark. Monetäre Statistiken 1948-1987*, Frankfurt/Main 1988, S. 4-6.

41 R. KÖCHER (wie Anm. 39), S. B5.

42 EBD.

43 W. VOCKE (wie Anm. 33), S. 192 f.

44 EBD., S. 192.

kurzer Zeit zu einer der stabilsten und begehrtesten Währungen der Welt. Einige Stichworte dazu mögen genügen:<sup>45</sup>

- 1958 erlangte die D-Mark Konvertibilität. Seit 1959 gehört die Bundesrepublik Deutschland zu den wenigen Staaten weltweit, deren Kapital- und Devisenverkehr keinen Beschränkungen unterliegt.

- 1973 verdrängte die D-Mark das englische Pfund von seinem Platz als zweitwichtigste internationale Reserve- und Anlagewährung. Dabei blieb es bis heute.

- Im Europäischen Währungssystem, das 1979 in Kraft trat, erhielt die D-Mark von Anfang an die bedeutendste Stellung.

Zwar hat die D-Mark seit 1950 drei Viertel ihrer Kaufkraft verloren (vgl. Tabelle 1). Sie ist deshalb keineswegs die stabilste Währung in der deutschen Geschichte. Die Mark des Deutschen Reichs von 1876 bis 1914 beispielsweise besaß eine deutlich höhere Geldwertstabilität. Aber die D-Mark ist immerhin die härteste Währung der Nachkriegszeit. Mit einer durchschnittlichen jährlichen Preissteigerung von 2,8 Prozent rangiert sie noch vor dem Schweizer Franken (3,0 Prozent durchschnittliche Preissteigerung) und weit vor dem US-Dollar (4,0 Prozent) und anderen wichtigen Währungen.<sup>46</sup>

Der Stabilitätsvorsprung der D-Mark führte dazu, daß sich ihr Außenwert (Wechselkurs), von wenigen Ausnahmen abgesehen, in den vergangenen Jahrzehnten ständig erhöhte. Somit können die Deutschen heute die meisten Währungen wesentlich billiger erwerben als in den fünfziger oder sechziger Jahren (vgl. Tabelle 2).

Das mit der Währungsreform 1948 eingeleitete Wirtschaftswachstum, verbunden mit einer stabilitätsorientierten Geldpolitik, ermöglichte den Deutschen den kontinuierlichen Aufbau eines inzwischen beachtlichen Geldvermögens. 1950 betrug es lediglich 25 Mrd. DM, 1960 bereits 166 Mrd. DM. Im Jahr 1997 überschritt das Geldvermögen im vereinten Deutschland fünf Billionen DM (vgl. Tabelle 3). Damit besitzt jeder Bundesbürger heute (1997) im statistischen Durchschnitt rund 65.000 DM, wobei neben Bargeld, Spareinlagen, festverzinslichen Wertpapieren, Aktien, Investmentfonds usw. auch Lebensversicherungen und Ansprüche an betriebliche Pensionsfonds eingerechnet sind. Nie zuvor in der Geschichte besaßen die Deutschen so hohe Ersparnisse.

---

<sup>45</sup> Vgl. B. SPRENGER, *Das Geld der Deutschen* (wie Anm. 5), S. 249 ff.

<sup>46</sup> Karl KNAPPE, *50 Jahre Deutsche Mark – eine Erfolgsgeschichte*, in: *Die Bank. Zeitschrift für Bankpolitik und Bankpraxis*, Nr. 6, Juni 1998, S. 344-347, hier S. 345.

*Tabelle 1: Inflationsraten und Verbraucherpreisindex in Westdeutschland 1948 bis 1997*

Jahr	Inflationsrate (in Prozent)	Verbraucher- preisindex (1980 = 100)	Jahr	Inflationsrate (in Prozent)	Verbraucher- preisindex (1980 = 100)
1948		42,3			
1949	-1,2	41,8			
1950	-6,2	39,2	1980	+5,4	100,0
1951	+7,7	42,2	1981	+6,3	106,3
1952	+2,1	43,1	1982	+5,3	111,9
1953	-1,9	42,3	1983	+3,3	115,6
1954	+0,2	42,4	1984	+2,4	118,4
1955	+1,7	43,1	1985	+2,2	121,0
1956	+2,6	44,2	1986	-0,2	120,7
1957	+2,0	45,1	1987	+0,2	121,0
1958	+2,2	46,1	1988	+1,3	122,6
1959	+0,9	46,5	1989	+2,8	126,0
1960	+1,5	47,2	1990	+2,7	129,4
1961	+2,3	48,3	1991	+3,5	133,9
1962	+2,9	49,7	1992	+4,0	139,3
1963	+3,0	51,2	1993	+3,6	144,3
1964	+2,3	52,4	1994	+2,7	148,2
1965	+3,2	54,1	1995	+1,7	150,7
1966	+3,5	56,0	1996	+1,4	152,8
1967	+1,6	56,9	1997	+1,8	155,6
1968	+1,6	57,8			
1969	+1,9	58,9			
1970	+3,6	61,0			
1971	+5,1	64,1			
1972	+5,6	67,7			
1973	+6,9	72,4			
1974	+6,9	77,4			
1975	+5,9	82,0			
1976	+4,4	85,6			
1977	+3,6	88,7			
1978	+2,7	91,1			
1979	+4,2	94,9			

Quelle: Deutsche Bundesbank und eigene Berechnungen

Tabelle 2: Wechselkurse der D-Mark 1953 bis 1997

Wechselkurs in DM (Jahresdurchschnittswerte)					
	Währung	1953	1970	1990	1997
1	US-Dollar	4,20	3,63	1,62	1,73
1	Englisches Pfund	11,70	8,74	2,88	2,84
100	Schweizer Franken	97,86	84,60	116,50	119,51
100	Belgische Francs	8,36	7,35	4,84	4,85
100	Dänische Kronen	60,44	48,63	26,12	26,25
100	Französische Francs	119,47	65,97	29,68	29,71
100	Holländische Gulden	100,32	100,85	83,76	83,86
1000	Italienische Lire	(1955) 6,70	5,82	1,35	1,02
100	Japanische Yen	-	1,02	1,12	1,44
1	Kanadischer Dollar	4,26	3,50	1,38	1,25
100	Norwegische Kronen	58,40	51,04	25,82	24,51
100	österreichische Schilling	(1957) 16,15	14,11	14,21	14,21
100	Portugiesische Escudos	(1958) 14,63	12,77	1,13	0,99
100	Schwedische Kronen	80,84	70,32	27,29	22,72
100	Spanische Peseten	(1963) 6,65	5,23	1,59	1,18

Quelle: Deutsche Bundesbank.

Für 1953: 10.000 alte Französische Francs (= 100 Neue Francs ab 1960).

Tabelle 3: Geldvermögen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1997

Jahresende	Mrd. DM
1950	25
1960	166
1970	518
1980	1474
1989	2805
1997	5344

Quelle: Deutsche Bundesbank. Bis 1989 Westdeutschland, 1997 alte und neue Bundesländer.

## Schlußbemerkungen

Der große Erfolg der D-Mark ist zugleich ein Grund für die zwiespältigen Gefühle, die eine große Mehrheit der Deutschen der Euro-Währung entgegenbringt. Wer gibt schon gern etwas Gutes, Bewährtes ab, wenn er nicht recht einschätzen kann, was er dafür erhält?

Das war 1948 anders. Die zerrüttete Reichsmark war unbeliebt. Die Bevölkerung begrüßte die neue Währung. Mit dem neuen Geld konnte es nur besser werden.

Auch die Bevölkerung der DDR begehrte ihre abgewirtschaftete Mark gegen die D-Mark einzutauschen. »Kommt die D-Mark nicht zu uns, dann kommen wir zu ihr«, hieß der Slogan in der Umbruchzeit 1989/1990. Gleichzeitig erwarteten die Menschen in der DDR die D-Mark allerdings mit gemischten Gefühlen. Hoffen und Bangen zugleich äußerten sich beispielsweise bei der ersten Telefonaktion, die der Verfasser für den Bundesverband deutscher Banken im April 1990 mit der Berliner Zeitung in Ostberlin durchführte. Zwei Stunden lang stellten sich fünf Experten des Bundesverbandes allen Fragen der Leser rund ums Geld. Dabei hörten sie viele Ängste, Sorgen und Befürchtungen hinsichtlich der bevorstehenden Währungsumstellung und der damit verbundenen Folgen.<sup>47</sup>

Die zwiespältigen Gefühle beim bevorstehenden Abschied von der D-Mark sind verständlich. Der zuweilen angestellte Vergleich zur Währungsreform von 1948 dagegen ist völlig abwegig, denn bei der Einführung des Euro werden keine Geldbestände abgewertet. Angemessen wäre eher ein Rückblick auf die deutsche Geldumstellung in den Jahren 1871 bis 1876. Damals schafften die Deutschen ihre verschiedenen Landeswährungen ab und führten als einheitliche Währung die Mark ein.<sup>48</sup> Vor dieser Zeit mußte

---

47 Vgl. o.V., »Große Telefonaktion der »Berliner Zeitung« mit Experten des Bundesverbandes Deutscher Banken (BRD). Wie Geld getauscht wird, Kredite und Konten behandelt werden« in: Berliner Zeitung, Nr. 101, 2. Mai 1990, S. 3.

48 Vgl. Bernd SPRENGER, *Die Währungsunion des Deutschen Reichs 1871/76. Vorbild für die Europäische Währungsunion?*, in: Günther SCHULZ (Hrsg.), *Von der Landwirtschaft zur Industrie. Wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Wandel im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Friedrich-Wilhelm Henning zum 65. Geburtstag*, Paderborn 1996, S. 133-148; im Gegensatz zum damaligen Resümee des Verf. ist die wirtschaftliche Konvergenz in der Europäischen Union heute erstaunlich weit fortgeschritten. – Ausführlich zur deutschen Währungsumstellung in den 1870er Jahren aus zeitgenössischer Sicht Karl HELFFERICH, *Die Reform des deutschen Geldwesens nach der Gründung des Reiches*, 2 Bde., Leipzig 1898. Vgl. auch Theresia THEURL, *Eine gemeinsame Währung für Europa. 12 Lehren aus der Geschichte* (Geschichte & Ökonomie, Bd. 1), Innsbruck 1992, S. 108 ff. – Zur Vielfalt der Währungen und Münzsysteme in Deutschland vor 1871/76 vgl. Bernd SPRENGER, *Harmonisierungsbestrebungen im Geldwesen der deutschen Staaten zwischen Wiener Kongreß und Reichsgründung*, in: Eckart SCHREMMER (Hrsg.), *Geld und Währung vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart* (VSWG Beihefte Nr. 106), S. 121-142, insbes. die Übersichten S. 126 u. 134.

man bei einer Reise von Hamburg nach München mehrfach die Währung wechseln. Wem ist das heute noch bewußt?

Vielleicht werden nachfolgende Generationen irgendwann sich nicht mehr vorstellen können, daß in der Europäischen Union jedes Land eine eigene Währung besaß?

# Die deutschen Währungen im internationalen Währungsgefüge seit dem Zweiten Weltkrieg

Von Manfred J. M. Neumann

## Einleitung

Der Gründung der beiden deutschen Staaten im Jahr 1949 ging die Einführung von zwei deutschen Währungen voraus. Am 20. Juni 1948 wurde in den Besatzungszonen der Westalliierten die inflationierte Reichsmark im Rahmen einer Währungsreform durch die Deutsche Mark (D-Mark) abgelöst. Vier Tage später wurde in der sowjetischen Besatzungszone die D-Mark Ost eingeführt oder, wie sie ab 1964 hieß, die Mark der Deutschen Notenbank.

Die Geschichte der D-Mark ist eine einzigartige Erfolgsgeschichte.<sup>1</sup> Es gibt keine andere Währung, die in den vergangenen 50 Jahren so stabil gewesen ist. Nicht einmal der Schweizer Franken schaffte es, Schritt zu halten. Deshalb wurde die D-Mark zur führenden Weltreservewährung wie auch Welthandelswährung nach dem Dollar. Für die Deutschen ist diese Währung zum Symbol für Stabilität geworden, ungeachtet einiger Episoden höherer Preissteigerungsraten, und so fällt es vielen schwer, von ihr zu lassen. Aber die D-Mark hat nicht nur den Bürgern der Bundesrepublik, sondern auch den Bürgern Westeuropas als Stabilitätsanker gedient.

Im Vergleich zur D-Mark hat die Mark Ost niemals eine bedeutende Rolle erlangt, weder für die eigenen Bürger noch für den Welthandel und das Weltwährungssystem. Sie war provinziell konzipiert, und das entsprach der zentralverwaltungswirtschaftlichen Logik des repressiven Systems der DDR. Allein im Rahmen einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung, in der sich die Wirtschaftsbeziehungen dezentral im Leistungswettbewerb an Märkten entfalten, kann eine Währung eine eigenständige Bedeutung erlangen, zum Guten wie zum Schlechten. In einer zentralgeleiteten Wirtschaft dagegen, die auf zentrale Planung, auf gängelnde Anordnung und bürokratische Kontrolle gegründet ist, soll die Währung nur dem Vollzug des zentral Vorbestimmten

---

<sup>1</sup> Über ihre Höhen und Tiefen informieren detailliert die Untersuchungen von sechzehn Wissenschaftlern in DEUTSCHE BUNDESBANK (Hrsg.): *Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948*, München 1998.

dienen. Währung im Sinne eines attraktiven, unbeschränkt verwendbaren Tauschmittels wäre geprägte Freiheit und damit systemzerstorend. Die Mark Ost war nur in der DDR verwendbar und das auch nur eingeschränkt. In den Intershops galt sie nichts, dort wurden nur die konvertible D-Mark akzeptiert. Deshalb ist von der Mark Ost nicht weiter zu reden.

Die D-Mark ist in den vergangenen 50 Jahren in zwei sehr verschieden gestaltete Währungssysteme eingebunden worden: in das Weltwährungssystem von Bretton-Woods und in das Europäische Währungssystem (EWS). Die Teilnahme an solchen Wahrungssystemen ist mit der Verpflichtung verbunden, den nominalen Auenwert der Währung zu fixieren. Das führt zu einem grundlegenden Dilemma für die Geldpolitik. Und zwar läßt sich in aller Regel die Verpflichtung, eine nominale Wechselkursparitat zu garantieren, nicht mit der Aufgabe vereinbaren, auch den internen Wert der Währung zu bewahren. Wird beispielsweise die ausländische Partnerwahrung inflationiert, so läßt sich die Wechselkursparitat auf Dauer nur halten, wenn auch im Inland für ein entsprechend hohes Geldmengenwachstum gesorgt wird. Inflation wird importiert. Solcher Inflationsimport kann auch von Änderungen des realen Wechselkursgefuges ausgelöst werden.

Wenn dem Grundsatz nach das Ziel der Preisstabilität Vorrang haben soll, so darf die Währung nur in ein Festkurssystem eingebracht werden, dessen Paritäten als veränderbar vereinbart werden. Tatsächlich war das sowohl unter dem Bretton-Woods System wie im EWS vorgesehen. Da aber die Kompetenz, Paritatsanderungen zu vereinbaren, nicht bei Zentralnotenbanken liegt, sondern bei den Regierungen, führen Konflikte zwischen Binnenwertorientierung und Auenwertorientierung unvermeidlich zu politischen Konflikten zwischen Zentralbank und Regierung. Die 50jahrige Geschichte der D-Mark und der Bundesbank bzw. ihrer Vorgängerin, der Bank deutscher Länder, ist eine unaufhörliche Abfolge solcher Konflikte.

### Die D-Mark im Weltwährungssystem von Bretton Woods

Die Bundesrepublik trat dem Weltwährungssystem von Bretton Woods im August 1952 bei und gehört ihm noch heute an, auch wenn das für die Geldpolitik keine Rolle mehr spielt. Faktisch brach dieses Währungssystem im März 1973 endgültig zusammen und hat seit dem für Deutschland nur noch formale Bedeutung. Dieses System war so konstruiert, daß die Vereinigten Staaten einen festen Goldpreis garantierten und die übrigen Teilnehmer verpflichtet waren, den nominalen Kurs ihrer Währung zum Dollar in einer Schwankungsbreite von plus/minus 1,25 Prozent um den vereinbarten Leitkurs zu halten, der auf einer nominalen Goldparitat beruhte. Das System hatte unterschiedliche geldpolitische Konsequenzen für die beteiligten Länder. Die Vereinigten Staaten als Leitwahrungsland konnten

im Prinzip ihren geldpolitischen Kurs frei wählen. Die übrigen Teilnehmer waren dagegen gezwungen, sich an die Geldpolitik der Vereinigten Staaten anzupassen, es sei denn sie waren bereit, Änderungen der Dollarparität zu riskieren.

Die D-Mark nahm am Bretton-Woods System mit der schon vor 1933 geltenden Dollarparität von 4,20 DM teil. Diese Parität konnte über die gesamten fünfziger Jahre gehalten werden. Sie erwies sich aber bald als zu hoch. Schon ab 1951 kam es zu Leistungsbilanzüberschüssen, die in den folgenden Jahren stark zunahmten. Das war zunächst vorteilhaft, weil es der Bank deutscher Länder den Aufbau von Währungsreserven ermöglichte. Auch wurde die interne Geldwertstabilität dadurch zunächst nicht gefährdet, weil das hohe Geldmengenwachstum Hand in Hand ging mit einem raschen Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft, der hohe reale Wachstumsraten ermöglichte.

Aber ab Mitte der fünfziger Jahre entwickelte sich immer stärker der Konflikt zwischen Außenwertorientierung auf der einen und Binnenwertorientierung auf der anderen Seite. Angesichts der Gefahr zunehmender Preissteigerungen erhöhte die Bank deutscher Länder 1955/56 den Diskontsatz, und zwar gegen den erbitterten Widerstand Kanzler Adenauers und der Industrie. Adenauer erlaubte es sich sogar, die Unabhängigkeit der Zentralnotenbank öffentlich anzugreifen. Aber er verlor die Machtprobe, weil sich die Öffentlichkeit gegen ihn stellte. Die entschlossene Stabilisierungspolitik machte andererseits eine Aufwertung der D-Mark immer dringlicher. Für die meisten Mitglieder des Zentralbankrats war jedoch eine Änderung der Dollarparität undenkbar. Typisch war das Diktum von Wilhelm Vocke, dem Präsidenten des Direktoriums: »Wir wollen keine Aufwertung, und wir wollen kein Einschwenken auf die inflationistische Linie mancher Länder.« Ebenso dachte man in der Bundesregierung. Nur Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard war sich seit 1956 über das Problem im klaren, konnte sich allerdings nicht durchsetzen.

So kam es erst 1961 zur ersten Aufwertung der D-Mark, nach einem Jahr des Booms, in dem die Bundesbank zuerst eine scharfe Restriktionpolitik führte, dann aber die Zinsen wieder senkte, um den Devisenzustrom zu bremsen. Gegen hinhaltenden Widerstand des Zentralbankrats – Präsident Blessing wollte sogar seinen Hut nehmen – setzte sich Erhard schließlich durch. Auch in den folgenden Jahren gewann die Einsicht, daß eine auf Preisstabilität zielende Geldpolitik der außenwirtschaftlichen Absicherung durch Aufwertung bedarf, im Zentralbankrat nicht an Boden. Das änderte sich erst 1968, als eine Krise des französischen Franc Maßnahmen erzwang. Jetzt verlangte die Bundesbank eine Aufwertung, aber die Bundesregierung der Großen Koalition lehnte ab. Der neue Wirtschaftsminister Karl Schiller sagte gar: »Aufwertung wäre eine Absurdität.« So wurde hilfswise eine

Quasi-Aufwertung beschlossen, und zwar in Form steuerlicher Belastungen der Exporte und Entlastungen der Importe. Einem Oudit zu folge nannte Wilhelm Hankel, der damals unter Schiller im Bundeswirtschaftsministerium diente, diese Steueränderungen eine »demokratische« Form der Aufwertung.

Bereits damals war das Ende des Bretton-Woods Systems vorgezeichnet, denn seit Mitte der sechziger Jahre überstiegen die internationalen Netto-Reserveverbindlichkeiten der Vereinigten Staaten den offiziellen Wert des amerikanischen Goldbestandes. Ein Bankrott war unausweichlich. Aber der Zusammenbruch des Währungssystems zog sich über mehrere Jahre hin, von der einseitigen Aufkündigung der Goldeinlöspflicht seitens der Vereinigten Staaten im August 1971 bis zum Todesstoß durch die Schließung des Devisenmarktes in Deutschland am 2. März 1973. In jenen Jahren war es Schiller, der für ein Floaten der D-Mark warb, während sich die Mehrheit des Zentralbankrats unter dem unglücklichen Einfluß Bundesbankpräsident Klasens erfolgreich dagegen wandte. Stattdessen wurde eine Devisenbannwirtschaft betrieben, um Deutschland von den außenwirtschaftlichen Folgen eines Verschleppens von Aufwertung abzusichern. Schiller wurde gestürzt, und so hatte Finanzminister Helmut Schmidt freie Bahn, ein Floating der D-Mark zu verhindern. Erst als im März 1973 Klasen und Schmidt krankheitsbedingt ihre Amtsgeschäfte nicht wahrnehmen konnten, gelang es Otmar Emminger, Vizepräsident der Bundesbank und seit Mitte der fünfziger Jahre Aufwertungsbeifürworter, das Blatt zu wenden. Er überzeugte den Zentralbankrat, daß die D-Mark vom Dollar gelöst werden mußte, und überredete Bundeskanzler Brandt mit Unterstützung des Bundeswirtschaftsministers Friederichs, die Devisenmärkte zu schließen.<sup>2</sup>

Damit war die inflationsträchtige Agonie des Bretton-Woods Systems beendet. Am 19. März 1973 begann das Floaten der D-Mark und der meisten anderen Währungen gegenüber dem Dollar. Der Grundstein für eine eigenständige Kontrolle des Geldmengenwachstums durch die Bundesbank und damit der Übernahme einer geldpolitischen Führungsrolle in Europa war gelegt.

### Schrittmacherrolle im Kampf gegen Inflation

Die sechs Jahre des Floatings bis zur Einführung des Europäischen Währungssystems im März 1979 verliefen recht turbulent. Zum einen galt es,

---

<sup>2</sup> Eine faszinierende, freilich subjektiv gefärbte Geschichte dieser wie auch anderer Episoden der Währungspolitik bietet Otmar EMMINGER, *D-Mark, Dollar, Währungskrisen*, Stuttgart 1986.

die durch das zu lange Festhalten am Bretton-Woods System ausgelöste Inflationswelle zu bekämpfen, und das wurde durch die überraschende Vervierfachung der Ölpreise im Oktober 1973 erschwert. Zum anderen mußten die Marktteilnehmer wie die Zentralbanken erst lernen, mit den neuen Bedingungen des Floatens angemessen umzugehen. So kam es zu waghalsigen Spekulationen im D-Mark/Dollar Markt, die zum Bankrott der Herstatt-Bank in Köln führten und dazu veranlaßten, im Rahmen des Kreditwesengesetzes den Banken Obergrenzen für offene Devisenpositionen vorzugeben.

Im Unterschied zu vielen anderen Zentralbanken ließ sich die Bundesbank nicht darauf ein, den aufgrund der Ölpreissteigerung drohenden Preisschub monetär zu alimentieren. So konnten Zweittrundeneffekte, in Form preisschubinduzierter Lohnsteigerungen, abgebremst werden. Trotzdem stieg die Preissteigerungsrate 1974 auf 7 Prozent. Aber verglichen mit anderen Ländern war das wenig: Frankreich 13, Großbritannien 16 und Italien 19 Prozent. Die Geldpolitik der Bank hatte Rückwirkungen auf die 1972 gegründete europäische »Währungsschlange«. Die Schlange entstand aus der Vereinbarung von bilateralen Leitkursen mit Schwankungsbreiten von plus/minus 2,25 Prozent. Die Währungen Großbritanniens und Italiens waren zu schwach, um teilzunehmen. Frankreich nahm teil, schied nach kurzer Zeit aus, trat dann wieder ein und schied 1976 endgültig aus. Die Bundesbank ließ sich nicht beirren, und so gelang es, die Preissteigerungsrate zurückzuführen, bis auf sogar rd. 2 Prozent im Herbst 1978. Dazu trug ein enormer Abwertungsdruck auf den Dollar bei, der zu einer Aufwertung der D-Mark um rd. 35 Prozent zwischen Mitte 1977 und Ende 1979 führte und dies obwohl neben anderen Zentralbanken insbesondere die Bundesbank in sehr hohem Maße zugunsten des Dollars intervenierte. Als Resultat erwies sich die Geldpolitik im Hinblick auf das Ziel der Preisstabilität als zu expansiv, die Folge eines erneut starken Preisauftriebs setzte 1979 ein und dauerte bis 1981. Allerdings trug dazu auch eine sehr expansive Haushaltspolitik bei, mit der Verabredungen Kanzler Schmidts beim Weltwirtschaftsgipfel 1978 eingelöst wurden.

Im Konflikt mit der Bundesregierung schaltete die Bundesbank daher im Frühjahr 1979 wieder auf Restriktionspolitik um, und die amerikanische Zentralbank folgte. Diese beiden Zentralbanken wurden zu Schrittmachern des Kampfes gegen die weltweite Inflation, der im Verlauf der achtziger Jahre zu eindrucksvoll sinkenden Inflationsraten führte.

### Anker der Stabilität für das Europäisches Währungssystem (EWS)

Aufgrund der Erfahrungen mit der Währungsschlange reagierte die Bundesbank, wie die meisten Ökonomen, skeptisch auf die Initiative zur Gründung des EWS. Das System war zunächst so konstruiert, daß die Bundesbank die Kontrolle über die Geldmengenexpansion hätte verlieren können. Es gelang dem Zentralbankrat in schwierigen Verhandlungen, den ersten Entwurf zu entschärfen und vor allem Bundeskanzler Schmidt die geheime Zusage abzurufen, daß die Bundesbank das Recht hätte, die obligatorischen Interventionen einseitig auszusetzen, sobald sie die Aufgabe, für Preisstabilität zu sorgen, ernsthaft bedrohen sollten.

Die Bundesbank hat sich durch das EWS nicht von ihrer Geldpolitik abbringen lassen. So wuchs ihr allmählich die Führungsrolle zu. Nach mehreren Abwertungen kam es 1983 in Frankreich zu einer Wende der Geldpolitik zu systemkonformem Verhalten. Die D-Mark wurde zum teils willig, teils widerwillig akzeptierten Stabilitätsanker für alle beteiligten Währungen. Aber aus französischer Sicht war die Dominanz der Bundesbank letztlich nicht hinnehmbar. So versuchte man Einfluß auf die deutsche Geldpolitik zu gewinnen. Kennzeichnend war der gleichsam überfallartige Vorschlag von Ende 1987, einen deutsch-französischen Währungsrat zu gründen, der die Zinspolitik Deutschlands und Frankreichs koordinieren sollte. Das konnte abgelenkt werden in einen deutsch-französischen Finanz- und Wirtschaftsrat ohne jegliche Kompetenzen. Damit verblieb Frankreich nur noch eine Möglichkeit, die geldpolitische Dominanz Deutschlands aufzuheben: die Vergemeinschaftung der Geldpolitik im Rahmen einer europäischen Zentralbank.

Aber bevor es dazu kommen konnte, geriet das EWS in neue Spannungen, an denen es 1992/93 zerbrach. Mit der Wiedervereinigung Deutschlands und den schuldenfinanzierten Transfers in die neuen Bundesländer zeichnete sich ab, daß das Zinsniveau in Deutschland und allen Ländern, die dem EWS angehörten, steigen mußte. Schon beim Fall der Mauer 1989 setzten sprunghaft Zinssteigerungserwartungen ein, die das deutsche Zinsniveau anhoben, trotz zunächst unveränderter Geld- und Finanzpolitik. Es war absehbar, daß es einer Aufwertung der D-Mark im EWS bedurfte, aber das wurde von den Partnern abgelehnt. Obwohl die Bundesbank daraufhin versuchte, einen Mittelkurs in der Zinspolitik zu steuern, und eine höhere Preissteigerungsrate hinnahm, kam sie in Verruf.

Die Finanzmärkte spielten damals, wie wir heute wissen, eine unglückliche Rolle, indem sie zu lange in dem Glauben, die Paritäten würden vor dem Eintritt in die dritte Stufe der Währungsunion nicht mehr geändert, fundamental falsche Kursparitäten stützten. Erst als das knappe Referendum in Dänemark verdeutlichte, daß ein planmäßiges Erreichen der dritten Stufe

scheitern konnte, setzte die Spekulation gegen die Paritäten ein. Es kam zu einer beispiellosen Krise, in der die politischen Emotionen hochgingen und bemerkenswert nationalistische Töne zu hören waren. Großbritannien und Italien mußten im September 1992 ausscheiden, und ihre Währungen werteten dramatisch ab. Beide Länder hatten sich gegen die Regeln des EWS verhalten: Italiens Geldpolitik war chronisch zu expansiv, und Großbritanniens Politik war nicht mit dem überhöhten Pfundkurs vereinbar, mit dem es qua einseitiger Entscheidung erst 1990 in das EWS eingetreten war. Aber auch der französische Franc war sehr schwach, weil man sich nicht vorstellen konnte, daß Frankreich angesichts der sehr hohen Arbeitslosigkeit nicht doch zu einer Abwertung gegenüber der D-Mark Zuflucht nehmen würde. Im Juli 1993 eliminierte ein erneuter Spekulationsansturm die französischen Währungsreserven. Der im Verlauf eines Sitzungsmarathons von Frankreich vorgetragene Wunsch, die D-Mark aus dem EWS ausscheiden zu lassen und selbst die Führung zu übernehmen, scheiterte an der Vernunft kleinerer Länder, wie Dänemarks und der Niederlande.

Also blieb nichts anderes übrig, als den Wechselkursmechanismus außer Kraft zu setzen. Die Bundesbank hatte bereits im Frühjahr 1993 eine Erweiterung der Bandbreite auf plus/minus 8 Prozent vorgeschlagen. Beschlossen wurde die Bandbreite von plus/minus 15 Prozent. Damit war das EWS faktisch beendet, und es war völlig offen, ob ein erneuter Anlauf in Richtung Währungsunion gelingen konnte. Die Bundesbank war nun frei, ihre Geldpolitik wieder stärker auf das Ziel der Preisstabilität auszurichten, denn künftig lag es allein bei den Partnern, durch eigene Kraftanstrengung dafür zu sorgen, daß sich ihre Währungen nicht von dem Kurs der D-Mark entfernten. Das gelang den Ländern unterschiedlich gut, aber im Verlauf der Zeit immer besser. Die Lira kehrte schließlich sogar in den formalen Rahmen des EWS zurück.

### Ausblick

Die D-Mark hat ausgedient. Sie war und ist für den Rest dieses Jahres eine Währung, für deren Stärke und Stabilität es kein historisches Vorbild gibt. Jeder in Deutschland muß hoffen, daß der Euro eine auch nur annähernd so gute Währung werden wird. Er wird noch über Jahrzehnte an seinem Vorbild, der D-Mark, gemessen werden. In allen europäischen Mitgliedsländern gibt es inzwischen stabilitätsbewußte Kräfte, die einer Inflationierung nicht tatenlos zusehen werden. Das begründet Hoffnung.

Aber vor Blauäugigkeit muß gewarnt werden. Sie ist Ausdruck eines pro-europäischen Idealismus und eines mangelnden Verständnisses für den tiefgehenden, unauflösbaren Konflikt zwischen vorausschauendem Bewahren von Geldwertstabilität und den politischen Anforderungen, die aus anderen

Zielsetzungen von Wirtschafts- und Sozialpolitik, ja sogar von Außenpolitik erwachsen. Das Problem der hohen Arbeitslosigkeit lastet schwer auf dem Start der Währungsunion. Die insbesondere in Frankreich verwurzelte, aber auch in Deutschland zu findende Sichtweise, wonach es nicht angebotspolitisch, sondern nachfragepolitischer Maßnahmen bedarf, um eine dauerhafte Trendumkehr bei der Arbeitslosigkeit zu erreichen, entbehrt ökonomischer Fundierung. Es wäre ein Kardinalfehler europäischer Politik, das Heil in einer Stimulierung der Nachfrage zu suchen. Weder würde damit eine dauerhafte Absenkung der hohen Arbeitslosigkeit in Europa zu erreichen sein, noch könnte man dann auf die vielbeschworene Stabilität des Euro hoffen. Deshalb muß der Strauß mit solchen irreführenden Auffassungen ausgefochten werden. Wie stabil der Euro werden wird, läßt sich nicht sicher prognostizieren. Sicherer ist, daß das wirtschaftspolitische Konfliktpotential zwischen Deutschland und Frankreich größer werden wird. Das wird uns und der Europäischen Zentralbank noch viel zu schaffen machen.

## Die Sozialstrukturen der Parteien in Westdeutschland 1945-1990

Von Marie-Luise Recker

Im politischen System der Bundesrepublik Deutschland nehmen die Parteien eine zentrale Stellung als Bindeglied zwischen Gesellschaft und Staat ein. In Artikel 21, Absatz 1 des Grundgesetzes als Teilhaber an der politischen Willensbildung ausdrücklich erwähnt, stellen sie das wesentliche Scharnier zwischen Wahlvolk und Regierung dar. Auch kommt ihnen als Mittlern von sozialen Interessen wie von politischen Vorstellungen über die Gestaltung des Gemeinwesens eine entscheidende Funktion für den politischen Prozeß zu. Allerdings erschöpft sich ihre Rolle nicht in der Mitwirkung an der politischen Willensbildung; in einer Parteiendemokratie<sup>1</sup>, wie sie die Bundesrepublik Deutschland ohne Zweifel ist, entscheiden sie auch über die Besetzung der demokratischen Gremien in Bund, Ländern, Kreisen und Gemeinden und stellen auf diese Weise das Personal der engeren politischen Führung. Dieses Parteienmonopol gilt jedoch nicht nur für die Legislative und die Spitze der Exekutive, sondern wirkt sich auch auf andere Bereiche aus. Hierzu zählt zunächst einmal der Einfluß der Parteien auf die gesamte Personalpolitik in der öffentlichen Verwaltung, dann aber auch auf die Justiz, insbesondere auf die Besetzung der obersten Gerichte, sowie nicht zuletzt auf die öffentlichen Anstalten, so etwa im Bereich von Rundfunk und Fernsehen. Zwar wird dieser dominierende Einfluß der Parteien immer wieder kritisiert und deren Zurückdrängung auf den engeren politischen Bereich gefordert, doch ist eine Umkehr dieses Trends bisher nicht zu erkennen.

Diese hervorgehobene Rolle der politischen Parteien stellt in der deutschen Verfassungsgeschichte durchaus ein Novum dar; ihre Verankerung im Grundgesetz war zeitgenössisch auch nicht unumstritten.<sup>2</sup> Dennoch haben sie seit 1949 ihre Stellung wahren und ausbauen können. Erhielten sie durch Erwähnung in Artikel 21, Absatz 1 des Grundgesetzes den »Rang

---

<sup>1</sup> Vgl. zu diesem Begriff Peter HAUNGS, *Parteiendemokratie in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1980.

<sup>2</sup> So etwa bei Gerhard LEIBHOLZ, *Verfassungsrechtliche Stellung und innere Ordnung der Parteien*, in: *Verhandlungen des 38. Deutschen Juristentages (1950)*, S. C 10.

einer verfassungsrechtlichen Institution«,<sup>3</sup> wurde der Gesetzgeber gleichzeitig aufgefordert, über ein Parteiengesetz deren Aufgabenstellung, innere Ordnung und finanzielle Basis näher zu regeln. Nach verschiedenen Anläufen und langen Diskussionen konnte dies mit dem Parteiengesetz vom 24. Juli 1967<sup>4</sup> schließlich erreicht werden. Damit hatte die Integration der Parteien in die Verfassungs- und Rechtsordnung der Bundesrepublik einen weiteren Schritt getan.

In Politikwissenschaft und Zeitgeschichte haben die nach 1945 in den westlichen Besatzungszonen neu- oder wiedergegründeten Parteien bisher große Aufmerksamkeit gefunden. Allerdings konzentriert sich das Interesse vor allem auf deren Organisationsgeschichte und -soziologie, auf die programmatische Entwicklung der Parteien sowie auf die Analyse ihrer Wählerfolge. Dagegen mangelt es an sozialgeschichtlich orientierten Untersuchungen über die gesellschaftliche Verankerung der Parteien. Der Grund für dieses Defizit dürfte darin zu suchen sein, daß verlässliche Informationen über die Mitgliederentwicklung und die Sozialstruktur der Parteien kaum vorliegen. Noch in einer neueren Literaturübersicht konnte der Autor klagen, daß »die empirische Parteienforschung der Bundesrepublik am Ausgang der achtziger Jahre ... durch eine ›Hierarchie der Ignoranz‹ gekennzeichnet [sei]. Es gibt, liebenswürdig ausgedrückt, Wissensgebiete, die um vieles heller ausgeleuchtet sind als andere. Wir wissen relativ viel über die Wählerschaft, einiges über Mitgliedschaft ..., weniger über die Partei als Institution.« Insbesondere fehlen in seinen Augen »vergleichende Angaben über die Mitgliedschaft der verschiedenen Parteien auf bundesweit repräsentativer Basis ..., wobei in dieser Situation ein ›Ost-West-Vergleich‹ zusätzlich dringlich wäre.«<sup>5</sup>

Dieser Frage nach Mitgliedschaftsentwicklung und sozialstrukturellem Wandel der westdeutschen Parteien soll in einem Forschungsprojekt nachgegangen werden, das – in enger Anlehnung an die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien – an den Universitäten Bochum und Frankfurt am Main durchgeführt wird. Unter der Leitung von Klaus Tenfelde werden in Bochum die Parteien des »linken« Spektrums bearbeitet sowie eine Sozialanalyse der Mandatsträger in Bund und Ländern erstellt, während in Frankfurt am Main die Parteien des »bürgerlichen«

3 BVerfGE 2/13, vgl. hierzu auch Konrad HESSE, *Die verfassungsrechtliche Stellung der Parteien im modernen Staat*, in: *Verhandlungen des Vereins deutscher Staatsrechtler* 17 (1959).

4 BGBl., S. 773, in Teilen novelliert durch Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes vom 22. 7. 1969, BGBl., S. 925.

5 Stefan IMMERFALL, *Die letzte Dekade westdeutscher Parteienforschung – zur Analogie der Defizite von Parteien und Parteienforschung*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 23 (1992), S. 172-189, hier S. 186.

Spektrums behandelt werden. Mit diesem Vorhaben wird beabsichtigt, den Kenntnisstand über die Entwicklung der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland von 1945 bis 1990 aufzuarbeiten, zu vertiefen und in einer zusammenfassenden Dokumentation für weitere partei-, sozial-, allgemein-historische sowie politikwissenschaftliche Untersuchungen bereitzustellen. Den Anfangspunkt setzt die Neu- bzw. Wiedergründung der Parteien 1945; angesichts der Tatsache, daß in der Zeit zwischen Kriegsende und Gründung der Bundesrepublik sich das westdeutsche Parteiensystem herausbildete und auch die sozialstrukturellen Konturen der einzelnen Parteien geprägt wurden, muß dieser Zeitraum zentral berücksichtigt werden. Der Endpunkt 1990 ergibt sich aus den grundsätzlichen Verschiebungen in den Mitgliederstrukturen der ehemals westdeutschen Parteien angesichts der Ausbreitungen, Verschmelzungen und Neugründungen nach der deutschen Vereinigung. Nicht berücksichtigt werden die Parteien der DDR. Auch die zunächst dem westlichen Parteibildungsprozeß noch vergleichbaren Entwicklungen in der Sowjetischen Besatzungszone werden nicht erfaßt. Generell zeigt die Entwicklung der Parteien in der DDR eher nur nominelle Übereinstimmungen mit der Parteienlandschaft der Bundesrepublik, während sich de facto dort prinzipiell andere Organisationsformen, Programmatiken, politische Praktiken, gesellschaftliche Rekrutierungsmuster sowie Wege der Elitenbildung entwickelten, so daß eine Einbeziehung in die geplante Dokumentation problematisch wäre und zu falschen Analogien führen könnte.

Die Mitgliedschaften der westdeutschen Parteien sowie deren Funktions- und Mandatsträger sollen, soweit das möglich ist, nach den klassischen Kategorien der Sozialstrukturanalyse differenziert dargestellt werden: Nach dem Geschlecht und dem Alter, der Konfession, der regionalen Herkunft und dem Wohnort, nach dem sozialen Hintergrund, der Bildung und beruflichen Qualifikation, dem Beruf und der Stellung im Beruf sowie nach dem Einkommen und Vermögen. Mit einem solchen Ansatz wird der Versuch unternommen, unterschiedliche Milieus und Sozialisationswege der Parteimitglieder sichtbar zu machen, die Schichtenrepräsentanz in den Parteien näher zu bestimmen und die Bedeutung von konfessionellen, geschlechts-, alters- und herkunftsbezogenen Einflüssen auf die innerparteiliche Willensbildung herauszuarbeiten. Gerade über die Verwendung dieser Kategorien sozialer Ungleichheit, die etwa in der Wahlforschung eine wichtige Rolle spielen, sollen somit bestimmte Strukturprobleme des westdeutschen Parteiensystems besser, als dies bisher möglich war, untersucht werden können. Auch wenn nicht zu erwarten ist, daß für alle Parteien durchgängig Angaben zu diesen Differenzkategorien erbracht werden können, so wird doch darauf gesetzt, zumindest für bestimmte Regionen und Stichjahre entsprechende Daten zu gewinnen und damit die angeschnittenen Fragen im Ansatz beantworten zu können. Aus der Vielfalt der westdeutschen Parteien sollen zudem nur

diejenigen berücksichtigt werden, die zu einem Zeitpunkt zwischen 1945 und 1990 das Kriterium der Präsenz im Bundestag oder in einem der Landesparlamente erfüllen. Damit werden die Parteien ausgeschlossen, die nur lokale Bedeutung erlangten und/oder zu den Splittergruppen zu rechnen sind. Dennoch bleibt nach wie vor die Zahl der zu erfassenden Parteien groß; allerdings wird angesichts der schwierigen Quellenlage gerade für die kleineren, in den 40er und 50er Jahren im Zenit ihres Wählerzuspruchs stehenden Parteien sich die Anzahl der in die Dokumentation aufzunehmenden Gruppierungen weiter reduzieren. Oder aber es wird für diese Parteien nur einen zeitlich und regional begrenzten Quellenfundus geben, so daß die Menge des zu berücksichtigenden Materials überschaubar und für eine Publikation handhabbar bleibt. Auf der anderen Seite wird das zu erarbeitende Zahlenwerk den für Mitgliedschaften, Funktionäre und Mandatsträger gerade für die letzten Jahrzehnte vorhandenen Quellenfundus nicht erschöpfend auswerten können, sondern muß eine je zu begründende Auswahl treffen.

Mit dieser Dokumentation soll die Diskussion um die Kontinuität der deutschen Parteienlandschaft im 20. Jahrhundert, um die Bindung einzelner Parteien an bestimmte »sozialmoralische Milieus«<sup>6</sup>, um die Erfolge und Grenzen der volksparteilichen Öffnung u. a. m. auf eine datenmäßig besser gesicherte Basis gestellt werden. Die in der Forschung häufig gestellte Frage, wieweit die westdeutschen Parteien 1945 an Vorläuferorganisationen aus der Weimarer Republik anknüpften oder aber in welchem Ausmaß sie durch Öffnung für und Werbung um neue soziale Schichten sich bewußt von den 20er und frühen 30er Jahren absetzen wollten, kann durch die vertiefte Kenntnis über deren sozialstrukturelle Entwicklung besser beantwortet werden. Dies gilt ebenso für die Durchsetzungskraft des Volkspartei-Konzepts, dem alle größeren Parteien anhängen, das sich aber doch nur langsam, unvollkommen, in bestimmten Bereichen auch nur partiell Bahn brechen konnte, wenn man die Beharrungskraft bestimmter konfessioneller, sozialer oder regionaler Prägungen in Rechnung stellt.

Zudem wird der Reflex des generellen sozialstrukturellen Wandels im Parteiensystem klarer als bisher herausgearbeitet werden können. Dies betrifft etwa den dramatischen Schwund der ländlich-bäuerlichen Erwerbsgruppen und der nichtstädtischen Lebensweise gerade im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik Deutschland, der zu erheblichen Umbrüchen in der Mitgliedschaftsentwicklung und der Sozialstruktur insbesondere der Parteien des »bürgerlichen« Spektrums führte. Dies gilt aber ebenso für den Rückgang der in klassischer Lohnabhängigkeit erwerbstätigen Bevölkerungsgruppen

---

6 M. Rainer LEPSIUS, *Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft*, in: Wilhelm ABEL u.a. (Hrsg.), *Wirtschaft, Geschichte, Wirtschaftsgeschichte, Festschrift zum 65. Geburtstag von Fritz Lütge*, Stuttgart 1966, S. 371-393.

auf der einen und der Zunahme der Angestelltenschaft, zumal im tertiären Sektor, auf der anderen Seite, die Antritt und Binnenstruktur der Parteien deutlich veränderten. Hierzu zählt schließlich auch die Entwicklung der akademischen Berufe und die Ausweitung der Staatsbeschäftigung, die ebenfalls ihren Niederschlag in den Mitgliedschaften der Parteien gefunden haben. Aber auch speziellere Fragen wie die nach der Absorption der Vertriebenen und Flüchtlinge in die westdeutsche Gesellschaft, nach den Auswirkungen der Bildungsrevolution seit den späten 60er Jahren, nach dem Reflex des zunehmenden Partizipationsanspruchs von Frauen in den Parteistrukturen, nach dem Aufkommen und der Bindekraft »neuer« sozialer Bewegungen in den 70er und 80er Jahren u. a. m. werden durch den Rückgriff auf Mitgliedschaftsentwicklung und sozialstrukturelle Veränderungen der Parteien in der zu erarbeitenden Dokumentation berührt.

Das Interesse der Parteien an der Erfassung der eigenen Mitglieder und an der Einsicht in deren soziale Zusammensetzung war höchst unterschiedlich. Gerade in den Anfangsjahren war die Eigenschaft als formelles Parteimitglied nicht immer eindeutig definiert oder wurde in der Praxis uneinheitlich gehandhabt. Während die SPD anscheinend frühzeitig einen recht strikten Begriff der Mitgliedschaft praktizierte, gingen die anderen Parteien mit dieser Frage laxer um und zählten im Einzelfall Sympathisanten oder sogar Besucher von Parteiveranstaltungen zu dieser Kategorie. Aber selbst die Partei der »Grünen« hat noch in den 80er Jahren die Abgrenzung zwischen Mitgliedern und ihnen gesinnungsmäßig nahestehenden Anhängern bewußt unscharf gehalten, da dies ihrem Verständnis als ökologischer Bürgerbewegung entsprach. Vor diesem Hintergrund liefert der Umgang der Parteien mit der eigenen Statistik einen prägnanten Beitrag zu deren Selbstverständnis und -einschätzung.

Im ersten Jahrzehnt nach 1945 haben alle Parteien der Dokumentation ihrer Mitgliederentwicklung nur wenig Interesse entgegengebracht. Teils wurden Erhebungen auf Anordnung der Militärbehörden<sup>7</sup> vorgenommen, teils waren einzelne Kreis- bzw. Bezirks- oder Landesverbände Vorreiter im Nachweis der Mitgliederstrukturen. Für die CDU liegen für die Jahre 1945 bis 1954 einzelne Statistiken abgerechneter Mitgliederbestände auf Kreis-, Bezirks- und Landesverbandsebene vor, die zwar in der Fläche deutliche Lücken aufweisen, regional jedoch ein hinreichendes Bild der Mitgliederentwicklung geben. Da mit Nordwürttemberg, Rheinland und Westfalen besonders mitgliederstarke Landesverbände relativ gut dokumen-

<sup>7</sup> Als Beispiel sei verwiesen auf Hans WOLLER, *Die Loritz-Partei. Geschichte, Struktur und Politik der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung (WAV) 1945-1955* (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 19), Stuttgart 1982, S. 155 ff.; sowie auf Ilse UNGER, *Die Bayernpartei. Geschichte und Struktur 1945-1957* (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 16), Stuttgart 1979, S. 15, 29.

tiert sind, können Richtung und Dimension der Entwicklung der Partei im ersten Nachkriegsjahrzehnt zuverlässig und differenziert dokumentiert werden. Lückenhafter sind dagegen die Materialien zur Sozialstruktur. Erste Erhebungen, teilweise auch nur Schätzungen, erfolgten in den Jahren 1945 bis 1949 auf Anordnung der Alliierten; umfangreichere Sozialstatistiken wurden dann in den Jahren 1947 bis 1954 in den großen Landesverbänden erhoben, wobei auch hier wiederum Rheinland und Westfalen an erster Stelle zu nennen wären. Kriterien waren Geschlecht, Konfession, Alter und Beruf, so daß auch für diesen Bereich – wenn auch jeweils punktuell – aussagekräftiges Datenmaterial zur Verfügung steht.

Mitte der 50er Jahre wurde die Datenerhebung auf Veranlassung der Bundesgeschäftsstelle der CDU durch die Einführung neuer Meldebögen stärker systematisiert. Die Berichte der Bezirks- und Landesverbände erfolgten auf der Grundlage von bis zu 30 Erhebungskriterien und bieten damit ein differenziertes Bild der zahlenmäßigen und sozialstrukturellen Entwicklung der Partei. Auch nun bleiben in der Fläche Lücken bestehen, während für einzelne Landesverbände Mitgliederentwicklung und Sozialstruktur relativ gut dokumentiert sind.

Die CDU war Vorreiter in der Führung einer EDV-gestützten Zentralen Mitgliederkartei (ZMK), deren Einrichtung<sup>8</sup> von Parteivorstand und Geschäftsführer-Konferenz im April 1963 beschlossen wurde. Mit ihr sollten auch Sozialdaten der Mitglieder erfaßt werden. Ziel war es, bis zum Bundestagswahlkampf 1965 eine umfassende ZMK zu besitzen. Allerdings vergingen fünf Jahre vom Beschluß der Einführung einer ZMK bis zur vollständigen Erfassung aller Kreisverbände. Während die Mitgliederzahlen ab 1965 nahezu lückenlos erfaßt sind, gilt für die Sozialstatistik bis 1968 noch eine Ungenauigkeitsphase (mit stark abnehmender Tendenz). Grundlage der ZMK sind zunächst 99, dann 100, schließlich 140 Erhebungskriterien zu Mitgliederstand, Geschlecht, Konfession, Alter, Familienstand, Beruf, Schulabschluß, Dauer der CDU-Mitgliedschaft sowie Mitgliedschaft in Vereinigungen der CDU. Monatsweise bis auf die Kreisverbandsebene hinab erhoben, liegt somit das Datenmaterial seit den späten 60er Jahren vollständig vor.

Für die bayerische Schwesterpartei sind Mitgliedschaftsentwicklung und Sozialstruktur<sup>9</sup> nicht so gut dokumentiert wie für die CDU. Für die Zeit bis 1980 liegen absolute Mitgliederzahlen weitgehend geschlossen nur für die

---

<sup>8</sup> Vgl. hierzu Wulf SCHÖNBOHM, *Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950-1980* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 7), Stuttgart 1985, S. 84 ff.

<sup>9</sup> Vgl. zur CSU Alf MINTZEL, *Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei*, Opladen 1975.

vier altbayerischen der zehn Bezirksverbände vor, während die Materialien der anderen Bezirksverbände insbesondere für die 50er Jahre zum Teil deutliche Lücken aufweisen. Schwieriger gestaltet sich die Rekonstruktion der Sozialstruktur der Partei für diese Zeit. Wohl steht für jede Dekade des Untersuchungszeitraums 1946 bis 1980 zumindest eine sozialanalytisch differenzierte Jahresstatistik zur Verfügung, doch basieren diese Erhebungen auf qualitativ und quantitativ stark variierendem Datenmaterial, so daß daraus keine lineare Entwicklung abgeleitet werden kann.

Die CSU hat im Jahr 1962 begonnen, ihre Mitglieder zentral zu erfassen und zu verwalten. Dies geschah anfangs mittels einer nicht mehr existierenden Zettelkartei; Anfang der 70er Jahre bemühte sich die Landesgeschäftsstelle um eine EDV-gestützte Lösung, die aber erst vollständig zu Beginn der 80er Jahre realisiert werden konnte. Somit steht für die Mitgliederentwicklung ab Mitte der 70er Jahre, für die Sozialstruktur der Partei ab 1980 ein geschlossener Datenbestand zur Verfügung, der sich mit den für die CDU erhobenen Materialien vergleichen läßt. Zwar ist die ZMK der CSU bei weitem nicht so anspruchsvoll wie die ihrer größeren Schwesterpartei, lehnt sich aber in ihren Großkategorien eng an diese an. Erhoben wird wiederum die Zahl der Mitglieder, deren Geschlecht, Konfession, Alter, Beruf, Mitgliedschaftsdauer in der CSU sowie Mitgliedschaft in Arbeitsgemeinschaften der Partei.

Auch für die SPD sind Überlieferungsdichte und Qualität des Datenmaterials für die ersten drei Dekaden nach Wiedergründung der Partei nicht so gut wie für die folgenden Jahre. Ab 1946 erfaßte die Partei ihre Mitglieder im Rahmen der Quartalsbeitragsabrechnung der Bezirke, wobei die absoluten Mitgliederzahlen getrennt nach Geschlecht je Bezirk, aber ohne weitere strukturellen Merkmale erhoben wurden. Daneben wurde eine Fluktuationsstatistik geführt, mit der die Veränderung der Mitgliederzahl pro Bezirk dargestellt werden kann. Zwar gibt es in der Fläche Lücken, doch lassen sich tragfähige Aussagen zur Mitgliederfluktuation zumindest für die Jahre 1947 bis 1965 machen. Seit 1955 erfaßte die SPD die Neueingetretenen zudem in einer eigenen, nach Geschlecht, Alter, Beruf etc. differenzierten Statistik, so daß von diesem Zeitpunkt an der soziale Wandel in der Mitgliedschaft konkret nachgezeichnet werden kann.

Nach mehrjährigen Vorarbeiten führte die SPD ab 1974 eine EDV-gestützte Zentrale Mitgliederkartei für die Bundes- und die Bezirksebene ein, in der nun Mitgliederzahl, Geschlecht, Alter, Eintrittsjahr, Beschäftigungsverhältnis, Beruf, Gewerkschaftszugehörigkeit sowie Funktion in der Partei erhoben wurde. Damit steht auch für diese Partei ab Mitte der 70er Jahre eine äußerst differenzierte Mitgliederstatistik zur Verfügung, die sich mit derjenigen der CDU in vieler Hinsicht vergleichen läßt, in den Aussagen zur Funktionsträgerschaft aber über diese hinausgeht.

Für die kleineren Parteien ist die Materiallage unterschiedlich gut. Am günstigsten dürfte sie noch für die FDP sein. Wie für die anderen Parteien lassen aber auch hier Dichte und Qualität der Angaben zur Mitgliedschaftsentwicklung und Sozialstruktur vor Einführung der ZMK zu wünschen übrig. Am aussagekräftigsten sind für diese Jahre Statistiken, die zu Bundes- und Landesparteitagen vorgelegt wurden, um die jeweiligen Delegiertenschlüssel zu errechnen. Allerdings muß hierbei berücksichtigt werden, daß der Wunsch der einzelnen Landesverbände, eine möglichst große Zahl von Delegierten bei den Parteitagen stellen zu können, oftmals zur Meldung überhöhter Mitgliederzahlen führte, da bei der Errechnung des Delegiertenschlüssels sowohl die bei der letzten Wahl erzielten Wählerstimmen als auch die Mitgliederzahl zugrunde gelegt wurde. Eine Abkehr von dieser Praxis konnte erst nach einer Satzungsänderung 1984 erzielt werden, die für den jeweiligen Landesverband die Abführung einer bestimmten Summe pro Mitglied an die Bundespartei vorsah und die somit zu einer deutlichen Karteibereinigung führte.

Die Einführung einer ZMK wurde auf dem Bundesparteitag 1967 beschlossen und in der Satzung der Partei verankert. Ab Ende 1968 liegen für alle 11 Landesverbände Mitgliederstatistiken vor, die dann von der Bundesgeschäftsstelle zu einer bundesweiten Statistik vereint wurden. Allerdings beschränkt sich dieses Zahlenmaterial auf die Präsentation der Mitgliederzahlen, während Aussagen über die Sozialstruktur der Mitgliedschaft, die denen in den zentralen Mitgliederkarteien von CDU und CSU vergleichbar wären, nicht vorgelegt werden. Die Erhebung sozialstruktureller Daten lag im Verantwortungsbereich der jeweiligen Landesverbände, denen somit auch die alleinige Entscheidungskompetenz bei der Auswahl der für eine Sozialanalyse relevanten Kriterien zufiel. Zwar lassen auch hier Dichte und Güte der von den einzelnen Landesverbänden präsentierten Materialien zu wünschen übrig, doch insgesamt reicht die Qualität der überlieferten Daten aus, um einen fundierten Einblick in die sozialstrukturelle Entwicklung der Partei in diesen Jahren zu erlauben.

Auf Bundesebene wurden indessen nur in den Jahren 1977 und 1983 sozialstrukturelle Daten produziert, die Parallelen zu den von CDU und CSU in ihren Zentralen Mitgliederkarteien dargestellten Kategorien aufweisen. Erhoben wurde dieses Zahlenmaterial seitens der Projektgruppe »Organisationsreform« durch Befragung eines repräsentativen Ausschnitts von FDP-Mitgliedern (1975) bzw. von FDP-Kreisvorsitzenden (1983). Berücksichtigt sind wiederum die Kriterien Geschlecht, Konfession, Alter, Bildung, Beruf, Dauer der Mitgliedschaft, Mitgliedschaft in Vereinigungen der Partei sowie Gründe für Ein- bzw. Austritt aus der FDP. Damit werden für das jeweilige Stichjahr aussagekräftige Daten zur allgemeinen Mitgliederstruktur

sowie zur Sozialstruktur der Mandatsträger auf mittlerer Führungsebene geliefert.

Wenn selbst für die großen Parteien für die 40er und 50er Jahre eine lückenhafte Materiallage konstatiert werden muß, so gilt dies nicht minder für die kleineren Parteien, die in diesen Jahren den Zenit ihrer bundes- oder landespolitischen Bedeutung erlangten. Am günstigsten ist die Situation noch für die KPD. Qualitätvolle Aussagen zur Mitgliederentwicklung und -struktur – in ihrer Differenziertheit durchaus mit denen der SPD vergleichbar – finden sich insbesondere für die Jahre 1947 bis 1952, nehmen dann jedoch bis zum Verbot wieder ab. Demgegenüber treten Dichte und Qualität der Überlieferung für die anderen Parteien in dieser Zeit – Deutsche Partei, Gesamtdeutscher Block/BHE, Zentrum – deutlich zurück. Hier liegt der Schwerpunkt entsprechender Materialien in den regionalen Hochburgen dieser Parteien, während für die Bundesebene im allgemeinen nur Schätzungen möglich sind. Auch für Regionalparteien, ob in Bayern, im Saarland (vor 1955) oder in Schleswig-Holstein, lassen sich zwar Angaben zur Mitgliederentwicklung und Struktur für einzelne Jahre und/oder bestimmte Orte oder Bezirke machen, doch auch hier kann die Entwicklung nicht in der Fläche dargestellt werden.

Ein besonderes Problem stellen die rechtsextremen Parteien dar; hier ist bisher neben forschungsproduzierten Datenreihen insbesondere auf laufende Berichte des Bundesministeriums des Innern zur Mitgliedschaftsentwicklung dieser Parteien zu verweisen. In welchem Maße dies durch Materialien aus Parteiarchiven oder Nachlässen ergänzt werden kann, muß vorerst noch offen bleiben.

Wachstum und personelle Binnenstruktur der »Grünen« schließlich lassen sich über entsprechende Bestände in der Bundesgeschäftsstelle sowie in den Landesgeschäftsstellen in genügender Dichte nachweisen. Allerdings ist die Güte dieser Daten generell zu hinterfragen. Angesichts der unscharfen Definition der Mitgliedschaft gerade in den Anfangsjahren der Partei, der oszillierenden Abgrenzung zum Kreis der »Alternativen« und »Sympathisanten« sowie eines gewissen antibürokratischen Affektes müssen diese Materialien in methodischer Hinsicht kritisch beleuchtet werden.

Auch wenn das Forschungsprojekt noch in der Anfangsphase steckt, läßt sich absehen, daß die in das Vorhaben gesetzten Erwartungen weitgehend aufgehen werden. Die Entwicklung des westdeutschen Parteiensystems wird sich in den in die Dokumentation aufzunehmenden Statistiken detailliert abbilden, Wachstum und Mitgliederschwund sich klar ablesen lassen, so daß der Frage nach Ursachen und Auswirkungen dieser Veränderungen besser als zuvor nachgegangen werden kann. Auch der Reflex des allgemeinen sozialen Wandels in den einzelnen Parteien wie im Parteiensystem generell wird sich durch die Datensammlung näher bestimmen lassen. Zudem werden

Vergleiche zwischen den einzelnen Parteien möglich sein. Da die erhobenen sozialstrukturellen Daten sich an identischen oder annäherungsfähigen Differenzkategorien orientieren, können sie weitgehend parallelisiert werden, so daß Übereinstimmungen und Unterschiede sichtbar gemacht werden. Auch im Bereich der Einzelstatistiken dürften sich Analogien ergeben. Zwar kann die zu erarbeitende Dokumentation wissenschaftliche Analysen zu einer der Parteien oder zum Parteienspektrum selbst nicht ersetzen, sie kann aber die Voraussetzung schaffen, sie auf einer gesicherteren Datenbasis als bisher in Angriff zu nehmen.

## Genschers »Erinnerungen« im Rückblick Eine kritische Nachlese\*

Von Ernst Friedrich Jung

Memoiren prominenter Politiker haben sich nach Erscheinen zunächst der Kritik in den Medien zu stellen. Dort arbeitet man zügig und nicht immer gründlich, will man doch dem Publikum möglichst schnell einen ersten Einblick vermitteln. Auch über 1000 Druckseiten schrecken da nicht ab. Ob die Erinnerungen dann später einmal als Material für die Geschichtsschreibung dienen, ist eine andere Frage; ihre Beantwortung hängt von der Stellung des Autors und von der Qualität der Memoiren ab. Zwischen diesen beiden Zeitpunkten – Rezension und eventueller Verwertung durch die Historiker – legt sich zumeist Schweigen auf die hinterlassenen Berichte, obwohl manche es verdienen würden, im Lichte neuer Erkenntnisse schon vorher neu bewertet zu werden.

Die im September 1995 erschienenen »Erinnerungen« des ehemaligen Bundesaußenministers Hans-Dietrich Genscher<sup>1</sup> haben Anspruch auf eine erneute Durchsicht. Bis Ende jenes Jahres lag ein gutes Dutzend Rezensionen in überregionalen Presseorganen vor, die dem Werk zumeist hohe Aktualität bescheinigen, aber auch mit vielen kritischen Tönen durchsetzt sind. Dem ehemaligen Außenminister wird – schon vermöge seines Amtes – eine maßgebende Rolle in der Politik, die zur deutschen Einigung und zur engeren Integration Europas führte, zugeschrieben. Gleichzeitig werden zu manchen Passagen über die Entspannungs-, Abrüstungs- und Deutschland-Politik auch ungünstige Kommentare gegeben. Kritisiert wird allgemein die Länge sowie die Komposition von sachlich und zeitlich oft nicht zusammenhängenden Texten mit persönlichen Berichten, Terminkalendernotizen, Dolmetscheraufzeichnungen, Reden, Interviews, Communiqués und dergleichen. An manchen Stellen kann es tatsächlich zu der hypothetischen Frage kommen, ob Genscher als Behördenchef Aufzeichnungen, die ihm in gleicher Qualität aus seinem Hause vorgelegt worden wären, nicht zur Überarbeitung zurückgegeben hätte. Daneben wird aber auch die Vermutung geäußert, daß manche Unklarheiten und Lücken vom »Meister des Quell-

---

\* Die Arbeit wurde im Juni 1998 abgeschlossen.

<sup>1</sup> Hans-Dietrich GENSCHER, *Erinnerungen*, Berlin 1995.

worts«<sup>2</sup> absichtlich herbeigeführt worden seien. Den meisten Rezensenten fällt das Übermaß an Eigenlob unangenehm auf, das Genscher sich zubilligt, als ob er den Leser nicht damit belasten möchte, selbst über Würdigung, Anerkennung oder Lob zu entscheiden. Auch daß der Beitrag, den sein Regierungschef Kohl zur Erreichung der deutschen Einheit geleistet hat, verkleinert wird, findet Kritik. Vielen Rezensenten fehlt in den Erinnerungen die politische Reflexion; nach ihnen handelt es sich um das Buch eines parteipolitischen Taktikers und Machtpolitikers.

Seit Genschers Rücktritt am 27. April 1992, der wohl am überraschendsten für seine eigene Partei kam, haben sich andere politische Konstellationen ergeben und sind Berichte und Memoiren erschienen, die neues Licht auf die Epoche werfen. Eine Nachlese der Genscherschen Erinnerungen erscheint angebracht, um einige Aspekte etwas genauer unter die Lupe zu nehmen. Die Durchsicht beschränkt sich auf die Gebiete Deutschlandpolitik, Wiedervereinigung, europäische Integration, Enteignungen 1945-1949 und Jugoslawien. Untersuchungsgegenstand bleibt das Buch, nicht die historische Leistung und auch nicht die Person Genschers, obwohl beides nicht ausgeblendet werden kann.

### Deutschlandpolitik

Die Teilung Deutschlands zu überwinden, war dem Hallenser Genscher ein politisches Anliegen; weite Teile seiner Erinnerungen, ihr Beginn und ihr Ende handeln von der Deutschlandpolitik. Daß Genscher als Politiker und Außenminister bei der deutschen Wiedervereinigung eine wichtige Rolle gespielt hat, steht außer Frage.

Hier begegnet dem Leser seiner Memoiren jedoch der erste Widerspruch. Genscher teilt mit, daß er Adenauers Deutschlandpolitik äußerst kritisch gegenübergestanden habe, und hält seine Kritik auch jetzt noch aufrecht.<sup>3</sup> Man müsse sich fragen, ob Adenauer die deutsche Einheit wirklich gewollt habe; in Wahrheit habe er die Westbindung der Einheit vorgezogen. Seine hilflose Reaktion auf den Mauerbau zeige das. Die Hallstein-Doktrin und die Idee eines zehnjährigen Moratoriums seien schädlich gewesen. Immerhin bleibt Adenauers Ablehnung der Stalinnote von 1952 in diesem Zusammenhang unerwähnt.

Hier muß man fragen, ob Genscher etwa zeitweise geglaubt hat, die

---

2 Josef JOFFE, »Im Blick zurück und ohne Zorn«, in: *Süddeutsche Zeitung* v. 18. Sept. 1995. Von Joffe stammen auch zwei Rezensionen in der angelsächsischen Presse: »Détente über alles«, in: *The Times Literary Supplement* vom 13. Okt. 1995, und »The Secret of Genscher's Staying Power. Memoirs of a »Slippery Man««, in: *Foreign Affairs*, New York, Jan./Febr. 1998.

3 H.-D. GENSCHER (wie Anm. 1), S. 91.

Wiedervereinigung ohne den Niedergang der sowjetischen Machtposition erreichen zu können. Adenauer hatte niemals seine Skepsis gegenüber den Zukunftsaussichten der Sowjetunion aufgegeben. Er wußte, daß die deutsche Teilung ohne Zustimmung der Sowjetunion nicht aufgehoben werden konnte, und hoffte, daß es zu dieser Zustimmung eines – wenn auch eher fernem als nahen – Tages kommen würde. Nur eine Westbindung der Bundesrepublik zusammen mit einer Stärkung des Westens würde das notwendige Gewicht herstellen, um die Sowjetunion zur Erkenntnis ihrer wahren Interessenlage zu bringen. Wie recht er damit hatte, hat die Geschichte der folgenden 40 Jahre gezeigt – und wir können unterstellen, daß es auch Genscher nicht verborgen geblieben ist. Auch er hätte damals die deutsche Teilungsposition nicht ändern können – wie es ihm auch in den späteren Jahren bis 1989 nicht gelungen ist.

Adenauer wollte nicht zwischen Einheit und Frieden, Freiheit und Sicherheit wählen. Alles gehörte zusammen, auch wenn politische Notwendigkeit eine Reihenfolge in der Verfolgung der Ziele erzwang. Es befremdet deshalb in hohem Maße und überzeugt keinesfalls, wenn Genscher Adenauers Willen zur deutschen Einheit in Zweifel zieht. Das Grundgesetz verpflichtete den Kanzler dazu, und seine Regierung hatte sich darauf festgelegt. Unter Adenauer kam der Deutschland-Vertrag zustande mit der für die Zukunft entscheidenden Verpflichtung der Westalliierten, für die Wiedervereinigung Deutschlands einzutreten. Schließlich ist es der von Adenauer in die Weltpolitik eingeführte Staat Bundesrepublik Deutschland gewesen, dem die DDR im Jahre 1990 beigetreten ist. Daß Bonn in der ersten Nachkriegszeit mit seiner Deutschlandpolitik nicht vorankam, kann bei dem damaligen Kräfteverhältnis nicht wundernehmen. Sicher mußte das politische Instrumentarium der Deutschlandpolitik überdacht werden, wie es denn auch periodisch immer wieder überprüft worden ist. Mit der Hallstein-Doktrin und mit Moratoriumsvorschlägen kam man nicht mehr weiter. Hier tat sich ein neues Feld auf, in das Genscher und seine Partei vordrangen. So wird man nicht fehl in der Annahme gehen, daß parteipolitische Motive nachwirken, wenn Genscher noch heute dem ersten Bundeskanzler ein politisches Doppelspiel unterstellt.

Die Entspannungspolitik, der sich der Autor seit 1966 mit Verve widmete, nimmt in den Erinnerungen einen breiten Raum ein. Nach dem Harmel-Bericht der Allianz von 1967 sollte sie aus einer Doppelstrategie bestehen, nämlich Entspannung und Verteidigung. Die Lektüre vermittelt den Eindruck, daß bei Genscher zunächst der vordere Teil der Strategie größeres Gewicht erhält. Er tritt für eine gesamteuropäische Friedenskonferenz

ein und warnt vor Verstärkung der deutschen Streitkräfte.<sup>4</sup> Verbesserung der Kontakte zu Ostberlin hat Priorität; man will sich mit dem Regime gutstellen, um Konzessionen zu erlangen, und hofft, daß sich das Regime dabei ändere. Daß zu deutliche Kritik an östlichen Regimen verpönt ist und daß die zugrundeliegende Konfrontation bestehen bleibt, wird nicht erwähnt. Ebenso wenig, daß man seit Beginn der 70er Jahre nicht mehr von Wiedervereinigungs-, sondern eher von Substanzwahrungspolitik sprechen kann. Das Verwalten der Teilung, verbunden mit immer neuen Schlagworten, Ideen und Vorschlägen, war Trumpf geworden. Wenn Genscher anläßlich des Amtsantritts der Regierung Schmidt schreibt, daß eine Profilierungspolitik, z.B. »durch die künstliche Suche nach neuen Akzenten«, letzten Endes keinen Vorteil bringe, dann mutet das wie eine nachträgliche Erkenntnis an.

Die Abgrenzung zum sozialdemokratischen Koalitionspartner fällt dem Autor in diesem Bereich zunächst schwer. Die Anerkennung der DDR in der Brandtschen Regierungserklärung von 1969 wird nicht einmal erwähnt, obwohl ihre Ausgestaltung für das spätere Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht von großer Bedeutung war. Erst allmählich vergrößert Genscher die Distanz zu Egon Bahrs »Wandel durch Annäherung«-Maximen. Auch setzt er sich von dem Kurs der Sonderbeziehungen der SPD zur SED ab. Vielmehr bleibt er auf einer einheitlichen deutschen Staatsbürgerschaft und auf der Offenhaltung der deutschen Frage bestehen.

### Wiedervereinigung

Die Wende von 1989 – eine sanfte Revolution – ist in ihrem Zeitpunkt von niemand vorausgesehen worden, konnte wohl auch nicht vorausgesehen werden, weil zu viele Unbekannte im Spiel waren. Der oft gehörte Vorwurf, man hätte Schubladen-Konzepte für den Fall einer solchen Umwälzung bereithalten müssen, verkennt das Planungsvermögen einer modernen Demokratie. Da sich die Ereignisse seit Mitte 1989 ständig beschleunigten, gelegentlich geradezu überschlugen, war es außerordentlich schwierig, die einzelnen Phasen der Entwicklung vorauszuerkennen, so stark die Hoffnungen und Wünsche der Beteiligten auch sein mochten. Dabei war es in keinem Stadium auszuschließen, daß die Dinge in einen blutigen Konflikt umschlagen könnten. Auch konnte niemand wissen, daß die Sowjetunion Ende 1991 aufhören würde zu bestehen. Keinem Politiker kann daher ein Vorwurf gemacht werden, wenn er die Lage mit Zurückhaltung verfolgte und seine eigenen Schritte vorsichtig, beinahe tastend machte. Niemand wußte

---

4 EBD., S. 97.

genau, was man der Sowjetunion bei der Vereinigung der beiden deutschen Staaten im einzelnen zumuten könne, ohne für den ganzen Prozeß schädliche Rückwirkungen hervorzurufen. Als Außenminister hatte Genscher hier eine besondere Verantwortung.

Wir wissen heute, daß Präsident Bush als eine treibende Kraft des Wiedervereinigungsprozesses am unerschrockensten vorging, mit Abstand gefolgt von Bundeskanzler Kohl, der noch beim 10-Punkte-Plan vom 28. November 1989 vergleichsweise behutsam agierte. Hat Genscher hier und da eine Sonderrolle gespielt? Es gibt verschiedene Aspekte, die auffällig sind und bei denen Kritik geäußert worden ist.

In seinen Erinnerungen wird Genscher nicht müde zu erklären, er sei immer für die Mitgliedschaft von ganz Deutschland in der NATO eingetreten. Hier zeigt sich dem Leser ein neuer Widerspruch: Genscher befürwortete nämlich Verhandlungen, die – gleichzeitig mit der Wiedervereinigung – zu einem Aufgehen der Bündnisse in einer gesamteuropäischen Sicherheitsstruktur führen sollten und daher einen intensiven Ausbau der KSZE voraussetzten. So erklärte er beim Drei-Königs-Treffen der FDP am 6. Januar 1990: »Den Bündnissen NATO und Warschauer Pakt kommt in diesem Prozeß eine besondere politische Steuerungsfunktion zu. Die den Völkern Europas von den Bündnissen gewährte Sicherheit muß in einem ersten Schritt durch kooperative Sicherheitsstrukturen gestärkt werden. In einem zweiten Schritt müssen die dann kooperativ strukturierten Bündnisse in einen Verbund gemeinsamer kollektiver Sicherheit überführt werden, das heißt, es sollten *zwischen* [Hervorhebung durch G.] den Bündnissen Strukturen entstehen, die den Antagonismus der Bündnisse Schritt für Schritt überwinden.«<sup>5</sup>

Der Widerspruch besteht darin, daß die Zugehörigkeit eines vereinigten Deutschlands zur NATO mit dem Weiterbestehen des Warschauer Pakts – in dem die DDR ein Kerngebiet war – unvereinbar gewesen wäre. Im übrigen war der Warschauer Pakt bereits so weit erodiert, daß er sich gar nicht als Widerlager eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems geeignet hätte. Die Zumutung, die darin lag, ihn der DDR und ihren Nachbarn gegen deren Willen weiter überzustülpen, scheint Genscher nicht bemerkt zu haben. Seine Idee hätte den Wünschen Moskaus entsprochen, da damit der morose Warschauer Pakt Auftrieb erhalten hätte und die Frage der NATO-Ausdehnung hätte vermieden werden können. Mit diesem Konzept kam Genscher jedoch weder bei den westlichen Verbündeten noch bei Bundeskanzler Kohl an.

Ein weiterer Widerspruch zu Genschers Behauptung, er sei von Anfang an für die Einbeziehung Gesamtdeutschlands in die NATO gewesen, kommt

---

<sup>5</sup> EBD., S. 712.

hinzu. Das schließlich in den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen erreichte optimale Ergebnis sah bekanntlich vor:

- Einbeziehung des gesamten DDR-Territoriums in die Garantie des Bündnisses,
- Verlegung von deutschen Territorial-Streitkräften in den anderen Teil Deutschlands bis zum Abzug der sowjetischen Truppen,
- Verlegung von lediglich deutschen NATO-Struktur-Streitkräften ohne Dual-purpose-Systeme nach Abzug der Sowjets,
- Übungen ausländischer Truppen auf DDR-Gebiet nach deutschem Ermessen,
- deutsche Gesamtstreitkräfte in Höhe von 370 000 Mann.

Dieses Ergebnis entsprach nicht Genschers ursprünglicher Vorausschau. Nur zögernd ist er den Weg bis zur optimalen Lösung mitgegangen. Er rechnete anfangs nicht damit, daß sich Moskau mit einer Ausdehnung der NATO auf das Territorium der DDR abfinden würde. In Genschers programmatischer Tutzinger Rede vom 31. Januar 1990 und in seinen begleitenden Äußerungen hatte er sich überdeutlich gegen eine »Ausdehnung des NATO-Territoriums nach Osten«, gegen eine Erweiterung der »Grenze der NATO bis zur Oder und Neiße« ausgesprochen, die Frage einer Beistandsverpflichtung der NATO für das DDR-Gebiet aber in einer Weise offengehalten, als ob er sie nicht in Anspruch nehmen wollte. Er fürchtete eine schädliche Reaktion der sowjetischen Hardliner. Gleiches gilt für die Festsetzung der Obergrenze der deutschen Streitkräfte, die Genscher niedriger haben wollte. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen mit Kohl und Stoltenberg. Die Kontroverse mit dem Bundesverteidigungsminister, der im Gegensatz zu Genscher auf unbedingtem NATO-Schutz des DDR-Territoriums bestand und Zonen unterschiedlicher Sicherheit in Deutschland ablehnte, ist Genscher nachträglich »unverständlich«. Immerhin hatte er damals eine Stationierung der Bundeswehr in der DDR als illusionär abgelehnt und gemeint, das Modell der Wehrpflicht von Westberlin auf die DDR übertragen zu können; auch hatte er mit dem Gedanken gespielt, die Anwesenheit sowjetischer Truppen auf DDR-Territorium für eine längere Übergangszeit als die später vereinbarte anzubieten. Was die Obergrenze der deutschen Streitkräfte betrifft, so sagt Genscher in seinen Memoiren nichts über etwaige Sondierungen bei Schewardnadse. Mehrere Informationen, er habe bei diesem eine Zahl von 280.000 bis 300.000 Bundeswehrsoldaten ins Spiel gebracht, sind von Genscher später bestritten worden.

Nachdem auf amerikanischen Vorschlag in Ottawa die Zwei-plus-Vier-Formel für die äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Einheit auf den Weg gebracht worden war, fand Genscher Interesse an einem Vorschlag Schewardnadses, zur Beruhigung des Konferenztempos die Verhandlungen über die äußeren Aspekte der Wiedervereinigung von denen der inneren

Aspekte zu entkoppeln. Der Gedanke verfiel der sofortigen Ablehnung der Verbündeten und des Kanzleramts. Daß er von dem Entkoppelungsvorschlag seines sowjetischen Kollegen angetan gewesen sei, bezeichnet Genscher als Mißverständnis; er habe sich den Vorschlag nicht zu eigen gemacht, sondern lediglich versucht, seine Motive zu erklären. Dagegen deuten Äußerungen Genschers und seiner Umgebung darauf hin, daß der Bundesaußenminister durchaus zur Annahme des Entkoppelungsvorschlag neigte. In seinen Erinnerungen bemerkt Genscher sophistisch, es sei schließlich doch zu einer Trennung beider Verhandlungen gekommen, da der Zwei-plus-Vier-Vertrag vor der deutschen Vereinigung unterzeichnet worden sei (also mit einem Vorlauf von 21 Tagen; der ursprüngliche Entkoppelungsvorschlag von Schewardnadse hatte ein Hinausschieben der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen zum Ziel).

Alles in allem: Des Autors »größere Konzessionsbereitschaft sollte sich noch mehrmals im Verlauf der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen zeigen und war letztlich darauf zurückzuführen, daß Genscher weniger als Kohl, Teltshik und Stoltenberg damit rechnete, in welchem Ausmaß Gorbatschow schließlich in den wesentlichen Punkten der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen einlenken würde«<sup>6</sup>. Genscher hat mit seinen Vorstößen, die er mehrmals aus eigenem Antrieb mit Schewardnadse vorklärte, die Verhandlungen nicht eben erleichtert. Es fällt aber schwer, ihm deswegen allzu gravierende Vorwürfe zu machen. Die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen waren ohnehin eine Arbeit am Trapez ohne Netz, bei der stark improvisiert werden mußte. Letzten Endes hat auch Genscher ein allseits annehmbares Ergebnis dieser epochalen Verhandlungen nicht nur nicht verhindert, sondern aktiv dazu beigetragen. Das Mißliche ist nur, daß er seine Fehlbeurteilungen in seinen Erinnerungen nicht zuzugeben bereit ist. Dabei geht es nicht so sehr um seine Darstellung, nach der mehr oder weniger er und seine Partei den Lauf der Dinge bestimmt und sich eher der störenden Einwirkungen des Kanzleramts hätten erwehren müssen; es geht vielmehr um die korrekte Wiedergabe des Sachverhalts.

Eine eigenartige Rolle spielt in Genschers Erinnerungen seine Berichterstattung über das Verhalten Mitterrands im Vereinigungsprozeß. Während er bei Margaret Thatcher keinen Zweifel an ihrer ablehnenden und schließlich resignierenden Einstellung läßt, kommt Mitterrand besser weg. Es kann jedoch keinen Zweifel geben, daß auch Mitterrand über die 1989 einsetzende Verschiebung der europäischen Kräfteverhältnisse tief besorgt war.<sup>7</sup> Trotz

---

6 Rafael BIERMANN, *Zwischen Kreml und Kanzleramt. Wie Moskau mit der deutschen Einheit rang*, Paderborn 1997, S. 495.

7 Elizabeth POND, *Beyond the Wall. Germany's Road to Unification*, Washington 1993, S. 157 ff.; R. BIERMANN (wie Anm. 6), S. 502 (mit Zitat Blackwill); Christian DEUBNER,

der Verpflichtung aus dem Deutschland-Vertrag von 1954 und vieler schöner Erklärungen und Reden versuchte er, diesen Prozeß zum mindesten zu verlangsamen. Diesem Zweck dienten auch sein Treffen mit Gorbatschow am 6. Dezember 1989 in Kiew<sup>8</sup> und seine Reise am 20./22. Dezember 1989 in die DDR, letztere immerhin der erste Besuch eines Staatsoberhauptes einer westlichen Siegermacht seit Ende des zweiten Weltkrieges. Beide Reisen waren für Mitterrand kein Erfolg. In Kiew war er so weit gegangen, Gorbatschow zu fragen, ob er ihn nach Ostberlin begleiten wolle, worauf dieser nicht einging. Dennoch mußten bei den Reiseplänen zu diesem Zeitpunkt in Bonn die Alarmglocken läuten, so wie sie bei Genscher schrillten, als die Sowjets am 11. Dezember 1989 den Versuch machten, den Kontrollrat in Berlin wiederzubeleben. Genscher erwähnt die Reise nach Kiew überhaupt nicht, obwohl er die Tage vor- und nachher genau dokumentiert; so hatte er am 30. November 1989 ein langes Gespräch mit Mitterrand in Paris (mit Bild und Unterschrift »Deutschland und Frankreich – mehr als eine Partnerschaft«), am 7. Dezember traf er Dumas, der am 6. Dezember in Kiew zugegen gewesen war, in Straßburg. Über Mitterrands Besuch in der DDR sei er zwar einige Zeit vorinformiert worden, schreibt Genscher und stellt ihn dann etwas gönnerhaft in einer Weise dar, als ob sich der französische Präsident an seine Ratschläge gehalten habe. Dabei hatte Mitterrand Modrow die Offerte gemacht, jeden Vertrag abzuschließen, »der für Ihr Land nützlich ist und unseren gegenseitigen Interessen entspricht«, ein Vorschlag, der in Bonn zusätzlichen Ärger auslöste.<sup>9</sup> Der Memoirenschreiber Genscher will Mitterrand offenbar schonen. »Zu keiner Zeit hatte ich Anlaß, an der Unterstützung Frankreichs für die deutsche Vereinigung zu zweifeln.«<sup>10</sup>

Erst nachdem Mitterrand den Vereinigungsprozeß weder blockieren noch bremsen konnte, hat er aus der Not eine Tugend gemacht: Er stimmte dem Zusammenschluß zu, nicht ohne eine beachtliche deutsche Gegenleistung zu erhalten.

### Europäische Integration

Schonend für Frankreich ist auch das Bild, das Genscher von der Verzahnung der Europa-Politik mit dem Wiedervereinigungsprozeß zeichnet. Über das

<sup>7</sup> »Mitterrand hätte die Einheit lieber blockiert«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 6. Febr. 1996 (mit Hinweisen auf ZELIKOW/RICE, vgl. Anm. 8, und Jacques ATTALI, *Verbatim*, Paris 1995, Bd. III).

<sup>8</sup> Philip ZELIKOW/Condoleezza RICE, *Germany Unified and Europe Transformed. A Study in Statecraft*, Cambridge, Mass. 1995, S. 137.

<sup>9</sup> Richard KIESSLER/Frank ELBE, *Ein runder Tisch mit scharfen Ecken. Der diplomatische Weg zur deutschen Einheit*. Mit einem Vorwort von Hans-Dietrich Genscher, Baden-Baden 1993, S. 60.

<sup>10</sup> H.-D. GENSCHER (wie Anm.1), S. 664.

Zustandekommen des Vertrages von Maastricht wird nur in großen Zügen und äußerst unübersichtlich an verschiedenen Stellen des Buches berichtet, über den Inhalt so gut wie gar nichts. Genscher teilt mit, wie er 1988 mit einer Denkschrift persönlich die »Kampagne« für eine Wirtschafts- und Währungsunion begonnen und sich seine Initiative dann zum Delors-Bericht vom April 1989 verdichtet habe. Er ist darauf sichtlich stolz.<sup>11</sup> Kanzleramt und Finanzministerium hätten unvertretbar gezögert, dem Beginn einer Regierungskonferenz über die Politische Union und die Wirtschafts- und Währungsunion zuzustimmen. Ein Sondergipfel in Paris am 18. November 1989 habe daraufhin frostig geendet. Mitterrand habe den Beschluß über die Regierungskonferenz schon im Dezember 1989 in Straßburg durchsetzen wollen. Für ihn sei es in der sich dramatisch wandelnden politischen Landschaft »der Lackmustest dafür gewesen, ob Bonn auch weiterhin zur Europäischen Union entschlossen war«<sup>12</sup>; wenn die Deutschen mithülften, Europa aufzubauen, werde auch in der deutschen Frage alles möglich sein.<sup>13</sup>

Mitterrand hatte am 8./9. Dezember 1989 in Straßburg Erfolg. Aus der Schlußerklärung des Europäischen Rates vom 9. Dezember 1989 zitiert Genscher, daß der deutsche Einigungsprozeß auch in die Perspektive der europäischen Integration eingebettet sein müsse. Dazu schreibt er: »Die Irritationen, die sich Wochen zuvor in Paris und anderen Hauptstädten angesichts der ungelösten Frage ergeben hatten, ob die Bundesregierung der Einsetzung einer Regierungskonferenz über die Wirtschafts- und Währungsunion noch vor Ende 1990 zustimmen werde, waren überwunden ... Mitterrand ... wollte mit der Europäisierung der deutschen Vereinigung eine Wiederholung der alten Fehler auf beiden Seiten des Rheins verhindern ... Klarer als mancher deutsche Politiker oder Publizist erkannte Mitterrand die historischen Rahmenbedingungen, unter denen sich die deutsche Vereinigung allein vollziehen konnte. Die bei uns oft nicht sonderlich differenziert vorgetragenen prinzipiellen Bedenken gegen die Wirtschafts- und Währungsunion ... gefährdeten eine historische Chance.«<sup>14</sup>

Soweit der Bericht Genschers. Er ist unvollständig. Die Franzosen waren Mitte Dezember 1989 noch immer nicht davon überzeugt, daß die Deutschen bei der Währungsunion mitmachen würden. Wir hören heute unter Berufung auf amtliche Kreise,<sup>15</sup> daß der Bundeskanzler sich in der eisigen Atmosphäre

11 Bundesbankpräsident Tietmeyer laut »Der Spiegel« 10/1998, S.26: »Im Grunde hat Genscher das Ganze in Gang gesetzt.«

12 H.-D. GENSCHER (wie Anm.1), S.390.

13 EBD., S.680.

14 EBD., S.691 f.

15 »Weg ohne Wiederkehr«, in : »Der Spiegel« 10/1998, S.25 ff.; Joachim BITTERLICH

des europäischen Sondergipfels in Paris am 18. November 1989 – neun Tage nach dem Fall der Mauer – isoliert sah; die deutsche Frage stehe nicht auf der Tagesordnung, hatte kühl ein französischer Regierungssprecher erklärt. Kohl und seine Berater machten sich damals keine Illusionen darüber, daß unsere Partner, insbesondere Frankreich, die deutsche Vereinigung nicht ohne konkrete Zugeständnisse auf dem Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion hinnehmen würden. Am 27. November 1989 – einen Tag vor seinem 10-Punkte-Programm zur Überwindung der deutschen Teilung – versuchte Kohl, in einem Brief an Mitterrand die Situation aufzulockern, indem er neben den Verhandlungen über die Währungsunion als einer politischen Finalität auch solche über institutionelle Reformen vorschlug, die beide gleichzeitig im Jahre 1992 abgeschlossen werden sollten. Mitterrand bestand aber auf der Priorität der Währungsunion. Als auf dem Straßburger Gipfel vom 8./9. Dezember 1989 dafür grünes Licht gegeben wurde, wurden Kohls Hinweise auf die Regierungskonferenz zur Politischen Union nicht ins Schlußprotokoll aufgenommen. Die Stimmung litt noch unter dem Eindruck von Kohls 10-Punkte-Programm vom 28. November, über das er nur Präsident Bush vorinformiert hatte (nicht einmal Genscher). Erst ein Besuch Kohls bei Mitterrand in seinem Landsitz Latché bei Biarritz am 4. Januar 1990 und Kohls Erfolg bei den DDR-Wahlen vom 18. März 1990 gaben Mitterrand das Vertrauen, daß die Deutschen einer Europäisierung der Bundesbank zustimmen würden. Kohl schreibt über dieses Treffen, er sei sich darüber im klaren gewesen, daß die französische *classe politique* gegen eine Vereinigung eingestellt sei.<sup>16</sup> Er habe dem Präsidenten die Sicherheit geben wollen, daß ein geeintes Deutschland fest in der Europäischen Gemeinschaft verankert bleibe. Beide hätten sich für ein gemeinsames Vorgehen ausgesprochen; die deutsche und die europäische Einheit müsse gleichzeitig angestrebt werden. Teltschik bestätigt das und fügt hinzu: »Wie immer bleibt bei Mitterrand vieles vage.«

Genschers Darstellung, wie es zu der Weichenstellung für die Währungsunion gekommen ist, befriedigt aber auch sonst nicht. Wenn es nach Kanzleramt und Bundesfinanzministerium gegangen wäre, hätte man sich mit der Währungsunion noch Zeit gelassen. Ohne deutlich vorgetragene französische Erwartungen, denen Bundeskanzler und Außenminister glaubten entgegenkommen zu müssen, ist es nicht vorstellbar, daß es so schnell zu der grundsätzlichen Entscheidung gekommen wäre. Die Aussage Genschers,

---

(Ministerialdirektor im Bundeskanzleramt, Leiter der Abteilung für auswärtige Beziehungen, Entwicklungspolitik und äußere Sicherheit), »Anfangs frostig, später europäisch«, in: *Die Zeit* v. 7. Mai 1998.

16 Helmut KOHL, *Ich wählte Deutschlands Einheit*, Berlin 1996, S. 232; Horst TELTSCHIK, *329 Tage. Innenansichten der Einigung*, Berlin 1991, S. 97 ff.

für das Geschichtsverständnis Mitterrands sei es kennzeichnend gewesen, daß er seine Haltung zur deutschen Einheit nicht von unserer Haltung zur europäischen Einigung abhängig gemacht habe,<sup>17</sup> steht dem nicht entgegen. Es ist eine Frage der Semantik, was man unter einem politischem Junktim versteht. Die Ausübung politisch-diplomatischen Drucks spielt sich in der Regel nur indirekt ab; sie wird erleichtert, wenn der Gebende wie im deutschen Fall nicht grundsätzlich »nein«, sondern nur »noch nicht« sagen wollte. So wird man schließlich über die Haltung Kohls und der Bundesregierung in der Frage der Währungsunion mit Goethes Ballade vom Fischer befinden können: »Halb zog sie ihn, halb sank er hin«.

Bekanntlich hat Maastricht am 10. Dezember 1991 die Politische Union nicht gebracht (ebensowenig wie die Folgekonferenz von Amsterdam 1997). Warum es dazu nicht gekommen ist – darüber findet sich bei Genscher kein Wort. Aufgrund eines deutsch-französischen Papiers wurde beim Europäischen Rat in Dublin im Juni 1990 festgelegt, daß im Dezember 1990 zwei Regierungskonferenzen ihre Arbeit aufnehmen sollten, eine für die Politische Union und eine für die Wirtschafts- und Währungsunion. Am 13./14. Dezember 1990 verabschiedete der Europäische Rat in Rom zunächst das Mandat der Regierungskonferenz über die Politische Union und eröffnete dann die beiden Regierungskonferenzen (über die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion und über die Politische Union). Noch am 13. März 1991 erklärte der Bundeskanzler auf der Tagung »Forum für Deutschland« in Berlin: »Man kann die Wirtschafts- und Währungsunion nicht ohne die Politische Union, und man kann die Politische Union nicht ohne die Wirtschafts- und Währungsunion bekommen. Die Wirtschafts- und Währungsunion wollen viele – aus naheliegenden Gründen.«<sup>18</sup>

Am 6. November 1991 bekräftigte Bundeskanzler Kohl, diesmal vor dem Bundestag, die Vorstellung, man könne eine Wirtschafts- und Währungsunion ohne eine politische Union auf Dauer erhalten, sei »abwegig«. Wie es seitdem bis zum Abschluß des Maastricht-Vertrages mit der Politischen Union weitergegangen ist, bleibt vorerst ungeklärt. Auch der ehemalige Außenminister Genscher gibt über diesen Aspekt der Verhandlungsgeschichte leider keinen Aufschluß.

### Enteignungen 1945-1949

Genscher läßt in seinen Erinnerungen keinen Zweifel daran, daß die politische Entscheidung über die Behandlung der 1945-1949 von der sowjetischen

17 H.-D. GENSCHER, S. 680.

18 *Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung* 1991, Nr. 33, S. 245, und Nr. 124, S. 987.

Besatzungsmacht vorgenommenen Enteignungen bereits mit der Gemeinsamen (deutsch-deutschen) Erklärung zur Regelung offener Vermögensfragen vom 15. Juni 1990 gefallen war.

Die Vorgeschichte der Gemeinsamen Erklärung wird von Genscher nur teilweise wiedergegeben.<sup>19</sup> In einer Erklärung vom 1. März 1990 hatte die DDR-Regierung dazu aufgerufen, die Eigentumsordnung in der DDR nicht in Frage zu stellen. Einen Tag später hatte DDR-Ministerpräsident Modrow Präsident Gorbatschow schriftlich gebeten, dieses Anliegen zu unterstützen. Daraufhin hatte die amtliche Nachrichtenagentur TASS am 27. März 1990 eine längere Erklärung der Sowjetregierung »zu Fragen des Eigentums in der DDR« veröffentlicht. Darin bekräftigte sie, daß »die 1945-1949 von der sowjetischen Militäradministration verwirklichten Wirtschaftsmaßnahmen« gesetzmäßig gewesen seien; absolut unannehmbar würden Versuche sein, die Rechte gegenwärtiger Eigentümer auf früher konfisziertes Vermögen in Abrede zu stellen. Am 28. April 1990 wandte sich das sowjetische Außenministerium überdies an die Botschaft der Bundesrepublik in Moskau und übergab ihr ein Aide-Mémoire. Darin wurde im Zusammenhang mit den Verhandlungen über die deutsche Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion gefordert, daß die Gesetzlichkeit der in jeder Besatzungszone getroffenen Maßnahmen und Verordnungen der Besatzungsmächte nicht in Frage gestellt werde; die Rechtmäßigkeit der Beschlüsse vor allem in Besitz- und Bodenfragen unterliege keiner Überprüfung oder Revision durch deutsche Gerichte oder Staatsorgane. Damit brachte Moskau seine eigene Forderung vor, die nicht so weit ging, für die »Sicherung der Eigentumsverhältnisse in der DDR« einzutreten, wie Modrow es verlangt hatte, sondern nur auf eine Nichtrückgängigmachung der Enteignungen abzielte. Genscher geht auf die Demarche vom 28. April 1990 nicht ein. Er erwähnt lediglich, daß Schewardnadse in der ersten Sitzung der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen am 5. Mai 1990 in Bonn ganz allgemein gefordert habe: »Selbstverständlich darf Deutschland die Legitimation der Maßnahmen und Verfügungen, die durch die vier Mächte in den Besatzungszonen erfolgt sind, nicht revidieren und in Zweifel ziehen.«

Mit diesen Schritten war von östlicher Seite ein Druck erzeugt worden, der – ohne daß Moskau eine ausdrückliche Bedingung gestellt hätte – die Bundesregierung schon zu diesem Zeitpunkt zu der Ansicht bewog, daß es nicht zu einer Wiedervereinigung kommen könne, wenn nicht die Enteignungen von ihr hingenommen würden. Sich in dieser auf die Niederlage von 1945 zurückgehenden Frage querzulegen, würde ihres Erachtens die Ver-

---

<sup>19</sup> BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERDEUTSCHE BEZIEHUNGEN (Hrsg.), *Texte zur Deutschlandpolitik*, Reihe III, Bd. 8 a: 1990, Bonn 1991; vgl. auch »*Chronologie der Bundesregierung*«, Pressemitteilung Nr. 327 der Bundesregierung v. 2. Sept. 1994.

handlungen über den Einigungsvertrag mit der DDR und damit den Wiedervereinigungsprozeß blockiert haben. Immerhin vertrat sie in der Erklärung vom 15. Juni 1990 ausdrücklich die Auffassung, daß eine Entscheidung über etwaige staatliche Ausgleichsleistungen einem gesamtdeutschen Parlament vorbehalten bleiben müsse.

Die sowjetischen Bestrebungen, die Angelegenheit zusätzlich in die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen einzuführen, um sie damit auf eine höhere Ebene zu heben und in den Zwei-plus-Vier-Vertrag einzubringen, gingen weiter. An einer solchen zusätzlichen völkerrechtlichen Fixierung konnte Bonn kein Interesse haben und setzte sich gegen die sowjetische Forderung mit Erfolg zur Wehr. Mit der Erklärung vom 15. Juni 1990 hatte die Sowjetregierung ihr Ziel im wesentlichen schon erreicht. Sie fand sich schließlich damit ab, daß die Erklärung in einem gemeinsamen Brief der beiden deutschen Außenminister im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrages an die Außenminister der vier Mächte wiederholt wurde.

Zu der Frage, wie stark der sowjetische Verhandlungsdruck in dieser Sache nach der Erklärung vom 15. Juni 1990 war, äußert sich Genschers nicht deutlich. Es ist inzwischen klargeworden, daß auf sowjetischer Seite verschiedene Gremien auf die Verhandlungen einwirkten, und das oft unkoordiniert.<sup>20</sup> Da agierten auf der einen Seite die Hardliner der 3. Europäischen Abteilung des Außenministerium und der internationalen Abteilung des Zentralkomitees der KPdSU, die auf alten Positionen verharren. Auf der anderen Seite standen der Generalsekretär und seine Berater auf politisch schwankendem Grund. Dazwischen pendelte Schewardnadse, der immer mit mehreren Optionen operierte. Gorbatschow war an der Frage der Enteignungen nicht mehr interessiert und sagt heute glaubhaft, daß die Frage auf höchster – seiner – Ebene nicht angesprochen wurde. Die untere Ebene und Botschafter Kwizinskij, später stellvertretender Außenminister, kamen auf die Sache immer wieder zurück und veranlaßten auch Schewardnadse, sie in den Verhandlungen vorzubringen. Zwar vertrat dieser beim Zwei-plus-Vier-Treffen am 22. Juni 1990 in Ostberlin den offiziellen sowjetischen Standpunkt im einzelnen. Er war aber immer weniger von den Erfolgsaussichten der sowjetischen Forderungen überzeugt. Bekannt ist die Szene, die Kwizinskij in seinen Erinnerungen<sup>21</sup> beschreibt, wie Schewardnadse ihm am 22. Juni 1990 im Flugzeug auf dem Rückflug von Ostberlin die Auflistung mit den 14 sowjetischen Verhandlungspositionen zuwarf mit dem Bemerkten: »Was wird von diesem Papier wohl übrigbleiben?« Dem widerspricht nicht, daß der sowjetische Außenminister darauf geachtet hat,

<sup>20</sup> R. BIERMANN (wie Anm. 6), S. 469 ff.

<sup>21</sup> Julij A. KWIZINSKIJ, *Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten*, Berlin 1995, S. 47.

daß erzielte Verhandlungserfolge auch eingebracht wurden. So hat er den Eingang des gemeinsamen Briefes der beiden deutschen Außenminister bezüglich der Nichtrückgängigmachung von Enteignungen vor Abschluß des Zwei-plus-Vier-Vertrages überwacht, sei es auch deshalb, um die »Germanisten« von Außenministerium und Zentralkomitee ruhigzustellen.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß der russische Verhandlungsdruck in dieser Sache bis zum 12. September 1990, dem Tag der Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Abkommens, eher abgenommen hat. Die Position der Bundesregierung, daß aufgrund der Haltung der UdSSR die Wiedervereinigung nur zu erreichen war, wenn es bei der Hinnahme der Nichtrückgängigmachung der Enteignungen blieb, ist vom Bundesverfassungsgericht bestätigt worden. Eine ganz andere Sache ist, ob und wie Entschädigungen für enteignetes Vermögen gesetzlich geregelt werden sollten. Genscher hatte sich dafür eingesetzt, die Frage offenzuhalten.

### Jugoslawien

Die Krisen und Kriege im ehemaligen Jugoslawien stellen für den Westen eine Chronik des Scheiterns dar. Nicht so für Hans-Dietrich Genscher. Dabei ist sein Kapitel, das er mit »Krieg in Jugoslawien: Für eine europäische Entscheidung« überschreibt, schon in der Präsentation aus dem Ruder gelaufen. Der Aufbau ist erratisch, teilweise konfus. Die Daten – soweit vorhanden – sind zeitlich ungeordnet. So arbeitet der Verfasser mit Rückblenden, die bisweilen weitere Rückblenden einschließen. Mit den Fakten geht er selektiv um. Der Stil ist advokatorisch; Genscher will zeigen, daß er recht gehabt hat.

Aber wichtiger ist der Inhalt: Es ist ein schiefes Bild, das Genscher hier entwirft. Genschers Ausgangspunkt für das Kapitel ist die ursprüngliche Politik des Westens. Sie trat für den Erhalt des jugoslawischen Staatsverbandes ein, auch wenn das in Deutschland mit wachsender Kritik verbunden war. Zwei Aspekte waren für die deutsche Jugoslawienpolitik maßgebend, nämlich zentrifugale Tendenzen nicht zu ermutigen und Alleingänge zu unterlassen. Diese Linie sollte nicht lange halten. Mit zunehmender Krise gelang es Genscher, in der Sitzung des KSZE-Rates in Berlin am 19. Juni 1991 eine Erklärung zu Jugoslawien durchzusetzen, in der insbesondere festgestellt wurde, daß es allein den Völkern Jugoslawiens obliege, über die Zukunft des Landes frei zu entscheiden. Vor dem Hintergrund dieser Erklärung verkündeten wenige Tage danach Kroatien und Slowenien ihre Unabhängigkeit und begannen die Serben den Krieg. Die darauf einsetzende hektische, aber kraftlose Aktivität von KSZE- und EG-Organen steht im Mittelpunkt von Genschers Ausführungen. Während er den Vereinten

Nationen vorwirft, ihre Möglichkeiten nicht ausgenutzt zu haben, werden KSZE und EG gegen Kritik in Schutz genommen: es gebe positive Seiten; der Balkan habe die EG-Staaten nicht entzweit.

In der Frage der völkerrechtlichen Anerkennung Sloweniens und Kroatiens hat Genscher indessen sichtlich große Mühe, seine Behauptung zu belegen, Deutschland habe gewartet, bis die anderen elf Staaten zugestimmt hätten. Der Sachverhalt ist folgender: Am 16. Dezember 1991 hatten die EG-Außenminister die objektiven Kriterien festgelegt, die für die Anerkennung neuer Staaten in Osteuropa gültig sein sollten. Ihre Erfüllung sollte zunächst von einer Juristenkommission (der Badinter-Kommission) begutachtet werden. Die Minister beschlossen, die Unabhängigkeit der sich so qualifizierenden jugoslawischen Republiken anzuerkennen und den Beschluß am 15. Januar 1992 »umzusetzen«. Damit sollte die Anerkennung für dieses Datum in Aussicht gestellt werden. Ohne das Gutachten der Badinter-Kommission abzuwarten, erkannte die Bundesregierung, die inzwischen unter erheblichen innenpolitischen Druck geraten war, Kroatien und Slowenien schon am 23. Dezember 1991 an.

Genscher, von Haus aus Rechtsanwalt, rechtfertigt das deutsche Vorgehen damit, er habe im Kreise der Außenminister, ohne Widerspruch zu finden, die Absicht der Bundesregierung mitgeteilt, »noch vor Weihnachten über die Anerkennung zu entscheiden. Doch auch eine positive Entscheidung werde erst nach Ablauf der von der Europäischen Gemeinschaft gesetzten Frist zum 15. Januar des neuen Jahres mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen umgesetzt werden«. <sup>22</sup> Hieraus war nicht ohne weiteres zu entnehmen, daß die Bundesregierung die Anerkennung schon vor dem 15. Januar 1992 aussprechen wollte. Bei dem Außenministertreffen ging es in erster Linie um die Frage, unter welchen Umständen und wann die völkerrechtliche Anerkennung der Nachfolgestaaten wirksam werden sollte. Die Anerkennung ist ein einseitiger, empfangsbedürftiger Rechtsakt. Von der eigentlichen Anerkennung sind selbstredend zu unterscheiden die regierungsinterne Entscheidung über eine noch vorzunehmende Anerkennung, die Vereinbarung über Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit oder nach einer Anerkennung bzw. ihre tatsächliche Aufnahme. Wenn Genscher einen (im Beschluß der Außenminister so nicht erkennbaren) Unterschied zwischen völkerrechtlicher Anerkennung und »Umsetzung«, nämlich Aufnahme der diplomatischen Beziehungen, macht, so beruft er sich damit auf einen versteckten Dissens. Das wirkt gekünstelt. Was die Begutachtung der Anerkennungsersuchen betraf, berief sich Genscher auf das positive Gutachten eines deutschen Völkerrechtlers sowie auf eigene

---

22 H.-D. GENSCHER (wie Anm.1), S. 961.

Ermittlungen. Die Badinter-Kommission werde ohne Zweifel zum gleichen Ergebnis kommen (was sie dann am 11. Januar 1992 auch tat).

Zu der vehementen Kritik in der westlichen Öffentlichkeit gegen das deutsche Vorgehen meint Genscher unter Hinweis darauf, daß keiner seiner Kollegen widersprochen habe: »Der später von schlecht informierter Seite erhobene Vorwurf, wir seien mit unserer Entscheidung vorgeprescht, entbehrt daher jeder Grundlage.«<sup>23</sup>

Genschers »guter Freund« und Kollege Jim Baker ist anderer Ansicht, wenn er in seinen Erinnerungen schreibt, daß die Bemühungen Washingtons, Jugoslawien zusammenzuhalten und einen Krieg zu verhindern, scheiterten, und fortfährt: »Der Damm brach, als die Deutschen, innenpolitischem Druck nachgebend, einseitig Kroatien und Slowenien am 23. Dezember 1991 anerkannten.«<sup>24</sup>

Übrigens beklagt er auch Uneinigkeit unter den westlichen Alliierten: »Anfänglich stellten sich die Briten und Franzosen oft auf die Seite der Serben, während die Deutschen ständig den Kroaten die Rechtswohlthat »im Zweifel für den Angeklagten« verliehen.«

Kollege Henry Kissinger, laut Genscher mit ihm in »beständiger Freundschaft« verbunden, erweitert im Jahre 1993 die Kritik, indem er auf die verhängnisvolle Folgewirkung der Anerkennung Kroatiens und Sloweniens hinweist: »Der unverantwortlichste Fehler in der gegenwärtigen bosnischen Tragödie war die internationale Anerkennung eines bosnischen Staates, regiert von Muslimen. Blind dem Beispiel Deutschlands hastiger Anerkennung von Slowenien und Kroatien folgend, etablierte die internationale Gemeinschaft alle Republiken des früheren Jugoslawiens als unabhängige Staaten.«<sup>25</sup>

Es war eine Fehlbeurteilung Genschers, durch eine Internationalisierung des innerjugoslawischen Konflikts die Grundlage für eine dauerhafte Befriedung legen zu wollen. Mit der Anerkennung der beiden Teilrepubliken wurde der Auftrag der EG-Friedenskonferenz unerfüllbar. Lord Carrington hatte damit keinen Hebel mehr, um die Kriegführenden zu einem Kompromiß zu zwingen. Mit der Unabhängigkeit Kroatiens und Sloweniens war Jugoslawien zerfallen und ein Reißverschlusseffekt zur Anerkennung weiterer Teilrepubliken in Gang gesetzt worden. Ohne gleichzeitige und prinzipielle Lösung der Streitfragen im jugoslawischen Verband war ein Konflikt unver-

23 EBD., S. 962.

24 James A. BAKER/Thomas M. DEFRANK, »The Politics of Diplomacy. Revolution, War & Peace 1989-1992«, New York 1995, in: »Neue Zürcher Zeitung« v. 15. Jan. 1996.

25 Washington Post, Mai 1993, laut Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 27. Mai 1993.

meidlich geworden.<sup>26</sup> Am 7. April 1992 wurde auch Bosnien-Herzegowina anerkannt. Damit war der Krieg dort vorprogrammiert, da die Serben ihre Position als Staatsvolk nicht verlieren wollten. Genscher wendet sich zu Recht gegen den Versuch, Deutschland allein für die folgende Entwicklung in Bosnien-Herzegowina verantwortlich zu machen. Ein Zusammenhang der Anerkennung Bosnien-Herzegowinas mit der von Slowenien und Kroatien kann jedoch auch von Genscher nicht ernstlich bestritten werden.

Der Autor unterstreicht, daß er sich innerhalb der EG, aber auch in offiziellen Erklärungen immer wieder für eine europäische Antwort auf die Probleme des früheren Jugoslawiens ausgesprochen habe. Diese Intention ist gründlich fehlgeschlagen. Den Test, vor ihrer eigenen Haustür Frieden und Ordnung zu schaffen, haben die Europäer nicht bestanden. »Die vorbeugende Diplomatie ist bei ihrer Reifeprüfung auf dem Balkan durchgefallen.«<sup>27</sup> Mit der Kriegseröffnung durch die Serben wurden die Prinzipien des Schlußprotokolls von Helsinki und der Pariser KSZE-Charta mit Füßen getreten.<sup>28</sup> Mitgliedsstaaten der KSZE haben nichts unternommen, um diese Prinzipien in die Tat umzusetzen. Wenn westliche Mächte 1991/92 bereit gewesen wären, der Anwendung militärischer Gewalt durch die Serben mit gleichen Mitteln entgegenzutreten, wäre die Entwicklung anders verlaufen. Diese Lehre läßt sich aus dem Erfolg des amerikanischen Engagements von 1995 ziehen. Aber die Westeuropäer waren damals zum Einsatz militärischer Mittel für die Erzwingung einer Friedenslösung weder mental noch politisch bereit.

Gerade die Deutschen hätten mit ihrem Potential zur Stärkung der militärischen Fähigkeiten der Europäer beitragen können. Statt dessen wurde die Lösung des Streits, ob sich die Bundeswehr an friedensschaffenden Maßnahmen beteiligen dürfe, Jahre hindurch hintertrieben. Dabei war Genscher ein Wortführer. Er vertrat die Ansicht – und bestimmte damit die Haltung seiner Partei –, daß das Grundgesetz die Beteiligung deutscher Verbände an friedensstiftenden Aktionen verbiete. Das Bundesverfassungsgericht verneinte diese Auffassung im Jahre 1994 in einem Verfahren, in dem auch der Koalitionspartner FDP gegen die eigene Regierung geklagt hatte, ein einmaliger Vorgang. Genscher geht auf den unrühmlichen Punkt nicht weiter ein. Im übrigen ist seine Erklärung, die Regierungen und die europäischen

---

26 Gajo SEKULIC, »Katastrophale Sklerose des Denkens«, in: *Bonner Generalanzeiger* v. 9/10. Dez. 1995.

27 Michael STÜRMER, »Debakel des Westens«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 28. Juli 1993.

28 Joachim KRAUSE, *Die Kriege im ehemaligen Jugoslawien und die Suche nach einer neuen internationalen Ordnung*. Aktuelle Kurzanalyse Nr. 17, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bonn Oktober 1995, auch im folgenden.

Institutionen seien damals auf die Ereignisse nicht ausreichend vorbereitet gewesen, richtig. Sie gilt besonders für ihn selbst.

Bis zum 3. Oktober 1990 war der Weg der deutschen Außenpolitik in vielem vorgezeichnet; es ging um die Lösung der deutschen Frage im Kontext der Nachkriegslage. Nach dem 3. Oktober 1990 hat unsere Außenpolitik eine andere Dimension erhalten, sie ist gewissermaßen aus der Bucht der Deutschlandpolitik hinausgefahren und befindet sich seitdem auf dem offenen Meer; es herrscht Seegang, und es bedarf sorgfältiger und genauer Kursbestimmung. Sollte auch Genscher diese Erfahrung gemacht haben, und sollte diese Erkenntnis seinen plötzlichen Entschluß zum Rücktritt beeinflußt haben?

Wie anfangs gesagt, ging es nicht darum, die historische Leistung des Außenministers Genscher zu werten. Noch weniger galt es, die Persönlichkeit Hans-Dietrich Genschers zu charakterisieren. Es ging allein um eine kritische Nachlese seiner vor drei Jahren erschienenen Erinnerungen im Lichte neuer Konstellationen und Erkenntnisse. Und auch dabei konnten nur einige Hauptthemen exemplarisch behandelt werden.

Eine Autobiographie kann so, wie sie ist, nur als Material für die Geschichtsschreibung dienen. Niemand kann sich so weit von seiner eigenen Person distanzieren, daß er sein eigener Schiedsrichter werden könnte. Subjektive Perspektiven und begrenzte Blickwinkel werden das Bild der Wirklichkeit immer mehr oder weniger verändern. Erinnerungen haben ihre Lücken, Widersprüche, Ungereimtheiten und geschönte Seiten. Der advokatorische Aspekt ist in ihnen immer ausgeprägt. Das gilt in besonderem Maß für Genschers Erinnerungen.

## Abstracts

**Birgit Sack:** The female members of the Reichstag and the Länder parliaments belonging to the Zentrum and the Bayerische Volkspartei (1919-1933). A collective biography (pp. 1-32)

The collective biographical study of the female members of parliament of the *Zentrum* and the *BVP* shows a great homogeneity concerning social background and education. Experiences of sexual discrimination are a main reason for their involvement in the Catholic Women's and Trade organisations. The marital status and the generation to which the person belong determine the strength of their commitment in women's issues. For single working women this was closely coupled with the fight for education and jobs. Concerning the relationship between social profile and the likelihood of receiving a mandate it should be mentioned that, within the group under consideration, it was chiefly those female teachers organised in the *Verein katholischer deutscher Lehrerinnen* (Association of Roman Catholic German Female Teachers) who were able to establish themselves for a long period.

**Nils Goldschmidt:** Christian belief, economic theory and practical relevance. Walter Eucken and the 4<sup>th</sup> Addendum to the *Denkschrift* of the Freiburg Bonhoeffer Circle (pp. 33-48)

The importance of the Freiburg school around Walter Eucken to economic theory is beyond doubt; however, the contribution the school has made towards the standard-forming foundations of economic systems in general and the social market economy in particular does not receive much attention. The 4<sup>th</sup> Addendum to the *Denkschrift* (memorandum) of the Freiburg Bonhoeffer Circle (cf. HPM 4/1997) gives the opportunity to analyse the relationship between the norms and the economic systems in Eucken's work more closely. In this Addendum to the »Wirtschafts- und Sozialordnung« (economic and social order) written in 1942/43, the economists C. von Dietze, W. Eucken and A. Lampe name their guidelines for the development of an economic system which can be described as the interaction of the impulses originating from belief, theory and practical experience.

**Andreas Metz:** Partnership of limited durability. Adenauer and Erhard 1948/49 (pp. 49-81)

The director for economics in the Frankfurt Economic Council, Ludwig Erhard, and the CDU chairman in the British zone, Konrad Adenauer, joined forces in early 1949 to form a team which was destined to dominate the first federal government (and almost two decades of federal republican politics). This connection was for Adenauer an alliance of expediency to differentiate the CDU from socialist tendencies. Erhard, originally an FDP-man, made his decision for the CDU/CSU because his economic policies were in danger of failing due to internal CDU/CSU conflicts. Adenauer regarded Erhard at first with hidden distrust, which changed into open rejection shortly after the formation of the government. A view of both their biographies shows two men of opposing characters.

*Ulrich von Hehl: The politician as an eye-witness. Heinrich Krone's view of the Adenauer era (pp. 83-104)*

Heinrich Krone (1895-1989), for many years close political confidant of and adviser to the first Federal Chancellor, is shown by his diary entries to be an excellent observer of Adenauer's era. This is demonstrated in the report above all in terms of his relationship to Adenauer, the crisis surrounding the presidential elections in 1959, the conduct in office of Heinrich Lübke, the Federal President, and the multitude of hindrances encountered in the changeover to Adenauer's unpopular successor, Ludwig Erhard.

*Torsten Oppelland: The Protestant Group of the CDU/CSU, 1952-1969 (pp. 105-143)*

The Protestant Group within the CDU/CSU (Evangelischer Arbeitskreis, EAK), founded in 1952, succeeded in the 50's in forcing the reduction of the influence exercised by the Heinemann-Niemöller group in German Protestantism and in firmly binding the conservative Protestant voters to the CDU and CSU. In the early 60's stagnation began to set in. Attempts were made to overcome this stagnation through activities in public, within the church and in the party. Institutional reforms sought to activate the membership of the EAK. The prominence of the EAK chairman, Gerhard Schröder, who was considered a possible successor to Adenauer and Erhard, drew increased public attention to the annual conferences of the EAK. A high-powered commission was formed to develop a dialogue with the church. However, the trend towards the left within the church could not be halted; neither was the EAK able to strengthen its position within the CDU/CSU for any length of time. Both the EAK and the party as a whole were in need of reform in the late 60's.

*Bernd Schäfer: The Church policy of the East-CDU and the Roman Catholic Church in the Soviet Zone/GDR (pp. 145-165)*

Not much light has been shed so far on the policy of the East-CDU towards the Roman Catholic Church in the Soviet Zone/GDR. This policy was overshadowed by the policies towards the Protestant Churches and was considerably less successful. After the Roman Catholic support for the foundation of the CDU in 1945, the relationship to the Church altered in the following decades analogous to the policy of the SED and therefore also to the leadership of the East-CDU. The various instruments of the central CDU policy towards the Roman Catholic Church were applied in close cooperation with the SED and under the guidance of the Ministry of State Security. The East-CDU and the Roman Catholic Church were able, however, in certain local cases such as in the Eichsfeld, to work together and even to limit the power of the ruling SED.

*Günter Buchstab: Hans Katzer. In memory of a socio-politician from the Rhineland (pp. 167-174)*

On 31 January 1999, the former Minister for Employment and Social Security (1965-1969), Hans Katzer, would have been 80 years old. The CDU politician, who died on 18 July 1996, was for many years chairman of the CDU »Social Committees« (CDA). The report describes the life and work of the socio-politician born in Cologne.

*Theresia Theurl: Currency reforms in German history since 1871 (pp. 175-200)*

The first standardization of the German currency in 1871 was followed by currency reforms after the First and Second World Wars. Currencies had to be replaced which had been rendered worthless by inflation and in which trust could no longer be placed. With the political and monetary integration of the Saarland in 1957/59 and that of the former East German *Länder* in 1990, the population of these regions adopted a new currency. The Deutschmark currency area was extended. However, the introduction of a new currency is just the surface. The additional alterations selected for implementation in the monetary order are the determining factor, together with the way in which non-monetary elements of the economic order are developed. This is also valid for the next currency reform, the introduction of the Euro in Germany.

*Bernd Sprenger: 50 years currency reform. 1948 and the consequences to economic policy (pp. 201-218)*

The currency reform of 1948 was necessary to remove the excess money and the repressive national debt following World War II. At the same time it marked a turning point for Germany. Together with a speedy restructuring of the economic order – abandoning government control and introducing market economy – the currency reform set the foundation for the surprisingly rapid reconstruction of West Germany. The Deutschmark progressed – although its chances for success were judged rather sceptically at first – to become the most stable and the second most important currency in the world.

*Manfred J. M. Neumann: The German currencies in the international currency structure since World War II (pp. 219-226)*

Following its introduction in 1948 and its admission into the world monetary system of Bretton Woods in 1952, West Germany's Deutschmark experienced a success story without parallel, contrary to the East German currency. The Deutschmark's rise in the 60's to its leading role as world reserve currency, second only to the dollar, its role as pacemaker in the fight against global inflation in the 70's and its function as stabilising anchor for the European Monetary Union at the beginning of the 80's would have been unthinkable without political and social agreement on the importance of a stable currency. The Euro will be measured against this model in the coming decades.

*Marie-Luise Recker: The social structures of the parties in West Germany 1945-1990 (pp. 227-236)*

The essay describes the methodical approach and intention of a research project on the social-structural development of the parties in the Federal Republic of Germany from 1945 to 1990. The aim is to show the flux of membership as well as to point out the reflection of the general social change in the parties. An overall attempt is made to show the different backgrounds and socialisation paths of the party members, to more closely define the representation of the different strata within the parties and to identify the importance of denominational, gender, age and origin influences on the 'image' of the parties.

*Ernst Friedrich Jung: Genscher's »Memoirs« in retrospect (pp. 237-254)*

The former Foreign Secretary, Hans-Dietrich Genscher, played an important role in German reunification and in European integration. In the light of recent findings, his memoirs, published in September 1995, warrant closer scrutiny. On the subjects of inner-German politics, reunification, European integration and Soviet expropriation 1945-1949 there are gaps, contradictions and some favourable representation.

## Résumés

*Birgit Sack: Les députés féminins au Parlement du Reich et à l'Assemblée des Länder issus du Zentrum et de la Bayerische Volkspartei (1919-1933). Une biographie collective (pp. 1-32)*

L'analyse de cette biographie collective des députés féminins du Zentrum et de la BVP aboutit au constat d'une grande homogénéité au regard de l'origine sociale et de la formation. Des expériences de discrimination dues au sexe constituent une impulsion centrale en faveur de l'engagement dans les unions catholiques féminines ou professionnelles. Le statut familial et l'appartenance à une génération motivent l'engagement en faveur de la »question de la femme«. Pour les femmes célibataires ou exerçant une profession, celui-ci était étroitement lié au combat pour la formation et le travail. Il faut cependant retenir qu'au regard du rapport entre profil social et chances de mandat, ce sont, parmi les groupes étudiés, notamment les enseignantes organisées au sein de l'Union des Enseignantes Catholiques Allemandes (VKdL) qui purent se maintenir à long terme.

*Nils Goldschmidt : Foi chrétienne, théorie économique et relation à la pratique. Walter Eucken et l'annexe 4 du Memorandum du cercle Bonhoeffer de Fribourg (pp. 33-48)*

Sur le plan de la théorie économique, l'importance de l'École de Fribourg autour de Walter Eucken est indiscutable; on néglige en revanche sa contribution en faveur des normes fondamentales des ordres économiques en général et de l'Économie sociale de marché en particulier. L'annexe 4 du Memorandum du Cercle Bonhoeffer de Fribourg (v. HPM 4/1997) permet d'analyser de plus près la relation qu'établit Eucken entre action normative et ordre économique. Dans cette annexe consacré à »l'ordre économique et social«, rédigé en 1942/43, les économistes C. von Dietze, W. Eucken et A. Lampe définissent leurs lignes directrices pour le développement d'un ordre économique, lequel pourrait se traduire par la conjonction des impulsions de la foi, de la théorie et de la pratique.

*Andreas Metz: Une compagnie à durée limitée. Adenauer et Erhard 1948/49 (pp. 49-81)*

Le directeur économique du Conseil Economique de Francfort, Ludwig Erhard, et le Président de la CDU en zone britannique, Konrad Adenauer, s'allièrent au printemps 1949 pour former un couple qui devait dominer le premier gouvernement fédéral (et presque deux décennies de

politique en République Fédérale). Ce lien était pour Adenauer une alliance d'intérêt, afin de couper nettement la CDU de courants socialistes. Erhard, qui était à l'origine un homme de la FDP, se décida pour l'Union Démocrate-Chrétienne parce que sa politique économique menaçait d'échouer face aux conflits internes à la CDU/CSU. Dès le début, Adenauer rencontra Erhard avec une méfiance dissimulée, qui se mua peu après la formation du gouvernement en un rejet ostensible. Un coup d'oeil sur les deux biographies montre d'ailleurs deux hommes aux caractères diamétralement opposés.

*Ulrich von Hehl: L'homme politique en tant que témoin d'une époque. Heinrich Krone comme observateur de l'ère Adenauer (pp. 83-104)*

Heinrich Krone (1895-1989), confident politique et conseiller du premier Chancelier fédéral, s'avère, dans ses journaux intimes, un excellent observateur de l'ère Adenauer. Cela est particulièrement mis en évidence par ses observations sur sa relation avec Adenauer, sur la crise autour des présidentielles de 1959, mais également sur le mandat du Président fédéral Heinrich Lübke ainsi que sur la transition pleine d'obstacles vers le successeur mal aimé d'Adenauer, Ludwig Erhard.

*Torsten Oppeland: Le Groupe Protestant de la CDU/CSU, 1952-1969 (pp. 105-143)*

Fondé en 1952, le Groupe Protestant (EAK, Evangelischer Arbeitskreis) de la CDU/CSU parvint dans les années 50 à faire reculer l'influence du groupe Heinemann-Niemöller au sein du protestantisme allemand et à ancrer solidement l'électorat protestant-conservateur dans la CDU/CSU. La stagnation fit son apparition au début des années 60. Elle devait être palliée par des activités sur le plan public, sur celui de l'Église et enfin du parti. Des réformes institutionnelles devaient également activer les adhésions à l'EAK. L'éminence de son président, Gerhard Schröder, qui passait pour le successeur potentiel d'Adenauer et d'Erhard, procura aux congrès annuels de l'EAK une attention accrue. Une commission composée de personnalités éminentes, devait mener le dialogue avec l'Église. On ne parvint cependant pas à contenir la tendance gauchiste dans l'Église. C'est pourquoi l'EAK ne réussit pas à conforter durablement sa position au sein de l'Union. À l'EAK comme dans l'ensemble du parti, le besoin de réformes demeurait aigu à la fin des années 60.

*Bernd Schäfer: La politique de la Ost-CDU et l'Église catholique en zone d'occupation soviétique puis en RDA (pp. 145-165)*

La politique vis à vis des églises menée par la Ost-CDU en direction de l'Église catholique dans la zone d'occupation soviétique puis dans la RDA a jusqu'ici à peine été mise en lumière. Elle demeurait dans l'ombre de la politique concernant les églises protestantes et connaissait nettement moins de succès. Après le soutien catholique à la fondation de la CDU en 1945, la relation avec l'Église s'accorda, dans les décennies suivantes, avec la politique de la SED, entraînant aussi avec elle la direction de l'Ost-CDU. Les instruments de la politique centrale de la CDU concernant l'Église catholique étaient ainsi appliqués en étroite collaboration avec la SED et sous la conduite du Ministère de la Sécurité d'État. En revanche, ce n'est que dans quelques situations d'exceptions locales, comme dans la région du Eichsfeld, que la Ost-CDU et l'Église catholique purent coopérer et même limiter la domination de la SED.

*Günter Buchstab*: À la mémoire d'un Sozialpolitiker rhénan (pp. 167-174)

Décédé le 18 juillet 1996, Hans Katzer, natif de Cologne, homme politique de la CDU, ancien Ministre fédéral pour l'emploi et l'ordre social (1965-69) et longtemps Président des «Commissions Sociales» (CDA) de la CDU, aurait fêté ses 80 ans le 31 janvier 1999. L'article décrit la vie et l'œuvre de Katzer.

*Theresia Theurl*: Changements monétaires dans l'Histoire allemande depuis 1871 (pp. 175-200)

A la toute première unification du système monétaire allemand en 1871 succédèrent, après la Première puis la Seconde Guerre Mondiale, des réformes monétaires. Il s'agissait de remplacer des monnaies desquelles la confiance s'était détournée du fait de l'inflation. Avec l'intégration politique et monétaire de la Sarre en 1957/59 ainsi que des nouveaux Länder en 1990, la population de ces régions adopta une nouvelle monnaie. La zone monétaire Mark subissait un nouvel élargissement. L'introduction d'une nouvelle monnaie n'est d'ailleurs qu'un phénomène superficiel. Ce qui est déterminant est de savoir quels changements supplémentaires dans l'ordre monétaire seront mis en pratique et comment cela influencera les éléments non-monnaïres de l'ordre économique. Ceci vaut également pour la prochaine réforme monétaire, l'introduction de l'Euro en Allemagne.

*Bernd Sprenger*: 50 ans de réforme monétaire. 1948 et les conséquences dans la politique économique (pp. 201-218)

La réforme monétaire de 1948 était nécessaire pour éliminer l'excédent monétaire ainsi que la pression de la dette de l'État héritée de la Seconde Guerre Mondiale. Elle marqua simultanément un tournant pour l'Allemagne. Avec la transformation rapide de l'ordre économique – rejet de l'Économie de contrainte et introduction de l'Économie de marché – la réforme monétaire posait les bases d'une reconstruction économique étonnement rapide de l'Allemagne de l'Ouest. En dépit des pronostics initialement sceptiques sur ses chances de succès, le D-Mark devint la monnaie la plus stable et la deuxième en importance dans le monde.

*Manfred J. M. Neumann*: Les monnaies allemandes dans le Système Monétaire International depuis la Seconde Guerre Mondiale (pp. 219-226)

Après sa mise en circulation en 1948 puis son entrée dans le Système Monétaire International mis en place à Bretton Woods en 1952, le D-Mark connut, contrairement à la Ost Mark, un destin dont la réussite n'a pas d'équivalent. Son accession au rang dirigeant des monnaies de réserve mondiale, juste derrière le Dollar dans les années 60, son rôle de leader dans la lutte contre l'inflation à l'échelle mondiale durant les années 70 ainsi que sa fonction stabilisatrice pour le Système Monétaire Européen au début des années 80, tout cela aurait été impensable sans le consensus politique et social autour de l'importance d'une monnaie stable. C'est à l'aune de cet exemple que l'on évaluera l'Euro dans les décennies à venir.

*Marie-Luise Recker: Les structures sociales des partis en Allemagne de l'Ouest 1945-90 (pp. 227-236)*

Cet essai décrit un projet de recherche consacré au développement de la structure sociale des partis en République Fédérale entre 1945 et 1990. L'objectif fixé est de représenter le mouvement des adhérents ainsi que de calculer le réflexe de la transformation sociale habituelle dans les partis. Globalement, il a été entrepris de mettre en lumière les différents milieux et voies de socialisation des adhérents de partis, de déterminer plus précisément la représentation des différentes couches sociales dans les partis ainsi que de trouver l'impact des facteurs confession, sexe, âge et de l'origine en général sur le profil des partis.

*Ernst Friedrich Jung: Rétrospective des Mémoires de Genscher (pp. 237-254)*

L'ancien Ministre fédéral des Affaires étrangères Hans-Dietrich Genscher joua un rôle important dans la réunification allemande ainsi que dans le processus d'intégration européenne. Ses Mémoires publiés en septembre 1995 méritent un examen critique à la lumière des connaissances récentes. Des lacunes, des contradictions et des représentations édulcorées apparaissent à propos de thèmes comme la Deutschlandpolitik, la réunification, l'Intégration européenne et les expropriations soviétiques de 1945 à 1949.

## Resúmenes

*Birgit Sack: Las diputadas del Partido del Centro y de la Bayerische Volkspartei en el Reichstag y en los parlamentos de los Länder (1919-1933). Una biografía colectiva (pp. 1-32)*

La investigación biográfica-colectiva de las diputadas del Partido del Centro y de la Bayerische Volkspartei revela una notable homogeneidad respecto a la procedencia social y la formación. La experiencia de discriminación debida al sexo era el impulso decisivo para emplear sus energías en las asociaciones femininas y profesionales de confesión católica. El estado civil y las diferencias entre las generaciones estructuran la iniciativa respecto a la «cuestión feminista». Para las mujeres solteras y las que ejercen una profesión, esa iniciativa estaba estrechamente vinculada con la lucha por la formación y la carrera. Después de analizar la relación entre las condiciones sociales y las perspectivas de obtener un mandato cabe constatar que (dentro del grupo investigado) especialmente las pedagogas organizadas en la «Unión de Profesoras católicas de Alemania» (VkdL) podían llevar a cabo su propósito a largo plazo.

*Nils Goldschmidt: Fe cristiana, teoría económica y orientación práctica: Walter Eucken y el anexo 4 del memorial del «Círculo Bonhoeffer de Friburgo» (pp. 33-48)*

La importancia de la «escuela de Friburgo» entorno a Walter Eucken para la teoría económica resulta indiscutible. No obstante, se presta poca atención a sus contribuciones a los fundamentos normativos de regímenes económicos en general y de la economía social del mercado en especial. El anexo N° 4 del memorial del «Círculo Bonhoeffer de Friburgo» (compárese HPM 4/1997)

ofrece la posibilidad de analizar más detalladamente la relación entre normatividad y régimen económico en la obra de Eucken. En ese anexo sobre «El régimen económico y orden social», escrito en 1942/43, los economistas C. von Dietze, W. Eucken y A. Lampe marcan sus directrices para el desarrollo de un régimen económico que se puede definir como un conjunto de los impulsos de la fe, la teoría y la práctica.

*Andreas Metz*: Compañía de estabilidad limitada. Adenauer y Erhard en 1948/49 (pp. 49-81)

Ludwig Erhard, el director del Consejo Económico de Francfort, y Konrad Adenauer, el presidente de la CDU en la zona británica, se unieron en la primavera de 1949 para formar un dúo dirigente que iba dominando el primer gobierno federal y casi dos décadas de política en la República Federal de Alemania. Para Adenauer, esa alianza era un pacto meramente funcional para apartar la CDU demostrativamente de corrientes socialistas. Erhard, originalmente más bien un simpatizante del Partido liberal (FDP), se decidió afiliarse a la Unión porque su política económica estaba a punto de fracasar debido a unos conflictos internos de la CDU/CSU. Desde el principio, Adenauer trató a Erhard con oculta desconfianza, la que se convirtió en rechazo abierto poco después de la formación del primer gobierno. Un vistazo a las biografías de ambos muestra dos hombres de caracteres opuestos.

*Ulrich von Hehl*: El político como testigo de una época. Heinrich Krone como observador de la era de Adenauer (pp. 83-104)

Heinrich Krone (1895-1989), consejero del primer Canciller Federal y su íntimo confidente en asuntos políticos, se muestra un excelente observador de la era de Adenauer, como nos revelan sus diarios. Ese hecho se demuestra en el artículo, sobre todo a base de ejemplos: su relación con Adenauer, la crisis en torno a las elecciones presidenciales de 1959, la actuación de Heinrich Lübke, Presidente de la República Federal, y el cambio conflictivo de Adenauer a su sucesor poco querido Ludwig Erhard.

*Torsten Oppelland*: El Grupo Protestante de la CDU/CSU, 1952-1969 (pp. 105-143)

El Grupo Protestante (Evangelischer Arbeitskreis, EAK) de la CDU/CSU, fundado en 1952, hizo retroceder la influencia de Heinemann y Niemöller en el protestantismo alemán y, simultáneamente, atrajo a los electores protestantes de ambiente conservador, vinculándolos firmemente a la CDU y CSU. Mas a principios de los años sesenta hubo un estancamiento que quisieron superar por actividades en público, en la Iglesia y dentro del partido. Por la misma causa pretendían unas reformas institucionales que activaran los socios del EAK. La fama del presidente Gerhard Schröder, el que fue considerado como posible sucesor de Adenauer y Erhard, proporcionaba una atención aumentada a los congresos anuales del EAK. Un comisión de alto nivel personal estaba designada a dialogar con la Iglesia, pero ya no se podía detener la tendencia hacia la izquierda en la Iglesia protestante. El EAK tampoco logró consolidar duraderamente su posición dentro de la CDU/CSU. A finales de los años sesenta, hubo una urgente necesidad de reforma, tanto en el EAK como en el partido entero.

**Bernd Schäfer:** La política eclesiástica de la CDU en la RDA y la Iglesia católica (pp. 145-165)

Hasta ahora, la política eclesiástica de la CDU frente a la Iglesia católica en la zona de ocupación soviética y más tarde en la RDA apenas se ha estudiado. Estaba a la sombra de la política frente a las Iglesias protestantes y resultaba considerablemente menos eficaz. Después del inicial apoyo católico para la fundación de la CDU en la zona soviética en 1945, la relación con la Iglesia cambió en las décadas siguientes, análogicamente a la política de la SED y también según la dirección de la CDU en la RDA. El instrumental de la centralizada política eclesiástica de la CDU frente a la Iglesia católica se aplicó en estrecha coordinación con la SED y bajo el mando del Ministerio de Seguridad del Estado. En algunos casos singulares de carácter local, como en el Eichsfeld, la CDU y la Iglesia católica podían cooperar e incluso restringir el poder de la SED.

**Günter Buchstab:** En conmemoración de un político renano (pp. 167-174)

Hans Katzer, Ex-Ministro Federal del Trabajo y del Orden social (1965-1969), fue también presidente de las »Comisiones Sociales« (CDA) de la CDU durante muchos años. Fallecido el día 18 de julio del año 1996, Katzer cumpliría ochenta años el día 31 de enero de 1999. El artículo retrata la vida y obra del político social que había nacido en Colonia.

**Theresia Theurl:** Las conversiones monetarias en la Historia de Alemania desde 1871 (pp. 175-200)

A la primera unificación del sistema monetario en el año 1871 siguieron las conversiones monetarias después de la Primera y Segunda Guerra Mundial, cuando se había que reemplazar unas sistemas monetarias que ya no contaban con la confianza a causa de la inflación. Después de la integración política y monetaria del Sarre en 1957/59 y de los »nuevos Länder« en 1990, la población de esas regiones también adoptó una nueva moneda, y a la vez, el área monetaria del Marco Alemán se extendió. Sin embargo, la introducción de una nueva moneda sólo presenta una »nueva fachada«, mientras que los cambios adicionales que implica el nuevo sistema monetario son más profundos. Además, resulta decisivo cómo reglamentan los elementos no monetarios del régimen económico. Eso también es cierto para la próxima conversión monetaria – la introducción del EURO en Alemania.

**Bernd Sprenger:** El 50. aniversario de la reforma monetaria en Alemania. 1948 y las consecuencias políticas y económicas (pp. 201-218)

La reforma monetaria de 1948 era necesaria para eliminar la abundancia de dinero y el gravoso endeudamiento del Estado que resultaba de la Segunda Guerra Mundial. Esa reforma indicó también el comienzo de una nueva época para Alemania. Conjuntamente con la rápida reforma del sistema económico, es decir el abandono de la economía dirigida e la introducción de la economía de mercado, la reforma monetaria echó el cimiento de la reconstrucción económica de la Alemania Occidental, la que se efectuó de una manera sorprendentemente rápida. El Marco Alemán se convirtió en la moneda más estable y la segunda más importante del mundo, aunque al principio muchos estimaron escépticamente sus probabilidades de éxito.

*Manfred J.M. Neumann: Las Monedas alemanas en el Sistema monetario internacional desde la Segunda Guerra Mundial (pp. 219-226)*

Después de su introducción en el año 1948 y su ingreso en el sistema monetario internacional de Bretton Woods en 1952, el Marco Alemán – contrariamente al marco de la RDA – entró en una historia de éxito nunca visto. En su auge en los años sesenta llegó a ser la moneda de reserva mundial más importante después del dólar. Su papel como guía en la lucha contra la inflación a escala mundial durante los años setenta, así como su función de «áncora de la estabilidad» para el sistema monetario europeo a principios de los años ochenta fueron impensables sin el consenso político y social respecto a la importancia fundamental de una moneda estable. Será el modelo a imitar y la escala para medir el éxito del EURO durante las décadas venideras.

*Marie Luise Recker: Las estructuras sociales de los Partidos políticos en la Alemania Occidental, 1945-1990 (pp. 227-236)*

El ensayo describe la pauta metódica y la intención de un proyecto de investigación con el fin de analizar el desarrollo de la estructuración social de los partidos políticos en la República Federal de Alemania desde 1945 hasta 1990. Es el objetivo del ensayo mostrar un diagrama de desarrollo de los afiliados así como ilustrar los reflejos del cambio social en los partidos. Se trata de un intento de revelar diferentes ambientes sociales y distintos caminos de socialización de los afiliados, precisar la representación de los sectores de la población en los partidos y concretar la importancia de influencias confesionales, de influencias específicas del sexo y de la edad y de la procedencia que unidas marcan la fisonomía de los partidos.

*Ernst Friedrich Jung: Las »Memorias« de Genscher en retrospectiva (pp. 237-254)*

Hans Dietrich Genscher, el Ex-Ministro Federal de Asuntos Exteriores, desempeñó un papel importante en los procesos de la reunificación alemana y la integración europea. Sus Memorias, publicadas en septiembre de 1995, merecen un repaso crítico a la luz de nuevos conocimientos. Pues, al tratar los temas de la reunificación y la política nacional, la integración europea, las expropiaciones soviéticas (1945-1949), sus Memorias exhiben omisiones, contradicciones y descripciones armonizadas.

## Zusammenfassungen

*Birgit Sack: Die weiblichen Reichs- und Landtagsabgeordneten des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei (1919-1933). Eine Kollektivbiographie (S. 1-32)*

Die kollektivbiographische Untersuchung der weiblichen Abgeordneten des Zentrums und der BVP ergibt eine große Homogenität hinsichtlich sozialer Herkunft und Ausbildung. Geschlechtsspezifische Diskriminierungserfahrungen bilden einen zentralen Impuls für das Engagement in den katholischen Frauen- und Berufsverbänden. Der Familienstand und die Generationszugehörigkeit strukturieren das Engagement in der »Frauenfrage«. Dieses war für die ledigen, berufstätigen Frauen aufs engste verknüpft mit dem Kampf um Bildung und Beruf.

Hinsichtlich des Verhältnisses von Sozialprofil und Mandatschancen bleibt festzuhalten, daß sich namentlich die im Verein katholischer deutscher Lehrerinnen (VkdL) organisierten Pädagoginnen innerhalb der Untersuchungsgruppe langfristig durchsetzen konnten.

**Nils Goldschmidt:** Christlicher Glaube, Wirtschaftstheorie und Praxisbezug. Walter Eucken und die Anlage 4 der Denkschrift des Freiburger Bonhoeffer-Kreises (S. 33-48)

Die wirtschaftstheoretische Bedeutung der Freiburger Schule um Walter Eucken ist unbestritten, ihr Beitrag für die normativen Grundlagen von Wirtschaftsordnungen allgemein und der Sozialen Marktwirtschaft insbesondere wird hingegen nur wenig beachtet. Die Anlage 4 der *Denkschrift* des Freiburger Bonhoeffer-Kreises (vgl. dazu IHPM 4/1997) bietet die Möglichkeit, die Beziehung von Normativität und wirtschaftlicher Ordnung bei Eucken näher zu analysieren. In dieser Anlage zur »Wirtschafts- und Sozialordnung«, 1942/43 verfaßt, benennen die Ökonomen C. von Dietze, W. Eucken und A. Lampe ihre Leitlinien für die Entwicklung einer Wirtschaftsordnung, die als Zusammenspiel von Glaubensimpuls, Theorieimpuls und Praxisimpuls umschrieben werden kann.

**Andreas Metz:** Gemeinschaft mit beschränkter Haltbarkeit. Adenauer und Erhard 1948/49 (S. 49-81)

Der Wirtschaftsdirektor im Frankfurter Wirtschaftsrat, Ludwig Erhard, und der CDU-Vorsitzende in der britischen Zone, Konrad Adenauer, verbanden sich im Frühjahr 1949 zu einem Gespann, daß die erste Bundesregierung und fast zwei Jahrzehnte bundesrepublikanische Politik dominieren sollte. Die Verbindung war für Adenauer ein Zweckbündnis, um die CDU deutlich von sozialistischen Strömungen abzugrenzen. Erhard, ursprünglich ein FDP-Mann, entschied sich für die Union, weil seine Wirtschaftspolitik an CDU/CSU-internen Konflikten zu scheitern drohte. Adenauer begegnete Erhard von Beginn an mit verstecktem Mißtrauen, das kurz nach der Regierungsbildung in offene Ablehnung umschlug. Ein Blick auf beider Biographien zeigt zwei charakterlich entgegengesetzte Menschen.

**Ulrich von Hehl:** Der Politiker als Zeitzeuge. Heinrich Krone als Beobachter der Ära Adenauer (S. 83-104)

Heinrich Krone (1895-1989), langjähriger enger politischer Vertrauter und Ratgeber des ersten Bundeskanzlers, erweist sich in seinen Tagebüchern als hervorragender Beobachter der Ära Adenauer. Das verdeutlicht der Beitrag vor allem an seinem Verhältnis zu Adenauer, der Krise um die Präsidentschaftswahlen 1959, der Amtsführung von Bundespräsident Heinrich Lübke und dem hindernisreichen Wechsel zu Adenauers ungeliebtem Nachfolger Ludwig Erhard.

**Torsten Oppeland:** Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU, 1952-1969 (S. 105-143)

In den 50er Jahren gelang es dem 1952 gegründeten Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU, den Einfluß der Heinemann-Niemöller-Gruppe im deutschen Protestantismus zurückzudrängen und die konservativen evangelischen Wähler fest an CDU und CSU zu binden. Zu Beginn der 60er Jahre trat Stagnation ein. Sie sollte durch Aktivitäten in Öffentlichkeit, Kirche und Partei überwunden werden. Institutionelle Reformen sollten die Mitgliedschaft des EAK aktivieren.

Die Prominenz des Vorsitzenden Gerhard Schröder, der als potentieller Nachfolger Adenauers und Erhards galt, verschaffte den Jahrestagungen des EAK erhöhte Aufmerksamkeit. Eine hochkarätige »Studiengruppe« sollte den Dialog mit der Kirche führen. Doch konnte man den Linkstrend in der Kirche nicht aufhalten. Auch gelang es dem EAK nicht, seine Position in der Union dauerhaft zu stärken. Ende der 60er Jahre bestand beim EAK wie in der Gesamtpartei akuter Reformbedarf.

*Bernd Schäfer: Die Kirchenpolitik der Ost-CDU und die katholische Kirche in der SBZ/DDR (S. 145-165)*

Die Kirchenpolitik der Ost-CDU gegenüber der katholischen Kirche in der SBZ/DDR ist bisher kaum beleuchtet worden. Sie stand im Schatten der Politik gegenüber den evangelischen Kirchen und war wesentlich erfolgloser. Nach der katholischen Unterstützung der CDU-Gründung 1945 wandelte sich in den kommenden Jahrzehnten das Verhältnis zur Kirche analog zur Politik der SED und damit auch der Ost-CDU-Führung. Die Instrumentarien der zentralen CDU-Kirchenpolitik gegenüber der katholischen Kirche wurden in enger Zusammenarbeit mit der SED und unter Steuerung durch das MfS angewandt. In örtlichen Sonderfällen dagegen, wie im Eichsfeld, konnten Ost-CDU und katholische Kirche kooperieren und sogar die SED-Herrschaft beschränken.

*Günter Buchstab: Hans Katzer. Zur Erinnerung an einen rheinischen Sozialpolitiker (S. 167-174)*

Am 31. Januar 1999 wäre der am 18. Juli 1996 verstorbene CDU-Politiker, ehemalige Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (1965-1969) und langjährige Vorsitzende der CDU-Sozialausschüsse Hans Katzer 80 Jahre alt geworden. Der Beitrag beschreibt Leben und Werk des in Köln geborenen Sozialpolitikers.

*Theresia Theurl: Währungsumstellungen in der deutschen Geschichte seit 1871 (S. 175-200)*

Der erstmaligen Vereinheitlichung des deutschen Geldwesens 1871 folgten nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg Währungsumstellungen. Es waren Währungen zu ersetzen, die durch Inflation zerstört, das Vertrauen verloren hatten. Mit der politischen und monetären Integration des Saarlandes 1957/59 und der neuen Bundesländer 1990 übernahm die Bevölkerung dieser Gebiete eine neue Währung. Das DM-Währungsgebiet erfuhr eine Ausdehnung. Die Einführung einer neuen Währung ist allerdings nur Oberfläche. Ausschlaggebend ist, welche zusätzlichen Veränderungen in der Geldordnung implementiert werden und wie die nicht-monetären Elemente der Wirtschaftsordnung ausgestaltet werden. Dies gilt auch für die nächste Währungsumstellung, die Einführung des Euro in Deutschland.

*Bernd Sprenger: 50 Jahre Währungsreform. 1948 und die wirtschaftspolitischen Folgen (S. 201-218)*

Die Währungsreform von 1948 war notwendig, um den Geldüberhang und die drückende Staatsverschuldung aus dem Zweiten Weltkrieg zu beseitigen. Sie markierte zugleich einen Wendepunkt für Deutschland. Zusammen mit dem zügigen Umbau der Wirtschaftsordnung – Abkehr von der Zwangswirtschaft und Einführung der Marktwirtschaft – legte die Währungsreform das Fundament für den überraschend schnellen wirtschaftlichen Wiederaufbau Westdeutschlands. Die

D-Mark avancierte, obwohl ihre Erfolgchancen anfangs durchaus skeptisch beurteilt wurden, zur stabilsten und zweitwichtigsten Währung der Welt.

**Manfred J. M. Neumann:** Die deutschen Währungen im internationalen Währungsgefüge seit dem Zweiten Weltkrieg (S. 219-226)

Nach ihrer Einführung 1948 und ihrem Eintritt in das Weltwährungssystem von Bretton Woods 1952 erlebte die D-Mark, im Gegensatz zur Mark Ost, eine beispiellose Erfolgsgeschichte. Ihr Aufstieg zur führenden Weltreservewährung nach dem Dollar in den 60er Jahren, ihre Schrittmacherrolle im Kampf gegen weltweite Inflation während der siebziger und ihre Funktion als Stabilitätsanker für das Europäische Währungssystem Anfang der achtziger Jahre waren undenkbar ohne den politischen und sozialen Konsens über die Bedeutung stabilen Geldes. An diesem Vorbild wird in den kommenden Jahrzehnten der Euro gemessen.

**Marie Luise Recker:** Die Sozialstrukturen der Parteien in Westdeutschland 1945-1990 (S. 227-236)

Der Aufsatz beschreibt methodischen Ansatz und Intention eines Forschungsvorhabens über die sozialstrukturelle Entwicklung der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland von 1945 bis 1990. Zielsetzung ist, die Mitgliederbewegung darzustellen sowie den Reflex des allgemeinen sozialen Wandels in den Parteien herauszuarbeiten. Insgesamt wird der Versuch unternommen, unterschiedliche Milieus und Sozialisationswege der Parteimitglieder sichtbar zu machen, die Schichtenrepräsentanz in den Parteien näher zu bestimmen und die Bedeutung von konfessionellen, geschlechts-, alters- und herkunftsbezogenen Einflüssen auf das »Gesicht« der Parteien herauszuarbeiten.

**Ernst Friedrich Jung:** Genschers »Erinnerungen« im Rückblick (S. 237-254)

Der ehemalige Bundesaußenminister Hans-Dietrich-Genscher spielte bei der deutschen Wiedervereinigung und bei der europäischen Integration eine wichtige Rolle. Seine im September 1995 veröffentlichten Erinnerungen verdienen im Lichte neuerer Erkenntnisse eine kritische Überprüfung. Bei den Themen Deutschlandpolitik, Wiedervereinigung, europäische Integration, sowjetische Enteignungen 1945-1949 zeigen sich Lücken, Widersprüche und geschönte Darstellungen.

## Die Mitarbeiter dieses Bandes

*Dr. Günter Buchstab*, Konrad-Adenauer-Stiftung, Leiter des Arbeitsbereiches Wissenschaftliche Dienste, Rathausallee 12, D-53757 Sankt Augustin bei Bonn

Dipl.-Vw. Dipl.-Theol. *Nils Goldschmidt*, Institut für Allgemeine Wirtschaftsforschung, Albert-Ludwigs-Universität, Platz der Alten Synagoge, D-79085 Freiburg/Brsg.

*Prof. Dr. Ulrich von Hehl*, Fachbereich Geschichte, Universität Leipzig, Augustusplatz 9-11, D-04109 Leipzig

*Dr. Ernst Friedrich Jung*, Botschafter a.D., ehem. Beigeordneter NATO-Generalsekretär, Uhlandstraße 41, D-53173 Bonn

*Andreas Metz M.A.*, Kaiser-Wilhelm-Ring 81, D-55118 Mainz

*Prof. Dr. Manfred J. M. Neumann*, Institut für Internationale Währungspolitik, Universität Bonn, Lennéstr. 37, D-53113 Bonn

*Dr. Torsten Oppelland*, Institut für Politikwissenschaft, Friedrich-Schiller-Universität, Carl-Zeiss-Straße 3, D-07740 Jena

*Prof. Dr. Marie-Luise Recker*, Historisches Seminar der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, Postfach 11 19 32, D-60054 Frankfurt/M.

*Dr. Birgit Sack*, Heerstraße 51, D-53111 Bonn

*Dr. Bernd Schäfer*, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, Technische Universität Dresden, Mommsenstraße 13, D-01062 Dresden

*Dr. Bernd Sprenger*, Stefenshovener Str. 20, D-40764 Langenfeld

*Prof. Dr. Theresia Theurl*, Institut für Industriegewirtschaftliche Forschung, Westfälische Wilhelms-Universität, Universitätstraße 14-16, D-48143 Münster



Böhlau

KÖLN WEIMAR

Im Auftrag der  
**Konrad Adenauer** Konrad-Adenauer-Stiftung  
 »Die Demokratie herausgegeben  
**Ist für uns eine** von Felix Becker  
**Weltanschauung«** 1998. XVI, 239 Seiten. Broschur.  
**Ausgewählte Reden** DM 29,80/sFr 27,50/öS 218,-  
**1946-1967** ISBN 3-412-07497-7

Konrad Adenauer (1876-1967) gilt als »Architekt der Bundesrepublik Deutschland, als Staatsmann von europäischem Rang und Persönlichkeit von geschichtlicher Größe« (Willy Brandt). Der Wiederaufbau Deutschlands, die Soziale Marktwirtschaft, der Eintritt der Bundesrepublik Deutschland in den Kreis der westlichen Demokratien, das europäische Einigungswerk und die deutsch-französische Aussöhnung sind mit seinem Namen verbunden. Sein Vermächtnis, die Teilung Deutschlands im Rahmen des europäischen Einigungswerkes zu überwinden, hat sich 1990 erfüllt.

Der hier angezeigte Band mit zum Teil schwer zugänglichen und unveröffentlichten Reden zu Fragen deutscher und internationaler Politik beleuchtet sein Leben und Werk dokumentarisch. Er spiegelt sein politisches Denken und führt zugleich durch die frühe Geschichte der Bundesrepublik. Am Anfang steht eine programmatische Rede Adenauers als CDU-Vorsitzender in der Britischen Zone, am Schluß die Rede des greisen Alt-Kanzlers anlässlich seines letzten Geburtstages am 5. Januar 1967, aus der die Erfahrung eines langen Lebens spricht.

THEODOR-HEUSS-STR. 76, D-51149 KÖLN, TELEFON (0 22 03) 30 70 21



Böhlau

KÖLN WEINAR

**Rudolf Endres (Hg)**  
**»Bayerns vierter  
Stamm«**

**Die Integration der  
Flüchtlinge und Heimat-  
vertriebenen nach 1945**

(Bayreuther Historische  
Kolloquien, Band 12)

1998. VII, 265 Seiten. 7 s/w

Abbildungen. Englische Bro-  
schur. DM 58,-/sFr 52,50/öS  
423,- ISBN 3-412-05698-7

Die Aufnahme und Eingliederung von mehr als 12 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen war die größte Herausforderung und Bewährung des sich neu formierenden deutschen Staatswesens nach dem Kriegsende 1945. Allein in Bayern mußten mehr als 2 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene aufgenommen, versorgt und untergebracht werden, was nur unter größten Anstrengungen einigermaßen gelang. Die wirtschaftliche Integration führte zu einer »importierten Industrialisierung« und zu einem deutlich erkennbaren Modernisierungsprozeß in der bayerischen Gesellschaft. Das »Wunder der Integration«, besonders der Sudetendeutschen – »Bayerns vierter Stamm« –, war gelungen.

Autoren des Bandes sind: Rudolf Endres, Michael von Engelhardt, Johann Handl, Hartmut Koschyk, Mona Langen, Wolfgang Lorenz, Bernhard Piegsa, Robert Simon, Thomas Viehweg, Klaus Wolf, Peter Zeitler.

**B  
V****Böhlau****KÖLN WEIMAR**

**Wolfgang Jäger  
und Michael Walter  
Die Allianz für  
Deutschland**

1998. XII, 228 Seiten.

**CDU, Demokratischer** Broschur.

**Aufbruch und Deutsche** DM 39,80/sFr 37,-/sS 291,-

**Soziale Union 1989/90** ISBN 3-412-13197-0

Zu den interessantesten Entwicklungen im deutschen Einigungsprozeß 1989/90 zählt die rasche Angleichung des von der SED beherrschten Systems der Blockparteien in der DDR an das Parteiensystem der Bundesrepublik. Im Wahlkampf für die Volkskammerwahl 1990 wurde die Frage der Geschwindigkeit des Einigungsprozesses zum beherrschenden Thema. Entgegen vielen Prognosen konnte die von den bundesdeutschen Unionsparteien unterstützte Allianz für Deutschland einen sensationellen Wahlsieg verbuchen. Damit besaßen die Kräfte, die eine zügige Vereinigung der beiden deutschen Staaten wünschten, eine entscheidende Mehrheit. Die Autoren konnten in ihrer Untersuchung der Allianz für Deutschland erstmals bislang nicht zugängliche Quellen auswerten. Hierzu zählen die Sitzungsprotokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie Materialien aus mehreren Privatarchiven. Darüber hinaus wurden Interviews mit prominenten und weniger prominenten Akteuren wie Helmut Kohl, Lothar de Maizière, Günter Maleuda, Rainer Eppelmann, Hans-Wilhelm Ebeling und anderen geführt. Somit entstand eine fesselnde Innenansicht der entscheidenden Monate im Prozeß der Einigung Deutschlands.

THEODOR-HEUSS-STR. 76, D-51149 KÖLN, TELEFON (0 22 03) 30 70 21

**B  
V****Böhlau****KÖLN WEIMAR**

**Günther B. Ginzel  
und Sonja Göntner (Hg)**  
**»Zuhause In Köln...«**  
**Jüdisches Leben 1945  
bis heute**

Auch fünf Jahrzehnte nach der Befreiung erscheint jüdische Existenz in Deutschland wie ein Paradoxon: hier die Vernichtung, die Auslöschung einer zweitausendjährigen Geschichte, dort der Mut zum Neubeginn. Während die Schändungen jüdischer Friedhöfe, antisemitische Angriffe und neonazistische Provokationen alte Ängste und Zweifel wachhielten, ermöglichten das Wirtschaftswunder und die demokratische Entwicklung der Bundesrepublik die Neugründung von Gemeinden und ihren steten Ausbau. Das Buch dokumentiert diesen Prozeß am Beispiel von Köln – der ältesten jüdischen Gemeinde auf deutschem Boden – in Beiträgen renommierter Autoren sowie einer Fülle bislang unbekannter Dokumente und unveröffentlichter Photos. Dabei spannt sich der Bogen von der Rückholung der Überlebenden aus dem Lager Theresienstadt bis zum Kölner Karneval, von der Israel-Mission bis zur Zuwanderung russischer Juden in den neunziger Jahren.

1998. 211 Seiten.  
 112 s/w-Abbildungen. Broschur.  
 DM 35,-/sFr 32,50/öS 256,-  
 ISBN 3-412-09198-7

**THEODOR-HEUSS-STR. 76, D-51149 KÖLN, TELEFON (0 22 03) 30 70 21**



**Günter Rinsche und  
Ingo Friedrich (Hg)**  
**Weiche  
r das  
21. Jahrhundert**  
**Erfordernisse und  
Perspektiven für die  
europäische Integration**  
1998. X, 502 Seiten.  
Gebunden mit Schutz-  
umschlag. DM 58,-/  
sFr 52,50/öS 423,-  
ISBN 3-412-14297-2

Die Europäische Union steht an der Schwelle zum 21. Jahrhundert vor der größten Herausforderung in ihrer nunmehr über 40jährigen Geschichte. Der Band zeigt, in welcher vielfältiger Weise deutsche Europapolitiker von CDU und CSU an der Gestaltung des Hauses Europa mitwirken, und gibt Auskunft darüber, welche Erfordernisse und Perspektiven für die Europäische Union des 21. Jahrhunderts gesehen werden.

KÖLN WEIMAR

**Beiträge zur Dialogforschung**



**Georg Wolf**  
**Parteilpolitische Konflikte**

Geschichte, Struktur und Dynamik einer Spielart der politischen Kommunikation  
1998. VI, 315 Seiten. Kart. DM 132,- / ÖS 964,- / sFr 117,-. ISBN 3-484-75018-9 (Band 18)

In diesem Buch geht es um die Frage, was Parteilpolitiker tun, um in Auseinandersetzungen mit ihren Konkurrenten erfolgreich zu sein. Zunächst müssen sie über ein spezifisches Kommunikationswissen und spezifische Konfliktstrategien verfügen. Denn Politiker streiten unter anderen Bedingungen als ihre Wähler: Sie streiten als Repräsentanten ihrer Partei, sie streiten vor Publikum, und vor allem streiten sie um die politische Macht. Parteilpolitische Konflikte sind also sehr komplexe Handlungs- oder Sprachspiele, die nach besonderen Strategien geplant und insze-

niert werden. Zu klären ist, woher diese Strategien stammen und wie sie sich auf das sprachliche Handeln heutiger Politiker auswirken. Ein historischer Vergleich der politischen Sprachspiele in der DDR, der »alten« Bundesrepublik und der bundesdeutschen Gegenwart zeigt, daß sich einmal eingebaute Konfliktstrategien erstaunlich lange halten, obwohl es Alternativen gäbe, die hier ausdifferenziert und als Ensemble von kommunikativen »Bausteinen« vorgestellt werden. Dieses Instrument wird genutzt, um die strategische Konsistenz der Parteienkommunikation im Bundestagswahlkampf 1994 zu untersuchen und zu bewerten.

Unser aktuelles Verlagsprogramm im Internet:  
<http://www.niemeyer.de>

Max Niemeyer Verlag GmbH  
Postfach 21 40 · D-72011 Tübingen

**Niemeyer**



# Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung

Herausgegeben vom Herder-Institut e.V.

Band 2

Michael G. Esch

„Gesunde Verhältnisse“.

Deutsche und polnische

## Bevölkerungspolitik in Ostmitteleuropa 1939-1950

ISBN 3-87969-269-6 · ca. 450 S. · Dezember 1998 · ca. DM 78,--

Die Studie bietet erstmals einen systematischen Vergleich der Planungsmethoden und -ziele der deutschen Besatzungspolitik im besetzten Polen mit der polnischen Restrukturierungs- und Siedlungspolitik in den Gebieten östlich von Oder und Lausitzer Neiße. Das Hauptaugenmerk liegt auf der Siedlungs- und Agrarstrukturpolitik einschließlich der Paradigmen, die bei der Selektion der einheimischen Bevölkerung zur Anwendung kamen. Die Studie zeigt, daß in beiden Fällen die neu erworbenen Gebiete als Chance gesehen wurden, sowohl ideale Agrar- und Bevölkerungsverhältnisse herzustellen als auch festgestellte „Mängel“ der Bevölkerungsstruktur in den „alten“ Gebieten durch Umsiedlung zu bereinigen. Sowohl in der konkreten Ausgestaltung der Planungsziele als auch vor allem in der Behandlung der unerwünschten Bevölkerungssegmente werden trotz aller Parallelen in den Absichten die Unterschiede sichtbar, die in ideologischer und ethischer Hinsicht zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und dem volksdemokratischen Polen bestanden haben.



Verlag Herder-Institut

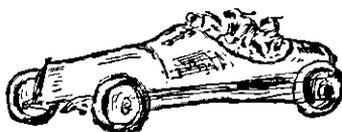
Gisonenweg 5-7, 35037 Marburg

Tel.: 06421/184-0, Fax: 184-139, e-mail: herder@maller.uni-marburg.de

www.uni-marburg.de/herder-institut



# Neuerscheinungen bei V&R



**Barbara Haubner**  
**Nervenkitzel und  
Freizeitvergnügen**

Automobilismus in Deutschland 1886-1914  
Sammlung Vandenhoeck. 1998. 225 Seiten  
mit 7 Abbildungen und 8 Tabellen, Paperback  
DM 29,80 / öS 218,- / SFr 27,50  
ISBN 3-525-01372-8

**Wolfram Fischer**  
**Expansion, Integration,  
Globalisierung**

Studien zur Geschichte der Weltwirtschaft  
Herausgegeben von Paul Erker und Heinrich  
Volkman. Kritische Studien zur Geschichtswis-  
senschaft, Band 125. 1998. 286 Seiten  
mit 2 Schaubildern und 9 Tabellen, kart.  
DM 64,- / öS 467,- / SFr 58,-  
ISBN 3-525-35788-5

**Philipp Ther**  
**Deutsche und polnische  
Vertriebene**

Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der  
SBZ/DDR und in Polen 1945-1956  
Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft,  
Band 127. 1998. 382 Seiten mit 4 Abbildungen,  
kart. DM 74,- / öS 540,- / SFr 67,-  
ISBN 3-525-35790-7

**Martin H. Geyer**  
**Verkehrte Welt**

Revolution, Inflation und Moderne:  
München 1914-1924  
Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft,  
Band 128. 1998. 451 Seiten mit 3 Abbildungen,  
14 Tabellen und 1 Schaubild,  
kart. DM 89,- / öS 650,- / SFr 81,-  
ISBN 3-525-35791-5

**Winfried Speitkamp**  
**Jugend in der Neuzeit**

Deutschland vom 16. bis zum 20. Jahrhundert  
Sammlung Vandenhoeck. 1998. 322 Seiten,  
Paperback DM 49,- / öS 358,- / SFr 45,50  
ISBN 3-525-01374-4

**Ingrid Gilcher-Holtey (Hg.)**  
**1968**

Vom Ereignis zum Gegenstand der  
Geschichtswissenschaft  
Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 17.  
1998. 307 Seiten mit mehreren Tabellen und  
Abbildungen, kart. DM 68,- / öS 496,- /  
SFr 62,-; für Abonnenten der Zeitschrift  
„Geschichte und Gesellschaft“ DM 61,20 /  
öS 447,- / SFr 55,50. ISBN 3-525-36417-2

**Annette Wittkau-Horgby**  
**Materialismus**

Entstehung und Wirkung in den  
Wissenschaften des 19. Jahrhunderts  
Sammlung Vandenhoeck. 1998. 308 Seiten,  
Paperback DM 46,- / öS 336,- / SFr 42,50  
ISBN 3-525-01375-2

**Hartmut Lehmann**  
**Protestantische Weltansichten**

Transformationen seit dem 17. Jahrhundert  
Sammlung Vandenhoeck. 1998.  
207 Seiten, Paperback  
DM 39,- / öS 285,- / SFr 36,-  
ISBN 3-525-01373-6

Weitere Informationen:  
Vandenhoeck & Ruprecht, Geschichte,  
37070 Göttingen

**V&R**  
Vandenhoeck  
& Ruprecht

# böhlau Wien neu

## **Demokratie und Geschichte**

Jahrbuch des Karl von Vogelsang-Instituts zur  
Erforschung der Geschichte der christlichen  
Demokratie in Österreich

Herausgegeben von Helmut Wohnout

### **Band 1/97**

1997. 212 S. Br.

ISBN 3-205-98783-7

### **Band 2/98**

1998. 295 S. Br.

ISBN 3-205-98986-4

Politische Handlungsabläufe können vielfach aus einem historischen Kontext heraus besser verstanden und interpretiert werden, wobei dieses Wissen um historische Zusammenhänge zu einer wesentlichen Voraussetzung für die Bewältigung der politischen Herausforderung der Gegenwart wird. Diesem Grundgedanken hat sich das seit 1997 herausgegebene Jahrbuch des Karl von Vogelsang-Instituts „Demokratie und Geschichte“ verpflichtet. Sein Schwerpunkt liegt analog der wissenschaftlichen Ausrichtung des Instituts auf historischen und zeithistorischen Beiträgen. Ein wichtiges Anliegen ist dabei das Gewährleisten von Interdisziplinarität. Dem Anliegen, eine Schnittstelle zwischen Politik und Wissenschaft herzustellen, trägt auch der Schwerpunkt „Zeitzeugengespräche“ Rechnung.

böhlau Wien

Erhältlich in Ihrer Buchhandlung!